Kein Volk versinkt,
das an sich selber glaubt;
auch ich sah Sterne hell aus Nächten steigen.
Einst kommt der Tag,
da steht der Baum belaubt,
und freies Volk wohnt unter seinen Zweigen.

Friedrich der Große

Gewidmet
den deutschen Soldaten, die mit einem Heldentum ohnegleichen den Angriff des Bolschewismus abwehrten und das halbe Europa vor der größten Gefahr bewahrten, die Europa je aus dem Osten bedrohte.
Nach einer Zeichnung von Rudolf Warnecke

NE QUID FALSI AUDEAT, NE QUID VERI NON AUDEAT DICERE SCIENTIA

über dem Auditorium Maximum der Münchener Universität

Inhalt

Einleitung.....11
1 Zur Vorgeschichte des ersten Weltkrieges und des Kriegseintritts der USA: W. Wilson.....19
2 Innere und äußere Ursachen der Niederlage von 1918.....23
3 Der Waffenstillstand und das Diktat von Versailles33
4 Die Außen- und Innenpolitik der Weimarer Republik 52
4.1 Die Finanzierung der NSDAP.....70
5 Die Zerstörung der Wertordnung nach den Weltkriegen 72
6 Deutschland und Mitteleuropa von 1933 bis 1938.. 85
6.1 Die Wirtschaftpolitik im Deutschen Reich ab 1933..... 85
6.2 Die Innen- und Außenpolitik des Deutschen Reiches von 1933 bis 1938..... 89
7 Die Deutschen in Polen..... 115
7.1 Polen bis 1933 115
7.2 Der Genozid an den Deutschen in Polen.....121
8 Die Deutschen in der Tschechoslowakei nach 1918.....126
9 Die Tschechenkrise 1939 und das Protektorat der Tschechischen Republik.....131
10 Europa 1939 bis zum Kriegsbeginn..... 137
11 Die deutsche Aufrüstung bis Kriegsbeginn..... 157
12 Die Mitschuld des Widerstandes..... 161
13 Der Luftkrieg gegen Deutschland..... 173
14 Deutsche Friedensbemühungen nach Kriegsbeginn und der Krieg bis zum 22.6.1941 178
15 Die deutsch-russischen Beziehungen von 1939 bis zum 22.6.1941 188
16 Die russischen Kriegsvorbereitungen bis zum 22.6.1941 209

17 Die für die Weltkriege verantwortlichen Hintergrundmächte 217

17.1 Die Freimaurer 219

17.2 Die Internationale Hochfinanz 231

17.3 Psychologische Kriegsführung und Weltpresse 242

18 F. D. Roosevelt 252

19 Die Vorgeschichte des Kriegseintritts der USA 1941 265

20 Die Konferenzen und Abkommen der Sieger unter sich und zu Lasten Deutschlands 270

21 Die deutschen Kriegsziele im Gegensatz zu denen der Alliierten 274

22 Das Tribunal der Sieger von Nürnberg und Verbrechen der Siegermächte 277

23 Schlußworte von Hermann Göring und Rudolf Heß vor dem IMT Nürnberg 1946 298

24 Einige heutige Stimmen 299

25 Zusammenfassung 310

25.1 Blick in die weitere Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges 310

25.2 Der zweite Weltkrieg: Ursachen, Verursacher, Kriegsschuld 313

26 Der Weg zum Frieden 327

27 Die Rechtslage der Bundesrepublik Deutschland 333

28 Literaturverzeichnis 339

29 Verzeichnis wichtiger Personen 348

30 Personenregister 353

Dokumentenanhang

Al Rede des Reichskanzlers Scheidemann vor der Nationalversammlung 372

A2 Mantelnote der Alliierten vom 16.6.1919 376

A3 Der Nationalsozialismus..... 378

A4 Das Berliner Tageblatt vom 1.4.1933..... 382

A5 Die jüdische Kriegserklärung vom 24.3.1933 383

A6 Rede des Reichsministers R. Heß am 14.5.1935 vor der deutsch-schwedischen Gesellschaft in Stockholm 384

A 7 386

A8 Bericht des polnischen Botschafters in Washington Jerzy Potocki vom 12.1.1939 387

A9 Bericht des deutschen Geschäftsträgers Thomson in Washington an seine Regierung vom 17.3.1939 390

A10 Polnische militärische Einfälle in das Reich vor Kriegsbeginn.....392

All Rede Stalins vor dem Politkongreß am 19.8.1939 . 393

A12 Deutsche Antwort auf das englische Ultimatum vom 3.9.1939 395

A13 Brief A. Einsteins an Roosevelt vom 2.8.1939 398

A14 Proklamation Hitlers am 22.6.1941 399

Al5 Auszug aus dem Telefonat Churchills mit Roosevelt am 2641.1940 403

A16 Brief Hitlers an Sven Hedin vom 30.10.1942 403

A17 Geheimbefehl Stalins vom 16.2.1943.....405

Al8 Bekanntmachung des Reichspropagandaministers Dr. Goebbels und der Befehl des Reichsführers der SS Himmler betr. Behandlung der europäischen Völker vom Februar 1943 406

A19 L. Nizer, What to do with Germany? 1943/44.... 409

A20 Der Morgenthauplan.....411

A21 Das Ende - der Kampf an der Heerstraße.....413

A22 Hitlers politisches Testament 414

A23 Der letzte Wehrmachtsbericht 416

A24 Mondorfer Erklärung von Großadmiral Dönitz .. 417

A25aDie Verluste des deutschen Volkes während und nach dem Weltkrieg.....418

A25bDie Vertreibung in Zahlen 419

A26 Affidafit von Generalfeldmarschall von Weichs betr. Judenverfolgung 420
A27 Erklärung des Bundesjustizministers zu den Urteilen des IMT Nürnberg vom 2.1.1961 421
A28 Ehrenerklärungen von Eisenhower und Adenauer für die deutschen Soldaten 422
A29 Der Überleitungsvertrag vom 30.10.1954 423
A30 Der Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland vom 12.9.1990 (2+4-Vertrag)..... 425
A31 Die Meinungsfreiheit ist in Gefahr 426
A32 Entscheidung des BVerfG zur Meinungsund Wissenschaftsfreiheit vom 11.1.1994 427

Karten

Bl Deutschlands Verstümmelung 428
B2 Die Deutschen außerhalb des Deutschen Reiches 429
B3 Das Deutsche Reich in den Grenzen bei Kriegsbeginn und die Toten des Luftkrieges 430

Einleitung

Zur Beantwortung ursachenbezogener Fragen nach der Gestalt Deutschlands in seinen jetzigen Grenzen, seinem Rechtsstande und seiner außenpolitischen Einordnung sowie nach seiner innenpolitischen Ordnung und nach der inneren, geistigen Verfassung seines deutschen Staatsvolkes kann man - abgesehen vom letzten Punkt - getrost die Zeit nach 1945 übergehen und sich auf die Betrachtung der Ereignisse bis zum 8.5.1945 beschränken. Man braucht aber auch hier nicht nach dem Ablauf des letzten Krieges zu fragen, denn, daß dieses gewaltigste Nibelungendrama unserer Geschichte so enden mußte, wie es geschah, war mit dem Kriegseintritt der beiden Supermächte 1941, den USA und der UdSSR, im Westen wie im Osten klar. Man muß vielmehr fragen: Wie kam es zu den ersten Schüssen im Osten, die, vorwegnehmend, nicht am 1.9.1939 und nicht von deutscher Seite fielen? Und wie kam es zu dem deutschen Präventivschlag im Osten am 22.6.1941 und zum Kriegseintritt der USA?

Es kann heute kein ernsthafter Zweifel daran bestehen, daß der Zweite Weltkrieg sbereits mit dem Ausgang des Ersten Weltkrieges im Keime angelegt war. Beide Weltkriege zeigen in drei Punkten bemerkenswerte Übereinstimmungen:

1. Beidemal sah es das Deutsche Reich als seine vordringliche Aufgabe an, den Einkreisungsring der gleichen Mächte zu sprengen. Das gelang vor dem Ersten Weltkrieg nicht, wohl aber, allerdings nur aufgeschoben, unmittelbar vor dem Zweiten.

2. Das Kriegsziel der Alliierten bestand sowohl 1914 wie 1939 in der Zerstörung des Deutschen Reiches und der möglichst gründlichen Schwächung der Volkskraft der Deutschen, wozu vor allem die biologische, weltanschauliche, kulturelle, rechtliche, wirtschaftliche und militärische Enthauptung gehörte,

insbesondere die Vernichtung des wachsenden Identitätsbewußtseins der Deutschen, das durch die heute humanbiolo-

gisch als richtig erkannte Bedeutung von Völkern in der deutschen Romantik gestärkt worden war und zunehmend politischen Ausdruck fand, etwa im Hambacher Fest 1832 und in der deutschen Nationalversammlung der Paulskirche in Frankfurt 1848/49 und das in die Betonung des Selbstbestimmungsrechts für das deutsche Volk und alle Völker der Erde mündete.[1] Dem wurde zunächst vor allem die Behauptung, die Deutschen strebten nach der Weltherrschaft entgegengestellt, wie sie neben dem Prinzip der englischen Politik der „balance of power" in der bekannten Denkschrift Crowes (Beamter im Foreign Office) von 1907 verankert wurde und für die gegen Deutschland gerichtete Politik über den Ersten Weltkrieg hinaus offiziell maßgebend geblieben ist.

3. Beide Kriege endeten mit der Niederlage Deutschland und der Zuweisung der Alleinschuld an Deutschland durch die Siegermächte.

Man muß zunächst fragen: Wie kam es zum 9.11.1918? Allerdings sind die Voraussetzungen zur Beantwortung einer für die innere, geistige Verfassung des deutschen Staatsvolkes sehr entscheidenden Fragestellung, wie der nach dem Verhältnis von Kriegsursachen und Kriegsschuld, heute gänzlich andere als sie es schon wenige Jahre nach 1918 waren.

Zahlreiche Forschungen, darunter jene, die von der Reichsregierung veranlaßt worden waren, aber auch die von Prof. H. Barnes und anderen im Ausland, hatten die Haltlosigkeit der Alleinschuldzuweisung nach Artikel 231 des Versailler Diktates ergeben. Schließlich widerrief Reichspräsident v. Hin- denburg bei der Einweihung des Tannenbergdenkmals am 18.9.1927 die in Versailles von den Vertretern Deutschlands Unterzeichnete Schuldzuweisung.

Nach 1945 ging eine totale Besetzung durch die feindlichen Mächte einher mit einer ebenso totalen Mediensteue-

1 Die Farben Schwarz-Rot-Gold von 1832 und 1848 waren die gesamtdeutschen-großdeutschen Farben, „Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt"..

rung durch die Sieger, die Deutschland, besonders über das IMT Nürnberg, die Alleinschuld an beiden Weltkriegen als offenkundig“ zugewiesen hatten. Inzwischen haben sich weltpolitische Entwicklungen vollzogen, die Einfluß auf das Verhältnis ehemaliger Siegermächte zu Deutschland haben. So wird die Weltherrschaft der Hochfinanz mit der sog. Globalisierung, mit absolutem Freihandel, hemmungslosem Kapitalverkehr und hemmungsloser Profitmaximierung ohne Rücksicht auf Völker, ihr Herkommen und ihre Eigenarten betrieben. Auf der anderen Seite zerfielen die UdSSR und mit ihr einige weitere polyethnische Staaten. Völker, die sich ihres Selbstbestimmungsrechtes - wie die Kroaten, Slowenen und Slowaken, die seit 1919 in den Völkergefängnissen Jugoslawien und Tschechoslowakei gefangen waren - bewußt geblieben waren, mußten entgegen aller großmachtpolitischen Erwartungen in die Eigenständigkeit entlassen werden, ebenso entstanden die Ukraine, Weißrußland und die baltischen Staaten wieder.

Mit dem Abschluß des 2+4-Vertrages am 12.10.1990 (Anl. 31) wurde der Überleitungsvertrag (Anl. 30) außer Kraft gesetzt mit Ausnahme folgender Bestimmungen Art. 1(1), Art. 2 (1), Art. 3 (2) und (3) und weiteren, was zur Wahrung der Unantastbarkeit aller Rechtssetzungen, Urteile und Verwaltungsakte der Besatzungsmächte, also auch der Urteile des IMT Nürnberg, verpflichtet.[2]

Darüberhinaus sind der kritischen Hinterfragung der 31jährigen Geschichte Deutschlands über die beiden Weltkriege hinweg nach wie vor Grenzen gesetzt, die eigentlich mit der offiziell behaupteten Zuerkennung der vollen Souveränität aufgehoben worden sein müßten. Statt dessen sind diese Grenzen im Laufe der letzten Jahrzehnte durch deutsche Gesetze immer enger gezogen worden.

Für die historische Forschung gilt, sofern sie sich dem Prinzip unparteilicher Wissenschaftlichkeit verpflichtet zeigt,

2 „ *Damit ist auch noch die Proklamation des Kontrollrates Nr. 2. Vom 20.9.1945 in Kraft, die es erlaubt, Deutsche zur Zwangsarbeit ins Ausland zu bringen* “(B. v. Richthofen 1987, S. 107).

und sofern sie sich von vornherein jeder politisch gemeinten Diktion und Interpretation der zu untersuchenden geschichtlichen Vorgänge enthält, diese Einschränkung nicht, will sie nicht zur Unwissenschaft verkommen.

Obwohl im Grundgesetz nicht nur die Freiheit der Wissenschaft, sondern auch die Freiheit der Meinungen garantiert ist, „eine Zensur findet nicht statt“, und im Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes vom 11.1.1994 das nochmals festgestellt wurde, wird die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Zeit von 1933 bis 1945 zunehmend einseitig behindert und gesetzlich eingeengt. Die Ursachen und Zusammenhänge dieser Entwicklung sind aber noch 60 Jahre nach Kriegsende im Ausgang des Krieges und in den Zielen der Sieger begründet.

Wie durch die heutige Meinungsmanipulation zunehmend die historische Wahrheit verfälscht wird, ergibt sich aus einem Vergleich der Rede des Bundespräsidenten Carstens am 19.2.1976 vor dem Bundestag mit heute vorherrschenden Stimmen, wie sie in Kap. 24 s. zitiert werden:

„ ***Sie erwecken hier den Eindruck durch alle Ihre Redner, als wenn das Leid, das schwere tragische Leid, welches in den vergangenen vierzig Jahren über das polnische Volk gekommen ist, aussschließlich auf deutsche Schuld und deutsche Ursachen zurückzuführen ist. Dies, meine Damen und Herren, ist eben eine falsche und verfälschte Darstellung der deutschen Geschichte, gegen die sich die Deutschen mehr und mehr zur Wehr setzen, weil sie endlich genug davon haben, immer von neuem hören zu müssen, daß sie an dem Leid in der Welt und insbesondere an dem Leid des polnischen Volkes die alleinige Schuld trügen.*** “

Auch die Ehrenerklärung Adenauers für die Deutsche Wehrmacht vor dem Deutschen Bundestag am 3.12.1952 wäre heute unvorstellbar und hätte ein weltweites schrilles Echo zur Folge, ganz abgesehen von heutigen Schmutzkübeln wie den Reemtsma-Ausstellungen. Damals hatte diese Erklärung Adenauers eine solche von Eisenhower zur Seite. Adenauer erklärte am 3.12.1952: „***Wir möchten heute und vor diesem Hohen Hause im Namen der Regierung erklären, daß wir alle Waffenträger unseres Volkes, die***

im Rahmen der hohen soldatischen Überlieferung ehrenhaft zu Lande, zu Wasser und in der Luft gekämpft haben, anerkennen. Wir sind überzeugt, daß der gute Ruf und die großen Leistungen des deutschen Soldaten in unserem Volke noch lebendig geblieben sind und auch bleiben werden. Es muß auch gemeinsame Aufgabe sein, und ich bin sicher, wir werden sie lösen, c/ze *sittlichen Werte des deutschen Soldatentums mit der Demokratie zu verschmelzen* ' (B. Steidle 2, 1955, S. 328). Diese Ehrenerklärung wurde am 17.12.1952 auch auf die Waffen-SS ausgedehnt (siehe Anhang 29).

Ein Untersuchung der Frage nach Kriegsursachen und daraus unmittelbar folgend nach Kriegsschuld hat sich vor allem mit dem weltpolitischen Szenarium zu befassen, das sich zwischen dem Ende des Ersten und dem Eintritt der Großmächte in den Zweiten Weltkrieg vorfindet. Die Einflüsse der wichtigsten Personen dieses Szenariums müssen mit Gewichten versehen werden, die sich zusammensetzen aus der geopolitischen Lage ihrer Länder, der Größe dieser Länder, ihren Einwohnerzahlen und ihrem Rohstoff- und Wirtschaftspotential. Demnach sind die größten Gewichte Wilson, Roosevelt und Stalin zuzuteilen. Den Engländern kommt nur das Gewicht einer Mittelmacht zu, denn England war wirtschaftlich, ähnlich wie 1916, so auch 1940 zu schwach, es benötigte dringend Kredite der Wallstreet, um schlagkräftig weiterkämpfen zu können. Das Deutsche Reich war auf Grund seiner Mittellage stets gefährdet, zählte trotz seiner 80 Millionen Einwohner zu den Habenichtsen und besaß nur die Einsatzbereitschaft, das geistige Potential und den Widerstandswillen seines Volkes. Es sind nicht nur die verantwortlichen Personen, Regierungen und Gruppierungen zu betrachten, die Einfluß auf das Geschehen nahmen, sondern es muß auch nach den Hintergrundmächten, deren Interessen, den Mitteln und Werkzeugen gefragt werden, von denen die Akteure gesteuert oder beeinflußt wurden. Es ist weiterhin nach den geistigen Wurzeln zu fragen. All das wird hier jedoch nur insoweit geschehen, wie es sich an Quellenbelegen aufzeigen läßt.

Die Lage der Zeitgeschichtsforschung macht heute den Eindruck, als sei sie noch immer weitgehend durch das ideologisch vorgeprägte und *„volkspädagogisch“* (G. Mann) motivierte Meinungsdiktat der Sieger von 1945 gekennzeichnet. Opportune Meinungen mit unbewiesenen Pauschalverurteilungen werden ohne ausreichende oder mit nur sehr mangelhaften Kenntnissen und Auswertungen von Quellen vertreten. Die Alleinschuldzuweisung für den Zweiten Weltkrieg wird von den meisten beamteten deutschen Fachhistorikern nicht in Frage gestellt, ebensowenig von dem von der Bundesregierung eingerichteten Institut für Zeitgeschichte in München und dem Militärhistorischen Forschungsinstitut in Potsdam und anderen. Die Arbeit ausländischer Historiker, soweit diese als „*Revisionisten*“ gelten, wird häufig behindert, sogar durch die Bundesregierungen. So wurde z. B. der bekannte Historiker David Irving mit Rede- und Einreiseverbot belegt. 50 Jahre nach dem 22.6.1941 bestimmen Auffassungen zum Krieg gegen die UdSSR die Diskussion, die spätestens durch jüngste Forschungen in Rußland nach dem Zerfall der UdSSR völlig widerlegt wurden. Dies gilt auch für den in der politischen Diskussion sichtbar werdenden Kenntnisstand der Zeitgeschichte von Politikern aller Parteien einschließlich der Grünen und der PDS. F. J. Strauß (F. J. Strauß 1984) hat uns in seinen ab Herbst 1987 auf Band gesprochenen Erinnerungen Kenntnisse vorgehalten, die von den erlaubten Meinungen abweichen. Er sagte immerhin in einer Rede am 28.4.1985: „ *Tieferblickende Historiker und Politiker erkannten schon unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, daß die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts als eine zusammenhängende Epoche in der europäischen Geschichte zu betrachten sei. In zwei gewaltigen Kriegen hatte sich Europa, einst Mittelpunkt und Machtzentrum der Welt, bis zur Erschöpfung verblutet. Was am 1. Augutst 1914 begann und am 8. Mai 1945 endete, ist nichts weiter anderes als der furchtbare Prozeß europäischer Selbstzerstörung.*<c Schon damit ist einer deutschen Alleinschuld widersprochen. Das Cannae der Zeitgeschichte (E. Topitsch 1990) bezieht sich noch immer auf die Verhinderung der Wahrheitsfindung

und nicht, wie von Topitsch gemeint, auf den Durchbruch der Wahrheit. Auf die Auseinandersetzung mit Autoren wie Hildebrand, Hillgruber, Fest, Graml, Jacobsen, Hofer u. a. m>j welche das Geschichtsbild der Sieger vertreten, kann hier verzichtet werden, dazu sei auf Werke z. B. von M. Klüver oder Maier-Dorn verwiesen, welche diese widerlegten und Fälschungen in ihren Werken aufdeckten.

Über die Meinungsdiktatur in Rußland vor dem Zusammenbruch der UdSSR, wo die Behinderung historischer Forschung mit der Beschimpfung als Faschist einherging berichtet Suworow (V. Suworow 1994, S. 309 f.):

„ ***Tausende von Historikern schreiben Bücher und Dissertationen über den Krieg, aber niemand erübrigt die Zeit, sich für die Fakten zu interessieren...***

Unsere Historiker finden nur, was man auch finden darf " Doch heute kann auch in Rußland historische Forschung ungehindert stattfinden und veröffentlicht werden. Demgegenüber entsprechen die Unterrichtungen der Öffentlichkeit durch die Reichsregierung z. B. mit Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, Auswärtiges Amt 1939 und 1940 (siehe auch die Ausführungen von Prof. Berber in Kap. 15) völlig der historischen Wahrheit, soweit sie damals bekannt war.

Nachdem wichtige Akten der westlichen Sieger bis weit in das Jahrhundert gesperrt sind, sind neue Erkenntnisse vor allem durch die Öffnung der russischen Archive zu erwarten, besonders aber nach Rückgabe der noch immer zurückgehaltenen Teile der deutschen Archive. Deren vollständige Rückgabe wäre eigentlich mit der Zuerkennung der Souveränität der Bundesrepublik am 3.10.1990 selbstverständlich gewesen. Aber weder von den derzeitigen Besitzern noch von den Regierungen der Bundesrepublik wurden dahingehende Absichten geäußert, noch gar Schritte unternommen. Das spricht Bände. Das Wissen von der historischen Wahrheit ist jedoch die Voraussetzung für eine geistig-seelische Gesundung unseres Volkes und aller übrigen Völker Europas, sowie für die tatsachenorientierte Einschätzung der eigenen Lage und für Zukunftsentscheidungen auf der Grundlage zutreffender Lehren aus der Vergangenheit.

Im Unterschied zu vielen bisherigen Abhandlungen über die Kriegsursachen und die Kriegsschuld des Zweiten Weltkrieges werden hier nicht Ausführlichkeit oder gar breite Vollständigkeit angestrebt, sondern im wesentlichen nur die hoch zu gewichtenden Quellenbelege in ihrem zeitlichen Zusammenhang und ohne moralisierende Bewertungen vorgestellt und die Ergebnisse zusammengefaßt. Gelegentliche Vergleiche der Weimarer Republik mit der Bundesrepublik liegen, sofern sie den Zeitgeist betreffen, in der Natur der Sache.

Wahrheiten lassen sich im übrigen nur eine Zeitlang vertuschen, wie es ein deutsches Sprichwort sagt: „ *Es ist nichts so fein gespunnen*, *es kommt doch ans Licht der Sunnen.* " Möglichst objektive historische Kenntnisse zu erhalten, ist nach einem unserer größten Historiker, Ranke, nur möglich, wenn die Vorgänge aus ihrer Zeit heraus verstanden und nicht mit der heutigen Elle gemessen werden, da die heute geltenden Wert- und Beurteilungsmaßstäbe dem so häufig zitiert*en* *„Bewußtseins- und Wertewandel"* unterliegen.

Letztlich gilt, was Ranke in der Vorrede zu seiner Deutschen Geschichte im Zeichen der Reformation 1839 sagt:

»Denn die Wahrheit kann nur eine sein.«
Kottgeisering 8. Mai 2005

1 Zur Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges und des Kriegseintritts der USA, W. Wilson

die Vorgeschichte des ersten Weltkrieges ist schon mit genügender Objektivität erforscht (z. B. G. Franz-Willing 1992), soweit es die handelnden Staaten betrifft. Die treibenden Kräfte dahinter wurden weniger gut beleuchtet. Sie werden in Kap. 17 in zeitlichem Zusammenhang dargestellt.

Das entscheidende Datum der Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges war der Beginn der Einkreisung Deutschlands mit der Gründung der Entete Cordiale zwischen Frankreich und England 1904, die natürlich ihre Vorgeschichte hatte. Es müssen die in diesen Staaten beteiligten Personen wie Grey oder Poincare u. a. durchleuchtet werden. Hier soll Wilson vorangestellt werden, der mit dem Kriegseintritt der USA 1917 die Katastrophe des Ersten Weltkrieges statt eines Vergleichsfriedens herbeiführte.

Nachdem die Bankhäuser Morgan, Belmont und Rothschild 1893 dem US-Staat gegen Staatsschuldverschreibungen für 65 Millionen Dollar Gold verkauft hatten, wurden mit ihrem Gelde die Präsidenten der USA „gemacht", so 1905 Th. Roosevelt, 1909 Taft und 1912 Wilson, nachdem dieser 1910 Gouverneur von New Jersey geworden war. Die Wahl Wilsons wurde von Paul Warburg, Jacob Schiff, Henry Morgent- hau, Bernard Baruch und Samuel Untermeyer finanziert (E. Mullins und R. Bohlinger 1987, S. 41). Die gleichen Namen begegnen uns bei der Finanzierung Trotzkys vor seiner Reise nach Leningrad 1917, als Berater Wilsons, bei der Finanzierung zur Wahl von Franklin Roosevelt, als Berater Roosevelts, im Bericht des Grafen Potocki an seine Regierung vom 12.1.1939 sowie z. T. als Finanzierer von Stalins erstem FünfJahresplan und schließlich wieder am Endes des Zweiten Weltkrieges.

Von den gleichen Leuten wurde 1913 mit Wilson das Federal Reserve-Gesetz im Kongreß durchgebracht zur Errichtung der Federal-Reserve-Bank als Staatsbank der USA, die in völligem Besitz der Hochfinanz ist, sie gehört heute dem Bankenkonsortium aus

Rothschild Bank of London,
Rothschild Bank of Berlin,
Lazard Brothers of Paris,
Israel Mosses Seif Banks of Italy,
Warburg Bank of Hamburg,
Warburg Bank of Amsterdam,
Lehman Brothers New York,
Chase Manhattan Bank of New York,
Kuhn-Loeb Bank of New York,
Goldman Sachs Bank of New York,

Sie hat das Recht zur Geldschöpfung und leiht dieses Geld gegen Zinsen an den Staat aus ohne Einspruchs- und Einsichtsrechte des Präsidenten. Der Versuch von John F. Kennedy, der Federal-Reserve-Bank die Privilegien zu entziehen, scheiterte am 22.11.1963, als Kennedy in Dallas ermordet wurde.

Unter Ausnützung außerehelicher Damenbeziehungen streckte Samuel Untermeyer vor und nach der Wahl Wilsons 1913 zum Präsident diesen mehrmals große Geldbeträge vor und erlangte von ihm die Ernennung von Brandeis zum obersten Richter.

Nach dem Besuch des Leiters der britisch-französischen Delegation von Lord Reading (al. Isaac Rufus) beim Bankhaus Morgan sorgte dieses bis 1917 für Anleihen von insgesamt 1,1 Milliarden Dollar an England. Lord Reading wurde dann als Earl Reading Vizekönig von Indien in der Zeit als Edward Grey (Zionist) englischer Außenminister war. Die Kriegslieferungen aus den USA wurden anfangs mit Gold und dann mit Wertpapieren bezahlt. Bis 1917 kamen so von 4 Milliarden 3 wieder nach den USA zurück. Das Bankhaus Morgan verdiente mit dem Monopol der Vermittlung von Kriegslieferungsaufträgen. Im Herbst 1916 wünschte England vom Bankhaus Morgan Anleihen von monatlich 300 Millionen Dollar. Infolge der Kriegsaufträge der Alliierten nahm die amerikanische Wirtschaft einen ungeahnten Aufschwung. Die Fa. Du Pont lieferte 40% der gesamten Muni' tion der Alliierten und vergrößerte die Zahl ihrer Arbeiter und Angestellten von 5.000 auf 100.000 (Ch. Tansill 2001).

Die Aufblähung der Kriegs- und Rüstungsindustrie mit riesigen Ausgaben war der Anlaß, daß seitdem die USA ohne

Konjunktur dieser Industrien keine wirtschaftliche Prosperität mehr haben. Die Verhinderung der 2. Präsidentschaft Hoovers, die Wahl Roosevelts, der 2. Weltkrieg und die folgenden Kriege der USA bis zum Golf krieg, dem Krieg gegen Serbien, der Krieg in Afghanistan und gegen den Irak waren die Folge.

Die zionistischen Organisationen in den USA unter Brandeis standen auf der alliierten Seite, u. a., weil sie auf eine Niederlage der Türkei und die Gewinnung von Palästina hofften. Chaim Weizmann erlangte dafür die Unterstützung der Rothschilds in London und Paris. Die Unterstützung durch die Großbanken der USA, von Morgan, Rockefeller, Kuhn und Loeb, von Schiff und Kahn war ebenso hergestellt.

Das Weltfreimaurertum unterstützte Wilson und die Gedanken seiner 14 Punkte - sie wurden auf dem Freimaurerkongreß 1917 in Paris vorgedacht. Zum Schluß dieses Kongresses wurde an Wilson die Botschaft gerichtet: „ *Er* (der Kongreß) *erklärt, daß die ewigen Grundsätze der Freimaurerei völlig übereinstimmen mit denen, die durch den Herrn Präsidenten Wilson zur Verteidigung der Zivilisation und der Freiheit der Völker auf gestellt worden sind"* (G. Erler 1996, S. 27)

Zur Neuwahl von Wilson 1916 wirkten Kreise des Weltzionismus, der Hochfinanz und der Freimaurerei zusammen. Mit *„He kept us out of war"* gewann er den Wahlkampf.

Die Auseinandersetzungen zwischen den USA und dem Deutschen Reich über den U-Bootkrieg ausgehend von der Versenkung des bewaffneten englischen Fahrgastschiffes *Lusitania* am 7.5.1915 vor der irischen Küste führten fast zur Anerkennung des deutschen Standpunktes, daß U-Boote bewaffnete feindliche Handelsschiffe ohne aufzutauchen angreifen könnten. Doch der freie Berater von Wilson, Oberst House, verstand es, diesen so zu beeinflussen, daß er bereit war, „ *unbegrenzte Opfer"* für die Alliierten zu bringen (Ch. Tansill 2001, S. 291). Doch schon bei Kriegsausbruch 1914 War diese Beeinflussung so weit gediehen, daß Wilson an House telegrafierte, ob er „ *jetzt handeln könne und solle und wie"* (desgl., S. 278). Am 4.5.1916 nahm die Reichsregierung die amerikanische Forderung nach Einstellung des U-BOOT-KRIEGES an, jedoch mit der Forderung nach Aufhebung der englischen Blockade .

Nach deutschen Vorschlägen für Delegiertengesprächen am 12.12.1916 für Friedensverhandlungen folgte am 18.12. ein Appell Wilsons für solche unter der Vermittlung der USA (desgl., S. 393). Beides wurde von den Alliierten abgelehnt. Daraufhin beschloß die Reichsregierung die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges in der erklärten Sperrzone für den 1.2.1917. Am 4.3.1917 trat Wilson sein Amt nach der Wahl an und veranlaßte den Kongreß zur Kriegserklärung an die Mittelmächte am 6.4.. Mit Vertretern der Hochfinanz und der Kriegsindustrie besetzte er die Posten der Kriegswirtschaft, der wichtigste war Baruch. Brandeis wurde zum Richter am Obersten Gericht ernannt.

Noch ein weiterer Vorgang, der zum Kriegseintritt der USA beitrug und Folgen bis zur Vernichtung des Welthandelszentrums in New York am 11.9.2001 hatte, muß hier genannt werden: die Balfour-Erklärung. Der ehemalige Premierminister und Auslandsminister Lord Balfour (Baal), Zionist, Lordpräsident des geheimen Rates von König Georg V., sagte in einem offenen Brief vom 2.11.1917 an Lord Rothschild, noch bevor Palästina vom Osmanischen Reich erobert worden war, 1917 dieses den Juden zu und stellt die Finanzierung des „jüdischen Staates" durch die USA in Aussicht. Doch schon 1916 gab es unter Wilson eine Palästinakommission mit Morgenthau und Frankfurter (K. Heise 1920,1991, S. 122 f.).

Samuel Landmann, ehemaliger Sekretär der zionistischen Organisation sagte dazu: *yyDer einzige Weg, den amerikanischen Präsidenten dazu zu bringen sich am Krieg zu beteiligen, war, die Zusammenarbeit mit den zionistischen Juden zu sichern, indem versprochen wurde ihnen Palästina zu übergeben und auf diese Weise die bis dahin unerwartet mächtigen Kräfte der zionistischen Juden in Amerika und anderswo zugunsten der Alliierten auf Vertragsbasis zu erfassen und zu mobilisieren"* (M. C. Piper, 2000).

1917 sandte Wilson zur Unterstützung der bolschewistischen Revolution in Rußland den Generalstaatsanwalt Elihu Root mit 100 Millionen Dollar nach Moskau (E. Mullins, 1991, S. 85).

Die Sitzungsperiode des Kongresses wurde am 10.1.1918 mit dem Gebet eröffnet: „*Allmächtiger Gott... Du weißt, o*

Herr, daß wir in einem Kampf auf Leben und Tod stehen gegen eine der gemeinsten, übelsten, gierigsten, geilsten, blutdürstigsten, sündhaftesten und habgierigsten aller Nationen, die jemals das Buch der Geschichte geschändet haben. Du weißt, daß Deutschland aus den Augen der Menschen genügend Tränen gepreßt hat, um einen Ozean zu füllen...“ (H. Knütter, 1998, S. 182)

Zu den Sachverständigen, die Wilson zur Vorbereitung der Friedenskonferenzen mit nach Paris nahm, gehörte Baruch neben anderen Vertretern der Hochfinanz. Die im Versailler Diktat festgelegten Forderungen nach praktisch unerfüllbaren Reparationszahlungen, die in der Folgezeit zur weitgehenden Ausplünderung und wirtschaftlichen Versklavung Deutschlands führten, wurden dort geboren, auch der Gedanke des Völkerbundes und der Vereinigten Staaten von Europa (verwirklicht von Kohl mit Maastricht).

Aber bereits während der Verhandlungen der Alliierten zum Versailler Diktat war Wilson ein kranker Mann. Er starb 1924 an Paralyse (G. Erler 1938/1996).

2 Innere und äußere Ursachen der Niederlage von 1918

Das nach den Kriegserklärungen von 1914 angestrebte Ziel, den in den Jahren davor immer enger gezogenen Einkreisungsring der feindlichen Mächte militärisch zu sprengen, konnte Deutschland im Westen überhaupt nicht und im Osten erst 1917 erreichen, als es bereits zu spät war. Nach dem „ *Wunder an der Marne* “ 1914 war der Krieg offensiv im Westen nicht mehr zu gewinnen. Die letzte Ursache der Niederlage war der Kriegseintritt der USA.

Die Marneschlacht hatte den Alliierten im Kriegsjahr 1916 nur einen Geländegewinn von 12 km Tiefe auf 40 km Breite gebracht, aber rund 1 Million Tote gefordert - 400.000 Deutsche und 600.000 Engländer und Franzosen. Mit Bezug auf einen Friedensappell Präsident Wilsons schlug die Reichsregierung deshalb am 12.12.1916 vorbedingungslose Dele-

Nach deutschen Vorschlägen für Delegiertengesprächen am 12.12.1916 für Friedensverhandlungen folgte am 18.12. ein Appell Wilsons für solche unter der Vermittlung der USA (desgl., S. 393). Beides wurde von den Alliierten abgelehnt. Daraufhin beschloß die Reichsregierung die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges in der erklärten Sperrzone für den 1.2.1917. Am 4.3.1917 trat Wilson sein Amt nach der Wahl an und veranlaßte den Kongreß zur Kriegserklärung an die Mittelmächte am 6.4.. Mit Vertretern der Hochfinanz und der Kriegsindustrie besetzte er die Posten der Kriegswirtschaft, der wichtigste war Baruch. Brandeis wurde zum Richter am Obersten Gericht ernannt.

Noch ein weiterer Vorgang, der zum Kriegseintritt der USA beitrug und Folgen bis zur Vernichtung des Welthandelszentrums in New York am 11.9.2001 hatte, muß hier genannt werden: die Balfour-Erklärung. Der ehemalige Premierminister und Auslandsminister Lord Balfour (Baal), Zionist, Lordpräsident des geheimen Rates von König Georg V., sagte in einem offenen Brief vom 2.11.1917 an Lord Rothschild, noch bevor Palästina vom Osmanischen Reich erobert worden war, 1917 dieses den Juden zu und stellt die Finanzierung des „jüdischen Staates" durch die USA in Aussicht. Doch schon 1916 gab es unter Wilson eine Palästinakommission mit Morgent- hau und Frankfurter (K. Heise 1920,1991, S. 122 f.).

Samuel Landmann, ehemaliger Sekretär der zionistischen Organisation sagte dazu: *„Der einzige Weg, den amerikanischen Präsidenten dazu zu bringen, sich am Krieg zu beteiligen, war, die Zusammenarbeit mit den zionistischen Juden zu sichern, indem versprochen wurde, ihnen Palästina zu übergeben, und auf diese Weise die bis dahin unerwartet mächtigen Kräfte der zionistischen Juden in Amerika und anderswo zugunsten der Alliierten auf Vertragsbasis zu erfassen und zu mobilisieren* (M. C. Piper, 2000).

1917 sandte Wilson zur Unterstützung der bolschewistischen Revolution in Rußland den Generalstaatsanwalt Elihu Root mit 100 Millionen Dollar nach Moskau (E. Mullins, 1991, S. 85).

Die Sitzungsperiode des Kongresses wurde am 10.1.1918 mit dem Gebet eröffnet: *„Allmächtiger Gott... Du weißt, o*

Herr daß wir in einem Kampf auf Leben und Tod stehen gegen eine der gemeinsten, übelsten, gierigsten, geilsten, durstigsten, sündhaftesten und habgierigsten aller Nationen, jemals das Buch der Geschichte geschändet haben. Du weißt, daß Deutschland aus den Augen der Menschen genügend Tränen gepreßt hat, um einen *Ozean zu füllen...* (H. Knütter, 1998, S. 182)

Zu den Sachverständigen, die Wilson zur Vorbereitung der Friedenskonferenzen mit nach Paris nahm, gehörte Baruch neben anderen Vertretern der Hochfinanz. Die im Versailler Diktat festgelegten Forderungen nach praktisch unerfüllbaren Reparationszahlungen, die in der Folgezeit zur weitgehenden Ausplünderung und wirtschaftlichen Versklavung Deutschlands führten, wurden dort geboren, auch der Gedanke des Völkerbundes und der Vereinigten Staaten von Europa (verwirklicht von Kohl mit Maastricht).

Aber bereits während der Verhandlungen der Alliierten zum Versailler Diktat war Wilson ein kranker Mann. Er starb 1924 an Paralyse (G. Erler 1938/1996).

2 Innere und äußere Ursachen der Niederlage von 1918

Das nach den Kriegserklärungen von 1914 angestrebte Ziel, den in den Jahren davor immer enger gezogenen Einkreisungsring der feindlichen Mächte militärisch zu sprengen, konnte Deutschland im Westen überhaupt nicht und im Osten erst 1917 erreichen, als es bereits zu spät war. Nach dem „ *Wunder an der Marne* " 1914 war der Krieg offensiv im Westen nicht mehr zu gewinnen. Die letzte Ursache der Niederlage war der Kriegseintritt der USA.

Die Marneschlacht hatte den Alliierten im Kriegsjahr 1916 nur einen Geländegewinn von 12 km Tiefe auf 40 km Breite gebracht, aber rund 1 Million Tote gefordert - 400.000 Deutsche und 600.000 Engländer und Franzosen. Mit Bezug auf einen Friedensappell Präsident Wilsons schlug die Reichsregierung deshalb am 12.12.1916 vorbedingungslose Dele-

giertengespräche der Kriegführenden auf neutralem Boden vor, um den Krieg zu beenden. Die deutschen Vorschläge, auf die die New Yorker Börse mit heftigen Kursstürzen reagiert hatte, wurden mit der Antwort vom 30.12.1916 abgelehnt. Am gleichen Tag richteten die Alliierten an Wilson eine Note, in der sie zum ersten Mal in einem offiziellen Dokument Deutschland die Schuld am Ausbruch des Krieges zuwiesen: *„Eine geschichtliche Tatsache steht gegenwärtig fest, nämlich der Angriffswille Deutschlands und Österreich- Ungarns, um ihre Vorherrschaft in Europa und ihre wirtschaftliche Herrschaft über die Welt zu sichern"* (W. Haverbeck 1989, S. 211). Die alleinige und ausschließliche Kriegsschuldzuweisung sollte unter dem Begriff der *„Kriegsschuldlüge des Versailler Diktats",* verankert im Art. 231 des Versailler Vertrages - auf den noch einzugehen sein wird - in den Nachkriegsjahren zu verhängnisvoller politischer Bedeutung führen.

Daß Wilsons oben erwähnter Friedensappell ebenso nur ein Teil seiner Wahlkampagne war wie seine Absichtserklärung vom 4.1.1917: *„Es wird keinen Krieg geben. Amerika beabsichtigt nicht, sich in diesen Krieg verwickeln zu lassen... "* (H. Barnes, 1928, zit. nach Haverbeck 1989), wurde der deutschen Reichsregierung sehr bald deutlich. Denn bereits am 3.2.1917, nach der Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges am 1.2.1917, brachen die USA die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ab und erklärten am 6.4.1917 den Krieg.

Der wahre Kriegsgrund war der durch die Hochfinanz eingefädelte finanzielle Einsatz der US-Großbanken für England und Frankreich mit Anleihen und Kriegslieferungen.

Als das Deutsche Reich den Friedensvertrag von Brest-Litowsk schloß, legte es faktisch die Grundlage für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker Finnlands, Polens, Weißrußlands, der Ukraine und der drei baltischen Staaten. Die Bedeutung dieses Friedensschlusses liegt nicht zuletzt darin, daß die Achtung des Selbstbestimmungsrechtes von Volksgruppen oder ganzen Völkern zum damaligen Zeitpunkt noch keineswegs ein allgemein anerkanntes völkerrechtliches Prinzip darstellte. Wilson, dessen Berater

Brandeis, Frankfurter und Baruch später auch für F. D. Roosevelt tätig waren und Baruchs Einstellung als Hochgradfreimaurer die probolschewistische Haltung von F. D. Roosevelt in vieler Hinsicht vorwegnimmt, scheint dieses Beispiel eines maßvollen Friedensschlusses sehr ungelegen gekommen zu sein. Er trat am 8.1.1918 mit einer Rede vor den Kongreß, in der er in 14 Punkten die Bedingungen für einen Friedensschluß mit Deutschland proklamierte. *„Jedem Volk sollte es freistehen, seine Regierungsform und seinen Entwicklungsgang unbehindert, unbedroht und ohne Furcht selbst zu bestimmen"* (Ch. Tansill 2001, S. 403). Diese 14- Punkte-Proklamation war unter das Prinzip des Rechtes der Völker auf Selbstbestimmung gestellt. Dieses Prinzip betonte er in der Zeit bis zum Ende des Krieges immer nachdrücklicher. Dabei erweckte er den Eindruck, daß dieses Prinzip im Falle einer Friedenslösung auch gegenüber Deutschland selbst gelte. Die Proklamation schließt mit den Worten: „ *Wir sind nicht eifersüchtig auf die deutsche Größe, und es ist nichts in diesem Programm, das sie gefährdet... Wir wünschen nicht, Deutschland zu verletzen oder in irgendeiner Weise seinen berechtigten Einfluß oder seine Macht zu sperren...".* Sie soll der Einfall eines Werbefachmannes gewesen sein, der meinte, die Deutschen würden sich vielleicht ergeben, wenn man ihnen milde Waffenstillstandsbedingungen anbietet (W. Haverbeck 1989, S. 217). Neben den Forderungen nach Räumung der besetzten Gebiete, nach streng ethnischen Grenzen zu Italien - nach Tolmein sollten jedoch die Südtiroler als Italiener gelten -, nach freier Entfaltung der Völker Österreich- Ungarns und nach voller Selbständigkeit Polens enthielt die Proklamation aber auch die Forderung nach Rückgabe von Elsaß-Lothringen an Frankreich, wobei sie auf *„das Unrecht, das Frankreich 1871... angetan wurde",* verwies, und schloß damit von vornherein aus, dort eine Volksabstimmung durchzuführen. Hier, wo sich die Gebietsforderung im Interesse Frankreichs gegen das Deutsche Reich richtete, war aber bereits keine Rede mehr von Achtung des Selbstbestimmungsrechtes der betroffenen Deutschen.

Am 11.2.1918 erklärte Wilson vor dem Kongreß: *„Es soll weder Annexionen noch Entschädigungen geben"* (W. Ha-

verbeck 1989, S. 222). Am 27.9.1918 formulierte Wilson diese Grundsätze nochmals. Das war die - so ahnungslos geglaubte - Grundlage der ersten deutschen Note an Wilson vom 3.10.1918.

Den wahrscheinlich verhängnisvollsten Einfluß auf den weiteren Kriegsverlauf hatte die schon ein Jahr nach Kriegsausbruch einsetzende systematische Zersetzung des Widerstandswillens der deutschen Arbeiterschaft durch die Linksparteien und hier besonders durch die von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg geführte USPD, die sich 1917 von der SPD abgespalten hatte, aber auch durch die SPD selbst. Schon 1915 hatten sich bei einer Fraktionssitzung der SPD 23 von 100 Reichstagsabgeordneten gegen die Bewilligung von weiteren Kriegskrediten ausgesprochen. Seit einem internationalen Sozialistentreffen, das im gleichen Jahr in der Schweiz stattfand, wurde die Propagierung der internationalen Solidarität der Arbeitermassen bei der Organisation von Straßendemonstrationen und Streiks gegen den Krieg in den Vordergrund gestellt. Vor allem in den Rüstungsbetrieben wurden revolutionäre Obleute eingesetzt, die Kernzellen der geplanten Revolution bildeten. Sie bedienten sich der Losungen Lenins und übernahmen die bolschewistischen Agitation. Nach seiner Fahrt aus dem Schweizer Exil durch Deutschland über Schweden nach St. Petersburg war es Lenin gelungen, in Rußland seine Revolution zu entfachen. Er wurde dabei von deutscher Seite, vor allem aber von der Wallstreet-Hochfinanz finanziell unterstützt (siehe Kap. 17.2).

In den Spartakusbriefen und in Unmengen von Flugblättern wurden die deutschen Arbeiter und Soldaten aufgefordert, dem Beispiel der russischen Oktoberrevolution zu folgen. Auf Betreiben des Spartakus waren in Versorgungsbetrieben des Heeres schon am 6.4.1917 erste Streiks ausgebrochen, in Berlin mit 200.000 Teilnehmern, im August meuterten erstmals Matrosen der Flotte. Die erste große Demonstration fand mit 2.000 Teilnehmern am 18.11.1917 in Berlin statt. Ende 1917 breiteten sich auch die ersten größeren Streiks in kriegswichtigen Großbetrieben wie der Gute Hoffnung Hütte in Neuoberhausen mit 7.000, der Maschinenfabrik Thyssen in Mülheim mit 2.000, den Daimler Motorenwerken in Berlin mit 2.600 und der Berliner Maschinenfabrik A.G. mit 4.000 Teilnehmern aus.

Der *Vorwärts* der SPD bekundete am 15.11.1917 *„Solidarität mit den russischen Genossen* und forderte einen Verständigungsfrieden auf der Grundlage der bolschewistischen Vorschläge.

Als im Januar 1918 nach Beginn der deutsch-sowjetischen Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk die deutschen Forderungen nach staatlicher Verselbständigung von Finnland und Polen sowie der drei baltischen Staaten, Weißrußlands und der Ukraine bekannt wurden - die sich wie die Vorwegnahme des erst heute nach dem Zerfall der UdSSR zur Geltung gebrachten Selbstbestimmungsrechtes dieser Völker lesen rief der Spartakusbund überall zum politischen Streik auf: *„Die Herrschaft der Reaktion und der imperialistischen Klassen in Deutschland gilt es zu brechen, wenn wir dem Völkermord ein Ende machen wollen... das ganze wirtschaftliche Getriebe und die gesamte Kriegsindustrie* (sind) *zum Stillstand“* zu bringen (W. Nimtz 1965, S. 27).

Schon einige Tage vor dem Ausbrechen des Streiks wurde dieser im Ausland durch Maueranschläge zur Kenntnis gebracht. Am 14.1. begannen heftige Streiks in Österreich, und am 18.1. rief der Spartakusbund den allgemeinen Massenstreik unter der Parole: *„Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!"* aus (W. Nimtz 1965, S. 29). In Berlin streikten ab 28.1. anfangs 400.000 und zuletzt 500.000 Arbeiter und bildeten den Großberliner Arbeiterrat. Das Ausbrechen des Streiks wurde in London durch Extrablätter mit der Überschrift „Der Zusammenbruch der Mittelmächte“ bekanntgegeben. In der Streikleitung saßen von der SPD Ebert, Scheidemann und Braun und von der USPD Haase, Dittmann und Ledebour - alles Reichstagsabgeordnete. Sie verwirklichten den Beschluß der Zimmerwalder Internationalen in Stockholm über den Generalstreik. Dieser Streik war nach dem § 89 StrGB glatter Landesverrat, was in einer Verhandlung 1924 gegen Ebert vom Gericht bestätigt wurde (G. Zarnow 1933, 2000, S. 68). Vor allem der Streik der Munitionsarbeiter breitete sich weiter aus und erfaßte schließlich mehr als eine Million Menschen in ganz Deutschland. In Berlin-Moabit kam es zu Straßenkämp- fen mit der Polizei, ehe der Streik am 3.2. beendet wurde.

Vom Frühjahr 1918 an wurde die Agitation im Heer und in der Marine verstärkt, die zum Zerfall der Disziplin im Heimatheer führte.

Im oberschlesischen Bergbau streikten vom 26.6. bis 24.7. 20.000 Arbeiter. Bis zur Revolution rissen die Streiks im Ruhrgebiet nicht mehr ab. Auch im sächsischen Steinkohlenbergbau wurde gestreikt (W. Nimtz 1965).

Bereits am 20.10., also noch im Kriege, schrieb der *Vorwärts: „Deutschland soll, das ist unser fester Wille als Sozialisten, seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letzte Mal siegreich heimgebracht zu haben.* "

Doch bereits am 23.2.1915 hatte der Redakteur Ströbel vom *Vorwärts* geschrieben: „ *Ich bekenne ganz offen, daß ein voller Sieg des Reiches den Interessen der Sozialdemokratie nicht entsprechen würde.* " Und schon 1912 fand im Gebäude des *Vorwärts* eine Sitzung statt, auf der die Ämter nach Beseitigung des Kaiserreiches in der Revolutionsregierung verteilt wurden, dabei wurden Namen niedergelegt wie Ebert, Scheidemann, E. Barth, P. Hirsch, O. Braun, K. Eisner (G. Müller 1994, S. 243). Am 30.10. 1917 forderten unabhängige Sozialdemokraten in einer Versammlung in München die Abdankung des Kaisers.

Während die massive alliierte, vor allem vom britischen Pressezaren Sir William Northcliffe (al. Harmsworth, al. Stern. S. Heise 1991, S. 400) vom Westen aus gesteuerte Propaganda von deutschen Linksintellektuellen in der Schweiz und in Holland unterstützt wurde, war mit der Errichtung der sowjetischen Botschaft Ende 1917 direkt in Berlin eine bolschewistische Propagandazentrale entstanden, aus der auch Geldströme für die Vorbereitung der Revolution flossen. Z. B. an Liebknecht von der USPD. Reichstagsabgeordnete der USPD wie Haase, der im August 1914 im Reichstag erklärt hatte „ *Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich".* Cohn, Breitscheid u. a. trafen sich dort, und Breitscheid und Borchardt erhielten in der Botschaft eigene Arbeitsräume.

„Das Geld für die deutsche Revolution floß aus drei Quellen: 1. aus bestimmten jüdischen Kreisen in Deutschland selbst, 2. aus dem Propagandafonds der Entente, 3. aus dem

Staatssäckel der russischen Bolschewiki. Das Geld aus den jüdischen Kreisen (um Geheimrat Wittig, Präsident der Nationalbank) ***ging zum Teil durch die Hände von Haase und Dittmann*** (Reichstagsabgeordnete der USPD)“ (Tägliche Rundschau, 4.3.1919, G. Zarnow 1933, S. 41). Der russische Botschafter Joffe bestätigte, dem ehemaligen Reichstagsabgeordneten der USPD und Staatssekretär der Revolutionsregierung Cohn am 4.11.1918 in der Nacht seiner Ausweisung 730.000,- RM und einen Fonds von 10 Millionen Rubel zur Förderung der Revolution übergeben zu haben (G. Zarnow 1933, S. 140).

Rathenau, Mitglied im Führungsgremium der SPD und Hochgradfreimaurer, der nach seinen eigenen Worten sein Leben lang auf die Revolution hingearbeitet hatte - und gleichzeitig hohe Funktionen in der Kriegswirtschaft innehatte - sagte über Ludendorff: * ***Es ist uns noch im letzten Augenblick gelungen, alle Schuld auf Ludendorff zu werfen“,*** der dann auch am 26.10.1918 entlassen wurde. Diese Entlassung war eine der Voraussetzungen zum Gelingen der Revolution.

Wie die Revolution gemacht wurde, bekannte die Tägliche Rundschau, das Organ der USPD, am 15.12.1918: * ***Uns ist diese Revolution nicht überraschend gekommen. Seit dem 25. Januar d. J. haben wir den Umsturz systematisch vorbereitet... Wir haben unsere Leute, die an die Front gingen, zur Fahnenflucht veranlaßt, die Fahnenflüchtigen haben wir organisiert, mit Geld und unterschriftslosen Flugblättern versehen. Wir haben diese Leute nach allen Himmelsrichtungen, hauptsächlich aber wieder an die Front geschickt, damit sie die Frontsoldaten bearbeiten und zermürben sollten. Diese haben die Soldaten bestimmt überzulaufen, und so hat sich der Zerf all allmählich aber sicher vollzogen“*** (H. Splittgerber 1996, S. 6). In einer Denkschrift der SPD hieß es: ***„Die deut- sche Revolution... ist... um 5 Jahre zu spät gekommen. Ihr nicht früher den Weg gebahnt zu haben, ist die Schuld, der wir deutschen Sozialdemokraten uns anklagen müssen“*** (Vorwärts, 24.7.1920).

Die Revolution brach in München bereits am 7.11.1918 aus. Sie wurde geführt von Schwabinger Linksintellektuellen der USPD und den Spartakisten Kurt Eisner alias Salomon

Kosmanowski, Erich Mühsam, Ernst Toller, Gustav Landauer, Felix Ferchenbach, Sonja Lerch und anderen. Nach einer auf die Auslösung der kommunistischen Revolution zielenden Rede Eisners zogen Demonstranten in Haufen vor die Kasernen, und Soldaten hißten rote Fahnen. Eisner selbst liquidierte vom 25.9. bis zum 16.10.1918 Schecks in Höhe von insgesamt 164.727.628, 54 RM (G. Franz-Willing 1974, S. 30). Die Herkunft dieser Gelder blieb bis heute ungeklärt.

Es handelte sich um etwa 3.000 Schecks, deren Auszahlung in kurzer Zeit nur nach vorher erstelltem Plan erfolgt sein konnte. Es wird vermutet, daß dieses Geld über den in München und Murnau privatisierenden Bruder James Loeb aus dem Bankhaus Kuhn, Loeb & Co. stammen könnte, dessen Seniorchef Jacob Schiff gerade kurz vorher die russische Revolution maßgeblich finanzierte (siehe Kap. 17, G. Franz-Willing 1999, S. 50,58).

In Berlin übermittelte am Vormittag des 9.11. der letzte kaiserliche Reichskanzler Prinz Max von Baden, Freimaurer und Jesuitenfreund, ohne Kenntnis des Kaisers der Öffentlichkeit folgende Erklärung: *»Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Throne zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch solange im Amt, bis die... mit der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler... vorzuschlagen..".* Scheidemann, bis dahin Staatssekretär, eilte zum Reichstag und rief von der Freitreppe, 20 Schritt vom Denkmal Bismarcks entfernt, in die demonstrierenden Massen; „ *Das Deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt - es lebe die Republik!"* (W. Beumelburg 1995).

Der französische Nachrichtenoffizier P. Desgranges, der beim Januarstreik in Berlin weilte, meldete am 10.11. nach Paris: *„Die deutsche Revolution ist in dem Augenblick ausgebrochen, den wir vorausgesehen hatten... Diese Revolution geht von Leuten aus, die wir kennen"* (G. Zarnow, 1933 b, S. 98).

Am 7.4.1919 wurde von Toller, Mühsam und Landauer in München die Räterepublik ausgerufen. Nach fünf Tagen wurde die Räterepublik durch eine Republik nach russischem Muster unter dem Diktat der russischen Emigranten Lewien, Levine-Nissen und Axelrod abgelöst. Die Bayeri-

sche Volkspartei erklärte am 9.4.1919: ***„Die Bayerische Volkspartei hält aus innerer Überzeugung fest an allen politischen Freiheiten, derer sich das bayerische Volk erfreut. Aber sie lehnt jede Vergewaltigung des Volksganzen durch eine terroristische, von land- und rassefremden Elementen geführte Minderheit entschieden ab und verlangt, daß endlich einmal die Verhetzung weiter Kreise durch ausländische politisierende Juden ein Ende hat..."*** (G. Franz-Willing 1974, S. 43). Nach der Ermordung von 10 Geiseln durch Spartakisten am 30.4.1919 wurde München unter heftigen Kämpfen, die vom 1. bis 3.5.1919 dauerten, durch die Reichswehr im Zusammenwirken mit den Freikorps Epp und Oberland sowie der Marinebrigade Erhardt unter dem Oberbefehl des Reichswehrministers Noske befreit.[3]

In einer Predigt während des Katholikentages 1922 in München sagte Kardinal Faulhaber, die Weimarer Republik sei durch Meineid und Hochverrat zustandegekommen (F. J. Strauß, 1989). Der bayerische Innenminister Schweyer antwortete am 17.7.1923 im Landtag auf eine Anfrage der SPD mit folgender grundsätzlicher Stellungnahme: ***„Die Revolution 1918 war bekanntlich keine aus den Tiefen des Volkes geborene Erscheinung. Sie wurde vielmehr von einer Handvoll Menschen gemacht... Die Revolution von 1918 war nicht nur ein strafrechtliches, sondern vielmehr ein moralisches Verbrechen am deutschen Volk***..." (G. Franz-Willing 1977, S. 167). Am 19.7.1923 erklärte Schweyer im Landtag zur landesverräterischen Haltung der Linkspresse: ***„Das Ausland nimmt höhnisch und befriedigt von solchen Auslassungen Notiz, die blinder Fanatismus... ihm in die Hand spielt"*** (G. Franz-Willing 1977, S. 167).

Der bayerische Oberstlandesgerichtsrat Pöhner erklärte

27.2.1924 beim Hitler-Ludendorff-Prozeß: ***„Diese Verbrecherregierungen, die seit 5 Jahren über dem deutschen Volk sind, haben keine verbindliche Kraft..."*** Die Revolution von 1918 bezeichnete er als ***„ Verbrechen nicht nur des Hoch- und***

[3] **Ehemalige Offiziere reihten sich in die Kampfgruppen ein, ein Oberst fiel am MG.**

Landesverrats sondern des Volksverrats...“ (G. Franz-Willing 1977, S. 166 f.). Der englische Korrespondent der Neuen *Züricher* Zeitung schrieb dort am 1.12.1918: „ *Was die deutsche Armee betrifft, so kann die allgemeine Ansicht in das Wort zu-> sammengefaßt werden: Sie wurde von der Zivilbevölkerung erdolcht“* (Süddeutsche Monatshefte 21, 1924, H. 8). Dieset| *„Dolchstoß“* in den Rücken des deutschen Volkes und der* deutschen Front wurde systematisch von Spartakusbund und! USPD mit ihren Führern, die zum großen Teil nicht einmal Deutsche waren, schon ab 1915 vorbereitet. Heute wird diese! Tatsache von den politischen Parteien einschließlich der CDU und vielen ihrer Politiker als rechtsradikale Erfindung, als *„Dolchstoßlegende“,* hingestellt. Tatsächlich waren es die unabhängigen Sozialisten, die sich mit dem Wort vom *„Dolchstoß“* als Verursacher des Zusammenbruchs der Front feierten und ihn erstmals in einer ihrer Wahlversammlungen verwendeten: *„Der Dolchstoß von hinten gegen die deutsche Front war der glücklichste Dolchstoß des revolutionären Proletariats“* (Süddeutsche Monatshefte 21,1924, H. 8, S. 128).

Obwohl es einen nationalen Flügel in der Sozialdemokratie gab, konnten sich die Internationalisten durchsetzen. So wurde der *„Dolchstoß“* durch langdauernde Beeinflussung durch Freimaurer vorbereitet (siehe Kap. 17.1). Die Revolution lebte vor allem von der Hoffnung, von den sozialistischen Brüdern der Feinde besser behandelt zu werden als die Monarchie. Die heimkehrenden Truppen wurden von der SPD begrüßt mit: *„Seid willkommen tapfere Streiter*; *Gott und Wilson helfen weiter“* (H. Fish 1982, S. 149). Das wurde, wie die Erklärungen und Reden nach Bekanntwerden des Vertragstextes zeigen (siehe folgendes Kap.), zu einer gewaltigen Enttäuschung. Doch von diesem Internationalismus sind sie heute noch nicht geheilt.

Der Spartakusbund ging in der KPD auf, die am 30.12.1918 unter Mithilfe von Karl Radek (alias Sobelsohn), Mitglied des Politbüros der KpdSU, gegründet wurde. Vorsitzender der KPD wurde Ernst Thälmann. Er kam als Insasse mit Sonderrechten (z. B. Ausgangserlaubnis in Zivil) im KZ Buchenwald im Zweiten Weltkrieg vermutlich bei einem Bombenangriff der Alliierten ums Leben.

In Österreich bot der von Ende November 1916 an regierende Kaiser Karl Frankreich einen Sonderfrieden und dabei Elsaß-Lothringen zur Abtretung an. Der Bruder der Kaiserin Zita, Sixtus von Bourbon, überbrachte dieses Angebot, das aber in der Konferenz mit Lloyd George und dem italienischen Ministerpräsidenten am 19.4.1917 abgelehnt wurde, weil Italien auf den im Geheimvertrag von 1915 für seinen Abfall vom Dreibund zugesagten Abtretungen von Tirol südlich des Brenners, Triest und Istrien bestand und Kaiser Karl nicht einmal das italienische Tren- tino an Italien abtreten wollte.

Am 12.4.1917 verfaßten Kaiser Karl und sein Außenminister Graf Czernin eine äußerst pessimistische Denkschrift über die innere Lage der k. u. k. - Monarchie, die wahrscheinlich von Zita selbst dem nach Wien eingeladenen Erzberger am 23.4. zugesteckt wurde. Zita hat auch die im Herbst 1917 siegreiche Offensive an der Piave stoppen lassen, ehe Italien zusammenbrechen konnte. Nachdem Erzberger die ihm zugesteckte Denkschrift dem Hauptausschuß des Reichstages vorgelegt hatte, führte das zum Sturz des Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg am 14.7. Schließlich machte er sie dem Parteivorstand seiner Partei, dem Zentrum, am 25.7. bekannt. Dazu schrieb die Times am 30.7.1919: *„Der Geheimbericht des Grafen Czernin über die hoffnungslose Lage der Mittelmächte ist etwa im Juli 1917 dem englischen Ministerrat zugegangen... Danach noch mit Deutschland zu verhandeln, wäre nach Ansicht aller Minister heller Wahnsinn gewesen*“ (G. Zarnow 1936, 2000).

3 Der Waffenstillstand und das Diktat von Versailles

Nach dem Scheitern der deutschen Frühjahrsoffensive 1918 der Westfront und der Gegenoffensive der Alliierten legte Ludendorff am 29.9.1918 sowohl die militärische wie die innere Lage unbeschönigt im Kronrat dar und drängte auf einen sofortigen Waffenstillstand.

Landesverrats sondern des Volksverrats...“ (G. Franz-Willing 1977, S. 166 f.). Der englische Korrespondent der Neuen Züricher Zeitung schrieb dort am 1.12.1918: „ *Was die deutsche Armee betrifft, so kann die allgemeine Ansicht in das Wort zusammengefaßt werden: Sie wurde von der Zivilbevölkerung erdolcht“* (Süddeutsche Monatshefte 21, 1924, H. 8). Dieser *„Dolchstoß“* in den Rücken des deutschen Volkes und der deutschen Front wurde systematisch von Spartakusbund und USPD mit ihren Führern, die zum großen Teil nicht einmal Deutsche waren, schon ab 1915 vorbereitet. Heute wird diese Tatsache von den politischen Parteien einschließlich der CDU und vielen ihrer Politiker als rechtsradikale Erfindung, als *„Dolchstoßlegende* hingestellt. Tatsächlich waren es die unabhängigen Sozialisten, die sich mit dem Wort vom „*Dolchstoß“* als Verursacher des Zusammenbruchs der Front feierten und ihn erstmals in einer ihrer Wahlversammlungen verwendeten: *»Der Dolchstoß von hinten gegen die deutsche Front war der glücklichste Dolchstoß des revolutionären Proletariats“* (Süddeutsche Monatshefte 21,1924, H. 8, S. 128).

Obwohl es einen nationalen Flügel in der Sozialdemokratie gab, konnten sich die Internationalisten durchsetzen. So wurde der „*Dolchstoß“* durch langdauernde Beeinflussung durch Freimaurer vorbereitet (siehe Kap. 17.1). Die Revolution lebte vor allem von der Hoffnung, von den sozialistischen Brüdern der Feinde besser behandelt zu werden als die Monarchie. Die heimkehrenden Truppen wurden von der SPD begrüßt mit: *„Seid willkommen tapfere Streiter*; *Gott und Wilson helfen weiter“* (H. Fish 1982, S. 149). Das wurde, wie die Erklärungen und Reden nach Bekanntwerden des Vertragstextes zeigen (siehe folgendes Kap.), zu einer gewaltigen Enttäuschung. Doch von diesem Internationalismus sind sie heute noch nicht geheilt.

Der Spartakusbund ging in der KPD auf, die am 30.12.1918 unter Mithilfe von Karl Radek (alias Sobelsohn), Mitglied des Politbüros der KpdSU, gegründet wurde. Vorsitzender der KPD wurde Ernst Thälmann. Er kam als Insasse mit Sonderrechten (z. B. Ausgangserlaubnis in Zivil) im KZ Buchenwald im Zweiten Weltkrieg vermutlich bei einem Bombenangriff der Alliierten ums Leben.

In Österreich bot der von Ende November 1916 an regierende Kaiser Karl Frankreich einen Sonderfrieden und dabei Elsaß-Lothringen zur Abtretung an. Der Bruder der Kaiserin Zita, Sixtus von Bourbon, überbrachte dieses Angebot, das aber in der Konferenz mit Lloyd George und dem italienischen Ministerpräsidenten am 19.4.1917 abgelehnt wurde, weil Italien auf den im Geheimvertrag von 1915 für seinen Abfall vom Dreibund zugesagten Abtretungen von Tirol südlich des Brenners, Triest und Istrien bestand und Kaiser Karl nicht einmal das italienische Tren- tino an Italien abtreten wollte.

Am 12.4.1917 verfaßten Kaiser Karl und sein Außenminister Graf Czernin eine äußerst pessimistische Denkschrift über die innere Lage der k. u. k. - Monarchie, die wahrscheinlich von Zita selbst dem nach Wien eingeladenen Erzberger am 23.4. zugesteckt wurde. Zita hat auch die im Herbst 1917 siegreiche Offensive an der Piave stoppen lassen, ehe Italien zusammenbrechen konnte. Nachdem Erzberger die ihm zugesteckte Denkschrift dem Hauptausschuß des Reichstages vorgelegt hatte, führte das zum Sturz des Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg am 14.7. Schließlich machte er sie dem Parteivorstand seiner Partei, dem Zentrum, am 25.7. bekannt. Dazu schrieb die Times am 30.7.1919: „***Der Geheimbericht des Grafen Czernin über die hoffnungslose Lage der Mittelmächte ist etwa im Juli 1917 dem englischen Ministerrat zugegangen... Danach noch mit Deutschland zu verhandeln, wäre nach Ansicht aller Minister heller Wahnsinn gewesen***“ (G. Zarnow 1936, 2000).

3 Der Waffenstillstand und das Diktat von Versailles

Nach dem Scheitern der deutschen Frühjahrsoffensive 1918 an der Westfront und der Gegenoffensive der Alliierten legte Ludendorff am 29.9.1918 sowohl die militärische wie die innere Lage unbeschönigt im Kronrat dar und drängte auf einen sofortigen Waffenstillstand.

Die Reichsregierung erklärte sich in ihrer ersten Note vom 3.10.1918 an Wilson bereit, auf der Basis der 14 Punkte einen Waffenstillstand abzuschließen. In seiner Antwort vom 8.10. widersprach Wilson dem nicht, stellte aber die Forderung nach Räumung der besetzten Gebiete. Auch dieser Punkt wurde in der zweiten deutschen Note vom 12.10. anerkannt. Mit der 3. Note Wilsons vom 23.10. wurde jedoch sichtbar, daß zu den Kriegszielen der Gegner - deren Handlungen mehr und mehr von der eigenen, aus dem Hin- tergrund gesteuerten Kriegspropaganda bestimmt und von] dem übermächtigen Einfluß ihrer Presse gelenkt wurden, - so sagte der ehemalige englische Premierminister Lloyd Ge- orge in den 30er Jahren: „ *Wenn wir 1919 das gewußt hätten, was wir heute wissen, wäre alles ganz anders gekommen"* an erster Stelle die alte Grundsatzforderung der Weltfrei- maurer nach Beseitigung der Monarchien in Deutschland und Österreich gehörte, und der von Wilson proklamierte Begriff des Selbstbestimmungsrechtes gerade eben diese For- derung unausgesprochen einschloß: „ *Wenn mit den militärischen Beherrschern und monarchistischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandelt werden muß, dann kann Deutschland über keine Friedensbedingungen verhandeln, sondern muß sich ergeben"* (Amtliche Urkunden... 1924). Das war eindeutig.

Darauf gab bereits am 24.10. die Oberste Heeresleitung folgende Weisung an die Truppen:

Die Antwort Wilsons (vom 23.10.) *fordert die militärische Kapitulation. Sie ist deshalb für uns Soldaten unannehmbar... Wilsons Antwort kann daher für uns Soldaten nur die Aufforderung sein, den Widerstand mit äußersten Kräften fortzusetzen"*(E. Ludendorff 1926).

Infolge der vierten Note Wilsons vom 5.11.: „*Die alliierten Regierungen... erklären ihre Bereitschaft zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8.1.1918... niedergelegt sind..."* (Amtliche Urkunden... 1924), entschloß sich die letzte kaiserliche Regierung, die Waffenstillstandskommission zu entsenden und überreichte ihrerseits eine entsprechende Note. Im Zusammenhang mit der

deutschen Antwort kommt der Note Wilsons die völkerrechtliche Bedeutung eines Vorfriedensvertrages zu, dessen Rahmenbedingungen durch Wilsons 14-Punkte-Proklamation gegeben waren. Ebenso unzweifelbar ist aber, daß die dann gestellten Waffenstillstandsbedingungen in ihrer Härte eine erhebliche Verletzung, wenn nicht gar einen glatten Bruch dieses Vorfriedensvertrages darstellten. Staatssekretär Haußmann notierte in diesem Zusammenhang am 8.11.: ***„Scheidemann treibt Erpressungspolitik in dem Augenblick, wo Waffenstillstandsverhandlungen eingeleitet werden "*** (G. Zarnow 1933, S. 116). Trotz allem konnte die deutsche Seite nichts anderes als immer noch davon überzeugt sein, daß die Alliierten das seit 1917 von Wilson in zahlreichen Reden proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker auch dem Volk Deutschlands in seiner Gesamtheit zubilligen würden. Allerdings hatte bereits am 26.10.1918 Stresemann an Ludendorff geschrieben: ***„Ich habe das größte Mißtrauen gegen Wilson und glaube, daß er uns von Konzession zu Konzession weiter locken will, bis wir uns bedingungslos ergeben und dann dem Zugriff der Entente ausgesetzt sind... Schon jetzt bieten meiner Meinung nach Wilsons 14 Punkte die Möglichkeit des Verlustes von Elsaß-Lothringen, Oberschlesien, Posen und Teilen von Westpreußen und dazu eine nach oben gar nicht limitierte Summen von Entschädigungen"*** (G. Franz-Willing 1975, S. 15).

Hinter dem Rücken der Obersten Heeresleitung, die einen anderen nominiert hatte, war Erzberger zum Führer der Waffenstillstandskommission ernannt worden.

Am 9.11. traf in Compiegne die Nachricht von der Revolution im Deutschen Reich ein. Die Waffenstillstandsbedingungen mußten dann ohne Verhandlungen angenommen werden. Es besteht kaum ein Zweifel daran, daß die unangemessene Härte der Deutschland auferlegten Bedingungen nur deshalb hingenommen werden mußte, weil der deutschen Seite infolge dieser Entwicklung die Handlungsfähigkeit genommen war.

Der „ ***Waffenstillstand*** ***war daher in Wirklichkeit eine Kapitulation***; seine wesentlichen Bedingungen waren:

1. Einstellung der Feindseligkeiten zu Lande und in der Luft.

2. Sofortige Räumung Frankreichs, Belgiens und Elsaß-Lothringens binnen 15 Tagen.
3. Ablieferung von 5.000 Kanonen, 25.000 Maschinengewehren, 3.000 Minenwerfern, 1.700 Jagd- und Bombenflugzeugen.
4. Räumung des linken Rheinufers binnen 25 Tagen. Mainz, Koblenz und Köln werden mit einem Umkreis von 30 km Tiefe von den Alliierten besetzt. Auf dem rechten Rheinufer wird eine 30-40 km tiefe neutrale Zone geschaffen.
5. Den assoziierten Mächten sind auszuliefern: 5.000 Lokomotiven, 150.000 Eisenbahnwagen, 5.000 Lastkraftwagen, die elsässisch-lothringischen Eisenbahnen.
6. Die Besatzungstruppen in den rheinischen Gebieten werden von Deutschland unterhalten.
7. Die Kriegsgefangenen werden ohne Gegenseitigkeit zurückgegeben.
8. Im Osten sind alle Truppen hinter die Grenze vom 1. August 1914 zurückzunehmen.
9. Die Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest sind aufgehoben.
10. Bestand der belgischen Bank, des russischen und rumänischen Goldes ist zurückzuerstatten.
11. Sämtliche U-Boote sind abzuliefern.
12. Internierung in neutralen Häfen oder in deren Ermangelung in Häfen der alliierten Mächte der deutschen Schlachtflotte: 6 Schlachtkreuzer, 10 Linienschiffe, 8 Kleine Kreuzer, 50 neueste Zerstörer.

    Die Blockade wird fortgesetzt. Deutsche Schiffe dürfen weiter gekapert werden.

Für dieses Verhängnis mit allen seinen politischen Spätfolgen tragen die Linksparteien, die die Revolution vorbereitet und durchgeführt hatten und sich dabei von außen ideologisch und finanziell unterstützen ließen, die volle Verantwortung.

Die in den heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen der Folgejahre aufgekommenen Bezeichnungen wie *„Novemberverbrecher“* oder *„Dolchstoß in den Rücken des Deutschen Volkes“,* verübt vom „ *5. Stande des intellektuellen Prole-*

tariats der radikalen Intellektuellen", aber auch „*Diktatfrieden" und viele* weitere, die im sogenannten „*Dolchstoßprozeß"* von München 1925 für berechtigte Meinungsäußerungen befunden wurden, gaben das damalige Urteil deutscher Historiker und der Mehrheit der Deutschen wieder.

*Niemand in den feindlichen Ländern hat für möglich gehalten, daß die entehrenden Bedingungen des Waffenstill*standes *angenommen werden würden. Die man bis dahin verachtet hatte, Drückeberger, Deserteure und Verbrecher... hatten mit einem Male die Führung. Leute, die nicht einmal* die *deutsche Staatsangehörigkeit hatten, tauchten auf...* (Es) *kam eine Zeit, in der Unterdrückung des Nationalgefühls* und *Unterwürfigkeit unter die Feinde Voraussetzung für die Bekleidung höchster Staatsämter war. Verrat wurde Staatsreligion"* (Süddeutsche Monatshefte 21, 1924, H. 8, S. 124 f.).

Das deutsche Heer hatte nicht kapituliert. Der Waffenstillstandsvertrag wurde für nur 26 Tage abgeschlossen und mußte mehrmals, im Februar 1919 auf unbestimmte Zeit, verlängert werden, jedoch unter dem Vorbehalt, daß er von den Alliierten innerhalb von drei Tagen gekündigt werden konnte. Damit waren die Friedensverhandlungen von vornherein schwer belastet.

Am 7.5.1919 wurden die „*Friedensbedingungen"* der deutschen Delegation in Versailles übergeben. Der deutsche Delegationsführer Graf Brockdorff-Rantzau erwiderte sitzend: „ *Wir kennen die Wucht des Hasses, die uns hier entgegentritt. Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die allein Schuldigen am Kriege bekennen: ein solches Bekenntnis wäre in meinem Munde eine Lüge."* Die deutsche und österreichische Delegation wurden in Quartiere eingewiesen, die mit Stacheldraht umzäumt waren und die sie nicht verlassen durften.

Nach Übergabe des Textes des Versailler Diktates urteilte Reichsaußenminister Graf Brockdorff-Rantzau: „... *daß... der Vertrag in schroffstem Widerspruch mit der vereinbarten Grundlage für einen dauerhaften Rechtsfrieden steht. Nahe- zu keine einzige Bestimmung des Vertragsentwurfes entspricht den vereinbarten Bedingungen, und der Entwurf fordert in territorialer Hinsicht die Annexion rein deutscher Ge-*

biete und die Unterdrückung deutschen Volkstums. Er bringt, die völlige Vernichtung des deutschen Wirtschaftslebens. Er führt das deutsche Volk in eine in der Weltgeschichte bisher nicht gekannte finanzielle Sklaverei. Die Verwirklichung dieses Vertragswerkes würde für die ganze Welt ein neues Unglück bedeuten" (H. Diwald 1979, S. 243).

Nach Bekanntwerden des Vertragstextes fand am 12.5.1919 im Auditorium Maximum der Berliner Universität vor einem Kolossalgemälde, das Fichte in einer seiner Reden an die deutsche Nation zeigt, eine Protestkundgebung der Regierung Scheidemann statt. Reichskanzler Scheidemann (SPD) sagte (siehe Anhang A1): „... *Unser Volk am Leben zu erhalten, ist unsere Pflicht... Dieser schauerlichste und mörderischste Hexenhammer darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden"* (Stürmischer Beifall) „... *Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar"* Das Protokoll verzeichnet: Minutenlanger brausender Beifall - die Versammlung erhebt sich - erneutes stürmisches Bravo und Händeklatschen. Scheidemann fuhr fort: „*Dieser Vertrag ist so unannehmbar... Weg mit diesem Mordplan... eine Verwilderung der sittlichen und moralischen Begriffe, das wäre die Folge eines solchen Vertrages von Versailles.* " Im Namen der Länder des Deutschen Reiches erklärte nach Scheidemann der preußische Staatsminister Hirsch: „*Sie haben uns im Herbst vorigen Jahres feierlich einen Rechtsfrieden versprochen. Auf dieses Versprechen hin legten wir die Waffen nieder... Sie wollen uns für alle Zeit aus der Reihe der Kulturstaaten streichen... Demgegenüber erklären wir, die Vertreter der deutschen Freistaaten vor aller Welt: Lieber tot als Sklav!"* (W. Haverbeck 1989, S. 232f.). Da die Regierung Scheidemann nicht zu einer Unterschrift bereit war, trat sie zurück. Diejenigen, die an der Niederlage und deren Folgen mitschuldig waren, besaßen noch das Ehrgefühl, daß Friedensdiktat empört abzulehnen. Bei der Annahme des 2+4-Vertrages vom 3.10.1990 wurden die Gebietsabtretungen vom Bundestag beklatscht.

Erzberger (Zentrum) war im Kaiserreich zuletzt Leiter der deutschen Reichspropagandastelle, er war für die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen, er war für die Auslieferung der sog. *„Kriegsverbrecher"*, er war der Finanzmi-

nister der neuen Regierung und Jesuit, er war der entschiedenste Vertreter der bedingungslosen Unterzeichnung des Versailler Diktates. Er wurde 1921 von zwei ehemaligen Offizieren erschossen.

Vor der Unterzeichnung des Versailler Diktates ereignete sich folgendes: Marschall Foch, der seit dem Waffenstillstand Mainz, Koblenz und Köln militärisch besetzt hielt, erhielt am 20.6.1919 von seiner Regierung den Befehl, weiter in das Deutsche Reich einzumarschieren, wenn nicht bis zum 23.6. die Annahme des Friedensvertrages durch die deutsche Regierung erfolgt sei. Die deutsche Regierung antwortete am 22.6.: „***Die Regierung ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei und ohne eine Verpflichtung zur Auslieferung*** (der Kriegsverbrecher) ***nach Art. 227-230 zu übernehmen***" (H. Herda 1995, S. 153). Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Situation eine gänzlich andere. Die Verfolgung von „***Kriegsverbrechern***" hat in der Bundesrepublik noch 60 Jahre nach Kriegsende nicht ihr Ende gefunden und die Kriegsschuld beteuerten noch alle Bundespräsidenten seit Carstens bei vielen Auslandsbesuchen.

Nach Drohungen von Clemenceau und dem Rücktritt des Reichsaußenministers Graf Brockdorff-Rantzau erklärte die Reichsregierung am 23.6.: „ *Die Regierung der Deutschen Republik hat aus der letzten Mitteilung der alliierten und assoziierten Regierungen mit Erschütterung gesehen, daß sie entschlossen sind, von Deutschland auch die Annahme derjenigen Friedensbedingungen mit äußerster Gewalt zu erzwingen, die... den Zweck verfolgen, dem deutschen Volk seine Ehre zu nehmen. Durch einen Gewaltakt wird die Ehre des deutschen Volkes nicht berührt. Sie nach außen hin zu verteidigen, fehlt dem deutschen Volk nach den entsetzlichen Leiden der letzten Jahre jedes Mittel. Der übermächtigen Gewalt weichend und ohne damit ihre Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen aufzuge- ben, erklärt die Regierung der Deutschen Republik, daß sie bereit ist, die... Friedensbedingungen anzunehmen und zu unterzeichnen"* (G. Franz-Willing 1979, S. 55).

Die Friedensdiktate von 1919 waren bereits damals nicht erst nach der Konvention über das Recht der Verträge von Wien 1969 - völkerrechtswidrig. Sie waren Brüche der Haager Landkriegsverordnung von 1906 und des seit Wilson eingeführten Selbstbestimmungsrechtes mit den erpreßten Unterschriften der ohne die Besiegten formulierten *„Verträge“.* Als Verträge zu Lasten Dritter waren sie bereits damals - nicht erst seit Wien 1969 - ex tunc ungültig.

Am Tage der Unterzeichnung des Versailler Vertrages schloß Frankreich mit England und den USA einen militärischen Beistandspakt, der sich dem Text nach gegen Verletzungen der entmilitarisierten Zone längs der französischen Westgrenze durch das Deutsche Reich richtete. De facto war das der Beginn einer erneuten Einkreisung, weitergeführt 1921 und 1936 durch den Abschluß von Beistandspakten mit Polen und der UdSSR.

Der Friedensvertrag wurde auf den Tag genau fünf Jahre nach dem Mord von Sarajewo unterzeichnet.(!) Bis zu die- sem Zeitpunkt wurde auf französisches Verlangen hin die Blockade aufrecht erhalten, die so noch durch Hunger 800.000 Todesopfer forderte. Dieses Vorgehen, das nach der Konvention gegen Völkermord von 1948, also nach heutigem internationalen Recht, ein Verbrechen darstellt, nahm die deutsche Bevölkerung als ein weiteres Zeichen dafür, daß es den Alliierten um die Durchsetzung imperialistischer Ziele und die Befriedigung von Rache und nicht um die Errichtung einer dauerhaften Friedensordnung ging.

Daß das Diktat von Versailles aus Sicht der Sieger bereits damals den Ausgang des nächsten Krieges gegen Deutschtland in sich barg, geht aus einer zynischen Äußerung Cle- menceaus hervor, die er drei Wochen nach der Unterzeichnung des Diktates anläßlich einer offiziellen Ansprache vor französischen Offiziersanwärtern tat: *„Meine jungen Freun- de, seien Sie unbesorgt um ihre berufliche Zukunft. Der Friede, den wir soeben geschlossen haben, garantiert Ihnen zehn Jahre des Konflikts in Europa. “*

Die Voraussetzung des von der Reichsregierung 1918 ge- schlossenen Waffenstillstandes waren die Anerkennung der von Präsident Wilson proklamierten 14 Punkte, die die Be-

deutung eines Vorfriedensvertrages hatte, und das Vertrauen auf die Achtung des Selbstbestimmungsrechts durch die Alliierten auch gegenüber Deutschland und seinen Verbündeten. Daß dieses von Wilson so hervorgehobene Prinzip aber in allererster Linie das Mittel zur Zerstörung vor allem der Österreichischen und dann der Deutschen Monarchie war, war nun offensichtlich. Nicht auf Dauer hinnehmbar war aber, daß in fast allen abgetrennten Gebieten das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen nicht nur mißachtet, sondern in das Gegenteil, in ihre Unterdrückung, umgekehrt wurde. In der Tschechoslowakei hätte diese Unterdrückung 1938 beinahe zum Kriege geführt (siehe Kap. 6), und in Polen diente sie, neben anderem planmäßig benutzt, als Auslöser des Krieges 1939 (siehe Kap. 10). Aber auch über alle sonstigen Auslandsdeutschen brachen nach 1918 Unterdrückungswellen herein. Nach faschistischen Überfällen auf einen Trachtenumzug am 22.4.1921 im annektierten Südtirol sagte Mussolini in der folgenden Parlamentsdebatte dazu: „ *In Italien gibt es mehrere 100.000 Faschisten, die bereit sind, Südtirol eher zu zerstören und zu verwüsten als die Trikolore, die auf der Vetta d' Italia weht, einziehen zu lassen. Wenn die Deutschen verprügelt und zerstampft werden müssen, um Vernunft anzunehmen, wohlan, wir sind bereit"* (O. Scrinzi 1994).

In dem gesamten Versailler Vertragswerk besitzt der Art. 231 zentrale Bedeutung. Ihm war durch einen Propaganda- feldzug ohnegleichen der Boden bereitet worden, der sich gegen Deutschland, seine Staatsform und Repräsentanten sowie das Deutsche Volk selbst richtete und die Weltöffentlichkeit gegen alles Deutsche aufbringen mußte. Dieser Beeinflussung waren schließlich die Völker und Politiker völlig unterworfen. Eine Gegenpropaganda gab es praktisch nicht. Die Folgen dieser Entwicklung wirken bis in die heutige Zeit hinein fort.

Der Artikel 231 besagt: ***„Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und alle seine Verbündeten als Urheber aller Verluste und aller Schäden verantwortlich sind, welche die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Angehörigen infolge der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben. "***

Dieser Artikel setzt die alleinige Schuld am Kriege fest. Bis heute liegt aber keine völkerrechtliche Definition von *„Angriffskrieg“* vor.

Im Diktat von Versailles wurde die Forderung nach Auslieferung und Bestrafung der „*Kriegsverbrecher“* erhoben und mit Art. 227 auch die Auslieferung des Kaisers *„wegen höchster Verstöße gegenüber sittlichem Bewußtsein und den Gültigkeit von Verträgen“*, aber die holländische Regierung lehnte die Auslieferung des Kaisers ab und die Reichsregierung (der Linksrevolution!) bewies das Ehrgefühl, die *„Kriegsverbrecher“* nicht auszuliefern. Demgegenüber werden in der BRD noch ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende „*Kriegsverbrecher*“ gesucht und (gemäß dem Willen der Sieger) abgeurteilt.

Mit dem Versailler Diktat war zwar der Krieg beendet, die Errichtung einer dauerhaften, gerechten Friedenlösung lag jedoch überhaupt nicht im Interesse der Siegermächte.

Die Grundlegung des FriedensVertragsschlusses von Versailles, daß sich der Sieger zum Richter macht und den Besiegten zur Anerkennung der Alleinschuld mit unbegrenzter Haftung zwingt, ist seitdem üblich geworden.

So gesehen ist allein dieser Artikel Beweis genug, daß sich das deutsche Volk einem Gegner gegenüber sah, der willens und fest entschlossen war, sich des Ertrages seiner Wirtschaftskraft auf lange Zeit zu bemächtigen und es nicht nur in seiner Staatsform, der konstitutionellen Monarchie, sondern überhaupt in seiner Selbstbehauptung und Selbstverwirklichung als Volk im Kern zu treffen.

Das Versailler Diktat enthielt einen Revisionsparagraphen, der für Revisionen die Einstimmigkeit der Signatarmächte erforderte, der somit für die deutschen Revisions- forderungen der absolute Hohn war.

Ein Vergleich der humanen und den Besiegten schonenden Friedensbedingungen nach den Kriegen von 1812-15, 1866 und 1870-71, als es noch keine Haager Landkriegsordnung von 1906 und kein Völkerrecht gab, das das Selbstbe- stimmungsrecht der Völker enthielt, mit den haßerfüllten und erniedrigenden Formen des Waffenstillstandes bei Compiegne und der Vertragsunterzeichnung in Versailles, ist

außerordentlich aufschlußreich. Nicht anders 1945. In Lille aber nahm 1940 ein deutscher Generalfeldmarschall den Vorbeimarsch der besiegten Franzosen unter ihren Waffen ab. Eine Ehrenkompanie der SS-Leibstandarte präsentierte, als in Compiegne der Wagen zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes betreten wurde. Der Waffenstillstandsvertrag beginnt: ***„Frankreich ist nach einem heroischen Widerstand*** *besiegt* ***worden. Deutschland beabsichtigt daher nicht, den Waffenstillstandsbedingungen den Charakter von Schmähungen gegenüber einem so tapferen Gegner zu geben... "*** (O. Meissner 1950, S. 544). Frankreich wurde nichts dem Versailler Diktat Entsprechendes aufgezwungen. Es gab keine Kriegsverbrecherprozesse. Der äußerst ritterlichen Art, in der die französische Kapitulation von Compiegne im Juni 1940 stattfand, steht die schmachvolle Verhaftung der Reichsregierung Dönitz am 23.5.1945 gegenüber.Vor dem Invalidendom in Paris mit dem Sarkophag Napoleons stand eine deutsche Ehrenwache.

Die Folgen des Diktates waren die Zerstörung der Wirtschaftskraft des Reiches durch die ungeheuren Reparationsleistungen, die erst 1988 ihr Ende hätten finden sollen, die Inflation 1922/23, an der u. a. F. D. Roosevelt mit eigens von ihm dazu gegründeten Gesellschaften verdiente (A. Sutton 1990, S. 49f.), die beispiellose innere Zersetzung des deutschen Volkes und die äußere Diskriminierung des Deutschen Reiches. H. Diwald (Vorwort zu H. Wellems 1989) schreibt dazu: ***„Etliche deutsche Historiker die sich im Dienste der Selbsterniedrigung wohler fühlten, als im Dienste der Sachlichkeit, bezeichneten später*** (nach 1945, der Verf.) ***den Versailler Schuldartikel als Belanglosigkeit: die Erregung darüber zeuge von einer kindischen Empfindlichkeit. Die Sieger des Ersten Weltkrieges sahen das anders. Am 3.3.1921 erklärte der britische Premierminister Lloyd George: „Für die Alliierten ist die deutsche Verantwortung für den Krieg grundegend; sie ist das Fundament, auf dem der Bau von Versailles errichtet wurde. Wenn dieses abgelehnt oder aufgege- ben wird, ist der Vertrag zerstört.***

Die linken Gruppierungen, deren Rolle bei der inneren Zerstörung des Staatswesens führend war, begannen nur zu

bald damit, dem Schulddiktat der Sieger in ihrem Haß gegen jede deutsche nationalstaatliche Ordnung zu folgen, und zum Ansatzpunkt wurde der von Preußen siegreich geführte Krieg von 1870/71. Die SPD, für die bis heute internationale vor eigenen nationalen Interessen gehen, vertrat bereits auf dem internationalen Sozialistenkongreß vom 31.7. bis 5.8.1920 die Auffassung: *„Das Bismarckdeutschland hat... den Weltfrieden auf das schwerste erschüttert, indem es Elsaß-Lothringen im Jahre 1871 mit Gewalt annektiert hat",* eine Argumentationslinie, die den vorausgegangenen Raub Elsaß-Lothringens durch Frankreich verschweigt, auf die inzwischen aber alle Parteien der Bundesrepublik einge- schwenkt sind - man vergleiche nur mit heutigen Verlautbarungen von Politikern aller Parteien. Wie Deutschfeindlich- keit bis heute fortwirkt, zeigt eine der Entwicklungen nach 1990, nach jener kleinstdeutschen Wiedervereinigung von 1990, die den Widerstand seitens des französischen Präsiden- ten Mitterand und der englischen Premierministerin That- cher erfuhr, und die allen Erwartungen von SPD und Deutschlands Linksintellektuellen zuwiderlief, denen die Idee nationaler Einheit seit jeher suspekt war. Schon zu Wil- sons Kriegszielen gehörte die Entmachtung der *„Junkerklas- se",* die ein Träger des preußischen Staates war. Das wurde besonders gründlich von der sowjetischen Besatzungsmacht 1945 bis 1949 über Enteignungen bis zur Ausrottung hin- durchgeführt. Die amtierende Bundesregierung erkannte: nicht nur diese Enteignungen im Einigungsvertrag vom 15.6.1990 ohne Not an, am 3.10.1990 eignete sie sich selbst das damals durch Stalin und seine Vasallen enteignete Eigen- tum an und begann es zu verkaufen, und das ausgerechnet vermittels einer Gesellschaft, der sie den Namen Treuhand gab. Einen Dieb und Hehler zugleich darf man sie nicht nennen, denn das BverfG hat das mit Urteil vom 23.4.1991 für rechtens erkannt - sich so aber auch dem Vorwurf ausgesetzt, nicht Völkerrechts- und verfassungskonform entschieden zu haben.

Der erste Chef der Treuhand, Rohwedder, wurde er- schossen, nachdem er erklärt hatte, er werde deutsches Ei- gentum nicht an das Ausland verkaufen. Darauf wurde eine

Zweigbank der Rothschilds in Berlin errichtet und die folgende **Chefin** der Treuhand, Breuel, verkaufte vor allem an **das Ausland.**

Tatsache jedenfalls ist, daß es nach 1945 keine Bundesregierung je unternahm, die totalen Alleinschuldzuweisungen an beiden Weltkriegen objektiv zu prüfen. Im Gegenteil, mit der Unterzeichnung des Überleitungsvertrages vom 26.5.1952 wurden sie de facto vorbehaltlos anerkannt und mit Note vom 28.9.1990 wurde die Geltung des Überleitungsvertrages auf die neuen Bundesländer ausgedehnt.

Die deutsche Reichsregierung hingegen setzte bald nach **Ende** des Ersten Weltkrieges eine Kommission von Historikern ein, die insbesondere den Art. 231 des Versailler Diktates auf seinen Wahrheitsgehalt hin zu prüfen hatte. Sie kam zu dem eindeutigen Schluß, daß dieser Artikel nicht der geschichtlichen Wahrheit entspricht, und setzte damit die Geschichtsrevision in Gang. Seitdem ist es berechtigt, von einer ***Kriegsschuldlüge*** zu sprechen. Als dieses Ergebnis der Untersuchung zweifelsfrei feststand, widerrief Reichspräsident v. Hindenburg die Schuldzuweisung nach Art. 231 des Versailler Diktats am 18.9.1927 anläßlich der Einweihung des Tannenbergdenkmals.

Besondere Verdienste an der Widerlegung der Kriegsschuldlüge der Alliierten erwarb sich Prof. H. Barnes aus den USA, der nach 1945 auch zu der ähnlich gelagerten Kriegsschuldfrage des Zweiten Weltkrieges Stellung nahm und auch hier von einer ***Kriegsschuldlüge*** sprach (siehe Kap. 24). Zur Weimarer Zeit glichen seine Vortragsreisen durch Deutschland Triumphzügen. 1926 sandte ihm der Reichspräsident v. Hindenburg, weil selbst erkrankt, einen Adjutanten zur Begrüßung. Er sprach u. a. unter Vorsitz Seiner Magnifizenz im Auditorium Maximum der Universität München, in das sich 4.000 bis 5.000 Menschen hineingedrängt hatten. 15.000 bis 20.000 konnten keinen Einlaß erhalten (H. Barnes 1968). Um ihn zu hören, kam jeder zehnte Münchener!

Barnes berichtet von einem Gespräch mit dem ehemaligen Kaiser Wilhelm II., das er mit ihm 1927 in Doorn führte und bei dem die Rede auch auf die Frage nach den Kriegsur-

sachen kam: *„ Wenn der Kaiser auch erfreut darüber war, daß ich ihm nicht die Schuld für den Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 gab, teilte er doch keineswegs meine Auffas- sung, die Hauptverantwortlichen seien Rußland und Frankreich. Er hielt für die Schuldigen an 1914 die internationalen Juden und Freimaurer; die, wie er behauptete, sich die Zerstörung der Nationalstaaten und des Christentums zum Ziele gesetzt hätten. Sie hätten sich erst Eduard VII. und so- dann Sir Edward Grey als Werkzeuge bedient"* (H. Barnes 1968, S. 38). Ähnlich urteilte auch Ludendorff.

Prof. D. Hoggan, ebenfalls aus den USA, trug wie Barnes Entscheidendes zur Entkräftung der Kriegsschuldzuweisung am Zweiten Weltkrieg bei, besonders mit seinem großen Werk Der erzwungene Krieg (D. Hoggan 1976). Ihm wurde in der Bundesrepublik keine öffentliche Anerkennung zuteil, im Gegenteil. Bei einer Vortragsreise 1964 wurde er öffentlich so angepöbelt, daß er über ein Kapitel seines 1984 erschienenen Buches schrieb: „Nie wieder Bundesrepublik!" Er sah sich *zu* der Feststellung veranlaßt: *„Die USA-Umerzieher und ihre deutsch-jüdischen Gehilfen hatten ganze Arbeit geleistet*." Hoggan hatte 1943 sein erstes Lehramt am Red College der Harvard University aus Protest gegen Roosevelts Forderung nach bedingungsloser Kapitulation Deutschlands auf der Konferenz von Casablanca niedergelegt. Damit waren der Verlust seiner Rückstellung vom Wehrdienst und 11 Monate Zwangsarbeit in Konzentrationslagern für politische Andersdenkende verbunden (D. Hoggan 1984, S. 249).

Das Kriegsziel der Alliierten bestand 1914 und 1939 in der Zerstörung des Deutschen Reiches, der Vernichtung der Volkskraft und jenes Identitätsbewußtseins der Deutschen, das sich auf *„die im Volke immer tiefere Wurzel schlagende Idee eines deutschen Einheitsstaates und die eine solche un- terstützende Politik Preußens"* (Kleiner Brockhaus, Leipzig 1862) gründete. Unter den ehemaligen *„Mitteldeutschen"* mehren sich heute die Stimmen, die davon sprechen, daß sie, von Gorbatschow freigegeben, nur das russische Joch mit dem der westlichen Sieger vertauscht hätten. Das Kriegsziel der Alliierten - 75 Jahre später durch eine *„deutsche"* Regierung zu Ende geführt?

In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg setzte eine bedeutende Entwicklung des Völkerrechts ein, die die Regierungen der Weimarer Republik wie ein göttliches Geschenk für die deutschen Rechtspositionen empfunden hätte. Es hat aber keine der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland je in Betracht gezogen, das heute bestehende Völkerrecht auf die mit dem Ende des Ersten und des Zweiten Weltkrieges durch die Siegermächte erfolgten Setzungen anzuwenden. Das ist für einen Staat, der sich einer vollen Souveränität erfreuen soll, ungewöhnlich.

Nach Art. 25 GG geht das Völkerrecht innerdeutschen Gesetzen im Range vor und erzeugt *„Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes“,* also auch für die Bundestagsabgeordneten und Regierungen. Es sollte also mit einfachen Beschlüssen des Bundestages möglich sein, alle völkerrechtswidrigen Reste des Regiments der Besatzungsmächte außer Kraft zu setzen, alle völkerrechtswidrigen Verträge zu kündigen und sich nicht an völkerrechtswidrigen Aktionen wie den Kriegen gegen Serbien, Afghanistan und Irak zu beteiligen.

Die gefangenen Soldaten der afghanischen Regierung wie wilde Tiere gefesselt in Drahtkäfige zu sperren wiederholt die Kriegsverbrechen gegen die gefangenen deutschen Soldaten auf den Rheinwiesen, wo 800.000 zu Tode kamen (J. Bac- que 1989).Bush jun. wußte von den Folterungen und stellte sie nicht ab! Im Krieg tranken sie aus Hirnschalen gefallener Japaner!

Deshalb ist es angebracht, den Blick auf die heutige Rechtslage zu richten. Dabei ergibt sich für den Historiker das Ergebnis:

Die Friedensverträge von 1919 und insbesondere der Vertrag von Versailles sind nach der Konvention über das Recht er Verträge von Wien 1969 nicht mehr gültig. Art. 52 dieses Vertrages bestimmt, daß Verträge, die unter Zwang abge- schlossen wurden, ungültig sind. Dazu gehört auch, daß Zwang gegen einen Staat, nicht nur gegen Personen, völkerrechtlich verboten ist. Art. 64 bestimmt, daß ein früherer Ver- trag vom Tage der Gültigkeit einer neuen Norm des zwingen- den Völkerrechts an ungültig wird, wenn er einer neuen

Norm widerspricht. Das Selbstbestimmungsrecht wurde ius cogens, zwingendes Völkerrecht, das innerstaatlichen Geset- zen übergeordnet ist. Daß die Verträge von 1919 unter massiv stem Zwang abgeschlossen werden mußten, haben alle Partei- en der Weimarer Republik wiederholt festgestellt. Ebenso gibt es hierzu eine Fülle von Beweisen aus deutschen Regierungs-Verlautbarungen. Sogar viele ausländische Politiker haben sich dementsprechend geäußert. Obendrein widersprechen die Verträge von Versailles und St. Germain dem Selbstbestim-mungsrecht und sind auch aus diesem Grunde nach Art. 4 un-gültig. Sie sind weiterhin nichtig, da seit der Wiener Vertrags-rechtkonvention von 1969 jede Gebietsveränderung von der Zustimmung der betroffenen Bevölkerung abhängig ist, die, wie zum Beispiel aus den Ostgebieten, nach heutiger Rechts-auffassung völkerrechtswidrig vertrieben und nicht befragt wurde. Andererseits wurden 1919 polyethnische Staaten wie die Tschechoslowakei und Jugoslawien ebenso unter Mißach- tung des Selbstbestimmungsrechtes künstlich gebildet, die in neuester Zeit unter dem Freiheitswillen ihrer Völker zusam-mengebrochen sind.

Die ab 1919 von Deutschland abgetrennten Gebiete ha- ben nach heutiger anerkannter Rechtsauffassung den Rechtsstatus von widerrechtlichen Annexionen und die mit Duldung und Förderung der Annexions- und Besatzungs- mächte nach 1919 in diese Gebiete eingewanderten Polen, Tschechen, Franzosen, Italiener u. a. m. haben dort keine völkerrechtlich begründeten Heimatrechte.

Die Grenzen des Deutschen Reiches von 1918 vor den Ge-bietsannexionen infolge der Verträge von Versailles und St Germain und nach Anschluß des Sudetenlandes und Öster- reichs an das Deutsche Reich sind die völkerrechtlich gültigen Grenzen. Insoweit die alliierten Verträge bis und nach Been- digung des Zweiten Weltkrieges Verträge zu Lasten Dritter sind, sind diese Grenzen weiterhin die völkerrechtlich gültigen.

Da der Vertragstext bereits fertig formuliert der deutschen Delegation vorgelegt wurde und mit dem Ultimatum vom 20.6. die Annahme erzwungen wurde, ist der Versailler Vertrag, ebenso wie der von St. Germain, als ein Vertrag zu

Lasten Dritter von Anfang an nichtig und ein Bruch des Vorfriedensvertrages vom 5.11.1918.

Alles das machten die Bundesregierungen nicht zum Gestand einer völkerrechtlichen Prüfung.

Stark vereinfacht ausgedrückt ist die Urteilsfindung des IMT Nürnberg mit dem Überleitungsvertrag vom 26.5.1952 von der Bundesrepublik Deutschland als verbindlicher Leitfaden für die Rechtsprechung in all den Rechtsfragen anerkannt worden, die Rechtssetzungen der Alliierten in Zusammenhang mit der Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg betreffen. Im Grundgesetz heißt es dementsprechend im Art. 139: ***„Die zur Befreiung der Deutschen von Nationalsozialismus und Militarismus erlassenen Rechtsvorschriften werden von Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt. "*** Da das Grundgesetz jedoch keine Verfassung darstellt, die vom ganzen Volk beschlossen wurde und beschlossen sein muß, hängen diese Verträge rechtlich nach wie vor in der Luft: sie sind letztlich nichtig, da sie Ausfluß von völkerrechtswidrigen Besatzungsmaßnahmen sind.

Nach Kriegsende 1918 wurde die Landkarte Osteuropas durch die Sieger gänzlich umgestaltet. Aus der Konkursmasse der K.u.K.-Monarchie und des Deutschen Reiches wurden angeblich im Namen des Selbstbestimmungsrechtes polyethnische Staaten jeweils unter dem Diktat eines staatstragenden Volkes wie Polen, Tschechoslowakei (unter Tschechen), Jugoslawien (unter Serben) und Rumänien errichtet, in die unter Bruch des Selbstbestimmungsrechtes eine Reihe von Volksgruppen hineingepreßt wurden. Die Antwort gab am 4.11.1918 der tschechische Minister Aloys Rasin: ***»Das Selbstbstimmungsrecht ist eine schöne Phrase. - Jetzt aber, da die Entente gesiegt hat, entscheidet die Gewalt"*** (H. Übelakker 1997, S. 21).

Die ethnische Zusammensetzung Polens nach dem Ersten Weltkrieg war (F. Pelzer, 1991):

	1921	1931
Gesamtbevölkerung	27,2 Mill.	33,4Mill (1935)
Polen	69,2%	68,9%
Ruthenen	14,3	13.8
Juden	7,8	7.8

Deutsche	3,9	2,3
Weißruthenen	3,9	3,1
Litauen	0,3	0,3
Tschechen	0,1	0,1
Russen	0,2	0,4

Östlich der Curzonlinie lebten 1939 11,84 Mill., davon 4,3 Mill. Polen und 7,54 Mill. Russen und Ukrainer.

Bei einer friedlichen Demonstration gegen die Okkupation des Sudetenlandes am 4.3.1919 wurden 54 Sudetendeutschen von Tschechen erschossen.

Die ethnische Zusammensetzung der Tschechoslowakei war nach der Volkszählung von 1921 (R. Eibicht, 1991):

Gesamtbevölkerung	13,4 Mill.
Tschechen	50,0 %
Slowaken	23,1
Deutsche	14,9
Ungarn	5,2
Ruthenen	3,7
Juden	2,2
Polen	0,7

Die ethnische Zusammensetzung Jugoslawiens war nach de: Volkszählung von 1921 (Osteuropa-Handbuch Jugoslawien Graz 1954):

Gesamtbevölkerung	11,98 Mill.
Serbokroaten	74,4 %
Slowenen	8,5
Slowaken	1,0
Deutsche	4,2
Ungarn3,9 Rumänen und Walachen 2,0	
Albaner	3,7
Türken	1,3
Andere je unter	1,0

Hilfe des Deutschen Reiches konnten die Deutschen aus der Tschechei am 3.10.1938 ihre Freiheit erhalten. Am 13./ 14 3 1939 konnten sich die Slowaken daraus selbst befreien.

Im Wiener Schiedsspruch von 1940 wurden die Ungarn aus Rumänien befreit und die deutschen Volksgruppen auf dem Balkan erhielten Autonomiestatute. Diese wurden in den zwischenstaatlichen Verträgen dazu bereits damals Volksgruppenrechte genannt. Heute gibt es international nichts Vergleichbares. In der EU gibt es immer noch keine vergleichbaren Minderheitenrechte für Basken, Bretonen, Elsässer oder Deutsche. Keine deutsche Regierung außer der unter Adenauer brachte es fertig, sich des Schutzes verfolgter Deutscher anzunehmen (z. B. im Fall Priebke).

Weil die Sieger von 1945 die gleichen Verbrechen gegen das Selbstbestimmungsrecht vollbrachten und die gleichen polyethnischen Staaten neu errichteten, hatte das nach Zerfall der UdSSR die Befreiungsversuche der gleichen Völker zur Folge. Im Balkankrieg versuchten die Sieger von 1945, die Befreiungen der Slowenen, Kroaten und Bosnier zu verhindern und lösten, da 1945 von den Siegern anfangs mindestens gebilligt, ähnlich grausame ethnische Vertreibungen wie nach 1945 aus.

Hier wird deutlich, wie aus Fortpflanzung alten Unrechtes neue Verbrechen entstehen, aber auch, wie Völkerbefreiungen gelingen. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, vorauszusagen, daß auch das Euro-Völkergefängnis und die Eurodiktatur - zuwege gebracht von den gleichen Hintergrundmächten, die 1914 und 1939 wirksam waren - der langjährige Kommissionspräsident der EG Delors war Hochgradfrei- maurer - nicht von Dauer sein werden.

Wenige Tage vor dem angeblichen Inkrafttreten der Souveränität der Bundesrepublik am 3.10.1990 wurde von der Regierung Kohl-Genscher das Fortbestehen der Rechte, Entscheidungen und Maßnahmen der westlichen Siegermächte als Endende Grundlage des Staates durch eine Note am 27./ 28.9.1990 anerkannt: Die Regierung der Bundesrepublik er- klärt, *daß sie sämtliche angemessenen Maßnahmen ergreifen wird, um sicherzustellen, daß die weiterhin gültigen Bestimmungen des Überleitungsvertrages auf dem Gebiet der gegen-*

wärtigen DDR und in Berlin nicht umgangen werden" Fiedler 1991, siehe Anhang A30, A31). Diese Erklärung wur- de der deutschen Öffentlichkeit von den Medien vorenthalten. Da damit auch das Londoner Statut vom 8.8.1945, das di Grundlage für die Kriegsverbrecherprozesse bildete und eine Kritik an den Verträgen von 1919 von vornherein ausschloß als weiterhin gültig anerkannt wird, soll damit auch die - hi- storisch längst widerlegte - Kriegsschuldlüge des Art. 231 des Versailler Diktates als weiterhin rechtsgültig angesehen weil den.

Insbesondere ist die Alleinschuld Deutschlands am Zweite Weltkrieg damit anerkannt. Andererseits sind die meisten der irgendwie im Kriegszusammenhang stehenden Verträge der Siegermächte von 1945 noch nicht juristisch abgeschlossen worden, ebenso sind die Feindstaatenklauseln der UNO-Satzung in ih- ren Bezügen auf das Deutsche Reich, nicht auf die BRD im wesentlichen noch in Kraft. Hinzu kommt, daß die Bundesrepu- blik nicht im Besitz einer Menge erbeuteter deutscher Archive ist, die sie rechtens verwalten müßte - allerdings hat bisher auch keine Bundesregierung energische Schritte unternommen, sie zu ihren Händen zu erhalten. Die heutige Völkerrechtslag schließt aber ein, daß Völkerrechtsbrüche der Alliierten bis zu den Kriegsbeendigungserklärungen der Westmächte 1951 und der UdSSR 1955 unverjährbare Kriegsverbrechen darstellen.

4 Die Außen- und Innenpolitik der Weimarer Republik

Die Regierungen der Weimarer Republik *„waren zu keiner Zeit eine Marionettenregierung in den Händen fremder Besatzungsmächte. Auch war die Verfassung der Weimarer Republik ausschließlich von deutschen Staatsbürgern ge- schaffen, und nicht, wie das sogenannte Bonner Grundge- setz, von Ausländern"* (H. Barnes 1968, S. 44). Barnes spielt hier auf Tatsachen wie die an, daß zu den maßgeblichen Verfassern des Grundgesetzes beispielsweise C. J. Friedrich in seiner Eigenschaft als Politologe der Harvard Universität

gehörte ein Emigrant, der Agent des US-Geheimdienstes war (D. Hoggan 1984, S. 89).

Der Unterschied in der Nachkriegssituation zwischen Weimarer Republik und Bundesrepublik wird an einer Rede des späteren Reichspräsidenten Ebert sofort deutlich, die er an die heimkehrenden Soldaten richtete: Rede des Volksbe**auftragten** Ebert beim feierlichen Einzug der Berliner Trup- en am 10.12.1918: ***„...Eure Opfer und Taten sind ohne Beispiel. Kein Feind hat Euch überwunden... Ihr habt die Heimat*** *vor* ***feindlichem Einfall geschützt... Erhobenen Hauptes dürft ihr zurückkehren. Nie haben Menschen größeres geleistet und erlitten als ihr. Im Namen des Deutschen Volkes tief- sinnigen Dank und noch einmal herzlichen Willkommens- gruß in der Heimat"*** (Flugblattsammlung Staatsbibliothek München). Kein deutscher Minister hätte nach 1945 eine solche Ansprache halten können.

Die Nationalversammlung zur Verabschiedung der Verfassung mußte nach Weimar einberufen werden, da in Berlin die Gefahr kommunistischer Aufstände bestand und Weimar durch Freikorps geschützt war.

In den Verfassungen, die nach den Revolutionen von 1919 verabschiedet wurden, hieß es in Österreich: ***„Deutsch- Österreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik"*** und in der Weimarer Verfassung: ***„Deutsch-Österreich erhält nach seinem Anschluß an das Deutsche Reich das Recht der Teilnahme am Reichsrat... Bis dahin haben die Vertreter Deutsch-Österreichs beratende Stimmen."*** Der Anschluß wurde von den Siegern unter Ausschluß des Selbstbestimmungsrechtes mit den Diktaten von Versailles und Saint Germain verhindert. Der Versuch, eine Zollunion zwischen beiden Staaten zu errichten, scheiterte vor allem am Wider- stand Frankreichs. Eine Klage dagegen wurde vom Interna- tionalen Gerichtshof in Den Haag 1931 abgewiesen. Nach dem Zweiten Weltkrieg kam hinzu, daß sich die von den Siegermächten zugelassene Presse und der Rundfunk sowohl in der Bundesrepublik als auch in Österreich verpflichtet sa- hen, die Vorstellung einer gemeinsamen Staatlichkeit auf dem Boden eines gemeinsamen Volks- und Geschichtsbe-

wusstsein gar nicht erst wieder entstehen zu lassen.

wärtigen DDR und in Berlin nicht umgangen werden" (W. Fiedler 1991, siehe Anhang A30, A31). Diese Erklärung wurde der deutschen Öffentlichkeit von den Medien vorenthalten. Da damit auch das Londoner Statut vom 8.8.1945, das die Grundlage für die Kriegsverbrecherprozesse bildete und eine Kritik an den Verträgen von 1919 von vornherein ausschloß, als weiterhin gültig anerkannt wird, soll damit auch die - hi- storisch längst widerlegte - Kriegsschuldlüge des Art. 231 des Versailler Diktates als weiterhin rechtsgültig angesehen werden.

Insbesondere ist die Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg damit anerkannt. Andererseits sind die meisten der irgendwie im Kriegszusammenhang stehenden Verträge der Siegermächte von 1945 noch nicht juristisch abgeschlossen worden, ebenso sind die Feindstaatenklauseln der UNO-Satzung in ihren Bezügen auf das Deutsche Reich, nicht auf die BRD im wesentlichen noch in Kraft. Hinzu kommt, daß die Bundesrepu- blik nicht im Besitz einer Menge erbeuteter deutscher Archive ist, die sie rechtens verwalten müßte - allerdings hat bisher auch keine Bundesregierung energische Schritte unternommen, um sie zu ihren Händen zu erhalten. Die heutige Völkerrechtslage schließt aber ein, daß Völkerrechtsbrüche der Alliierten bis zu den Kriegsbeendigungserklärungen der Westmächte 1951 und der UdSSR 1955 unverjährbare Kriegsverbrechen darstellen.

4 Die Außen- und Innenpolitik der Weimarer Republik

Die Regierungen der Weimarer Republik ***„waren zu keiner Zeit eine Marionettenregierung in den Händen fremder Besatzungsmächte. Auch war die Verfassung der Weimarer Republik ausschließlich von deutschen Staatsbürgern geschaffen, und nicht, wie das sogenannte Bonner Grundgesetz, von Ausländern"*** (H. Barnes 1968, S. 44). Barnes spielt hier auf Tatsachen wie die an, daß zu den maßgeblichen Verfassern des Grundgesetzes beispielsweise C. J. Friedrich in seiner Eigenschaft als Politologe der Harvard Universität

gehörte, ein Emigrant, der Agent des US-Geheimdienstes war (D. Hoggan 1984, S. 89).

Der Unterschied in der Nachkriegssituation zwischen Weimarer Republik und Bundesrepublik wird an einer Rede des späteren Reichspräsidenten Ebert sofort deutlich, die er an die heimkehrenden Soldaten richtete: Rede des Volksbeauftragten Ebert beim feierlichen Einzug der Berliner Truppen am 10.12.1918: *„...Eure Opfer und Taten sind ohne Beispiel. Kein Feind hat Euch überwunden... Ihr habt die Heimat vor feindlichem Einfall geschützt... Erhobenen Hauptes dürft ihr zurückkehren. Nie haben Menschen größeres geleistet und erlitten als ihr. Im Namen des Deutschen Volkes tiefinnigen Dank und noch einmal herzlichen Willkommensgruß in der Heimat“* (Flugblattsammlung Staatsbibliothek München). Kein deutscher Minister hätte nach 1945 eine solche Ansprache halten können.

Die Nationalversammlung zur Verabschiedung der Verfassung mußte nach Weimar einberufen werden, da in Berlin die Gefahr kommunistischer Aufstände bestand und Weimar durch Freikorps geschützt war.

In den Verfassungen, die nach den Revolutionen von 1919 verabschiedet wurden, hieß es in Österreich: *„Deutsch- Österreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik “* und in der Weimarer Verfassung: *„Deutsch-Österreich erhält nach seinem Anschluß an das Deutsche Reich das Recht der Teilnahme am Reichsrat... Bis dahin haben die Vertreter Deutsch-Österreichs beratende Stimmen. "* Der Anschluß wurde von den Siegern unter Ausschluß des Selbstbestimmungsrechtes mit den Diktaten von Versailles und Saint Germain verhindert. Der Versuch, eine Zollunion zwischen beiden Staaten zu errichten, scheiterte vor allem am Widerstand Frankreichs. Eine Klage dagegen wurde vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag 1931 abgewiesen. Nach dem Zweiten Weltkrieg kam hinzu, daß sich die von den Siegermächten zugelassene Presse und der Rundfunk sowohl in der Bundesrepublik als auch in Österreich verpflichtet sa- hen, die Vorstellung einer gemeinsamen Staatlichkeit auf dem Boden eines gemeinsamen Volks- und Geschichtsbewußtsein gar nicht erst wieder entstehen zu lassen.

Die heutigen Farben der BRD schwarz-rot-gold wurden in Erinnerung an die gleichen Farben der gesamtdeutschen Nationalversammlung von 1848 und die der Weimarer Republik gewählt. Diese wurden 1919 von der Nationalversammlung ganz bewußt als großdeutsche Farben unter Einschluß Österreichs festgesetzt.

Die Weimarer Republik sah sich von Beginn an vor praktisch unlösbare wirtschaftliche Probleme gestellt, die zwangsläufig die innere Stabilität gefährden mußten. Die Blockade wurde nach dem Waffenstillstand von 1918 fortgesetzt, etwa 800.000 Deutsche, nach einigen Autoren fast 2 Millionen, starben noch nach Kriegsende den Hungertod. Spekulanten- und Schiebertum machten sich breit. Zu einem besonderen Problem wuchs sich das massenhafte Einströmen von Ostjuden aus, die bald in den Besitz deutscher Namen und deutscher Pässe gelangten. Dieser vor allem von der SPD-Regie- rung des Landes Preußen (A. Miller 1928) begünstigte Zustrom wurde von großen Teilen der deutschen Bevölkerung als Überfremdung und wirtschaftliche Belastung empfunden. In Wien gab es nach der Volkszählung von 1923 201.513 Glaubensjuden, davon waren nur 77.260 in Wien und 7.967 im übrigen Österreich geboren, aber 116.286 im Ausland (A. Gerlach 1939, S. 9).

Dem Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen wurde 1920 gemeldet: ***„Die von den in der Provinz stationierten Grenzpolizei-Stellen im Frühjahr dieses Jahres ausgeübte Ausländerkontrolle hat z. B. für den Regierungsbezirk Königsberg ergeben, daß im Februar 3.807 eingewanderte Ostjuden anwesend waren. Die Zahl stieg im März auf 6.068, im April auf 6.854. Bemerkt werden muß, daß durch die russische Offensive im Sommer der Flüchtlingsstrom erheblich zugenommen hat, so daß es nicht zu hoch bemessen sein dürfte, daß die heutige Zählung die 5-fache Ziffer ergibt, so daß man allein im Regierungsbezirk Königsberg mit rund 30.000 Ostjuden rechnen darf. Die Danziger Dampfer bringen Tag für Tag eine große Anzahl Ostjuden herein. Die Zahl der über die grüne Grenze einwandernden Flüchtlinge ist nicht annähernd abzuschätzen “*** (A. Miller 1928, S. 39). Der Reichsminister des Inneren nahm am 20.7.1920 dazu Stellung: ***„...Die***

Zahl Wohnungssuchenden wächst ständig. Allein in Berlin suchen etwa 80.000 Haushaltungen Wohnungen... Der Flüchtlingsstrom wächst. In den letzten Wochen sind viele Tausende deutscher Beamten und Staatsarbeiter aus den an Polen abgetretenen Gebieten ausgewiesen worden. Die vertriebenen Deutschen sind gezwungen, zum Teil in Güterwagen, Barak- ken oder anderen unzulänglichen Unterkunfts-Gelegenheiten zu wohnen. Unter diesen Umständen erregt es bei der Bevölkerung steigenden Unwillen, daß viele Tausende fremdstäm- miger Ausländer Wohnraum innehaben... In meinem Schreiben vom 31. Mai 1920 habe ich eingehend dargelegt, daß der Erlaß des vormaligen (preußischen) *Herrn Ministers des Inneren vom 1.11.1919 auf dem Gebiet der Fremdenpolizei ein Sonderrecht zugunsten der Ostjuden geschaffen und damit die ostjüdische Einwanderung mittelbar begünstigt, ihre Bekämpfung erschwert hat. Der Erlaß des jetzigen Ministers des Inneren vom 1.6.1920... beläßt es dabei, daß den Ostjuden besondere Vorzugsrechte auf dem Gebiet der Fremdenpolizei gewährt werden..."* (A. Miller 1928, S. 32). Nach W. Rathenau: *„Inmitten deutschen Lebens ein abgesondert fremdartiger Menschenstamm... auf märkischem Sand eine asiatische Horde"* (H. Splittgerber 1960, S. 8).

In Berlin kam es Anfang November 1923 zu großen Hungerkrawallen und Geschäftsplünderungen. Die Münchener Neuste Nachrichten berichtete dazu am 6.11.1923: *„Die Plünderungen in Berlin. Galizier hatten vor den Zahlungsstellen der Erwerbslosenfürsorge Aufstellung genommen und versucht, die eben ausgestellten wertbeständigen Zahlungsmittel gegen Papiergeld umzuwechseln, wobei sie weit geringere Beträge in Papiermark boten, als der Umrechnungskurs beträgt. Die erregte Menge wandte sich nun gegen jüdisch aussehende Passanten und jüdische Geschäfte"* (G. Franz- Willing 1975, S. 194).

Die Reaktionen verantwortlicher deutscher Politiker auf die sog. Verträge von 1919 in den zwanziger Jahren zeigen immer wieder, daß sich nicht nur die auferlegten Reparationszahlungen als unverhältnismäßig und für die Volkswirtschaft als existenzbedrohend, sondern vor allem die Abtrennung deutscher Gebiete als ein nicht zu rechtfertigendes

Unrecht angesehen wurde, dem sich Deutschland nicht auf Dauer fügen dürfe. Reichsaußenminister Stresemann erklärte am 18.5.1925 im Reichstag: *„ Es gibt niemand in Deutsch- land, der anerkennen könnte, daß die im flagranten Wider- spruch mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gezogene Grenze im Osten eine für immer unabänderliche Tatsache sei. Es kann deshalb für Deutschland auch keine Regelung der Sicherheitsfrage in Betracht kommen, die eine nochmalige Anerkennung dieser Grenze in sich schlösse.“* An den Kronprinzen schrieb er am 7.9.1925: *„Die dritte große Aufgabe ist die Korrektur der Ostgrenzen: Die Wie- dergewinnung Danzigs, des polnischen Korridors und eine Korrektur der Grenzen in Oberschlesien“* (U. Walendy 1965, S. 135).

Wie die deutschen Politiker war sich die deutsche Bevöl- kerung wohl dessen bewußt, einen Krieg verloren zu haben, an dessen Zustandekommen Deutschland ohne Schuld war; und die unnötige Härte der Sieger wurde zunehmend als Unrecht und Willkür empfunden, gegen das man sich zur Wehr setzen müsse. So ist es kein Wunder, daß ein damals noch ziemlich unbekannter Hitler nach Bekanntgabe der Festle- gung der vom Deutschen Reich zu zahlenden Reparationen in Höhe von 226 Milliarden Goldmark den Zirkus Krone in München innerhalb von 14 Tagen ab dem 3.2.1921 dreimal mit je 6.500 Zuhörern füllen konnte.

„Hitler begriff früher als irgendeiner, daß nicht nur Deutschland, sondern die ganze abendländische Menschheit bedroht ist, wenn der überall fortgeschrittenen biologischen, moralischen, intellektuellen und materiellen Zersetzung kein Riegel vorgeschoben wird“ (H. Grimm 1975, S. 155). Bei ei- nem Besuch von Hans Grimm sagte Hitler 1928 zu diesem: "*Ich weiß, daß jemand gegenüber dieser Not hervortreten muß. Ich habe nach diesem Manne gesucht. Ich habe ihn nirgends entdecken können, da habe ich mich aufgerafft, die Vorarbeiten zu tun, nur die dringende Vorarbeit, denn daß ich 's nicht bin, das weiß ich wiederum“* (H. Grimm, 1965, S. 80).

Unter dem nichtigen Vorwand, daß Reparationsleistungen verzögert worden seien, besetzte Frankreich am

11.1.1923 mit einer ca. 40.000 Mann starken Besatzungsarme das Ruhrgebiet und nahm die Produktion der Schwerindustrie in Beschlag. In den Kruppwerken wurden 13 Arbeiter erschossen. Die Bevölkerung des Ruhrgebietes trat geschlossen in den passiven Widerstand und in den Generalstreik, der bis in den September 1923 hinein durchgehalten werden konnte. Die deutsche Regierung stand diesem Bruch des Versailler Vertrages machtlos gegenüber. Die französische Regierung lehnte jede Verhandlung ab. Es sollte aber noch schlimmer kommen. Mit Unterstützung der französischen Besatzungsmacht entstanden Separatistenregierungen im Rheinland und in der Pfalz, die am erbitterten Widerstand der allein auf sich gestellten Bevölkerung im Rheinland am 28.11.1923 und in der Pfalz am 12.2.1924 scheiterten. An diesem Tage stürmte die Bevölkerung von Pirmasens unter dem Klang der Sturmglocken das Bezirksamt, das von der Separatistenregierung besetzt war, zündete es an, erschlug die Separatisten, die flüchten wollten, mit Knüppeln und warf die Leichen in das Feuer (F. Grimm 1931, S. 121). Etwa 100 Separatisten wurden regelrecht erschlagen. Reichskanzler Stresemann erklärte am 25.10.: ***„Die französische und belgische Unterstützung der Separatisten ist ein Wortbruch aller- schlimmster Art gegenüber den feierlichen Versicherungen des Versailler Vertrages. Uns droht das immer weitergreifende Gespenst der Erwerbslosigkeit, der Teuerung, des Währungsverfalls. Die Schuld fällt einzig Frankreich zur Last; die Mittel, die Frankreich gegen Deutschland anwendet, sind gegen Gesetz, Vertrag und Recht“*** (G. Franz-Willing, II, 1975, S. 281).

An Reparationsleistungen war nach dem Versailler Diktat erstmals 1921 die Zahlung von 1 Milliarde Mark fällig. Diese **Zahlungen** waren in Goldmark zu leisten. Die **deutsche** Regierung konnte diese Forderung nur erfüllen, wenn sie an ausländischen Börsen Devisen gegen Papiermark erwarb. Die Folge war, daß der Wert der Papiermark ins Bodenlose sank. Die Schwäche der Mark war ursächlich bedingt durch die schlechte Wirtschaftslage, vor allem aber durch die wirtschaftlichen Folgen des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet und den fast gänzlichen Stillstand der dort konzentrier-

ten Schwerindustrie. Die Unterstützungszahlungen an die streikende Bevölkerung überstiegen die Finanzkraft des Rei- ches, und der passive Widerstand mußte am 26.9.1923 aufge- geben werden. In ihrem Aufruf führte die Reichsregierung am 26.9. aus: ***„Über 180.000 deutsche Männer, Frauen, Greise und Kinder sind von Haus und Hof vertrieben worden... Gewalttaten ohne Zahl haben den Weg der Okkupation begleitet, mehr als 100 Volksgenossen haben ihr Leben dahingeben müssen... Hunderte schmachten noch in Gefängnis- sen...“*** (G. Franz-Willing 1975, S. 119).

Die Abwertung der Mark wurde durch internationale Spekulationen ausgenützt. Ausländer strömten herein, die Devisen boten und alles Wertbeständige aufkauften. Wirtschaftszusammenbrüche, Zunahme der Arbeitslosigkeit, Verlust der Sparguthaben, eine nationale Verarmung und Verelendung größten Ausmaßes waren die Folge. Zur Ausnützung der Inflation wurde in den USA eine Gesellschaft gegründet, an der aus der Hochfinanz u. a. Young und Roosevelt beteiligt waren.[4] Bei der Einführung der Rentenmark am 16.11.1923 - eine Meisterleistung des Währungskommissars Dr. H. Schacht - entsprach 1 Billion Papiermark = 1 Goldmark. Eingeführt wurde die Rentenmark ohne Golddeckung, die Ursache der damaligen Wirtschaftsgesundung. Vergleichbar war m. E. die Reichsmark nach 1933, die ebenfalls ohne Golddek- kung auskam. Erst mit dem Youngplan wurde 1928 die Annahme die Golddeckung erzwungen.

Durch die gleichzeitigen separatistischen Bestrebungen im Rheinland und der bayerischen Regierung gegen das Reich sowie die Putschabsichten von Ludendorff und Hitler gegen Separatismus und Marxismus drohte das Reich zu zerfallen. Es wurde gerettet durch das Zusammenwirken des Reichskanzlers Stresemann und des Reichswehrministers und Chefs der obersten Heeresleitung General von Seeckt,

4 Eine derartige schamlose Ausbeutung wiederholt sich jetzt im Irak durch den 2002 (!) gegründeten *„Americal Council of Culture Policy“*. Bei der Besetzung von Bagdad im April 2003 wurden Kul- tureinrichtungen wie das Nationalmuseum der Plünderung über- antwortet (*Junge Freiheit* 2.5.2003, S. 11).

dem dem Ausnahmezustand am 8.11.1923 die vollziehende Gewalt im Reich und der Oberbefehl über die Reichswehr übertragen wurde. Dies hatte das Scheitern sowohl des bayerischen Separatismus wie des Ludendorff-Hitler-Put- sches am 9.11.1923 zur Folge. Die Reichswehr, deren Offiziere und Mannschaften wie die Bevölkerung innerlich weitgehend auf Seiten der Putschisten standen, handelte gemäß ihres Eides nach dem Befehl zur Niederschlagung des Put- sches. Dieser hätte im Falle des Erfolgs mit der geplanten Kündigung des Versailler Diktates durch eine nationale Regierung nur weitere militärische Maßnahmen der Franzosen gegen das Reich zur Folge gehabt und seinen Bestand herausgefordert. Bereits auf den Plan des bayerischen General- staatskommissars von Kahr, sich vom marxistisch beherrschten Berlin zu lösen und die Verselbstständigung Bayerns unter Mithilfe Frankreichs anzustreben, reagierten die Franzosen mit der Absicht der weiteren Besetzung des Reiches bis zum Main (G. Franz-Willing 1977).

Am 23.11.1923 wurde die Regierung Stresemann von der SPD durch einen Mißtrauensantrag im Reichstag gestürzt. Doch die Einheit des Reiches war gerettet und blieb erhalten.

Am 28.4. hatte die Reparationskommission die deutschen Reparationen auf insgesamt 132 Milliarden Goldmark fest-gesetzt, was mehr als 1,3 Billionen DM entspricht.

Die deutschen Reparationsleistungen wurden im Dawes-plan am 29.8.1924 auf 2,5 Milliarden Goldmark jährlich fest-gesetzt. Da diese Zahlungen nur mit einer gut funktionierenden Wirtschaft zu erbringen waren, wurde die Räumung des Ruhrgebietes zur zwingenden Notwendigkeit. Das wurde zwar mit dem Dawesplan beschlossen, aber erst 1930 endete die Besetzung. Im Rahmen des Dawesplanes wurden die Reichsbank und die Reichsbahn privatisiert und diese sowie die Bank für deutsche Industrieobligationen mit Kommissaren der Sieger besetzt. Der Dawesplan nahm Deutschland, das dem Versailler Diktat bereits die Gebiets- und Wehroheit verloren hatte, auch noch die Wirtschafts-, Finanz- und Verkehrshoheit. Aber auch dieser Plan bestimmte weder die Höhe der Reparationen insgesamt, noch setzte er eine gültige Frist für die Dauer der Zahlungen. Der ehemalige

Kriegspremier Lloyd George führte am 7.10.1928 aus: *„Die gesamte Dokumentation, die uns gewisse Personen unserer Alliierten zugespielt haben, war erlogen und erschwindelt. Wir haben in Versailles auf Grund von Fälschungen entschieden"* (E.-O. Remer 1989, S. 117).

Nach Abschluß des Locarno-Vertrages 1925, der die nochmalige ausdrückliche Anerkennung des Versailler Diktates zur Voraussetzung hatte, wurde die erste Zone des Ruhrgebietes geräumt. Als weitere Folge des Locarno-Vertrages wurde Deutschland in den Völkerbund und in dessen ständigen Rat aufgenommen. Die Kontrollkommission der Sieger zur Überwachung der Abrüstung wurde zurückgezogen. Mit dem 1928 geschlossenen Kellogg-Pakt wurden Kriege generell als Mittel zur Lösung von Streitigkeiten geächtet. Keine Großmacht hielt sich daran. Vom IMT aber wurden Todesurteile mit der Begründung gefällt, daß Deutschland den Kellogg-Pakt gebrochen habe. Berücksichtigt wurden dabei weder die 1939 von Deutschland und Italien angebotenen Verhandlungen, die die Alliierten zurückgewiesen hatten, noch die Kriegserklärungen der Alliierten selbst.

Als sich 1928 bei noch einigermaßen funktionierender Wirtschaft zeigte, daß der Dawesplan nicht erfüllbar war, wurde er durch den Youngplan (Young war Angehöriger des Bankhauses Morgan in New York) ersetzt, der bis zum Jahr 1988 jährliche Zahlungen von 2,05 Milliarden, davon aber nur noch 0,7 Milliarden Mark in Devisen vorsah. Militärische Sanktionen bei Nichterfüllung wurden von da an aus- geschlossen. Doch schon 1931 war das Reich zahlungsunfähig- hig. Die Gegenleistung war, trotz des Widerstandes Frankreichs, die völlige Räumung des Ruhrgebietes und des Rheinlandes, deren Besetzung am 30.6.1930 beendet wurde. Der Verfasser entsinnt sich, daß damals alle Kirchenglocken im Reich eine Stunde lang läuteten - ganz anders als bei der kleinstdeutschen Wiedervereinigung am 3.10.1990, wo sich die Kirchen einem Dankgeläut verweigerten. Am 20.7.1930 fand unter dem Reichspräsidenten von Hindenburg in Koblenz eine große Befreiungsfeier statt.

Am *„schwarzen Freitag",* dem 24.10.1929, wurde durch planmäßig vorbereitete Spekulationen an der New Yorker

Börse die Weltwirtschaftskrise ausgelöst,, die für Deutschland die allerschwersten Folgen hatte. Als nach dem Rücktritt der Regierung Müller im März 1930 keine parlamentarische Mehrheitsregierung mehr gebildet werden konnte, setzte der Reichspräsident aufgrund der Reichsverfassung ein nur ihm verantwortliches Präsidialkabinett mit Reichskanzler Brüning an der Spitze ein, das mit Notverordnungen regierte. Die Parteiendemokratie wurde also nicht erst von Hitler als Reichskanzler beseitigt, sondern schon vor ihm völlig legal mit den Notverordnungen des Reichspräsidenten nach Art. 48 der Weimarer *Verfassung „zur Sicherung von Finanzen und Wirtschaft“,* da es auf parlamentarischem Wege nicht möglich gewesen wäre, den finanziellen Zusammenbruch und den Staatsbankrott zu vermeiden (O. Meissner 1950, S. 200).

Als nun auch der Youngplan nicht mehr erfüllt werden konnte, wurde auf der Konferenz von Lausanne am 16.6.1932 das Ende der Reparationszahlungen beschlossen. Mit einer deutschen Restzahlung von 3 Milliarden Goldmark, des letzten Goldes, bemühte sich der Reichskanzler von Papen auch um die Streichung des Art. 231 des Versailler Vertrages, scheiterte jedoch am Widerstand Frankreichs.

Auf der Abrüstungskonferenz in Genf 1932 setzte wiederum Frankreich dem zentralen Anliegen der Konferenz, der allgemeinen Abrüstung der Großmächte, großen Widerstand entgegen und verweigerte zunächst die vom Reich geforderte Gleichbehandlung Deutschlands, die Deutschland schließlich doch in der Genfer 5-Mächte-Vereinbarung vom 12.12.1932 zunächst als reine Absichtserklärung zugestanden wurde.

Nach dem Vertrag von Lausanne 1932 mit dem Ende der Reparation war die 5-Mächte-Vereinbarung von Genf die Grundlage, auf der die Revisionspolitik Hitlers ab 1933 aufbauen konnte. Mit ihr waren wichtige Teile des Versailler Diktates außer Kraft gesetzt und durch für Deutschland annehmbarere Vereinbarungen abgelöst worden. Daran ändert auch nichts, daß die Siegermächte es bis zum Kriegsausbruch nicht mehr dazu kommen ließen, daß diese Absichtserklärungen in konkrete Politik umgesetzt werden konnten. Daß sich die Alliierten mit den Siegerstatuten von 1945 und dem

Spruch des Nürnberger Militärtribunals wieder auf den ursprünglichen Boden des Versailler Diktates stellten und damit eben diese Vereinbarungen als unwirksam betrachteten, mußten sie dem Verdacht der Rechts- und Geschichts-' Verfälschung zuungunsten des Verlierers aussetzen. Diesem Sachverhalt hat aber bisher keine Bundesregierung ihre Aufmerksamkeit gewidmet.

Die Weltwirtschaftskrise hatte schließlich im Deutschen Reich Millionen von Kurzarbeiten sowie mehr als 6 Millionen Arbeitslose zur Folge, wovon ein großer Teil ausgesteuert war, d. h. keine Unterstützung erhielt und von den Familienangehörigen unterhalten werden mußte. Nach den Kriegsanstrengungen und der Inflation, die das Volk erschöpft hatten, griff nun eine heute unvorstellbare Verelendung breitester Schichten um sich.

In dieser Zeit wuchs die NSDAP sehr rasch zu einer großen Partei heran. An ihrem Anfang steht das bekannte Hitler-Zitat: „ *Und ich beschloß, Politiker zu werden.* " Das Programm der NSDAP zeigte mit den beiden ersten Punkten, daß die Revision des Versailler Diktates als die wichtigste Aufgabe der Partei angesehen wurde:

„1. *Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Großdeutschland.*

2. Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain. " (Al. A3)

Zur Finanzierung der Partei in den Anfangsjahren sagte Max Amann, Geschäftsführer der Partei und des Eher-Verlages (Völkischer Beobachter), beim Prozeß nach dem Putsch vom 9.11.1923 aus: *„Die Finanzierung der Partei geschah hauptsächlich durch Beitreibung von Mitgliedsbeiträgen..., der Opfermut der Mitglieder unserer nationalen Freiheitsbewegungen war so groß, daß Parteigenossen, die selbst nicht über Vermögen verfügten, silberne Leuchter, Trauringe aus Gold, alte Familienerbstücke aus Silber zur Verfügung stellten"* (G. Franz-Willing 1974, S. 295).

Das nächstwichtigste Ziel der NSDAP war es, die marxistisch-kommunistischen Organisationen zu zerschlagen, de-

ren Griff nach der Macht vom Weimarer Staat anscheinend nicht mehr aufzuhalten war, und den marxistischen Klassen- kampf zu beenden. Dieser Kampf wurde unter das Schlagwort Volksgemeinschaft gestellt. Aber das war keine Erfindung der NSDAP, sondern wurde bereits in der Burschenschaft und im Wandervogel vor 1914 zur geistigen Überwindung des Klassenkampfes benutzt. Weitere Schlagworte waren *„Arbeit adelt“, „Arbeiter der Stirn und der Faust vereinigt Euch“, „Stadt und Land Hand in Hand“, „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“.* Diese Schlagworte wurden ab 1933 in die Tat umgesetzt. Es gab in der deutschen Geschichte keine Zeit, in der sich die Regierung mit der Regierungspartei so umfassend um das soziale Wohl der letzten Volksgenossen kümmerte. Das Winterhilfswerk linderte die Not der 6,5 Millionen Arbeitslosen. Die Sozialgesetzgebung und ihre Verwirklichung wurde denn auch von der Welt bewundert (M. Klüver 1988) siehe Äußerungen von S. Delmer, Lloyd George, Churchill in Kap. 6.2.

Wie sicher sich die bolschewistisch geprägte Linke ihres Sieges wähnte, wurde deutlich, als am 30.8.1932 die kommunistische Abgeordnete Klara Zetkin als Alterspräsidentin in ihrer Eröffnungsrede des Reichstages die Hoffnung aussprach, an dieser Stelle bald den ersten Rätekongreß Sowjetdeutschlands eröffnen zu können. Der Auffassung der Nationalsozialisten nach hatte das gesamte bürgerliche Lager den totalen Machtanspruch der Kommunisten völlig unterschätzt und bei der geistigen und politischen Überwindung dieses international organisierten politischen Feindes bereits im Kaiserreich versagt, womit sich die bürgerlichen Parteien an dessen Untergang in hohem Maße mitschuldig gemacht hatten.

Bereits Anfang 1919 hatte die KPD nach russischem Vorbild und mit russischer Hilfe an verschiedenen Stellen des Reiches Revolutionen angezettelt, die von der Reichswehr niedergekämpft werden mußten, allein jene vom März in Berlin mit etwa 1.200 Toten. Bei der Niederwerfung des Spartakistenaufstandes wurden am 14.01. in Berlin zwei der herausragendsten und militantesten Führer der KPD, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, gefangen genommen und

ohne Verfahren erschossen. Die von den deutschen Kommunisten tatsächlich ausgehende Gefahr wird in einem Brief Stalins deutlich, der am 10.10.1923 in der Roten Fahne abgedruckt wurde: *„Die kommende Revolution in Deutschland wird für das Proletariat in Europa und Amerika eine größere Bedeutung haben als der Sieg der russischen Revolution vor sechs Jahren. Der Sieg des deutschen Proletariats wird ohne Zweifel das Zentrum der Weltrevolution aus Moskau nach Berlin versetzen.“* Diese Revolution, von der Stalin hier spricht und die man in Sowjetrußland allgemein erwartete, wurde vor allem durch die Komintern vorbereitet, die u. a. besondere Kaderorganisationen aufstellen ließ.

Von November 1918 bis Ende 1923 fanden mehr als 20 kommunistische Revolten und Aufstände statt, die alle von der Reichswehr und den Freikorps niedergeschlagen wurden. Die wichtigsten nach 1918 waren:

Januar 1919 in Berlin mit 156 Toten
März 1919 in Berlin mit 1.200 Toten
April 1919 in München mit 715 Toten
März 1920 im Ruhrgebiet
und im Vogtland mit 3.000 Toten
Herbst 1923 in Hamburg
und in Mitteldeutschland mit 108 Toten.

Daß der Kapp-Putsch 1920 in Berlin und der Putsch von Hitler und Ludendorff am 9.11.1923 eine ungleich geringe Gefahr für den deutschen Staat darstellten als die kommunistische Revolution und jeweils nicht mehr als 20 Tote (G. Franz-Willing 1975 forderten, wird heute häufig bewußt übersehen.

Es kämpften die alten Soldaten in den Freikorps in Berlin, Sachsen und Bayern gegen den roten Terror, am Annaberg in Schlesien gegen Poleneinfälle sowie außerhalb des Reichs in den baltischen Staaten und in Finnland gegen den Bolschewismus. Im Inneren kämpfte neben Reichswehr und Polizei, die SA, die sich anfangs aus alten Soldaten rekrutierte, gegen den Herrschaftsanspruch des Marxismus. Dieser Kampf gegen die kommunistische Herrschaft auf den Straßen, die ja zum inneren Zusammenbruch des Kaiserreichs geführt hat-

te, war unerbittlich und wurde nur durch große Zähigkeit, Opferbereitschaft und großen Idealismus gewonnen. Die bürgerlichen Parteien standen bar jeden Willens zum Handeln abseits.

Dazu aus einem Brief von Rudolf Heß vom 15.4.1927:

Man vergesse gefälligst die Vorfälle bei dem stets nur ganz kurzen Aufflackern des Bolschewismus bei uns nicht; den zwischen Pferden zerissenen Fliegerhauptmann in Hamburg, die Geiselerschießungen in München... Erst dieser Tage wurden einem unserer Kameraden vor dem Abschlachten mit Glasscherben die Augen ausgeschnitten. Aber davon liest man natürlich in den Zeitungen nichts! Es handelt sich ja nur um uns, die wir neuerdings ja ohnehin durchschnittlich zwei Tote im Monat haben und ein paar Schwerverletzte... Das Bürgertum hat im Kampf gegen die volkszersetzende Kräfte restlos versagt... Es könnte selbst daran zugrunde gehen - wie in Rußland... Tausende und Zehntausende unter uns opfern ihr Letztes in einem bitterernsten Kampf für die ganze Nation, sie geben ihren letzten Groschen, opfern ihre Nächte, sind bereit, zu Krüppeln geschlagen zu werden, alle Augenblicke sehen sie ein neues Todesopfer... " (R.-Hess-Gesellsch., Dokumentation Nr. 5). Der SA standen mindestens zwei paramilitärische Organisationen der Linken gegenüber, das Reichsbanner und der Rotfrontkämpferbund, der 1928 130.000 Mann stark war und von Ernst Thälmann geführt wurde. Praktisch herrschte ein permanenter Bürgerkrieg, wobei die SA bedeutend höhere eigene Verluste als die andere Seite hatte (bis 1933 etwa 40.000 Verletzte und 400 Tote). Der Höhepunkt dieses Bürgerkrieges war der Blutsonntag von Altona am 17.7.1932. Es fand ein polizeilich genehmigter Aufmarsch auf vorgezeichnetem Marschweg unter Polizeischutz statt. Der Marschweg wurde bekannt und die Roten postierten Heckenschützen auf den Dächern.

Die SA und die HJ waren unbewaffnet.[5] Es gab mindestens 18 Tote und mehr als 100 Verletzte. Die wahre Zahl der Opfer ist bis heute nicht bekannt, da die Roten ihre Verluste heimlich beiseite schafften. Die Polizei mußte jedes Haus einzeln stürmen. Nach einer Statistik des Preußischen Innenministeriums vom 5.8.1932 gab es vom 1.6. bis 20.7.1932

in Preußen außer Berlin 322 politische Terrorakte mit 72 Toten und 497 Schwerverletzten; Angreifer waren in 203 Fällen Angehörige der KPD, in 75 Fällen Angehörige der NSDAP und in 21 Fällen Angehörige des Reichsbanners (H. Bern- hardt 1988, S. 76). Eine der unmittelbaren Folgen dieser Auseinandersetzungen war, daß die NSDAP bei der Reichstagswahl am 31.7.1932 von den 608 Sitzen des Reichstages 230 gegenüber 107 zur Wahl von 1930 erreichte.

1932 urteilte Theodor Heuß, Professor an der Deutschen Hochschule für Politik, Reichstagsabgeordneter und ab 1949 erster Bundespräsident der Bundesrepublik über Hitler: *„Die Geburtsstätte der nationalsozialistischen Bewegung ist nicht München sondern Versailles (S. 55). ...Er* (Hitler) *war in der Nacht vom 8. zum 9. November* (1923) *eine deutsche Gestalt geworden... Und niemand kann der Unverdrossenheit des Mannes die Anerkennung versagen, der, von der Festung entlassen, sorgfältig, zäh, bewußt aus den Scherben ein neues Gefäß zu fügen unternahm und verstand* (S. *5).... Wie muß es um diesen Staat bestellt sein, der in den Worten eines Redners Gefahr wittert!... Jeden Pazifisten, jeden Kommunisten ließ man reden, Ausländer darunter, denen Takt und Geschmack fehlten - aber für diesen einen Mann, dessen lautere Beweggründe nicht in Frage gestellt waren, gab es offenbar die Grundrechte der Verfassung nicht (S. 12). ...Natürlich würde man Hitlers Leistung nicht völlig gerecht, wollte man in ihm nur den großen, unermüdlichen Organisator sehen. Er hat auch Seelen in Bewegung gesetzt und einen zu Opfern und Hingabe bereiten Enthusiasmus an sein Auftreten gefesselt (S. 119). ...Seit es die SA gab, Aufzüge, Umzüge, von frischen, jungen Menschen in guter Haltung, war die Sorge, ein Erbe Eisners oder Levines könne wiederkehren, ziemlich gebannt (S. 8). ...Das Ethos der nationalsozialistischen Bewegung, und das ist vielleicht ihre seelisch stärkste Seite, liegt darin, daß sie*

5 „In der alten Kampf-SA hatten wir eine hervorragende Disziplin. Jede Verteidigungswaffe war uns streng verboten. Geschult wurden wir nur in der Abwehr von Messerangriffen mit bloßen Händen“ (Persönl. Mitt. eines SA-Mitgliedes).

Klassen- und Standesscheidungen, Berufs- und Bildungsgegensätze in ihrem großen Rhythmus überwinden konnte (S. 58) „.Hier handelt es sich... um die Abwendung von der materialistischen Weltanschauung schlechthin. Man will schon einen Sozialismus, aber... einen anderen sittlich, religiös, national bestimmten (S. 79). ... Der Marxismus erscheint dann als die (jüdische) Erfindung, die mit ihrer mechanistischen Grundauffassung den Weg des Kapitalismus nur erleichtert und dabei das Proletariat, indem es in die Isolierung des Klassenkampfes eingekapselt wurde, von dem gemeinsamen Volksbewußtsein getrennt habe (S. 76). ... Man spürt mit guten Gründen die geistesgeschichtliche gleiche Wurzel der kapitalistischen und marxistischen Entfaltung" (S. 80; Th. Heuß 1932).

Dieser erstaunliche sozial-revolutionäre Impuls, der zu jener Zeit von der nationalsozialistischen Bewegung ausging, wird uns von zwei weiteren deutschen Persönlichkeiten bestätigt, die man sich gegensätzlicher kaum denken kann: von dem ehemaligen kaiserlichen General E. Ludendorff und dem bürgerlichen Schriftsteller Thomas Mann. Thomas Mann vermerkt: *„Man soll nicht vergessen, und sich nicht ausreden lassen, daß der Nationalsozialismus eine enthusiastische, funkensprühende Revolution, eine Volksbewegung mit einer ungeheuren seelischen Investierung von Glauben und Begeisterung war"* (Th. Mann, Tagebucheintragung vom 17.7.1944).

Während des Prozesses zum Putsch vom 9.11.1923 führte Ludendorff in seiner Verteidigungsrede am 19.2.1924 aus: *»Ich lernte dann Herrn Hitler kennen, wie er noch nicht der bekannte Mann war. Ich beobachtete in stillen Aussprachen sein Wachsen. Er verstand es, der völkischen Bewegung den Inhalt zu geben, den das Volk instinktiv begriff: hier ist etwas Sittlich-Hohes, von dem Rettung kommen kann"* (E. Ludenorff 1937, 1996, Viöl, S. 130). Ab 1925 begann Ludendorff allerdings, sein Urteil über Hitler zu revidieren, nach 1929 verurteilte er Hitler aufs schärfste, in verschiedenen Schrif- ten und zahllosen Aufsätzen seiner Zeitung Volkswarte, Der Übergang zu einer autoritären Staatsführung vollzog sich nicht, wie heute meist behauptet wird, nach der Regie-

rungsübernahme am 30.1.1933, mit dem Ermächtigungsge- setz vom 23.3.1933, sondern bereits durch die erste Regie- rung Brüning nach deren Antritt am 13.10.1930. Da im Reichstag keine positiven Mehrheiten mehr zustandekamen, mußte die Regierung mit den in der Reichsverfassung vorgesehenen Notverordnungen nach Art. 48 regieren.

Der wirtschaftlichen Not versuchte der Reichspräsident 1931 durch eine Reihe von Notverordnungen Herr zu werden. Auf parlamentarischem Wege wäre der finanzielle Zusammenbruch und der Staatsbankrott nicht zu verhindern gewesen. Durch dieses Gesetzgebungsrecht *„wurde der Reichspräsident zum Mittelpunkt der Staatsführung, die er unabhängig und fast ohne Kontrolle des Parlaments ausübte*“ (O. Meissner 1950, S. 210).

Nach dem Rücktritt des Außenministers Curtius (Deutschnationale Volkspartei), reichte Brüning seinen Rücktritt am 7.10.1931 ein. Nach der Neubeauftragung mit der Regierung versuchte Brüning ohne das Votum des Reichstages zu regieren. „ *Das neue Kabinett Brüning war somit keine parlamentarische Regierung mehr“* (O. Meissner 1950, S. 209), sondern eine Präsidialregierung.

Die Landtagswahlen von 1932 brachten der NSDAP weitere große Erfolge. In diesen Wahlen errang am 24.4. außer in Bayern die NSDAP die Stimmenmehrheit. In Bayern wurde sie 2.-stärkste Partei mit 33,5 %, in Preußen mit 38,3 %, in Württemberg mit 28,7 %, in Anhalt mit 41,8 %, in Hamburg mit 31,8 %, am 6.5. in Mecklenburg-Schwerin mit 48,9 %, am 19.5. in Hessen mit 43,9 % und am 29.5. in Oldenburg mit 48,5 % jeweils die stärkste. Nur dort und in Mecklenburg wurden neue Regierungen gebildet. In allen anderen Landesregierungen blieben die alten weiter geschäftsführend. Als in Preußen der Innenminister Sevring erklärte, er weiche nur der Gewalt, setzte der Reichspräsident den Reichskanzler v. Papen als Reichskommissar ein, der die preußische Regierung entließ.

Die Wahl des Reichspräsidenten 1932 brachte im 2. Wahl- gang die Entscheidung für Hindenburg. Das Wahlergebnis (Stimmen des 1. Wahlganges in Klammern):

v. Hindenburg	9,35 (18,65) Mio.
Hitler	3,41 (11,33) Mio.
Thälmann	3,70 (5,97) Mio.

Das Wahlergebnis zeigte neben der weitgehenden Zustimmung, auf die Hitler inzwischen stieß, auch die nicht zu unterschätzende Gefahr, die von den durch Thälmann geführten Kommunisten ausging.

In den Reichstagswahlen am 31.7. steigerte die NSDAP ihren Stimmanteil auf 37,2 %, die Deutschnationalen sanken von 21,6 auf 5,9 %, die SPD blieb fast konstant, aber die Kommunisten nahmen auf 14,3 % zu.

Da der Zentrums-Politiker Brüning eine Erweiterung seiner Regierung um Abgeordnete der NSDAP, die inzwischen die stärkste Partei geworden war, ausschloß, trat das Kabinett Brüning am 31.5.1932 geschlossen zurück. Danach berief von Hindenburg erst von Papen zum Reichskanzler, dem bald das Kabinett v. Schleicher folgte, der jedoch auch bald wieder das Vertrauen des Reichspräsidenten verlor. Unter der Parole *„Berlin bleibt rot“* fanden Mitte Januar 1933 gewaltige Aufmärsche der Sozialdemokraten und der Kommunisten statt. Nach Mitteilung von Zeitzeugen standen im Januar 1933 60.000 gut ausgebildete Kommunisten und 100.000 Mann der Eisernen Front für eine Revolution bereit.

Es gelang v. Papen, Hindenburgs Zustimmung zu einer Regierung mit Kanzler Hitler, Vizekanzler v. Papen und nur zwei weiteren Ministern aus der NSDAP als letzte legale Möglichkeit der Regierungsbildung zu erlangen. Noch früh am 30.1.1933 versuchte von Schleicher diesen Plan mit dem Angebot an Hitler, Hindenburg zu verhaften, zu durchkreuzen. Hitler antwortete, er könne seine Regierung nicht mit einem Militärputsch beginnen und benachrichtigte sofort den Reichspräsidenten. Dieser ernannte am 30.1.1933 nach den Vorschlägen v. Papens Hitler zum Reichskanzler (G. Krogmann 1976).

Lord Rothermere, ein britischer Zeitungskönig, jüdischer **Herkunft** und Bruder von Lord Northcliffe, mit dem er während des Ersten Weltkrieges maßgebend an der Pressehetze **gegen** Deutschland beteiligt war, beurteilte den völlig legalen **Regierungswechsel** am 30.1.1933 aus zeitlichem Abstand:

„ *Von allen historischen Wandlungen unserer Zeit war dieser Umsturz Deutschlands unter Hitler der rascheste, vollständig- ste und bedeutsamste. Das deutsche Volk ist von der Stimmung eines Kreuzzuges beseelt... Es wäre fruchtlos und ungerecht diese Wiedergeburt des deutschen Geistes zu beklagen... Für Deutschland ist es eine Gunst des Schicksals, seinen Führer* ge- *funden zu haben, der alle jungen Kräfte des Landes zusammenzuschließen vermag* "f (Berliner Tageblatt, 10.7.1933).

4.1 Die Finanzierung der NSDAP

Nach der Entlassung aus der Festungshaft in Landsberg waren die Münchener Verleger Bruckmann und Hanfstaenge mit je einigen 10.000 RM die Geldgeber, hinzu kam der Berliner Bechstein. Schon 1926 setzten die Vorträge Hitlers vor geladenen Wirtschaftsführern ein, die bis 1933 wichtige Einnahmequellen waren. Emil Kirdorf von den Vereinigte Stahlwerken soll schon in den 20er Jahren 100.000 RM gespendet haben. Seit 1929/30 unterstützte Fritz Thyssen die Partei mit 100.000 RM.

Die Ruhrindustrie begrüßte die Aufnahme von Walter Funk von der Berliner Börsenzeitung in die Reichspartei leitung. Funk organisierte 1932 im Hotel Kayserhof in Berlin eine Zusammenkunft mit dem Generaldirektor der Allianz Dr. K. Schmitt, später Reichswirtschaftsminister, und dessen Aufsichtsratsvorsitzender August von Finck. Dies spendeten 5 Millionen. „Hitler war im Augenblick sprachlos“. Laufende Beträge gingen an Strasser und Funk vom Bergbauverein. Röhm konnte Kontakte zu Henry Deter ding von der Shell herstellen, der aus sowjetfeindlicher Ein-Stellung die SA unterstützte. Einer der bedeutendsten Förderer war der Zigarettenmagnat Reemtsma, der im Krieg die Wehrmacht belieferte. Für die Reichstagswahl kamen im Frühjahr 1932 vom Bergbauverein 100.000 RM, die DNVP, DVP und das Zentrum erhielten 200.000 bis 300.000 RM. Durch Vermittlung sprach Hitler im Januar 1932 im Industrieklub in Düsseldorf. Vom Bergbauverein erhielt die NSDAP bis Anfang 1933 etwa 500.000 RM. Er-

de 1932 hatte sie etwa 12 Millionen Schulden. Bei dem Treffen Hitlers bei Freiherr von Schröder am 4.1.1932 wurde nicht über Finanzen gesprochen teilte v. Papen mit (v. Papen 1952, S. 257).

Nach dem ehemaligen Reichskanzler Brüning hat Hitler von jüdischen Bankhäusern aus dem Ausland finanzielle Unterstützung erhalten. Dabei wird auch von anderen Seiten James Warburg in Verbindung mit Sidney Warburg genannt. Daß Hitler noch nach dem 30.1.1933 dort um Unterstützung nachgesucht habe, erscheint gänzlich unwahrscheinlich. Vom Hause Warburg wurde 1949 erklärt, daß es einen Sidney Warburg nicht gegeben habe und es sich um Fälschungen handelte.

Die entscheidenden Einkünfte kamen von den Mitgliedern der NSDAP, von den Eintrittsgeldern der Massenversammlungen. Der Opfergeist und Gemeinschaftssinn der Anhänger und Mitglieder war sehr groß. Die Arbeitslosen sparten sich die Kosten für Uniform noch von der geringen Arbeitslosenunterstützung ab.

Henry Turner schließt sein *Werk von* 1985 *mit „ Vor allen Dingen existierten die Millionen Mark Beiträge von der Hochfinanz nur in der Phantasie gewisser zeitgenössischer Beobachter und später von einigen Geschichtsschreibern“* (S. 346) und „*Die Nazis selbst, nicht Deutschlands Kapitalisten sorgten für die entscheidende Finanzierung von Hitlers Aufstieg zur Macht“* (S. 347) (Franz-Willing 2001).

5 Die Zerstörung der Wertordnung nach den Weltkriegen

Im Jahre 1979 beklagte der Dichter Franz von Unruh; *„Ich klage um Deutschland, weil es seine Herkunft vergißt, um jenes Deutschland, wo ein Wort noch ein Wort, Recht Recht, Treue Treue, Verrat Verrat war, wo Korruption und Oppotunismus verächtlich war. Wo Pflicht höher stand als Genuß.*

Ich klage nicht um ein erträumtes, nie dagewesenes Land, sondern ein Miterlebtes, was im Kaiserreich, der Weimarer

Republik und trotz allem im Dritten Reich und danach noch vorhanden war und erst jetzt, Jahr um Jahr entschwindet.“

Bismarck hielt den Abgeordneten der SPD bereits 1878 in seiner Reichstagsrede zum Sozialistengesetz prophetisch vor: „ *Wenn Sie den Leuten bisher glänzende Versprechungen machen, mit Hohn und Spott alles, was ihnen heilig gewesen ist als eine Lüge darstellen, den Glauben an Gott, den Glauben am unser Königtum, die Anhänglichkeit an das Vaterland, an Familie, Besitz, Vererbung alles dessen, was sie erwerben, wenn Sie ihnen das alles nehmen..., daß er schließlich mit Faust spricht: Fluch sei der Hoffnung, Fluch dem Glauben... Was bleibt denn einem solchen Menschen übrig als die wilde Jagd nach sinnlichen Genüssen... Wenn wir unter der Tyrannei einer Gesellschaft von Banditen existieren wollen, dann verliert jede Gesellschaft ihren Wert“* (G. Franz-Willing 1991, S. 11).

Was Bismarck vorausgeahnt hatte, trat mit der zunehmenden Ausbreitung liberalistischer und marxistischer Strömungen ein. Der ethische Kodex der vorwilhelminischen Zeit wurde ausgehöhlt, der Lächerlichkeit preisgegeben und aus dem öffentlichen Bewußtsein verdrängt. Die Zerstörung der Gesellschaft wurde zum Programm: *„So besteht die erste Aufgabe unserer Zeit in der Zerstörung aller sozialen Schichtungen und gesellschaftlichen Formungen, die das alte System geschaffen hat, müssen vernichtet, die einzelnen Menschen müssen aus ihren angestammten Milieus herausgerissen werden; keine Tradition darf mehr als heilig gelten; das Alter gilt nur als Zeichen der Krankheit; die Parole heißt: was war, muß weg. Die Kräfte, die diese negative Aufgabe unserer Zeit ausführen, sind auf dem wirtschaftlich-sozialen Gebiet der Kapitalismus, auf dem politisch-geistigen die Demokratie“* (Nahum Goldmann 1915). Otto Bauer, österreichischer Sozialdemokrat, sieht sich auf der internationalen Sozialistenkonferenz 1921 in der Niederlage von 1918 ideologisch bestätigt: *„Französische Waffen haben das deutsche und österreichische Volk von seinen Unterdrückern befreit, daß, so brutal diese imperialistischen Friedensverträgen auch sind, trotzdem in ihnen ein mächtiges Stück geschichtlichen Fortschrittes steckt“* (A. Gerlach 1939, S. 180). Aus an- deren wie Viktor Adler, Psychiater, über 30 Jahre erster Vor-

sitzender der österreichischen sozialdemokratischen Partei, spricht der blanke Haß: Das Habsburgerreich *„werde auf dem Schindanger der Weltgeschichte verrecken "* (A. Gerlach 1939). Und dieser Haß richtet sich wie bei dem österreichischen sozialdemokratischen Parteitheoretiker Josef Strasser letztlich gegen alle Deutsche: *„Wir Sozialdemokraten wollen* ***nicht*** *nur die heutigen Nationalcharaktere nicht erhalten, wir arbeiten geradezu an ihrer Zerstörung. Wir wollen aus dem Deutschen etwas Undeutsches machen"* (J. Strasser,1932). Die gleiche Geisteshaltung beherrschte die deutsche Sozialdemokratie, z. B. äußerte der Reichstagsabgeordnete A. Crispien; „ *Wir kennen kein Vaterland, das Deutschland heißt. Unser Vaterland ist die Erde, das Proletariat*" (H. Bernhardt 1988, S. 53).

Während nach Kriegsende die große Masse des deutschen Volkes, das Rathenau vernichtet sehen wollte, hungerte, blühte in Deutschland ein Literatentum auf, das sich antimilitaristisch gab und die soldatischen wie die nationalen Tugenden verächtlich machte, dabei aber die Auflösung jeder Ordnung im Sinn hatte und das Bild einer von sittlicher Enthemmung und krassem Materialismus geprägten Gesellschaft zeichnete.

Einer der erfolgreichsten Literaten dieser Zeit formulierte in einem, den Müttern gewidmeten Gedicht: *„Schiebt eure feisten Bäuche über Gräber hin und kalbt""*(H. Splittgerber I960, S. 10), und Kurt Tucholski schrieb *„Das Land, das ich angeblich verrate, ist nicht mein Land, dieser Staat ist nicht mein Staat, diese Rechtsordnung ist nicht meine Rechtsordnung"* (Hammer Nr. 597,1927).

In der Weimarer Republik bildete sich ein Nährboden für Schieber- und Spekulantentum, wie es bis dahin in Deutschland unvorstellbar gewesen war. Dessen Verfilzung mit der Politik und hier vor allem mit den Linksparteien führte zu einem Skandal nach dem anderen. Da waren die kurz nach 1918 aus dem Osten eingewanderten Brüder Sklarek. Sie gründeten eine Firma, erhielten das Liefermonopol für Textilien an die Stadt Berlin und statteten das Reichsbanner mit Uniformen aus. Als die Brüder Sklarek im September 1929 verhaftet wurden, lagen der Berliner Stadtbank fingierte

Rechnungen in Höhe von 18 Millionen RM vor. Es stellt sich heraus, daß die Sklareks den Berliner Oberbürgermeister bestochen hatten. Er erhielt ein Disziplinarverfahren und wurde entlassen.

Ein anderer, weithin bekannter Skandal entwickelte sich und die Person des Judko Barmat, Sohn eines Rabbiner aus Petrikow, der von zwei Spitzenfunktionären der SPD, Otto Well und Hermann Müller, im Mai 1919 aus Holland nach Berlin geholt worden war. Barmat hatte zu erkennen gegeben, daß Einfluß auf die Friedensverhandlungen von Versailles habe. In Berlin verdiente er hervorragend als Inflationsschieber und am Verkauf von Heeresgut, nachdem es ihm gelungen war, den Reichspostminister Dr. Höfle, der deshalb am Tage der Verhaftung von Barmat, am 31.12.1924, Selbstmord beging, der Reichskanzler a. D. Bauer und den Berliner Polizeipräsidenten zu bestechen. Unterstützung durch einflußreiche Parlamentarier öffnete ihm das Tor zu Kreditgeschäften, bei denen er die Preußische Staatsbank und andere Banken um 39 Million Goldmark (ca. 250 Mill. Euro) betrog. Die von der SPD gestellte Preußische Staatsregierung vermochte den Prozeß bis ins Jahr 1927 zu verschleppen, und diese drei Jahre reicht aus, um jene beiden aufrechten Staatsanwälte aus dem Staatsdienst zu entfernen, von denen die Voruntersuchungen geführt worden waren. Barmat wurde schließlich am 30.3.1928 nach 199 Verhandlungstagen von Landgerichtsdirektor Neumann *„wegen aktiver Bestechung in zwei Fällen zu einer Gesamt- strafe von 11 Monaten verurteilt, wovon 5 Monate durch erlittene Untersuchungshaft verbüßt sind. Im Übrigen wird er freigesprochen* (G. Zarnow 1930, S. 65).

Die Schlesische Zeitung schrieb nach der Verhaftung in Barmat 1924 am 2.7.1926: *„Es gibt heute Verbrechen gegen die Allgemeinheit, deren Ahndung sich mit Rücksicht auf die ziffernmäßig stärkste Partei der Sozialdemokratie verbietet... Wir sind hier an einem Punkt neudeutscher Rechtspflege angelangt, den der Laie gewiß nie wo anders als in einem tiefen Sumpf suchen würde... wohl aber interessieren die Fäden, die zwischen ihm* (Barmat) *und den Genossen in hohen und höchsten Staatsstellungen hin und her gegangen sind."* In den großen Städten konnten regelrechte Verbre-

chervereine entstehen. Der Verfall der Rechtsordnung war nicht mehr übersehbar.

Derartige Zustände wurden erst in den letzten 10 bis 15 Jahren in der BRD wieder erreicht mit Parteispendenaffären (Herkunft der Gelder aus dem Ausland?), Entgegennahme von Vergünstigungen durch höchste Politiker im Amt, Verschleuderung von Industriebetrieben an das Ausland mit Entgegennahme von Schmiergeldern in Höhe von vielen Millionen von DM.

Die Revolution von 1918 hatte Verhältnisse eingeleitet, die heute gern als die *„goldenen 20er Jahre“* angesehen werden, aber eine der Ursachen, wenn nicht sogar die Hauptursache dafür waren, daß die Weimarer Republik von immer größer werdenden Teilen der Bevölkerung abgelehnt wurde und scheiterte. Sie waren zweifellos auch die Hauptursachen dafür, daß die mit dem Friedensdiktat übergestülpte Demokratie nach westlichem Muster von immer mehr Bürgern für untauglich gehalten wurde, die großen nationalen Aufgaben zu meistern, und so waren sie letztlich auch die Hauptursache dafür, daß die reale Gefahr einer kommunistischen Diktatur entstehen konnte. Hitler wurde gewählt, weil er *als „Herkules das Ausmisten des Augiasstalles“* versprach (G. Zarnow 1930, S. 69)? Die freiwillige Selbstauflösung der Parteien nach 1933 war ein Zeichen dafür, daß keine Alternative mehr gesehen wurde.

„Das Ausmisten des Augiasstalles“ hat in wenigen Jahren nach dem Machtantritt Hitlers dann auch tatsächlich zu ei- nem völligen Umschwung der Verhältnisse geführt: die Kriminalität war zwischen Kaiserreich, Weimarer Republik und Bundesrepublik auf ein Minimum gesunken -1938 gab es et- wa 355.000 Verbrechen und 468 Morde, 1996 hingegen 7.000.000 und 3.928-, Abtreibung wie Prostitution gab es praktisch kaum noch und an Mafia, Drogenhandel und Drogenmissbrauch war nicht zu denken. Nach einem Besuch Deutschlands und Adolf Hitlers beschrieb der ehemalige Kriegspremier Lloyd George seinen Eindruck am 17.9.1936 im Daily Express: „ *Mit Recht hat Hitler in Nürnberg erklärt, seine Bewegung habe in 4 Jahren ein neues Deutschland geschaffen. Es ist nicht mehr das Deutschland des 1. Jahrzehnts*

nach dem Kriege, gebrochen, mutlos und niedergebeugt Sorge und Ohnmacht. Es ist jetzt voller Hoffnung und Vertrauen, voll eines neuen Gefühls der Entschlossenheit, sein eigenes Leben ohne jede Einmischung fremder Einflüsse zu führen. Zum ersten Male nach dem Kriege herrscht ein allgemeines Gefühl der Entschlossenheit, sein eigenes Leben ohne jede Einmischung fremder Einflüsse zu führen. Zum erste Male nach dem Kriege herrscht ein allgemeines Gefühl der Sicherheit. Die Menschen sind fröhlicher. Über das ganze Land verbreitet sich die Stimmung allgemeiner Freude. Es ist ein glücklicheres Deutschland. Überall habe ich das gesehen und Engländer, die ich während meiner Reise traf und Deutschland gut kannten, waren von dem Wandel sehr beeindruckt. Dieses Wunder hat ein Mann vollbracht... Eine magnetische, dynamische Persönlichkeit mit einer ehrlichen Absicht... An seiner Popularität, vor allem unter der deutschen Jugend besteht kein Zweifel... Es ist die Verehrung eines Nationalhelden, der sein Volk aus völliger Hoffnungslosigkeit und Erniedrigung gerettet hat."

Daß der Nationalsozialismus die inneren Verhältnisse Deutschlands autoritär prägte, darf über dem positiven äußeren Bild, das Lloyd George hier im Jahr der Olympiade zeichnete, nicht vergessen werden, aber anders waren Verhältnisse damals nicht zu ändern. Das wurde vom grössten Teil der Deutschen so gesehen - anders sind die Wahlergebnisse nicht erklärbar.

Die scharfe Trennung zwischen dem Dienst am Staat Minister, Beamter und Abgeordneter einerseits und privat Geschäftstätigkeit andererseits ist seit dem Bestehen der Bundesrepublik aufgehoben. Heute sind die Hälfte der Bundestagsabgeordneten Aufsichtsratsmitglieder mit zusätzlichem fettem Einkommen. Die Bestechung von Abgeordneten ist seit 1953 nicht mehr strafbar. Die Abgeordneten setzen ihre Bezüge selbst fest. Die vielen offenkundigen Fälle von Amtsmißbrauch zugunsten der eigenen Schatullen veranlaßte Hoggan schon vor mehr als zwei Jahrzehnten zu der Feststellung: ***„Der skandalöse Zustand politischer Demoralisierung in fast ganz Westdeutschland und der nahezu vollständige Verlust von Anstand und Sauberkeit hat sich in den letzten Jahr-***

zehnten noch um ein Vielfaches verschlimmert" (D. Hoggan 1984, S. 99).

Die Anzeichen nehmen zu, daß die Sitten heute wieder auf eine beängstigende Art und Weise verkommen. Die Kultusministerin von Niedersachsen, Frau Schuchardt (SPD), ließ 1991 in Hannover ein Denkmal für den dort 1925 hingerichteten Massenmörder Haarmann errichten *{Nation und Europa* 42, 1992, H. 2) *(„Warte warte noch ein Weilchen, dann kommt Haarmann auch zu Dir...")* Daß ein bereits wegen einiger schwerer Verbrechen Verurteilter mit „ *Lieber Hugo... "* angeredet wird, besagt in der Unterwelt nichts, steht derjenige jedoch unter Mordverdacht und schreibt ihm so der Fraktionsvorsitzende der SPD im saarländischen Landtag, dann ist das zumindest befremdlich. Nimmt zudem der vormalige saarländische Ministerpräsident Oscar Lafontaine einen von dessen Komplizen zum Leibwächter *{Münchener Merkur*, 18.1.93), so erhebt sich schon die Frage, wie sich das mit den damals erklärten Neigungen Lafontaines verträgt, Kanzler der Bundesrepublik Deutschland zu werden. Aber das, so sagt und Björn Engholm, damals Bundesvorsitzender der SPD, dürfe man nicht so *„kleinkariert" (Münchener Merkur,* 19.1.93) sehen. Schließlich sei die Bundesrepublik ein Rechtsstaat - und noch dazu der freieste, den es je auf deutschem Boden gab.

Offensichtlich hat die Erkenntnis, daß Neigungen bei der Jugend erst einmal durch genaue Anleitung herausgebildet werden müssen, den Mainzer Sozialminister U. Galle (SPD) veranlaßt, eine Aufklärungsschrift für Schüler unter dem Titel *Let* s *talk about Sex* erstellen zu lassen, die das Erfordernis der Aids-Verhütung mit den Möglichkeiten einer instruktiven Zusammenstellung extremer sexueller Praktiken verbindet. Was tut es da, wenn diese von den Eltern als obszön und pervers empfunden werden: *„Die Eltern sollen ruhig aufschreien- Schwulsein ist schön..."* (MAZ, 31.12.1993). Schließlich war gerade erst die Ehe durch den amtierenden Familiensenator von Berlin, Th. Krüger (SPD), neu definiert worden: *„Ehe für Homosexuelle. Es gibt keinen Grund, Lesben und Schwule zu hindern, die Rechte und Pflichten von Ehepartnern zu übernehmen"* (Münchener Merkur, 4.4.1992). Hier wird endgültig die traditionelle Vorstellung von Familie zerstört, die im

Kind das höchste Ziel sieht, und für die Fortexistenz unseres Volkes unverzichtbar ist.

Auch die Abkehr vom Schuldprinzip im Scheidungsrecht zugunsten des Zerrüttungsprinzips war liberalischer *„Fortschritt“* mit Emporschnellen der Scheidungsraten, ist familienzerstörend und volkszerstörend und hat zur Folge, daß die Scheidungsrichter nicht mehr die Familie als Halt und Vermittler positiver Werte betrachten. Daß sich unsere Politiker dieser Problematik nicht bewußt sind, zeigen ihre vielen Zweit-, Dritt- und sogar Viertfrauen.

Wenn dann andererseits Abtreibung mit mehr als 250.000 Fällen pro Jahr, wie sie u. a. von der Familienberatungsorganisation Pro Familia (diese Organisation wird von der Rockefeller Foundation sowie von Bund, Ländern und Gemeinden jährlich mit 15 Millionen DM gefördert, laut *Der Schlesier*, 27.1.1989) unterstützt wird, maßgeblich an dem seit Ende der 60er Jahre dramatisch zunehmenden Geburtenrückgang beteiligt ist, muß man von Autogenozid und Autoethnozid sprechen. Dazu M. Stange (1992): *„Es ekelt mich an, mit welcher Gelassenheit die Bonzen in Bonn jeden Tag dem Töten von Kindern zusehen, nur weil sie um ihre Diäten nach der nächsten Wahl fürchten. Es widert mich an, mit welcher Verlogenheit Journalisten das Geschäft mit dem Kindertod vorbereiten.“* Der bayerische Rundfunk stellte am 14.3.1986 die polemische, aber doch von tiefer Sorge erfüllte Frage: Sterben die Deutschen aus? Frau Renate Schmidt (SPD) antwortete darauf: *„Die Frage, die Sie hier stellen, das ist für mich eine, die ich an allerletzter Stelle setze, weil dieses ist mir, also wie sie hier gestellt ist, verhältnismäßig wurscht. “*

Das gängige Wort, mit dem man heute tiefgreifende Veränderungen auf allen Feldern der Kultur beschreibt, ist *„Wertewandel“.* Wenn ein Kunstprofessor die Kreuzigung von Schweinen malt, ist das bereits eine Sache seiner Fakultät. Wird er aber zum Akademiedirektor berufen, ist das eine Folge des Wertewandels. Daß ein Mann mit seinem Kot herumwirft, war bisher unüblich. Wird das jedoch als Schauspiel auf einer großen Bühne inszeniert, war das bisher eine Schweinerei. In dieser Hinsicht bisher das Höchste bot der *„Aktionskünstler“* Nitsch in seinem *„Festival“* von 1998, bei

dem dieser nach Spitzwegmanier mit Zipfelmütze und Pfeife zwischen nackten Mädchen spazierenging, die mit noch dampfenden Eingeweiden frisch geschlachteter Schweine behängt waren. Die Krone der Verkommenheit war jedoch, daß eine als seriös angesehene Zeitung wie *Die Welt* es fertigbrachte, von Nitschs *„Kunst“* ernsthaft durch einen bischöflich katholischen Museumsdirektor berichten zu lassen. - Im Dritten Reich blieb die Öffentlichkeit von Derartigem verschont.

Die Revolutionäre von 1968 zogen mit Adorno- und Marcuse-Spruchbändern durch die Straßen und kopulierten dabei. Als die bayerische Landesregierung vergeblich versuchte, derartige Demonstrationen zu verhindern, setzte sie sich ins Unrecht, indem sie sich gegen den *„Fortschritt“* des Wertewandels stellte. Bei einer gewaltsamen Demonstration *„Gegen Rechts“* im Februar 1999 in Magdeburg läuteten die Kirchenglocken und bei der Demonstration *„Gegen Rechts“* am 9.11.2001 zogen auch die Vorsitzenden der C-Parteien, Merkel und Stoiber, mit durch das Brandenburger Tor.

In der Entwicklung der Weimarer Republik und der Bundesrepublik fällt vor allem die Gemeinsamkeit ins Auge, daß es in beiden Republiken die sexuelle Enthemmung in allen denkbaren Spielarten ist, die unter dem gleichen scheinheiligen Vorwand der Befreiung des Individuums von konventionellen Zwängen auftritt, aber nichts anderes darstellt als die äußerlich sichtbare Begleiterscheinung innerer Zerstörungsprozesse. Die Revolutionäre von 1918 erhoben sofort Forderungen nach Freigabe von Abtreibung, Empfängnisverhütung, Prostitution, Ehescheidung und Homosexualität. Am 10.11.1918 fand vor dem Reichstag eine Riesenkundgebung der Revolution statt, auf der als Hauptredner Magnus Hirschfeld auftrat, der als exponierter Vorkämpfer der Homosexualität galt. Er gründete 1919 ein Institut für Sexualforschung, rief die ersten Sexgesellschaften ins Leben und trat bereits damals für die rechtliche Gleichstellung von Ehe und homosexuellen Partnerschaften ein.

Die unbestreitbare Tatsache, daß die kulturpolitischen Schichtungen und Bewegungen oberhalb der Masse der Be-

völkerung - sichtbar werdend in dem, was man die öffentliche Meinung nennt - von einer Schicht von Linksintellektuellen verwaltet, manipuliert und gesteuert werden, deren Einfluß auf den inneren Zustand der Gesellschaft von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist, legt die Frage nach ihren geistigen Orientierungen und ihrer Steuerung nahe, denen Linksintellektuelle damals wie heute folgen und folgten. Marx hatte im kommunistischen Manifest das Ziel formuliert, die bestehenden Ordnungen zu zerstören: „*Die Aufhebung der Familie... die Familie der Bourgeois fällt natürlich weg... Wir heben die trautesten Verhältnisse auf in dem wir anstelle der häuslichen Erziehung die gesellschaftliche setzen... Die Arbeiter haben kein Vaterland... Der Kommunismus schafft die ewigen Wahrheiten ab, er schafft die Religion ab, die Moral...*" (K. Marx 1969, S. 66f.).

In einem Interview, das er La Liberte am 28.9.1920 in Paris gab, zeigte sich Walter Rathenau von der zukünftigen Rolle der Linksintellektuellen als geistige Träger einer proletarischen Diktatur in Deutschland völlig überzeugt: „*die bolschewistische Idee ist durchaus lebensfähig... Der Bolschewismus wird bei uns methodisch und organisiert sein, wie es das Kaisertum war. Jeder wird dort an seinem Platz stehen. Die Intellektuellen werden dabei die glühendsten Verfechter und sie werden es sein, die den Zukunftsstaat erbauen* " (F. Hasselbacher, III, 1941, S. 27).

Gemeint ist hier der Typ des Linksintellektuellen, wie er die öffentliche Szene damals wie heute dominiert und wie ihn die Dichterin Gertrud Bäumer 1924 beschrieb: „*Über dem furchtbaren inneren Kampf unseres vertrauenslosen, verzweifelten Volkes liegt wie eine unreine Wolke diese unechte, verantwortungslose, schwülstige Geistigkeit der,Intellektuellen". Sie schrecken vor keinem Radikalismus zurück, weil sie den Alltagsweg der Ideale nie durchgemacht haben; sie sind die Helden der unbedingten Forderung, weil die moralische Entrüstung ihnen Genuß ist. Heute gibt es keinen übleren zugleich bezeichnenderen Typus als diesen „Intellektuellen", den die Vergangenheit nicht kannte*".

Als die marxistischen Leitbilder mit der Revolution von 1989 in der DDR zusammenbrachen, wurde die fragwürdige

Rolle sichtbar, die die Linksintellektuellen in der Bundesrepublik gespielt hatten. Die Kritik setzte daran an, daß sie nicht beteiligt waren, und wurde von R. Zitelmann auf den Punkt gebracht: *„Die deutschen Intellektuellen teilen zwar den Hang zum Internationalismus mit denen anderer Länder - sie pflegen aber als Spezialität zugleich eine ihnen eigene Abscheu, die vor der eigenen Nation... Ein Gutteil des Raumes der hoch- und halbintellektuellen Medien ist gefüllt mit dem Thema: Wir mögen unser Volk nicht. Unser Volk ist blöd und faschistoid“* (P. Noack,1991). So bleibt letztendlich doch wahr, was Heinrich Böll, mit Staatspreisen bedachter Dichter, Nobelpreisträger für Literatur, als Horizont der deutschen Linksintellektuellen sah: *es bleibt nur das Eine, zersetzen, zersetzen, zersetzen. Zersetzen ist hier die einzige mögliche Form der Revolution“* (Ulsamer 1987, S. 153).

In den geistigen Orientierungen der Intellektuellen kommt der neomarxistischen Richtung besondere Bedeutung zu, die Mitte der zwanziger Jahre mit der sogenannten Frankfurter Schule (Institut für Sozialforschung der Universität) entstand, in den sechziger Jahren stark an Bedeutung gewann und immer noch den Ton der Medien bestimmt. Mit dem „*Marsch durch die Institutionen*“ ihrer Träger wird die Breitenwirkung immer größer und zeigt heute Auswirkungen auch in linken Schlagseiten von Gerichtsurteilen. Im Rahmen ihrer Theorien gelten Begriffe wie Ehe, Familie, Heimat, Vaterland als ebenso reaktionär wie Ehre, Treue, Liebe, Gehorsam, Ehrlichkeit (G. Franz-Willing 1991, S. 42ff, Kühnert, R. 1983). Reste positiver Ethik gelten heute als „*Sekundärtugenden*“.

Vor 1933 trat die Frankfurter Schule öffentlich nur wenig in Erscheinung, mußte 1933 emigrieren und erhielt Lehrstühle an der Columbia-Universität. Ihr Zentrum, das Institut für Sozialforschung, hatte aber weitverzweigte Verbindungen zu linksliberalen und antifaschistischen bürgerlichen Kreisen bis hin zu marxistisch-revolutionären Gruppierungen, was nach dem Krieg und der von der US-Besatzungs- macht in die Wege geleiteten Rückkehr ihrer führenden Köpfe aus den USA bei der Besetzung der wichtigsten Posten in den Lizenzzeitungen und den Rundfunk- und Fernsehanstalten eine Rolle spielte. Sie wurde offiziell anerkannt

und wandte sich zunehmend der Zeitdiagnose zu, ihre Popularität - die weithin von den Medien manipuliert und vorgetäuscht ist - wuchs bis in die Mitte der sechziger Jahre hinein an. Vor allem sie hat die ideologischen Grundlagen für die Studentenbewegung dieser Jahre geliefert, deren revolutionäres Idol Marcuse war.

In den öffentlich-rechtlichen Medien als auch der Rechtsprechung wie den Universitäten haben sich heute diese Linksintellektuellen eingenistet, die einst auszogen, die Grundlagen der staatlichen Ordnung zu zerstören. Die Folgen sind überall zu spüren.

Die Herausbildung der Frankfurter Schule beginnt schon 1922 mit dem Zusammenschluß einer Gruppe Linksintellektueller *zur „ersten marxistischen Arbeitswoche“.* Diese Gruppe, zu der auch der spätere Meisterspion Stalins an der Deutschen Botschaft in Tokio, Richard Sorge, gehörte, stand der psychoanalytischen Bewegung Sigmund Freuds nahe, zu dessen damaligen Schülern Austromarxisten wie G. Eckstein, Max und Friedrich Adler (F. Adler hatte 1916 den österreichischen Ministerpräsidenten Stürgk ermordet), Otto Sauer (führend in der ÖSP), Hilferding (SPD) u. a. gehörten. Freuds Theorien gelten heute als weitgehend überholt (Eysenck, München 1985), seine Ideen wirken aber sowohl im freudistisch-biologisierenden Anthropologismus Marcu- ses wie in der pragmatisch-psychoanalytischen Wissenssoziologie von Habermas fort.

Begründer und langjähriges Haupt der Frankfurter Schule war Max Horkheimer, der im Jahre 1930 die Leitung des 1923 an der Universität Frankfurt gegründeten Frankfurter Instituts für Sozialforschung übernahm, an dem Herbert Marcuse, Theodor W. Adorno, F. Pollock, L. Löwenthal, Erich Fromm u. a. mitarbeiteten.

In den dreißiger Jahren entstand *die »kritische Theorie“,* nach der es nicht möglich ist, positive Werte zu entwickeln. Ähnlich wie K. Marx formulierten sie: „ Wer *den Faschismus bekämpfen wolle, müsse davon ausgehen, daß die zentrale reaktionäre Keimzelle die Familie sei“* (C. v. Schrenck-Not- zing 1986, S. 118). Nach den von der Frankfurter Schule gesteuerten Revolten von 1968 und ihren geistigen Produkten

lassen sich inhaltliche Verbindungslinien finden: Altes Testament-Talmud-Frankfurter-Schule-68er-Revolten-ethische Verkommenheiten- derzeitige Entscheidungen in der Justiz bis zum Bundesverfassungsgericht. Auf einer Tagung des American Jewish Congress im Mai 1944 wurde Horkheimer mit der Leitung einer neuen Abteilung dieser Organisation für wissenschaftliche Forschung beauftragt, die sich besonders mit der kommenden Umerziehung des deutschen Volkes zu befassen hatte.

Jürgen Habermas, der letzte noch lebende Vertreter der Frankfurter Schule bekannte sich im sogenannten „*Historikerstreit'*" 1986/87 offen zu seiner ideologischen Beheimatung: „*Ich bin ein Produkt der reeducation...(Umerziehung) Wer die Deutschen zu einer konventionellen Form ihrer nationalen Identität zurückrufen will, zerstört die einzige verläßliche Basis unserer Bindungen an den Westen*" (R. Kosiek 1988, S. 69 u. 73).

Ausgerechnet Habermas erhielt im Jahre 2001 den Friedensnobelpreis des deutschen Buchhandels. Die Laudatio hielt Reemtsma.

Die Frankfurter Schule verwirklichte den Holokaustauftrag Jahwes, auszuführen von den Auserwählten - und sie waren auserwählt - an den Nichtauserwählten, auf ihre Art und Weise, nämlich durch die Propagierung von Selbstverwirklichung mit allen nur denkbaren Verkommenheiten, in der Zerstörung aller ethischen Werte und in der Propagierung von bindungs- und hemmungsloser Freiheit. Mit der Negierung der Erbgebundenheit nichtkörperlicher Eigenschaften entstand die von Humanbiologie und Ethologie widerlegte Milieutheorie. Die Folgen können hier nur summarisch angedeutet werden: zunehmende Auflösung der Familien, antiautoritäre Erziehung, Frühsexualisierung der Kinder, Zerstörung des früher für alle Welt vorbildlichen deutschen Bildungs- und Schulsystems, ideologische Ausrichtung der Lehrpläne und der Lehrerausbildung und vieles weitere. Diese zersetzenden Ideologien stehen im Gegensatz zur deutschen Klassik, der deutschen Romantik und dem deutschen Idealismus, die deshalb aus den Schulen verschwanden. Nach IQ-Untersuchungen von vor 30 Jahren gehört das deutsche Volk zur Weltspitzenklasse. Die Begabungsanlagen für den IQ sind genetisch fi-

xiert, da aber die nichtkörperlichen Eigenschaften äußerlich beeinflußbar sind, offenbaren sich die Wirkungen und Folgen z. B. in der Pisa-Studie als Volksverdummung größten Ausmaßes.

Die ethischen Verkommenheiten, die sich nach 1918 und seit 1945 auf allen Gebieten ausgebreitet haben und mit der Umerziehung, ersonnen von Hintergrundmächten, ausgeführt von Besatzungsmächten und weitergeführt von deutschen Handlangern, sind die Folge der in den westlichen Demokratien herrschenden Ideologien des Liberalismus. Diese entstanden als Zwillingsbrüder des Marxismus aus der westlichen Aufklärung und sind in ähnlicher Weise wie der Marxismus wissenschaftlich falsch. Marxismus, Sozialismus und Kapitalismus sind nur scheinbar Gegensätze. Sie haben gemeinsame geistige Großväter in der westlichen Aufklärung, die genau besehen aber nur eine Scheinaufklärung ist. *„Die massengesellschaftlichen Systeme des Kommunismus und Kapitalismus sind identisch, verankert in den Dogmen der Aufklärung eines ideologischen Liberalismus, in der seelischen Entwurzelung der Völker. Ethnozid beginnt mit dem Mischmasch der Nationalkulturen“* (Solschenizyn).

Die größten Denker des 20. Jahrhunderts waren keine Vertreter dieser Richtungen. *„Sie standen jenen Richtungen nahe, die man sich angewöhnt hat, unter dem Namen „Faschismus“ abzuheften, wie den größten Lyriker Ezra Pound* (dazu Weinheber), *die größten Dichter Knut Hamsun und Gerhard Hauptmann, den größten Philosophen Martin Heidegger* (dazu Nitsche) *und den größten Staatsrechtler Carl Schmittt"* (Pankraz, *Junge Freiheit*, 20.10.2000).

Ohne Kommentar soll hier Chruschtschow zitiert werden: *„Nicht der Mensch zählt, sondern der Dollar... Kapitalbedarf und Profit stehen dort im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, nicht Menschen. Die herrschenden Schichten schildern den sogenannten American Way of Life als Modell für die „Freie Welt“. Aber was für eine Freiheit ist das? Es ist die Freiheit auszubeuten... die Freiheit zu verhungern, die Freiheit, arbeitslos zu werden... - das bedeutet Freiheit für den Monopolkapitalismus, die arbeitenden Menschen zu unterdrücken,, die Leute mit dem Zwei-Parteien-System an der*

Nase herumzuführen und ihren Partnern in den militärischen Blöcken den eigenen Willen aufzuwingen. Eine solche Gesellschaft bereitet den Nährboden für Kriege "(Chruschtschow 1992, S. 475). Chruschtschow im Juni 1960 bei einer Rede vor der UNO: „ *Sie werden uns infolge ihrer sittlichen Verkommenheit wie eine reife Pflaume in den Schoß fallen.* *

6 Deutschland und Mitteleuropa von 1933 bis 1938

Aus der ersten Proklamation Hitlers an das deutsche Volk vom 1.2.1933: *„14 Jahre Marxismus haben Deutschland ruiniert. Ein Jahr Bolschewismus würde Deutschland vernichten" ....Angefangen bei der Familie, über alle Begriffe von Ehre und Treue Volk und Vaterland, Kultur und Wirtschaft hinweg bis zum ewigen Fundament unserer Moral und unseres Glaubens bleibt nichts verschont von dieser nur verneinenden, alles zerstörenden Idee... Binnen vier Jahren muß der deutsche Bauer der Verelendung entrissen sein. Binnen vier Jahren muß die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein... Nun, deutsches Volk, gib uns die Zeit von vier Jahren, und dann urteile und richte uns*" (M. Domarus, 1988, Bd. 1, S. 193/4).

6.1 Die Wirtschaftspolitik im Deutschen Reich ab 1933

Nach dem Regierungsantritt am 30.1.1933 waren an Gold und in Devisen nur noch 83 Millionen vorhanden, die restlos zur Bezahlung von Auslandsschulden ausgegeben wurden. Nach seiner Ernennung zum Reichskanzler am 30.1.1933 verzichtete Hitler auf den ihm zustehenden Gehalt und die Aufwandsentschädigung. Hitler hatte weder bei seinen Reden noch bei seinen Proklamationen fremde Hilfe notwendig. Er lehnte sogar normale Referentenentwürfe für seine Regierungserklä-

xiert, da aber die nichtkörperlichen Eigenschaften äußerlich beeinflußbar sind, offenbaren sich die Wirkungen und Folgen z. B. in der Pisa-Studie als Volksverdummung größten Ausmaßes.

Die ethischen Verkommenheiten, die sich nach 1918 und seit 1945 auf allen Gebieten ausgebreitet haben und mit der Umerziehung, ersonnen von Hintergrundmächten, ausgeführt von Besatzungsmächten und weitergeführt von deutschen Handlangern, sind die Folge der in den westlichen Demokratien herrschenden Ideologien des Liberalismus. Diese entstanden als Zwillingsbrüder des Marxismus aus der westlichen Aufklärung und sind in ähnlicher Weise wie der Marxismus wissenschaftlich falsch. Marxismus, Sozialismus und Kapitalismus sind nur scheinbar Gegensätze. Sie haben gemeinsame geistige Großväter in der westlichen Aufklärung, die genau besehen aber nur eine Scheinaufklärung ist. *„Die massengesellschaftlichen Systeme des Kommunismus und Kapitalismus sind identisch, verankert in den Dogmen der Aufklärung eines ideologischen Liberalismus, in der seelischen Entwurzelung der Völker. Eth- nozid beginnt mit dem Mischmasch der Nationalkulturen“* (Solschenizyn).

Die größten Denker des 20. Jahrhunderts waren keine Vertreter dieser Richtungen. *„Sie standen jenen Richtungen nahe, die man sich angewöhnt hat, unter dem Namen „Fa- schismus“ abzuheften, wie den größten Lyriker Ezra Pound* (dazu Weinheber), *die größten Dichter Knut Hamsun und Gerhard Hauptmann, den größten Philosophen Martin Hei- degger* (dazu Nitsche) *und den größten Staatsrechtler Carl Schmitt*“ (Pankraz, *Junge Freiheit,* 20.10.2000).

Ohne Kommentar soll hier Chruschtschow zitiert werden: *„Nicht der Mensch zählt, sondern der Dollar... Kapitalbedarf und Profit stehen dort im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, nicht Menschen. Die herrschenden Schichten schildern den sogenannten American Way of Life als Modell für die „Freie Welt“. Aber was für eine Freiheit ist das? Es ist die Freiheit auszubeuten... die Freiheit zu verhungern, die Freiheit, arbeitslos zu werden... - das bedeutet Freiheit für den Monopolkapitalismus, die arbeitenden Menschen zu unterdrücken, die Leute mit dem Zwei-Parteien-System an der*

Nase herumzuführen und ihren Partnern in den militärischen Blöcken den eigenen Willen aufzuwingen. Eine solche Gesellschaft bereitet den Nährboden für Kriege "(Chruschtschow 1992, S. 475). Chruschtschow im Juni 1960 bei einer Rede vor der UNO: *„Sie werden uns infolge ihrer sittlichen Verkommenheit wie eine reife Pflaume in den Schoß fallen."*

6 Deutschland und Mitteleuropa von 1933 bis 1938

Aus der ersten Proklamation Hitlers an das deutsche Volk vom 1.2.1933: *„14 Jahre Marxismus haben Deutschland ruiniert. Ein Jahr Bolschewismus würde Deutschland vernichten" ....Angefangen bei der Familie, über alle Begriffe von Ehre und Treue Volk und Vaterland, Kultur und Wirtschaft hinweg bis zum ewigen Fundament unserer Moral und unseres Glaubens bleibt nichts verschont von dieser nur verneinenden, alles zerstörenden Idee... Binnen vier Jahren muß der deutsche Bauer der Verelendung entrissen sein. Binnen vier Jahren muß die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein... Nun, deutsches Volk, gib uns die Zeit von vier Jahren, und dann urteile und richte uns** (M. Domarus, 1988, Bd. 1, S. 193/4).

6.1 Die Wirtschaftspolitik im Deutschen Reich ab 1933

Nach dem Regierungsantritt am 30.1.1933 waren an Gold und in Devisen nur noch 83 Millionen vorhanden, die restlos zur Bezahlung von Auslandsschulden ausgegeben wurden. Nach seiner Ernennung zum Reichskanzler am 30.1.1933 verzichtete Hitler auf den ihm zustehenden Gehalt und die Aufwandsentschädigung. Hitler hatte weder bei seinen Reden noch bei seinen Proklamationen fremde Hilfe notwendig. Er lehnte sogar normale Referentenentwürfe für seine Regierungserklä-

rungen ab und verwendete grundsätzlich nur eigene Formulierungen (M. Dormarus, Bd. 1, S. 194). Anstatt der bisherigen Golddeckung der Währung wurde die Wertschöpfung der Produktion verwendet. Die Börsen wurden zur Verhinderung von Spekulation geschlossen. Da sofort vom Ausland ein Wirtschaftsboykott einsetzte und zur Einstellung von Devisenzahlungen an das Ausland führte, wurden Wirtschaftsverträge nur noch auf der Basis des deckungsgleichen Warenaustausches getroffen, was sofort zur Wirtschaftserholung in den betroffenen Staaten führte. Damit, mit der Abkehr von der Golddeckung der Währung, und mit der Umgestaltung der Arbeitsgesetzgebung, der Auflösung der Gewerkschaften und damit zur Beseitigung des marxistischen Klassenkampfes wurden der Einfluß der internationalen Hochfinanz und damit ihre Verdienstquellen ausgeschaltet. Das wurde von dieser sofort als beispielgebende Gefahr erkannt und führte mit ihrem Hintergrundeinfluß letztlich zum Krieg.

Die Arbeitslosenzahlen betrugen Ende 1932 6,0 Millionen. Davon waren Millionen ausgesteuert, d. h. erhielten keine Arbeitslosenunterstützung mehr und mußten von ihren Familienangehörigen unterhalten werden. Durch Lohn- und Preisstop wurde die Inflationsgefahr gebannt.

Sofort ab 1933 setzte die Arbeitsbeschaffung ein, die bald das Wirtschaftswunder gegen die noch anhaltende Weltwirtschaftskrise zur Folge hatte. Diese klang erst ab, nachdem vor allem in den USA die seit dem Ersten Weltkrieg übermäßig aufgeblähte Rüstungsindustrie wieder angekurbelt worden war. Die Fa. Du Pont lieferte im gesamten ersten Weltkrieg 40 % der von den Alliierten verbrauchten Munition und vergrößerte dabei ihre Belegschaft von 5.000 auf 100.000. Seitdem ist in den USA nur noch dann ein Wirtschaftswohlstand vorhanden, wenn mit der Rüstung auch Kriege geführt werden.

Dieses deutsche Wirtschaftswunder wurde von der ganzen Welt, auch von Churchill, bewundert und fand nur mit deutschen Eigenmitteln ohne Hilfe aus dem Ausland statt.

1936 gab es noch 1,1 Millionen Arbeitslose und 1937 war die Vollbeschäftigung erreicht. 1938 fehlten bereits 1,1 Millionen Arbeitskräfte, aber erst in diesem Jahr setzte die Rü-

stung deutlich ein. Im Gegensatz dazu hatten die USA noch 1938 12 Millionen Arbeitslose, und das nach dem gewaltigen Einsatz von Roosevelts New Deal.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Reich (M. Klüver 1988, S. 279) betrug: in Millionen im Januar:

1933 1934 1935 1936 1937 Nov. 1938 6,0 3,8 3,0 2,5 1,9 0,46

Die Ausgaben für Rüstung im Staatshaushalt (M. Klüver 1988, S. 280) waren:

Zeit	Ausgaben für Rüstung und Wehrmacht	Gesamt-Ausgaben	Anteil an den Gesamt-Ausgaben	Volks einkom men	Anteil am Volksein-kommen
		in Mrd. RM	in v. H.	in Mrd. RM	in v. H.
1933/34	1,9	8,1	24	46,5	4
1934/35	1,9	10,4	18	52,8	4
1935/36	4,0	12,8	31	59,1	7
1936/37	5,8	15,8	37	65,8	9
1937/38	8,2	20,1	41	73,8	11
1938/39[1]	18,4	31,8	58	82,1	22

1) Statistisches Handbuch von Deutschland, S. 555, S. 600. Hjalmar Schacht gibt in seinen Lebenserinnerungen für 1938/39 nur 11. Mrd. RM an.

1934 betrugen die Rüstungsausgaben in % des Volkseinkommens in Großbritannien 3,0 %, in Frankreich (1932) 8,1 %, in Japan 8,4 % und in Rußland 9,0 %.

Zu dem Arbeitsbeschaffungsprogramm, von dem der Bau der Autobahnen nur ein Teil war, wurden von 1933 bis 1935 5,08 Milliarden RM bereitgestellt. Die Mittel dazu wurden nach Reichsminister Schacht von der Reichsbank an das Reich zu niedrigen Zinsen als *„produktive Kreditschöpfung“*

und durch die Vermehrung des Geldumlaufes um 400 Millionen RM aufgebracht. Das Winterhilfswerk erbrachte durch freiwillige Sammlungen für die Arbeitslosen mit *„Keiner soll hungern und frieren“* ab 1933/34 bis 1935/36 etwa je 360 Millionen RM und danach mehr.

Die Grundsätze der Wirtschaftspolitik waren - die heute herrschenden sind Spekulation und Profitmaximierung - nicht das Volk und die Wirtschaft sind für das Kapital da, sondern das Kapital dient der Wirtschaft und diese dient dem Volk. Der Mensch und seine Arbeit als Leistung für die Volksgemeinschaft ist der Ausgangspunkt nicht aber die Ware Arbeitskraft des Liberalismus, was zum marxistischen Klassenkampf führte. Eigentum ist nicht Diebstahl wie in einem marxistischen Dogma, sondern Grundlage jeder Persönlichkeitsentfaltung. Aber das Eigentum verpflichtet gegenüber der Volksgemeinschaft. Die Sozialisierung von Betrieben wurde abgelehnt. Kein Staatsdiener und Abgeordneter durfte Aktien besitzen und in Aufsichtsräten sitzen. Die Leistung der Betriebsführung wurde anerkannt.

Die wichtigsten Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung waren der Straßenbau einschließlich der Autobahnen, der Wohnungsbau, die Erschließung von Eisenerzvorkommen, der Bau neuer Werke für synthetische Treibstoffe aus Kohle und für synthetische Textilfasern, Baumaßnahmen in Städten mit dem Gesetz der Neugestaltung deutscher Städte vom 4.10.1936 sowie Ehestandsdarlehen, die „abgekindert“ werden konnten.

Am 2.5.1933 wurden die Gewerkschaften aufgelöst, die ein Träger des Klassenkampfes waren, und die Deutsche Arbeitsfront gegründet für Arbeitgeber, Angestellte und Arbeiter.

Aus der Verordnung vom 24.10.1934 (M. Klüver 1988, S. 287):

Wesen und Ziele der Deutschen Arbeitsfront

§ 1. Die Deutsche Arbeitsfront ist die Organisation der schaffenden Deutschen der Stirn und der Faust.

§ 2. Das Ziel der Deutschen Arbeitsfront ist die Bildung einer wirklichen Volksgemeinschaft aller Deutschen. Sie hat dafür zu sorgen, daß jeder einzelne seinen Platz im wirtschaftlichen Leben der Nation in der geistigen und körper-

lichen Verfassung einnehmen kann, die ihn zu höchsten Leistungen befähigt und damit den größten Nutzen für die Volksgemeinschaft gewährleistet.

§ 7. Die Deutsche Arbeitsfront hat den Arbeitsfrieden dadurch zu sichern, daß bei den Betriebsführern das Verhältnis für die berechtigten Ansprüche ihrer Gefolgschaft, bei den Gefolgschaften das Verständnis für die Lage und die Möglichkeiten ihres Betriebes geschaffen wird.

Dazu kam die Sorge für die Mitglieder z. B. in der Urlaubsorganisation *„Kraft durch Freude*" mit der deutsche Arbeiter in großen Schiffen bis zu den Urlaubszielen der Begüterten fuhren. Streiks gab es nicht mehr. Dazu kamen die von aller Welt bewunderten Sozialleistungen, auf die hier nicht eingegangen werden kann. Diese Sorge für die Menschen war ein Grund des Aushaltens im Reich und an der Front bis zuletzt. (M. Klüver, 1988).

Weil sich der Nationalsozialismus um Anschluß an den Stand der Wissenschaften besonders in der Biologie bemühte, hatte das Propagandaparolen wie *„Biologismus"* und *Darwinismus*" zur Folge. Es gab aber keine Periode in der deutschen Geschichte, in der die sozial Schwachen derartig umsorgt wurden wie im Dritten Reich.

Demgegenüber wird die Weltwirtschaft heute beherrscht von den Prinzipien der Spekulation und Profitmaximierung unter dem Diktat eines hemmungs- und bindungslosen Liberalismus und Materialismus, die vor allem die Aktien- und Devisenbörsen beherrschen und international abgesichert sind durch das Abkommen von Bretton Woods von 1944, die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds und die Weltwirtschaftsorganisation WTO mit dem Ziel der Weltherrschaft der Hochfinanz.

6.2 Die Innen- und die Außenpolitik des Deutschen Reiches von 1933-1938

Der Reichstag war nicht mehr arbeitsfähig. Hitler bat den Reichspräsidenten um Neuwahlen, die am 5.3J933 stattfan-

den. Unmittelbar zuvor, am 27.2., steckte der holländische Kommunist Marinus van der Lubbe, der inzwischen als Einzeltäter erkannt wurde, den Reichstag in Brand. Polizeiliche Ermittlungen hatten Hinweise auf geplante kommunistische Aufstände ergeben, ein direkter Zusammenhang mit dem Reichstagsbrand wurde aber nie nachgewiesen. Umgekehrt verdächtigen die Kommunisten bis heute die SA, aber auch dieser Verdacht erwies sich als unbegründet. Bei einer Durchsuchung des Zentralsitzes der KPD im Liebknechthaus fand man eine Liste mit den Namen von Politikern, die bei einer kommunistischen Revolution liquidiert werden sollten (F. v. Papen 1952, S. 303). Der Kampf auf der Straße tobte weiter.

Aufrufe zum Generalstreik und zum offenen Kampf mit dem Ziel der Errichtung der Diktatur des Proletariats wurden massenhaft verteilt, Plakate geklebt und Losungen auf die Hauswände gemalt. Ernst Thälmann sprach im Berliner Sportpalast, und dieser Mann, auf dem die Hoffnungen der Weltrevolution ruhten, beschuldigte die Nationalsozialisten: *„Hitler, das bedeutet Krieg!“*. Das Ergebnis der Wahl, immerhin fielen 341 von 647 Sitzen des Reichstages an die NSDAP und die Deutschnationalen, bestätigte, daß *„die Mehrzahl des deutschen Volkes in einer starken autoritären Staatsführung* (die bis dahin nicht bestand, d. Verf.) *die einzige Möglichkeit sah, die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden*“ (O. Meissner 1950, S. 280). Bereits am 31.1.1933 hatten von Papen und Staatssekretär O. Meissner der Reichsregierung Vorschläge für ein Ermächtigungsgesetz vorgelegt. Dieses Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Staat wurde vom Reichstag am 23.3.1933 mit weit mehr als der erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschlossen, nur die SPD stimmte dagegen. Auch der erste Präsident der BRD, Prof. Heuß, stimmte zu. Das Gesetz übertrug die Zuständigkeit der Gesetzgebung für vier Jahre neben dem Reichstag auf die Reichsregierung. Abgesehen von den Rechten des Reichspräsidenten und dem Bestehen von Reichstag und Reichsrat konnte die Reichsregierung von nun an Gesetze erlassen, und dies auch, wenn diese von der Verfassung abwichen.

Nach dem Antritt der Regierung Hitler wurden politische Prozesse angestrengt, die Beschuldigungen wurden

aber zumeist gerichtlich abgewiesen, so auch die gegen den Kölner Oberbürgermeister Adenauer. Mit dem *„Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums*“ wurden „*Parteibuchbeamte*“ meist mit voller Pension entlassen. Sie konnten ihr Fortkommen ungehindert in der freien Wirtschaft finden. Diese Säuberungen „ *überschritten nicht das Maß dessen, was auch in demokratischen Ländern bei einem Regimewechsel als Umstellung oder Revirement üblich ist. Sie war in keiner Weise mit dem zu vergleichen, was sich nach 1945 in Deutschland ereignet hat* “ (F. Grimm, 1953, S. 71).

Der Großteil der internationalen Presse reagierte unverhältnismäßig scharf auf den Regierungsantritt Hitlers und wandte sich nun voll gegen das Reich. Die damals auflagenstärkste Zeitung der Welt, der Daily Express, veröffentlichte am 24.3.1933 eine jüdische Kriegserklärung: *„Das israelische Volk der ganzen Welt erklärt Deutschland wirtschaftlich und finanziell den Krieg... 14 Millionen Juden stehen wie ein Mann zusammen... in einem heiligen Krieg... Ganz Israel in der gesamten Welt schließt sich zusammen, um den Wirtschafts- und Finanzkrieg gegen Deutschland zu erklären... In Europa und Amerika sind Pläne zu einem Gegenschlag gegen das hitlerische Deutschland gereift* “ (Siehe Anhang A5, Franz-Willing 1991, S. 32). Die Veröffentlichung war von S. Untermeyer (vgl. Kap. 17.3) veranlaßt worden. Der wirtschaftliche Boykott wurde am Samstag, den 1.4.1933, mit einem Boykott der jüdischen Geschäfte von 10.00 bis 13.00 Uhr im Reich beantwortet.

Bereits im gleichen Jahr erfolgte durch Untermeyer als Präsident der World Jewish Economic Federation die zweite Kriegserklärung mit einem Aufruf zum *„Heiligen Krieg gegen* Deutschland“ am 5.8.1933 in einem Radiovortrag und am 7.8.1933 in der New York Times (H. Splittgerber 1996, S. 18). Am 8.9.1933 kam eine weitere Kriegserklärung durch den Präsidenten der Jewish Agency, Chaim Weizmann. Zahlreiche weitere jüdische Kriegserklärungen werden in dem Buch von H. Stern *Jüdische Kriegserklärungen,* München 1999, zitiert.

Das jüdisch geleitete Berliner Tageblatt schrieb am 1.4.1933: *„Deutschland wird von einer ungeheuren Schmutz-*

welle umbrandet... " (H. Splittgerber 1996, S. 20). Es wurden die schlimmsten Greuelgeschichten von Massenmorden u. a. mehr verbreitet. Die Mehrheit der jüdischen Führer in Deutschland wandte sich gegen diese Greuelpropaganda. Zur gleichen Zeit bemühte man sich im Deutschen Reich um die geregelte Auswanderung der Juden. Am 7.8.1933 wurde mit der Jewish Agency das Haavara-Abkommen geschlossen, das bis Ende 1937 80.000 Juden unter Mitnahme von Vermögen die Auswanderung nach Palästina ermöglichte. Ansiedlungsleiter wurden im Deutschen Reich ausgebildet.

Zur Wiederaufnahme der Abrüstungskonferenz im März 1933 legte der englische Premierminister MacDonald Vorschläge vor, die für Deutschland ein Landheer in der gleichen Größe wie für Polen, also begrenzt auf 200.000 Mann, vorsahen. Für die deutsche Delegation mußten solche Vorschläge unannehmbar sein. Ungeachtet dessen lehnte Hitler diese Vorschläge nicht ab, sondern führte sie in seiner Regierungserklärung am 17.3.1933 auf den für Deutschland entscheidenden Gleichbehandlungsgrundsatz zurück: *„Deutschland ist ferner ohne weiteres bereit, auf Angriffswaffen überhaupt Verzicht zu leisten, wenn innerhalb eines bestimmten Zeitraumes die gerüsteten Nationen diese Angriffswaffen vernichten und durch eine internationale Konvention ihre Anwendung verboten wird... Ferner wird die Deutsche Regierung kein Waffenverbot als zu einschneidend ablehnen, wenn es in gleicher Weise auch auf andere Staaten Anwendung findet"* (M. Domarus 1988, S. 276). Diese Erklärung wurde vom Reichstag einstimmig, also auch mit den Stimmen der SPD, gebilligt.

Am 17.5.1933 begründete Hitler seine Revisionspolitik vor dem Reichstag: *„...Es konnte nach Beendigung des großen Krieges keine höhere Aufgabe für eine wirkliche Friedenskonferenz geben, als... eine Neugliederung und Neuordnung der europäischen Staaten vorzunehmen... Je klarer durch diese Regelung die Volksgrenzen sich mit den Staatsgrenzen decken, um so mehr mußten damit eine große Reihe von künftigen Konfliktsmöglichkeiten aus der Welt geschafft werden... weil durch sie der Welt die Grundlagen für einen wirklichen Frieden gegeben worden wären...* (Nach 1945

verfuhren die Sieger noch wesentlich schlimmer als 1919.)... *Denn um die gesamten Maßnahmen dieses Ediktes zu motivieren, mußte Deutschland zum Schuldigen gestempelt werden. Dies ist ein ebenso einfaches wie allerdings unmögliches Verfahren. In Zukunft wird also die Schuld an Auseinandersetzungen immer der Besiegte tragen... Dieser Vorgang führte deshalb zu furchtbarer Bedeutung, weil er damit zugleich eine Begründung gab für die Umwandlung eines am Ende dieses Krieges vorhandenen Kräfteverhältnisses in eine dauernde Rechtsform... ** (M. Domarus 1988, S. 272).

Infolge der ablehnenden Haltung Frankreichs vertagte sich die Abrüstungskonferenz. Ein mittlerweile von Mussolini gemachter Vorschlag für einen Viererpakt, um wichtige Entscheidungen wie über die Abrüstung und die Regeln vorzubereiten, wurde auf französischen Einwand stark verwässert. Der Viererpakt wurde zwar am 7.6.1933 abgeschlossen, aber nicht mehr ratifiziert. Nach dem Wiederzusammentritt der Abrüstungskonferenz am 14.10.1933 machte MacDonald Vorschläge, die für Deutschland weit hinter denen der Frühjahrskonferenz zurückblieben. Daraufhin erklärte die Reichsregierung den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund. Eine Volksabstimmung erbrachte 92 % Zustimmung für die Regierungspolitik.

Deutschland versuchte am 18.12.1933 ein weiteres Mal, zu einer annehmbaren Regelung mit den Westmächten zu gelangen, und bot in einem Memorandum die Begrenzung des Heeres auf 300.000 Mann an. Auch dieser Vorschlag verfiel der Ablehnung durch Frankreich. Nach verschiedenen englischen Bemühungen scheiterte die Abrüstungskonferenz endgültig, als sich die Franzosen mit einer Note vom 17.4.1934 weigerten, einer deutschen Wiederbewaffnung zuzustimmen. Das Scheitern der Konferenz hatte sofort Beschlüsse zur Aufrüstung zur Folge, in den USA zur Vergrößerung der Flotte um 360.000 BRT, in England zum Aufbau von 42 Luftgeschwadern, in Polen zur Einführung der Wehrdienstpflicht. Lloyd George kommentierte diese Entwicklung in einer Unterhausrede am 29.11.1934 mit den bitteren Worten: „*Die Signatarmächte des Versailler Vertrages versprachen den Deutschen feierlich, man würde abrüsten*,

wenn Deutschland mit der Abrüstung voran gehe. Vierzehn Jahre hat Deutschland nun auf die Einhaltung dieses Versprechens gewartet... Können wir uns dann wundem, daß die Deutschen zu guter Letzt zu einer Revolution und Revolte gegen diese chronische Betrügerei der großen Mächte getrieben wurden

Unmittelbar nach dem Abschluß des Versailler Vertrages hatte Frankreich damit begonnen, das militärische Bündnissystem der kleinen Entente aufzubauen. In diese begonnene erneute Einkreisung Deutschlands wurde am 9.1.1934 durch den auf die Dauer von 10 Jahren abgeschlossenen deutsch-polnischen Nichtangriffspakt, der sich ausdrücklich auf den Kellogg-Pakt von 1928 bezog, eine wichtige Bresche geschlagen. Polen hatte sich zu diesem Vertrag erst bereitgefunden, nachdem es in Paris abschlägig beschieden worden war, als es um französischen Beistand bei der Führung eines Präventivkrieges gegen Deutschland nachsuchte. Deutschland verzichtete mit diesem Vertrag auf die Revision der mit Versailles diktierten Gebietsabtretungen und auf die Unterstützung der deutschen Minderheit in Polen, eine Entscheidung, die kein Politiker der Weimarer Republik jemals erwogen hatte und ernsthaft hätte erwägen können.

Am 2. August 1934 starb Hindenburg. Das Kabinett beschloß die Vereinigung der Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers. Dazu wurde zur Billigung eine Volksabstimmung vorgesehen. *„Ich will, daß die vom Kabinett beschlossene und verfassungsrechtlich gültige Betrauung meiner Person und damit des Reichkanzleramtes an sich mit den früheren Funktionen des Reichspräsidenten die ausdrückliche Sanktion des deutschen Volkes erhält. Tief durchdrungen von der Überzeugung, daß die Staatsgewalt vom Volke ausgeht und von ihm in geheimer Wahl bestätigt sein muß, bitte ich Sie (den Innenminister), den Beschluß des Kabinetts... unverzüglich dem deutschen Volk zur freien Abstimmung vorlegen zu lassen“* (M. Domarus 1, 1988, S. 431). Die Abstimmung am 18.8.1934 erbrachte 89,9 % Zustimmung.

Nach dem Tode Pilsudskis am 12.5.1935 setzten noch im gleichen Jahr englische Bemühungen ein, die die ursprünglich positive Einstellung Polens zum deutsch-polnischen

Nichtangriffspakt von 1934 zu verändern begannen. Rydz-Smigly, der Nachfolger von Marschall Josef Pilsudski, war seit jeher einseitig auf ein Zusammengehen mit Frankreich festgelegt, und Oberst Beck, den Pilsudski 1932 zum Außenminister gemacht hatte, vollzog diese Schwenkung nach der Rheinlandbesetzung im März 1936 mit.

Noch am Tage der Besetzung der entmilitarisierten Zone des Rheinlandes, am 7.3.1936, überreichte der polnische Außenminister Beck dem französischen Botschafter eine Note mit der Erklärung, Polen werde Deutschland angreifen, wenn Frankreich bereit sei, nach Westdeutschland einzumarschieren (D. Hoggan 1976, S. 63).

Am 14.2.1935 hatte Hitler vorgeschlagen, die Verhandlungen über Sicherheits- und Rüstungsfragen mit England und Frankreich fortzusetzen. Im Jahr 1934 hatte die Tschechoslowakei die Wehrdienstzeit auf zwei Jahre erhöht. Aber erst eine von England am 1.3. beschlossene weitere Aufrüstung und die am 6.3. von Frankreich beschlossene Erhöhung der Wehrdienstzeit von einem auf zwei Jahre waren in Deutschland Anlaß zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht mit einjähriger Dienstzeit vom 16.3.1935. Die Westmächte bezeichneten die Verkündung der Wehrpflicht als einseitigen Bruch des Versailler Vertrages durch Deutschland und beschuldigten das Reich, den Abbruch der vorgeschlagenen Verhandlungen zu wollen. Daß die vorangegangenen Maßnahmen Frankreichs und auch Englands, die sich im Versailler Vertrag feierlich zur Abrüstung verpflichtet und den Deutschen erst 1932 Gleichbehandlung zugesichert hatten, bereits den Bruch des Vertrages bedeuteten, wird bis heute heruntergespielt. Im Grunde hatten die Signatarmächte damit, daß sie die Abrüstungsver- pflichtungen umgingen, den Versailler Vertrag als Friedens- vertrag selbst ad absurdum geführt. Was blieb, war das Diktat, das es für Deutschland aufzuheben galt.

Im Jahr darauf gelang es nach Verhandlungen des Sonderbotschafters v. Ribbentrop, mit England eine Übereinkunft über ein Flottenabkommen zu erzielen. Der am 18.5.1935 geschlossene Vertrag legte die Höchststärke der deutschen Flotte mit 35 % der englischen fest. Mit diesem Abkommen wurde das Versailler Diktat in einem wesentlichen Punkt re-

vidiert. Damit waren auch die Vorwürfe, die deutsche Aufrüstung würde einen Bruch des Versailler Vertrages darstellen, gegenstandslos geworden.

Am 2.5.1935 schloß Frankreich mit Rußland einen Beistandsvertrag ab, der militärische Eingriffe ohne vorherige Konsultation des Völkerbundes vorsah und nur gegen Deutschland gerichtet sein konnte. Zwei Wochen später schlossen Rußland und die Tschechoslowakei einen ebensolchen Vertrag ab, und sofort wurden dort 25 große Flugplätze geplant, die so lagen, daß Berlin, Mittel- und Süddeutschland in den Wirkungsbereich sowjetischer Bomber gerieten. In diesem Zusammenhang wurden Planungen bekannt, daß im Kriegsfälle von Frankreich aus unter Nutzung der bis zum Rhein reichenden entmilitarisierten Zone sofort nach Böhmen durchgestoßen werden sollte. - Die darin liegenden Gefahren wurden im März 1939 durch die Besetzung der Tschechei nach dem Hitler-Hacha-Vertrag gebannt. - Diese Verträge konnten als Bruch des Locarno-Paktes angesehen werden, in dem sich die Mächte verpflichtet hatten, alle Friedensverletzungen vor den Völkerbund zu bringen. Hitler hatte noch vor der Ratifizierungsdebatte im französischen Parlament im Februar 1936 in einem Interview mit einem französischen Journalisten seine Friedensbemühungen betont. Auf die Frage, ob man ihm diese glauben dürfe, denn in Hitlers ***Mein Kampf*** könne man es anders lesen, antwortete Hitler: ***„Als ich dieses Buch schrieb, war ich im Gefängnis. Es war die Zeit, als die französischen Truppen das Ruhrgebiet besetzten. Es war im Augenblick der größten Spannungen zwischen unseren beiden Ländern... Ja, wir waren Feinde und ich stand zu meinem Lande, wie es sich gehört... Aber Sie wollen, daß ich mein Buch korrigiere, wie ein Schriftsteller; der eine neue Bearbeitung seiner Werke herausgibt. Ich bin aber kein Schriftsteller. Ich bin Politiker; meine Korrekturen nehme ich in meiner Außenpolitik vor, die auf Verständigung mit Frankreich abgestellt ist“*** (P. Kleist 1952, S. 143). Die Veröffentlichung dieses Interviews wurde bis nach der Ratifizierung des Vertrages am 27.2.1936 verzögert.

Die Argumentation, Hitler hätte alle seine späteren Pläne und Zielsetzungen bereits vollständig in seinem Buch ***Mein***

Kampf offengelegt, zieht sich bis heute nicht nur durch in- und ausländische Presseveröffentlichungen, sondern findet sich auch in der wissenschaftlichen Publizistik wieder. Sie erweist sich zumindestens in dem Punkt als äußerst problematisch, als die spätere Politik Hitlers von ihrer Verursachung her nicht auf den realen politischen Handlungsraum zurückgeführt wird, in dem diese Politik stattfand, sondern einem Programm zugeschrieben wird, das von Hitler bereits in ***Mein Kampf*** formuliert worden sei. Die Weltpresse und beamtete deutsche Historiker behaupten bis heute, daß der Begriff ***„Lebensraum“,*** so wie ihn Hitler ***in Mein Kampf*** verwendet, die Vorgabe für Eroberungskriege im Osten gewesen sei, möglicherweise wurde auch das umstrittene Hoß- bachprotokoll zu der Ansprache Hitlers am 5.11.1937 (siehe Kap. 22) in diesem Sinne verändert. Nach Reichsaußenminister v. Neurath soll der Begriff „Lebensraum“ für Hitler vor allem „ ***Mittel für Lebensunterhalt, Rohstoffe usw., aber nicht Eroberung neuer Gebiete“*** bedeutet haben (Henderson an Foreign Office am 2.3.1938, in: D. Kunert 1984, S. 228,267). Das Wort Lebensraum muß vor allem im Hinblick auf die Annexionen der Provinzen Posen und Westpreußen durch das Versailler Diktat gesehen werden, die als landwirtschaftliche Überschußgebiete und infolge ihrer dünnen Besiedlung als Siedlungsgebiete Bedeutung hatten.

Die Bedeutung von ***Mein Kampf*** als Handlungsvorschrift wird sicher überschätzt. „***Nur bei weitschweifender Phantasie kann „Mein Kampf“ als Leitfaden für Hitlers spätere... Entscheidungen und Handlungen dienen... Weit davon entfernt, sich auf doktrinäre... Prinzipien festzulegen... ließ sich Hitler... nur von einem Wegweiser leiten,... seine Revisionspolitik zu realisieren. An alle seine Handlungen legte er diesen Maßstab an“*** (D. Kunert 1986, S. 67). Schon eher hat sich Hitler an den Grundsatz gehalten: ***„Nützt es unserem Volk jetzt oder in der Zukunft, oder wird es ihm von Schaden sein?... Das Ziel einer deutschen Außenpolitik von heute hat die Vorbereitung zur Wiedererringung der Freiheit von morgen zu sein“*** (Hitler, ***Mein Kampf,*** 840. Aufl., S. 687).

Die Politik Hitlers wurde von der Mehrheit der Deutschen getragen. Nachdem er 1936 Deutschland besucht hatte,

schrieb Sefton Delmer, (später Leiter der Kriegspropaganda Englands im Zweiten Weltkrieg): *„ **Deutschland war im Jahre 1936 ein blühendes, glückliches Land. Auf seinem Antlitz lag das Strahlen einer verliebten Frau. Und die Deutschen waren verliebt - verliebt in Hitler. Sie beteten seine feste, rücksichtslose Herrschaft an... Und sie hatten auch allerhand Grund zur Dankbarkeit. Hitler hatte die Arbeitslosigkeit bezwungen und ihnen eine neue wirtschaftliche Blüte gebracht. Er hatte seinen Deutschen ein neues Bewußtsein ihrer nationalen Kraft und ihrer nationalen Aufgabe vermittelt***."

Noch im Jahre 1938, ehe er von bestimmter Seite finanzielle Hilfe zur Tilgung seiner immerwährenden Schulden erhielt, schrieb Churchill in einem offenen Brief an Hitler in der Times am 7.11.1938: ***„Sollte England in ein nationales Unglück geraten, das dem Unglück Deutschlands von 1918 vergleichbar ist, so werde ich Gott bitten, uns einen Mann zu senden von Ihrer Kraft des Willens und des Geistes“*** (H. Splittgerber 1996, S. 25).

Der Locarno-Pakt war aus deutscher Sicht mit dem bereits erwähnten französisch-russischen Vertrag erloschen. Mit dieser Begründung wurde die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes am 7.3.1936 durch deutsche Truppen in der symbolischen Stärke von drei Bataillonen besetzt. Gleichzeitig machte Hitler eine Reihe von Vorschlägen u. a. für Nichtangriffspakte mit Österreich und der Tschechoslowakei, die abgelehnt wurden, für sonstige Verträge unter der Voraussetzung der Gleichberechtigung und für den Wiedereintritt in den Völkerbund. Während in Deutschland eine Volksabstimmung über diese Politik 98 **%** Zustimmung erbrachte, verstärkte die Presse der westlichen Großmächte ihre Angriffe auf Deutschland und unternahm dabei alles nur Mögliche, um eigenes Unrecht und die eigenen Vertragsbrüche aus dem Bewußtsein der Weltöffentlichkeit zu verdrängen. Wiederum wurden die Deutschen als diejenigen hingestellt, die ohne jede Rechtsgrundlage Vertragsbruch um Vertragsbruch begingen.

Dem setzte Hitler einen umfassenden Friedensplan entgegen, den er in einem Memorandum vom 31.3.1936 in den Grundzügen umriß. Er enthielt Vorschläge zu allgemeinen

Rüstungsbeschränkungen und besonderen militärischen Beschränkungen an der Westgrenze wieder unter der Voraussetzung der Gleichbehandlung, sodann zum Verbot des Luftkrieges gegen die Zivilbevölkerung und zu Verboten schwerster Angriffswaffen sowie zur Unterlassung verständigungsfeindlicher und friedensgefährdender Pressehetze. Verhandlungen darüber kamen nicht mehr in Gang, die massive Pressepropaganda mit ihrer Zielrichtung, Furcht vor Deutschland zu wecken und Mißtrauen zu säen, trug daran ein gerüttelt Maß Schuld.

Im Jahre 1932 waren die Bemühungen des Reichskanzlers von Papen, den Art. 231 des Versailler Vertrages zu streichen, am Widerstand Frankreichs gescheitert. Nachdem von der Reichsregierung veranlaßte Untersuchungen die Haltlosigkeit der alleinigen Kriegsschuldzuweisung ergeben hatten, war es Reichspräsident v. Hindenburg gewesen, der diese als deutsches Staatsoberhaupt bei der Einweihung des Tannenbergdenkmals am 18.9.1927 erstmals öffentlich zurückwies. In seiner Reichstagsrede vom 30.1.1937 widerrief Hitler endgültig die bei der Unterzeichnung erzwungene Anerkennung des Art. 231 des Versailler Vertrages. Einsprüche der Westmächte erfolgten nicht.

Sofort nach dem Dienstantritt Chamberlains als Premierminister wurde im Sommer 1937 ein großes Aufrüstungsprogramm beschlossen, das infolge des deutsch-britischen Flottenabkommens die Luftrüstung in den Vordergrund stellte (A. v. Ribbentrop 1963, S. 73). Schon zu dieser Zeit, also noch vor den Gebietsveränderungen, hatte sich England entschieden, wie an den Anweisungen Chamberlains zum Dienstbeginn seines persönlichen Botschafters Henderson in Berlin sichtbar wird: ***doch wesentlich sei, daß die britische Wiederaufrüstung unnachsichtig verfolgt werde, weil der Hitler-Regierung gegenüber kein anderes Argument zähle als das der Macht**** (A. v. Ribbentrop 1967, S. 18). Bereits am 6.6.1934 hatte er in seinem Tagebuch notiert: ***„Wir können uns nicht auf Feindseligkeiten mit Japan und Deutschland gleichzeitig vorbereiten, das Letzte ist das Problem, auf das wir uns konzentrieren müssen"*** (K. Feiling 1946, S. 253). Während das abgerüstete Deutschland, das kei-

ne Luftwaffe und keine Panzer besaß, einen Nachholbedarf für seine Sicherheit hatte, dachten die Sieger nicht daran, ihren mit dem Versailler Vertrag übernommenen Abrüstungsverpflichtungen nachzukommen, und nutzten die Deutschland zugestandene militärische Gleichberechtigung zur eigenen Aufrüstung.

In einer Versammlung sagte Hitler 1935 zur Aufrüstung der Sieger von 1918: ***„Eine mittlere Granate kostet 3.500 Mark. Ein kleines Eigenheim für eine Arbeiterfamilie kostet auch 3.500 Mark. Wenn ich aufrüste, brauche ich mindestens 10 Millionen Granaten. Sie werden dann in den Arsenalen liegen, und niemand wird mir dafür dankbar sein. Wenn ich aber 10 Millionen Arbeiterwohnungen baue, werde ich mir den Dank des Großteils meines Volkes sichern. Wie sollte ich da nicht wünschen, daß die anderen abrüsten, um mir die Aufrüstung zu ersparen? Aber inmitten eines bis an die Zähne bewaffneten Europas kann Deutschland nicht unbewaffnet bleiben**** (O. Abetz, 1951).

Um der mit dem französisch-russischen Pakt drohenden Einkreisung entgegentreten zu können, wurde am 25.11.1936 mit Japan der Antikominternpakt geschlossen, dem Italien 1937 beitrat.

Halifax besuchte als Lordsiegelbewahrer am 19.11.1937 Hitler und sagte im Namen der englischen Regierung, daß Änderungen in Europa wahrscheinlich seien. Dazu gehörten: ***„Danzig, Österreich und die Tschechoslowakei. England sei nur daran interessiert, daß diese Änderungen im Wege friedlicher Evolution zustande gebracht würden",*** dabei be- zeichnete er Deutschland als Bollwerk gegen den Bolschewismus (A. v. Ribbentrop 1967, S. 22). Das bedeutete die englische Zustimmung zur Revision der 1919 festgelegten Grenzen, nachdem die Kündigung der Kriegsschuldlüge des Art. 231 hingenommen sowie das Ende der Reparationen und die militärische Gleichbehandlung Deutschlands beschlossen worden waren. Die Revision hätte also auf friedlichem Wege zu Ende gebracht werden können - möchte man meinen.

Um zu erkunden, ***„wie die Chancen, noch zu einer Verständigung zu kommen"***, stehen, wurde v. Ribbentrop als

Botschafter nach London geschickt. In seinem Londoner Abschlußbericht vom 2.1.1938, dessen vorausgehender Teil ***„Hauptbericht vom 28. 12. 1937“*** bis Ende der 60er Jahre verschollen war, faßte v. Ribbentrop zusammen:

1. ***England ist mit seinen Rüstungen im Rückstand, daher spielt es auf Zeitgewinn.***
2. ***England glaubt, daß bei Wettlauf mit Deutschland die Zeit für England arbeitet...***
3. ***Halifax-Besuch ist daher als Erkundungs- und Verschleierungsmanöver anzusehen...***
4. ***England und sein Premierminister sehen m. E. nach dem Halifaxbesuch keine ihnen erscheinende Basis einer Einigung mit Deutschland...***
5. ***Chamberlain hat nur Vansittart, unseren bedeutsamsten und zähesten Gegner an eine Stelle berufen, an der er in das diplomatische Spiel gegen Deutschland führend eingreifen kann... Heute glaube ich nicht mehr an die Verständigung, England will kein übermächtiges Deutschland in seiner Nähe, das eine ständige Bedrohung seiner Inseln wäre. Dafür wird es kämpfen“*** (A. v. Ribbentrop 1963, S. 125).

Dieser Abschlußbericht gab den Ausschlag für die Ernennung v. Ribbentrops zum Reichsaußenminister im Februar 1938.

Diese, wie es sich dann bestätigte, richtigen Erkenntnisse v. Ribbentrops sind möglicherweise bei den schnellen Reaktionen Hitlers von Einfluß gewesen, als sich die drei Probleme Österreich, Sudetenland und Resttschechei ohne deutsches Verschulden zuspitzten.

Eine Folge der Diktate von Versailles und St. Germain war, daß die bereits 1918 und 1919 von Nationalversammlung und Regierung beschlossene Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich verhindert wurde und sich selbst die Errichtung einer Zollunion, auch nach Anruf des Inter- nationalen Gerichtshofes in Den Haag im Jahre 1931, als nicht durchsetzbar erwies. Folgerichtig mußte einer der nächsten Schritte zur Revision dieser Diktate darin bestehen, eine zwischenstaatliche Regelung zwischen Österreich und Deutschland herbeizuführen, die dem in den Verfassungen

beider Republiken verankerten Vereinigungsauftrag ***„Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik“*** - ***„“Deutsch-Österreich erhält nach seinem Anschluß an das Deutsche Reich das Recht der Teilnahme am Reichsrat“*** möglichst nahekommen würde.

Österreichs innenpolitische Situation war inzwischen immer schwieriger geworden. Vor der Dollfuß- und Schuschnigg-Diktatur waren bereits 40.000 Österreicher nach Deutschland geflüchtet, und Dollfuß war ermordet worden. Revolten und Aufstände hatten schon mehrere tausend Tote gekostet, und die Lager für politisch Inhaftierte füllten sich nicht nur mit Nationalsozialisten und Sozialdemokraten, sondern auch mit Angehörigen der anderen verbotenen Parteien. Vor diesem Hintergrund trafen sich nach Vorgesprächen, die der deutsche Botschafter in Wien, von Papen, geführt hatte, Schuschnigg und Hitler am 12.2.1938 in Berchtesgaden und schlossen ein Übereinkommen zur Befriedung der gegenseitigen Beziehungen mit folgenden Hauptpunkten: der parteilose Seyß-Inquart wir in die Regierung aufgenommen, Nationalsozialisten erhalten die Möglichkeit der Mitarbeit in der Vaterländischen Front, eine allgemeine Amnestie wird erlassen und Deutschland enthält sich jeder Einmischung in innerösterreichische Angelegenheiten. Über eine staatliche Vereinigung und die Wiederzulassung der NSDAP wurde nicht gesprochen. Noch am 6.3. erklärte Schuschnigg über den Rundfunk: „ ***Unser Land ist ein deutsches Land***, ***das Bekenntnis zur deutschen Schicksalsgemeinschaft geht niemanden in Österreich schwer über die Lippen. Die deutsche Nation ist aber kein Verein***, ***in den man eintreten und aus dem man austreten kann... sondern eine Schicksalsgemeinschaft mit einer historisch gewachsenen***, ***am völkischen Charakter seiner Zugehörigkeit zu der heiligen blutgetränkten Heimaterde bestimmten inneren Organisation und Sendung“*** (Schuschnigg 1996).

Während Hitler noch in der Reichstagsrede am 20.2. erfreut von der Befriedigungsaktion sprach, sah sich Schuschnigg starkem französischem und englischem Druck ausgesetzt, und die Presse sprach vom „ ***Ultimatum von Berchtesgaden“.*** Schuschnigg mußte sich zum Kurswechsel ent-

schließen und ordnete überhastet am 9.3. für den 12.3. eine Volksabstimmung an, zu der es nicht einmal Wählerlisten gab. Nachdem ein dringlicher Vorschlag des Ministers Seyß-Inquart, die Abstimmung zu verschieben, von Schuschnigg abgelehnt worden war, begannen sich die Ereignisse zu überstürzen. Daß diese Entwicklung nicht vom Deutschen Reich geplant war, sieht man schon daran, daß sich der deutsche Sondergesandte und gerade ernannte Außenminister von Ribbentrop bei seinen Abschiedsbesuchen in London befand. Zudem mußte mit innerösterreichischen bürgerkriegsähnlichen Zuständen gerechnet werden, denn Schuschnigg hatte Verbindung mit bisher verbotenen linken Organisationen aufgenommen, an die auch Waffen ausgegeben wurden. Übrigens spielte die erklärte Absicht Frankreichs, militärisch einzugreifen - unterstrichen durch den Ausspruch des Oberbefehlshabers Gamelin: ***„Die Tschechoslowakei mit ihren 700.000 Mann hätte uns kaum im Stich gelassen“*** - nicht nur bei der Kehrtwendung Schuschniggs eine entscheidende Rolle. Sie hatten einen mindestens ebenso großen Einfluß auf den Entschluß Hitlers zum Einmarsch der Wehrmacht. Als Hitler am Abend des 10.3. die Generäle kommen ließ, stellte sich heraus, daß für einen Eingriff in Österreich keinerlei Planungen Vorlagen. Trotzdem wurde die Bereitstellung der Truppen sofort befohlen.

Noch am 11.3. hielt Hitler daran fest, das Österreichproblem mit Schuschnigg auf dem Verhandlungswege zu regeln. Das österreichische Außenministerium hatte auf seine Hilferufe an Paris und London die Antwort erhalten, England und Frankreich würden sich nur dann zu einem Krieg - zu dem Sowjetrußland sofort bereit sei - entschließen, wenn sich Italien beteiligen würde. Am 11.3. empfahl der nach Wien gesandte deutsche Staatssekretär Keppler dem österreichischen Bundespräsidenten, Schuschnigg zu entlassen und Seyß-Inquart mit der Neubildung der Regierung zu beauftragen (O. Meissner 1950, S. 450) Nach Telefonaten von Göring mit Wien trat dann am Nachmittag des 11.3. die Regierung Schuschnigg bis auf Seyß-Inquart zurück. Am gleichen Tag brachen in der Steiermark und in Kärnten nationalsozialistische Revolutionen aus, die noch

am 11.3. unblutig und ohne auf Widerstand zu treffen, zur Besetzung der Landesregierungen führten. Seyß-Inquart billigte um 21.45 Uhr ein Telegramm Kepplers nach Berlin mit der Bitte um baldige Entsendung deutscher Truppen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Hitler Unterzeichnete den Einmarschbefehl um 20.45 Uhr (W. Post 2003). Bereits bei der Ernennung Seyß-Inquarts zum Nachfolger Schuschniggs durch den Bundespräsidenten um 21.00 Uhr trugen die Regierungsbeamten Hakenkreuzbinden.[6]

Der Einmarsch selbst, für den als wichtigstes Operationsziel die Besetzung der Grenze zur Tschechoslowakei befohlen wurde, mußte völlig improvisiert werden und fand z. T. ohne Mitführung von Munition statt. Am 14.3. teilte Be- nesch dem englischen General Spears zwar mit, daß ihm die Russen am Vortage Hilfe durch mindestens 1.000 Flugzeuge zugesagt hatten und daß seine Flugplätze bereit wären, sie aufzunehmen (D. Irving 1990, S. 94). Militärische Gegenmaßnahmen des Auslandes blieben jedoch aus, weil die italienische Regierung nicht bereit war, dem französischen Ersuchen auf Vereinbarung einer gemeinsamen Aktion zu folgen, und in Paris am 10.3.1938 eine Regierungskrise ausbrach.

Der Einmarsch der deutschen Truppen war von orkanartigen Begeisterungsstürmen der österreichischen Bevölkerung begleitet, die meisten Straßen waren bereits mit Hakenkreuzfahnen geschmückt, und die Menge brach immer wieder in den Ruf ***„ein Volk, ein Reich, ein Führer“*** aus. Hitler entschloß sich offensichtlich erst am 12.3. in Linz zur sofortigen Vereinigung Österreichs mit dem Reich. Am Vorabend hatte er den Innenminister Frick noch beauftragt, juristische Möglichkeiten einer Personalunion der Staatsoberhäupter beider Staaten zu finden (H. Sündermann 1970, S. 180). Nachdem die deutschen Truppen wieder zurückgenommen worden waren, fand am 10.4. die Volksab-

6 Für den Ablauf der entscheidenden Stunden des 11.3. in Berlin werden von den Beteiligten O. Meissner 1950, F. v. Papen 1952 und H. Sündermann 1964 abweichende Darstellungen gegeben.

Stimmung über die Vereinigung statt, mit der die Österreicher endlich ihr Recht auf Selbstbestimmung wahrnehmen konnten, die mehr als 99 *%* Zustimmung fand. Nicht nur Kardinal Innitzer und der erste Kanzler Österreichs 1918, der Sozialdemokrat Karl Renner, forderten auf, mit Ja zu stimmen. Allen voran die französische Presse bezeichnete den Anschluß Österreichs sofort als erneuten Bruch der Verträge von Versailles und St. Germain. Das IMT Nürnberg ging noch wesentlich weiter und bewertete den Anschluß als ***„vorgeplante Angriffsmaßnahme... zur Förderung... von Angriffskriegen“,*** womit die Handhabe gegeben war, Seyß-Inquart zum Tode zu verurteilen.

Am 15.3. fand auf dem Heldenplatz in Wien eine Kundgebung statt, in der Hitler vom Balkon der Hofburg aus sprach: „ ***Als Führer und Kanzler der deutschen Nation und des Reiches melde ich vor der Geschichte nunmehr den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich“*** (M. Domarus 1988, S. 824).

Die in der neueren europäischen Geschichte beispiellose Begeisterung wiederholte sich bei der Eingliederung des Sudetenlandes im Herbst 1938, und der Stadt Danzig im September 1939. Nach der Saarabstimmung 1935,1955 und Jahre später kam es zu ähnlichen, um mit Habermas zu sprechen singulären Manifestationen des Volkswillens, als die Bevölkerung der DDR am 9.11.1989 mit dem Ruf ***„Wir sind das Volk, wir sind ein Volk “*** ihrem Willen zur Wiedervereinigung des geteilten Deutschland Ausdruck verlieh.

Eine weitere Revision der Verträge von 1919 bahnte sich inzwischen in der Tschechoslowakei an. Die Deutschen waren 1918 und 1919 gewaltsam in diesen Staat gezwungen worden.

Die Tschechei unterdrückte die Sudetendeutschen mittels Enteignung von Grundbesitz, durch Maßnahmen gegen ihre Schulen, ihre kulturellen Einrichtungen sowie ihre Industrie und siedelte planmäßig Tschechen in bisher rein deutschsprachigem Gebiet an. Bezeichnend ist, daß die Sudetendeutschen einen Bevölkerungsanteil von 3,2 Millionen an den 13,6 Millionen Einwohnern der Tschechoslowakei hatten, aber einen Anteil von 500.000 Arbeitslosen an den 800.000 des Gesamtstaates stellten.

Die Entwicklung begann sich überstürzen, nachdem die Tschechen 1936 ein Staatsverteidigungsgesetz erlassen hatten, das die Verfassung praktisch außer Kraft setzte und in den Grenzzonen, den Wohngebieten der Deutschen, einen ständigen Ausnahmezustand schuf. Im Jahre 1935 war die Sudetendeutsche Partei gegründet worden. Während eines Besuches Henleins in Berlin am 28.3.1938 hatte sich Hitler sehr zurückgehalten und betont, es sei nicht Aufgabe der Reichsregierung, ihm - Henlein - Anregungen zu geben, welche Forderungen gegenüber der tschechischen Regierung zu stellen seien.

Bei den Parlamentswahlen am 19.5.1935 errang die SDP 90 % aller sudetendeutschen Stimmen und wurde im Prager Parlament die stärkste Partei.

Am 24.4.1938 wurde von der SDP das Karlsbader Programm verkündet mit den folgenden acht Punkten:

1. Vollständige Gleichstellung der deutschen Volksgruppe mit dem tschechischen Volk.
2. Anerkennung der deutschen Volksgruppe als Rechtspersönlichkeit.
3. Anerkennung des deutschen Siedlungsgebietes.
4. Ausbau der deutschen Selbstverwaltung.
5. Gesetzlicher Schutz für jene Deutschen, die außerhalb des geschlossenen Gebietes ihres Volkes leben.
6. Beseitigung und Wiedergutmachung allen Unrechts, das dem sudetendeutschen Volke seit dem Jahre 1918 zugefügt worden ist.
7. Anerkennung und Durchführung der Grundsätze: im deutschen Gebiet deutsche öffentlichen Angestellte.
8. Freiheit des Bekenntnisses zum deutschen Volk und zur deutschen Weltanschauung.

Das waren noch keine Forderungen nach staatlicher Autonomie, wie fälschlich vielfach behauptet wird. Darauf antwortete der Führer der deutschen Sozialdemokraten in der Tschechei Wenzel Jaksch - die SPT war an der Regierung beteiligt - am 30.5.1938: ***„Erstens muß die Legende zerstört werden, daß die Anhänger Henleins Unterdrückte sind. Sie sind teils aktive, teils verhinderte Unterdrücker und Terroristen... Zweitens: Henlein ist vor der europäischen Öffentlich-***

keit als Kriegsbrandstifter zu kennzeichnen... Drittens: Das Verdienst der Tschechoslowakei um die Rettung des europäischen Friedens muß mit größtem Nachdruck unterstrichen werden **“** (S. Egel 2003).

Mit Bezug auf Meldungen über angebliche deutsche Truppenkonzentrationen an den tschechischen Grenzen befahl Benesch am 20.5.1938 eine Teilmobilisierung. Diese Meldungen waren von den Tschechen frei erfunden worden, auf ihre Verbreitung durch den deutschen Widerstand und die sog. Maikrise wird im Kapitel 12 zurückzukommen sein. Zu dieser Zeit hielten sich im Rahmen der tschechischen Bündnisverträge mit Frankreich und der UdSSR sowjetische Generalstäbler sowie Geschwader der sowjetischen Luftwaffe in der Tschechei auf (H. Barnes 1961). Die sowjetische Regierung war bereit, ihre Truppen auf ein tschechisches Hilfeersuchen hin durch Polen und Rumänien - auch ohne Zustimmung dieser Staaten - marschieren zu lassen. Der französische Militärattache muß über diese Sachlage informiert gewesen sein, denn er nahm an den wöchentlichen Militärbesprechungen in Prag teil.

Schon Mitte Mai 1938 - ehe Hitler irgendwelche Forderungen bezüglich der Sudetendeutschen gestellt hatte - brachte die New York Times eine Meldung, daß es nach Chamberlain der beste Weg sei, die sudetendeutschen Gebiete vom tschechischen Staat loszutrennen und dem Deutschen Reich einzuverleiben.

Hitler erteilte am 21.5.1938 eine Weisung, die besagte, daß ***„es nicht seine Absicht sei, in der nächsten Zeit gegen die Tschechoslowakei vorzugehen"*** (U. Walendy 1965, S. 95).

Die Weltpresse kommentierte diese Haltung überwiegend so, daß Hitler vor den Forderungen der Westmächte zurückgewichen sei. Am 30.5. Unterzeichnete Hitler dann die für den Fall des Zweifrontenkrieges am 24.6.1937 erlassene Weisung „ ***Grün"*** mit folgendem Zusatz: „ ***Es ist mein unabänderlicher Entschluß, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen*** “, den man als Reaktion auf die noch zu behandelnden militärischen Beistandspakte zwischen Frankreich, der Sowjetunion und der hochgerüsteten Tschechoslowakei ansehen kann. Dieser

Zusatz zur Weisung „ ***Grün“*** wird von vielen Autoren als Beweis für deutsche Angriffsabsichten in der Herbstkrise angeführt. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß ein solcher Entschluß bei der Herbstkrise eine Rolle spielte, da sich Hitler am 12.9. und am 15.9. und während der Verhandlungen verpflichtete, von militärischen Aktionen gegen die Tschechei abzusehen, und diese Verpflichtungen auch einhielt.

Die dann zur Besetzung bereitgestellten sieben deutschen Divisionen hätten in einem Kriegsfalle kaum etwas gegen die 43 tschechischen Divisionen ausrichten können.

In seiner Rede auf dem Reichsparteitag in Nürnberg am 12.9. führte Hitler mit Bezug auf die Deutschen in der Tschechoslowakei aus: ***„...Was die Deutschen fordern, ist das Selbstbestimmungsrecht, das jedes andere Volk auch besitzt... aber ich stelle die Forderung, daß die Unterdrückung der 3 1/2 Millionen Deutschen in der Tschechoslowakei aufhört und an dessen Stelle das freie Recht der Selbstbestimmung tritt... Ich bin keineswegs gewillt, hier im Herzen Deutschlands durch die Tüchtigkeit anderer Staatsmänner ein zweites Palästina entstehen zu lassen. Die armen Araber sind wehrlos und vielleicht verlassen. Die Deutschen in der Tschechoslowakei sind weder wehrlos noch sind sie verlassen. Das möge man zur Kenntnis nehmen“*** (M. Domarus 1988, S. 904).

Infolge der tschechischen Teilmobilisierung flohen zunächst vor allem wehrdienstpflichtige Deutsche in das Reich. Dort wurde aus ihnen ein Freikorps gebildet.

Die englische Regierung erteilte Lord Runciman den Auftrag zur Erkundung der Verhältnisse in der Tschechei. Anfänglich vertrat Henlein gegenüber Runciman noch die Forderung nach Autonomie. Runciman regte Henlein an, Hitler aufzusuchen, was am 2.9. geschah. Erst nachdem sich die Lage durch Verhängung des Standrechtes, Versammlungsverbot und Massenverhaftungen von Deutschen verschärft hatte, erklärte Henlein in seinem Aufruf am 15.9. „ ***Wir wollen heim ins Reich. “*** Daraufhin wurde am 16.9. die Sudetendeutsche Partei verboten. Insgesamt wurden etwa 20.000 verhaftete Sudetendeutsche in tschechische Lager eingewiesen. Einen Teil dieser Verschärfung hatte Lord Runciman noch in der Tschechei miterlebt, ehe er am 14.9, den Ab-

schlußbericht seiner Mission vorlegte, in dem es hieß: *„Für mich ist selbstverständlich, daß... die Grenzbezirke, in denen die Sudetendeutschen die klare Mehrheit haben, sofort das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht erhalten soll- ten, Wenn, wie ich glaube, Gebietsabtretungen unvermeid- lich sind, so sollen sie rasch und ohne überflüssiges Zögern durchgeführt werden"* (E. Kern 1988, S. 155). Schon am 3.6. war in der *Times* ein bemerkenswerter Artikel von Churchill erschienen, der die Anregung erhielt, *„... die Tschechoslowakei zu einem homogeneren Staat zu machen durch die Abtre- tung... des sudetendeuschen Grenzgebietes..."* (U. Walendy 1966, S. 76). Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes war nach englischer Ansicht gleichbedeutend mit Gebietsabtre- tung.

Am 15.9.1938 sandte Benesch Minister Necas zu den Westmächten mit dem Angebot der Teilabtretung von 4.000 bis 6.000 Quadratkilometer Land und der Forderung nach Umsiedlung von 1,5 Millionen bis 2 Millionen Deutschen in das Reich.

Mit Kenntnis des Berichtes von Runciman flog Chamberlain am 15.9. nach München, um Hitler in Berchtesgaden zu treffen. Bei dieser Besprechung sagte Hitler Chamberlain zu, „ *keinen Befehl zur Ingangsetzung des militärischen Apparats zu erlassen* " (A. v. Ribbentrop 1967, S. 150), wenn das Selbst-bestimmungrecht auf die Sudetendeutschen angewandt würde. Am 19.9. griff der Jüdische Weltkongreß mit einem Schreiben an Chamberlain ein: „ *Es ist unsere Pflicht, Sie von der zunehmenden Sorge zu unterrichten, die Millionen von Juden angesichts der deutschen Bemühungen, weitere, von Juden besiedelte Gebiete zu erwerben, haben.* " Später gab Chamberlain zu, daß während dieser Zeit „ *die Juden starken Druck auf mich ausübten, um mich von jeder Abmachung mit dem Führer abzubringen* " (beide Zitate in: P. Rassinier 1990, S. 188). Nach Rücksprache Chamberlains mit Daladier forderte die englisch-französische Note vom 19.9. an Benesch die Abtretung der mehrheitlich deutsch besiedelten Gebiete. Die tschechische Regierung stimmte am 21.9. mit Vorbehalten zu. Mit dieser Zusage flog Chamberlain einen Tag später zur Fortsetzung der Gespräche wieder ohne sei-

nen Außenminister nach Godesberg. Dort drängte Hitler auf eine Volksabstimmung, was von Chamberlain jedoch abgelehnt wurde. Mit Hinweis auf die laufende Verschärfung der Lage durch die Tschechen forderte Hitler weiterhin die deutsche Besetzung der abzutretenden Gebiete bis zum 1.10. Er sicherte aber erneut zu, daß er nur eine friedliche Lösung wünsche und daß er keine militärischen Maßnahmen ergreifen werde. Während der Verhandlungen traf die Meldung ein, daß 12 Deutsche standrechtlich erschossen worden waren. Während der Kabinettssitzung am 22.9. sprach Halifax „vom ultimativen Ende des Nazismus, den er erleben möchte" (Halifax 1991, S. 117.) Am 23.9. um 16.00 Uhr riet Halifax der tschechischen Regierung zur Generalmobilmachung. Während Chamberlain zur gleichen Zeit brieflich Hitler bat, während der Verhandlungen militärisch nichts zu unternehmen, telefonierte er mit dem englischen Botschafter Newton in Prag, den er Benesch mitteilen ließ, daß dieser die Generalmobilmachung verkünden könne. Chamberlain hoffte, damit dem deutschen Widerstand das Signal zum Umsturz gegeben zu haben. Kurz nach Fortsetzung der Besprechungen traf um 22.30 Uhr die Nachricht von der tschechischen Generalmobilmachung ein. Auf die Frage Chamberlains, ob diese Maßnahme Hitler zu Gegenmaßnahmen zwingen würde, antwortete Hitler „Nein, natürlich nicht", er würde sich an seine Zusage halten, während der Verhandlungen die Tschechoslowakei nicht anzugreifen (A. v. Ribbentrop 1967, S. 168f.). Danach wurde ein deutsches Memorandum übergeben und erläutert. Es enthielt die Forderung nach Übergabe der von deutschen Mehrheiten bewohnten Gebiete am 1.10. ohne Abstimmung, was bereits ein Zugeständnis war, und verlangte eine Volksabstimmung in den restlichen in Frage kommenden Gebieten. Das Memorandum enthielt aber auch die erneute Zusicherung, keine militärischen Maßnahmen zu ergreifen. Nach Rückkehr Chamberlains bezeichnete das englische Kabinett diese Forderungen am 24.9. als unannehmbar und mobilisierte zunächst die englische Flotte. Es ist bekannt, daß die vom deutschen Widerstand getroffenen Vorbereitungen, die bei dem für sicher gehaltenen Kriegsausbruch zum Sturz Hitlers führen sollten und

auf die im Kapitel 12 genauer einzugehen sein wird, bei den britischen Planungen Berücksichtigung fanden. Der vom Widerstand bereits für den 13.9. und dann für den 27.9. vorgesehene Putsch mit dem Ziel der Verhaftung Hitlers kam nicht zur Ausführung, weil Hitler entgegen den Voraussagen nicht militärisch gegen die Tschechei vorging und der erwartete Krieg ausblieb. Zum ersten Termin lag bereits die Zusage Chamberlains für einen Besuch bei Hitler vor, und der zweite fiel mit dem Telefonat Mussolinis über die Viererkonferenz zusammen.

Benesch lehnte das deutsche Memorandum ab. Nachdem in den letzten zehn Tagen etwa 214.000 Deutsche vor dem tschechischen Terror in das Reich geflüchtet waren, legte Hitler in seiner Rede am 26.9. im Sportpalast in Berlin seine Zugeständnisse bei den Verhandlungen mit Chamberlain in allen Punkten dar und forderte erneut zum 1.10. die Ausführung der bereits zwischen London und Prag beschlossenen Gebietsabtretung. Am 27.9. ließ die Prager Regierung 20.000 Deutsche als Geiseln verhaften.

Inzwischen hatte es ein Telefonat von Mussolini gegeben, der eine Konferenz der europäischen großen Vier für den 29.9. in München vorschlug. Der Vorschlag wurde angenommen. Auf der Konferenz wurde aber nur beschlossen, was bereits am 15.9. und 21.9.1938 zwischen Prag, London und Paris vereinbart worden war. Die Präambel lautete: „*Deutschland*, *das Vereinigte Königreich*, *Frankreich und Italien sind unter Berücksichtigung des Abkommens*, *das hinsichtlich der Abtretung des sudetendeutschen Gebietes bereits grundsätzlich erzielt wurde, über folgende Bedingungen und Modalitäten dieser Abtretung ... übereingekommen* (H. Rönnefarth 1979, S. 155).

In Art. 2 wurde ohne das Deutsche Reich beschlossen: *„Das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien vereinbaren, daß die Räumung des Gebietes bis zum 10. Oktober vollzogen sein wird, und zwar ohne Zerstörung irgendwelcher bestehender Einrichtungen...“* Die *Times* schrieb am 3.10., der Münchener Vertrag sei * *die Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes für die Deutschböhmen, 20 Jahre später, aber hoffentlich nicht zu spät“.*

Hitler ließ seine Forderung nach einer Volksabstimmung in dem Moment fallen, als sie von England und Frankreich endgültig abgelehnt wurde. Die schrittweise Räumung wurde für den Zeitraum vom 1. bis 10.10. festgelegt. Die deutsche Garantie für die Resttschechei sollte festgeschrieben werden, sobald sich diese aus ihren Militärbündnissen gelöst hatte. Der Vorwurf der westlichen Welt, Hitler habe später seine Münchener Garantieversprechen gebrochen, ist unrichtig, da eine Garantie letztlich auch von den Westmächten und Italien nicht ausgesprochen wurde und die Tschechei sich nicht aus ihren Militärbündnissen gelöst hatte (A. v. Ribbentrop 1967, S. 209).

Die Konferenz von München war die letzte, in der europäische Staatsmänner allein zusammensaßen. Sie war der Beweis, daß es in Europa möglich war, durch Verhandlungen das Versailler Diktat zu revidieren. Bei der Volksabstimmung über den Anschluß des Sudetenlandes am 4.12.1938 stimmten dort mit besonderem Stimmzettel von den Tschechen, die für das Reich optiert hatten, 118.206 mit Ja und 24.455 mit Nein (Bundesarchiv Koblenz R 43 11/1368, Vorläufige Ergebnisse der Reichstagswahl am 4.12.1938).

Diese friedliche Lösung war nur deshalb möglich, weil Chamberlain die englischen Rüstungen für einen Krieg gegen Deutschland für noch nicht ausreichend ansah; er schrieb: „... *den Krieg mit Deutschland zu beginnen. Daran konnten wir nicht denken*, *solange wir keine vernünftige Aussicht hatten*, *es in einer vernünftigen Zeitspanne auf die Knie zu zwingen*, *und ich sehe keine solche Aussicht. Deshalb habe ich jeden Gedanken aufgegeben, der Tschechoslowakei Garantien zu geben“* (K. Feiling 1946, S. 347).

Churchill kommentierte am 16.10.: „*Die tschechoslowakische Republik war der demokratischste Musterstaat in Mitteleuropa*, *in dem die Minderheiten besser behandelt wurden als woanders“* (H. Bernhardt 1988, S. 222).

Kurz nach dem Münchener Abkommen sagte Chamberlain zu Daladier in einem abgehörten Telefongespräch: *„Er habe den Vertrag und die Friedens- und Freundschaftserklärungen nur deshalb unterschrieben, um Zeit für die eigene Rüstung zu gewinnen “* (O.-E. Remer 1989, S. 216). Das reiht

sich würdig vor Stalins Vertragsbruch am 23.8.1939, er habe Hitler überlistet (Kap. 15).

Ende 1938 war Chamberlain unter dem Druck der Weltpresse nach der Reichskristallnacht, den Falschmeldungen des Widerstandes und Hilfszusagen Roosevelts weiter von einer unabhängigen Politik des appeasement (Beruhigung) zurückgewichen. Roosevelt hatte am 14.11.1938 die Mittel für eine riesige Luftwaffe gefordert und erklärte am 31.1.1939, daß die Grenzen der USA am Rhein liegen.

Gleichzeitig mit der Billigung des Münchener Abkommens am 5.10. durch Großbritannien wurde vom Unterhaus ein gewaltiges Rüstungsprogramm angenommen, das den Bau von 1.000 Flugzeugen noch 1938, von 8.000 weiteren 1939 sowie die Verdoppelung des Wehretats auf 800 Millionen Pfund vorsah. Churchill sprach von einer Niederlage erster Ordnung.

Ihrer unzweifelhaften außenpolitischen Folgen halber soll hier noch eine bis heute weitgehend im Dunkeln gebliebene Kette von Vorfällen erwähnt werden. Am 7.11.1938 hatte ein gewisser Herschel Grynszpan in Paris einen deutschen Diplomaten angeschossen, der am 9.11. starb. Der vorbestrafte, aus Frankreich ausgewiesene und illegal dort lebende Grynszpan erhielt unmittelbar nach seiner Festnahme einen Anwalt der LICA (Ligue Internationale con- tre de Nacisme et I'Antisemitisme), die ab Januar 1933 über große Gelder verfügte. Ein maßgebender Mitarbeiter der LICA, B. Lecache, schrieb bereits am 9.11. in Le droit de vivre, Paris: „*Grünspan, Du bist freigesprochen: Sache der Jüdischen Weltliga ist es, die moralische und wirtschaftli- che Blockade des Hitler-Deutschlands, den Boykott gegen die Henker zu organisieren. Sache der Jüdischen Weltliga' ist es, alle Grünspans der Welt, Juden, Neger, Mohammeda- ner und Christen zu verteidigen. Unsere Sache ist es, unver- söhnliche Feinde Deutschlands und Italiens zu sein... Unse- re Sache ist es, Deutschland, dem Staatsfeind Nr. 1, erbarmungslos den Krieg zu erklären*." In der gleichen Zeitung schrieb Lecache am 18.11.1938: *„Es ist unsere Sache, die moralische und wirtschaftliche Blockade Deutschlands zu organisieren und diese Nation zu vierteilen... Es ist unsere*

Sache, *endlich einen Krieg ohne Gnade zu erwirken*." (I. Weckert 1981).

Die nach Grynszpans Mordtat in Deutschland folgenden Ausschreitungen, vor allem an Synagogen in deutschen Städten verübte Brandstiftungen, wurden von der Weltpresse auf der Stelle zur Verschärfung des Propagandafeldzuges gegen Deutschland ausgenutzt und hatten eine wesentliche Verschlechterung des diplomatischen Klimas zur Folge. Ohne daß ein unmittelbarer Zusammenhang nachweislich ist, wurde danach praktisch jede Verhandlung mit dem Deutschen Reich zu Fall gebracht. Die Schüsse hatten eine ähnliche Bedeutung wie die von Sarajevo 1914. Die obersten Persönlichkeiten des Staates und der NSDAP, die in München am 9.11.1938 zur Feier des 9.11.1923 versammelt waren, reagierten auf die während der Feier eintreffenden Katastrophenmeldungen eindeutig. Von den Gauleitern und den Führungsspitzen der SA wurden sofort Gegenbefehle gegeben. Hitler: „... *dieser Wahnsinn*..." und Goebbels nach der Rückkehr nach Berlin zum Polizeipräsidenten Graf Helldorf: `"*Sooo kann man das Judenproblem nicht lösen. So nicht... Unsere Leute haben ein Dutzend Juden totgeschlagen, aber für dieses Dutzend müssen wir vielleicht einmal mit einer Million deutscher Soldaten bezahlen* " (I. Weckert 1981).

Der "Beauftragte des IMT Nürnberg gab hierzu zu Protokoll: *Betr. Judenfrage... bezeuge ich, daß mir 26.674 Erklärungen zur Bearbeitung... von ehemaligen Politischen Leitern aus den Internierungslagern... Vorgelegen haben. In diesen Erklärungen haben die Politischen Leiter versichert*, *daß innerhalb der NSDAP und des Kreises der Politischen Leiter weder öffentlich noch geheim die Anwendung von Gewaltmaßnahmen gegen Juden (Pogrome) propagiert worden sei und sie selbst an Ausschreitungen gegen Juden, insbesondere in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 nicht beteiligt waren*" (IMT Nürnberg Bd. 52, S. 348).

Demgegenüber ist es interessant, daß zur „Reichskristallnacht" beim IMT Nürnberg folgende problematische Dokumente vorgelegt wurden: Fernschreiben Müller vom 9.11. 23.55 Uhr, Bericht Heydrichs an Göring vom 11.11., Fernschreiben von Heydrich vom 10.11. 01.20 Uhr und die Er-

klärungen von Schallermeyer vor dem IMT. Bei sehr spärlichen Prozessen nach dem Kriege in der Bundesrepublik - Kriegsverbrecherprozesse gab es deshalb nicht (!) - ergaben sich weitere ungeklärte Fragen um deren Beantwortung mehrere Autoren, darunter auch I. Weckert (1981) bemüht waren.

7 Die Deutschen in Polen

7.1 Polen bis 1933

962 wurde in den Quellen zum ersten Male mit Dago I. ein Wikingergeschlecht genannt, das bei Oslo beheimatet war, kurz vorher die Herrschaft über den ostvandalischen Stamm der Polanen errungen hatte und seit Dago I. bis zum Aussterben 1370 fast nur deutsche Reichsfürstentöchter heiratete. Deshalb wird die Sprache des Hofes bald Deutsch gewesen sein. Die Daglinger waren das europäische Fürstengeschlecht mit der nächsten Verwandtschaft zu deutschen Kaisern. Nach den Polanen wurde ihr Reich später Polen genannt. Es gehörte im Mittelalter in wechselnder Bindung zum Deutschen Reich und zu dessen Kulturraum. Alle Städte Polens waren deutsche Gründungen nach Magdeburger Recht und hatten bis in das späte Mittelalter oft nur deutsche Einwohner. Kaiser Otto III. versuchte, den Daglinger Boleslav I. zum Mitregenten zu erheben. Um das Jahr 1000 wurde mit der Vergrößerung des Reiches der Daglinger der Sudetenkamm erreicht. Vorher war Schlesien im Besitz der böhmischen Herzöge, die seit 929 dem deutschen König lehenspflichtig waren. Schlesien gehörte also schon vor Entstehung des Daglinger Reichs zum Deutschen Reich und wurde zwischen 1000 und 1163 zeitweise vom böhmischen Herzog Bretislav wiedererobert. Ein Seitenzweig der Daglinger erhielt 1138 bei der Teilung ihres Reiches Schlesien, und 1163 wurden die Söhne Wladislaw des Vertriebenen durch Barbarossa gemeinsam als Regenten in Schlesien eingesetzt. Heinrich IV. aus dieser Linie empfing 1278 sein Herzog-

erklärungen von Schallermeyer vor dem IMT. Bei sehr spärlichen Prozessen nach dem Kriege in der Bundesrepublik - Kriegsverbrecherprozesse gab es deshalb nicht (!) - ergaben sich weitere ungeklärte Fragen um deren Beantwortung mehrere Autoren, darunter auch I. Weckert (1981) bemüht waren.

7 Die Deutschen in Polen

7.1 Polen bis 1933

962 wurde in den Quellen zum ersten Male mit Dago I. ein Wikingergeschlecht genannt, das bei Oslo beheimatet war, kurz ˇorher die Herrschaft über den ostvandalischen Stamm der Polanen errungen hatte und seit Dago I. bis zum Aussterben 1370 fast nur deutsche Reichsfürstentöchter heiratete. Deshalb wird die Sprache des Hofes bald Deutsch gewesen sein. Die Daglinger waren das europäische Fürstengeschlecht mit der nächsten Verwandtschaft zu deutschen Kaisern. Nach den Polanen wurde ihr Reich später Polen genannt. Es gehörte im Mittelalter in wechselnder Bindung zum Deutschen Reich und zu dessen Kulturraum. Alle Städte Polens waren deutsche Grünlungen nach Magdeburger Recht und hatten bis in das späte Mittelalter oft nur deutsche Einwohner. Kaiser Otto III. versuchte, den Daglinger Boleslav I. zum Mitregenten zu er- heben Um das Jahr 1000 wurde mit der Vergrößerung des Reiches der Daglinger der Sudetenkamm erreicht. Vorher war Schlesien im Besitz der böhmischen Herzöge, die seit 929 dem deutschen König lehenspflichtig waren. Schlesien gehörte also schon vor Entstehung des Daglinger Reichs zum Deutschen Reich und wurde zwischen 1000 und 1163 zeitweise vom böhmischen Herzog Bretislav wiedererobert. Ein Seitenzweig der Daglinger erhielt 1138 bei der Teilung ihres Reiches Schlesien, und 163 wurden die Söhne Wladislaw des Vertriebenen durch Barbarossa gemeinsam als Regenten in Schlesien eingesetzt. Heinrich IV. aus dieser Linie empfing 1278 sein Herzog-

tum von Rudolf von Habsburg als Lehen. Schlesien hat also nur mit der Unterbrechung von 1000 bis 1163 stets zum Deutschen Reich gehört. Auch die schlesischen Daglinger hatten fast nur deutsche Frauen und waren keine „polnischen Pia- sten“. Daß sich daraus polnischerseits keine Besitzansprüche auf Schlesien als „urpolnisches“ Land ableiten lassen, bedarf keines weiteren Wortes. Ähnlich ist die Lage in Mecklenburg und Pommern, deren Fürsten 1167 bzw. 1182 Mitglieder des Deutschen Reiches wurden.

Westpreußen und Pomerellen, wurden 965 und erneut 1119 vom polnischen Herzog bzw. König erobert. 1226 schenkte Konrad von Masowien es dem Deutschen Orden, der es von den Preußen

erobern mußte. 1334 verzichtet der polnische König Kasimier III. auf Pomerellen. 1410 erhielt nach der Schlacht von Tannenberg Polen das Samland an der Grenze gegen Litauen. Im 2. Thorner Frieden von 1466 mußte der Orden Pomerellen mit Danzig und das Kulmer Land mit Thorn und die Gebiete um Marienburg und Elbing an die Lehenshoheit Polens abtreten. Sie behielten aber bis 1569 noch eigene Hoheitsrechte, die dann beseitigt wurden. Mit der ersten polnischen Teilung 1772 kamen diese Gebiete an Preußen.

Die polnischen Gebietsforderungen gründen sich historisch vor allem auf die als wissenschaftlich-authentisch geltende Ausgabe der lateinischen Abschriften der verschollenen Chronik des Helmold von Bosau (f 1178), in der für die Bewohner östlich des Deutschen Reiches „slafi“ steht, obwohl die verschollene Urschrift mit großer Wahrscheinlichkeit die Bezeichnung „sclavi“ verwandte. Daß die Übersetzung von „sclavi“ mit „Slawen “ im heutigen ethnischen Verständnis falsch ist, ist längst erwiesen. Richtig ist die Identität „ sclavi sunt vandali“ von Albertus Krantzius (f 1517), Rektor der Universität Rostock und Mitglied des Führungsstabes der Hanse (H. Schröcke 1996). Die Sprache der Ostvandalen wurde z. B. vom Chronisten Karls des Großen, Einhard (Vita Carolina, Kap. 15) als „paene similes“, als „sehr ähnlich“ (der seinen) bezeichnet. Die Gebietsforderungen nach der Stalin-Oder-Neiße-Linie wurden erstmals im Panslawistenkongreß 1848 erhoben und aufgrund der hannover-

schen Wendlande (Wenden = Winden = Winidi = Vandali) vom Panslawistenkongreß 1884 in Agram bis in Gebiete westlich der Elbe, also einschließlich der gesamten DDR, ausgedehnt, obwohl die Wenden Nachkommen der Ostvandalen sind (H. Schröcke 1996).

Die deutschfeindlichen Einflüsse in Polen gingen von Anfang an vor allem von der katholischen Kirche aus und waren erstmalig beim Erzbischof Jakob II. von Gnesen (1282 - 1324) nachweisbar. Dann erfolgte u. a. 1535 das Verbot für Deutsche zur Teilnahme an dem Gottesdienst in der Krakauer Marien-kirche, die von der deutschen Gemeinde erbaut worden war und für die Veit Stoß 1485 seinen großen Marienaltar geschaffen hatte. Der unselige Einfluß der katholischen Kirche reicht bis in die allerjüngste Vergangenheit. Kardinal Wyschinski sagte 1965: „Mit der Wiedergewinnung der polnischen Westgebiete, mit der Vernichtung des preußischen Staates und der Zerschlagung des Deutschen Reiches hat die Gegenreformation ihr Ziel erreicht“ (H.-J. Evert 1975, S. 119).

Nach den drei polnischen Teilungen 1772,1793 und 1795, in denen Preußen das Ermland, Danzig, Westpreußen und die Provinz Posen erhielt, bestand der Staat Polen von 1795 bis 1916 nicht, bevor er vom Deutschen Reich und Österreich wieder gegründet wurde. Von den von Preußen in den drei Teilungen

erworbenen Gebieten waren das Ermland und Danzig rein deutsch besiedelt. In Westpreußen wohnten nach der Volkszählung von 1910 65 % Deutsche und in der Provinz Posen 42 % zumeist in einem Streifen im Westen. 1795 kamen vor allem in der Provinz Posen 450.000 Polen unter preußische Herrschaft.

Der Regentschaftsrat des von Österreich und dem Deutschen Reich 1916 wiedergegründeten polnischen Königreichs übertrug am 14.11.1918 als letzte Amtshandlung die Regierungsgewalt Pilsudski, während in Paris das polnische Nationalkomitee unter Roman Dmowski den Kombattantenstatus der Entente erhalten hatte. Von Dmowski wurde 1913 der Friedenskonferenz eine Denkschrift vorgelegt, in der Posen, Westpreußen, Danzig, Oberschlesien und Teile von Ostpreußen und Niederschlesien als „urpolnisches Land“ für den polnischen Staat gefordert wurden.

117

1921 fanden Abstimmungen statt, in denen in Teilen Ostpreußens mit 97,9 %, in Teilen von Westpreußen mit 92,4 % in Teilen von Niederschlesien mit 97,6 % und in Oberschlesien mit 62,0 % für den Verbleib im Deutschen Reich gestimmt wurde. Das Abstimmungsgebiet Oberschlesien wurde von alliierten Truppen besetzt. Der von der Warschauer Regierung bestellte Abstimmungskommissar Korfanty ließ polnische Freischärler vor der Abstimmung nach Oberschlesien einrücken, die die deutsche Bevölkerung in brutaler Weise tyrannisierten, ohne daß die alliierte Besatzungsmacht dagegen einschritt. Außerhalb des Besatzungsgebietes wurden die Freischärler am 21.5.1921 am Annaberg vom Selbstschutz Oberschlesiens aus den Freikorps Oberland, von Heydebreck, Roßbach und der Breslauer Studentenformation geschlagen und aus Schlesien vertrieben. Trotz des eindeutigen Abstimmungsergebnisses wurde am 20.10.1921 der größte und nach Industrie und Bodenschätzen wichtigste Teil Oberschlesiens von den Siegern des 1. Weltkrieges Polen übereignet. Insgesamt wurden von Polen nach heutigem Völkerrecht 256.000 Quadratkilometer annektiert. Lloyd George, der britische Premierminister, kommentierte die polnischen Gebietsforderungen auf der Versailler Konferenz am 26.3.1919 mit den Worten: „Der Vorschlag der polnischen Regierung, durch eine neue Grenzziehung im Westen über 2 Millionen Deutsche unter polnische Verwaltung, d. h. unter die Verwaltung eines Volkes zu stellen, das in der Geschichte gezeigt hat, daß es sich nicht einmal selber regieren kann, ein solcher Vorschlag muß meiner Beurteilung nach früher oder später zu einem neuen Krieg in Osteuropa führen“ (A. Schikkel 1984, S. 169).

Der Präsident der Versailler Friedenskonferenz, Clemenceau, richtete am 24.6.1919 an Polen eine Note, in der es hieß: „Die Sicherung und Aufrechterhaltung des Friedens im ostmitteleuropäischen Bereich mit einem international garantierten Minderheitenschutz muß Vorrang beanspruchen. “ Der

Minderheitenschutz war eine Voraussetzung zur völkerrechtlichen Anerkennung Polens. Aber in dieser Hinsicht tat sich gar nichts, auch nicht vom Völkerbund. 1934 kündigte Polen den Minderheitenschutzvertrag. 1937 konnte zwischen dem

118

Deutschen Reich und Polen ein neuer Minderheitenschutzvertrag geschlossen werden, den Polen jedoch auch mißachtete.

Ein britischer Historiker bemerkte ironisch zur polnischen Politik 1919 - 1939: „ Polen betreibt eine Politik wie ein Kanarienvogel, der sich beständig aber vergeblich bemüht, zwei Katzen zu verschlingen “ (in: S. Sharp, Poland - white Eagle on a red field).

Ohne jede Rücksichtnahme auf ethnische Belange und das Selbstbestimmungsrecht nichtpolnischer Volksgruppen träumten die polnische Führung und das polnische Volk von einer Großmacht Polen zwischen Ostsee, Adria und Schwarzem Meer. Von diesem völlig irrationalen Nationalismus hebt sich der gesunde Nationalismus des Bismarckreiches, von dem sich die Politiker der heutigen staatstragenden deutschen Parteien nur zu beflissen distanzieren (Bundespräsident Roman Herzog: „Da gibt es ein paar Träumer; die Deutschland auf Bismarck- Kurs bringen wollen." Focus 19/1994), entschieden ab.

Zur Eroberung der Ukraine fiel Pilsudski 1920 in Rußland ein. Er kam bis Kiew, dann trieb ihn die russische Gegenoffensive bis kurz vor Warschau zurück, und nur der französische General Weygand wendete das Schlimmste ab. Aber im Frieden von Riga 1921 behielt Polen östlich der Curzon-Linie, die 1919 vom englischen Außenminister Cur- zon als polnische Ostgrenze vorgeschlagen worden war und Gebiete mit ethnischer Vorherrschaft von Polen gegen die mit russischer - einschließlich ukrainischer - Vorherrschaft trennte, einen 250 km breiten Streifen mit 11 Millionen Menschen, von denen nur zwei Millionen Polen waren.

Die Curzon-Linie wurde 1939 nach dem Sieg über Polen der deutsch-russischen Demarkationslinie zugrundegelegt und später der jetzigen polnischen Ostgrenze. Die Sowjetunion hat sich 1945 also nur Gebiete angeeignet, die ihr zu Recht gehörten. Die dann nach Polen aus den Gebieten östlich davon umgesiedelten 2,5 Millionen Polen dienen den deutschen Medien und Politikern bis heute dazu, die Vertreibungen aus den deutschen Ostgebieten, die ein Vielfaches dieser 2,5 Millionen Polen ausmachen, zu rechtfertigen. Die völkerrechtlich nicht legitimierten Annexionen von Gebieten des Deutschen Reiches mußten von der Bundesrepublik

119

vorbehaltlos anerkannt werden, und die Vertreibungen der

Deutschen, die Völkerrechtsverbrechen sind, wurden von dem ehemaligen deutschen Bundespräsidenten R. v. Weizsäcker als „ erzwungene Wanderschaft" beschönigt. Die Bundesrepublik als Teilrechtsnachfolger eines formalrechtlich weiterbestehenden Völkerrechtssubjektes Deutsches Reich ist allerdings, das sei hier angemerkt,nicht befugt, über die Gebiete des Deutschen Reiches zu verfügen, die außerhalb der mit Siegerstatut festgesetzten Staatsgrenzen der Bundesrepublik Deutschland liegen. Der Rechtsanspruch der Vertriebenen auf ihr Eigentum und ihr Land ist unverjährbar (UNO-Konvention v. 17.11.1968) und unverzichtbar (4. Konvention v. Genf 1949, Art. 8). Eine völlig andere und hier nicht zu stellende Frage ist die nach der realpolitischen Verwirklichung einer solchen Rechtslage.

In der Weimarer Republik bestand über fast alle Parteien hinweg die einhellige Forderung nach bedingungsloser Rückgabe der annektierten Ostgebiete. Einer der entschiedensten Vertreter dieser Forderung war der Reichsaußenminister Stresemann (siehe Kap. 4). Er schrieb an den deutschen Botschafter in London am 19.4.1926: „ Zu einer Zwischenlösung irgendwelcher Art dürfen wir es unter keinen Umständen kommen lassen... Dahin gehört z. B. eine Regelung, die dem Korridor Autonomie verleiht, sei es zusammen mit Danzig, sei es auf andere Weise“ (A. Schickei 1984, S. 192). Bevor er sich auf den bedingungslosen Krieg gegen Deutschland eingestellt hatte, beurteilte Churchill die Lage im gleichem Sinn und führte am 24.11.1925 vor dem Unterhaus aus: „ Wenn die englische Regierung wirklich wünscht, etwas zur Förderung des Friedens zu tun, dann sollte sie die Führung übernehmen und die Frage Danzigs und des Korridors ihrerseits wieder aufrollen, solange die Siegerstaaten noch überlegen sind. Wenn diese Frage nicht gelöst wird, kann keine Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden bestehen“ (U. Walendy 1965, S. 137).

1931 gab es eine amtliche Denkschrift im polnischen Außenamt mit dem Titel „ Ziele der polnischen Außenpolitik in der als erstrebte Westgrenze schon damals die Oder-Neiße- Linie bezeichnet wurde (U. Walendy 1965, S. 146).

Der polnische Chauvinismus verstieg sich bis zu Präventivkriegsabsichten im Winter 1932/33, die nur auf dringendes Abraten Englands hin nicht ausgeführt wurden. Solche Absichten bestanden 1936 wieder und mündeten mit Hilfe der Garantie Englands 1939 in den langersehnten Marsch nach Berlin, wie es der polnische Rundfunk in der Nacht vom 31.8. zum 1.9.1939 verkündete.

7.2 Der Genozid an den Deutschen in Polen

Der im oberschlesischen Abstimmungsgebiet von der polnischen Regierung eingesetzte Abstimmungskommissar Korfanty stellte

bewaffnete polnische Freiwilligenverbände auf, die die deutsche Bevölkerung tyrannisierten. Die alliierten Besatzungstruppen unternahmen jedoch nichts gegen die polnischen Freischärler. Auch gegen den von Korfanty am 3.5.1921 angezettelten Aufruhr, der den bisherigen Terror gegen die Deutschschlesier an Härte und Grausamkeit noch weit übertraf - bereits damals gab es Morde an Deutschen, - unternahm die alliierte Kontrollkommission nichts. Und doch stimmten am 20.3.1921 62 % der Oberschlesier für Deutschland ab (A. Schickei 1984).

Im Gefolge der Verträge nach Kriegsende 1918 schloß Polen mit den Alliierten am 28.6.1919 einen Minoritätenschutzvertrag ab, in dem es sich verpflichtete, allen Einwohnern ohne Unterschiede der Geburt, der Staatsangehörigkeit, der Sprache, des Volkstums und der Religion den umfassendsten Schutz ihres Lebens und ihrer Freiheit zu gewährleisten", ebenso stand es in der polnischen Verfassung (A. Schickei 1984, S. 183). Für den Minderheitenschutz auf zwischenstaatlicher Ebene war der Völkerbund zuständig. Der Völkerbund kümmerte sich kaum um die Belange deutscher Minderheiten, noch nicht einmal 4,5 % aller von Deutschland eingereichten Fälle zwischen 1920 und 1930 wurden bearbeitet. Die restlichen 95,6 % wurden zurückgewiesen oder einfach nicht erledigt. Außenminister Stresemann kritisierte dieses Vorgehen auf der Konferenz von Lugano am 17.10.1930: während der Völkerbund allen Ap-

pellen und Darlegungen gegenüber taub ist...“, und am 14.12.1931: „Das Ziel polnischer Politik ist das Verschwinden der nationalen Minderheiten auf dem Papier und in Wirklichkeit“ (U. Walendy 1965, S. 157).

Die minderheitenfeindlichen Maßnahmen der polnischen Regierung begannen sofort mit der Annexion der deutschen Ostgebiete nach Kriegsen4e 1918 und erstreckten sich auf alle Lebensbereiche wie deutsche kulturelle Einrichtungen, Schulen und Bildungsstätten, bäuerlichen Grundbesitz und Industrieunternehmen sowie Vereine, Genossenschaften usw. und steigerten sich bis Kriegsbeginn 1939 kontinuierlich. Sie wurden von terroristischen Maßnahmen polnischer Vereine begleitet, die schon vor 1933 zu Todesopfern führten. Ein Gesetz zur Bodenreform gestattete zunächst die Enteignung von Großgrundbesitz. Die Maßnahmen gegen die deutsche Volksgruppe zielten aber von Anfang an nicht nur auf Enteignung des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes, sondern auch des klein- und mittelbäuerlichen Besitzes. Allein 1924 wurden 500.000 ha enteignet (U. Walendy 1965, S. 153), bis 1939 insgesamt 750.000 ha. Im Jahr 1939 betrugen die enteigne- ten Flächen in den Woiwodschaften Posen 12.165 ha, in Pomerellen 11.334 ha und in Schlesien 3.317 ha. Nach einem Grenzzonengesetz durften Deutsche in einem 30 km breiten

Grenzstreifen kein Land mehr besitzen. Das betraf fast ganz Westpreußen. Von den 1925 vorhandenen 657 deutschen Schulen blieben bis 1938/39 nur 185 übrig. Deutsche Schüler wurden zwangsweise in polnische Schulen eingewiesen, deutsche Lehrer verloren ihre Stellungen und ihre Lehrbefugnisse. Für den Terror gegen deutsche Einrichtungen soll hier nur das Beispiel der Bromberger Deutschen Rundschau angeführt werden: „Von 1920 - 1939 hatte diese Zeitung 872 Strafverfahren. Die Schriftleiter wurden insgesamt zu 5 Jahren, 11 Monaten und 20 Tagen Gefängnis sowie 24.000 Zloty Geld- und 38.000 Zloty Gerichtsstrafen verurteilt. 546 Mal unterlag diese deutsche Zeitung der Beschlagnahme. Gesamtverlust: ungefähr 7.000.000 Zloty. Keiner Volksdeutschen Zeitung in Polen blieb ein ähnliches Schicksal erspart“ (R. Trenkel 1979.)

122

Diese Umstände zwangen zur Auswanderung. Bis 1923 hatten bereits 500.000 Deutsche Polen gezwungen oder freiwillig verlassen, bis 1939 waren es 1,5 Millionen.

Bereits 1919 besaß Polen die ersten Konzentrationslager Europas und hatte 16.000 Deutsche als Staatsfeinde inhaftiert (H. Splittgerber 1989, S. 33). Am 17.6.1934, also nach Abschluß des deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrages, beschloß die polnische Regierung wiederum die Errichtung von Konzentrationslagern und ab 1945 wieder mit noch ungezählten Opfern.

Während die Reichsregierung bis 1933 vergeblich alles ihr Mögliche gegen die Verfolgung der Deutschen unternahm, gelang es Hitler nach 1933, mit dem polnischen Präsidenten Pilsudski zu einem Übereinkommen und zum Abschluß eines Nichtangriffspaktes zu gelangen. Er stellte die Revisionspolitik und die Unterstützung der deutschen Minderheit in Polen ein und gab die Anweisung an die Presse, nichts Nachteiliges über Polen zu berichten; so wurde noch die polnische Teilmobilisierung vom März 1939 in der deutschen Presse völlig heruntergespielt. Nach dem Abschluß des Nichtangriffspaktes kündigte die polnische Regierung im September 1934 den Minderheitenschutzvertrag und führte die Entdeutschungen auch nach einer deutsch-polnischen Erklärung zum Minderheitenschutz vom 5.11.1937 unvermindert weiter. Kurz vor und nach der englischen Garantieerklärung vom 31.3.1939 steigerte sich der polnische Terror nochmals.

Das mögen nur einige wenige Beispiele belegen: Der deutsche Botschafter in Warschau berichtete am 16.10.1935 an das Auswärtige Amt: Es wird notwendig sein, daß sich die deutsche Öffentlichkeit mehr als das in letzter Zeit der Fall war; mit dem Schicksal der deutschen Minderheit in Polen befaßt. ... Der Kampf (der Polen) geht vielmehr auf der ganzen Linie weiter... Das Ziel..., nämlich die völlige Poloni- sierung... wird auch heute noch mit aller Konsequenz verfolgt. Das

Verständigungsabkommen hat das Tempo vielleicht sogar noch beschleunigt... Heute hat die deutsche Minderheit in Polen das Gefühl, vom Deutschen Reich im Stich gelassen zu werden; aber auch die Polen glauben, sich in ih-

rem Vorgehen gegen die deutsche Minderheit kaum noch Beschränkungen auferlegen zu brauchen, da sie mangels jeder Reaktion in der deutschen Presse den Eindruck erhalten müssen, daß alle Übergriffe von der deutschen öffentlichen Meinung widerspruchslos hingenommen werden. " Der deutsche Generalkonsul in Thorn am 25.2.1938 an das Auswärtige Amt: „Die Stimmung unter den Deutschen ist infolgedessen hoffnungslos und verzweifelt. Sie sind enttäuscht, daß die deutsche Presse keine Notiz von ihrem Leid nimmt... Die Deutschen sehen mit Grauen und mit dem Gefühl absoluten Verlassenseins ihrem Untergang entgegen." Der deutsche Generalkonsul in Danzig am 13.4.1939 an das Auswärtige Amt: sind... polnische zugereiste Banden auf Kraftwagen herumgefahren, die die deutsche Bevölkerung tätlich angriffen, in die deutschen Gehöfte eindrangen und die Wohnungseinrichtungen zerschlugen. Die deutsche Bevölkerung ist hierdurch zum Teil derartig verängstigt, daß sie bereits den wertvollen Teil ihrer Habe vergraben hat, sich tagsüber nicht mehr auf Straßen und Felder wagt und die Nächte aus Angst vor Überfällen außerhalb der Gehöfte in irgendwelchen Verstecken verbringt" (H. Bernhardt 1988, zit. in: N. v. Prerado- vich 1989, S. 24 ff.).

Bis Mitte August waren im Jahre 1939 bereits 76.000 Deutsche ins Reich geflüchtet und 18.000 nach Danzig. Mehr als 50.000 waren verhaftet oder befanden sich auf Verschleppungsmärschen. Schon lange vor Kriegsbeginn waren schwarze Listen angelegt worden, sowohl regierungsseitig als auch durch polnische Vereine, nach denen verhaftet wurde. Das deutsche Weißbuch Nr. 2, Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, Berlin 1939, stellte fest: „... Am 6.5.1939 meldet Generalkonsul Kattowitz 200 Terrorfälle, am 19.5. weitere 100 allein aus Oberschlesien. Kein Deutscher ist seines Lebens und seines Eigentums mehr sicher ... Die englische Regierung wird durch die deutsche Botschaft über die friedensgefährliche Entwicklung auf dem laufenden gehalten, ohne daß etwas geschieht. Mitte Mai steigert sich die Hetze zu Deutschenpogromen, bei denen Tausende von Deutschen wie Freiwild gejagt werden... Lodz meldete am 7.5.: „Die Bedrohung der Volksdeutschen

mit Totschlag, Folterungen usw. sind zur alltäglichen Selbstverständlichkeit geworden... Immer mehr stellt sich heraus,

daß die Behörden selbst die Träger des Liquidationsprozesses sind... Das Deutschentum in Galizien steht vor der Vernichtung...“ (H. Bernhardt 1988).

Im Sommer 1939 wurden bereits vor dem 1.9. 3.500 Deutsche ermordet (F. Becker 1991, S. 13), nach v. Richthofen 8.000 (H. Splittgerber 1989, S. 43) und nach dem 1.9. etwa 20.000 (v. Richthofen, Ostpreußenblatt 1978, S. 48). Nach Kriegsbeginn wurden etwa 5.000 Volksdeutsche Soldaten in der polnischen Armee ermordet (Inf Dienst, Viöl 1998, Nr. 17, 0987). Die Exzesse steigerten sich bis zum Blutsonntag in Bromberg am 3.9.1939 mit 5.400 Ermordeten. Eine Zeugin berichtete: „In Bromberg ist nachweislich von den Kanzeln verkündet worden, daß die Tötung von Deutschen keine Sünde, sondern im voraus vergeben sei“ (Brief des General-superintendent P. Blau, Posen, an Prof. D. A. Keller v. 17.10.1939, E. Löser, o. Datum). „Die Mordwaffen dazu wurden von katholischen Geistlichen in einer Kirche ausgegeben“ (E. Löser, Brief an Dr. Czaja v. 12.3.1990).

Die Deutsche Rundschau in Bromberg meldete zum 12.9.1939: „Das Verhör der an der Bartholomäusnacht in Bromberg beteiligten Verhafteten hat ergeben, daß die jeder Beschreibung spottenden Grausamkeiten von zwei britischen Agenten des Secret Service planmäßig vorbereitet und durchgeführt wurden" (Faksimileabdruck U. Walendy 1989).

Insgesamt hatte die deutsche Volksgruppe vor und nach Kriegsbeginn 58.000 (de Zayas 1987, S. 37) Ermordete, davon 3.000 bis 4.000 vor Kriegsbeginn, zu beklagen, von denen 12.857 namentlich identifiziert werden konnten. Das war die zweifache Anzahl aller deutschen Gefallenen im Po- lenfeldzug (U. Walendy 1965, S. 170).

Die Gesamtheit des polnischen Vorgehens gegen die deutsche Minderheit erfüllt faktisch den Tatbestand des Völkermordes nach der Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes v. 9.12.1948, nach der bereits die Beeinträchtigung der ethnischen Identität von Angehörigen ethnischer Minderheiten allein durch Maßnahmen gegen die Verwendung ihrer Sprache ein Verbrechen darstellt. Völ-

kermord ist ein unverjährbares Verbrechen. Veranlaßt wurden diese Verbrechen durch eine verantwortungslose polnische Politik, die von den Siegern von 1918 geduldet, wenn nicht sogar gefördert wurde. Der für den Minderheitenschutz zuständige Völkerbund unternahm nichts gegen diese Verbrechen.

Im Deutschen Reich gab es nicht eine Vergeltungsmaßnahme an der zahlenmäßig kleinen polnischen Volksgruppe. England als Garantiemacht der polnischen Westgrenze unternahm, obwohl laufend von der Reichsregierung unterrichtet, trotz mehrfacher Warnungen des englischen Gesandten nichts gegen den Genozid und die zuletzt schon kriegsähnlichen, von Polen provozierten

Zustände an der Grenze. Der Verdacht liegt nahe, daß die polnischen Verbrechen mit voller Absicht benutzt oder sogar veranlaßt wurden, um einen Krieg auszulösen.

8 Die Deutschen in der Tschechoslowakei

Nach den Indogermanen entstand in der Bronzezeit in Böhmen und Mähren die polyethnische Lausitzer Kultur, die nach der Bronzezeit in die Kultur der Hallstattzeit und dann in die Kultur der La-Tene-Zeit überging, in der die Kelten entstanden. Diese wurden 60 v. d. Ztw. von den Alemannen aus Böhmen vertrieben. Im Jahre 9 n. d. Zt. besetzten die Markomannen Böhmen und die Quaden Mähren. Nach deren Abzug kamen verschiedene Teile der Elbgermanen in das Land und mit ihnen der Stamm von Prestovice, der um 300 n. d. Ztw. nach Bayern zog und im Jahre 400 als Föderat der Römer das Legionslager von Regensburg nach dem Abzug der Römer übernahm. Dies ist das Datum der Entstehung des bairischen Stammes.

Nach Abzug der Langobarden 568 aus Böhmen und Pannonien nach Oberitalien gelangten Kleingruppen der Ostvandalen („Slawen“) nach Böhmen, nachdem östlich von Weichsel und Bug um 200 v. d. Ztw. vor allem aus Vandalen und Bastarnen die Urslawen entstanden waren, die im Reiche Erma- narichs friedlich mit den Ostgoten zusammen siedelten. Diese

kermord ist ein unverjährbares Verbrechen. Veranlaßt wurden diese Verbrechen durch eine verantwortungslose polnische Politik, die von den Siegern von 1918 geduldet, wenn nicht sogar gefördert wurde. Der für den Minderheitenschutz zuständige Völkerbund unternahm nichts gegen diese Verbrechen.

Im Deutschen Reich gab es nicht eine Vergeltungsmaßnahme an der zahlenmäßig kleinen polnischen Volksgruppe. England als Garantiemacht der polnischen Westgrenze unternahm, obwohl laufend von der Reichsregierung unterrichtet, trotz mehrfacher Warnungen des englischen Gesandten nichts gegen den Genozid und die zuletzt schon kriegsähnlichen, von Polen provozierten Zustände an der Grenze. Der Verdacht liegt nahe, daß die polnischen Verbrechen mit voller Absicht benutzt oder sogar veranlaßt wurden, um einen Krieg auszulösen.

8 Die Deutschen in der Tschechoslowakei

Nach den Indogermanen entstand in der Bronzezeit in Böhmen und Mähren die polyethnische Lausitzer Kultur, die nach der Bronzezeit in die Kultur der Hallstattzeit und dann in die Kultur der La-Tène-Zeit überging, in der die Kelten entstanden. Diese wurden 60 v. d. Ztw. von den Alemannen aus Böhmen vertrieben. Im Jahre 9 n. d. Zt. besetzten die Markomannen Böhmen und die Quaden Mähren. Nach deren Abzug kamen verschiedene Teile der Elbgermanen in das Land und mit ihnen der Stamm von Přeštovice, der um 300 n. d. Ztw. nach Bayern zog und im Jahre 400 als Föderat der Römer das Legionslager von Regensburg nach dem Abzug der Römer übernahm. Dies ist das Datum der Entstehung des bairischen Stammes.

Nach Abzug der Langobarden 568 aus Böhmen und Pannonien nach Oberitalien gelangten Kleingruppen der Ostvandalen („Slawen") nach Böhmen, nachdem östlich von Weichsel und Bug um 200 v. d. Ztw. vor allem aus Vandalen und Bastarnen die Urslawen entstanden waren, die im Reiche Ermanarichs friedlich mit den Ostgoten zusammen siedelten. Diese

Urslawen sprachen einen ostgermanischen Dialekt, aus dem sich alle heutigen slawischen Sprachen ableiten.

Zur Burgwallzeit vor und um 800 n. d. Ztw. kamen größere Stammesverbände z. T. unter der Führung von Wikingern nach Böhmen und von Gepiden nach Mähren, die dort das Großmährische Reich errichteten. Eines dieser nach Böhmen gekommenen Wikingergeschlechter waren die Přzemysliden, die nach inneren Kämpfen die Herrschaft über Böhmen errangen.

Bis in die Hussitenzeit waren in Böhmen Tschechen unbekannt. Es gab nur die Beheimi und Bohemi der Chronisten. Von Bretislaw († 1055) ab heirateten die böhmischen Herzöge nur noch deutsche Reichsfürstentöchter. In der 8. Generation nach Bretislaw heiratete der böhmische König Johann von Luxemburg († 1346) die Letzte der Přzemysliden, die eine Deutsche war.

Böhmen war seit 805 dem fränkischen Reich tributpflichtig und ab 929 dem Deutschen König. Ab 1002 war es dem Reich lehenspflichtig, ab 1081 waren die böhmischen Herzöge Reichsfürsten, und nach der Ernennung zum erblichen Königtum 1198 waren sie Kurfürsten. Die Böhmen wurden wie die Karantanen als germanischer Stamm angesehen und waren als solcher Mitglieder des deutschen Königreichs (H. Schröcke 2003).

Die deutsche Siedlung in Böhmen begann unter Ottokar I. (1253 – 78). Die Siedler wurden im Reich angeworben und als Freie nach deutschem Recht angesiedelt, vor allem in den Rodungsgebieten in den Grenzgebirgen Böhmens. Sie nahmen also den Böhmen kein Land weg. Die Besiedlung wurde etwa bis zu Kaiser Karl IV. weitergeführt und führte zu der bis zuletzt bestehenden klaren Sprachgrenze. In Prag erhielt die wahrscheinlich schon seit Karl dem Großen bestehende deutsche Kaufmannschaft 1178 mit dem Dekret von Sobieslaw Selbstverwaltung unter eigenem Recht. Inner- und außerhalb des geschlossenen deutschen Siedlungsgebietes wurden Städte nach deutschem Recht gegründet, und 1348 wurde von Karl IV. in Prag die Reichsuniversität gegründet.

In den Hussitenkriegen 1419 – 1434 nach der Verbrennung von Hus offenbarte sich zum 1. Mal ein Deutschen-

haß. Das Kuttenberger Edikt von 1409 führte zum Übergang der Universität Prag in böhmische Mehrheit, zur Wahl von Hus zum Rektor und zum Auszug der deutschen Professoren nach Leipzig. Weder im Dekret von Sobieslaw noch bei den Hussiten und in der gemeinsamen Petition von 1840 für die Gleichberechtigung beider Volksgruppen ist von Tschechen die Rede. Erst mit dem 1. Panslawistenkongreß von 1848 in Prag, in dem bereits die Vertreibung der Deutschen gefordert wurde, gab es Tschechen mit einem tschechischen Volksaufstand in Prag: Es war dies die Folge des Erwachens des Eigenbewußtseins der Völker seit Herder, geschürt von nationalistischen Chauvinisten. 1866 kam es zu brutalen Ausschreitungen gegen Deutsche und Juden in Prag. 1869 und 1882 spalteten sich die Technische Hochschule und die Universität Prags in zwei getrennte nationale Hochschulen. 1899 vereinigten sich alle tschechischen Verbände im tschechischen Nationalrat. Gegen das Zugeständnis der Zweisprachigkeit auch in den rein deutschen Gebieten durch Ministerpräsident Badeni kam es zu deutschen Massenkundgebungen, sodaß Badeni entlassen wurde. Einen deutsch-tschechischen Ausgleich brachte 1890 die Partei der Jungtschechen zu Fall. Das Ein- und Zweikindersystem der Deutschen veränderte vor allem in Böhmisch-Schlesien und Mähren die Mehrheitsverhältnisse zuungunsten der Deutschen.

Während des Krieges kam es dann ab 1915 zum Überlaufen ganzer tschechischer Regimenter, die als Legionäre in Rußland dienten. Masaryk und Benesch gründeten 1915 im Westen den tschechischen Nationalrat. Der 1918 von der Entente aufgrund gefälschter Dokumente als Vertretung anerkannt wurde. Am 18.10.1918 veröffentlichte die vorläufige tschechoslowakische Regierung die Unabhängigkeitserklärung. Am 29.10.1918 erklärten die sudetendeutschen Gebiete ihre Zugehörigkeit zur Republik Deutsch-Österreich. Am 22.11.1918 begann die durch die Westmächte gebilligte Annexion und Besetzung der sudetendeutschen Gebiete. Masaryk am 23.12.1918: „Im übrigen bin ich davon überzeugt, daß eine sehr rasche Entgermanisierung dieser Gebiete vor sich gehen wird“.

1918 hatte sich folgendes ereignet. Bereits am 3.9. war die Anerkennung der Tschechen als Kriegsführende durch eine Erklärung des US-Außenministers Lansing an Masaryk erfolgt. Doch am 21.10. erklärte die neugebildete deutsch-österreichische Nationalversammlung: „*Der deutsch-österreichische Staat beansprucht auch die Gebietsgewalt über das ganze deutsche Staatsgebiet, insbesondere auch in den Sudetenländern*". Am 30.10. wurde aus den sudetendeutschen Gebieten die Provinz Sudetenland gebildet, die dann im Dezember von tschechischen Truppen besetzt wurde (H. Sündermann 1964). Am 4.3.1919 fanden nach einem Aufruf der inzwischen gebildeten deutsch-böhmischen Landesregierung Massenkundgebungen für das Selbstbestimmungsrecht statt, in die tschechische Truppen hineinschossen mit 54 Toten.

Bei der Eröffnung der 1. tschechischen Nationalversammlung erklärte am 1.6.1920 Logdeman von Auen im Namen der nichtsozialistischen deutschen Parteien: „*Dieser Staat ist auf Kosten der geschichtlichen Wahrheit entstanden. Die entscheidenden Großmächte sind über den wahren Sachverhalt getäuscht worden. Die Tschechische Republik ist das Ergebnis eines einseitigen tschechischen Willensaktes. Sie hat die deutschen Gebiete widerrechtlich mit Waffengewalt besetzt. Die deutschen Sudetenländer sind um ihren Willen niemals befragt worden. Das Ergebnis der Friedensverträge ist daher die Sanktionierung eines Gewalt-, niemals eines Rechtszustandes*". (R. Eibicht u. A. Hipp 2000, S. 89). Alle Staatsbeamten, die Beamten von Post und Bahn wurden in den deutschen Gebieten durch Tschechen ersetzt. Für deren Kinder wurden kleinste Schulen errichtet. Bis 1927 wurden dagegen 500 deutsche Schulen geschlossen. Deutsche Zeitungen wurden beschlagnahmt, ohne daß es Rechtsmittel dagegen gab. Das Wahlrecht wurde manipuliert. Die Wirtschaftskrise 1929/1930 hatte bei der deutschen Volksgruppe 500.000, bei den Tschechen nur 300.000 Arbeitslose zur Folge. Ab 1933 war es nach Sondergesetzen möglich, in den Grenzgebieten das Ausnahmerecht zu verhängen.

Der 5. Kongreß der Komintern bekannte sich 1923 zum Selbstbestimmungsrecht, und 1931 bekannte sich sogar die tschechische kommunistische Partei dazu.

Die 1935 von Konrad Henlein gegründete Sudetendeutsche Partei hatte im gleichen Jahr noch einen großen Wahlerfolg und wurde im Parlament zur zweitstärksten Fraktion. Die Zustände begannen auch die internationale Aufmerksamkeit zu erregen und führten 1938 zum Münchener Abkommen zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Sudetendeutschen, siehe Kap. 6.2.

Am 5.5.1945 begann im Protektorat ein tschechischer Volksaufstand mit scheußlichen tschechischen Verbrechen. So wurden in Prag gefangene deutsche Soldaten verkehrt an Kandelabern aufgehängt, mit Benzin übergossen und verbrannt. Sofort setzten Vertreibungen ein mit Todesmärschen wie dem von Budweis. In Aussig wurden deutsche Frauen und Kinder über die Brücke in die Elbe geworfen und darauf geschossen.

Benesch in einer Rede in Tabor am 3.6.1945 *(Benesch, 2004)*: *„Entschließen wir uns, daß wir die Republik entgermanisieren müssen, überall und in jeder Hinsicht. Denken Sie darüber nach, wie wir das vollbringen. Es geht um die Entgermanisierung der Namen, Landschaften, Städte, Gewohnheiten, es geht um alles, was überhaupt entgermanisiert werden kann. Heute ist die Zeit dafür gekommen. Denken Sie daran, was uns über Jahrhunderte, seit der Hussitenzeit, durch die Germanisierung angetan wurde. Daher wird unser Motto sein: Überall und in allem die Republik zu entgermanisieren... Werft die Deutschen aus ihren Wohnungen, macht Platz für unsere Menschen – wir hätten das schon im Jahre 1918 erledigen wollen, aber damals hielten uns die Briten die Hände gebunden. Jetzt aber wollen wir das erledigen.“*

Die gänzliche Entrechtung und Enteignung geschah durch die „Dekrete des Präsidenten der Republik“, die sog. Benesch-Dekrete, die heute noch gelten. Die Dekrete vom 19.5.1945 bis 2.12.1945 ermöglichten die Enteignung alles Besitzes, die Beschlagnahmung des Gesamtbesitzes der Volksgruppe, Aberkennung der Staatsbürgerschaft der Nichtvertriebenen, die Einführung der Zwangsarbeit für Deutsche, vor allem aber die Straffreiheit für tschechische Verbrechen mit dem Gesetz vom 5.8.1948. Diese völkerrechtswidrigen Dekrete sind heute noch in Kraft, sind

rechtswirksam und sind nach Aufnahme der Tschechei in die EU als EU-Recht anerkannt worden. Dagegen richtet sich ein Gutachten des kürzlich verstorbenen Völkerrechtlers Prof. Dieter Blumenwitz aus dem Jahre 2003.

Der sog. „Prager Frühling" von 1968 brachte Liberalisierungen, die im folgenden z. T. wieder aufgehoben wurden. Doch die Slowakei erhielt die staatliche Gleichberechtigung. Und nach dem Zerfall der UdSSR 1990 folgte mit dem Austritt der Slowakei aus dem tschechoslowakischen Staat wieder die schon 1939 errungene Selbständigkeit und damit der endgültige Zerfall des polyethnischen Zwangsstaates der Sieger von 1918.

9 Die Tschechenkrise 1939

Nach dem Münchener Abkommen von 1938 betrachteten sich die Tschechen immer noch als Freunde der UdSSR und Frankreichs, und die gegen das Reich gerichteten Militärbündnisse mit Frankreich und der UdSSR mit dem jederzeitigen Landerecht für die Luftwaffen dieser Staaten in der Tschechei sowie die starke tschechische Armee bestanden fort. Berlin war damals von Prag in 37 Flugminuten erreichbar.

Die Krise kündigte sich dadurch an, daß die Prager Regierung Maßnahmen gegen die 1938 gewonnene Autonomie sowohl der Karpato-Ukraine (Ruthenien) als auch der Slowakei einleitete.

Am 12.2.1939 kam der Slowakenführer Tuka aus eigenem Entschluß nach Berlin und sagte dort *„Ein weiteres Zusammenleben von Tschechen und Slowaken ist unmöglich"* (U. Walendy 1965, S. 118). Am 6.3. verstärkte Prag die militärische Präsenz in Ruthenien und löste die autonome ruthenische Regierung auf. Am 10.3. geschah das gleiche in Preßburg. Die Regierung Tiso wurde abgesetzt. Tiso sandte einen Hilferuf nach Berlin, der von der deutschen Presse abgedruckt wurde. Am 12.3. kam es zu Straßenkämpfen zwischen Slowaken und tschechischem Militär. Am gleichen Tage kam Tiso nach Berlin und wurde von Hitler empfangen.

rechtswirksam und sind nach Aufnahme der Tschechei in die EU als EU-Recht anerkannt worden. Dagegen richtet sich ein Gutachten des kürzlich verstorbenen Völkerrechtlers Prof. Dieter Blumenwitz aus dem Jahre 2003.

Der sog. „Prager Frühling" von 1968 brachte Liberalisierungen, die im folgenden z. T. wieder aufgehoben wurden. Doch die Slowakei erhielt die staatliche Gleichberechtigung. Und nach dem Zerfall der UdSSR 1990 folgte mit dem Austritt der Slowakei aus dem tschechoslowakischen Staat wieder die schon 1939 errungene Selbständigkeit und damit der endgültige Zerfall des polyethnischen Zwangsstaates der Sieger von 1918.

9 Die Tschechenkrise 1939

Nach dem Münchener Abkommen von 1938 betrachteten sich die Tschechen immer noch als Freunde der UdSSR und Frankreichs, und die gegen das Reich gerichteten Militärbündnisse mit Frankreich und der UdSSR mit dem jederzeitigen Landerecht für die Luftwaffen dieser Staaten in der Tschechei sowie die starke tschechische Armee bestanden fort. Berlin war damals von Prag in 37 Flugminuten erreichbar.

Die Krise kündigte sich dadurch an, daß die Prager Regierung Maßnahmen gegen die 1938 gewonnene Autonomie sowohl der Karpato-Ukraine (Ruthenien) als auch der Slowakei einleitete.

Am 12.2.1939 kam der Slowakenführer Tuka aus eigenem Entschluß nach Berlin und sagte dort „*Ein weiteres Zusammenleben von Tschechen und Slowaken ist unmöglich*" (U. Walendy 1965, S. 118). Am 6.3. verstärkte Prag die militärische Präsenz in Ruthenien und löste die autonome ruthenische Regierung auf. Am 10.3. geschah das gleiche in Preßburg. Die Regierung Tiso wurde abgesetzt. Tiso sandte einen Hilferuf nach Berlin, der von der deutschen Presse abgedruckt wurde. Am 12.3. kam es zu Straßenkämpfen zwischen Slowaken und tschechischem Militär. Am gleichen Tage kam Tiso nach Berlin und wurde von Hitler empfangen.

Tiso trug Hitler die Bitte vor, die Slowakei, die sich völlig vom tschechischen Staat lösen werde, unter den Schutz des Reiches zu nehmen. Hitler antwortete ausweichend, er überließe es den Slowaken selbst, erst die Entscheidung über ihre staatliche Selbständigkeit zu treffen (O. Meissner 1950, S. 475). Bereits am 14.3. fuhr deutsches Militär durch die Slowakei, um Mährisch-Ostrau vor der drohenden Besetzung durch Polen zu bewahren. Am gleichen Tage begann Ungarn nach einem Ultimatum von 13.3., das nicht vom Deutschen Reich veranlaßt worden war, Ruthenien zu besetzen.

Am 14.3. früh erklärte der slowakische Landtag die Unabhängigkeit. Der britische Botschafter in Berlin Henderson rief daraufhin den Prager Außenminister Chvalkovski an, er solle nach Berlin kommen und die Lage mit Hitler besprechen (Hoggan 1976, S. 336). Nach anderen Darstellungen fragte der tschechische Außenminister Chvalkovski bei Hitler an, ob er Hacha zu einem Besuch empfangen wolle (A. v. Ribbentrop 1963, S. 302). **Hacha fuhr also freiwillig nach Berlin**. Um 16.00 Uhr verließ der tschechische Staatspräsident Hacha mit seinem Außenminister im Sonderzug Prag. Auf dem Wege vom Bahnhof zu seinem Hotel Adlon in Berlin berichtete Hacha dem ihn begleitenden Staatssekretär Meissner *„in aufgeregter Gesprächigkeit..., daß er angesichts der unhaltbar gewordenen Situation in seiner Heimat zu dem Entschluß gekommen sei, den Führer und Reichskanzler um Hilfe und Schutz anzugehen, und daß er hoffe, bei ihm Bereitwilligkeit zu einer gemeinsamen politischen Arbeit zu finden"* (O. Meissner 1950, S. 476). In seinem Einleitungsprolog bei den Verhandlungen sagte Hacha: *„Er habe seit langem den Wunsch gehabt, den Mann kennenzulernen, dessen wunderbare Ideen er oft gelesen und verfolgt habe. Im übrigen sei ihm das ganze* (Masaryk- und Benesch-)*System so fremd gewesen, daß er sich gleich nach dem Umschwung* (Oktober 1938) *die Frage gestellt habe, ob es überhaupt für die Tschechoslowakei ein Glück sei, ein selbständiger Staat zu sein..."* (U. Walendy 1965, S. 127). Er habe um diesen Empfang nachgesucht, um sein Land dem Schutz des Reiches zu unterstellen und das Schicksal seines Volkes in die Hände des deutschen Führers zu legen. Hacha sagte, daß er und Chval-

kowsky gehofft hätten, eine gütliche Regelung der beiderseitigen Verhältnisse zu finden, welche (entgegen dem angekündigten Einmarsch) die Souveränität seines Landes wahren, und sähe sich nun zu seinem Bedauern vor eine vollendete Tatsache gestellt. Das Selbstbestimmungsrecht wurde von ihm nicht angesprochen. Hitler wiederholte, daß er an keinerlei Entnationalisierung und Germanisierung des tschechischen Volkes denke und bereit sei, ihm eine großzügige Autonomie mit eigenem Staatsoberhaupt, eigener Regierung, Verwaltung und unabhängiger Rechtsprechung einzuräumen. Er glaube, daß trotz aller Bitternis, die durch den deutschen Einmarsch entstehen werde, sich bald die Erkenntnis durchsetzen werde, daß Tschechen und Deutsche politisch und wirtschaftlich durch ein Zusammenleben im Großdeutschen Reich nur gewinnen könnten (O. Meissner 1950, S. 478).

Die Besprechung verlief in Ruhe und korrekten Formen (O. Meissner 1950, S. 476). Vor Unterzeichnung des Vertrages telefonierte er mit seinem Prager Kabinett und erhielt von dort Zustimmung. Bei der Reise war die Tochter Hachas zugegen, die später bei Verhören in den USA aussagte, ihr Vater sei nicht unter Druck gesetzt worden (D. Hoggan 1976, S. 337). Hacha wurden vorher und nachher die protokollarischen Ehren eines souveränen Staatsoberhauptes erwiesen. Bei Ankunft in der Reichskanzlei schritt er unter den Klängen des Präsentiermarsches die Ehrenkompanie der Leibstandarte ab.

Daß die Reichsregierung von der Entwicklung völlig überrascht worden war und diese nicht planmäßig herbeigeführt hatte, geht schon daraus hervor, daß Göring sich im Urlaub in San Remo befand, und daß der Wortlaut des Abkommens, abgesehen von der Schutzerklärung, völlig nichtssagend ist. Hitler ließ das Zimmer im Adlon, das die Tochter Hachas bewohnte, mit gelben Rosen schmücken. Am 15.3. wurde um 3.55 Uhr das Abkommen unterzeichnet, und kurz darauf begann der Einmarsch der deutschen Truppen, der ohne Zwischenfälle verlief.

Der Zerfall der Tschechoslowakei mit der Gründung der selbständigen Slowakei wurde von den Siegern von 1945 zunichte gemacht durch die Wiedergründung der Tschechoslo-

wakei. Doch die Slowaken konnten mehr als 50 Jahre danach ihr Selbstbestimmungsrecht erneut durchsetzen. Auch hier benötigte die Revision der Torheiten der Sieger von 1918 mehr als 70 Jahre.

Die volle Kriegsstärke der tschechischen Armee, wie sie damals in die Einkreisungsbündnisse um das Reich einbezogen war, betrug 44 Divisionen. Nach der Generalmobilmachung im Sepember 1938 waren 35 Divisionen voll einsatzfähig. Nach der Besetzung im März 1939 wurden sichergestellt: 1.582 Flugzeuge, 469 Panzer, 2.175 Geschütze, 561 Flakgeschütze, 785 Minenwerfer, 43.876 Maschinengewehre, 1.900.000 Gewehre (H. Splittgerber 1989).

Im Art. I über die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren vom 16.3.1939 heißt es: *„Die von den deutschen Truppen besetzten Landesteile der ehemaligen Tschechoslowakei gehören von jetzt ab zum Gebiet des Großdeutschen Reiches und treten als „Protektorat Böhmen und Mähren" unter dessen Schutz"* (M. Domarus 1988, S. 1099). Gemäß der völkerrechtlichen Definition stellt ein Protektorat ein weiterhin souveränes Völkerrechtssubjekt dar, das nur Teile seiner Souveränität an eine Schutzmacht abgetreten hat. Dazu steht dieser Art. I insofern formal im Widerspruch, als das Protektorat Böhmen und Mähren als zum Gebiet des Deutschen Reiches gehörend bezeichnet wurde. Anderseits behielt das Protektorat die Souveränität darin, daß es ein eigenes Staatsoberhaupt und eine eigene Regierung hatte, durch einen Gesandten in Berlin vertreten war, über eine eigene Währung verfügte und selbständig Außenwirtschaftsverträge abschloß und nur die Außen- und Verteidigungspolitik an das Reich abgetreten hatte.

Ein internes Memorandum des Foreign Office beantwortete die gestellte Frage, ob Prag sich einer Zersetzung des zusammengesetzten (composite) Staates von innen oder einer geplanten Zerstörung von außen durch Deutschland gegenübergestellt sah, eindeutig. Es sei den Tschechen nicht gelungen, die Slowaken zu gewinnen. Der tschechische Außenminister Chvalkovski habe erklärt, daß es keinen Beweis dafür gebe, daß es eine auf die Auflösung des tschechischen Staates durch das Deutsche Reich oder die deutschen Minderheiten gerichtete Propaganda gegeben hätte.

Noch vor Hachas Ankunft in Berlin telegrafierte Halifax, nachdem es eine Anfrage an ihn durch v. Weizsäcker gegeben hatte, an Henderson, er möge „sobald als möglich" der deutschen Regierung folgende Botschaft übermitteln: *„Seiner Majestät Regierung hegt keinen Wunsch, sich unnötigerweise in Angelegenheiten einzumischen, an denen vielleicht andere Regierungen unmittelbarer interessiert sind als dieses Land"* (A. v. Ribbentrop 1967, S. 244). Chamberlain erklärte am 15.3., der nicht lebensfähige Staat sei völlig auseinandergebrochen. Der Hitler-Hacha-Vertrag stelle keinen Bruch des Münchener Abkommens dar und die Britische Regierung sei nicht mehr an ihre Verpflichtungen gegenüber der Resttschechei gebunden.

Aber zwei Tage darauf kam auf Druck Roosevelts die Kehrtwendung Englands mit einer Rede Chamberlains in Birmingham, und es setzte eine von den USA ausgehende massive Pressekampagne gegen Deutschland ein. Die US-Regierung verurteilte in einer scharfen Erklärung den deutsch-tschechischen Vertrag *„als die zeitweise Auslöschung der Freiheiten eines freien und unabhängigen Volkes"* (Bavendamm 1983, S. 513). Der gleiche Wortlaut tönt uns noch heute überall entgegen.

Am 27.4.1939 bildete Staatspräsident Hacha ein neues tschechisches Kabinett, das außer dem Außen- und dem Verteidigungsministerium alle Ressorts umfaßte. Der Reichsprotektor von Neurath machte daraufhin seinen Antrittsbesuch bei Hacha und nicht umgekehrt. Ende Juni schloß die tschechische Republik mit Norwegen und Dänemark Handelsverträge ab. Am 31.6. wurde vom Deutschen Reich mit der Tschechischen Republik ein Abkommen geschlossen, das der Republik eine eigene Streitmacht von 7.000 Mann beließ. Dieses Abkommen kam infolge des Kriegsbeginns nicht mehr zur Ausführung.

Daß die gewählte Lösung nicht das letzte Wort der Reichsregierung war, geht aus Hendersons Brief an Strang, den Leiter der Zentralabteilung im Foreign Office, vom 16.8.1939 deutlich hervor: *„Hitlers Hinweis, daß das Protektorat für den Augenblick* (gesperrt von Henderson;) *eine Notwendigkeit ist, ist einer Erinnerung wert. Ich habe einigen Grund zu glauben, daß er mit dieser Lösung vom 15.*

März nicht zufrieden ist und erkennt, daß er einen Fehler gemacht hat" (U. Walendy 1965, S. 131).

Der englische Historiker P. H. Nicoll urteilte: „*Es muß hervorgehoben werden, daß Hitler Böhmen und Mähren nicht annektierte. Er schuf lediglich ein Protektorat, das den dort lebenden Völkern eine weitgehende Autonomie beließ... Niemand... wird behaupten dürfen, daß Hitler willkürlich und mit brutaler Gewalt Besitz von der tschechischen Republik ergriffen habe. Beide Parteien des zerrütteten und von Feindschaft gespaltenen Staates gingen Hitler um Schutz an, jede gegen die andere... Nicht eine tschechische Hand erhob sich und nicht ein Schuß erfolgte gegen den sogenannten Aggressor und Eindringling. Ist es nicht seltsam, ... daß kein einziger Hilferuf an eine andere Macht gegen den deutschen Feind erging?*" (U. Walendy 1965, S. 130).

Noch vor dem Druck von seiten Roosevelts hatte Vansittart, Unterstaatssekretär im Foreign Office, den rumänischen Gesandten in London, Tilea, beeinflußt, am 17.3. in einer Presseerklärung zu behaupten, Deutschland habe Rumänien während der laufenden Wirtschaftsverhandlungen ein Ultimatum gestellt, was natürlich ein großes Presseecho zur Folge hatte. Der rumänische Außenminister Gafencu dementierte. Er beklagte sich bei dem US-Gesandten in Bukarest, Gunther, wie dieser aus Bukarest am 20.3. berichtete, Tileas Falschmeldung „*sei von den jüdisch kontrollierten Verlagen der westlichen Presse aufgegriffen worden*" (D. Hoggan 1976, S. 403).

Das Rüstungswerk Skoda bei Pilsen besaß bei 30.000 Arbeitern einen Werksschutz von nur 137 Mann, von denen wiederum nur 30 Deutsche waren. Daß bis Ende 1944 keine Sabotagefälle vorkamen, läßt den Schluß zu, daß die tschechischen Arbeiter nicht unzufrieden waren.[7]

---

7 Ab Herbst 1944 wurde zum Schutze der Mährischen Pforte und von Olmütz ein riesiger Panzergraben gebaut mit 15.000 tschechischen Freiwilligen, „*die morgens singend zur Arbeit marschieren*"(persönl. Mitteilung eines Tatzeugen).

Das Memelgebiet, seit 1919 unter alliierter Verwaltung wurde 1923 von Litauen annektiert. Bei den Landtagswahlen von 1935 gab es 1.592.604 Stimmen für die deutsche Liste und 369.457 für litauische Listen. Es wurde am 22.3.1939 von Litauen mit einem deutsch-litauischen Staatsvertrag zurückgegeben. (H. Bernhardt 1988).

10 Europa 1939 bis zum Kriegsbeginn

Im August 1938 leitete England seine Politik der Unterstützung Polens mit einem Besuch von Duff Cooper, dem Ersten Lord der Admiralität, in Warschau ein, dem die Unterrichtung Polens durch Halifax folgte, daß England Polen in der Danzigfrage gegen das Reich unterstützen werde.

Schon 1939 schrieb Lord Vansittart, Staatssekretär im Foreign Office, an den holländischen Außenminister; *„Deutschland muß unbedingt zerschlagen werden. Die Bolschewisierung Deutschlands ist ein Mittel, um dieses Ziel zu erreichen"* (F. Becker, 1993).

Zwischen Deutschland und Polen standen Verhandlungen zur Regelung von Straßenbaufragen an. Diesen Anlaß nutzte v. Ribbentrop, um dem polnischen Botschafter Lipski am 24.10.1938 Vorschläge der Reichsregierung zur *„Bereinigung aller bestehenden Reibungspunkte zwischen Deutschland und Polen"* vorzulegen. Er sagte, das wären Vorschläge ähnlich dem deutschen Verzicht auf Elsaß-Lothringen und Südtirol. Sie enthielten im wesentlichen folgende Punkte:

1. Die Freie Stadt Danzig kehrt zum Deutschen Reich zurück. Danzig ist deutsch, ist immer deutsch gewesen und wird immer deutsch bleiben.
2. Durch den Korridor soll eine exterritoriale, Deutschland gehörige Reichsautobahn und eine ebenso exterritoriale mehrgleisige Eisenbahn gelegt werden.
3. Polen soll im Danziger Gebiet eine exterritoriale Straße oder Autobahn und Eisenbahn und einen Freihafen erhalten.

März nicht zufrieden ist und erkennt, daß er einen Fehler gemacht hat" (U. Walendy 1965, S. 131).

Der englische Historiker P. H. Nicoll urteilte: „*Es muß hervorgehoben werden, daß Hitler Böhmen und Mähren nicht annektierte. Er schuf lediglich ein Protektorat, das den dort lebenden Völkern eine weitgehende Autonomie beließ... Niemand... wird behaupten dürfen, daß Hitler willkürlich und mit brutaler Gewalt Besitz von der tschechischen Republik ergriffen habe. Beide Parteien des zerrütteten und von Feindschaft gespaltenen Staates gingen Hitler um Schutz an, jede gegen die andere... Nicht eine tschechische Hand erhob sich und nicht ein Schuß erfolgte gegen den sogenannten Aggressor und Eindringling. Ist es nicht seltsam, ... daß kein einziger Hilferuf an eine andere Macht gegen den deutschen Feind erging?*" (U. Walendy 1965, S. 130).

Noch vor dem Druck von seiten Roosevelts hatte Vansittart, Unterstaatssekretär im Foreign Office, den rumänischen Gesandten in London, Tilea, beeinflußt, am 17.3. in einer Presseerklärung zu behaupten, Deutschland habe Rumänien während der laufenden Wirtschaftsverhandlungen ein Ultimatum gestellt, was natürlich ein großes Presseecho zur Folge hatte. Der rumänische Außenminister Gafencu dementierte. Er beklagte sich bei dem US-Gesandten in Bukarest, Gunther, wie dieser aus Bukarest am 20.3. berichtete, Tileas Falschmeldung „*sei von den jüdisch kontrollierten Verlagen der westlichen Presse aufgegriffen worden*" (D. Hoggan 1976, S. 403).

Das Rüstungswerk Skoda bei Pilsen besaß bei 30.000 Arbeitern einen Werksschutz von nur 137 Mann, von denen wiederum nur 30 Deutsche waren. Daß bis Ende 1944 keine Sabotagefälle vorkamen, läßt den Schluß zu, daß die tschechischen Arbeiter nicht unzufrieden waren.[7]

---

7 Ab Herbst 1944 wurde zum Schutze der Mährischen Pforte und von Olmütz ein riesiger Panzergraben gebaut mit 15.000 tschechischen Freiwilligen, „*die morgens singend zur Arbeit marschieren*"(persönl. Mitteilung eines Tatzeugen).

Das Memelgebiet, seit 1919 unter alliierter Verwaltung wurde 1923 von Litauen annektiert. Bei den Landtagswahlen von 1935 gab es 1.592.604 Stimmen für die deutsche Liste und 369.457 für litauische Listen. Es wurde am 22.3.1939 von Litauen mit einem deutsch-litauischen Staatsvertrag zurückgegeben. (H. Bernhardt 1988).

10 Europa 1939 bis zum Kriegsbeginn

Im August 1938 leitete England seine Politik der Unterstützung Polens mit einem Besuch von Duff Cooper, dem Ersten Lord der Admiralität, in Warschau ein, dem die Unterrichtung Polens durch Halifax folgte, daß England Polen in der Danzigfrage gegen das Reich unterstützen werde.

Schon 1939 schrieb Lord Vansittart, Staatssekretär im Foreign Office, an den holländischen Außenminister; *„Deutschland muß unbedingt zerschlagen werden. Die Bolschewisierung Deutschlands ist ein Mittel, um dieses Ziel zu erreichen"* (F. Becker, 1993).

Zwischen Deutschland und Polen standen Verhandlungen zur Regelung von Straßenbaufragen an. Diesen Anlaß nutzte v. Ribbentrop, um dem polnischen Botschafter Lipski am 24.10.1938 Vorschläge der Reichsregierung zur *„Bereinigung aller bestehenden Reibungspunkte zwischen Deutschland und Polen"* vorzulegen. Er sagte, das wären Vorschläge ähnlich dem deutschen Verzicht auf Elsaß-Lothringen und Südtirol. Sie enthielten im wesentlichen folgende Punkte:

1. Die Freie Stadt Danzig kehrt zum Deutschen Reich zurück. Danzig ist deutsch, ist immer deutsch gewesen und wird immer deutsch bleiben.
2. Durch den Korridor soll eine exterritoriale, Deutschland gehörige Reichsautobahn und eine ebenso exterritoriale mehrgleisige Eisenbahn gelegt werden.
3. Polen soll im Danziger Gebiet eine exterritoriale Straße oder Autobahn und Eisenbahn und einen Freihafen erhalten.

4. Polen erhält eine Absatzgarantie für seine Waren im Danziger Gebiet.
5. Die beiden Nationen erkennen ihre gemeinsamen Grenzen an, gegebenenfalls könne man zu einer Garantie der Territorien kommen.
6. Der deutsch-polnische Vertrag wird auf 10 bis 25 Jahre verlängert.
7. Die beiden Länder fügen eine Konsultativklausel in den Vertrag ein.

Demgegenüber, daß in der Weimarer Republik alle Regierungen und alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten stets die bedingungslose Rückgabe der 1919 im Osten annektierten Gebiete gefordert hatten, waren das in der Tat außerordentlich maßvolle Vorschläge.

Der polnische Botschafter antwortete ausweichend.

Bei Gesprächen mit dem polnischen Außenminister Beck am 5. und 6.1.1939 betonte Hitler, daß ebenso wie Polen den Zugang zum Meer benötige, auch für Deutschland die Notwendigkeit der Verbindung mit Ostpreußen bestehe. Er versicherte Beck, Deutschland werde in Danzig kein fait accompli unternehmen. Kurz vor dem Gegenbesuch v. Ribbentrops in Warschau am 26.1.1939 setzte Bullitt in Paris durch, daß die französische Regierung ihr erst im letzten Dezember erklärtes Desinteresse an Osteuropa wieder aufgab. Becks Kenntnis davon hatte zur Folge, daß am 26.1. die in Warschau bereits ausgetauschten freundlichen Reden nicht mehr gehalten wurden.

In den Berichten des polnischen Botschafters in Washington, Graf Potocki, an seine Regierung wurde bereits vor Jahresende 1938 die Einflußnahme Roosevelts auf Polen sichtbar. Am 21.11.1938 berichtete Graf Potocki an den polnischen Außenminister über eine Unterredung mit Bullitt, den Sonderbotschafter Roosevelts in Paris, am 12.11., noch ehe Bullitt seine neuen Instruktionen erhalten hatte: „... *Über Deutschland und den Kanzler Hitler äußerte er sich mit größter Vehemenz und mit starkem Haß. Er sprach davon, daß nur Stärke und zwar am Schluß eines Krieges der wahnsinnigen Expansion Deutschlands in Zukunft ein Ende machen könnte. Auf meine Frage, wie er sich diesen kommenden Krieg vorstelle, erwiderte er, daß vor allem die Vereinigten*

Staaten, Frankreich und England gewaltig aufrüsten müßten, um der deutschen Macht die Stirn bieten zu können..." (Ausw. Amt 1940, Nr. 3, S. 21). In Potockis Bericht vom 12.1.1939 (siehe Anhang A8) werden bestimmte Exponenten der hinter Roosevelt stehenden Hintergrundmächte beim Namen genannt, die bewußt auf den Krieg gegen Deutschland hinarbeiteten. Am 16.1.1939 versicherte Bullitt Graf Potocki, daß die USA „*bereit sind, im Falle eines Krieges aktiv auf seiten Englands und Frankreichs einzugreifen*". Im Besitz seiner neuen Instruktionen, erläuterte Bullitt dem polnischen Botschafter in Paris, Lukasiewicz, Anfang Februar das amerikanische Interesse und meinte, wenn Chamberlain ein neues München versuchen sollte, so verfügten die USA über „*viele verschiedene und sehr mächtige Druckmittel, die das verhindern würden*" (D. Bavendamm 1983, S. 499). Wiederholt sprach er zu Lukasiewicz offen über die Kriegsabsichten der USA (siehe Kap. 18). Der deutsche Geschäftsträger in Washington, Thomsen, berichtete am 27.3.1939 nach Berlin: „*Die Kundgebungen und Maßnahmen der amerikanischen Regierung in den letzten Wochen lassen immer deutlicher erkennen, daß der Führungsanspruch des Präsidenten Roosevelt in weltpolitischen Angelegenheiten in das Ziel einmündet, das nationalsozialistische Deutschland mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu vernichten...* ***Roosevelt ist in seinem Inneren davon überzeugt, daß Deutschland der Feind ist, der vernichtet werden muß***" (A. v. Ribbentrop 1963, S. 292; siehe Anhang A9).

Am 10.2.1939 schlossen England und Frankreich ein geheimes Militärbündnis ab, und am 15.2. wurde in England das Gesetz zur Einführung der Wehrpflicht eingebracht.

Ganz im Sinne der Einkreisungspolitik hatte die englische Regierung den Vorschlag eines Viererpaktes England-Frankreich-Polen-UdSSR gemacht, auf den Polen am 23.3. dahingehend antwortete, daß es einen Zweierpakt England-Polen vorzöge. Etwa zur gleichen Zeit begann Bullitt, energisch auf die englische Garantiepolitik gegenüber Polen hinzuarbeiten, und machte zunächst in einem Gespräch mit Lukasiewicz am 24.3. den Vorschlag einer Allianz Polens mit England und Frankreich. Anschließend wies er seinen Londoner Kollegen

Kennedy an, am 26.3. Chamberlain auf seinem Landsitz aufzusuchen und diese Allianz zu fordern. Infolge bereits zugesagter Flugzeuglieferungen, des bereits geschlossenen Flottenabkommens und weiterer Abmachungen war England schon so abhängig von den USA, daß Chamberlain kapitulierte. Am Nachmittag des 26.3. konferierte er mit Halifax über eine Polengarantie. Lukasiewicz erfuhr sofort, davon, und noch am selben Tage brachen die Verhandlungen v. Ribbentrops mit Lipski in Berlin zusammen (siehe auch Kap. 12).

Schon kurz vorher, am 23.3.1939, war in Polen eine Teilmobilmachung angeordnet worden, die die polnische Armee auf eine Stärke von 750.000 Mann brachte, und am gleichen Tage hatten die polnischen Befehlshaber den Aufmarschplan für einen Krieg gegen Deutschland erhalten (D. Hoggan 1976, S. 425).

Unmittelbar danach, in einem Gespräch am 25.3.1939, dessen zum Teil veränderte Niederschrift beim IMT Nürnberg vorgelegt wurde, führte Hitler gegenüber dem Oberbefehlshaber des Heeres, von Brauchitsch, aus, daß er die polnische Frage vorläufig nicht lösen wolle und daß er nicht beabsichtige, die Danziger Frage gewaltsam zu lösen (D. Bavendamm 1983, S. 539).

Am 29.3. meldete sich Kennedy nochmals bei Halifax mit einer Mitteilung, die der Spitzenagent und Deutschlandkorrespondent des News Chronicle, Jan Colvin, vom deutschen Widerstand mitgebracht hatte und die besagte, daß die deutsche Wehrmacht sprungbereit an der polnischen Grenze stünde. Das war ein glatte Lüge, denn erst nach der polnischen Teilmobilisierung wurde die Planung zum Fall Weiß am 3.4. von Hitler in Auftrag gegeben. Bis dahin gab es keinerlei deutsche militärische Planungen für einen Krieg gegen Polen. In der Anlage zum Fall Weiß vom 11.4.1939 hieß es: „*Die gegenwärtige Haltung Polens erfordert es, über die bearbeitete Grenzsicherung Ost hinaus militärische Vorbereitungen zu treffen, um nötigenfalls jede Bedrohung von dieser Seite auszuschließen. Das deutsche Verhältnis zu Polen bleibt weiterhin von dem Grundsatz bestimmt, Störungen zu vermeiden*“ (U. Walendy 1967, S. 336). Am 29.3. wurde Colvin von Chamberlain auf Veranlassung von Churchill empfangen. Colvin

sprach von Plänen, die in Berlin zum Sturze Hitlers gefaßt worden waren, wenn Deutschland in einen Krieg verwickelt werden sollte. Auf die Frage nach Namen, nannte er Beck v. Witzleben, H. v. Bismarck und Ewald v. Kleist-Schmenzin, fragte: „Würde es diese Leute beeinflussen, wenn wir Polen eine Garantie geben?" Colvin darauf: „Das würde helfen" (A. v. Ribbentrop 1963, S. 336, 1967, S. 260). Daraufhin entschied sich Chamberlain zur Garantie gegenüber Polen, die die entscheidende Wende zum Kriege war (D. Bavendamm 1983, S. 531 f.). Wie stark Chamberlain von den Falschmeldungen des Widerstandes beeinflußt war, geht aus einem Brief an seine Schwester vom 10.9.1939 hervor: „*Was ich erhoffe, ist nicht der militärische Sieg..., sondern ein Kollaps der deutschen inneren Front*" (K. Feiling, London 1947, S. 418).

Am 31.3.1939 erklärte Chamberlain im Unterhaus: „*Um den Standpunkt Seiner Majestät Regierung für die Zeit, bis die Beratungen* (mit anderen Regierungen) *abgeschlossen sind, völlig klarzumachen, habe ich dem Hause jetzt mitzuteilen,* ***falls während dieser Periode die polnische Unabhängigkeit durch irgendeine Aktion eindeutig in Gefahr gerate und die polnische Regierung es als lebenswichtig erachte, mit ihren nationalen Streitkräften Widerstand zu leisten, so würde sich die Regierung alle in ihrer Macht stehende Unterstützung zu gewähren. Sie hat darum der polnischen Regierung eine entsprechende Zusicherung gegeben***" (D. Hoggan 1976, S. 455).

In später Erkenntnis schrieb Churchill nach dem Krieg: „*Die Polengarantie war ein Markstein zum Verhängnis*" (D. Irving 1990).

In einem Geheimprotokoll, von dem das Unterhaus erst im Oktober 1939 Kenntnis erhielt, wurde festgestellt, daß sich diese Garantie nur auf die Bedrohung Polens durch das Deutsche Reich bezog. Damit hatte England auf Betreiben Roosevelts die Möglichkeit zur Veranlassung des Krieges in die Hand des polnischen Chauvinismus gegeben. Die Garantieerklärung wurde am 25.8.1939 in einem Beistandsvertrag zwischen England und Polen verankert.

Aber selbst, als Rußland nach dem Beginn der Verhandlungen mit England am 15.4. forderte, daß der englische Ga-

rantievertrag für Polen nur auf einen Angriff Deutschlands auf Polen beschränkt würde und Rußland zudem Durchmarschrechte durch Polen verlangte – was Warschau ablehnte –, wies Polen jeden deutschen Verständigungsvorschlag zurück.

Am 26.4. wurde in England die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Da die englische Garantie gegenüber Polen, die polnischen Maßnahmen der Teilmobilisierung und die Ablehnung von Verhandlungen im Widerspruch zu den von Deutschland mit England und Polen abgeschlossenen Abkommen des Flottenvertrages bzw. des Nichtangriffspaktes standen, kündigte Hitler diese Verträge in seiner Rede vor dem Reichstag am 28.4., in der er sich vor allem mit Roosevelt auseinandersetzte. Auf der anderen Seite sicherte er Polen seine fortdauernde Verhandlungsbereitschaft zu und wiederholte die Vorschläge v. Ribbentrops vom 24.10.1938 zur Beseitigung der Spannungen mit Polen. Aber Lipski sagte zu v. Ribbentrop am gleichen Tage, jede weitere Verfolgung deutscher Pläne bezüglich Danzigs würde den Krieg mit Polen bedeuten.

Daß die polnische Führung fest zum Kriege entschlossen war, geht aus einer Ansprache des polnischen Oberbefehlshabers, Marschall Rydz-Smigly, im Juni an polnische Offiziere hervor: ***„Polen will den Krieg mit Deutschland, und Deutschland wird ihn nicht verhindern können, selbst wenn es das wollte“*** (B. v. Richthofen 1975, S. 52).

Nach der Garantie vom 31.3. unternahmen Strang, Leiter der mitteleuropäischen Abteilung, und Jebb, Mitarbeiter derselben Abteilung, in Warschau einen Besuch zur Erkundung der polnischen Haltung. Aus Jebbs Bericht geht hervor, daß die Kriegsabsichten der Polen darauf hinzielten, die Deutschen aus den bis zur Oder zu erobernden Gebieten zu vertreiben. Jebb stellt außerdem fest, daß die Polen ohne die englische Garantie *„ihre gegenwärtige Haltung Deutschland gegenüber ernsthaft revidieren würden“* (M. Klüver 1993, S.105 f.).

Am 10.7.1939 berichtete der deutsche Botschafter Dirksen aus London: *„Durch eine Reihe von verschiedenen Faktoren sei die für emotionale Reaktionen empfindliche öffent-*

liche Meinung Englands in einen Geisteszustand versetzt worden, der den Begriff „Krieg" zum Mittelpunkt des Denkens und der Gespräche mache." Diese Stimmung war durch die Kriegshetze der Presse erzeugt worden, z. B. durch Verbreitung falscher Nachrichten aus Danzig durch United Press, die der polnische Außenminister spöttisch als: *„das 49. Putschgerücht aus Danzig"* kommentierte (M. Klüver 1984, S. 232).

Im Mai 1939 bemühte sich Papst Pius XII. um eine Konferenz von Deutschland, Italien, England, Frankreich und Polen. Während Deutschland und Italien dem Plan zustimmten, wurde er von den anderen Mächten verworfen.

Churchill sagte zu dieser Zeit zu seinem Freund B. Baruch: ***„Der Krieg kommt nun sehr bald. Wir werden hineinsteigen und sie*** (die USA) ***werden es auch tun. Sie*** (Baruch) ***werden die Sache drüben machen, aber ich werde hier aufpassen"*** (E. Kern 1988, S. 168.

Ganz im Gegensatz dazu stand die auf Verhandlungen mit Polen eingestellte Reichsregierung. Schon Anfang Juni erläuterte Göring Henderson die Ansicht Hitlers, daß Danzig und der Korridor keine dringende Angelegenheit seien. Diese deutsche Ansicht war in den britischen Kabinettssitzungen vom 19.7. und 26.7. bekannt (M. Klüver 1984, S. 250 f.).

Am 16.6.1939 berichtete Henderson an Sargent im Foreign Office, **Hitler habe direkten Befehl gegeben, daß von den Danzigern keine Zwischenfälle geschaffen werden sollten** (M. Klüver 1984, S. 398).

Obwohl von Polen wirtschaftlicher Druck auf Danzig ausgeübt wurde und die polnischen Zollinspektoren widerrechtlich bewaffnet wurden, beauftragte Hitler den Danziger Gauleiter Forster am 19.7.1939, dem Hohen Kommissar des Völkerbundes für Danzig, Burckhardt, vorzutragen, daß die Lösung des Danzigproblems auf Jahre verschoben werden könne: *„Mein Führer ist der Ansicht, alles müsse auf friedliche Weise gelöst werden, es sei nicht der Mühe wert, wegen Danzig einen Konflikt zu provozieren... Das Danzigproblem kann warten..., wenn die Polen keine Dummheiten machen"*, und am 11.8. erklärte Hitler Burckhardt persönlich:

„WENN DIE POLEN DANZIG IN RUHE LASSEN... DANN KANN ICH WARTEN. ABER EINE BEDINGUNG IST, DAß DIE LEIDEN UNSERER MINDERHEITEN IN POLEN AUFHÖREN... EIN FÜR ALLEMAL, ICH BIN BEREIT ZU VERHANDELN. ICH MÖCHTE MIT ENGLAND IN FRIEDEN LEBEN UND EINEN DEFINITIVEN PAKT ABSCHLIEßEN, ALLE ENGLISCHEN BESITZUNGEN IN DER WELT GARANTIEREN UND ZUSAMMENARBEITEN"

(C. Burckhardt 1960, S. 320, M. Klüver 1984, S. 263, 287).

Davon wurde das Foreign Office verständigt.

Hitler schlug vor, Burckhardt möge selbst nach London fliegen, um den Wunsch nach Entsendung eines deutschsprachigen Engländers zu übermitteln. *„Die Angelegenheit ist dringend, wenn wir Katastrophen vermeiden wollen"* (M. Klüver 1984, S. 287). Allein fünfmal wurde die englische Regierung von Henderson und Dahlerus von diesem Wunsch unterrichtet. Aber es geschah nichts.

In Warschau führte – ebenfalls am 11.8. – der englische General Ironside Gespräche, bei denen er unterstrich, daß jetzt in England *„alle Bedenken beseitigt wären und Chamberlain nicht noch einmal mit den Irrtümern von München beginnen werde... **Danzig ist nichts als der Vorwand des zukünftigen Konflikts... Die englische Regierung verstehe die Wichtigkeit der Danziger Frage"*** (A. v. Ribbentrop 1963, S. 380). Marschall Rydz-Smigly bekräftigte seinerseits gegenüber General Ironside, daß die deutschen Ziele mit der Existenz des polnischen Staates unvereinbar seien. Deswegen sei der Krieg unvermeidlich.

Nach einer Verschärfung der Lage durch ein polnisches Ultimatum von 5.8. an Danzig, das von der englischen Regierung gebilligt worden war, erklärte Halifax dem britischen Botschafter in Polen, Polen dürfe in keiner wichtigen Frage zum Nachgeben gedrängt werden. Aber Danzig nahm auf Veranlassung Hitlers das Ultimatum an. Drei Tage nach dem polnischen Ultimatum begannen die Bemühungen Görings, über seinen schwedischen Bekannten Dahlerus Kon-

takte nach England zu bekommen, die bis 1941 andauerten (siehe Kap. 14).

Der italienische Außenminister Graf Ciano verständigte am 18.8. den britischen Gesandten in Rom davon, daß Italien Deutschland im Kriegsfalle nicht beistehen werde, was Halifax sofort an die französische Regierung weitergab (P. Nicoll 1999, S. 159).

Am 23. 8. beschlossen die Polen, 3/4 ihrer Armee-Einheiten auf Kriegsstärke zu bringen. Am gleichen Tage überbrachte Henderson an Hitler auf dem Obersalzberg ein Schreiben Chamberlains, in dem dieser die englische Entschlossenheit mitteilte, im Falle eines deutsch-polnischen Krieges Polen beizustehen. Gleichzeitig schlug er deutsch-polnische Verhandlungen vor. Er ging jedoch nicht auf den deutschen Vorschlag nach Übersendung eines deutschsprechenden Engländers ein.

Am gleichen Tag ordnete Hitler mündlich vor den Oberbefehlshabern – ein schriftlicher Befehl ist bislang nicht bekannt – die Möglichkeit eines Einmarsches in Polen am 26.8. an. „*Hierbei wurde von Hitler ausdrücklich angeordnet, daß das Anhalten des Heeres durch Gegenbefehl gewährleistet sein müsse. Dieser Gegenbefehl wurde am 25.8., 18.15 Uhr, gegeben.*“ Soweit Keitel in seinen Niederschriften beim IMT Nürnberg (U. Walendy 1965, S. 379).

Am 25.8. empfing Hitler Henderson und machte Vorschläge zur friedlichen Beilegung des Konflikts und: „*Er* (Hitler) *wünscht... mit England Abmachungen zu treffen..., die nicht nur die Existenz des britischen Weltreiches unter allen Umständen deutscherseits garantieren würden, sondern auch... dem britischen Weltreich die deutsche Hilfe sicherten...*“ (A. v. Ribbentrop 1963, S. 449 f.).

Diesen Vorschlag kommentierte Henderson gegenüber London: „*... ich fasse ihn wenigstens als eine Andeutung auf, daß Herr Hitler noch immer wünscht, einen Weltkrieg zu vermeiden*“ (A. v. Ribbentrop 1963, S. 451). Für die polnische Regierung war die sich hier abzeichnende letzte Möglichkeit zum friedlichen Ausgleich Anlaß zum Beschluß zur Generalmobilmachung. Anschließend gab Hitler den Befehl, den Termin für den Einmarsch in Polen, den Fall Weiß, auf den 26.8.1939 zu legen. Doch am 25. 8. um 18.15 Uhr widerrief er

den Einmarschbefehl für den 26.8. Der Befehl zum Einmarsch in Polen wurde unter der Voraussetzung erteilt, daß die Operationen in Polen nicht in einen europäischen Krieg einmünden würden (D. Hoggan 1976, S. 675). Am 27.8. unterrichtete Beck den englischen Botschafter Kennard: ***„Die polnische Regierung hat angesichts der Sprache Hitlers in seiner Unterhaltung mit Henderson die totale Mobilmachung beschlossen“*** (A. v. Ribbentrop 1967, S. 420). Die polnische Generalmobilmachung wurde am 30.8.1939 verkündet.

Am 25.8. wurde das englisch-polnische Beistandsabkommen vom Unterhaus ratifiziert, das gegenüber der Garantie vom 31.3.1939 für den Fall einer indirekten Bedrohung einen weiteren Blankoscheck für Polen enthielt. Es wurde die völlige militärische Unterstützung *gegen „jede Aktion einer europäischen Macht“* garantiert, *„welche direkt oder indirekt die Unabhängigkeit einer der vertragsschließenden Parteien bedroht und so geartet ist, daß die betreffende Partei den bewaffneten Widerstand als von lebenswichtiger Bedeutung betrachtet“* (D. Hoggan 1976, S. 672). Es enthielt ein geheimes Zusatzabkommen, welches Polen Rechte über Danzig zusicherte und eine Rückkehr Danzigs an das Reich unmöglich machen sollte sowie festlegte, daß sich der Vertrag ausschließlich gegen Deutschland richtete. Die Polen begannen bereits am gleichen Tage, deutsche Verkehrsflugzeuge zu beschießen.

Nach einer Besprechung Mussolinis mit seinem Außenminister Graf Ciano und dem italienischen Botschafter Attolico in Berlin verfaßte Mussolini am 25.8. ein Schreiben an Hitler, in dem er einen militärischen Beistand für Deutschland an unerfüllbare wirtschaftliche Forderungen knüpfte, die allein am fehlenden Transportraum scheitern mußten. Was Hitler nicht wußte, war, daß der italienische Außenminister Graf Ciano dem englischen Botschafter in Rom bereits am 18.8.1939 mitgeteilt hatte, Italien wolle Deutschland im Kriegsfall nicht beistehen. Wie sich später herausstellte, hätte der Beistand Italiens den französischen Oberbefehlshaber bewogen, den Kriegseintritt Frankreichs nicht zu empfehlen.

Außenminister v. Ribbentrop war gerade aus Moskau zurückgekehrt, als die am gleichen Tage vollzogene Ratifizierung des englisch-polnischen Beistandspaktes bekannt wur-

de. Es gelang ihm, Hitler zur Rücknahme des für den 26.8. gegebenen Einmarschbefehls zu bewegen, denn die Ratifizierung des Vertrages *„bedeute den Krieg mit England, wenn er gegen Polen vorgehe"*. Hitler widerrief den Befehl, weil *„er Zeit zum Verhandeln brauche"* (A. v. Ribbentrop 1967, S. 396). Am 30.8. notierte Generalstabschef Halder: *„Falls Verhandlungen in London Verschiebungen nötig machen, dann Verschiebung auf den 2.9. Nach dem 2.9. soll nicht mehr geschlagen werden."*

Damit ist eindeutig, daß die Moskauer Verträge vom 23.8. deutscherseits nicht als Auslöser für einen Krieg gegen Polen gedacht waren oder benutzt wurden, sondern: *„Die Abmachungen* (mit der UdSSR) *waren von uns auf längste Sicht und als dauernder Ausgleich gedacht"* (A. v. Ribbentrop 1963, S. 409).

Die deutschen Absichten zur Erhaltung des Friedens, auch über den Abschluß des deutsch-russischen Vertrages vom 23.8. hinaus, werden durch folgende Fakten belegt: Bei den Verhandlungen in Moskau wurde nicht über die Unabwendbarkeit eines Krieges gegen Polen gesprochen; in der Besprechung Hitlers mit den Oberbefehlshabern der Wehrmacht am 22.8. war nicht von deutschen Angriffsabsichten die Rede. Vielmehr hoffte Hitler, den Konflikt politisch lösen zu können; im Auftrag Hitlers und v. Ribbentrops machte F. Hesse H. Wilson vom Foreign Office am 20.8. ein Bündnisangebot, schlug deutsch-polnische Verhandlungen vor und teilte mit, daß Hitler Vorschläge für ein „general settlement" machen möchte. Ein Memorandum zur Lösung des Konflikts, das von Dahlerus und Göring ausgearbeitet und Halifax am 27.8. von Dahlerus vorgelegt worden war, wurde von Halifax mit dem Vermerk abgelehnt: *„I don't think they are worth anything"* (M. Klüver 1984, S. 335), *„Ich glaube nicht, daß sie irgendetwas wert sind."*

In der Antwort der englischen Regierung auf das deutsche Angebot vom 25.8.1939 teilte diese am 28.8. nur mit, Polen sei zu direkten Verhandlungen mit Deutschland bereit, was überhaupt nicht den Tatsachen entsprach (D. Hoggan 1976, S. 700). Auf das eigentliche Angebot vom 25.8. ging sie nicht ein. Die deutsche Antwortnote vom 29.8. – die Anordnung der

polnischen Generalmobilmachung war der deutschen Seite bereits bekannt – schloß: *„Im übrigen hat die Deutsche Reichsregierung bei ihren Vorschlägen nie die Absicht gehabt, lebenswichtige Interessen Polens anzugreifen oder die Exporte eines unabhängigen polnischen Staates in Frage zu stellen. Die Deutsche Reichsregierung ist unter diesen Umständen daher damit einverstanden, die vorgeschlagene Vermittlung der Königlichen Britischen Regierung zur Entsendung einer mit allen Vollmachten versehenen polnischen Persönlichkeit nach Berlin anzunehmen. Sie rechnet mit dem Eintreffen dieser Persönlichkeit für Mittwoch, den 30.8.1939*" (A. v. Ribbentrop 1967, S. 440), und *„die Deutsche Regierung wird Lösungsvorschläge ausarbeiten und diese vor Ankunft des polnischen Bevollmächtigten der englischen Regierung zur Verfügung stellen.*" Dieses Angebot wurde erst am 31.8. von London nach Warschau weitergegeben, obwohl schon am 30.8. in Berlin ein polnischer Unterhändler erwartet worden war.

Henderson berichtete am 29.8. nach London: *„Ich habe das Wesentliche der deutschen Antwort dem französischen Botschafter mitgeteilt und ihn sehr nachdrücklich gedrängt, der französischen Regierung zu empfehlen, daß sie der polnischen Regierung rate, eine sofortige Reise von Herrn Beck vorzuschlagen, da diese m. E. die einzige Chance darstellt, den Krieg zu verhindern*" (U. Walendy 1965, S. 405). **Aber der englische Botschafter in Warschau, Kennard, teilte Beck mit, die englische Regierung wünsche nicht, daß Lipski die deutschen Vorschläge entgegennähme** (D. Hoggan 1976, S. 747). Am 30.8. wurden die polnischen Mobilmachungsbefehle versandt. Die Verkündung der Generalmobilmachung war gleichbedeutend mit der Kriegserklärung (D. Hoggan 1976, S. 426).

Am Abend des 30.8. unterstützten die Briten entgegen ihrer Zusage vom 28.8. die polnische Nichtannahme der deutschen Vorschläge durch eine Note an Polen, in der sie die Annahme der deutschen Vorschläge als *„undurchführbar*" bezeichneten. Henderson mußte das gegen 24.00 Uhr der Reichsregierung mitteilen (D. Hoggan 1976, S. 729).

Die deutschen Vorschläge, die der englischen Regierung schon durch Dahlerus bekannt gemacht worden waren, wurden sodann Henderson von v. Ribbentrop vorgelesen und

erläutert. Henderson gab sie um 2.00 Uhr an Lipski weiter, den er stark drängte, sofort direkte Kontakte zur Reichsregierung aufzunehmen. Die deutschen Vorschläge enthielten folgende Punkte:

1. Die Freie Stadt Danzig kehrt sofort in das Deutsche Reich zurück.
2. Das Gebiet des Korridors, von der Ostsee bis Marienwerder-Graudenz-Kulm-Bromberg (im wesentlichen Westpreußen), wird über seine Zugehörigkeit zu Polen oder Deutschland selbst entscheiden.
3. In der dazu vorgesehenen Abstimmung sind alle Deutschen und andere abstimmungsberechtigt, die am 1.1.1918 in diesem Gebiet wohnten. Die Abstimmung wird von einer internationalen Kommission überwacht, in der Italien, die Sowjetunion, Frankreich und England vertreten sein sollen.
4. Von diesem Gebiet bleibt der polnische Hafen Gdingen ausgenommen.
5. Die Abstimmung findet nicht vor 12 Monaten statt.
6. Für diese Zeit werden polnische und deutsche Transitwege durch das Abstimmungsgebiet festgelegt.
7. Über die Gebietszugehörigkeit entscheidet die einfache Mehrheit.
8. Je nach Abstimmungsergebnis wird entweder Deutschland eine exterritoriale Verkehrszone zur Anlage einer Reichsautobahn und einer viergleisigen Eisenbahn oder Polen eine gleiche exterritoriale Verbindung nach Gdingen zugestanden.
9. Im Falle des Zurückfallens an das Reich erklärt sich dieses zu einem Bevölkerungsaustausch mit Polen bereit.
10. Etwa von Polen für Danzig ausgehandelte Sonderrechte sollen paritätisch auch Deutschland in Gdingen gewährt werden.
11. Danzig und Gdingen sollen unbefestigt und ohne militärische Einrichtungen bleiben.
12. Die Halbinsel Hela ist in jedem Falle zu demilitarisieren.
13. Die Schäden, die die deutsche Minderheit in Polen erlitt, sind durch eine internationale Kommission zu untersuchen und auszugleichen.

14. Die Rechte der Minderheiten in Polen und Deutschland sollen umfassend festgelegt werden.
15. Im Falle einer Vereinbarung auf dieser Grundlage werden Deutschland und Polen sofort ihre Streitkräfte demobilisieren.
16. Die zur Beschleunigung der obigen Abmachung notwendigen Maßnahmen werden zwischen Deutschland und Polen gemeinsam vereinbart.

Diese Vorschläge, die die Provinzen Posen und Oberschlesien ausklammerten, lagen am Morgen des 31.8. sowohl in London als auch in Warschau vor. Sie und damit Verhandlungen überhaupt wurden von den maßgeblichen Beamten des Foreign Office abgelehnt.

Über die Beratungen des englischen Kabinetts berichtete der Daily Telegraph in einer ersten Abendausgabe vom 31.8.: *„Henderson habe die deutschen Vorschläge sofort nach London weitergeleitet. Das Londoner Kabinett habe das deutsche Memorandum nach Warschau weitergeleitet und die polnische Regierung habe nach seinem Empfang die Generalmobilmachung angeordnet"*. Diese Abendausgabe wurde sofort beschlagnahmt und durch eine folgende ersetzt, in der der Satz über die polnische Generalmobilmachung nach Erhalt der deutschen Vorschläge entfernt war (B. v. Richthofen 1975. S. 116).

Am 30.8. wurden der britischen Botschaft in Berlin durch von Kleist-Schmenzin, der dem Widerstand angehörte, deutsche Operationspläne gegen Polen verraten, die sofort nach London und von dort am 31.8. nach Warschau weitergegeben wurden. Die französische und englische Regierung hatten schon in den Tagen davor Informationen des Widerstandes erhalten, wonach Hitler bei Kriegsbeginn gestürzt werden sollte.

Lipski lehnte Hendersons scharfe Vorstellung, v. Ribbentrop wegen der deutschen Vorschläge aufzusuchen, mit der Begründung ab: *„daß dieser Plan eine Verletzung der polnischen Souveränität und völlig undiskutierbar sei. Er habe lange Jahre der Erfahrung in Deutschland..., daß die deutsche Moral im Zerbrechen sei und das gegenwärtige Regime rasch zusammenstürzen werde... Sollten die Alliierten Polen im Stich*

lassen, so sei es bereit, allein zu kämpfen..." (A. v. Ribbentrop 1967, S. 499). Von Beck erhielt Lipski die Anweisung, die deutschen Vorschläge nicht entgegenzunehmen.

Erst nachdem Lipski bei v. Ribbentrop am 31.8. um 18.30 Uhr die Entgegennahme abgelehnt hatte, befahl Hitler um 18.40 Uhr für den 1.9. den Einmarsch nach Polen mit den Worten: „*Ich kann es nicht zulassen, daß meine Deutschen wie das Vieh abgeschlachtet werden*" (M. Klüver 1984, S. 371; zur Uhrzeit des Angriffsbefehls bei D. Hoggan 1976, S. 742: *12.40 Uhr*; bei A. v. Ribbentrop 1963, S. 499: *16.20 Uhr*; bei U. Walendy 1965, S. 423: *18.40 Uhr.*).

Auf den 31.8.1939 fällt eine Reihe von Ereignissen, die ausgereicht hätten, um von einem völkerrechtlich eindeutig durch Polen gegebenen Kriegsgrund zu sprechen, von der Generalmobilmachung gar nicht zu reden, die gleichbedeutend mit einer Kriegserklärung war (vgl. B. Schaposchnikow ca. 1930, in: W. Post 1995, S. 51) – die Polen planten einen sofortigen „Marsch nach Berlin" (D. Hoggan 1976, S. 426). **So gesehen war der deutsche Einmarsch nicht einmal mehr ein Präventivkrieg, sondern nur noch eine Maßnahme der Selbstverteidigung.**

Am 31.8.1939 wurden der Eisenbahnverkehr nach Ostpreußen durch die Sprengung der Dirschauer Brücke durch Polen unterbrochen, Beuthen von polnischer Artillerie unter Feuer genommen, die „Schleswig-Holstein", ein deutsches Linienschiff, von der widerrechtlich durch Polen zur Festung ausgebauten Westerplatte am Danziger Hafen aus beschossen und **der deutsche Generalkonsul in Krakau ermordet, was damals allein für sich bereits ein völkerrechtlich anerkannter Kriegsgrund war.**

In der Rede vor dem Reichstag am 1.9.1939 führte Hitler aus: „*Man hat versucht, das Vorgehen gegen die Volksdeutschen damit zu entschuldigen, daß man erklärte, sie hätten Provokationen begangen. Ich weiß nicht, worin die ‚Provokationen' der Kinder und Frauen bestehen sollen, die man mißhandelt und verschleppt, oder die ‚Provokationen' derer, die man in tierischster, sadistischster Weise gequält und schließlich getötet hat. Eines aber weiß ich: daß es keine Großmacht von Ehre gibt, die auf die Dauer solchen Zustän-*

den ruhig zusehen würde... Ich habe trotzdem noch einen letzten Versuch gemacht, ... habe ich einen Vermittlungsvorschlag der englischen Regierung angenommen... Und ich bin dann mit meiner Regierung volle 2 Tage gesessen und habe gewartet, ob es der polnischen Regierung nun endlich paßt, einen Bevollmächtigten zu schicken... Damit sind diese Vermittlungsvorschläge gescheitert, denn unterdeß war als Antwort auf diesen Vermittlungsvorschlag 1. die polnische Generalmobilmachung gekommen und 2. neue schwere Greueltaten... Nachdem neulich in einer Nacht 21 Grenzzwischenfälle zu verzeichnen waren, sind es heute Nacht 14 gewesen, darunter 3 ganz schwere. Ich habe mich nun entschlossen, mit Polen in der gleichen Sprache zu reden, die Polen seit Monaten uns gegenüber anwendet" (D. Domarus, 1988, S. 1312 f.).

Die Annahme einer deutschen Provokation durch das IMT Nürnberg in dessen Feststellung, daß Deutschland als seinen Anlaß zum Kriege den selbst fingierten Überfall auf den Gleiwitzer Sender gehabt habe, ist falsch. Die dieser Feststellung zugrundeliegende Darstellung, die in Schul- und Geschichtsbücher einging und die Joachim Fest, ehemaliger Mitherausgeber der FAZ, in seiner Hitler-Biographie noch um einige Tote erhöht hat, Heydrich habe den Überfall inszeniert und in polnische Uniformen gesteckte getötete KZ-Häftlinge als Beweismittel hinterlassen, beruht auf einer eidesstattlichen Falschaussage von Naujok vor dem IMT Nürnberg. Im Sender zu der betreffenden Zeit Anwesende sagten später aus, daß sich dort keine Zwischenfälle ereignet hätten (Wendig, H. 1995). Im übrigen hat Hitler in seiner oben auszugsweise zitierten Rede zur Rechtfertigung seines Vorgehens nirgendwo von dem Überfall auf den Sender Gleiwitz gesprochen.

Erst vor 15 Jahren wurde bekannt, daß im August 1939 durch nächtliche Einfälle polnischer Soldaten allein in den grenznahen Dörfern des Kreises Neidenburg/Ostpreußen etwa 100 Todesopfer unter der deutschen Bevölkerung zu beklagen waren (Der Schlesier, 25.6.1990; Anhang A10).

Um 23.00 Uhr des 31.8. meldete der Warschauer Sender: *„... Deutschland hat vergeblich auf einen Abgesandten Polens gewartet. Die Antwort waren die militärischen Maßnahmen der polnischen Regierung. Keine Worte können jetzt*

mehr die Aggressionspläne der neuen Hunnen verschleiern. Deutschland strebt die Herrschaft über Europa an... Dieser unverschämte Vorschlag beweist deutlich, wie notwendig die militärischen Maßnahmen der polnischen Regierung gewesen sind" (Ausw. Amt, 1939). Es ist bezeichnend, wie hier die maßvollen und durchaus berechtigten Vorschläge der deutschen Regierung zu Beweisen für „*die Aggressionspläne der neuen Hunnen*", für ein Streben Deutschlands nach der „*Herrschaft über Europa*" umgedeutet wurden.

Um 24.00 Uhr meldete der polnische Rundfunk: „***Wir sind auf dem siegreichen Vormarsch nach Berlin und werden Ende der Woche in Berlin sein. Die deutschen Truppen gehen an der ganzen Front in Unordnung zurück***" (E. Löser 1980, S. 15).

In der Proklamation der Reichsregierung am Morgen des 1.9. hieß es dann richtig: „***Seit 4 Uhr 45 wird zurückgeschossen.***"

Chamberlain notierte am 10.9. in sein Tagebuch: „*Die letzten Tage der hingezogenen Agonien, die der wirklichen Kriegserklärung vorausgingen, waren so unerträglich, wie es nur sein konnte.* ***Es lag uns daran, die Dinge sich zuspitzen zu lassen***" (K. Feiling 1946, S. 417).

Am 1.9. wurde Mussolini die Bitte Daladiers nach einer Konferenz übermittelt und am 2.9. wurde dieser Plan nach Berlin abgesandt. Ribbentrop setzte dem italienischen Botschafter Attolico 12.30 Uhr auseinander, daß Deutschland diesen Plan annehmen werde, wenn zwei vorhergegangene englische und französische Noten keine Ultimaten seien. Nachdem das klargestellt war, kabelte Attolico 16.00 Uhr an Ciano, daß Deutschland diesen Vorschlag annimmt. Halifax verlangte vor Erwägung über diesen Plan den Rückzug der deutschen Truppen aus Polen und Danzig und teilte Ciano mit, daß dieser Rückzug die wesentliche Voraussetzung der Konferenz für Großbritannien und Frankreich sei. Damit hatte Halifax „*die offizielle Stellungnahme Frankreichs zum Konferenzplan regelrecht gefälscht*" (D. Hoggan S. 780).

Die amtliche französische Nachrichtenagentur Havas meldete am 2.9.1939: „Die französische Regierung ist gestern, wie mehrere andere Regierungen, mit einem italieni-

schen Vorschlag zur Regelung der europäischen Schwierigkeiten befaßt worden. Nach Beratung über diesen Vorschlag hat die französische Regierung eine positive Antwort gegeben" (H. Sündermann 1964, S. 66).

Hitler hat sich bereit erklärt, die Kampfhandlungen als notwendige Voraussetzung einer Konferenz einzustellen. Nachdem Chamberlain um 19.30 Uhr im Unterhaus erklärt hatte, Großbritannien könne nicht verhandeln, solange der Krieg andauere, zog Ciano um 20.00 Uhr den Konferenzvorschlag zurück. Um 20.30 Uhr teilte Bonnet Ciano mit, Frankreich habe die unmögliche britische Bedingung eines deutschen Rückzuges bislang noch nicht akzeptiert. (D. Hoggan 1976, S. 769-782).

Am 1.9. um 21.00 Uhr übergab Henderson eine Note der englischen Regierung mit der Forderung nach sofortigem Rückzug der deutschen Truppen aus Polen. In einem Telegramm wurde Henderson von Halifax beauftragt: *„Sie brauchen dieses der deutschen Regierung nicht mitzuteilen, aber Sie können es vielleicht für richtig halten, es sofort gewissen Stellen weiterzugeben, damit diese soviel Zeit haben, sich ihre Antwort zu überlegen"* (A. v. Ribbentrop 1967, S. 562). Damit sollte dem Widerstand das Signal zum versprochenen Umsturz gegeben werden, welcher der englischen Regierung die Kriegserklärung erspart hätte.

Am Abend des 1.9. beauftragte v. Ribbentrop den der deutschen Botschaft in London angehörenden Dr. Fritz Hesse, der englischen Regierung folgendes zur Kenntnis zu bringen: ***„Bitte gehen Sie sofort zu Ihrem Vertrauensmann... und erklären Sie ihm folgendes: Der Führer ist bereit, aus Polen wieder herauszugehen und Schadensersatz für den bereits angerichteten Schaden anzubieten, unter der Voraussetzung, daß wir Danzig und die Straße durch den Korridor erhalten, wenn England im deutsch-polnischen Konflikt die Vermittlung übernimmt"*** (F. Hesse 1953, S. 210). De facto kam das einer Im-Voraus-Annahme von Forderungen gleich, die das folgende britische Ultimatum enthielt. Aber Wilson, mit dem Hesse im englischen Regierungssitz sprach, lehnte ab.

Am 2.9. früh um 9.00 Uhr stellten die Briten das Ultimatum, das um 11.00 Uhr ablief und für den Fall der Nichtan-

nahme die Kriegserklärung Englands an Deutschland bedeutete. Halifax bemerkte dazu: ***„Jetzt haben wir Hitler zum Kriege gezwungen, so daß er nicht mehr auf friedlichem Wege ein Stück des Versailler Vertrages nach dem anderen aufheben kann"*** (U. Walendy 1965, S. 428). Zehn Minuten vor Ablauf der Frist teilte Dahlerus dem Foreign Office mit, Göring sei im Auftrage Hitlers bereit, sofort nach London zu fliegen. Aber auch das wurde abgelehnt.

Um 11.20 Uhr empfing v. Ribbentrop Henderson und übergab ihm die deutsche Anwort auf das Ultimatum: *„Die Deutsche Regierung und das Deutsche Volk lehnen es ab, Forderungen in Form von Ultimaten von der britischen Regierung entgegenzunehmen, zu akzeptieren, geschweige denn zu erfüllen..."* Jedes Wort der Erklärung entspricht der historischen Wahrheit (siehe Anhang A 12). Die französische Kriegserklärung erfolgte um 17.00 Uhr.

Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt von Weizsäcker, der mit dem Widerstand sympathisierte, kabelte an alle deutschen diplomatischen Missionen***: „Damit ist die Saat der Männer aufgegangen, die in England seit Jahren die Vernichtung Deutschlands predigen. Dieser Verlauf zeigt klar volle Verantwortung Englands für Kriegsausbruch"*** (H. Splittgerber 1989, S. 49).

Bereits am 29.8.1939 hatte der Präsident des Jüdischen Weltkongresses und nachmalige Staatschef Israels, Chaim Weizmann, in einem Brief an Chamberlain geschrieben: *„Ich wünsche in nachdrücklicher Form die Erklärung zu bestätigen, daß wir Juden an der Seite Großbritanniens stehen und für die Demokratie kämpfen werden. Aus diesem Grunde stellen wir uns in den kleinsten und größten Dingen unter die zusammenfassende Leitung der britischen Regierung. Die jüdische Vertretung ist bereit, in sofortige Abkommen einzutreten, um alle personelle jüdische Kraft, ihre Technik, ihre Hilfsmittel und alle Fähigkeiten nützlich einzusetzen."* Diese, von der *Times* am 5.9.1939 veröffentlichte, **vor** der Kriegeserklärung Englands abgegebene Erklärung, wurde von Richter Halevy während des Eichmannprozesses in Jerusalem als Kriegserklärung an Deutschland bezeichnet (E. Kern 1988, S. 218). Auf seiten der Alliierten haben Millio-

nen Juden gekämpft. Der Verteidiger von in Landsberg inhaftierten „Kriegsverbrechern", Rechtsanwalt E. Engelhardt, schrieb am 15.1.1969 an Bundeskanzler Kiesinger zu dieser Kriegserklärung: *„Mit demselben Recht, mit dem die USA die Staatsbürger japanischer Rasse als potentielle Staatsfeinde evakuiert haben, mit demselben Recht konnte das Deutsche Reich die deutschen Staatsbürger jüdischer Rasse als potentielle Staatsfeinde evakuieren"* (G. Müller 1994, S. 202). Als in der Auslandspresse sensationell über die Internierung dänischer Juden 1943 berichtet wurde, hat H. Sündermann als stellvertretender Pressechef der Reichsregierung beim zuständigen Reichssicherheitshauptamt um grundsätzliche Information dazu ersucht. Er erhielt die Antwort, *„daß von den im deutschen Bereich lebenden Juden feindselige Handlungen zu erwarten und Sicherungsmaßnahmen nicht nur nach Kriegsrecht zulässig, sondern auch erforderlich seien. Es wurde auf die in der Tat erstaunliche Erklärung des Zionistenführers* (und späteren Präsidenten von Israel) *Dr. Chaim Weizmann* (vom 29.8.1939) *verwiesen"* (H. Sündermann 1964, S. 198). Dieser erklärte als Präsident des Jüdischen Weltkongresses in New York am 3.12.1942: ***„Wir leugnen es nicht und haben keine Furcht, die Wahrheit zu bekennen, daß dieser Krieg unser Krieg ist und zur Befreiung des Judentums geführt wird... Und wir sind das trojanische Pferd in der Festung des Feindes. Tausende in Europa lebende Juden sind der Hauptfaktor bei der Vernichtung unseres Feindes..."*** (H. Bernhardt 1988, S. 308). Da die KZ-Problematik nicht Gegenstand dieses Buches ist, sei auf einschlägige Literatur verwiesen.

Nach Kriegsausbruch bekannte Chamberlain: ***„Amerika und das Weltjudentum haben England in den Krieg gezwungen"*** (Millis, W. 1951, S. 121, G. Franz-Willing 1979, S. 285). Chamberlain, der selber Großaktionär von Rüstungsfirmen war, die zum Konzern Imperial Chemical Industries des Lord Melchett of Langford (alias Alfred Moritz Mond) gehörten, hatte sich wohl auch deshalb in seinem Brief vom 10.9.1939 nicht den militärischen Sieg, sondern *den „Kollaps der deutschen inneren Front"* (K. Feiling, London 1946, S. 418) erhofft.

Der polnische Staatspräsident Moscicki erklärte nach der Niederlage im September 1939, daß Polen schließlich die Bedingungen Deutschlands habe annehmen wollen, von England aber daran gehindert worden sei (A. v. Ribbentrop 1974, S. 383).

H. Barnes urteilte über die Vorgänge der letzten Zeit vor Kriegsbeginn: *„Hitler war weit davon entfernt, etwa mit brutalen und unbilligen Forderungen überstürzt einen Angriffskrieg gegen Polen einzuleiten; er bemühte sich während der Augustkrise 1939 weit mehr, den Krieg abzuwenden, als der Kaiser während der Krise im Juli 1914. Und Hitlers Forderungen an Polen waren die angemessensten, die er während seiner ganzen Regierungszeit an irgendein Land richtete. Sie waren weit konzilianter als Stresemann und die Weimarer Republik es je in Betracht gezogen hätten... trugen die Engländer sowohl für den Ausbruch des deutsch-polnischen als auch des europäischen Krieges Anfang September 1939 nahezu die Alleinverantwortung. Lord Halifax, der britische Außenminister, und Sir Howard Kennard, der britische Botschafter in Warschau, waren weit verantwortlicher für den europäischen Krieg von 1939 als Sasonow, Iswolski und Poincaré für den von 1914"* (H. Barnes 1961, S. 15/16).

Das langjährige Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Senats der USA und der zeitweilige Führer der Opposition im Repräsentantenhaus, H. Fish, urteilte: *„Hätte Roosevelt die Einmischung unterlassen, die darin bestand, England und Frankreich im Glauben zu belassen, Amerika würde ihre Schlachten schlagen, dann wären sie eine friedvolle Übereinkunft im Streit mit Danzig eingegangen... Die Kriegshysterie wurde zur Raserei angeheizt. Die Haßkampagne ging vom Weißen Haus aus"* (H. Fish 1989, S. 38).

11 Die deutsche Aufrüstung bis Kriegsbeginn

Der britische Historiker A. J. P. Taylor schrieb 1961: ***„Der Zustand der deutschen Bewaffnung im Jahre 1939 liefert den***

11 Die deutsche Aufrüstung bis Kriegsbeginn

Der britische Historiker A. J. P. Taylor schrieb 1961: *„Der Zustand der deutschen Bewaffnung im Jahre 1939 liefert den*

entscheidenden Beweis dafür, daß Hitler keinen allgemeinen Krieg erwogen und wahrscheinlich Krieg überhaupt nicht beabsichtigt hatte... 1940 waren die deutschen Heerestruppen den Franzosen in allem unterlegen mit Ausnahme der Führerschaft" (U. Walendy 1965, S. 234).

Zu Kriegsbeginn gab es einen Operationsplan gegen Polen (Fall Weiß), mit dessen Ausarbeitung erst am 3.4.1939, also nach der polnischen Teilmobilmachung am 25.3.1939 und nach der englischen Garantieerklärung am 31.3.1939, begonnen worden war. Für einen Krieg im Westen gab es keinerlei Pläne. Es standen dort nur 26 Divisionen, meist Landwehr, gegen 102 französische Divisionen mit 4.000 modernen Panzern, 3.000 schweren Geschützen und 2.000 Flugzeugen (U. Walendy 1965, S. 231 f.). Die Bewaffnung war abgestellt auf die Jahre 1943, 1944. Das OKH hatte 1938 die Anweisung erhalten, sich bis 1945 dem Aufbau und der Ausbildung zu widmen und jede Kriegsvorbereitung einschließlich von Grenzsicherung zu unterlassen. Bei Kriegsausbruch waren nur zwei voll ausgebildete Jahrgänge vorhanden gegenüber allein 4,8 Millionen Ausgebildeten in Frankreich.

An Seestreitkräften waren im September 1939 vorhanden (H. Neukirchen, 1988, S. 377):

	Deutsch land	England 15	Frank reich
Schlachtschiffe	2		7
Flugzeugträger	-	6	1
Panzerschiffe	3	-	-
Schwere Kreuzer	2	15	7
Kreuzer	6	49	12
Zerstörer/Torpe doboote	34	183	72
U-Boote	57	57	78

Das am 18. Juni 1935 in London Unterzeichnete deutsch-britische Flottenabkommen hatte in der Gesamtverdrängung ein Verhältnis von 35 : 100 zur britischen Flotte und bei den

U-Booten von 45 :100 festgelegt. Es existierte ein auf 6 Jahre, also bis Ende 1944 befristeter Plan für den Aufbau der Kriegsmarine von Ende 1938, der auf eine *„Entwurfsstudie Seekriegsführung gegen England“* vom Sommer 1938 zurückging. In dieser Studie hieß es, „ *der Wille zur Ausgestaltung Deutschlands als Weltmacht... müsse...zwangsläufig zur Notwendigkeit entsprechender Kriegsvorbereitungen führen“* (H. Neukirchen, 1988, S. 373).

Zur Sicherstellung dieses Planes hatte Hitler am 27. Januar 1939 bestimmt: *„Ich befehle, daß der von mir angeordnete Aufbau der Kriegsmarine allen anderen Aufgaben einschließlich der Aufrüstung der beiden anderen Wehrmachtsteile... vorgeht“* (H. Neukirchen, 1988, S. 375).

Der Oberbefehlshaber der deutschen Kriegsmarine Admiral Raeder schrieb am 3. September 1939 eigenhändig in seiner Lagebeurteilung: *„Was die Kriegsmarine anbetrifft, so ist sie selbstverständlich im Herbst 1939 noch keinesfalls für den großen Kampf mit England hinreichend gerüstet. Sie hat zwar in der kurzen Zeit seit 1935 (Flottenvertrag) eine gut ausgebildete, zweckmäßig ausgebildete U-Boot- Waffe geschaffen, von der z. Z. 26 Boote atlantikfähig sind, die aber trotzdem noch viel zu schwach ist, um ihrerseits kriegsentscheidend zu wirken. Die Überwasserstreitkräfte sind aber noch so gering an Zahl und Stärke gegenüber der englischen Flotte, daß sie - vollen Einsatz vorausgesetzt - nur zeigen können, daß sie mit Anstand zu sterben verstehen...“* (H. Neukirchen, 1988, S. 376).

Die deutsche Luftwaffe verfügte 1939 über 1.000 zweimotorige Bomber und 1.500 Jäger (B. Klein 1959) gegenüber 7.300 Flugzeugen auf seiten Frankreichs und Englands.

England hatte seit 1934 schwere Langstreckenbomber gebaut, die 1941 für den strategischen Luftkrieg - zur völkerrechtswidrigen Bombardierung deutscher Städte - in genügender Zahl zur Verfügung standen.

Über den Stand der deutschen Aufrüstung vor Kriegsbeginn schreibt B. Klein: *„Bis zur deutschen Wiederbesetzung des Rheinlandes im Frühjahr 1936 war die Wiederbewaffnung hauptsächlich ein Mythos... Die bewaffneten Streitkräfte hatten noch nicht einmal eine wirtschaftliche Zentral-*

Verwaltung, die die verschiedenartigen Anforderungslisten auf stellen konnte... Die Vorräte an wichtigen Rohstoffen wie Kupfer, Eisenerz, Benzin, Öl und Gummi waren im August 1939 so bemessen, daß sie nur für 3-6 Kriegsmonate ausreichten... 1939 besaß die zivile Wirtschaft noch große Arbeitsreserven... Es gab keine Konzentration von Investitionen in solchen Wirtschaftsbereichen, die mit wirtschaftlicher Kriegsvorbereitung zu tun hatten... Von einem Aufrüstungsprogramm, das so umfangreich wäre, daß es eine grundlegende Wiederbelebung der zivilen Produktion verhindert hätte, kann keine Rede sein... " (B. Klein 1959).

General Jodl, Chef des Führungsstabes im OKW, erklärte am 4.6.1946 vor dem IMT Nürnberg: *„Als wir im Jahre 1935 36 Divisionen aufstellten, da besaßen Frankreich, Polen und die Tschechoslowakei 90 Friedensdivisionen und 190 im Kriege. Wir hatten kaum schwere Artillerie und die Panzerwaffe war erst in den primitivsten Anfängen... Die wirkliche Aufrüstung wurde erst nach Kriegsbeginn durchgeführt. Wir traten in diesen Weltkrieg mit etwa 75 Divisionen. 60 % der gesamten wehrkräftigen Bevölkerung waren unausgebildet, das Friedensheer war etwa 400.000 Mann stark gegenüber fast 800.000 Mann im Jahre 1914. Die Vorräte an Munition und Bomben waren geradezu lächerlich. Für 10 bis 15 Kampftage hatten wir Munition... "* (U. Walendy 1965, S. 235).

Entkleidet man die Fragestellung nach dem Stand der deutschen Kriegsrüstung im Herbst 1939 aller geglaubten oder als erwiesen geglaubten Angriffs- und Eroberungsabsichten eines nach Weltherrschaft strebenden Hitler, so ergibt sich das folgende nüchterne Bild:

Die planmäßige Aufrüstung wurde nicht vor Mitte 1938 eingeleitet und war auf einen Sechs-Jahres-Zeitraum, also bis etwa 1944, ausgelegt. Etwa für diesen Zeitpunkt wurde erwartet, daß der Aufbau des Reiches zu einer Stärke geführt haben würde, die die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen hätte abwehren können. Zum Zeitpunkt des Kriegsausbruchs im Jahre 1939 war die Aufrüstung in ihrem Beginn begriffen und nicht auf einem Stand, der das Führen eines größeren Krieges zuließ.

Ausgaben für Rüstung und Wehrmacht im Reichshaushalt:

Zeit	Ausgaben für Rüstung und Wehrmacht	Gesamt-Ausgaben	Anteil an den Gesamt-Ausgaben	Volks einkom men	Anteil am Volksein-kommen
		in Mrd. RM	in v. H.	in Mrd. RM	in v. H.
1933/34	1,9	8,1	24	46,5	4
1934/35	1,9	10,4	18	52,8	4
1935/36	4,0	12,8	31	59,1	7
1936/37	5,8	15,8	37	65,8	9
1937/38	8,2	20,1	41	73,8	11
1938/39[1]	18,4	31,8	58	82,1	22

1) Statistisches Handbuch von Deutschland, S. 555, S. 600. Hjalmar Schacht gibt in seinen Lebenserinnerungen für 1938/39 nur 11 Mrd. RM an.

12 Die Mitschuld des Widerstandes

Der Sozialrevolutionär Hitler, den man in konservative- revolutionären, der Politik und Wirtschaft nahestehenden Kreisen, *den „böhmischen Gefreiten“* nannte, stieß vor allem bei dem Teil der Elite des Kaiserreiches auf Ablehnung, der verschwommenen internationalistischen und pazifistischen Ideen anhing, dem Marxismus nichts entgegensetzen konnte und sich deshalb am Niedergang der Monarchie in Deutschland und an der Revolution von 1918 mitschuldig gemacht hatte. Zeitlich etwa, nachdem Hitler nach dem Tode des Reichspräsidenten von Hindenburg im Jahre 1934 Staatsoberhaupt und Oberbefehlshaber der Wehrmacht geworden war, was am 19.8.1934 in einer Volksabstimmung mit überwältigender Mehrheit gebilligt worden war, bildete sich eine Opposition heraus, die man heute unter dem Begriff des Widerstandes im engeren Sinne zusammenfaßt.

Verwaltung, die die verschiedenartigen Anforderungslisten aufstellen konnte... Die Vorräte an wichtigen Rohstoffen wie Kupfer, Eisenerz, Benzin, Öl und Gummi waren im August 1939 so bemessen, daß sie nur für 3-6 Kriegsmonate ausreichten... 1939 besaß die zivile Wirtschaft noch große Arbeitsreserven... Es gab keine Konzentration von Investitionen in solchen Wirtschaftsbereichen, die mit wirtschaftlicher Kriegsvorbereitung zu tun hatten... Von einem Aufrüstungsprogramm, das so umfangreich wäre, daß es eine grundlegende Wiederbelebung der zivilen Produktion verhindert hätte, kann keine Rede sein... " (B. Klein 1959).

General Jodl, Chef des Führungsstabes im OKW, erklärte am 4.6.1946 vor dem IMT Nürnberg: *„Als wir im Jahre 1935 36 Divisionen aufstellten, da besaßen Frankreich, Polen und die Tschechoslowakei 90 Friedensdivisionen und 190 im Kriege. Wir hatten kaum schwere Artillerie und die Panzerwaffe war erst in den primitivsten Anfängen... Die wirkliche Aufrüstung wurde erst nach Kriegsbeginn durchgeführt. Wir traten in diesen Weltkrieg mit etwa 75 Divisionen. 60 % der gesamten wehrkräftigen Bevölkerung waren unausgebildet, das Friedensheer war etwa 400.000 Mann stark gegenüber fast 800.000 Mann im Jahre 1914. Die Vorräte an Munition und Bomben waren geradezu lächerlich. Für 10 bis 15 Kampftage hatten wir Munition...* " (U. Walendy 1965, S. 235).

Entkleidet man die Fragestellung nach dem Stand der deutschen Kriegsrüstung im Herbst 1939 aller geglaubten oder als erwiesen geglaubten Angriffs- und Eroberungsabsichten eines nach Weltherrschaft strebenden Hitler, so ergibt sich das folgende nüchterne Bild:

Die planmäßige Aufrüstung wurde nicht vor Mitte 1938 eingeleitet und war auf einen Sechs-Jahres-Zeitraum, also bis etwa 1944, ausgelegt. Etwa für diesen Zeitpunkt wurde erwartet, daß der Aufbau des Reiches zu einer Stärke geführt haben würde, die die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen hätte abwehren können. Zum Zeitpunkt des Kriegsausbruchs im Jahre 1939 war die Aufrüstung in ihrem Beginn begriffen und nicht auf einem Stand, der das Führen eines größeren Krieges zuließ.

Ausgaben für Rüstung und Wehrmacht im Reichshaushalt:

Zeit	Ausgaben für Rüstung und Wehrmacht	Gesamt-Ausgaben	Anteil an den Gesamt-Ausgaben	Volks einkom men	Anteil am Volksein-kommen
		in Mrd. RM	in v. H.	in Mrd. RM	in v. H.
1933/34	1,9	8,1	24	46,5	4
1934/35	1,9	10,4	18	52,8	4
1935/36	4,0	12,8	31	59,1	7
1936/37	5,8	15,8	37	65,8	9
1937/38	8,2	20,1	41	73,8	11
1938/39[1]	18,4	31,8	58	82,1	22

1) Statistisches Handbuch von Deutschland, S. 555, S. 600. Hjalmar Schacht gibt in seinen Lebenserinnerungen für 1938/39 nur 11 Mrd. RM an.

12 Die Mitschuld des Widerstandes

Der Sozialrevolutionär Hitler, den man in konservative- revolutionären, der Politik und Wirtschaft nahestehenden Kreisen, den „ böhmischen Gefreiten“ nannte, stieß vor allem bei dem Teil der Elite des Kaiserreiches auf Ablehnung, der verschwommenen internationalistischen und pazifistischen Ideen anhing, dem Marxismus nichts entgegensetzen konnte und sich deshalb am Niedergang der Monarchie in Deutschland und an der Revolution von 1918 mitschuldig gemacht hatte. Zeitlich etwa, nachdem Hitler nach dem Tode des Reichspräsidenten von Hindenburg im Jahre 1934 Staatsoberhaupt und Oberbefehlshaber der Wehrmacht geworden war, was am 19.8.1934 in einer Volksabstimmung mit überwältigender Mehrheit gebilligt worden war, bildete sich eine Opposition heraus, die man heute unter dem Begriff des Widerstandes im engeren Sinne zusammenfaßt.

Im Kriegsursachen-Kriegsschuld-Zusammenhang ist hier nur von diesem Widerstand, der sich vor allem in den poli- tisch-militärischen Strukturen fand und sich nach damaligem Recht des schweren Landesverrats schuldig machte, die Rede; der ungleich härter verfolgte Widerstand anderer, z. T. in die Illegalität abgewanderter Gegner der Nationalsozialisten bleibt hier ohne Erwähnung. Hier werden auch nicht die Vorstellungen des Widerstandes zum Neubau des Reiches nach gelungener Revolution dargestellt, die sich allein bezüglich der äußeren Grenzen nicht von denen des Deutschen Reiches bei Kriegsbeginn unterschieden.

Die führenden Köpfe dieser Opposition saßen im Auswärtigen Amt, im Generalstab und an der Spitze der militärischen Abwehr. Ihre Grundüberzeugung - die sie mit den Kommunisten Thälmanns teilten - war, daß die Politik des Hasardeurs Hitler von vornherein so angelegt sei, daß sie in einen neuen Weltkrieg führen müsse. Diese Indoktrination zu verbreiten, war aber von Anfang an das Hauptziel der deutschfeindlichen Propaganda in den Massenmedien, Gremien, Clubs und Logen der Hintergrundmächte, und diese Überzeugung bestimmte schließlich das Handeln der Regierungen von England und Frankreich. Diese Überzeugung ist bis heute grundlegend für die politischen Handlungen aller Regierungen der Bundesrepublik Deutschland geblieben. Sie prägte von Beginn der deutschen Nachkriegszeit an die publizistische Tätigkeit von Presse, öffentlich-rechtlichem Rundfunk und Fernsehen sowie amtlicher und universitärer Geschichtsschreibung. Prof. B. v. Richthofen und Prof. B. Rubin waren hier einsame Ausnahmen.

In England war man bereits 1935 über eine gegen Hitler gerichtete Verschwörung und über Namen wie Canaris, die Brüder Kordt, v. Weizsäcker u. a. unterrichtet. Falschmeldungen und Desinformationen aus diesem Kreis führten mit der Maikrise 1938 zur ersten ernsthaften Kriegspsychose. Major v. Kleist-Schmenzin hatte dem britischen Journalisten und Agenten Jan Colvin Informationen gegeben: *„Hitler hat Pläne gegen Frankreich, Holland, Belgien, Dänemark, Rußland, gegen England und die Neue Welt. Er will Kanada und Sibirien annektieren...“* (A. v. Ribbentrop 1967, S. 35). Ein

deshalb von Henderson mit v. Weizsäcker geführtes Gespräch wurde sofort von Reuter vermarktet. Aus Prag wurden im Mai 1938 Meldungen von angeblichen deutschen Truppenkonzentrationen an der Grenze verbreitet, um die Teilmobilisierung zu begründen. Nach der englischen Mitteilung an den deutschen Botschafter Dirksen, *„Frankreich werde gezwungen sein, im Falle eines deutschen Angriffs zu intervenieren und England könnte... gezwungen sein einzugreifen“* (A. v. Ribbentrop 1967, S. 237), ließ Henderson seine beiden Militärattaches die Grenzgebiete gegen die Tschechei abfahren. Nachdem sie dort keine deutschen Truppen gefunden hatten, entschuldigte sich Henderson bei Ribbentrop. Doch Chamberlain schrieb noch am 28.5.1938, er selbst zweifle nicht daran, daß „ *die deutsche Regierung alle Vorbereitungen für einen Coup gemacht hatte“* (A. v. Ribbentrop 1967, S. 39).

Ähnliche Krisen aufgrund aus der Luft gegriffener Falschmeldungen des Widerstandes wie die Maikrise wiederholten sich bis zum Kriegsausbruch mehrfach. Die englische Regierung hat sich in hohem Maße von Informationen des deutschen Widerstandes beeinflussen lassen und war vermutlich deshalb noch vor Einsetzen des Einflusses Roosevelts Anfang 1939 auf die Unvermeidlichkeit eines Krieges festgelegt.

Nach dem Beginn verschärfter tschechischer Maßnahmen gegen die Sudetendeutschen und dem Eintreffen des englischen Sonderbotschafters Lord Runciman in der Tschechoslowakei am 3.8.1938 suchte der Rittmeister a. D. Koerber den englischen Militärattache Mac Farlane in Berlin als Abgesandter des Widerstandes auf. Bis zum 17.8. erschien er noch dreimal in der englischen Botschaft, um dort zu erklären, daß der Krieg gegen die Tschechei für den September beschlossen sei. Der Krieg könne nur noch durch den Umsturz des Hitler-Regimes vermieden werden.

Als Henlein bei seinem ersten Gespräch mit Runciman am 18.8. sagte, *daß „er nicht den Wunsch hat, die Staatsgrenzen der Tschechoslowakei zu zerstören, sondern lieber innerhalb dieser Grenzen eine weitgehende Autonomie erreichen möchte“,* behauptete v. Kleist-Schmenzin am gleichen Tag gegenüber Vansittart in London, daß Hitler fest zum Krieg

entschlossen sei. Der Krieg sei nur zu vermeiden, wenn die britische Regierung Hitler stoppe. Man müsse davon ausgehen, *daß keinerlei Aussicht auf vernünftige Politik in Deutschland bestehe, solange Hitler an der Spitze sei* (A. v. Ribbentrop 1967, S. 66). Ähnlich waren seine Ausführungen gegenüber Churchill. Das Foreign Office verbreitete dann den Inhalt dieser Mitteilungen. Henderson, der die Verhältnisse genauer kannte, berichtete dem Foreign Office über Hitler: *„Aber deshalb zu behaupten, er sei bereits zu einem Angriff auf die Tschechoslowakei in diesem Herbst entschlossen, halte ich für unwahr*" (A. v. Ribbentrop 1967, S. 77).

Am 1.9.1938 unterrichtete Staatssekretär v. Weizsäcker den Hohen Kommissar von Danzig, Burckhardt „... *ohne jede Vorsichtsmaßregel, wie weit er selber in die Verschwörung verstrickt war*" (A. v. Ribbentrop 1967, S. 119), daß *„Canaris wegen Beseitigung Hitlers mit General Haider in reger Verbindung war".* Burckhardt fuhr noch in der gleichen Nacht nach Bern, um diese Nachricht an den dortigen britischen Gesandten weiterzuleiten. Am 7.9. suchte der deutsche Geschäftsträger in London, Th. Kordt, Sir H. Wilson mit der gleichen Nachricht auf und überbrachte eine Botschaft von v. Weizsäcker: *„Hitler und Ribbentrop werden wahrscheinlich nicht wagen, einen Krieg zu beginnen, wenn eine offene britische Erklärung es dem deutschen Volk klar vor Augen führt, daß ein großer Krieg im Falle eines deutschen Angriffs unvermeidlich ist... Wenn die erbetene Erklärung gegeben wird, sind die Führer der Armee bereit, gegen Hitlers Politik mit Waffengewalt aufzutreten*" (A. v. Ribbentrop 1967, S. 128). Chamberlain sagte noch am 8.9. zum US-Botschafter Kennedy, daß England auch eingreifen werde, wenn Frankreich dies tue, und ordnete am 10.9. eine Teilmobilisierung der Marine an. Da Hitler in seiner außenpolitischen Rede auf dem Reichsparteitag in Nürnberg am 12.9. nicht verkündete, in das Sudetengebiet einzumarschieren, unterblieb der für den 13.9. vom Widerstand geplante Sturz Hitlers.

Die Botschaft v. Weizsäckers hatte aber noch andere weitreichende Folgen, da sie natürlich an interessierte europäische Regierungen weitergegeben wurde. So stellte sich der polnische Außenminister auf den angeblich jederzeit zu

erwartenden Sturz Hitlers ein und suchte die Verbindung zu England, vermutlich, um sich rechtzeitig rückzuversichern (A. v. Ribbentrop 1963, S. 224). Zu Beginn der deutschen Verhandlungen mit Rußland wurde Th. Kordt wiederum von v. Weizsäcker beauftragt, in London Vansittart darüber zu berichten. In seinen Erinnerungen heißt es dazu: *„denn die Zusammenballung einer Triple-Entente London-Paris- Moskau war für den Frieden immer noch wichtiger als ein Pakt Berlin-Moskau mit dem Hintergedanken einer neuen Teilung Polens."* Vansittart bemerkte dazu 1939 trocken; *„England braucht in Deutschland keinen Secret Service mehr; die Deutschen selbst kommen ja in Scharen zu uns und erzählen uns alles"* (A. v. Ribbentrop 1963, S. 415).

Am 15.9. besuchte Chamberlain Hitler auf dem Obersalzberg - allein, ohne seinen Außenminister, um Ribbentrop auszuschalten, dessen „Hauptbericht" vom 28.12.1937 und dessen bezüglich seiner Tätigkeit als Botschafter in London die „Schlußfolgerungen" vom 2.1.1938 der englischen Regierung von den Brüdern Kordt zugespielt worden waren, allerdings waren beide Berichte teilweise verfälscht und nachträglich mit beleidigenden Anmerkungen wie z. B. daß „... *ein Tritt hie und da in den Hintern der Engländer keinen Schaden anrichten könnte..."* (A. v. Ribbentrop 1975, S. 90) versehen worden. Ribbentrop hatte geschrieben, für die Engländer sei die „*balance of power"* maßgebend, *„heute glaube ich nicht mehr an eine Verständigung"* (A. v. Ribbentrop 1967, S. 97).

Aber der von Chamberlain erwartete Angriff und der Sturz Hitlers durch den Widerstand blieben aus, weil Hitler seine Zusagen vom 12.9., 15.9., 22.9. und 23.9., militärisch nichts zu unternehmen, einhielt. Damit entfiel für England jede Möglichkeit, gegen Deutschland einzuschreiten. Das englische Kabinett gab am 25.9. seine Kriegsabsichten auf. Nochmals sollte Hitler am 27.9. beseitigt werden. Aber infolge des Telefonates von Mussolini mit der Anregung zur Münchener Konferenz kam auch dieser Plan nicht zur Ausführung.

Am 11.12.1938, wenige Tage vor seiner Abreise nach London und dem Dienstantritt im Foreign Office, erhielt der

1. Sekretär der britischen Botschaft in Berlin, Kirkpatrick, von E. Kordt die - völlig frei erfundene und ziemlich absurde - Mitteilung, Hitler plane einen Uberraschungs-Luftan- griff auf London. Chamberlain ließ diese Meldung nicht nachprüfen, sondern berief zum 16.12. den Reichsverteidigungsrat ein, der beschloß, bis zum 31.3.1939 Kriegspläne auszuarbeiten. Zwei Tage vorher hatte Chamberlain von Roosevelt die schriftliche Zusage erhalten, hinter ihm würden „im Falle eines Krieges mit den Diktaturen die industriellen Ressourcen der amerikanischen Nation stehen“ (D. Bavendamm 1983, S. 437). Am 10.12.1938 wurde London ein Plan Goerdelers für einen Staatsstreich übermittelt und am 20.1.1939 die Falschmeldung, Hitler wolle demnächst die Schweiz und Holland angreifen.

Obwohl der entscheidende Anstoß von Roosevelt ausging, hatte der Widerstand auch am Zustandekommen der englischen Garantieerklärung für Polen am 31.3.1939 einen wichtigen Anteil. Damit sind nur einige der vielen und insgesamt erfolgreichen Versuche des deutschen Widerstandes erwähnt worden, England gegen das Reich einzunehmen. Ribbentrop schrieb darüber als eine seiner letzten Aufzeichnungen im IMT Nürnberg: „In London rechnete man mit der Verschwörergruppe von maßgebenden deutschen Militärs und Politikern und hoffte, dadurch zu einem leichten Sieg über Deutschland zu kommen. Diese Verschwörerkreise haben daher einen entscheidenden Anteil am Ausbruch des Krieges. Sie haben alle unsere Bemühungen, zu einer friedlichen Lösung zu kommen, vereitelt und bei der englischen Kriegsentscheidung den Ausschlag gegeben“ (A. v. Ribbentrop 1975, S. 7).

Nach Kriegsbeginn spielte der am 1.1.1935 zum Chef der Abwehr im OKW des deutschen Geheimdienstes ernannte Admiral Canaris eine verhängnisvolle Rolle. Er ließ die deutschen Operationspläne für den Westfeldzug durch Oberst Oster verraten.

Seine „Meisterleistung“ war die Verhinderung des deutschen Angriffs auf Gibraltar. Noch am 18.7.1940 bestand in Madrid die Absicht des Kriegseintritts an deutscher Seite und der Eroberung von Gibraltar. Am 9.6.1948 sagte v.

Weizsäcker im Wilhelmstraßenprozeß aus: *„Ich vereinbarte mit ihm (Canaris), daß er statt dessen den Spaniern reinen Wein einschenken und ihnen die sichere Katastrophe klarmachen sollte, in die sie unvermeidlich und unerbittlich hineinkommen würden“.* Nach mehreren Zusammenkünften von Canaris mit Franco lehnte dieser bei seinem Treffen mit Hitler in Hendeye am 23.10.1940 beides ab.

Beim Besuch Molotows Mitte November 1940 in Berlin teilte Goerdeler diesem mit, daß Hitler plane, 1941 die UdSSR anzugreifen. (N. v. Below 1990. S. 278). Die Weisung zum Fall Barbarossa war noch nicht ergangen.

Canaris war die Entzifferung des deutschen Enigma-Co- des bekannt, mit dem der Funkverkehr aus den deutschen höchsten Führungen verschlüsselt wurde, er gab aber dieses Wissen nicht weiter.

Der am 18.6.1942 als Abgesandter einer Oppositionsgruppe übergelaufene russische Oberst Kermess gab bei seiner Vernehmung durch Botschaftsrat Hilger am 7.8.1942 - Hilger hatte im April 1941 den Termin des deutschen Angriffs auf die UdSSR vom 22.6.1941 an Dekanosow verraten, - daß eine Opposition zahlreicher bekannter Persönlichkeiten und Mitglieder der Sowjetregierung bestand, die durch den Sturz Stalins hätte an die Macht kommen können und einen Separatfrieden wollte. Zwei darüber von Kermess an Hitler und an v. Ribbentrop gerichtete Schreiben sind jedoch nicht bei den Empfängern angekommen, sondern auf dem Dienstweg bei Angehörigen des Widerstandes „hängen geblieben“ (F. Becker 1995, S. 360). Damit trägt der Widerstand ein weiteres Mal die Verantwortung für die Verhinderung einer vielleicht entscheidenden Möglichkeit, den Krieg im Osten zu beenden.

Der gegen Hitler gerichtete Vernichtungswille der Opposition mußte sich gegen das eigene Land richten. Daß das auch den kirchlichen Angehörigen des Widerstandes bewußt war, sollten hier nur drei Beispiele deutlich machen: Sowohl der Theologe Prof. K. Barth: *„Ein nationalsozialistischer Sieg wäre für uns die denkbar größte Niederlage, dann lieber ein verwüstetes Deutschland“* (H. Grimm 1954, S. 417) wie ein deutscher Pfarrer auf einer Kirchenkonferenz 1941 in

Genf: „ *Ich bete für die Niederlage meines Vaterlandes. Nur durch die Niederlage können wir Sühne leisten für die furchtbaren Verbrechen, die wir gegen Europa und die Welt begangen haben* “ (H. Grimm 1954, S. 417). Sie stellten die Vernichtung des Nationalsozialismus höher als den Erhalt des Vaterlandes, und Bonhoeffer sagte in aller Klarheit: *„Aber das Bekenntnis muß gerettet werden, auch wenn ein ganzes Volk dafür zugrunde geht... Ich bete für die Niederlage meines Vaterlandes“* (F. J. Strauß 1984, S. 55).

Weil nur eine deutsche Niederlage dem Widerstand die Möglichkeit gab, den „Schlag gegen Hitler“ zu führen, konnte er erst 1944 ausgeführt werden. Deutschlands Kriegsgegner hatten aber bereits im Januar 1943 in Casablanca beschlossen, die bedingungslose Kapitulation Deutschlands zu erzwingen. Daß der Widerstand daran nichts mehr ändern konnte, war klar. Noch zwei Tage vor dem Attentat am 20.7.1944 betonte Roosevelts Sonderbotschafter Dulles in Madrid gegenüber Otto John, daß die Alliierten auch nicht mit einer deutschen Putschregierung verhandeln würden. John hatte den Attentäter Oberst Graf v. Stauffenberg noch unmittelbar vor dem Attentat darüber informiert (F. Becker 1995, S. 363).

Vor Verlassen des Kartentisches im Führerhauptquartier bat Stauffenberg Admiral Voß auf seine Aktentasche zu achten, welche die Bombe enthielt, die ihm den Tod brachte.

Den Attentäter, der nach gelungener Tat eine wichtige Rolle spielen wollte, der das Leben von fünf mitwissenden und nichtwissenden Kameraden opferte und sich auf dem Rückflug nach Berlin selbst zum General beförderte, trifft der Makel der Unehrenhaftigkeit, eine Bombe zu zünden und sich dann abzusetzen.[8]

8 „Hitler hat durch den Obergruppenführer Dr. Martin, Führer des SS-Oberabschnittes Mittelfranken, General der Polizei, - der mir dies selbst eingehend im Lager Hersbruck später erzählte - der Witwe oder Mutter des Grafen Stauffenberg kondolieren und einen großen Blumenstrauß überreichen lassen... Und da im Volk eine große Empörung gegen den Grafen Stauffenberg herrschte, hat Hitler die Familie schützen lassen“ (schrieb Prinz zu Schaumburg- Lippe 1976)

Am Tage des Attentats auf Hitler kommentierte der britische Rundfunk BBC: „... *daß auch eine neue deutsche Regierung nur einen gemeinsamen Frieden mit Ost und West auf der Grundlage einer bedingungslosen Kapitulation zu erwarten habe*“ (U. Walendy 1967, S. 105). Nach dem Attentat erhielt die Gestapo nach einer Sonderanweisung Churchills von einem britischen Abwehroffizier in Bern Listen mit Namen, Stellung und Anschrift der Verschwörer, die mit der britischen Regierung vor dem Kriege in Verbindung standen (G. Douglas 1996).

Generaladmiral Böhm urteilte: *„Ich lehne die Tat des 20. Juli ab, weil sie sachlich betrachtet von völlig falscher Beurteilung der Lage ausgeht, außen- wie innenpolitisch. Außenpolitisch war auch bei geglücktem Attentat keine andere Haltung der Siegermächte zu erwarten..., daß der (bei Hitlers Tod) unzweifelhaft eintretende Bürgerkrieg mit schwersten blutigen Opfern den sofortigen Zusammenbruch der Fronten und dadurch die Gefangennahme und Verschleppung von noch mehr Millionen deutscher Soldaten und Zivilisten nach dem Osten verursacht hätte, als dies ohnedies geschah*“ (H. Splittgerber 1989, S. 68). In einer Denkschrift für das IMT Nürnberg vom 19.11.1945 schreiben die Generalfeldmarschälle v. Brauchitsch, v. Manstein, Generaloberst Haider und die Generale Warlimont und Westphal: „ *Offiziere, die in christlichem Glauben erzogen waren... finden in ihrer Lebensauffassung keinen Platz dafür, den Eid, den sie ihrem Oberbefehlshaber geschworen haben, zu brechen, noch gar, ihn zu töten... Es konnte auch nicht die Aufgabe der führenden Offiziere sein, der Armee das Rückgrat zu brechen... Mit dem größten Jahrhundertverbrechen, dem Diktat von Versailles, hätten auch die Verschwörer davon ausgehen müssen, daß die Alliierten 1939 zur endgültigen Vernichtung des deutschen Volkes angetreten waren.“* Generaloberst Guderian urteilte: *„Noch niemals hat man sich im preußisch-deutschen Reich eines Staatsoberhauptes durch Mord entledigt. Deshalb und weil es nicht glückte, wird der 20. Juli ein ewiger Schandfleck in unserer Geschichte sein. “„Ich bin gehorsamer Soldat gewesen und habe darin meine Ehre erblickt, den Gehorsam, den*

ich geloht habe, zu halten. Alle diejenigen, die versucht haben, mit mexikanischen Gangstermethoden diesen Gehorsam zu brechen, verdienen meine Verachtung. Das Schicksal hätte doch seinen Lauf genommen, daran hätten auch diese Leute nichts geändert" (Kriegstagebuch des OKW, Band IV, S. 1500). Und von Papen: „ *Wer hat das Recht, den Verrat des Vaterlandes von mir zu fordern, wenn die Beseitigung des Staatsoberhauptes mein Land und Volk nur noch tiefer ins Verderben stürzt?"* (F. v. Papen 1952, S. 664). Nach dem Attentat wurde durch Kontrolle der Feldpost festgestellt, daß von 20.000 kontrollierten Soldaten das Attentat nur von wenigen gebilligt wurde.

Der Widerstand hatte durch Canaris an der Spitze der deutschen Abwehr zu sämtlichen militärischen und durch Staatssekretär v. Weizsäcker im Auswärtigen Amt zu sämtlichen politischen Informationen Zugang, über die das Deutsche Reich verfügte. Obwohl er damit genau über die politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Hintergründe des Krieges gegen Deutschland wie über die Risiken und möglichen Folgen eines inneren Umsturzes unterrichtet gewesen sein muß, benutzte der Widerstand den Krieg gegen Deutschland als Mittel zur Beseitigung Hitlers. Canaris sagte: *„Ein Unglück, das aber noch viel größer wäre als diese Katastrophe* (der Niederlage Deutschlands), *wäre der Triumph dieses Systems, das mit allen nur irgendwie möglichen Mitteln zu verhindern, der letzte Sinn und Zweck unseres Kampfes sein muß"* (A. v. Ribbentrop 1967, S. 598).

Der Widerstand schreibt sich selbst einen entscheidenden Anteil an der militärischen Niederlage zu. Der ehemalige Generalstabschef Generaloberst Beck erklärte 1943 gegenüber Goerdeler: *„Man verfügt jetzt über genug Vertrauensleute in Kommandostellen der Ostfront, so daß man den Krieg bis zum Zusammenbruch regulieren könne. Diese Vertrauensleute arrangieren z. B. Rückzüge ihrer Einheiten, ohne jeweils die Nachbareinheiten zu benachrichtigen"* (H. Splittgerber 1989, S. 66). Wieviel Hunderttausende deutscher Soldaten im Zuge dieser Regulierung des Zusammenbruchs der Ostfront zusätzlich starben, hat die Zeitgeschichte bisher nicht interessiert. Generalmajor von Tresckow, einer der

Hauptakteure der Verschwörung, war Generalstabschef der Heeresgruppe Mitte. Ähnliches vollzog sich nach der Invasion in Frankreich 1944 und ist z. B. mit dem Namen von General Speidel verknüpft (P. Dehoust 1984, S. 192 f.). Aufgrund von Mitteilungen des Widerstandes konnte Dulles schon im April 1944 nach Washington melden, daß deutsche Generäle an der Westfront bereit seien, die Landung alliierter Truppen zu erleichtern.

Nach jüngsten Erkenntnissen trägt der Widerstand die volle Verantwortung für das Ende der 6. Armee in Stalingrad. Am 16.8.1942 befahl Hitler, hinter die rumänischen, italienischen und ungarischen Verbände, an deren Frontabschnitt nach dem 19.11. dann der Durchbruch der russischen Kräfte zum Einschluß der 6. Armee erfolgte, schwere Artillerie, Pak und frische deutsche Kräfte zu postieren, was von Haider nicht ausgeführt wurde. Die Verlegung der 5. russischen Panzerarmee hinter diese Einbruchsstelle war im OKH seit dem 10.11. bekannt, wurde aber an das OKW und das Führerhauptquartier bis nach erfolgtem Durchbruch nicht weitergegeben. Dafür und für die Nichtweitergabe weiterer Lagemeldungen und Weitergabe irreführender Stärkemeldungen der russischen Kräfte war Oberst i. G. v. Roenne, Mitglied der „Schwarzen Kapelle“ im OKH und Mitglied der Widerstandsgruppe um Stauffenberg, verantwortlich. Er wurde nach der Revolte vom 20.7.1944 zum Tode verurteilt. Eine Verschwörergruppe „Werther“ im OKW und OKH meldete telefonisch aus Berlin (Oberst v. Hassel) an einen Geheimsender in der Schweiz unmittelbar die höchsten Befehle (O. Remer 1993, S. 172, S. 185, F. Becker, Huttenbriefe 2001, S. 5 f).

Der Zusammenbruch der Ostfront 1944 hatte das Vordringen der Russen bis über die Elbe zur Folge und endete mit der Vertreibung von 18 Millionen Deutschen, und fast drei Millionen erlitten dabei den Tod. Am Ausmaß dieser Katastrophe trug der Widerstand einen beträchtlichen Teil der Verantwortung.

Als Gesamtbeurteilung des Widerstandes schrieb A. v. Ribbentrop 1974, S. 40 f.: *„Die verantwortlichen Männer der deutschen Opposition hatten nach Ausbruch des Krieges nicht den Mut, den Umsturz zu versuchen, und brachen so-*

mit auch ihr Versprechen, das sie der englischen Regierung gegeben hatten, nachdem sie den Eid, den sie ihrem Volke gegenüber eingegangen waren, in den vorangegangenen Jahren laufend gebrochen hatten... diese Leute, die als höchste Würdenträger des Reiches Landesverrat in unvorstellbarem Ausmaß begehen, die vorgeben, ihrem Gewissen gefolgt zu sein, indem sie einen Weltkrieg provozierten, genau wissen, daß jeder von ihnen das Problem mit einer Pistole und dem persönlichen Einsatz hätte lösen können... Der Landesverrat, wie er hier betrieben wurde und wie er heute in Deutschland gewürdigt wird, legt die Axt an die Wurzeln der Kräfte, die eine menschliche Gemeinschaft letztlich ermöglicht. Wenn Leute in höchsten politischen und militärischen Positionen des Reiches eine fremde Macht veranlassen, das eigene Land mit einem Krieg zu überziehen, und dann das persönliche Risiko scheuen, die Konsequenzen zu ziehen, ehe der alles verheerende Krieg eingesetzt hat, und sich im folgenden darauf beschränken, die Kriegsanstrengungen zu sabotieren, was Hunderttausende, wenn nicht Millionen deutscher Soldaten das Leben gekostet hat, dann war das zu allen Zeiten, und das wird für immer so bleiben, ein fluchwürdiges Verbrechen

Der ehemalige Bundestagspräsident Dr. E. Gerstenmaier schrieb in der FAZ am 21.3.1975: „ Was wir im deutschen Widerstand während des Krieges nicht wirklich begreifen wollten, haben wir nachträglich vollends gelernt: daß dieser Krieg schließlich nicht gegen Hitler, sondern gegen Deutschland geführt wurde. “

Eine gründliche Untersuchung des Widerstandes müßte im übrigen herausarbeiten, in welchem Umfang Personen und Gruppen innerhalb des Widerstandes aus patriotischen und antitotalitären Motiven heraus handelten und in welchem Umfang ein deutschfeindliches und bewußt sich mit dem Feind verschwörendes Verhalten vorlag und in Beziehung stand zu einer Mitgliedschaft in freimaurerischen und anderen imperialistischen und internationalistischen Zirkeln. Dann ließe sich auch klären, inwiefern der Widerstand, wie Weizmann formulierte, das „ trojanische Pferd in der Festung des Feindes “ war, d. h. der verlängerte Arm des eigent-

lichen Feindes, nicht irgendwelcher gegen Deutschland in den Krieg geschickter Völker, sondern bestimmter imperialistischer, gegen die Freiheit und Selbstbestimmung der Völker gerichteter Hintergrundmächte, wie wir sie in freimaurerischen u. a. Kreisen vorfinden.

13 Der Luftkrieg gegen Deutschland

(nach M. Czesany 1986)

Die Haager Landkriegsordnung von 1907 spricht mit dem Art. 25 das Verbot aus, unverteidigte Städte, Dörfer oder Gebäude mit welchen Mitteln der Landkriegsführung auch immer anzugreifen und zu zerstören. Dieses auf den Schutz der Zivilbevölkerung abzielende Verbot mußte gleichermaßen in der Ausdehnung auf Luftstreitkräfte gelten, die zweifellos nur deshalb nicht ausdrücklich erwähnt waren, weil sie 1907 noch keine nennenswerten Zerstörungswirkungen erzielen konnten. Die Mächte, die am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatten, bekannten sich noch einmal ausdrücklich zur Haager Landkriegsordnung von 1907. Aber erst mit dem Genfer Abkommen vom 12.8.1949 wurde präzisiert, daß Angriffe auf zivile Objekte, Kulturgüter und Zivilpersonen durch Flugzeuge zu Kriegsverbrechen gegen die Menschlichkeit erklärt werden, die nicht verjährbar sind. Im Gegensatz dazu waren die Planungen für die deutsche Luftwaffe von Anfang an auf die Kampfführung besonders zusammen mit dem Heer abgestellt.

Obwohl das Deutsche Reich nach dem Versailler Diktat keine Militärflugzeuge besitzen durfte, die England Anlaß zu Gegenmaßnahmen hätten geben können, wurden dort bereits Mitte der zwanziger Jahre Studien für eine strategische Luftkriegsführung aufgenommen, denen ab 1932 konkrete Planungen folgten. Aus diesen Planungen heraus entstanden ab 1934 Entwicklungen für Langstreckenflugzeuge, die ab 1936 in Serie gingen. Damit stand den Engländern ab 1941 ein ausreichendes Potential für den strategischen Luftkrieg zur Verfügung.

lichen Feindes, nicht irgendwelcher gegen Deutschland in den Krieg geschickter Völker, sondern bestimmter imperialistischer, gegen die Freiheit und Selbstbestimmung der Völker gerichteter Hintergrundmächte, wie wir sie in freimaurerischen u. a. Kreisen vorfinden.

13 Der Luftkrieg gegen Deutschland

(nach M. Czesany 1986)

Die Haager Landkriegsordnung von 1907 spricht mit dem Art. 25 das Verbot aus, unverteidigte Städte, Dörfer oder Gebäude mit welchen Mitteln der Landkriegsführung auch immer anzugreifen und zu zerstören. Dieses auf den Schutz der Zivilbevölkerung abzielende Verbot mußte gleichermaßen in der Ausdehnung auf Luftstreitkräfte gelten, die zweifellos nur deshalb nicht ausdrücklich erwähnt waren, weil sie 1907 noch keine nennenswerten Zerstörungswirkungen erzielen konnten. Die Mächte, die am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatten, bekannten sich noch einmal ausdrücklich zur Haager Landkriegsordnung von 1907. Aber erst mit dem Genfer Abkommen vom 12.8.1949 wurde präzisiert, daß Angriffe auf zivile Objekte, Kulturgüter und Zivilpersonen durch Flugzeuge zu Kriegsverbrechen gegen die Menschlichkeit erklärt werden, die nicht verjährbar sind. Im Gegensatz dazu waren die Planungen für die deutsche Luftwaffe von Anfang an auf die Kampfführung besonders zusammen mit dem Heer abgestellt.

Obwohl das Deutsche Reich nach dem Versailler Diktat keine Militärflugzeuge besitzen durfte, die England Anlaß zu Gegenmaßnahmen hätten geben können, wurden dort bereits Mitte der zwanziger Jahre Studien für eine strategische Luftkriegsführung aufgenommen, denen ab 1932 konkrete Planungen folgten. Aus diesen Planungen heraus entstanden ab 1934 Entwicklungen für Langstreckenflugzeuge, die ab 1936 in Serie gingen. Damit stand den Engländern ab 1941 ein ausreichendes Potential für den strategischen Luftkrieg zur Verfügung.

Die Reichsregierung hatte sowohl vor wie ab 1933 bei allen Abrüstungskonferenzen gefordert, den Luftkrieg gegen die wehrlose Bevölkerung grundsätzlich zu verbieten. Keiner dieser Konferenzen gelang es, verbindliche Beschlüsse gegen diese Art der Kriegsführung zu fassen, obwohl sie dem Sinn nach eindeutig unter das Verbot nach Art. 25 der Haager Landkriegsordnung fallen mußte und ohne Zweifel völkerrechtswidrig war. Nach der Genfer Abrüstungskonferenz 1937 sagte Baldwin, britischer Lordpräsident des Staatsrates: „Die einzige Verteidigung ist der Angriff, d. h. also, man muß mehr Frauen und Kinder töten als der Feind, wenn man sich selber schützen will.“ Schon 1925 schrieb Churchill wörtlich fast das gleiche: „Vielleicht wird es sich das nächste Mal darum handeln, Frauen und Kinder oder die Zivilbevölkerung überhaupt zu töten...“ (FAZ 15.4.1985). Churchill sagte während der Sitzung des Verteidigungskomitees am 16.11.1942: „Es darf keine Anstrengung gescheut werden... die Bevölkerung zu terrorisieren und paralysieren“ (Gilbert, Churchill, 1966). Chamberlain, der über die laufenden Planungen der Royal Air Force hinreichend unterrichtet gewesen sein muß, antwortete am 21.6.1938 auf eine Unterhausanfrage mit der scheinheiligen Versicherung: „...daß wir jede Erklärung..., wonach es zu einer absichtlichen Politik gehört, durch Demoralisierung der Zivilbevölkerung mit Bombenangriffen aus der Luft einen Krieg gewinnen zu wollen, gar nicht scharf genug verurteilen können. Das läuft dem Völkerrecht völlig zuwider.“ Am 1.9.1939 forderte Roosevelt in einer Note das gleiche, obwohl auch hier die Aufrüstung auf vollen Touren lief und der Aufbau einer großen Bomberflotte betrieben wurde.

Bei Kriegsbeginn erhielt die deutsche Luftwaffe den Befehl, sich in ihrer Kampfführung auf militärische Objekte zu beschränken; vor den Feindflügen erfolgten kriegsvölkerrechtliche Belehrungen. Der Befehl galt bis Kriegsende, wurde aber begrenzt aufgehoben, nachdem sich Hitler entschloß, auf die zahlreichen britischen Bombenangriffe gegen zivile Ziele in Deutschland mit Bomben- und später mit Raketenangriffen auf britische Städte zu antworten. In der Luftwaffendienstvorschrift LDV 16 hieß es: „Der Angriff

auf Städte zum Zwecke des Terrors gegen die Zivilbevölkerung ist grundsätzlich abzulehnen. "

Die Flächenbombardierungen deutscher Städte wurden von den Alliierten mit den deutschen Luftangriffen auf Warschau 1939 und Rotterdam 1940 entschuldigt. Aber dem Angriff auf Warschau gingen vergebliche deutsche Übergabeangebote, vergebliche Angebote zur Evakuierung der Zivilbevölkerung und die Verzögerung des Angriffs, um diese Evakuierungen zu erreichen, voraus. Vor der Bombardierung von Rotterdam erging eine solche Übergabeaufforderung. Die Bombardierung wurde sofort eingestellt, als der Luftwaffe die Übergabe bekannt geworden war. Bei den Rückzügen 1944 wurden Rom und Paris zu offenen Städten erklärt und vor Zerstörung bewahrt.

Bereits im September 1939 erfolgten die ersten englischen Luftangriffe auf Wilhelmshaven und Cuxhaven. Das Friedensangebot Hitlers, das er in seiner Rede vom 19.7.1940 machte, wurde mit gezielten englischen Angriffen auf unersetzliche Kulturstätten wie das Goethe-Haus in Weimar und das Bismarck-Mausoleum in Friedrichsruh beantwortet. Auf der Sitzung des obersten Rates in London am 17.11.1939 wurde bestätigt, daß der Generalstab der britischen Luftwaffe einen Plan zur Zerstörung des Ruhrgebietes ausgearbeitet hatte, der bereits auf dem konzentrierten Einsatz von Langstreckenbombern beruhte. Am 8.7.1940 schrieb Churchill in sein Tagebuch: *„Es gibt nur ein Mittel, das ihn* (gemeint ist die deutsche Wehrmacht) *in die Knie zwingen wird, und das ist die totale Verwüstung, eine Ausrottung der Naziheimat durch massive Bombenangriffe... Einen anderen Weg sehe ich nicht"* (A. Schimmelpfennig 1994, S. 169).

Am 14.9.1940, vier Monate, nachdem die Engländer ihren Bombenterror gegen die deutsche Zivilbevölkerung mit dem Angriff auf Mönchengladbach am 15. und 16.5. begonnen hatten, lehnte Hitler es ab, englische Wohnviertel zur Erzeugung einer Massenpanik zu bombardieren. Und noch im März 1942 verbot er einen Vergeltungsangriff auf London (K. Pingel, 1999).

Nach wiederholten Warnungen durch die Reichsregierung erfolgte der Vergeltungsangriff auf Conventry am 14.

und 15.11.1940, der in erster Linie den mitten in der Stadt liegenden Rüstungswerken galt, aber unter der Zivilbevölkerung der Stadt etwa 550 Todesopfer forderte.

Anfang 1942 legte Lindemann, der als Lord Cherwell dem Kabinett angehörte, einen Plan für Flächenbombardierungen der Wohngebiete deutscher Städte vor, nach dem dann verfahren wurde. Die wesentlichen Teile dieses Planes waren bereits Jahre vor Kriegsausbruch entwickelt worden (siehe Spaight, 1944). Um herauszufinden, wieviele Brandbomben zur Vernichtung einer Kleinstadt zu planen waren, wurden damals Versuche an materialgetreuen Modellbauten unternommen, die deutschen Haustypen nachgebildet waren. Der englische Kommandant der Bomberflotte, Harris, wurde für das Kriegsverbrechen des Luftkrieges geadelt und mit einem Denkmal ausgezeichnet. Er schrieb: „Es muß mit Nachdruck gesagt werden, daß, von Essen abgesehen, wir niemals ein besonderes Industriewerk als Ziel gewählt hatten... unser eigentliches Ziel war immer die Innenstadt“ (E. Kern 1938, S. 281).

Unermeßliche Menschenverluste unter der Zivilbevölkerung forderte der strategisch völlig sinnlose Luftangriff auf Dresden am 13. und 14. Februar 1945 mit vermutlich etwa 300.000 Toten - mehr, als nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki gezählt wurden. Um die auf besonders hohe Verluste abzielende Vorausplanung hat sich Ciurchill: („Sie sollen im eigenen Fett braten...“) besonders verdient gemacht. Für seine gesamten „Verdienste“ um Europa erhielt er nach 1945 den Karlspreis der Stadt Aachen. Bei der Einsatzbesprechung vor dem Angriff sagte der leitende Nachrichtenoffizier: „Dies wird eine Nacht des Abschlachtens von Zivilisten sein“ (K. Pingel 1999).

Bei der offiziellen Gedenkfeier in Dresden 1990 nannte David Irving als Redner die annähernd wahren Verlustzah- len. Bei späteren offiziellen Gedenkfeiern in Dresden nannten deutsche Politiker andere Zahlen, die nur noch bei etwa einem Zehntel lagen.

Die Gesamtzahl der Luftkriegstoten Deutschlands wird vom Statistischen Bundesamt mit 593.000 angegeben. Da im gleichen Zusammenhang für den Luftangriff auf Dresden

nur 30.000 Tote genannt werden, ist die amtliche Gesamtzahl anzuzweifeln, sie ist wahrscheinlich weit untertrieben. Czesany spricht (Leoni 1986) von einer Gesamtzahl von rund 1.000.000 Luftkriegstoten, die er ermittelt haben will. Mehr als jeweils 50.000 Tote hatten die Städte Berlin, Dresden, Hamburg zu beklagen, mehr als jeweils 10.000 Tote Darmstadt, Duisburg, Düren, Kassel, Köln, Magdeburg, Pforzheim, Wien und mehr als 1.000 Tote 42 weitere Städte (E. Kern 1988, S. 280; siehe auch Anhang B3).

Noch nach Beginn des Kriegsjahres 1945, als der Krieg bereits entschieden war, wurden planmäßig Städte mit größtem kulturhistorischem Wert zerstört, die Altstädte von Nürnberg, Würzburg, Nordhausen, Bayreuth, Dresden und Potsdam gingen unwiderruflich verloren.

Dieser Zerstörungswille, der ein immenses technisches Potential einsetzte, um sich mit größter Energie allein dem Terror gegen die Zivilbevölkerung und der Vernichtung von Kulturgut hinzugeben, war gegen das deutsche Volk selbst und seine Zivilisation gerichtet und hatte darin in den letzten 2.000 Jahren europäischer Geschichte nur eine Entsprechung: die asiatischen Einfälle nach Europa um 1240. Die britische und die damit einhergehende US-amerikanische Strategie und Taktik des Bombenterrors ist die „unzivilisierteste Art der Kriegsführung, die die Welt seit den Verheerungen der Mongolen gesehen hat“, kommentierte der englische Kriegshistoriker Liddell Hart, und sie wurde in den Kriegen gegen den Irak, gegen Serbien und gegen Afghanistan fortgesetzt.

Hier muß auch der Entwicklung - die von A. Einstein bereits vor Kriegsbeginn am 2.8.1939 Roosevelt nahegebracht wurde (Anhang A13) - und des Einsatzes der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki mit ihren fürchterlichen Folgen in der betroffenen Zivilbevölkerung gedacht werden. Kriegsverbrechen ähnlicher Art wiederholten sich mit der Entwicklung der Urankerngeschosse und -bomben durch die USA, die mit ihrer Anwendung im Kriege gegen den Irak 1991 und gegen Serbien 1999 zur radioaktiven Verseuchung und zum Teil auch Unbewohnbarkeit ganzer Landstriche führten.

14 Deutsche Friedensbemühungen nach Kriegsbeginn und der Krieg bis zum 22.6.1941

Während des Krieges gingen Friedensbemühungen von verschiedenen deutschen Seiten aus. Nimmt man die des deutschen Widerstandes hinzu, so waren es etwa 35 bis 40 Versuche, den Frieden wiederherzustellen oder nach abgeschlossenen Kriegshandlungen zu einem Friedensschluß zu gelangen, die alle an der Gegenseite scheiterten (W. Hackert 1992). Hier wird nur auf die etwa 20 offiziellen Bemühungen der deutschen Regierung eingegangen.

Eine einzige Bemühung um einen englisch-deutschen Ausgleichsfrieden ist erwähnenswert, die des abgedankten englischen Königs Eduard VIII. als nachmaligem Herzog von Windsor, nach der französischen Niederlage 1940, von der iberischen Halbinsel aus, die aber scheiterte.

Nach Kriegsbeginn setzte Dahlerus seine Friedensbemühungen von Stockholm aus über den dortigen britischen Gesandten fort. Er unterrichtete über die deutsche Haltung, daß die deutsche Luftwaffe nur zu Vergeltungsflügen gegen England eingesetzt würde, und die Bereitschaft Deutschlands, den polnischen Staat wiederherzustellen sowie auch die Diskriminierung von Juden einzustellen, wenn England zu erkennen geben würde, daß es den Frieden wiederherstellen will. Am 18.9. wiederholte Göring diese Vorschläge auf dem gleichen Wege nochmals und gab die Zusage zur Abrüstung unter internationaler Aufsicht. Über Rosenbergs Verbindung zum baltischen Baron de Ropp, der Berater im britischen Luftwaffenministerium war, ließ Hitler am 29.9. den Engländern mitteilen, an der Weichsel solle gegen die Russen eine große Befestigungslinie angelegt werden. Am 29.9. unterbreitete Dahlerus Chamberlain und Halifax in London neue Friedensvorschläge Görings, die den endgültigen Verzicht auf Forderungen nach Rückgabe von Kolonien mit dem Vorschlag einer Welthandelskonferenz verbanden, ein Treffen Görings mit dem englischen Generalstabschef Ironside zum Zweck von Friedensverhandlungen vorsahen sowie eine deutsche Volksabstimmung darüber in Aussicht stellten. Alle Vor-

schläge wurden abgelehnt. Dahlerus wurde schließlich die Einreise nach England verweigert (W. Hackert 1992).

Nach dem Feldzug gegen Polen appellierte Hitler in einer Rede im Berliner Sportpalast am 6.10.1939 an England und Frankreich: „ Weshalb soll nun der Krieg im Westen stattfinden? Für die Wiederherstellung Polens? ... Was soll sonst der Grund sein? Hat Deutschland an England irgendeine Forderung gestellt, die etwa das britische Weltreich bedroht oder seine Existenz in Frage stellt? Nein, im Gegenteil, weder an Frankreich noch an England hat Deutschland eine solche Forderung gestellt. Soll dieser Krieg aber wirklich nur geführt werden..., um das jetzige Reich wieder zu zerschlagen und mithin ein neues Versailles zu schaffen ?

Man hat seit vielen Jahren der deutschen Außenpolitik Ziele angedichtet, die höchstens der Phantasie eines Gymnasiasten entspringen könnten. In einem Augenblick, da Deutschland um die Konsolidierung seines Lebensraumes ringt, der nur wenige 100.000 Quadratkilometer umfaßt, erklären unverschämte Zeitungsschreiber in den Staaten, die selbst 40 Millionen Quadratkilometer beherrschen, Deutschland strebe seinerseits nach der Weltherrschaft. Die deutschrussischen Abmachungen müßten gerade für die besorgten Advokaten der Weltfreiheit eine ungeheure Beruhigung darstellen, denn sie zeigen ihnen doch wohl in authentischer Weise, daß alle diese Behauptungen eines Strebens Deutschlands nach dem Ural, der Ukraine, Rumänien usw. nur eine Ausgeburt ihrer erkrankten Marsphantasie waren.

Welches sind nun die Ziele der Reichsregierung in bezug auf die Ordnung der Verhältnisse in dem Raum, der westlich der deutsch-sowjetrussischen Demarkationslinie als deutsche Einflußsphäre anerkannt ist?

Die Schaffung einer Reichsgrenze, die - wie schon betont den historischen, ethnographischen und wirtschaftlichen Bedingungen entspricht.

Die Ordnung des gesamten Lebensraumes nach Nationalitäten, d. h.: eine Lösung jener Minoritätenfragen, die nicht nur diesen Raum berühren, sondern die darüber hinaus fast alle süd- und südosteuropäischen Staaten betreffen.

3. In diesem Zusammenhang: Der Versuch einer Ordnung und Regelung des jüdischen Problems (!).
4. Der Neuaufbau des Verkehrs- und Wirtschaftslebens zum Nutzen aller in diesem Raum lebenden Menschen.
5. Die Garantie der Sicherheit dieses ganzen Gebietes und
6. die Herstellung eines polnischen Staates, der in seinem Aufbau und in seiner Führung die Garantie bietet, daß weder ein neuer Brandherd gegen das Deutsche Reich entsteht, noch eine Intrigenzentrale gegen Deutschland und Rußland gebildet wird“ (M. Domarus 1988, S. 1391).

Hitler bezieht sich hier direkt auf das seit langem sichtbare Bestreben der alliierten Propaganda, der Politik des Deutschen Reiches als Hauptziel das „ deutsche Streben nach Lebensraum im Osten“ anzulasten. Die generalisierte Unterstellung dieser angeblichen Eroberungsabsichten hatte lange begonnen, bevor die eigentliche deutsche Aufrüstung einsetzte und bevor der Krieg mit Polen ausbrach. Insbesondere aber befand sich diese Unterstellung völlig im Widerspruch zu den deutschen Bemühungen um friedliche Regelungen mit Polen (siehe Kapitel 10), um die staatliche Wiederherstellung Polens (siehe Kapitel 15) und um Frieden mit Frankleich und England, aber auch im völligen Widerspruch zu dem für die erfolgreiche Führung eines großen Krieges viel zu geringen Militär- und Rohstoffpotential und erst recht im Widerspruch zu den viel zu geringen Aufrüstungsbemühungen der Deutschen zwischen 1933 und 1938. Deutschland war zu Kriegsbeginn nicht kriegsbereit, man sehe sich das Luftwaffen-, das Panzer-, das Flotten-, das Munitions- und Rohstoffpotential an (siehe Kapitel 11); man bedenke die Tatsache, daß die Mehrzahl der wehrfähigen Männer nicht ausgebildet war, man bedenke die militärische Stärke der Gegner, die ein Vielfaches der deutschen betrug.

Erst nach Ablehnung des erneuten Friedensangebotes ordnete Hitler die Planung für einen Westfeldzug an.

Nachdem auch Bemühungen, den schwedischen König in Friedensvermittlungen einzuschalten, gescheitert waren, resignierte Dahlerus und legte dem schwedischen Ministerpräsidenten einen Abschlußbericht vor.

Daraufhin unternahm Göring über den Ölmillionär W. R. Davies, der Roosevelts Wahlkampagne mit 300.000 Dollar unterstützt hatte, selbst den Versuch, zu Roosevelt noch vor dessen Wiederwahl Verbindung zu erhalten. Davies sollte dem Präsidenten folgendes mitteilen: *„Sie können Mr. Roosevelt sagen, daß Deutschland, wenn er vermitteln will, einer Regelung zustimmen wird, durch die ein neuer polnischer Staat und eine unabhängige tschechische Regierung ins Leben träten" (W.* Hackert 1992). Der Besuch von Davies bei Roosevelt kam nicht zustande; im Gegenteil, Davies mußte sich sogar den Paß abnehmen lassen. Dieselben Vorschläge wurden Roosevelt nochmals über den Präsidenten von General Motors, J. D. Mooney, der gleichzeitig die Opelwerke in Rüsselsheim leitete, gemacht, wobei zusätzlich der Rücktritt der Reichsminister Goebbels und v. Ribbentrop angeboten und die Kündigung der Bündnisse mit Japan und der UdSSR in Aussicht gestellt wurde. Dem folgten weitere vergebliche Bemühungen über Norwegen, und auch Dahlerus machte nach Beginn des russischen Angriffs auf Finnland im Dezember 1939 über den Unterstaatssekretär Cadogan im Foreign Office noch einen letzten Versuch.

Auf die deutschen Friedensangebote gab Churchill im November 1939 die bündige Antwort: *„Dieser Krieg ist ein englischer Krieg und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands*" (U. Walendy, II, 1967, S. 91).

Der US-Gesandte in Oslo berichtete am 22.12.1939 nach Washington von einem deutschen Vorschlag, *„in Friedensverhandlungen einzutreten, sofern die Initiative grundsätzlich von den USA ausgeht",* mit den deutschen Konzessionen, Polen wiederherzustellen und die Tschechei aus dem Protektoratsverhältnis zu entlassen. Zum Zweck der Wiederherstellung Polens sei Deutschland sogar bereit, mit Rußland zu brechen (W. Hackert 1992). Danach folgte am 25.1.1940 die Europareise des US-Unterstaatssekretärs S. Welles, die ganz im Sinne Roosevelts verlief und keine positiven Ergebnisse brachte. Auf der letzten Station seiner Reise ließ er sich am 11.3. in London von Churchill und Eden im Beisein von Halifax deren feste Absicht zur Vernichtung Deutschlands bestätigen.

Vor allem in der Schweiz nahm Prinz Hohenlohe mit Billigung und Unterstützung des Auswärtigen Amtes Kontakt zum dortigen Nuntius, zum ehemaligen Danziger Hochkommissar Burckhardt, zum englischen Unterstaatssekretär des Foreign Office, Butler, und zum englischen Botschafter Kelly auf und unterbreitete Friedensangebote der Reichsregierung, die samt und sonders nicht aufgegriffen wurden. Die Gespräche wurden nach einem Machtwort Churchills Ende 1940 abgebrochen. Auch die wiederholten Initiativen von Franz v. Papen, dem deutschen Botschafter in der Türkei bis 1944, scheiterten alle (U. Schlie 1994).

Noch ein Friedensangebot, das von der Schweizer Regierung ausging, soll erwähnt werden. In einer Vorsprache des deutschen Gesandten Köhler beim Chef des Schweizer politischen Departements, Pilot, am 5.2.1943 stellte Köhler die Bedrohung Europas durch die gigantische russische Rüstung dar. Die deutsche Reichsführung rechne nicht mehr mit einem klaren Siege. Nach deutscher Auffassung sollte es möglich sein, sich mit den Angelsachsen zu verständigen, da Deutschland in Westeuropa keine Ambitionen besitze. Daraufhin hat Pilot das dem US-Gesandten mitgeteilt, der es sofort nach Washington weitergab, aber Roosevelt lehnte ab (E. Bonjour, 1970, S. 116).

Am 9.4.1940 gelang es, den geplanten Landungen britischer Streitkräfte an der norwegischen Küste nur um Stunden zuvorzukommen oder sie beim Landungsversuch zurückzuschlagen. Roosevelt war vor den Landeunternehmen von Churchill konsultiert worden (D. Irving 1990). Da es darum ging, Deutschland von den Eisenerzlieferungen aus Nordschweden abzuschneiden, war es die Absicht der Engländer, den Zugang zu diesen Erzfeldern zu besetzen. Die Kämpfe um Narvik unter General Dietl gegen die dort gelandeten Engländer zogen sich bis in den Mai hin. Der deutsche Eingriff in Norwegen, den Bundespräsident R. v. Weizsäcker im Ausland den *„deutschen Überfall“* auf Norwegen nannte und den englischen vergaß zu erwähnen, stellte wohl ohne Zweifel eine militärische Präventivmaßnahme dar.

Nach vorbereitenden Generalstabsbesprechungen beschrieb das Memorandum des holländischen Oberbefehlsha-

bers General Winkelmann vom 23.3.1940 die Zusammenarbeit der holländischen mit den englischen, französischen und belgischen Streitkräften. Der Beginn dieser Besprechungen bedeutete völkerrechtlich die Preisgabe der Neutralität von Belgien und Holland. Eine französisch-englische Offensive durch Belgien und Holland hindurch war seit September 1939 vorbereitet worden, und die Einsatzbefehle befanden sich schon bei den unteren Truppeneinheiten. Bereits am
15.4.1940 waren französische Panzereinheiten in Belgien und Luxemburg und auch schon englische in Belgien (Auswärtiges Amt, Weißbuch Nr. 5, 1940).

Nachdem Frankreich fast seine gesamten Panzerkräfte an seiner belgischen Grenze zusammengezogen hatte und Belgiens Truppen entsprechend vorhergegangenen französischbelgisch-holländischen Generalstabsbesprechungen von der französisch-belgischen an die belgisch-deutsche Grenze verlegt worden waren, wurde die deutsche Westoffensive am
10.5.1940 eingeleitet. Sie kam der feindlichen Offensive nur um Tage zuvor. Die deutsche Offensive, die die heutige deutsche Presse und Politik *den „verbrecherischen deutschen Überfall auf die nichtsahnenden neutralen Staaten Belgien und Holland*“ nennt, war nichts anderes als eine militärische Präventivmaßnahme.

Nach dem Sieg über Frankreich machte Hitler in seiner Reichstagsrede vom 19.7.1940 wieder ein Friedensangebot an England: *„Ich habe in meiner Rede vom 6.10.(1939)... damals Frankreich und England die Hand zur Verständigung geboten..., denn meine Absicht war es nicht, Kriege zu führen, sondern einen Sozialstaat von höchster Kultur aufzubauen... Mister Churchill hat soeben wieder erklärt, daß er den Krieg will... Es wird dadurch ein großes Weltreich zerstört werden. Ein Weltreich, das zu vernichten oder auch nur zu schädigen niemals meine Absicht war... In dieser Stunde fühle ich mich verpflichtet, vor meinem Gewissen noch einmal einen Appell der Vernunft an England zu richten... Ich sehe keinen Grund, der zur Fortführung dieses Kampfes zwingen könnte*“ (M. Domarus 1988, S. 1557). Auch hier hätte noch die Möglichkeit bestanden, den Krieg zu beenden. Aber wie alle anderen Friedensbemühungen

Deutschlands wurde das Friedensangebot vom 19.7.1940 wie schon das vom 6.10.1939 von England abgewiesen. England war in finanzieller Hinsicht seit langem in die völlige Abhängigkeit von den USA geraten, und Churchill wußte, daß Roosevelt zum Kriegseintritt der USA entschlossen war.

Im August 1940 unternahm Hitler persönlich ein Friedensangebot mit weitreichendem Inhalt ohne Wissen seiner nächsten Umgebung. Dr. Weißauer unterbreitete in Stockholm dem britischen Gesandten Mailet folgendes Angebot:

1. Das britische Empire mit allen seinen Kolonien und Mandaten bleibt bestehen,
2. die Vorherrschaft Deutschlands auf dem Kontinent darf nicht in Frage gestellt werden,
3. alle Fragen bezüglich des Mittelmeeres, der französischen, belgischen und holländischen Kolonien bleiben offen,
4. es soll ein polnischer Staat bestehen bleiben,
5. die Tschechoslowakei muß zu Deutschland gehören.

Die anderen, von Deutschland besetzten Staaten erhalten ihre Souveränität mit voller innerer Freiheit zurück.

Vansittart lehnte das Angebot völlig ab. Er schrieb an das Foreign Office: „... Das Deutsche Reich oder dieses Land muß untergehen... aber vollständig... Der Feind ist das Deutsche Reich und nicht der Nationalsozialismus... Wir haben mehr als genug von Leuten wie Dahlerus, Goerdeler, Weißauer und Konsorten “.

Wenige Tage nach dieser Ablehnung trafen sich am 8.9.1940 Rudolf Heß und Albrecht Haushofer, der Sohn von Prof. Haushofer, um über weitere mögliche deutsche Friedensangebote zu beraten. A. Haushofer schlug vor, einem Bekannten, dem Herzog von Hamilton, der in London unmittelbaren Zutritt auch zu Churchill und dem König habe, zu schreiben und diesen Brief über eine Anschrift in Lissabon zu leiten. Dort wurde er vom englischen Geheimdienst abgefangen und kam nie bei Hamilton an. (M. Allen 2003). Im Vertrauen auf diesen Ansprechpartner unternahm R. Heß am 10.5.1941 seinen Flug nach England.

Am 14.11.1940 unternahm der päpstliche Nuntius in Spanien ein Friedensbemühen, indem er sich mit Sir Samuel

Hoare, dem außerordentlichen britischen Botschafter in Spanien, in Madrid traf und ihm ein deutsches Friedensangebot übermittelte. Angeboten wurde das gleiche wie von Dr. Weißauer im August des selben Jahres. Das Friedensangebot habe die volle Unterstützung des Papstes, wurde nach London übermittelt (M. Allen 2003).

In einer Sitzung des Kabinetts teilte Churchill am 25.6.1940 mit, er habe aufgrund der von Botschafter Cripps in Moskau geführten Verhandlungen nunmehr die präzise Zusage erhalten, daß die Sowjetunion in den Krieg auf englischer Seite eintreten werde, und er habe die uneingeschränkte Zusage des Präsidenten Roosevelt zur Unterstützung der englischen Kriegsführung erhalten (F. Becker, 1995, S. 196).

Inzwischen war Deutschland von Italien zu Unternehmungen veranlaßt worden, die sich politisch wie militärisch nachteilig auswirkten.

In den Jahren 1935 bis 1936 hatte Italien Abessinien erobert und im April 1939 Albanien annektiert. Italien hatte ähnlich chauvinistische Ziele wie Polen und träumte von Eroberungen nach dem Vorbild des antiken römischen Weltreiches.

Italien hielt sich bis kurz vor Ende des Frankreichfeldzu- ges an seine Absicht, nicht in den Krieg einzutreten. Sobald aber die Niederlage deutlich erkennbar war, ließ Mussolini Frankreich angreifen.

Bereits 1940 wurde Jugoslawien ermuntert, zusammen mit Rußland gegen Deutschland Partei zu nehmen, wie aus einem Bericht des jugoslawischen Gesandten Gavrilovic nach seinem Besuch bei Molotow am 19.7.1940 hervorgeht, in dem es heißt: *„Mit dem Abbruch der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland muß man schon jetzt als mit einer Tatsache rechnen “* (F. Becker 1997).

Am 28.10.1940 griff Italien Griechenland von Albanien aus an, am 13.9.1940 begann eine italienische Offensive von Libyen aus gegen Ägypten. Diese endete in einer englischen Gegenoffensive mit fast völliger Vernichtung der italienischen Armee. Nach dem Beginn englischer Landungen in Piräus am 4.3.1941 brach eine weitere italienische Offensive nach dem 9.3. schnell zusammen. All diese italienischen

Abenteuer, die meist ohne vorherige Konsultation Deutschlands begonnen wurden, verursachten nur unnötige Ausweitungen des Krieges nach Afrika, in das Mittelmeer und auf den Balkan. Die italienischen Niederlagen mußten durch deutsche Hilfsmaßnahmen korrigiert werden, banden nur deutsche Kräfte, die in Rußland fehlten, und hatten den verspäteten Beginn des Krieges gegen Rußland zur Folge.

Nach dem Staatsstreich in Belgrad am 27.3. und dem Pakt mit Rußland am 5.4.1941 begann Deutschland eine völlig improvisierte Offensive auf dem Balkan, die die durch Italien verschuldeten Bedrohungen im Südosten ausschaltete. Sie begann am 6.4. und endete mit den Kapitulationen Jugoslawiens und Griechenlands am 17.4. bzw. 21.4.1941. Die Kriegsausweitungen in Nordafrika und auf dem Balkan waren von Deutschland weder beabsichtigt noch verursacht.

Nachdem der riesige Aufmarsch der Roten Armee u. a. durch Luft-Fernaufklärung bis jenseits des Dnjepr erkannt war - dabei wurde beobachtet, daß die Transportzüge mit Sichtabstand nach Westen fuhren - und der Termin des deutschen Angriffs bereits befohlen war, unterbreitete Rudolf Heß England das letzte und weitgehendste Friedensangebot. Nach Vorbereitungen und einem Treffen von A. Haushofer mit S. Hoare, dem „Außerordentlichen Bevollmächtigten Botschafter in besonderer Mission“ in Spanien, in der Schweiz traf sich R. Heß mit Hitler zum letzten Male am 6.5. in der Reichskanzlei zu einer vierstündigen Aussprache. Heß flog am 10.5.1941 als Parlamentär mit mündlicher Vollmachten für Friedensverhandlungen nach England (Völkerrechtsgutachten dazu von Prof. Blumenwitz in: A. Seidl 1985). Er führte ein umfassend ausgearbeitetes Angebot eines Friedensvertrages mit sich (P. Padfield, 1995). Nach seiner Landung konnte er kurz mit dem unvorbereiteten Herzog Hamilton sprechen. Er wurde vom 13. bis 15.5. von Kirkpatrick, dem englischen Bevollmächtigten, und am 10.6. von Lordkanzler Simon verhört. Als Parlamentär hätte Heß nach der Haager Landkriegsordnung sofort nach der Beendigung seiner Mission - auch nach einem Fehlschlag - nach Deutschland zurückgesandt werden müssen. Seine Gefangennahme, der die Aburtei-

lung durch das IMT Nürnberg folgte, war ein Bruch des Völkerrechts (A. Seidl 1985).[9]

In den Niederschriften Ribbentrops während seiner Gefangenschaft in Nürnberg 1945/1946 findet sich die Feststellung: „*Jedenfalls haben alle von mir in den Kriegsjahren ... durch geführten Sondierungen einwandfrei - und zwar nicht erst seit der Formel der bedingungslosen Kapitulation - ergeben, daß weder mit England noch mit Amerika ein ernstes Friedensgespräch möglich war*“ (J. v. Ribbentrop 1953, S. 268).

Während bei den westlichen Feinden alle deutschen Friedensfühler scheiterten und von ihnen kein einziger kam, sind solche von russischer Seite im Herbst 1943 bemerkenswert. Ribbentrop beurteilte sie so: „ *Es ist kaum anzunehmen, daß Stalin mit Deutschland ernsthaft Verhandlungen führen will, nachdem die Sowjettruppen über Charkow und Kiew marschieren und bereits vor Smolensk stehen... Ein Rückzug der deutschen Truppen auf die Interessensgrenze von 1939 oder gar auf die Grenze von 1914 würde keinen anderen Zweck haben, als den Bolschewiki kampflos einen entscheidenden strategischen Gewinn in den Rachen zu werfen*“ (R Kleist 1950, S. 273).

9 Über das Ende von Rudolf Heß - nicht zum Thema dieses Buches gehörend: Nach Verurteilung zu lebenslänglicher Haft im Kriegsverbrechergefängnis Spandau soll Gorbatschow, als er noch im Amte war, Bundespräsident v. Weizsäcker anvertraut haben, daß beim nächsten russischen Vorsitz in Spandau Heß freigelassen werden sollte. Weizsäcker soll das der englischen Premierministerin Thatcher mitgeteilt haben, die wiederum veranlaßt haben soll, daß zwei Mann der berüchtigten Einheit SAG in das Gebiet der Zitadelle Spandau eingeschleust wurden und die R. Heß beim Spaziergang auf dem Wall im Gartenhaus am 17.8.1987 erdrosselten, wie dann ein Obduktionsbefund der Leiche in München ergab (W. Heß 1987).

15 Die deutsch-russischen Beziehungen von 1939 bis zum 22.6.1941

Daß aus der sozialistisch-marxistischen Ideologie mit ihrer Forderung nach der Diktatur des Proletariats zur Durchsetzung die Forderung nach der Weltrevolution entstand, ist schon oft dargestellt worden. Mit Lenin 1920: *„Der Weg der Weltrevolution führt über Berlin "* wurde der von Stalin konsequent weiterverfolgte gesamtpolitische Weg abgesteckt. Schon mit Stalins Rede am 19.1.1925 vor dem Zentralkomitee der KPdSU: *„Sollte aber der Krieg beginnen, so werden wir nicht untätig zusehen können - wir werden auftreten müssen*, *aber wir werden als letzte auftreten "* wurden seine Pläne für den Zweiten Weltkrieg sichtbar, die er dann mit politischem und taktischem Geschick verfolgte.

Die Beziehungen der von der marxistisch-leninistisch-stalinistisch-bolschewistischen Ideologie gesteuerten Internationalen und der UdSSR zu Deutschland von 1917 bis 1939 finden sich an den betreffenden Stellen einschlägiger Kapitel und sollen nicht noch einmal abgehandelt werden.

Den Todesstoß erhielt diese die UdSSR tragende und aus der Aufklärung herausgewachsene Ideologie durch den persönlichen Besuch des Hauptes der kapitalistischen Hochfinanz, nämlich durch Rockefeller mit Gefolge aus dem B'nai B'rith und den Bilderbergern, darunter auch Chirac (Humani- te 19.1.1989), am 18.1.1989 bei Gorbatschow, der dort zur Annahme der Forderungen nach Privatisierung der Staatsbetriebe, Freigabe der Preise und Löhne überredet wurde, was zum Zusammenbruch der UdSSR und der Ostblockstaaten führte.

Nachdem Chamberlain und Halifax mit der Garantieerklärung für Polen vom 31.3.1939 die Lunte am Pulverfaß angezündet hatten, suchten sie bei Rußland um Schützenhilfe für die Einkreisung Deutschlands nach. Sie wünschten am 15.4. von Rußland eine ähnliche Garantieerklärung für jeden Angegriffenen, wie es die Polengarantie war. Aber die Sowjets lehnten ab. Diese wünschten statt dessen, daß die englische Polengarantie nur auf einen Angriff auf Polen durch Deutschland beschränkt würde. Zudem wünschten sie Durchmarschrechte durch Polen (C. Tansill 1957, S. 563).

Damit wurden die russischen Pläne eines Angriffs durch Polen auf Deutschland erstmalig angedeutet.

Die Verhandlungen zwischen England, Frankreich und der UdSSR führten am 2.6. zur Vorlage eines Vertragsentwurfes durch Molotow, der die Klausel der indirekten Intervention enthielt. Die Sowjetunion beanspruchte das Recht zur Intervention, wenn sie sich bedroht fühlte. Die Prawda verdeutlichte das am 13.6., indem sie schrieb, die gegenwärtige Lage in Europa fordere besondere Maßnahmen zum „Schutze" von Finnland, Estland und Lettland. In der Folge wurden britischer- und französischerseits mit der Anerkennung dieser Formulierung nicht nur russische Interventionen in Finnland, den baltischen Staaten und Polen anerkannt, sondern der UdSSR auch noch Unterstützung bei diesen Interventionen zugesagt. Das heißt: während die Friedensbemühungen Deutschlands sabotiert wurden, wurden die imperialistischen Bestrebungen der Sowjetunion unterstützt.

Während der folgenden Generalstabsbesprechungen erfuhren die westlichen Militärs am 21.8.1939 dann aus der russischen Presse, daß ein deutsch-russischer Nichtangriffspakt geplant sei (D. Hoggan 1976, S. 566).

Doch die Verbesserung der russisch-deutschen Beziehungen wurde bereits am 18.3.1939 mit einer Rede Stalins auf dem Kongreß der KPdSU eingeleitet mit: „ *Die Sowjetunion denke nicht daran, den westlichen Demokratien die Kastanien aus dem Feuer zu holen... Sie sei im Gegenteil einer Verbesserung der Beziehungen zu Deutschland nicht grundsätzlich abgeneigt"* (P. Kleist 1971, S. 22). Nach fast ablehnender Haltung der Reichsregierung erfolgte am 4.5. die Ablösung des russischen Außenministers Litwinow durch Molotow. Und noch als der russische Geschäftsträger am 15.6. dem bulgarischen Gesandten sagte, „ *wenn Deutschland die Erklärung abgeben wollte, daß es die Sowjetunion nicht angreifen wolle oder mit ihr einen Nichtangriffspakt abschließen würde, so würde die Sowjetunion wohl von dem Vertragsabschluß mit England absehen"* (P. Kleist 1971, S. 33), wurde deutscherseits weiter hinhaltend reagiert. Doch als am 25.7. bekannt wurde, daß eine englische und französische Militärmission nach Moskau kommen sollte, führte das zu Aktivitäten Ribbentrops.

Die Verhandlungen Rußlands mit Deutschland begannen bereits nach dem 12.8. und führten zur Anerkennung der russischen Wünsche. Ribbentrop telegraphierte an von der Schulenburg am 18.8.: „... *In meiner ergänzenden Instruktion sei über diese Mitteilung (Molotows) hinaus schon klar gesagt, daß wir mit Gedanken Nichtangriffspakt, Garantierung baltischer Staaten und deutscher Einflußnahme auf Japan völlig einverstanden seien*“ (F. Becker 1989, S. 13) und am 20.8.: „... *3. Ich akzeptiere den von Ihrem Außenminister Molotow übergebenen Entwurf des Nichtangriffspaktes... 4. Das von der Regierung der Sowjetunion gewünschte Zusatzprotokoll kann nach meiner Überzeugung in kürzester Zeit geklärt werden... “* (F. Becker 1989, S. 20). Die Sowjets waren also nur zum Vertragsabschluß bereit, wenn dieses Geheimprotokoll unterzeichnet würde, in dem sich das Reich verpflichtete, die baltischen Staaten - an deren staatlicher Garantie sich nichts änderte einen Teil Polens und zusätzlich Bessarabien dem Interessenbereich der UdSSR zu überlassen; England und Frankreich hatten sie bekanntlich bereits vorher an die UdSSR ausgeliefert.

Nachdem die deutsche Zustimmung zu den von der UdSSR gewünschten Verträgen sicher war und Stalin am 19.8. Schukovs Telegramm erhalten hatte, daß die Japaner nichts von Angriffsvorbereitungen ahnten, was dann den Blitzsieg über die 6. japanische Armee zur Folge hatte, wurde am gleichen Tage unter Stalins Vorsitz im Politbüro der endgültige Beschluß zur „Befreiung“ Europas mit Einleitung der militärischen Vorbereitungen gefaßt (V. Suworow 1989, S. 62, V. Suworow 1994; siehe Kap. 16).

Noch am 22.8. wies Halifax den Leiter der britischen Delegation in Moskau an, den Russen zu versichern, er teile ihre Ansicht über die Unerläßlichkeit russischer militärischer Operationen in Polen und sei bereit, sie bei solchen in vollem Umfang zu unterstützen. Das war die Zusage britischer Unterstützung eines russischen Einfalls in Polen (D. Hoggan 1976, S. 628).

Am 23.8. traf v. Ribbentrop nach 16.00 Uhr in Moskau ein und begab sich gegen 18.00 Uhr in den Kreml. Bereits vor Mitternacht war der Nichtangriffspakt formuliert und zu-

sammen mit dem geheimen Zusatzabkommen unterschrieben. Dieses besagte:

1. *Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den haitischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) gehörenden Gebieten bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessensphären Deutschlands und der UdSSR...*
2. *Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staate gehörenden Gebiete werden die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt. Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden.*
3. *Hinsichtlich des Südostens Europas wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont"* (F. Becker 1989, S. 25).

In seinen Aufzeichnungen in Nürnberg schrieb v. Ribbentrop: *„Am 24. August flog ich mit unseren Delegierten nach Deutschland zurück in der Überzeugung, daß der Wunsch Stalins und Molotows, zu einer dauernden Verständigung mit Deutschland zu kommen, zu diesem Zeitpunkt aufrichtig war. Auch bei Adolf Hitler hatte ich... den Eindruck, daß es ihm bei dem Ausgleich mit Rußland unbedingt Ernst war. Die Abmachungen waren von uns auf die längste Dauer und als dauernder Ausgleich gedacht"* (J. v. Ribbentrop 1953, S. 184). Ribbentrop hatte Stalin während der Verhandlungen darauf hingewiesen, daß deutscherseits alles versucht würde, um zu einer friedlichen Lösung zu kommen (A. v. Ribbentrop 1963, S. 409). Noch am gleichen Tage verriet Herwarth v. Bittenfeld, Angehöriger der deutschen Botschaft in Moskau, den Inhalt des geheimen Zusatzabkommens an die Amerikaner. Roosevelt hätte den Ausbruch des Krieges verhindern können, wenn die Polen davon Kenntnis erhalten hätten. Er gab dieses Wissen jedoch weder an Polen noch an England oder Frankreich weiter (persönliche Mitteilung v. K. O. Braun 1970).

Nach der Unterzeichung sagte Stalin zu Ribbentrop: *„Die sowjetische Regierung nimmt den neuen Pakt sehr ernst. Er könne sein Ehrenwort verpfänden, daß die Sowjetunion ihren Partner nicht betrügen werde“* (A. J. R Taylor 1961, S. 337). Aber abends in seiner Datscha sagte er zu seinen engsten Mitarbeitern: *„Ich habe ihn* (Hitler) *überlistet*“ (S. Talbott 1971, S. 128). Heute kann kein Zweifel mehr daran bestehen, daß die Sowjetunion diesen Vertrag mit der Absicht der vorsätzlichen Täuschung Deutschlands abgeschlossen hat. Ganz klar geht dieser Sachverhalt aus einer Instruktion an die Komintern vom 25.11.1939 hervor: *„Die Errichtung des Sowjetregimes in allen kapitalistischen Ländern durch die 'Weltrevolution bleibt das einzige allgemeine Ziel der Außenpolitik Sowjetrußlands. Der europäische Krieg schafft allein die günstigen Umstände und Bedingungen zur Entfesselung der internationalen Revolution...“* (G. Brennecke 1970, S. 313). Der Vertrag war von Anfang an nichtig. Er konnte insofern von Deutschland gar nicht gebrochen werden. Aber Gillessen schreibt: *„Als die Wehrmacht am Morgen des 22.6.1941 unter Bruch des Nichtangriffsvertrages vom 18.8.1939* (muß heißen 23.8.) *in die UdSSR einfiel...“* (FAZ, 27.4.1989).

Der Satz des geheimen Zusatzabkommens: *„Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung gelöst werden* “ wurde von der Reichsregierung nur so verstanden, daß Polen als Staat nicht verschwinden sollte. Am 27.9. wurde bei einem nochmaligen Besuch v. Ribbentrops in Moskau die Rückverlagerung der Demarkationslinie von der Weichsel auf die Curzonlinie, die ethnische Vorherrschaften von Polen gegen Russen mit Ukrainern trennt, vereinbart. Diese Linie entsprach dem nach 1945 zwischen der UdSSR und Polen festgesetzten Grenzverlauf. In einer militärischen Führerbesprechung bei Hitler am 17.10.1939 wurde notiert: *„Polen soll selbständig gemacht werden. Es wird kein Teil des Deutschen Reiches und auch kein Verwaltungsbezirk des Reiches“* (F. Becker 1989, S. 52). Nachdem Polen vollständig besetzt und die Regierung geflohen war, eröffnete Molotow

dem deutschen Botschafter am 20.9.1939, *„daß die bei der Sowjetunion und bei Stalin persönlich ursprünglich vorhandene Neigung, ein restliches Polen bestehen zu lassen, jetzt der Tendenz gewichen ist, Polen längs der Linie Pissa Na- rew-Weichsel-San aufzuteilen. "* Auf ausdrücklichen Wunsch Stalins sollten nicht einmal mehr Reste der staatlichen Existenz Polens bestehen bleiben (J. Hoffmann 1983, S 85).

Das bekräftigte Molotow in einer Rede vor dem Obersten Sowjet am 31.10.1939: „ *Von einer Wiederherstellung des alten Polens... diesem mißgestalteten Geschöpf des Versailler Vertrages, das von der Unterjochung der nichtpolnischen Nationalitäten lebte... kann, wie jeder begreift, überhaupt keine Rede sein. Deshalb ist die Fortsetzung des gegenwärtigen Krieges unter der Flagge einer Wiederherstellung des früheren polnischen Staates sinnlos..."* (Izvestija, 1.11.1939).

Die Nichtwiederherstellung Polens entsprach der rassischen strategischen Forderung, daß für einen Überraschungsangriff gegen den Anzugreifenden - sprich Deutschland —eine gemeinsame Grenze herzustellen sei (V. Suworow 1989).Das und die folgenden Annexionen waren bereits ein Teil de.- am 19.8.1939 beschlossenen *„Befreiung".* Polen wurde etwa an der Curzonlinie mit Ausnahme der nach Westen vorspringenden Balkone von Bialystok und Lemberg geteilt, in denen dann große Angriffsverbände massiert wurden.

Kurz nach Ende des Polenfeldzuges forderte die UdSSR von den baltischen Staaten z. T. ultimativ den Abschluß von Beistandspakten, die am 28.9. von Estland, am 5.10. von Lettland und am 10.10. von Litauen unterzeichnet wurden. Damit wurden der UdSSR Stützpunkte in den baltischen Staaten eingeräumt. Dazu erklärte am 30.10. Molotow für die UdSSR: *„Diese Beistandspakte setzen voraus den gegenseitigen Respekt der vertragsschließenden Staaten... Wir erklären, daß die Rede von einer Sowjetisierung der baltischen Staaten lediglich als Propaganda... zu werten ist. "* Nach der Annexion stand in der Prawda vom 4.2.1940: *„Die Sowjetregierung hat die baltischen Staaten befreit"* (U. Walendy 1966, S. 161).

Im Juni 1940 besetzten starke Verbände der Roten Armee die baltischen Staaten. Am 2.8.1940 meldete die Prawda:

„ *daß die Völker der baltischen Staaten mit Hilfe der sowjetischen Soldaten das alte Regime gestürzt und Sowjetrepubliken gebildet haben"* (U. Walendy 1966, S. 161).

Die *„Befreiung"* wurde durch Dekanosow mit Hilfe der Deportation von Hunderttausenden und der Ermordung des Großteils der ehemaligen Offiziere und der Intelligenz vollzogen. „*Von den 1.000 bekannten Persönlichkeiten Estlands... ist es kaum 50 gelungen, dem bolschewistischen Terror zu entgehen*" (S. Hedin 1992, S. 159 f.).

Bei der Besetzung von Litauen wirkten 20.000 Mann des NKWD nach dem Modell von Katyn mit.[10] Der Einsatzbefehl lautete: „... *daß jeder Mann mitsamt seiner Familie zu kassieren sei, der ein Amt in einer demokratischen Partei oder Gewerkschaft bekleidet hatte, einen Universitätsgrad besaß oder einer akademischen Berufsgruppe angehörte".* Diese Leute wurden entweder erschossen oder nach Sibirien verschickt. Von keinem von ihnen hat man wieder etwas gehört (H. Splittgerber 1996).

Die Maßnahmen der Besetzung wären zum Zwecke des Aufmarsches gegen Deutschland nötig, erklärten 1940 russische Offiziere in den baltischen Staaten (F. Becker 1991, S. 72). Der Vorwurf, das Reich habe mit dem Geheimprotokoll vom 23.8. die Annexion der baltischen Staaten im voraus gebilligt, ist nicht richtig, denn das geheime Zusatzprotokoll wurde unter der vorausgegangenen Absprache der Garantie der baltischen Staaten unterzeichnet.

Bereits am 21.5.1940, also während des Frankreichfeldzu- ges, als nur ganze sechs deutsche Divisionen an der Ostgrenze standen, meldete der deutsche Militärattache Köstring aus Moskau größere russische Truppenkonzentrationen von Weißrußland bis Rumänien. Westlich der Linie Archan- gelsk-Kalinin-Poltawa-Krim standen am 1.9.1939 65 russische Divisionen, am 1.12.1939 106 und während des Frank- reichfeldzuges bereits 160 Divisionen (F. Becker 1991, S. 179). Trotzdem wurden am Ende des Frankreichfeldzuges

10 Dekanosow wirkte als Mitarbeiter Berijas mit und wurde nach dem Molotow-Besuch 1940 russischer Botschafter in Berlin!

noch 35 deutsche Divisionen demobilisert. Hitler rechnete nach Ende des Frankreichfeldzuges damit, daß *„die Aufgabe des Heeres in diesem Kriege im wesentlichen erfüllt“* sei (H. Schustereit 1988, S. 12). Das ist wohl ein wichtiger Beweis, daß deutscherseits für einen *„rassenideologischen Vernichtungskrieg“* mit *„Gewinnung von Lehensraum“* gegen die UdSSR keine Absichten bestanden. Auf der anderen Seite begannen am 25.6., dem Tage des Waffenstillstandes in Frankreich, Gespräche zwischen Stalin und dem neuen Botschafter Englands in Moskau, Cripps, in denen Stalin Deutschland als die einzige wirkliche Bedrohung Rußlands bezeichnete (W. Post 1995, S. 153).

Haider erteilte am 3.7. den ersten Auftrag an den General- stab für Studien zu Operationen gegen Rußland. Vorher hatte sich der Generalstab noch nicht mit Rußland befaßt.

Am 21.7. wurden alle drei baltischen Staaten zu Sowjetrepubliken erklärt, obwohl der Vertrag mit der UdSSR vom 23.8.1939 von der Unabhängigkeit der baltischen Staaten ausging und nur über Militärstützpunkte verhandelt worden war. Es wurde bekannt, daß in Litauen 30 russische Divisionen mit großen Mengen von Kriegsmaterial standen. Am 23.6.1940 teilte Molotow dem deutschen Botschafter von der Schulenburg die bevorstehende Annexion von Bessarabien und der Nord-Bukowina mit. Mit diesen zwei Maßnahmen waren die rumänischen Ölfelder bedroht. Die Antwort war die Verlegung 24 deutscher Divisionen nach dem Osten und Maßnahmen zum Schutze der Ölfelder.

Die russischen Wünsche für gemeinsame Grenzen und die Annexionen wurden gebilligt, um die Gefahr eines Zweifrontenkrieges möglichst auszuschalten. Nachdem im Wiener Schiedsspruch vom 3.7.1940 Rumänien Nord-Siebenbürgen an Ungarn abgetreten hatte, wurden seine Grenzen von Deutschland und Italien garantiert. Jetzt wurde eine Militärkommission zum Schutze der Ölfelder nach Rumänien entsandt.

Auch aus Finnland kamen Meldungen bedrohlicher Art. Deutschland lieferte Finnland für das kriegsnotwendige Nickelerz von Petsamo Waffen. Deutsche Truppentransporte nach Nord-Norwegen wurden durch Finnland geleitet.

Bei einer Besprechung des Unternehmens „Seeiöwe“, der Landung in England, wurde am 31.7.1940 von Hitler der Gedanke geäußert, England durch Zerschlagung seines Festlandsdegens Rußland zu bezwingen, aber das *sei „ keine endgültige Entscheidung gewesen*“ (Haider im IMT, Klüver 1984, S. 83). Es wurde der Auftrag für Operationspläne gegen die UdSSR erteilt. Das Unternehmen Seeiöwe wurde am 12.9.1940 endgültig abgesagt.

Am 27.9.1940 wurde in Berlin der Dreierpakt Deutschland-Italien-Japan abgeschlossen. Um diesen Block als Festlandsblock England gegenüberzustellen, wurde Molotow vom 12. - 14.11.1940 in Berlin eingeladen, ihm beizutreten. Molotow forderte dort die deutsche Zustimmung zur Annexion Finnlands, zur Errichtung militärischer Stützpunkte in Bulgarien, an den Meerengen vom Bosporus und den Dardanellen sowie am Belt, Öresund, Kattegat und Skagerrak (F. Becker 1991, S. 156). Diese Forderungen wurden in der Note vom 25.11. wiederholt. Nach den Erfahrungen mit den baltischen Staaten und Bessarabien waren diese Forderungen im Interesse von ganz Europa undiskutabel und wurden nicht beantwortet.

Mit Molotow kam auch Dekanosow nach Berlin, der als Stalins Sonderbeauftragter die Annexion der baltischen Staaten und die Deportationen vollzogen hatte. Er war Mitarbeiter Berijas bei den großen Stalinschen Säuberungen, also Gehilfe der Massenmorde, gewesen. Ende November wurde Dekanosow als Botschafter nach Berlin versetzt, wohl mit ähnlicher Aufgabenstellung wie im Baltikum.

Erst danach, am 18.12.1940, erteilte Hitler die „Weisung 21“ für die Planung des Unternehmens Barbarossa. Die Weisung sprach nur von Vorsichtsmaßnahmen und legte keinen Termin fest: *„Alle von den Herren Oberbefehlshabern auf Grund dieser Weisung zu treffenden Anordnungen müssen eindeutig dahin abgestimmt sein, daß es sich um Vorsichtsmaßnahmen handelt für den Fall, daß Rußland seine bisherige Haltung gegen uns ändern sollte.* “

Bereits im Sommer 1940 hatte Molotow dem italienischen Botschafter mitgeteilt, Stalin erwarte von Mussolini die Anerkennung der sowjetischen Vorherrschaft im Schwarzen

Meer (ADAP, Ser. D, Bd. 10, Nr. 4).

Da der große russische Aufmarsch auf einen Angriff der UdSSR noch im Jahre 1941 hindeutete - Suworow (1939) wies nach, daß dieser Aufmarsch nicht den Winter 1941/42 hätte durchgehalten werden können war für einen erfolgreichen deutschen Präventivangriff ein möglichst zeitiger Termin im Jahre 1941 erforderlich. Schon der gescheiterte italienische Angriff auf Griechenland von Albanien aus und ein daraufhin eingerichteter englischer Luftwaffenstützpunkt bei Athen machte deutsche Gegenmaßnahmen nötig.

Der von russischer und amerikanischer Seite angestiftete Militärputsch in Jugoslawien, der als Flankensicherung für die russische Offensive schon lange geplant war, verzögerte zusätzlich (F. Becker 1991, S. 209). Nach der Annexion Albaniens durch Italien 1939 war dem Prinzregenten Paul von Jugoslawien, der eine Neutralitätspolitik verfolgte, von deutscher Seite die Integrität Jugoslawiens zugesichert worden. Nachdem Prinzregent Paul von den Putschabsichten des Generals Simovic erfahren hatte, trat Jugoslawien im 25.3.1940 dem Dreibund bei. Doch schon am 27.3. fand der erwähnte Putsch erfolgreich statt, dem die Generalmobilma- chung und am 4.4. ein jugoslawisch-russischer Freund- schaftspakt folgten. Das war der Anlaß des deutschen Angriffs auf Jugoslawien am 6.4., der am 17.4. mit dessen Kapitulation endete. Zur Abwehr der britischen Truppenlandungen in Griechenland mußten von Rumänien und von Bulgarien aus, das am 3.3.1941 dem Dreibund beigetreten war, deutsche Verbände eingesetzt werden. Griechenland kapitulierte am 21.4. Erst danach entschloß sich Hitler für den Beginn des Unternehmens Barbarossa zum 22.6.1941.

Jodl sagte vor dem IMT Nürnberg aus: *„Mit einem sicheren neutralen Rußland im Rücken... konnten wir den Krieg überhaupt nicht mehr verlieren. Eine Invasion, wie am 6. Juni 1944, war völlig ausgeschlossen... Daß Hitler ohne Not... eine solche Lage preisgibt... ist mir auch keinen Augenblick in den Sinn gekommen. Und es ist eine Tatsache, daß er* (Hitler) *auch monatelang innerlich auf das Schwerste mit diesem Entschluß gerungen hat, sicherlich beeinflußt durch die vielen Gegenvorstellungen, die sowohl der Reichsmarschall wie*

auch der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine als auch der Außenminister gegeben haben " (F. Becker 1991, S. 181).

Am 11.6.1941 berichtete das OKW an Ribbentrop von dem Aufmarsch der Russen: *„...doch inzwischen ist klar erwiesen, daß die militärischen Maßnahmen der SU eindeutig auf die Vorbereitung eines Angriffs auf das Deutsche Reich eingestellt sind... mit einem Großaufmarsch der Roten Armee vom Schwarzen Meer bis zur Ostsee..."* Im europäischen Teilgebiet waren 189 russische Divisionen und 32 mot. Brigaden erkannt (W. Post 1995, S. 242).

Der Krieg gegen Rußland wird von deutschen etablierten Historikern und am bestimmtesten von Hillgruber als „ *Hitlers Stufenplan zur Erlangung der 'Weltherrschaft "* eingeordnet. Er diene „ *zur Eroberung von Lebensraum "* für das deutsche Volk und *sei „ein rassenideologischer Vernichtungskrieg gegen den jüdisch-bolschewistischen Todfeind. "* (Die Vokabel „rassenideologischer Vernichtungskrieg" wurde von Hillgruber geprägt und wird seitdem kritiklos weithin verwendet, z. B. von der Ausstellung über Kriegsverbrechen der Deutschen Wehrmacht von Heer und Reemtsma. Die in den Medien des In- und Auslandes verbreiteten Vokabeln „Hitlers Slawenhaß" und „slawische Untermenschen"[11] (siehe Anhang AI 8) sind Erfindungen der psychologischen Kriegsführung. Sie werden allein schon dadurch ad absurdum geführt, daß slawische Staaten wie Rumänien, Bulgarien, Kroatien und die Slowakei Verbündete im Kampf gegen die UdSSR waren. Daß das Wort „Lebensraum" bei den Vorbereitungen zur Abwehr der bolschewistischen „Befreiung" Europas niemals gefallen ist, haben Göring und Jodl vor dem IMT Nürnberg bezeugt. Bei der letzten Generalsbesprechung vor dem Präventivschlag am 14.6.1941 sagte Hitler: *„Nicht das Land ist es, was wir haben wollen, sondern der Bolschewismus soll zerstört werden"* (v. Below 1980, S. 277). Besonders von Schustereit (1988) wurden die Darstellungen Hillgrubers in das Reich einer blühenden Phantasie verwiesen. Hillgruber jedoch erhielt den Adenauerpreis noch, nachdem die wichtigsten, Hillgruber widerlegenden Ergebnisse Suworows bereits in einer englischen militärwissenschaftlichen Zeitschrift veröffentlicht worden waren.

Am 22.7.1940 notierte der Generalstabschef Generaloberst Haider im Kriegstagebuch: *„Russisches Probien in Angriff nehmen. Gedankliche Vorbereitungen... Politisches Ziel: Ukrainisches Reich, Baltischer Staatenbund, Weißrußland, Finnland. "* Als politisches Ziel des geplanten Feldzuges nannte Hitler: die Neubildung eines Ukrainischen Reiches, eines baltischen Staatenbundes und Weißrußlands. Finnland sollte vergrößert werden (Haider, Kriegstagebuch, II, 1963, S. 33). Das waren fast die gleichen Kriegsziele wie 1917, die sich jedoch erst nach dem Zerfall der UdSSR 1990 verwirklichen ließen, indem sich die Völker selbst befreiten. In den *„Richtlinien auf Sondergebieten*" zu der Weisung Nr. 21 Fall Barbarossa, März 1941, wurde festgelegt: *„Das im Zuge der Operation zu besetzende russische Gebiet soll, sobald der Ablauf der Kampfhandlungen es erlaubt, nach besonderen Richtlinien in Staaten mit eigenen Regierungen aufgelöst werden "* (P. Kleist, 1950, S. 140). Noch 1941 erließ der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Rosenberg, Grundsätze für die Zivilverwaltung zu errichtender selbständiger Staaten der Völker der UdSSR. Doch kam es nicht

11 R. Schulze: *„ Gleich nach der NS-Machtübernahme hatte mit Förderung, ja sanftem Druck eine Wiederbelebung der schon weitgehend verschütteten Wendenkultur eingesetzt ... Der führende Heimatdichter H. H.... stellte eine wendisch gewandete Theater- und Volkstanzgruppe auf... Mit dieser Gruppe zog sie* (seine Mutter) *dann volkstanzend zu allen NS-Großveranstaltungen von Hamburg bis Berlin und zu den bekannten Treffen auf dem Bückeberg... daß selbst der Kreisleiter der NSDAP gelegentlich die Parteikasse strapazierte zwecks Wiederbelegung des Wenden- tums. Darüberhinaus wurden internationale Kontakte gepflegt, die heute kaum jemand mehr wahrhaben will."* Leserbrief Nation u. Europa, Hl 1/12/2001, S. 82. Zur Meldung in der FAZ v. 9.6.2001, der Gebrauch der sorbischen Sprache sei im Dritten Reich verboten gewesen: Prof. Dr. H. Sendler, Präsident d. Bundesverwaltungsgerichtes a. D.: *„ Von einem Verbot, in der Öffentlichkeit sorbisch zu sprechen, war jedenfalls in meiner Heimat Hoyerswerda nichts bekannt. Wendischer Gottesdienst... fand in zweiwöchigem Rhythmus in der ev. Pfarrkirche statt". Der NSDAP-Ortsgruppenleiter hat gegenüber der Kirche gewohnt".* Leserbrief Nation u. Europa, H10/2001, S. 51.

zur Errichtung solcher Staaten, sondern zur Aufteilung in Reichskommissariate (R Kleist 1971, S. 110). Im Kaukasus und im Gebiet der baltischen Staaten wurden Autonomien eingerichtet.

Auf die Anschuldigung des IMT Nürnberg bezüglich Verschleppung von Zwangsarbeitern - diese wurden nach deutschem Recht dienstverpflichtet und entlohnt - und Ausplünderung vor allem der besetzten Ostgebiete kann hier nicht eingegangen werden. Tatsächlich waren die Investitionen zur Wiederingangsetzung der Wirtschaft im Osten wertmäßig weit größer als die Entnahmen von dort (W. Post in:
H. Poeppel u. a. 1999, S. 524 ff.).

Nach der Analyse der deutschen Rüstungswirtschaft schreibt Schustereit: *„Als die 'Westmächte Hitler am 3.9.1939 den Krieg erklärten, hatte er nichts planen oder gar materiell vorbereiten lassen, was ihm einen erfolgreichen Kampf gegen den Hauptgegner Großbritannien ermöglicht hätte.“* Und dann: *„Hitler habe hinsichtlich des Unternehmens Barbarossa den Militärs gegenüber bis zum März 1941 immer nur zweckrational argumentiert*“ (S. 126). Er kommt zu dem Schluß: *„Hitler hat aber weder einen politischen noch einen ideologisch motivierten Gesamtplan entwickelt... noch hat er einen Kriegsplan besessen“* (H. Schustereit 1988, S. 119/120).

Die Ergebnisse Helmdachs, Oberst i. G., Ic (Feindsachbearbeiter) der 4. deutschen Armee, sind (E. Helmdach 1979, S. 29,35,41, 91): *„Hervorgehoben sei hier, daß vor dem September 1940 noch nicht einmal eine vorbereitende Studie für einen Angriff auf die SU existierte... Nicht das (etwas sagenhafte) Ostprogramm (=* Eroberung von Lebensraum) *steht an 1. Stelle, ... von 1937 bis 1941 wuchs die Stärke der Roten Armee von*
I, 4 Millionen auf 4,2 Millionen. Eine solche Verstärkung war auf den Krieg gegen Deutschland berechnet... In den Grenzbezirken standen bereits im Frühjahr 1941 nach deutschen Unterlagen tiefgestaffelte 170 Divisionen bereit. Es ist demnach festzustellen: Der deutsche Angriff im Juni 1941 war in jedweder Hinsicht kein „ Überfall“ auf die (friedlebende, un- vorbereite) Sowjetunion. Diese war auf Krieg und eigenen Angriff mit baldigem Beginn eingestellt... Um diese historische gültige Aussage geht es hier in erster Linie. “

Inhaltlich das Gleiche sagte Generaloberst Jodl vor dem IMT Nürnberg 1946 aus: *„Am 1. April und nicht früher stand sein Entschluß fest, den Angriff zu führen. Am 1. April hat er befohlen, ihn etwa für den 22. Juni vorzusehen. Der Angriffsbefehl selbst, also die wirkliche Auslösung des Feldzuges, der wurde erst am 17. Juni befohlen. Es war zweifellos ein reiner Präventivkrieg. Das, was wir nachträglich noch feststellten, war jedenfalls die Gewißheit einer ungeheuren militärischen Vorbereitung gegenüber unseren Grenzen... Rußland war in vollem Maße kriegsbereit... Wir waren niemals stark genug um im Osten uns verteidigen zu können... um diese Front zu besetzen, braucht man mindestens 300 Divisionen, und die haben wir nie gehabt*" (H. Grimm 1954, S. 392).

Noch eingehender begründete Generaloberst Rendulic den Präventivkrieg gegen die UdSSR: *„...Tatsächlich hatten sie im Sommer 1941 bereits etwa 250 Divisionen einschließlich der großen Panzerverbände und 6 Millionen ausgebil- deter Soldaten. Es war klar, daß dieser Rüstungsstand in personeller und materieller Hinsicht in zwei Jahren verdoppelt sein mußte, wenn die Arbeiten an der Rüstung ungestört hätten weitergehen können. Wir hatten den Eindruck und die Überzeugung, in diese Rüstungstätigkeit gerade noch im letzten Moment hineingestoßen zu sein, um den Kampf überhaupt bestehen zu können. In zwei Jahren oder gar noch später wäre dies sicher nicht mehr möglich gewesen.., Es war ferner klar, daß schließlich ein Zustand hätte eintre- ten müssen, in dem auch ein rein defensiver Kampf gegen eine solche Übermacht nur geringe Aussicht auf Erfolg für Deutschland hätte haben müssen* " (L. Rendulic, Heidelberg 1952).

Beim IMT Nürnberg wurde Keitel von einem Ankläger gefragt, warum er Hitler nicht besser beraten hätte. Er antwortete: „ *Ich wurde belehrt! Ich und alle Generäle, die mit ihm zusammenkamen, waren fassungslos über die unvorstellbaren Kenntnisse Hitlers in der militärischen Literatur, Er kannte alle Generalstabswerke der Welt, alle strategischen Probleme waren ihm geläufig. Er war ein Autodidakt und Moltke, Schlieffen und Clausewitz waren seine Lehrmeister, Er kannte die Organisation, die Bewaffnung, die Führung,*

die Ausrüstung aller Armeen und Flotten der Erde, und es war unmöglich, ihm jemals einen Irrtum nachzuweisen (W. v.Asenbach, S. 24).

Immer noch wird unter den Historikern gestritten, ob der deutsche Angriff vom 22.6.1941 ein Präventivkriegsbeginn gewesen sei. Doch bereits während der Kriegsverbrecherprozesse war das bekannt. Der Verteidiger im Fall 11 vor dem Amerikanischen Gerichtshof IV führte im November 1948 aus: *„Hinsichtlich des Rußlandkrieges hat die Beweisaufnahme die Richtigkeit meiner Behauptung erwiesen, daß dieser Krieg... kein strafbarer Angriffskrieg war, sondern ein Präventivkrieg zur Abwehr eines unmittelbar drohenden russischen Angriffs... Der russische Aufmarsch in seiner Gestalt im Mai 1941... ist genau bekannt. Dieser Aufmarsch hatte... eindeutig den Charakter eines Angriffsmarsches“.* (B. v. Richthofen 1996, S. 95/96).

Am 22.6.1941 standen sich gegenüber: deutsche Kräfte: 3 Millionen und 600.000 Verbündete, 151 eigene und 30 Divisionen der Verbündeten, 3.712 Panzer, 3.500 Flugzeuge; russische Kräfte: 5 Millionen, 20.000 Panzer, 10.000 Flugzeuge, 30.000 Geschütze (F. Becker 1991, S. 241), insgesamt eine erdrückende Übermacht[12]. Noch nach Einnahme des riesigen Panzerwerks in Dnjepropetrowsk konnten die Russen bis Kriegsende 100.000 Panzer herstellen.

In seiner Rede vor dem Reichstag am 11.12.1941 führte Hitler aus: „ *Weil ich Sowjetrußland für die tödliche Gefahr nicht nur des Deutschen Reiches, sondern für ganz Europa hielt, habe ich mich entschlossen, wenn möglich noch wenige Tage vor dem Ausbruch dieser Auseinandersetzung selbst das Zeichen zum Angriff zu geben. Für die Tatsache des russischen Angriffs liegt heute ein wahrhaft erdrückendes und authentisches Material vor. Ebenso sind wir uns im klaren über*

12 Anm.: *Am 25.6.1941 schrieb der Verfasser zum 22.6. bei Brest- Litowsk als gerade 19jähriger in sein Tagebuch: „Aufklärung bringt die Proklamation des Führers. Es gehört wirklich fast unmenschliche Kühnheit dazu, seit dem Westfeldzug mit Feinden im Rücken zu fechten und zu siegen.“ - Nach heutigem Quellenstand braucht nichts zugefügt werden.*

den Zeitpunkt, an dem dieser Angriff stattfinden sollte.. Denn das darf ich heute aussprechen:

WENN SICH DIESE WELLE VON ÜBER 20.000 PANZERN, HUNDERTEN VON DIVISIONEN, ZEHN- TAUSENDEN AN GESCHÜTZEN, BEGLEITET VON MEHR ALS 10.000 FLUGZEUGEN UNVERSEHENS ÜBER DAS REICH HIN IN BEWEGUNG GESETZT HABEN WÜRDE, WÄRE EUROPA VERLOREN GEWESEN"
(M. Domarus 1988, S. 1794).

Am 4.6.1942 trafen sich Hitler und der finnische Marschall Mannerheim. Hitler führte dabei u. a. aus, daß das russische Kriegspotential eine Überraschung unangenehmster Art war. Bis zum 4.6.1942 waren 34.000 russische Panzer vernichtet oder erbeutet worden. Auch wenn er über die Rüstung der Russen besser informiert gewesen wäre, hätte ei, wenn auch schweren Herzens, an seinem Entschluß (zum Präventivkrieg) festgehalten (F. Becker, 1997).

Am 10.10.1942 schrieb Hitler an Sven Hedin: „ *Wäre Polen zu der von mir angehotenen Verständigung bereit gewesen, dann würde es nicht zum Kriege gekommen sein. In diesem Fall aber hätte Rußland seine Rüstungen in einem Ausmaß vollenden können, daß wir erst heute kennen und zu ermessen vermögen. Fünf Jahre noch Friede und Europa wäre von dem Gewicht der bolschewistischen Kriegsmaschine einfach niedergewalzt worden... Ohne Zweifel ist der Schuldige an diesem Kriege... ausschließlich der amerikanische Präsident Roosevelt. "* (Siehe Anhang 16)

Die wahren Ziele Stalins offenbarten sich zum Beispiel in einem 1943 bei einem gefallenen hohen Offizier gefundenen Geheimbefehl: *„Mögen die bürgerlichen Regierungen der westlichen Demokratien, mit denen wir ein Bündnis geschlossen haben, glauben, daß wir unsere einzige Aufgabe darin sehen, die Faschisten aus unserem Lande zu vertreiben... Unser einziges Ziel ist und bleibt die Weltrevolution, die Diktatur des Proletariats in der ganzen Welt... Doch unsere Wege trennen sich dort, wo unsere jetzigen Verbündeten der Erreichung unseres Endzieles im Wege stehen werden"* (F. Becker 1991, S. 227).

Hier wird das Urteil des Völkerrechtlers Prof. Berber aus dem Jahre 1942 über die Vorgeschichte des Kriegsbeginns mit Rußland angefügt. Es ist im höchsten Grade erstaunlich, wie objektiv die deutsche Führung und die deutsche Öffentlichkeit damals über das tatsächliche Geschehen und die historische Wahrheit informiert wurde und informiert war. Die folgenden Ausführungen brauchen nach heutigem Stande der Quellenkenntnis nicht verbessert zu werden. Berber schrieb: *„1938 steifte die Sowjetunion der Tschechoslowakei den Rücken in der Sudetenkrise. Seit Frühjahr 1939 bemühten sich britische Unterhändler, Moskau für den Einkreisungsring gegen Deutschland zu gewinnen. Es war übrigens eine überlegene diplomatische Tat, die Sowjetunion durch den Abschluß des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes vom 23.8.1939 zu neutralisieren, um die deutscherseits gewünschte Lokalisierung des drohenden Krieges um so leichter erreichen zu können. Obwohl der Pakt den grundsätzlichen weltanschaulichen Gegensatz zwischen dm nationalsozialistischen Deutschland und der bolschewistischen Sowjetunion nicht aufhe- ben konnte noch wollte, war er doch von deutscher Seite als eine Regelung von langer Dauer gemeint, die die beiderseitigen Interessensphären ohne Überschneidung klar ab- grenzen sollte. Aber Sowjetrußland hielt sich nicht daran. Nach Besetzung der weiten ihm zugestandenen Gebiete Ostpolens wandte es sich gegen Finnland und raubte diesem nach einem mehrmonatigen blutigen Krieg die östlichen Provinzen. Es wandte sich gegen das Baltikum und verleibte sich die bisher selbständigen Staaten Estland, Litauen und Lettland ein. Es nahm Rumänien unter Kriegsdrohung Bessarabien und die Bukowina fort. Aber damit war es noch keineswegs befriedigt. Es stellte neue Forderungen in bezug auf Finnland, auf Rumänien, auf Bulgarien und auf die türkischen Meerengen. Es erklärte seine Mißbilligung der bulgarischen und ungarischen Freundschaftspolitik mit Deutschland. Es schloß am 5.4., einen Tag vor dem deutschen Einmarsch, einen Freundschaftspakt mit der jugoslawischen Putschistenregierung. Es intensivierte seine Zersetzungsarbeit in Deutschland selbst wie in*

den mit Deutschland verbündeten oder befreundeten Staaten Europas. Es ließ seine hochgerüstete Armee auf der lan - gen Front von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer aufmarschieren, um Deutschland im gegebenen Augenblick in der Rücken zu fallen. Unter dem Druck dieser bedrohlichen Gesamtlage entschloß sich die deutsche Führung am 22.6., dem drohenden Angriff durch einen Gegenstoß zuvorzu- kommen" (B. v. Richthofen 1975).

Wie objektiv die deutsche Öffentlichkeit unterrichtet war, geht auch daraus hervor, daß die Rede Stalins vom 19.8.1939 in deutschen Zeitungen veröffentlicht wurde, so z. B. in „Rote Erde" am 23.2.1944 (O. Rose 2002, S. 16).

Es muß hier ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß diese sachliche Beurteilung der Gründe für den deutschen Angriff auf die Sowjetunion auf der einen Seite und die regierungsseitigen Verlautbarungen der Bundesrepublik Deutschland wie die heute vorherrschenden Darstellungen der deutschen Medien und Zeitgeschichte auf der anderen Seite im Widerspruch zueinander stehen. Dieser Widerspruch folgt aus dem Londoner Statut vom 8.8.1945, das die Alleinschuld Deutschlands feststellte. Die Bundesrepublik hat dieses Urteil, unterschrieben im Überleitungsvertrag vom 26.5.1952 bzw. 23.10.1954 sowie nochmals unterschrieben am 27.9.1990, vorbehaltslos anerkannt und, so erstaunlich das auch klingen mag, in den vergangenen mehr als 60 Jahren nach dem 22.6.1941 darauf verzichtet, eine objektive historische Aufarbeitung zu betreiben.

Während sich die UdSSR nicht an kriegsvölkerrechtliche Konventionen gebunden fühlte und nur 5 % der deutschen Gefangenen, die bis 1942 gemacht wurden, überlebten, - die russische Kampfführung wurde von Seidler 1997, Poeppel 1998 u. a. behandelt - wurden Vorwürfe von völkerrechtswidrigen Befehlen gegen die Wehrmacht erhoben, vor allem im Falle des sog. Kommissarbefehls vom 6.6.1941 („Richtlinien über die Behandlung politischer Kommissare"). Er sah vor, diese nach ihrer Ergreifung sofort zu erschießen. Er wurde kaum befolgt und 1942 aufgehoben. Es bestanden begründete Zweifel am Kombattantenstatus der Kommissare, die nicht der

Roten Armee, sondern dem NKWD unterstanden. Zudem waren ihre Verbrechen bei der Besetzung Ostpolens und der baltischen Staaten bekannt geworden.

Ein anderer Schuldvorwurf betrifft die deutsche Besatzungspolitik in Rußland. Dieser Schuldvorwurf führte selbst durch das Militärtribunal von Nürnberg und die folgenden Kriegsverbrecherprozesse nicht zur Verurteilung der deutschen Wehrmacht als verbrecherische Organisation, wird aber heute durch deutsche Mitläufer, die die Sieger noch an Radikalität übertreffen, groß herausgestellt; sonst wäre nicht zu erklären, daß etwa eine Million Soldaten aus der UdSSR auf deutscher Seite kämpften. Das gehört allerdings nicht zum Thema dieses Buches und kann hier nur angedeutet werden.

Möglichkeiten für politische Initiativen zur Nutzung der antisowjetisch eingestellten Bevölkerung, wie sie etwa Haider am 22.7.1940 notierte, wurden jedoch nicht genutzt. Auch Rosenberg als Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, der ähnliche Gedanken, wie von Haider notiert, vertrat, konnte sich nicht durchsetzen. Erst mit der Bekanntmachung von Goebbels und Himmler vom 15.2.1943 (Anhang A18) wurden diese Probleme angesprochen.

Zwei russische Geschichtsprofessoren aus Wolgograd (Stalingrad) schrieben zur deutschen Besatzungspolitik: Zu den ersten deutschen Maßnahmen zählten Abhaltung von Dorfversammlungen, auf denen die Dorfältesten gewählt wurden, die Aufstellung einer russischen Hilfspolizei, die Öffnung der Kirchen. Die Bürgermeister wurden in freier, direkter Wahl von den Dorfbewohnern bestimmt, ohne Einmischung der Wehrmacht, Bauern nahmen die Auflösung der Kolchosen in die eigenen Hände, indem sie den Boden unter sich aufteilten. Parteimitglieder kamen in Selbstverwaltungsorgane (H. Mayer, 1996).[13] Ungeachtet dessen kommt dem deutschen Präventivschlag von 1941 die welthistorische Bedeutung zu, einen langfristig und weitangelegten, über Deutschland hinaus gerichteten Eroberunsplan der Sowjetunion zunichte gemacht und trotz der vollständigen deutschen Niederlage noch das halbe Europa vor der stalini- stischen Diktatur bewahrt zu haben. Dabei war der deut-

schen militärischen Führung von Anfang an klar, daß die zur Verteidigung einer Front von annähernd 2.000 km Länge notwendigen 300 deutschen Divisionen nicht aufzubringen waren. Das deutsche Volk mußte furchtbare Opfer bringen, noch zum Schluß bezahlte es mit der Vertreibung von etwa 18 Millionen Deutschen, von denen dabei rund drei Millionen ums Leben kamen.

Goebbels sah diese Apokalypse, vereinbart auf der Konferenz von Jalta, kommen und schrieb dazu: „ *Wenn das deutsche Volk die Waffen niederlegen sollte, so würde das Abkommen* (von Jalta) *zwischen Roosevelt, Churchill und Stalin den Sowjets gestatten, ganz Ost- und Südost-Europa zusammen mit dem größten Teil des Reiches zu besetzen. Der eiserne Vorhang würde sofort vor diesem Gebiet herniedergehen. Hinter diesem Vorhang bliebe nur ein Menschentypus im Urzustände, eine stumpfe gärende Masse von Millionen verproletarisierter und verzweifelter Arbeitstiere...*“ (Das Reich, 23.2.1945).

Eine Gesamtbeurteilung des Krieges, wie sie ähnlich in Hitlers Testament enthalten ist, und die an die obige Sicht Berbers anschließt, sind die Worte Hitlers an Remer im Herbst 1944 (O.-E. Remer 1989, S. 163): *„Glauben Sie mir, Herr Oberst, ich habe alles getan, um diesen mir auf genötigten Krieg zu verhindern. Ich konnte alles, nur keinen Krieg gebrauchen. Ich hatte so viel Pläne, die ich mir noch zu Lebzeiten für die Zukunftssicherung des Großdeutschen Reiches und für das Glück meiner Volksgenossen zu bewältigen vorgenommen habe... Jeder Tag, den dieser mör-*

13 *Die Beziehungen zwischen den deutschen Soldaten und den Ukrainern beleuchtet folgende Begebenheit. 1996 unternahmen Angehörige der Division Wiking der Waffen-SS, der neben Deutschen vor allem Freiwillige aus den nordischen Staaten angehörten, eine Reise zu ihren ehemaligen Kampfplätzen. Am Ort des Divisionsstabes bei Rostov wurden sie nach Bekanntwerden ihrer Identität von der Bevölkerung in das Kulturhaus des Ortes gebeten und dort stürmisch gefeiert und aufgefordert, noch einmal ihre Lieder, die sie damals gesungen hatten, zu singen - fast* 55 *fahre danach* (Persönl. Mittlg, eines Teilnehmers.)

derische Krieg nun länger dauert, nimmt mir eine Möglichkeit mehr, diese meine gewaltigen Vorhaben zu erledigen... Denn dieser mir von den Heuchlern Roosevelt und Churchill mit ihren jüdischen Hintermännern auferlegte Krieg erfordert nunmehr meine ganze Kraft, um Deutschland und dem Abendland die totale Vernichtung durch das alles vernichtende verbrecherische Sowjetsystem zu ersparen. Ich wollte mit Polen eine friedliche Regelung. Kein deutscher Staatsmann vor mir hätte sich erlauben können, ein so großzügiges Angebot, wie ich es getan habe, zu machen. Er wäre vom deutschen Volk davongejagt worden. Eine friedliche Lösung dieser Frage wäre durchaus möglich gewesen. Aber England wollte keine friedliche Lösung, obwohl ich ernstlich bereit war, sein von mir bewundertes Empire zu garantieren... Die in ihrer Großmannssucht bar jeder Vernunft handelnden Polen waren lediglich dazu ausersehen, den Krieg unter allen Umständen zu provozieren und mich zu brüskieren, nachdem ihnen die britische Garantie auf gezwungen worden war, die für Polen ein Freibrief wider jegliche Vernunft war. Der Scharfmacher dieses ganzen verbrecherischen Spiels seit München war Herr Roosevelt, der sich von seiner jüdischen Umgebung zum Kreuzfahrer ausrufen und mißbrauchen ließ. Als ich sah, daß England unter Chamberlain, der sicherlich etwas anderes wollte, diesem jüdisch-amerikanischen Druck nicht widerstehen konnte und wollte und im Gegenteil die Polen... nicht zur Vernunft rief, sondern ungerührt zusah, wie deutsche Volksgenossen zu Zehntausenden vertrieben, verschleppt und brutal ermordet wurden, blieb mir nicht anderes übrig, als diesem verbrecherischen Treiben ein Ende zu setzen. Das habe ich dann auch gründlich und blitzschnell getan. Ich habe dann gleich nach Beendigung der Kampfhandlungen an die Vernunft Englands und Frankreichs appelliert. Doch leider vergeblich. Männer wie Roosevelt und Churchill werden nicht eher zur Vernunft kommen, bis Deutschland und damit Europa ein Scherbenhaufen ist und England unter den Hammer kommt... Hätte ich 1939 nicht das friedenstörende polnische Krebsgeschwür ausgebrannt, wäre uns sicherlich nach dem erkennbaren

Aufmarsch der Verbündeten spätestens 1943 das gleiche Schicksal zuteil geworden, was wir jetzt erleben müssen. Denn die Pläne der Vernichtung Deutschlands waten seit München eine beschlossene Sache."

16 Die russischen Kriegsvorbereitungen bis zum 22.6.1941

Die russischen Expansionen bis hin zum Krieg waren ideologisch vorprogrammiert. Das Ziel der Weltrevolution war bereits in der Gründungsdeklaration der UdSSR von 1921 festgelegt, und alle russischen Staatsmänner vor Gorbatschow hielten sich daran. Stalin verkündete 1925 den Lehrsatz von der Unvermeidbarkeit des Krieges mit dem kapitalistischen Feind in einer geheimen Sitzung hoher Komintern-Funktionäre: *"Europa ist im Verfall; ohne Rote Armee kann die Revolution nirgends siegen... Wenn der Krieg ausbricht, werden wir nicht untätig zuschauen können. Wir werden eingreifen müssen, aber als die Letzten, so daß wir den Ausschlag geben werden"* (D. Kunert 1984, S. 18>.

Die bis zuletzt beibehaltenen Angriffspläne enthüllten sich in den nach Ende der DDR aufgefundenen Dokumenten. Das strategische Nahziel war, den zentraleuropäischen Bereich der NATO unter reichlicher Verwendung von taktischen Atomwaffen blitzartig zu überrollen, wobei die Westgrenze der Bundesrepublik nach 13 Tagen und die Pyrenäen nach 33 Tagen erreicht sein sollten (FAZ, Febr. 1992),

Im Jahre 1928 hatte die Sowjetunion dem konzentrierten Aufbau der Schwer- und Rüstungsindustrie mit dem ersten Fünfjahresplan in Angriff genommen, der noch finanziell und mit der Planung von Großanlagen, z. B. dem Panzerwerk von Dnjepropetrowsk, von den USA unterstützt wurde. Damit war ein gigantischer Aufrüstungsprozeß in Gang gesetzt worden, der alles bis dahin Bekannte in den Schatten stellte und bis in die achtziger Jahre hinein anhal- ten sollte. In Dnjepropetrowsk wurden beispielsweise bis zum 1.9.1939 bereits mehr Panzer hergestellt, als damals die

Aufmarsch der Verbündeten spätestens 1943 das gleiche Schicksal zuteil geworden, was wir jetzt erleben müssen. Denn die Pläne der Vernichtung Deutschlands waren seit München eine beschlossene Sache."

16 Die russischen Kriegsvorbereitungen bis zum 22.6.1941

Die russischen Expansionen bis hin zum Krieg waren ideologisch vorprogrammiert. Das Ziel der Weltrevolution war bereits in der Gründungsdeklaration der UdSSR von 1921 festgelegt, und alle russischen Staatsmänner vor Gorbatschow hielten sich daran. Stalin verkündete 1925 den Lehrsatz von der Unvermeidbarkeit des Krieges mit dem kapitalistischen Feind in einer geheimen Sitzung hoher Komintern-Funktionäre: *"Europa ist im Verfall; ohne Rote Armee kann die Revolution nirgends siegen... Wenn der Krieg ausbricht, werden wir nicht untätig zuschauen können. Wir werden eingreifen müssen, aber als die Letzten, so daß wir den Ausschlag geben werden"* (D. Kunert 1984, S. 18).

Die bis zuletzt beibehaltenen Angriffspläne enthüllten sich in den nach Ende der DDR aufgefundenen Dokumenten. Das strategische Nahziel war, den zentraleuropäischen Bereich der NATO unter reichlicher Verwendung von taktischen Atomwaffen blitzartig zu überrollen, wobei die Westgrenze der Bundesrepublik nach 13 Tagen und die Pyrenäen nach 33 Tagen erreicht sein sollten (FAZ, Febr. 1992).

Im Jahre 1928 hatte die Sowjetunion dem konzentrierten Aufbau der Schwer- und Rüstungsindustrie mit dem ersten Fünfjahresplan in Angriff genommen, der noch finanziell und mit der Planung von Großanlagen, z. B. dem Panzerwerk von Dnjepropetrowsk, von den USA unterstützt wurde. Damit war ein gigantischer Aufrüstungsprozeß in Gang gesetzt worden, der alles bis dahin Bekannte in den Schatten stellte und bis in die achtziger Jahre hinein anhal- ten sollte. In Dnjepropetrowsk wurden beispielsweise bis zum 1.9.1939 bereits mehr Panzer hergestellt, als damals die

gesamte westliche Welt besaß. Auch nach dessen Verlust an die Deutschen konnten bis Kriegsende noch 100.000 Panzer produziert werden. Bis Kriegsanfang wurde der von einem amerikanischen Konstrukteur entworfene Panzer vom Typ BT gebaut, der nur auf den guten Straßen Westeuropas brauchbar war und nach Abwurf der Ketten bei einem Aktionsradius bis zu 700 km eine maximale Marschgeschwindigkeit von 100 km/h entwickelte.[14] Bezeichnend ist, daß die damit ausgerüsteten Einheiten nach dem Mobilmachungsplan keine LKWs zum Aufnehmen der abgeworfenen Ketten mit sich führten - ein klares Indiz für die Zielrichtung der beabsichtigten militärischen Operationen. Bereits nach dem Zweiten Fünfjahresplan waren 21.000 Flugzeuge hergestellt worden (V. Suworow 1989, S. 40). Zeitlich ähnlich wie das Management für die Wahl Roosevelts zum Präsidenten hatte ab 1928 die russische Aufrüstung eingesetzt, lange bevor an Hitler als Reichskanzler zu denken war und als die NSDAP noch eine unbedeutende Splitterpartei darstellte.

Am 19.8.1939 war in einer Sitzung des Politbüros unter Vorsitz Stalins der Beschluß zur „großen Befreiung Europas“ gefaßt wurden (V. Suworow 1994, S. 74 f., 1989, S. 62). An den wirtschaftlichen Kapazitätsdaten, aus denen man die in den Kriegsjahren 1941 bis 1942 zerstörten Kapazitäten nicht ausklammern darf, kann ermessen werden, was über Europa mit der beabsichtigten „Befreiung“ hereingebrochen wäre.

Nachdem sich der Sieg Schukows in der Mandschurei über die japanische 6. Armee abzeichnete, wobei die russische Taktik des Masseneinsatzes von Panzern und Artillerie erprobt wurde, konnte bereits vier Tage nach dem
19.8.1939 das deutsch-russische Abkommen geschlossen werden, daß offenbar ebenso als eine Maßnahme der Kriegsvorbereitungen angesehen werden muß. Dazu soll Stalin nach Aussage seines gefangengenommenen Sohnes gesagt haben: „Wer Berlin bat, hat Deutschland, wer

14 Seine Panzerung war aber so leicht, das MG-Geschosse durchschlugen, wie der Verfasser selbst sah.

Deutschland hat, hat Europa, wer Europa hat, hat die Welt" (F. Becker 1995, S. 231).

Die seit dem 18. Parteikongreß 1938 verstärkten Kriegsvorbereitungen zur „Befreiung" Europas mündeten in die Ausarbeitung eines terminlich bis in die Einzelheiten detaillierten Planes zur Mobilmachung von Truppen und Ausrüstungen und deren Aufmarsch an der Westgrenze der Sowjetunion, an dessen Ende die Grenzüberschreitung zu Kriegsbeginn stehen sollte. Am 19.8.1939 wurde dieser Plan in Kraft gesetzt mit dem Datum des Kriegsbeginn zum 6. 7.1941. Die so oft gestellte Frage, warum Stalin nichts gegen den ihm mit Datum des 22.6.1941 bekannten deutschen Angriff unternahm, beantwortet sich am wahrscheinlichsten damit, daß er der Gefangene dieses meisterhaften Mobilmachung- und Aufmarschplanes war, bei dem alles bedacht war, nur eines nicht: eine rechtzeitige Gegenreaktion. Da *„Hitler nicht die Absicht hatte, einen europäischen, geschweige denn einen Weltkrieg zu beginnen...,* (und) *daß es weder die Absicht noch Pläne gab, sie* (die deutsche Wirtschaft) *auf Kriegswirtschaft umzustellen..., deshalb halte ich den 19. August 1939 für den Rubikon zum Krieg"* (V. Suworow 1994, *S. 219). „Von diesem Tage an war - wie auch immer die Ereignisse sich entwickeln würden - der Krieg nicht mehr aufzuhalten. Deshalb ist der 19.8.1939 der Tag, an dem Stalin den Zweiten Weltkrieg auslöste"* (V. Suworow 1994, S. 329).

Auf der Sitzung des Politbüros am gleichen Tage, die unter Vorsitz Stalins stattfand und auf der die Beschlüsse zur *„Befreiung Europas"* gefaßt wurden, hielt Stalin eine Rede, deren Text in Moskauer Archiven gefunden und 1994 veröffentlicht wurde. Stalin sagte: *„ Unsere Wahl ist klar. Wir müssen den deutschen Vorschlag annehmen und die andere französische Mission höflich nach Hause schicken. Unser erster Vorteil besteht in der Auslöschung Polens und der Gewinnung eines Teiles von Polen bis nach Warschau einschließlich des ukrainischen Galiziens"* (W. Strauss, 1996, S. 61; siehe Anhang A11).

Am 19.8.1939 wurde beschlossen, die Streitkräfte der UdSSR von 2 Millionen auf 5 Millionen Mann anzuheben (V.

Suworow 1994, S. 113), die Zahl der motorisierten Divisionen (je 275 Panzer) um 30 zu erhöhen (S. 172), die Zahl der Schützendivisionen von 100 zu verdoppeln (S. 167), 61 neue Panzerdivisionen aufzustellen (je 375 Panzer) (S. 172), 80 neue Fliegerdivisionen aufzustellen (je 200 bis 300 Maschinen) u.a.m. (V. Suworow 1994, S. 173) Durch Herabsetzung des Einberufungsalters um ein Jahr wurden auf einen Schlag 5 Millionen Soldaten gewonnen. „Es war die heimliche Mobilmachung. Die sowjetische Führung bereitete die Rote Armee und das gesamte Land auf die Eroberung Deutschlands und ganz Westeuropas vor. Die Eroberung Westeuropas war das Hauptziel, weshalb die Sowjetunion den Zweiten Weltkrieg entfesselte. Der endgültige Entschluß, den Krieg zu beginnen, wurde von Stalin am 19. August 1939 gefaßt“ (V. Suworow 1994, S. 18). Die Rede Stalins im Politbüro am 19.8.1939 wurde im November 1939 bekannt und von verschiedenen Stellen veröffentlicht. Die Reichsregierung war von da ab über die russischen Absichten im Bilde. Daher erklären sich auch die intensiven Friedensbemühungen um England mit dem Flug von Heß.

Die frühzeitigen Angriffsabsichten der Russen gehen auch aus ihrer Forderung im Vertrag vom 29.9.1939 hervor, die Demarkationslinie zwischen den beiderseitigen Interessengebieten so zu legen, daß die Balkone von Lemberg und Bialystok aus der Curzonlinie nach Westen herausragten. Darauf ist bisher noch nicht genügend hingewiesen worden. Bereits damals mußten sie als Aufmarschbasen für Offensivarmeen vorgesehen gewesen sein, es mußten also bereits damals konkrete militärische Offensivpläne bestanden haben, welche die geheimen Grundlagen der Abkommen waren (Stalin am 23.8.1939: Ich habe Ihn (Hitler) überlistet“), als die Reichsregierung noch hoffte, damit einen Zweifrontenkrieg vermeiden zu können. Die Annahme deutscher, von den russischen unabhängiger Angriffsabsichten durch Topitsch (1990) und Hoffmann (1995) sind auch dadurch widerlegt.

Am Tage des Kriegsbeginn, am 1.9.1939, wurde in der UdSSR die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Für den Beschluß des Gesetzes mußten die Abgeordneten aber schon vor dem 19.8. benachrichtigt worden seien, um nach Moskau

zu kommen. Bereits vorher wurde begonnen, die Truppen des Kommissariats für innere Angelegenheiten (NKWD), dem auch die GPU unterstand, außerordentlich zu verstärken, so daß nach dem 22.6.1941, als sie zunächst nicht mehr benötigt wurden, von ihnen Mannschaften in Stärke von 29 Divisionen (ca. 250.000 Mann) an die Rote Armee abgegeben werden konnten. Die Sperreinheiten des NKWD wurden eingerichtet, deren Aufgabe es war, „ *die angreifenden eigenen Truppen durch Maschinengewehrgarben in den Rücken zu ermuntern*“ (!) (V. Suworow 1989, S. 83). Bereits vor dem August 1939 - mit Suworow ein Beweis für die lange Planung des Krieges - wurden die OSNAS-Truppen, NKWD-Einheiten zur besonderen Verwendung (für Aufgaben nach dem Modell von Katyn), aufgestellt.(15)

Die Verbrechen dieser Verbände, denen vor Beginn der Offensive 1941 deutscherseits im Kommissarbefehl der Kombattantenstatus nicht zugebilligt worden war, und die Verbrechen der Roten Armee sind nicht Gegenstand dieses Buches. Sie sind durch hervorragende Werke von Hoffmann und Seidler behandelt. Hier sei nur als Beispiel aus einem im Manstein Prozeß von Mansteins Verteidiger Paget vorgelegten Dokument zitiert: „*Außerdem legten wir eine Kopie der Operationsbefehle des NKWD von Litauen vor. Darin wurde angeordnet, daß jeder Mann mitsamt seiner Familie zu kassieren sei, der ein Amt in einer demokratischen Partei oder Gewerkschaft bekleidet hatte, einen Universitätsgrad besaß oder ei-*

15 Wenigstens an dieser Stelle sollten sich den siegerhörigen Politikern und Medienschreibern die Haare sträuben vor dem auch ihnen zugedacht gewesenen Schicksal, durch Genickschuß oder im Gulag zu enden, einer Art von „*Befreiung*“, die nach Überschreiten der deutschen Grenzen durch die Rote Armee tatsächlich stattfand (J. Hoffmann 1995). Die von den Siegern von ihrem Leben „*Befreiten*“ wurden bei den „*Befreiungsfeiern*“ im Mai 1995 völlig vergessen. Jene, die z. B. mit dem Aufruf: „*8. Mai - gegen das Vergessen*“ (FAZ v. 7.4.1995)(Anh. 31) daran zu erinnern wagten, wurden als Rechtsradikale beschimpft. Das zur Schau getragene würdelose Schuld- und Büßerbewußtsein kennzeichnete der estnische Staatspräsident am 3.10.1995 in Berlin mit dem Wort von der „*Canossarepublik*“.

nem akademischen Beruf angehörte. Diese Leute wurden entweder erschossen oder nach Sibirien verschickt. Von keinem von ihnen hat man wieder etwas gehört. Das NKWD in Litauen zählte mehr als 20.000 Köpfe, was sehr gut illustriert, wie gering das Personal des SD (Einsatzgruppe) mit 600 Leuten für die ganze Ukraine war. **“** (R. Paget, 1952).

Schon am 18.9.1940 legte Marschall Timoschenko Stalin *die „Grundlagen der strategischen Aufstellung der Streit-Kräfte der Sowjetunion für die Jahre 1940 und 1941“* vor. Darin heißt es: *„An unseren Westgrenzen wird unser wahrscheinlichster Gegner Deutschland sein.* **“** (V. Suworow 2000). Diese Denkschrift wurde erst kürzlich entdeckt. Der Aufmarschplan wurde von Suworow 1989 dargestellt.

Bereits am 15. Oktober 1939 wurde zwischen der UdSSR, England und Frankreich ein Geheimabkommen zur gemeinsamen Kriegsführung gegen Deutschland abgeschlossen. Darin waren für das Frühjahr 1940 etwa gleichzeitige Offensiven an der Nordfront in Skandinavien, in Frankreich mit Belgien und Holland und an der Ostfront von der SU vorgesehen. Doch schon am 30.11.1939 wurde Finnland überfallen. Der Offensive in Skandinavien am 8. und 9.4.1940 kam die deutsche Gegenoffensive z. T. nur um Stunden zuvor, der Offensive im Westen am 15.5. kam die deutsche am 10.5. zuvor. Infolge von deren schnellen Erfolgen wurde die russische Offensive am 15.6. um ein Jahr verschoben (F. Becker, 1998).

Die in den 30er Jahren gebaute Stalinlinie, eine befestigte Verteidigungszone von 50 Kilometern Tiefe, wurde abgebaut, denn *„ diese Stalinlinie nützte niemand mehr bei einem Angriffskrieg. Sie hätte auch in einem Verteidigungskrieg Verwendung finden können, aber eine derartige Möglichkeit schloß man nach dem Molotow-Ribbentrop-Pakt aus“* (V. Suworow 1989, S. 117). Auch die hinter einem angreifenden Gegner operierenden Partisaneneinheiten wurden aufgelöst. Die Herstellung typischer zur Verteidigung dienender Waffen wie Panzerabwehrgeschütze, Flugabwehrgeschütze, Landminen usw. wurde z. T. völlig eingestellt. Es wurden Luftlandetruppen aufgestellt, die mit Artillerie und flug- transportfähigen leichten Panzern bewaffnet waren. Vom

Frühjahr 1941 an wurden diesen Luftlandetruppen große Mengen von Lastenseglern zugeteilt, die nur noch im Jahr 1941 einsatzbereit waren, weil sie unter freiem Himmel infolge ihrer leichten Bauart den nächsten Winter nicht überstanden hätten. Von den 28 bis zum Juni 1941 aufgestellten Armeen wurden 23 hinter den Grenzen von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer bereitgestellt. Jede dieser Stoßarmeen hatte ein Soll von 1031 Panzern, deren Auslieferung am 22.6.1941 z. T. noch nicht abgeschlossen war. Drei dieser Armeen hatten ein Soll der doppelten Zahl an Panzern (2350) (V. Suworow 1989, S. 175). Diese wurden in den Baikonen von Bialystok und Lemberg frontnah aufgestellt. Die stärkste Armee war die 9. in Bessarabien mit einem Soll von 3341 Panzern. Zur ersten strategischen Staffel gehörten 16 Armeen mit insgesamt 170 Divisionen. Zur zweiten strategischen Staffel gehörten 7 Armeen, die jeweils in Gebieten mit Konzentrationslagern aufgestellt wurden. Ihre Angehörigen kamen im Sommer 1941 noch z. T. mit den schwarzen Sträflingsuniformen in den Kampf. Sie sollten im bereits eroberten Feindgebiet ausgeladen werden.

Vor den Absolventen der Frunseakademie und den obersten Befehlshabern hielt Stalin am 5.5.1941 eine Rede, die nie veröffentlicht wurde. Die russische militärhistorische Zeitschrift Nr. 4/ 1978 berichtete dazu: *„Der Generalsekretär des ZK KPdSU (B) I. W. Stalin gab in seiner Rede am 5. Mai 1941 anläßlich eines Empfangs von Absolventen der Militärakademien deutlich zu verstehen, daß die deutsche Armee der wahrscheinlichste Gegner sein würde“* (V. Suworow 1989, S. 210). Er führte weiter aus: *„Jetzt, wo wir stark geworden sind“*, sei die Zeit *gekommen, „von der Verteidigung zu Angriffsoperationen überzugehen“* (J. Hoffmann, FAZ, 13.3.1993) und: *„Der Plan des Krieges ist bei uns fertig.... Im Laufe der nächsten zwei Monate können wir den Kampf gegen Deutschland beginnen. Es besteht ein Friedensvertrag mit Deutschland, aber das ist nur eine Täuschung oder eher ein Vorhang, hinter dem wir offen arbeiten können“* (H. Diwald,1990).

Am gleichen Tage löste Stalin Molotow als Vorsitzender des Rates der Volkskommissare ab und übernahm damit neben der Parteiführung auch die Regierungsspitze.

Bis zum Juni 1941 wurden mit Fortgang der Aufrüstung mehrere Operationsentwürfe für den strategischen Aufmarsch beschlossen, so am 18.9.1940, 14.10.1940 und am 15.5.1941 vom neuernannten Chef des Generalstabes, General Schukow, und dem Verteidigungskommissar Timoschenko. Diese gingen dabei von einer russischen Stärke im Westen von insgesamt 258 Divisionen (163 Schützendivisionen, 7 Kavalleriedivisionen, 58 Panzerdivisionen und 30 motorisierten Divisionen) aus (W. Post 1995, S. 283).

Am 13.6.1941 erhielt die erste strategische Staffel den Befehl, feldmarschmäßig und mit operativer Entfaltung gegen die Grenze vorzurücken und diese am 6.7. zu überschreiten (V. Suworow 1989, S. 429). Wahrscheinlich wurde der ursprüngliche Angriffstermin von Ende August infolge des erkannten deutschen Aufmarsches vorverlegt (W. Post 1995, S. 298).

Nach M. Meljtjuchow (W. Strauss 2001) sollte der Aufmarsch der zweiten strategischen Staffel am 10.7. abgeschlossen sein.

Am 1.3.1941 wurde dem russischen Botschafter in Washington eine Kopie der Weisung 21, Fall Barbarossa, übergeben. Aber diese war in Moskau bereits Anfang Januar bekannt (Becker 1992, S. 215). Den Termin des 22.6.1941 erfuhr die sowjetische Führung aus verschiedenen Quellen, zum Beispiel durch den Verrat seitens v. d. Schulenburg in Berlin mit einer Mitteilung an Dekanosov (Becker 1992, S. 72). Stalin war also voll über die deutschen Absichten und Termine im Bilde und gab trotzdem den letzten Einsatzbefehl erst am 13.6.1941 mit dem Angriffstermin vom 6.7., weil sonst der riesige bis in das Letzte terminierte Mobilmachungsplan gestört worden wäre (V. Suworow 1994).

Bereits an diesem 13.6.1941 begannen in London Verhandlungen über ein russisch-englisches Bündnis. An diesem Tage wurde auch befohlen, die militärischen Territorialorganisationen in aktive Armeen umzuwandeln, auch im Militärbezirk Moskau. Nach deren Aufstellung und Abtransport wäre niemand dagewesen, der im Falle eines Aufstandes hätte eingesetzt werden können. Mit dem Befehl vorn 13.6. hatte die Rote Armee keinen anderen Handlungs-

Spielraum mehr als die Offensive. *„Nach diesem Tage war der Krieg für die SU unvermeidlich, und zwar mußte er im Sommer 1941 beginnen, ganz unabhängig davon, was Hitler unternehmen würde“* (V. Suworow 1989, S. 340).

Anfang Juni 1941 wurde die Regierung in ein getarntes Feldquartier im Raum Wilna-Minsk verlegt, der Feldbefehlsstand des Oberbefehlshabers wurde am 21.6. bezogen und die Aufstellung der operativen Gruppen war vollendet, d. h. die Rote Armee war von der Führungsstruktur her bereits im Krieg. ***„Bei keinerlei Truppenübung vor dem Krieg ist das Problem des Gegenstoßes behandelt worden “*** (V. Suworow 1989, S. 420).

„Aber Hitler hatte Stalin durchschaut, und das ist der Grund, weshalb der Zweite Weltkrieg ein so nicht erwartetes Ende nahm. Er (Stalin) ***hat nur das halbe Europa bekommen“*** (V. Suworow 1989, S. 302).

Die Ergebnisse Suworows, die inzwischen auch von anderer russischer Seite unterstützt werden, sind das Cannae der deutschen Zeitgeschichte und auch des Ergebnisses von Topitsch (1990), von dem dieser Ausdruck stammt, denn selbst er geht vom Abfangen eines deutschen Angriffes und dem darauf folgenden Gegenstoß aus.

17 Die für die Weltkriege verantwortlichen Hintergrundmächte

Außer den im Vordergrund stehenden Verantwortlichen der beiden Weltkriege, den handelnden Staatsmännern, gab und gibt es treibende Kräfte, die mehr im Hintergrund stehen, die von den meisten beamteten Historikern gemieden oder wenig beachtet werden. Ihre Bedeutung kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Von ihnen werden Tendenzen im weltanschaulichen, kulturellen, wirtschaftlichen und rechtlichen Leben herbeigeführt oder mitbestimmt, die dann oft über lange Zeit hinweg Medien, Politiker, Parteien und Staaten in ihrem Handeln beeinflussen, und es werden von ihnen lenkbare Personen ausgewählt und in wichtige politische Ämter

Spielraum mehr als die Offensive. *„Nach diesem Tage war der Krieg für die SU unvermeidlich, und zwar mußte er im Sommer 1941 beginnen, ganz unabhängig davon, was Hitler unternehmen würde*“ (V. Suworow 1989, S. 340).

Anfang Juni 1941 wurde die Regierung in ein getarntes Feldquartier im Raum Wilna-Minsk verlegt, der Feldbefehlsstand des Oberbefehlshabers wurde am 21.6. bezogen und die Aufstellung der operativen Gruppen war vollendet, d. h. die Rote Armee war von der Führungsstruktur her bereits im Krieg. *„Bei keinerlei Truppenübung vor dem Krieg ist das Problem des Gegenstoßes behandelt worden*“ (V. Suworow 1989, S. 420).

„Aber Hitler hatte Stalin durchschaut, und das ist der Grund, weshalb der Zweite Weltkrieg ein so nicht erwartetes Ende nahm. Er (Stalin) *hat nur das halbe Europa bekommen“* (V. Suworow 1989, S. 302).

Die Ergebnisse Suworows, die inzwischen auch von anderer russischer Seite unterstützt werden, sind das Cannae der deutschen Zeitgeschichte und auch des Ergebnisses von Topitsch (1990), von dem dieser Ausdruck stammt, denn selbst er geht vom Abfangen eines deutschen Angriffes und dem darauf folgenden Gegenstoß aus.

17 Die für die Weltkriege verantwortlichen Hintergrundmächte

Außer den im Vordergrund stehenden Verantwortlichen der beiden Weltkriege, den handelnden Staatsmännern, gab und gibt es treibende Kräfte, die mehr im Hintergrund stehen, die von den meisten beamteten Historikern gemieden oder wenig beachtet werden. Ihre Bedeutung kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Von ihnen werden Tendenzen im weltanschaulichen, kulturellen, wirtschaftlichen und rechtlichen Leben herbeigeführt oder mitbestimmt, die dann oft über lange Zeit hinweg Medien, Politiker, Parteien und Staaten in ihrem Handeln beeinflussen, und es werden von ihnen lenkbare Personen ausgewählt und in wichtige politische Ämter

eingesetzt, die ihre Programme durchführen. Die wichtigsten dieser Personen waren Wilson, Roosevelt, Churchill und Stalin. Die Tendenzen, um ihrer Weltherrschaft näher zu kommen, waren mehr als 10 Jahre durch das Stichwort „Privatisierung“, Verschleuderung von Staats-, also Gemeinbesitz (in der ehemaligen DDR „Volkseigentum“), und seit etwas mehr als 10 Jahren durch das Stichwort „Globalisierung“ gekennzeichnet. Auf diese Kräfte machte vor allem Erich Ludendorff aufgrund seiner historischen Studien nach dem Ersten Weltkrieg aufmerksam. Er nannte sie unter anderem „überstaatliche Mächte“. Dazu gehören insbesondere folgende Gruppen: die Freimaurerei und ihre Hilfsorganisationen, die internationale Hochfinanz, zionistische Weltorganisationen und die römisch-katholische Kirche mit dem Jesuitenorden und anderen Hilfsorganisationen. Zur Umsetzung ihrer Vorhaben dienen vor allem Lenk- und Beratungsgremien, wie der Council on Foreign Relations, die Bilderberger, die Trilaterale Kommission, der deutsche Herrenklub und viele weitere, die Nutzung von Geheimdiensten wie CIA, Mossad, KGB und andere, von Instituten, wie zum Beispiel dem Frankfurter Institut für Sozialforschung und anderen mehr.

Den Freimaurern sind zu ihrer Tarnung scheinbar harmlose internationale Vereinigungen angeschlossen. Als Ausführungsorgane bedienen sich diese Gruppen vor allem ihrer Medienkonzerne und der von ihnen durchsetzten marxistisch-sozialistischen wie liberalistischen Parteien. Marxismus, Sozialismus, Liberalismus und Kapitalismus sind nur scheinbar Gegensätze. Sie haben gemeinsame geistige Großväter in der westlichen Aufklärung. Dazu schrieb schon Solschenizyn: *„Die meisten gesellschaftlichen Systeme des Kommunismus und des Kapitalismus sind identisch verankert in den Dogmen der Aufklärung eines ideologischen Liberalismus, in der Entwurzelung der Völker.* “

Die weltweite Einflußnahme durch diese Hintergrundmächte hat wesentlich zur fortschreitenden Auflösung aller gewachsenen Gemeinschaften beigetragen, nachdem die ethische Zersetzung ihrer Kulturen durch die von einem hemmungs- und bindungslosen Individualismus, von Hedo-

nismus und Egoismus bestimmte Ideologien des soziali- stisch-liberialistischen Materialismus die Voraussetzungen dazu geschaffen hat.

In den USA hat die Ausbeutung der in erheblichem Umfang auf Kreditkarten lebenden Bevölkerung neben einer immer noch wachsenden Kriminalität mit etwa 30.000 Morden und 70.000 Aidstoten im Jahr zu annähernd 30 Millionen Analphabeten und 30 Millionen Obdachlosen geführt. Schlagworten wie American way of life und One World steht ein multiethnischer, multikultureller und multikrimineller Sumpf gegenüber, in dem die Völker versinken. Das Abkommen von Maastricht, angeblich bei den Bilderbergern ersonnen und vom deutschen Bundeskanzler Kohl durchgepeitscht, ist ein weiterer Schritt auf diesem Wege.

Die konventionelle zeitgeschichtliche Forschung zeigt sich dem Thema der Hintergrundmächte gegenüber wenig aufgeschlossen. Das hat verschiedene naheliegende Ursachen. Zunächst einmal mangelt es hier häufig an dem traditionellen Arbeitsgegenstand der Historiker, an offiziellen Quellenbelegen in der Art von Regierungsprotokollen, internationalen Verträgen, öffentlichen Verlautbarungen, amtlichen Daten, Kriegsberichten usw. - man ist im wesentlichen auf die wenigen Interna angewiesen, die ab und an preisgegeben werden, ansonsten auf die Analyse ideologischer Grundlagen, Herrschaftsstrukturen, Mitgliederzahlen u. ä. Darüber hinaus üben die Hintergrundmächte massiven Druck aus zur Verhinderung jeder gründlichen Aufklärung über sie.

17.1 Die Freimaurer

Die ersten Freimaurerlogen entstanden angeblich aus den mittelalterlichen Bauhütten nach 1700 in England, kamen 1737 nach Deutschland und verbanden sich später, um 1782, mit dem Illuminatenorden. Dieser war 1776 von Adam Weishaupt gegründet worden. Weishaupt war vom mosaischen Glauben zum Katholizismus konvertiert, wurde Professor an der Universität Ingolstadt, Jesuit und Mitglied der Freimaurerei. Den Orden der Illuminaten gründete er, nach-

dem er aus dem Jesuitenorden ausgetreten war. In Frankreich hatten sich die verschiedenen Freimaurerlogen unter Mithilfe von Illuminaten aus Bayern bereits 1773 zum Grand Orient de France zusammengeschlossen, wozu die französischen Aufklärer entscheidend beigetragen hatten. Der Sturm auf die Bastille am 14.7.1789 war maßgeblich von Freimaurern in die Wege geleitet worden, ebenso die Radikalisierung nach der Proklamation der Republik ab 1791 mit etwa 40.000 Opfern auf der Guillotine in Paris und etwa 500.000 getöteten Königstreuen in den Provinzen; blonde Haare und blaue Augen genügten bereits dem Mob für das Schafott. Auch die Revolutionen von 1830 und 1848 in Frankreich und Revolutionen in weiteren Staaten waren vor allem das Werk von Freimaurern (siehe die Werke von Hasselbacher, Heise, Wichtl/Schneider, Schwarz-Bostunitsch, Riegelmann, Rossberg, Gürtler u. v. a.). Als führende Akteure werden u. a. die Brüder Rothschild genannt (F. Hasselbacher, III, 1941, S. 87). 1830 trat den Illuminaten Karl Marx (al. Mordechai Marx Levy) bei, der aus einer alten Rabbinerfamilie stammte. Damals vertraten die Illuminaten schon seit langem nihilistische und atheistische Anschauungen.

In der Entstehungszeit galten die Freimaurerorden als freigeistige Diskussionsklubs mit Mitgliedern wie dem Kronprinzen Friedrich von Preußen, der als König mehrfach gegen die Logen Stellung nahm, *„die mehr seien als bloß Zusammenkünfte, um sich untereinander zu vergnügen“.* Goethe schrieb in einem Gutachten 1807 als Staatsminister: *„Die Freimaurerei macht durchaus statum in statu. Wo sie einmal eingeführt ist, wird sie das Government zu beherrschen und unschädlich zu machen suchen. “* Allmählich entwickelten sie sich aber zu Werkzeugen zur Errichtung der Weltherrschaft der in ihnen sich verpuppenden Hinter- grundmächte. Zum Einfangen von Mitgliedern für die unteren Grade dienen angebliche idealistische Zielsetzungen, die aber für bereits Wissende einen anderen Sinn haben. Die Entwicklungen hin zur Eroberung der Weltherrschaft werden zentral und verborgen gesteuert. Es bestehen personelle Querverbindungen sowohl zur Hochfinanz wie zum Sozialismus, Marxismus, Zionismus. Die Wege mit Einflußnahme

auf allen Gebieten sind vielfältig, und je nach Notwendigkeit scheinen sie sich z. T. auch zu widersprechen. So bestand einer der Wege zur Zerstörung monarchisch geordneter Staaten vor dem Ersten Weltkrieg in der Agitation für nationale Befreiungen. Mit Morden wurde dazu kräftig nachgeholfen. Der Mord an Erzherzog Franz Ferdinand war der folgenreichste. Heute sind hingegen antinationale Parolen zur Zerstörung von stabilen Völkern zugunsten einer One World und Multikultur „modern". Aber stets war und ist die ethische Zersetzung und die Auflösung stabiler selbständiger Strukturen ein Hauptanliegen (Beispiele siehe Kap. 5).

Das Symbol für die von den Illuminaten und Freimaurern verkündete „Neue Weltordnung" ließ F. D. Roosevelt auf die Ein-Dollar-Noten drucken: eine Pyramide mit einem Strahlen aussendenden Auge auf der Spitze, dem Auge Jahwehs, und der Unterschrift „Novus ordo Seclorum", die neue Weltordnung, wie sie dann nicht nur von US-Präsident Bush sen. und jun. verkündet wurde. Die Pyramide mit dem Auge auf der Spitze ist das alte Symbol der Illuminaten und Freimaurer, für die übrigens schon 1830 Clinton Roosevelt, ein direkter Vorfahre von F. D. Roosevelt, Spenden gesammelt hatte. Das Staatswappen der USA zeigt zu Häupten des Waffenadlers 13 fünfzackige Sterne (= Pentagramme), geordnet in Form eines Davidsterns, 13 senkrechte Streifen im Wappenschild und in den Krallen des Adlers 13 Pfeile und einen Zweig mit 13 Blättern. Das sind alles zentrale freimaurerische Symbole. Die Flagge der USA zeigt als Symbole für die einzelnen Mitgliedstaaten ebenso wie die Flagge der EU fünfzackige Sterne, also Pentagramme, dazu 13 waagrechte Streifen. Als die weltumspannende Organisation UNO vor allem auf Betreiben Roosevelts hin gegründet wurde und den Völkerbund ablöste, wählte sie als ihr Symbol die Weltkarte, überlagert von fünf konzentrischen Kreisen, die durch vier Durchmesser in 33 Felder (das Feld im Zentrum mitgezählt) geteilt sind. Flankiert ist dieses Symbol von zwei Palmwedeln mit jeweils 13 Blättern. Das UNO-Zeichen ist also ebenfalls ein Freimaurerzeichen, es zeigt die Grade der Freimaurerordnung mit dem höchsten, dem 33. Grad des Feldes im Zentrum, sowie die heilige Zahl 13.

Von ihrer Struktur her stellen Freimaurerorden als Geheimbünde mit nichtdemokratischen, nach unten verborgenen autoritären Führungen und geheimgehaltenen Zielen autoritär-hierarchische Machtapparate dar (siehe u. a. Wichtl/Schneider/Bohlinger 1999). In Deutschland waren Geheimbünde nach § 128 StGB bis 1968 verboten, dann wurde das Verbot ohne besondere Begründung aufgehoben. Erst die in den Großlogen zum Schottischen Ritus vereinigten 31., 32. und 33. Grade sind die Eingeweihten, Wissenden, die aktiv und nachhaltig auf die Weltpolitik Einfluß nehmen. Die Obersten Räte aller Logen des Schottischen Ritus sind in der Lausanner Konföderation seit 1875 zusammengeschlossen. Die gesamte Freimaurerei der Welt wird noch heute geleitet von dem Rat der 13, dem der Rat der 33 untersteht. Dieser wählt das Weltparlament der Freimaurer, das Komitee der 300, aus und leitet es.

Im Jahre 1843 wurde in New York der Freimaurerorden B'nai B'rith gegründet. Um 1900 hatte er in den USA bereits 30.000, heute besitzt er weltweit rund 500.000 Mitglieder. Seine Aufgabe ist es, „ *die Israeliten in einer Weise zu verbinden, in der die Entwicklung der höchsten Interessen des Judentums am ehesten und allgemeinen ermöglicht wird"* (K. Heise 1920, S. 277). Diesem Orden gehörten die beiden Sekretäre Wilsons, Mandel-House und Itzig Tumultey an, der Vizepräsident Wilsons, Marshall (er besaß den 33. Grad der Freimaurer des Schottischen Ritus), der US-Botschafter Wilsons in Paris, Morgenthau, maßgebliche Personen der Wallstreet-Hochfinanz, Bernard Baruch (Befehlshaber der US- Kriegswirtschaft unter Wilson und dann Angehöriger des Gremiums, das Roosevelt zum Präsidenten managte), weiter Kuhn, Loeb, Davidson, Paul Warburg (dessen Bruder als Chef der Hamburger Bank Warburg u. Co. Vertrauter des deutschen Kaisers war), sowie George Mandel (al. Jerobam Rothschild), der Berater von Clemenceau - aber auch die Linksrevolutionäre von 1918 Kurt Eisner, Liebknecht, Bela Kun, Trotzky und L. Nizer (K. Heise 1920, S. 277). Damit deutet sich ein Zusammenhang an zwischen den Kriegsgeg- nern des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg, der inter- nationalen Hochfinanz und den Linksrevolutionären in Deutschland, Ungarn und Rußland.

Unter der Mitwirkung von Mitgliedern des B'nai-B'rith-Ordens wurden in einer Geheimkonferenz beim 1. Zionistenkongreß in Basel 1897 die sog. *„Protokolle der Weisen von Zion"* vorgetragen, die keine Sitzungsprotokolle sondern Richtlinien für die Erringung der Herrschaft über die nichtauserwählten Völker sind, die von verschiedenen Zionisten z. T. schon vorher ausgesprochen wurden (E. v. Engelhardt 1936, 2001).

Ein Mitglied des B'nai B'rith und Hochgradfreimaurer, Graf Coudenhove-Kalergi, schrieb (1923): *„Wir erstreben ein orientalisches Europa mit einer eurasisch-negroiden Mischrasse der Zukunft. Diese zukünftige Mischrasse wird äußerlich der altägyptischen Rasse ähnlich sein. Führer werden die Juden sein als neuer Adel von Geistes Gnaden. "* Hochgradfreimaurer waren auch F. D. Roosevelt, Truman, der Chef des IMT Jackson sowie aus neuerer Zeit Kissinger und der langjährige Präsident der EU-Kommission Delors. Der US-Präsident Truman wurde nach dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki in den 33. Grad erhoben.

Der B'nai B'rith verlieh Willy Brandt vor fast 15 Jahren einen goldenen Orden und einen solchen sowohl an Kohl *(Allgemeine Jüdische Wochenzeitung*, 7.2.1991) als auch an den ehemaligen Bundespräsidenten R. v. Weizsäcker (*T.* Z., 5.12.1991) sowie 1996 wieder einen solchen an Kohl *{Münch. Merkur*, 27.1.1996). Kohl war bereits 1976 vom Council on Foreign Relations zu Vorträgen über die Vorstellungen der CDU zur deutschen Außen- und Deutschlandpolitik wie alle seine Vorgänger vor ihm eingeladen worden.

Als vor fast 30 Jahren einige junge Leutnants der Bundeswehrhochschule Hamburg *„nationalsozialistische*" Lieder gesungen hatten, entsandte der B'nai B'rith eine Untersuchungskommission in die Bundesrepublik. Zusammen mit dem B'nai B'rith besuchte im Januar 1993 eine Delegation der Anti-Defamations-League (ADL) die Bundesrepublik, um ein *„Erziehungsprogramm in einem unverbesserlichen intoleranten und rassistischen Deutschland"* zu präsentieren, worum die Bundesregierung gebeten hatte *{Allgemeine Jüdische Wochenzeitung*, 17.1.1993).

Die Zusammenarbeit von Freimaurern mit der internationalen marxistischen Arbeiterbewegung zeigte der Kongreß der 2. Arbeiter-Internationale am 1.9.1910 in Kopenhagen. Dort wurde beschlossen, daß bei Kriegsgefahr die 2. Internationale in Deutschland und Österreich-Ungarn den staatlichen Maßnahmen entgegentreten sollte und mit Verschärfung des Klassenkampfes die kapitalistische Klassenherrschaft beseitigen sollte (Ludendorff 1934).

Während des Kongresses fanden Geheimsitzungen im Kopenhagener Logenpalast des Odd-Fellow-Ordens statt, dem auch Wilson angehörte, auf denen die Weltrevolution und insbesondere die Vernichtung der Monarchien in Deutschland, Österreich und Rußland, die den Zielen der Freimaurerei und der Hochfinanz im Weg standen, erörtert wurde. Teilnehmer waren u. a. Ebert, Frank, Kautsky, Liebknecht, Luxemburg, Zetkin, Mussolini, Vandervelde, Lenin und Trotzky. Der französische Ministerpräsident Briand sandte eine Zustimmungserklärung (G. Müller 1978). Der letzte Akt der Niederlage von 1918, der als Dolchstoß (siehe Kap. 2) bezeichnet wurde, hat zur Ursache die langjährige Zusammenarbeit der Hintergrundmächte mit den sozialistischen Parteien.

Seit die englischen Hauptakteure des Opiumkrieges 1840-42 gegen China (weil China sich weigerte, sich dem Opiumhandel zu öffnen) geadelt und in die Hocharistokratie aufgestiegen waren, spielten die Freimaurer in England zahlenmäßig und politisch eine herausragende Rolle, gedeckt vor allem durch ihre Mitglieder in der Aristokratie. 1913 gab es in England 152.000 Logenbrüder in 3.100 Logen, im Ersten Weltkrieg wuchs die Zahl auf 250.000 an. Alle Logen hatten als Großprotektor König Eduard VII., den Schmied der Einkreisung Deutschlands. „König Eduard war der größte Freimaurer der modernen Zeiten“ (K. Heise 1991, S. 116). Er war Großmeister von 33 Weltfreimaureror- ganisationen. „ *In keinem Land als England* (stehen die Freimaurer)... *so in allerintensivsten Beziehungen zur Krone. “* Ihre *„Staatsmänner in England: Br. Earl of Reading (Rufus Isaacs), Sir Herbert Samuel..., Lord Montague (Montag), Lord Robert Cecil..., Br. Lord Lansdown, Lord Sheffield, Br.*

Lord Northcliffe (Harmsworth-Stern)" (K. Heise 1991, S. 123).

Auf dem 20. pazifistischen Weltkongreß vom 23.7.- 2.8.1913 sagte der Präsident: „ *Seit 20 Jahren besteht die größte Kriegsgefahr im Gefühl gegenseitiger Entfremdung und des Hasses zwischen Frankreich und Deutschland. Nicht das Frankreich der Revolution, sondern das militärische, von Waffen starrende Deutschland Bismarcks ist das Haupthindernis für die Annäherung beider Völker und damit für den Weltfrieden"* (G. Müller 1982, S. 47).

Im Europa des Ersten Weltkrieges hatten Freimaurer ihre blutigen Spuren gezogen, die alle in einer Logenorganisation zusammenliefen, dem Grand Orient de France (Heise 1991, S. 210 u. a.), in dem die führenden Sozialisten Frankreichs, Belgiens, Italiens und Spaniens Mitglieder waren, aber auch Briand, Clemenceau, Poincare, Lenin, Trotzky und viele andere. Schon am 26.11.1870 war dort beschlossen worden: „ *Wilhelm und seine beiden Genossen Bismarck und Moltke, Geißeln der Menschheit, und durch ihren unersättlichen Ehrgeiz Ursache so vieler Mordtaten, Brandstiftungen und Plünderungen, stehen außerhalb des Gesetzes wie drei tolle Hunde. Allen unseren Brüdern in Deutschland und in der Welt ist die Vollstreckung des gegenwärtigen Urteils aufgetragen. Für jedes der drei verurteilten reißenden Tiere ist eine Million Franken bewilligt, zahlbar an die Vollstrecker oder ihre Erben durch 7 Zentrallogen"* (F. Hasselbacher, I. 1934, 1992, S. 176). Mit Hilfe dieses Freimaurerordens wurden in Rußland, nachdem der Hochgradfreimaurer Iswolski Ende September 1910 russischer Botschafter in Paris geworden war, verbotene Freimaurerorden aufgebaut, denen vor allem anarchistisch eingestellte Hocharistokraten und Großbürgerliche beitraten. Der russische Minister Stolipin weigerte sich, das Verbot der Freimaurer aufzuheben, und wurde 1911 ermordet. Im gleichen Jahr waren unter dem Schutz des Grand Orient de France in Serbien Logen gegründet worden, die bereits 1912 in den „Höchsten Rat der 33. Grade" aufgenommen wurden. Sie arbeiteten mit den serbischen Geheimbünden „Narodna Odbrana" (Volkswehr) und „Crna Ruka" (Die schwarze Hand) zusammen. Der Gründer und Leiter

der Schwarzen Hand war der Oberst im serbischen General- stab Draguin Dimitrijewitsch, mit dem Logennahmen Apis, der schon den Mord am serbischen König Alexander I. 1903 geplant und sich der nicht volljährigen Cabrinowitsch und Princip als Mörder zu bedienen gewußt hatte. Princip weilte vor dem Mord sowohl in London wie in Paris. Mitwisser der Attentatspläne waren der serbische Kronprinz -Alexander, der serbische Ministerpräsident Pasic, der russische Botschafter Hartwig, der russische Militärattache Artamanov in Belgrad, der die Finanzierung regelte, sowie der russische Außenminister Sasonow (K. Heise 1920, S. 74; F. Hasselbacher 1938, S. 22 f.). In Böhmen gehörte dem Grand Orient de France Karl Kramarsch an, der seinen Einfluß auf die tschechischen Sokol- und Narodna Odbrana-Verbände während des Ersten Weltkrieges dazu nutzte, 200.000 Tschechen zur Desertation zu den Russen und 20.000 Tschechen zur Desertation zu den Serben zu bewegen. Er wurde dann wegen Hochverrats zum Tode verurteilt, aber von Kaiser Karl begnadigt und erlangte auch seine Freiheit wieder.

Der Mord an Erzherzog Franz Ferdinand und seiner Gemahlin, der zum Auslöser des Ersten Weltkrieges wurde, war in Planung und Durchführung das Werk von Freimaurern. Der Mord wurde vom Grand Orient de France schon vor 1912 beschlossen und die Durchführung organisiert (F. Hasselbacher, II, 1938, S. 22 ff.). In deutschen Freimaurerkreisen war der geplante Mord an Erzherzog Franz Ferdinand bereits sehr früh bekannt. Auch der Erzherzog selbst wußte davon.

Das Attentat wurde am 28. Juni 1914 von der Schwarzen Hand ausgeführt. Oberst Dimitrijewitsch wurde später, am 26.6.1917 hinter der Salonikifront erschossen. Er soll aus der Schule geplaudert haben, den Anstoß zu den Morden habe eine Stelle in London gegeben. Besagte Stelle konnte nur das Agitiatonsamt zur Verwirklichung politischer Ziele unter Major Susley gewesen sein, das vom englischen Außenministerium mit dem beträchtlichen Jahresetat von 5 Mio. Pfund ausgestattet war. Diesem Amt wird die Beteiligung an den politischen Morden am portugiesischen Königspaar, an den Königen von Bulgarien und Griechenland, am österreichi-

schen Minister Canalejas, am französischen Radikalsozialisten und Kriegsgegner Jaures, am russischen Minister Graf Witte sowie am Anschlag auf Kaiser Franz Josef II. und am Mord von Sarajewo nachgesagt, König Alexander I. von Jugoslawien wurde 1934 in Marseille ermordet (F. Hasselbacher, II, 1938, S. 37). Als der beste Kenner der Tätigkeit der Geheimgesellschaft Schwarze Hand, Bogitschewitsch, 1927 Dokumente zu dem Mord von Sarajewo einem Interessenten übergeben wollte, wurde der Verwahrer der Dokumente ermordet, und einige Jahre später starb Bogitschewitsch selbst unter rätselhaften Umständen, als er im Begriff war, in die USA zu reisen, um seine Dokumente zu veröffentlichen (H. Barnes 1968, S. 36).

Der Hochgradfreimaurer Iswolski, der seit 1910 russischer Botschafter in Paris war, hat auf Anraten von Poincare hin, der am 14.1.1912 französischer Staatspräsident geworden war, französische Politiker und die französische Presse, vor allem die Blätter des gegen einen Krieg eingestellten Radikalsozialisten Jaures, 1913 mit mehr als 500.000 Fr. bestochen, um sie auf Kriegskurs zu bringen. Jaures selbst wurde wenige Tage vor Kriegsausbruch ermordet, ehe er in der französischen Kammer eine Rede gegen die drohende Kriegsgefahr und über den Zusammenhang des Mordes von Sarajewo mit dem Grand Orient de France halten konnte (F. Hasselbacher, II, 1918, S. 36), bei dem Mord soll, wie erwähnt, das Amt von Major Susley die Finger im Spiel gehabt haben.

Poincare weilte in den kritischen Julitagen vom 20. bis 23.7. zu Besprechungen mit dem russischen Außenminister Sasonow in Petersburg. Bereits am 24.7. wurden die ersten Maßnahmen für die russische Mobilmachung getroffen, und noch vor der Ablehnung des österreichischen Ultimatums durch Serbien am 25.7. war die russische Regierung entschlossen, Serbien im Falle eines militärischen Eingreifens von Österreich kriegsmäßig zu unterstützen, und begann am 29.7. mit der Mobilmachung. Es gab einen Gegenbefehl des Zaren, der aber hintertrieben wurde, und Deutschland erklärte am 1.8. Rußland den Krieg, das die deutsche Forderung nach Abbruch der Mobilmachung vom 31.7. nicht erfüllt hatte.

Im internationalen Zusammenspiel von Freimaurern in höchsten Stellungen wurden z. B. in den letzten Tagen vor Kriegsbeginn die Friedensbemühungen von Kaiser Wilhelm II. u. a. mit der gefälschten deutschen Mobilmachungsanordnung des Berliner Lokalanzeigers vom 31. 7. 1914 vereitelt. Der Chefredakteur war Hochgradfreimaurer. Ein weiterer Fall von großer Bedeutung muß erwähnt werden. Den Rückzugsbefehl in der Marneschlacht 1914 erteilte ein Oberstleutnant Hentsch aus der Nachrichtenabteilung des Generalstabs und nicht etwa aus der Operationsabteilung, die allein dazu befugt war. Er stammte aus Frankreich und war Mitglied des Freimaurerordens Grand Orient de France im 25. Grad.

Alle aktiv an der Einkreisungspolitik vor 1914 beteiligten Politiker der USA, Frankreichs und Englands, aber auch Rußlands, waren Freimaurer. Der englische König Eduard VII. war Großmeister von 33 Weltorganisationen der Freimaurer. Wilson und Roosevelt waren Freimaurer. Die beiden höchsten französischen Staatsmänner im Jahre 1914, der Staatspräsident Poincare und der Ministerpräsident Clemenceau, waren Freimaurer. In Frankreich wurden zu erlassende Gesetze in Freimaurerlogen beraten, besonders im Grand Orient de France, die dann oft wörtlich von den Regierungen ausgeführt wurden.

Der Großmeister der italienischen Logen, Nathan, betrieb den Abfall Italiens vom Dreibund und die *„Wiedergewinnung der Irredenta“.* Er reiste bereits am 24.2.1915 in die USA, um dort einschlägige Besprechungen zu führen. Der Abfall Rumäniens vom Dreibund wurde mit dem Mord an König Karl am 10.10.1914 eingeleitet.

Der Badische Beobachter schrieb am 1.6.1917: *„Es ergibt sich mit Notwendigkeit, daß das internationale Logentum auch die volle Verantwortung für die Regierungsmaßnahmen der regierenden Logenbrüder auf sich nehmen muß, und es ist ebenso verantwortlich für die Einkreisungspolitik wie für die von der Loge veranlaßte Ermordung des österreichischen Thronfolgerpaares, für Kriegsgrund und Kriegsanlaß...“* (K. Heise 1920, S. 90).

Zu dieser Zeit waren auch die künftigen Revolutionäre von 1917 Kerenski, Sinowjeff (al. Apfelbaum), Radek-Sobel- son, Lenin und Trotzky Freimaurer.

Auf dem internationalen Freimaurerkongreß vom 28.-30.6.1917 gab der Sekretär des veranstaltenden Ordens Grand Orient de France eine grundsätzliche Erklärung ab: „ *Es wird für die Welt keine Möglichkeit gehen, um zu einem Frieden zu gelangen, solange der germanische Militarismus unbeschädigt auf seinem Felsen in der Zitadelle von Potsdam stehen bleibt...* (allein deshalb vielleicht der Luftangriff zur Vernichtung Potsdams am 14./15.2.1945 ?)... *Nach dem Zusammenbruch des großen deutschen Unternehmens folgt die Geburt der Vereinigten Staaten von Europa aus Freiheit und Recht"* (F. Hasselbacher, II. 1938, S. 321 f., mit dem großen deutschen Unternehmen ist der Weltkrieg gemeint). Am Schluß des Kongresses sandte dieser eine Botschaft an Wilson: „ *Er* (der Kongreß) *erklärt, daß die ewigen Grundsätze der Freimaurerei völlig übereinstimmen mit denen, die durch den Herrn Präsidenten Wilson zur Verteidigung der Zivilisation und der Freiheit der Völker aufgestellt wurden "* (G. Erler 1938, S. 27). Alle Inhalte der 14 Punkte aus der Rede Wilsons vom 8.1.1918 wurden bereits dort formuliert, ebenso der Gedanke der Errichtung einer Weltrepublik über eine *„Föderation der europäischen Staaten"* (G. Erler 1938 S. 22). Dieses Kriegsziel der Freimaurer wurde endgültig erst mit dem Maastrichtvertrag, der Europäischen Union und der Beseitigung der deutschen Währung ca. 80 Jahre später durch entscheidende Mithilfe des deutschen Bundeskanzlers Kohl verwirklicht.

Auch der Begriff *„Selbstbestimmungsrecht"* wurde dort formuliert im Hinblick auf die Kriegsziele der Alliierten in der Rede des Präsidenten des Grand Orient de France, Fran- colin: *„Die soziale Revolution ist es, die unseren gemeinsamen Feind zu Fall bringen wird... Der Tag wird kommen, an welchem bei den Völkern, die weder ein 18. Jahrhundert noch ein 1789 hatten, die Monarchien und die Religionen zusammenstürzen... An diesem Tage... werden alle vergewaltigten Provinzen ihr Selbstbestimmungsrecht wieder erhalten "* (F. Hasselbacher, III, 1941, S. 31).

In dieser Zeit gehörten politische Morde und Attentate, ob sie nun von Freimaurern, Anarchisten und Geheimdiensten oder von allen zusammen verübt wurden, zum politischen Alltag. Entscheidend war aber, daß sich hinter dem weltanschaulich drapierten Programm des Sturzes der Monarchien handfeste politische und wirtschaftliche Machtinteressen bündelten, die sich im Kern vor allem gegen Deutschland richteten, der zweitstärksten Wirtschaftsmacht der Welt.

Im Jahre 1920, als er noch nicht in völlige Abhängigkeit von der finanziellen Unterstützung aus zionistischen Kreisen und den USA geraten war, fand selbst Churchill starke Worte für das Zusammenwirken von Freimaurern, Wallstreet-Hochfinanz und den bolschewistischen Revolutionären: *„Die Bewegung unter den Juden ist nicht neu. Von den Tagen des Spartacus Weishaupt bis zu denen des Karl Marx und bis zu Trotzky, Rosa Luxemburg, Bela Kun und Emma Goldmann (USA) ist diese weltweite Verschwörung zur Vernichtung der Zivilisation und für den Umbau der Gesellschaft auf der Basis gehemmter Entwicklung, böswilligen Neides und unmöglicher Gleichheit in ständigem Wachsen begriffen. Sie war die Quelle jeder Wühlarbeit im 19. Jahrhundert. Und nun hat schließlich diese Bande von außergewöhnlichen Personen aus der Unterwelt der großen Städte von Europa und Amerika... sich tatsächlich zu Meistern dieses gewaltigen Reiches gemacht“* (Sunday London Herald, 8.2.1920).

Das internationale Freimaurertum begann bereits kurz nach dem deutschen Regierungswechsel am 30.1.1933 an allen wichtigen Orten der Politik, die Weichen gegen Deutschland zu stellen, und es formulierte die Forderungen, welche dann politisch verwirklicht wurden: *„Am Mittwoch, dem 10. Mai 1933, fand eine außerordentliche Sitzung der Freimaurerloge „ La Fraternite du Peuple “ unter dem Vorsitz von Gaston Bergerie, Mitglied der Abgeordnetenkammer und bekanntes Mitglied der Auswärtigen Kommission, statt... Aus- serdem war der polnische Botschaftsrat Milstein (...) zugegen, der sich... mit der Nichte des Pariser Barons Rothschild verheiratet hat... Die große Loge „Schottischen Rituals“ begrüßt uns aus England aufs herzlichste und stellt ihre Hilfe unserem „ Großen Orient“ im Kampf gegen den wilden Germanismus*

und seinen Kultus zur Verfügung. Sämtliche Mitglieder der „Großen Loge“, welche Regierungsstellen in England einnehmen, haben zugesagt, mit feindlichen Erklärungen gegen Deutschland aufzutreten, auf keinen Fall die Verwirklichung der Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage zuzulassen, ja bei dem geringsten Versuch, dieselbe zu erlangen, die Frage der Sanktionsanwendung gegen Deutschland aufzuwerfen, sogar einen Präventivkrieg heraufzubeschwören, wenn die Verhältnisse hierzu günstig liegen. Der Germanismus soll für immer niedergerungen werden, das Reich zerstört...“ (F. Hasselbacher, I. 1934, S. 244).

17.2. Die internationale Hochfinanz

„Die Stunde hat geschlagen für die internationale Hochfinanz, öffentlich der Welt ihre Gesetze zu diktieren, wie sie es schon bisher im Verborgenen getan hat. Die Hochfinanz ist berufen, die Nachfolge der Kaiserrechte und Königtümer anzutreten, mit einer Autorität, die sich nicht über ein Land, sondern über den gesamten Erdball erstreckt.“

Walter Rathenau beim Bankenkongreß 1913 in Paris.

In England begann die Einwanderung von aus Portugal vertriebenen Sepharden mit Cromwell nach 1640, die sich, bald reich geworden, mit der Gewährung von Staatsanleihen andienten. Dem Herzog von Marlborough, einem Vorfahren W. Churchills, lieferte ein Medina die Verpflegung seines Heeres und teilte den Gewinn dann mit ihm, belieferte aber auch seine Gegner mit militärischen Nachrichten. Rothschild machte 1815 ein Vermögen an der Börse durch Verbreitung der falschen Nachrichten von der Niederlage Wellingtons bei Waterloo, was zu erheblichen Kursstürzen führte, die Rothschild zum Kauf von Staatspapieren ausnutzte. 1855 wurde Rothschild als erstes Mitglied mosaischen Glaubens in das Oberhaus aufgenommen. Mit dem Opiumhandel vor und nach dem Opiumkrieg gegen China 1840 - 42 verdiente die Ostindische Kompanie, in der Hand der Familie Sasson, angeblich rund 300 Millionen Pfund. Der Welt größ-

ter Ölkonzern, die Royal Dutch Shell gehörte Marcus Samuel (+ 1927). Der als Lord Reading Geadelte wurde 3 Monate nach seinem Spekulationsskandal mit Aktien des Telegraphenmonopols zum Präsidenten des Obersten Gerichtes gemacht. Er verhandelte 1917 mit der US-Hochfinanz über den Kriegseintritt der USA und war 1921 - 1931 Vizekönig von Indien. Der Sohn des englischen Außenministers Halifax war mit einer Rothschild verheiratet.

An diesen Beispielen, die neben unzählingen weiteren stehen, sieht man, wie in England Angehörige bestimmter Kreise nach Aufstieg in die Hochfinanz in die Hocharistokratie aufgenommen wurden, höchste Staatsstellen bekleideten und die Außenpolitik mitbestimmten; dazu gehörten vor allem Angehörige der Familien Goldsmid, Isaacs, Mond, Montefiore, Rothschild, Sasson (W. Meyer-Christian 1942, 1992).

Eine andere Gruppe von Hintergrundmächten hat ihren Hauptsitz in New York, die Wallstreet-Hochfinanz. Daß diese in den USA sich besonders heimisch fühlt, folgt aus ihrem religiösen Auserwähltheitsglauben, der mit dem puritanischen Glauben dieser Art der Amerikaner sehr verwandt ist und der gleichen Quelle, dem Alten Testament, entstammt. Daraus erklärt sich die Kreuzzugsmentalität, welche die Politik der USA bis heute auszeichnet, die Symbiose der Hochfinanz mit den USA und die Steuerung der USA durch diese, die nach dem 11.9.2001 wieder hervortrat. Einer ihrer z. Z. Wilsons einflußreichsten Angehörigen, der Präsident des Bankhauses Morgan u. Cie., J. P. Morgan, der 1913 federführend an der Errichtung der Federal Reserve Bank beteiligt war und die großen Tageszeitungen New York Sun und New York Times besaß, erklärte 1907 auf einer Sitzung in London: *„Der deutsche Wirtschaftskörper kann der internationalen Weltwirtschaft nur eingegliedert werden, wenn man Deutschland durch einen Krieg politisch zerschlägt, und das heißt: Wir brauchen einen Weltkrieg*“ (G. Franz-Willing 1975, S. 1886).

J. P. Morgan legte im Januar 1915 eine Anleihe von 450 Millionen Dollar für Frankreich auf, mit der Zustimmung von Wilson. Bis zum Kriegseintritt der USA 1917 hatte die

Hochfinanz an England und Frankreich bereits 2,3 Milliarden Dollar ausgeliehen (D. Hoggan, I, 1979).

Der katholische Erzbischof von New York, Kardinal Far- ley, sagte auf dem Eucharistischen Kongreß im Frühjahr 1914: *„Dieser Krieg, der in Vorbereitung ist, wird ein Kampf zwischen dem internationalen Kapital und regierenden Dynastien sein, das Kapital wünscht niemand über sich zu haben, kennt keinen Gott oder Herrn und möchte alle Staaten wie große Bankgeschäfte regieren lassen. Ihr Gewinn soll zur alleinigen Richtschnur der Regierenden werden“* (G. Franz- Willing 1993). Die Hochfinanz verdient an Kriegen doppelt, einmal durch Finanzierung der Herstellung von Waffen und Munition, zum anderen nach den Kriegen durch Finanzierung des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete. Morgan verdiente im Ersten Weltkrieg nach Kriegsbeginn 40 Millionen Dollar an Provision allein durch Vermittlung von Munitionslieferungen an England im Werte von 2 Milliarden Dollar (K. Heise 1920, S. 287). Im Jahre 1913 gewann diese Hochfinanz durch das Gesetz zur Errichtung der Federal Reserve Bank mit den Funktionen einer Staatsbank der USA, die sich völlig im Privatbesitz der Wallstreet-Banken befindet und z. Z. von Präsident Greenspan geleitet wird, weitreichenden politischen Einfluß. Es besteht der Verdacht, daß der Präsident J. F. Kennedy 1963 ermordet wurde, weil er die Federal Reserve Bank entmachten und statt dieser das US-Schatzamt mit der Geldemission betrauen wollte (*Inf. Dienst,* Viöl 1995). Der CIA-Chef des Distriktes Dallas damals soll Bush sen. gewesen sein.

Angehörige dieses Kreises, wie Morgenthau, Baruch, Kuhn und Davidson, wurden Berater von Wilson und später von Roosevelt, ein anderer, Isaac Marcosson, sagte auf einem Bankett am 3.3.1917 in London: *„Der Krieg ist ein riesenhaftes Geschäftsunternehmen. Die Waren, die dort gehandelt werden, sind nicht Sicherheitsrasierapparate, sondern Menschenblut und Menschenleben... Heldentum war im Krieg die gewöhnlichste Sache der Welt. Das Schönste an diesem Krieg ist vielmehr die Geschäftsorganisation “* (Times, 3.3.1917, zit. in: Hasselbacher, II, 1938, S. 213).

Henry Ford (1923*): „Eine unvoreingenommene Untersu-*

chung des letzten Krieges, der vorhergehenden Ereignisse und seiner Folgen ergibt den unantastbaren Beweis, daß es in der Welt eine gewaltige Gruppe von Machthabern gibt, die es vorziehen, im Dunklen zu bleiben, die weder Ämter noch äußere Machtinsignien erstreben, die auch keiner bestimmten Nation angehören, sondern international sind. Machthaber, die sich der Regierungen, der weitreichenden Geschäftsorganisationen, der Presseagenturen und sämtlicher Hilfsmittel der Volkspsychologie bedienen, um die Welt in Panik zu versetzen und die Macht, die sie über sie ausüben, noch zu erhöhen... Wir dürfen nicht vergessen, daß der Krieg ja nur ein künstlich fabriziertes Übel ist, das sich folglich auch nach einer ganz bestimmten Technik herstellen läßt... Hunderte von amerikanischen Vermögen datieren aus dem amerikanischen Bürgerkrieg, ebenso wie Tausende von neuen Vermögen aus dem Weltkrieg stammen. Niemand kann leugnen, daß Kriege ein gutes Geschäft für diejenigen bedeuten, die diese Art von Geld lieben. “

Der vom Senat der USA 1934 eingesetzte Ausschuß zur Untersuchung des Kriegseintrittes der USA 1917 (Nye- Committee, J. Wiltz 1960) untersuchte auch den Einfluß der Hochfinanz. Nye u. a. äußerten, daß „the merchants of death“, die Händler des Todes, die Wallstreetfinanziers, Munitionshersteller und Kriegsgewinnler die eigentlich Schuldigen hinter den Kulissen am Ersten Weltkrieg gewesen seien. Genannt wurden Du Pont und Morgan, und der New York Daily Worker kommentierte am 15.1.1936: „Wilson hatte Frieden versprochen, aber er befolgte die Weisungen Mor- gans. “ In der Folge dieser Untersuchungen wurden die Neutralitätsgesetze 1935/37 beschlossen, die F. D. Roosevelt später mit Hilfe der Meinungsmacher und des von ihm provozierten Überfalls auf Pearl Harbor überspielen mußte, um sein Land in den Krieg führen zu können.

Da die Engländer bereits 1916 „pleite“ waren, erhielten sie Kredite der Hochfinanz, um den Krieg fortsetzen zu können. Beteiligt waren Lord Rothschild, in den USA Brandeis, Mitglied des obersten Gerichts, Rockefeller und Paul Warburg, dessen Bruder die Hamburger Bank Warburg u. Co. gehörte. Die Gegenleistung war die Balfour-Erklä-

rung. Für diese Bankiers erwies sich der Erste Weltkrieg dann als glänzendes Geschäft. „ *Ohne die massenweise Lieferung nordamerikanischen Kriegsmaterials, die in einem gigantischen Geschäft „Blut gegen Geld“ so enorme Gewinne abwarf, daß der Erste Weltkrieg 25.000 neue Millionäre in den USA hervorbrachte, ... hätten England und Frankreich nach eigenem Eingeständnis schon 1915 ihre endgültige Niederlage erlebt“* (D. Hoggan 1984, S. 271).

Während im Westen massiv finanzieller und wirtschaftlicher Einfluß genommen wurde, setzte man im Osten auf eine Revolution, die das Zarentum hinwegfegen und sich dann gegen Deutschland wenden sollte. Bereits 1915 wurde in New York von der National City Bank und anderen Banken eine besondere Gesellschaft zur Unterstützung der Bolschewisten gegründet. Am 14.2.1916 fand in New York eine Konferenz von 62 Linksintellektuellen statt - die meisten davon waren an der Revolution von 1905 in Rußland beteiligt gewesen -, die die Durchführung der Revolution in Rußland beschlossen. Der Bankier Jacob Schiff erklärte dort, die Finanzierung sei gesichert. Am 17.3.1917 verließ Trotzky- Bronstein mit einem amerikanischen Paß und großen Geldmitteln (ca. 30 Mio. Dollar) New York, um nach Rußland zurückzukehren. Seine Frau stammte aus der Bankiersfamilie Warburg. Er wurde an der kanadischen Grenze aufgehalten, aber aufgrund von Interventionen Wilsons durchgelassen (A. Sutton, zit. in: P. Bachmaier, 1993). Die American Hebrew vom 10.9.1920 kommentierte die bolschewistische Revolution in Rußland 1917 u. a. mit folgenden Worten: „ *Was jüdischer Idealismus und jüdische Unzufriedenheit so machtvoll in Rußland vollbracht haben, das streben dieselben historischen Eigenschaften des jüdischen Geistes und Herzens an, auch in anderen Ländern herbeizuführen“* (H. Ford, 1933, S. 180).

In Europa besorgte für Lenin das Gleiche A. Helphand (gen. Parvus). Aus einem Ghetto bei Minsk stammend, verband er den russischen Revolutionär mit einem Kapitalisten. Nach einem Memorandum 1915 für die Reichsregierung erhielt er deren Unterstützung und noch 1915 11 Millionen RM. Nach dem Aufstand vom 23.2.1917 schlug er der

Reichsregierung den Transport Lenins nach Petrograd vor, der am 14.4. dort ankam und ab Mai von Trotzky unterstützt wurde. 1917 schlug Parvus in Wien Friedensverhandlungen vor, die im Dezember begannen. Noch im November 1917 erhielt Parvus von der Reichsregierung 15 Millionen RM. (E. Heresch, 2000).

Nachdem Lenin aus dem Schweizer Exil nach St. Petersburg gefahren worden war - arrangiert hatten das der Bankier Max Warburg und der durch Kriegsschiebungen mit Rußland zwischen 1913 bis 1917 schwerreich gewordene deutsche Sozialdemokrat Helphand (Parvus, Israel Lasarewitsch) -, konnten Lenin und Trotzky ihre Revolution durchführen, die Mittel dazu hatte ihnen die New Yorker Hochfinanz bereitgestellt, in erster Linie die Banken von Morgan, Rockefeller und die der Brüder Warburg und Jacob Schiff. Letzterer allein gab 20 Millionen Dollar (G. Allen 1992, S. 95 ff.). Die gleichen gründeten die United European Investors Ltd., das wichtigste Spekulationsunternehmen zur Ausbeutung der Inflation in Deutschland. Wieder die gleichen waren an den Reparationsprogrammen beteiligt (G. Franz-Willing 1991, S. 16). Es sind das die selben Hintergrundmächte, die 1929 beschlossen, F. D. Roosevelt zum Präsidenten der USA zu machen, und damit die politischen Voraussetzungen für den Zweiten Weltkrieg schufen. Der Präsident des House Banking Committee L. McFadden erklärte im Kongreß am 14.6.1933: „ *Die Sowjetregierung erhielt durch den Federal Reserve Ausschuß und die Federal Reserve Bank, unter Zwischenschaltung der Chase Bank und der Guaranty Trust Company in New York, Fonds des Schatzamtes der Vereinigten Staaten... Sie werden verblüfft sein, wieviel amerikanisches Geld aus der Staatskasse der Vereinigten Staaten zu Gunsten Rußlands entnommen wurde...“* (G. Allen 1992, S. 137).

Von Banken, die dem Federal Reserve Board angehörten, wurden 1929 generalstabsmäßig Kursstürze an der New Yorker Börse vorbereitet und am schwarzen Freitag - dem 24.10.1929 - ausgelöst, die noch nicht von ihnen beherrschte Banken und viele Firmen in ihren Besitz bringen sollten. Churchill hatte auf Einladung seines Freundes Baruch hin auf der Zuschauertribüne der Börse Platz nehmen können und

sah, wie sich von dieser Katastrophe Betroffene aus den Fenstern stürzten.

Die weitere Folge war der Zusammenbruch der Weltwirtschaft mit allein 6,5 Millionen Arbeitslosen bei 18 Millionen Erwerbsfähigen im Deutschen Reich, die ab 1933 von einem vor allem von H. Schacht gesteuerten Arbeitsbeschaffungsprogramm gegen die andauernde Weltwirtschaftskrise bald wieder in Arbeit gebracht werden konnten - vor Beginn der Aufrüstung und im Gegensatz zur Lage in Mitteldeutschland heute, wo zehn Jahre nach der Ablösung der sozialistischen Planwirtschaft durch die westlich-kapitalistische Wirtschaftsideologie eine in Teilen verdeckte Arbeitslosigkeit herrscht, die größer ist als jene im Deutschen Reich vor dem Regierungsantritt Hitlers. Damals, 1929, wurde vorprogrammiert, was 1945 vollendet wurde. 1929 war Hitler aber noch eine politische Randerscheinung - die NSDAP hatte ganze 12 Reichstagsabgeordnete.

Zur damaligen Strategie dieser Hintergrundmächte schrieb C. Dall: *so besteht wohl kein Zweifel, daß die Weltfinanz- mächte in New York, London und Paris, die selbst streng an die Goldwährung gebunden waren, in erster Linie den Zweiten Weltkrieg dazu zu nutzen wünschten, Hitlers schnellwachsendes Tauschhandelssystem für den Welthandel abzudrosseln... So kam der rechtzeitig geplante Schritt jener Gruppe, die Horden Stalins durch ein großes Kriegsziel quer durch Mitteleuropa zu treiben, um so den stückweisen Zerfall unserer westlichen Kultur und Zivilisation, wie wir sie kennen, zu fördern...“* (C. Dali 1975, S. 178). Hamilton Fish, der 25 Jahre lang Mitglied des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Kongresses und von 1933 bis 1943 dessen führendes Mitglied der Opposition war, kennzeichnete die Kriegstreiber und Hintergrundmächte folgendermaßen: *„Es handelt sich um eine kleine, finanziell bestens ausgestattete Gruppe aus Bankiers und der Nordost-Presse wie die New York Times, die New York Herald Tribüne, die Washington Post, die Baltimore Sun, die Boston Globe und die meisten Philadelphia- Zeitungen“* (H. Fish 1982, S. 44).

Über das Management Roosevelts zum Präsidenten schreibt ausführlich der Schwiegersohn von F. D. Roosevelt,

Curtis Dall, der aus einer der sogenannten alten Familien der USA stammte, in der Bankbranche tätig war und die Hintergründe nur allmählich durchschaute: *„Mitte 1929 hatten die Weltfinanzmächte sich ausgerechnet, daß es an der Zeit wäre, 1932 einen Wechsel in der Regierung vorzunehmen. Sie achteten darauf, daß die Erholung von dem Krach (dem 24.10.1929) bis nach Amtseinsetzung ihres Kandidaten Präsident Roosevelt 1933 aufgeschoben würde (S. 80). Augenscheinlich sind die wirklichen Ziele der Führer dieser Eine- Welt-Regierung und der ihnen stets nahestehenden Bankiers sehr abwegig. Dank der Schaffung der Einrichtung der in Privatbesitz befindlichen Federal Reserve Bank haben sie die volle Kontrolle über das Geld- und Kreditwesen der USA erreicht. Ihr jüngster Plan ist es, den geistigen Hintergrund alle Völker zu entwurzeln und allmählich zu vernichten (S. 86). Ich beschloß, der nächsten Versammlung der Demokraten in Chicago beizuwohnen. Bei meiner Ankunft in Chicago hatte ich das Empfinden, als ob ich an einer Versammlung der Emissionsbanken teilnähme und nicht an einer politischen Versammlung“* (C. Dali 1975, S. 89). Das war aber die Tagung der Demokratischen Partei, auf der Roosevelt zum Präsidentschaftskandidaten gewählt wurde. In der Folgezeit begannen Baruch, Frankfurter und Morgenthau, die schon Ratgeber Wilsons gewesen waren, immer häufiger und auch unangemeldet bei der Familie Roosevelt zu erscheinen. Baruch hatte bereits im Ersten Weltkrieg den Vorsitz des Ausschusses für die Kriegsindustrie innegehabt. „ *Vor dem 1. Weltkrieg soll Baruch über 1 Mill. wert gewesen sein.. Baruch finanzierte als erster Mann die Propaganda und die Unkosten, während Frankfurter direkt oder auch unter der Hand die wichtigsten Regierungsämter vergab* (S. 104). *Doch wissen in Wirklichkeit nur ganz wenige Mitglieder des Council on Foreign Relations über die weittragenden Pläne der kleinen obersten Führungsgruppe Bescheid. Es ist eine internationale ins Dunkel gehüllte Diktatur* (S. 136). *Ich habe mich oft gefragt, ob Roosevelt als ein Teil eines von langer Hand vorbereiteten Planes bewußt die Möglichkeit und die Gefahr eines Angriffes auf Pearl Harbor... ignoriert hat... Wer hat ihm diesen Wunsch nahegelegt? ... Wer war es, der Roosevelt er-*

klärt bat, daß ein Pearl Harbor notwendig sei?" (S. 197) *„Der größte Teil seiner Gedanken, seiner politischen Munition' sozusagen, wurde sorgfältig für ihn im voraus von der C.F.R.-OneWorld-Finanzmachtgruppe zurechtgemacht"* (C. Dali 1975, S. 273).

Um 1928 wurde Oberst a. D. House, der schon Wilson gedient hatte, im Auftrag von Rockefeller aktiv, der Roosevelt gemeinsam mit einer Gruppe zumeist jüdischer Intellektueller, die später seinen „Brain Trust" bildeten, Verbindungen verschaffte (D. Bavendamm, 1983, S. 46).

Bei der Einnahme von Warschau fand man in polnischen Archiven den Bericht des polnischen Botschafters in Washington, Graf Potocki, an seine Regierung vom 12.1.1939 (siehe Anhang A8). Er berichtete: *„Die Stimmung, die augenblicklich in den USA herrscht, zeichnet sich durch einen immer zunehmenden Haß gegen den Faschismus, besonders gegen die Person des Kanzlers Hitler... aus. Die Propaganda ist vor allem in jüdischen Händen, ihnen gehört zu 100 % das Radio, der Film, die Presse... Ferner ist* (es) *das brutale Vorgehen gegen die Juden in Deutschland und das Emigrantenproblem, die den herrschenden Haß immer neu anschüren... An dieser Aktion haben... teilgenommen z. B. Bernard Baruch, der Gouverneur des Staates New York Lehmann, der neuernannte Richter des obersten Gerichtes Felix Frankfurter, der Staatssekretär Morgenthau u. a., die mit dem Präsidenten Roosevelt persönlich befreundet sind... Roosevelt sind die Grundlagen in die Hand gegeben worden..., um die kolossalen militärischen Vorräte zu schaffen für den künftigen Krieg, den die Juden mit vollem Bewußtsein anstreben..."* (Deutsches Weißbuch Nr. 3, 1940, Dok. Nr. 6). Das sind die selben Namen, die von C. Dall schon für 1929 genannt wurden. Am 6.7.1939 faßte der Staatssekretär im polnischen Außenministerium Graf Szembek Mitteilungen des Grafen Potocki zusammen: *„Beim Vergleich mit der Psychose, die im Westen um sich greift, hat man den Eindruck, daß unser Land ein Erholungsheim ist... Im Westen gibt es allerlei Elemente, die offen zum Kriege treiben, die Juden, die Großkapitalisten, die Rüstungsfabrikanten. Alle stehen heute vor einer glänzenden Konjunktur, denn sie haben einen Ort ge-*

funden, den man in Brand stecken kann: Danzig und eine Nation, die bereit ist zu kämpfen: Polen. Auf unsrem Rük- ken wollen sie Geschäfte machen. Die Zerstörung unseres Landes würde sie gleichgültig lassen. Im Gegenteil: da später alles wieder aufgebaut werden müßte, würden sie auch daran verdienen. Sie behandeln uns wie Neger, die nur zu arbeiten haben, damit sie ihr Kapital vermehren können" (U. Walendy 1965, S. 353).

Bis in die jüngste Zeit hinein veranstalten die gleichen Hintergrundmächte Kriege als gutgehendes Geschäft, wie man am Beispiel der US-Präsidenten Bush sehen kann. Bush sen., der nach eigenen Worten in Präsident Roosevelt das große Vorbild hat, wurde von Rockefeller Council on Foreign Relations als Präsidentschaftskandidat ausgewählt und gemanagt - schließlich sind die Bushs schon in der vierten Generation im hohen Ölgeschäft tätig. Bush sen. erfüllte die in ihn gesetzten Erwartungen und führte den ersten Golf- krieg im Rahmen der Globalstrategie der One-World-Weltherrschaft, wie es den Zielen der Freimaurer entspricht. Der Steuerung der gesamten Weltpresse im Golfkrieg 1991 stand ein Leserbrief in der FAZ entgegen, der darauf hinwies, daß Saddam Hussein das Selbstbestimmungsrecht auf seiner Seite habe. Den Luftkrieg führten die USA mit der gleichen Brutalität wie im Zweiten Weltkrieg - durch Hintergrundinformationen erfuhr man von bis zu 300.000 Toten unter der Zivilbevölkerung. Das brutalste Kriegsverbrechen aber war die Verwendung von Urankernmunition und -bomben, deren Uran beim Aufschlag zu Aerosolen von Oxyden verbrennt und ganze Landstriche infolge ihrer Radioaktivität verseucht und teilweise unbewohnbar macht. Die Wirkung für die betroffene Bevölkerung ist vergleichbar mit der Wirkung der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki.

Die Blockade gegen das irakische Volk hatte die gleichen Folgen wie die gegen das deutsche Volk nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg. Sie hatte inzwischen mehr als 1 Million Tote zur Folge. Die Regierung Kohl, die sich der Aktion 1991 zunächst verweigerte und sofort heftigen Angriffen der Weltpresse ausgesetzt sah, mußte sich dann noch mit 17 Mil-

liarden DM an dem Unternehmen beteiligen. Auch im Somaliaabenteuer der USA waren es die Prospektionstrupps der Erdölgesellschaften, die den US-Truppen auf dem Fuße folgten.

Bush jun. veranlaßte den Krieg in Afghanistan, obwohl schon vielerorts klargestellt wurde, daß Bin Laden mit einem Handy aus einer Höhle nicht die Zerstörung des Welthandelszentrums in New York am 11.9.2001 ins Werk gesetzt haben konnte.

James Warburg, Hochgradfreimaurer, Wallstreet-Finanzier, Mitglied des Council on Foreign Relations vor dem US-Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten am 17.2.1950: „ *Wir werden zu einer Weltregierung kommen, ob Sie es wollen oder nicht - durch Unterwerfung oder Übereinkunft.* “.

Zur Tarnung der Pläne der Hochfinanz wurde 1919 der Council on Foreign Relations gegründet, dann die Bilderberger und die Trilaterale Kommission. Ihnen gehören auch Gewerkschaftsführer und Sozialisten an und zeigen damit, daß zwischen kapitalistischer Hochfinanz und Marxismus keine weitreichenden Interessengegensätze bestehen.

Weitere Einwirkungen auf die Weltpolitik können hier nur angedeutet werden. Am 18.1.1989 empfing Gorbatschow eine Abordnung der Hochfinanz und des B'nai B'rith, der Bilderberger und der Trilateralen Kommission u. a. mit D. Rockefeller, H. Kissinger (L'Humanite, 19.1.1989), die Gorbatschow zu den „Reformen“ überredeten, die den Zusammenbruch der UdSSR als Weltmacht, den sozialen Zusammenbruch, das Diktat aller nur denkbaren Verkommenheiten und die Entstehung der Russenmafia zur Folge hatten, hinter der Bankiers stehen, die eng mit dem Westen Zusammenarbeiten und sich von diesem u. a. über veruntreute staatliche Kredite reich und mächtig machen ließen (ein russischer General: *„Wir haben einen großen Krieg verloren ohne einen einzigen Schuß“).* Als Jelzin 1993 auf die im Weißen Haus (Moskau) verschanzten Revolutionäre schießen ließ, erschien sofort der Vizepräsident der USA, Al Gore, um sich zu vergewissern, daß es nicht beabsichtigt sei, die Privatisierungen der Staatsbetriebe wieder rückgängig zu machen.

Auch die NATO-Osterweiterung, welche eine dritte Einkreisung Deutschlands darstellt, ist das Werk der Hinter- grundmächte, ebenso die Waldheimaffäre mit Angriffen auf den damaligen österreichischen Staatspräsidenten Waldheim mit gefälschten Dokumenten und Einreisesperre in die USA, ebenso die Hetze gegen die Freiheitliche Partei in Österreich nach ihrem vorletzten Wahlerfolg. Einer der Hauptakteure der diplomatischen Sanktionen gegen Österreich war der französische Staatspräsident Chirac, der an Treffen der Bilderberger teilgenommen hat.

17.3 Psychologische Kriegsführung und Weltpresse

In weitgehender Abhängigkeit von diesen zwei Gruppen von Hintergrundmächten stehen die Medien. Während nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland noch eine teilweise unabhängige Presse existierte, gab es nach dem Zweiten Weltkrieg nur noch die von den Siegern lizenzierte Presse. Selbst die größten Zeitungen fügen sich heute dem gesteuerten Weltmeinungspool ein. Zaghafte Versuche der Bildung unabhängiger Zeitungen sind im Keim erstickt oder als rechtsradikal verleumdet worden, während linksradikale Blätter Destruktions- und Narrenfreiheit genießen. Diese einseitige Beeinflussung der deutschen Öffentlichkeit hat sich durch Druck der Hintergrundmächte seit der kleinstdeutschen Wiedervereinigung zunehmend verstärkt, so daß Zweifel an der Souveränität und freiheitlich-demokratischen Rechtsstaatlichkeit der BRD aufkommen (Appell der 100,500,1000 v. 17.5.1996, siehe Anhang A32).

Deutschfeindliche Tendenzen vieler Medien waren bereits vor der Jahrhundertwende sichtbar geworden. Am 1.2.1896 druckte die englische Wochenzeitung Saturday Review einen Aufsatz von Prof. Sir Ch. Mitchell ab, in dem es hieß: „... *Überall in der Welt... stoßen Engländer und Deutsche aufeinander... Wäre morgen jeder Deutsche beseitigt, es gäbe kein englisches Geschäft noch irgendein englisches Unternehmen, das nicht wüchse... macht Euch fertig zum Kampf gegen Deutschland, denn Germaniam esse delendam“* (Diwald

1979, S. 270). Den unheilvollsten Einfluß übte im Ersten Weltkrieg der Pressekonzern des 1917 als Lord Northcliffe Geadelten (alias Stern, dann Harmsworth) aus. „ *Lord Northcliffe selbst erklärte, daß 52 englische, russische, französische und italienische Blätter den Krieg gemacht hätten... Durch die Weltpresse, die seit vielen Jahren im Sinne der allgemeinen Richtlinien des Northcliff sehen Programms unter Mitwirkung der Imr* (Internationale Freimaurerei) *und Anwendung riesiger Bestechungsgelder der Entente gewonnen war, wurde die öffentliche Meinung der ganzen Welt... vergiftet... In der Imr- Propaganda haben bestimmte... Schlagworte... bei der Irreführung des großen Publikums wertvolle Dienste geleistet. So sind... aus dem Imr-Sprachschatz durch die von der Imr-Loge beherrschte Presse die Schlagworte: Freiheit, Recht, Menschlichkeit, Humanität und Fortschritt, Kampf gegen die Barberei, Despotismus, Aberglauben, Fanatismus, Obskurantismus zum Gemeingut der öffentlichen Meinung geworden. Das Arbeiten mit diesen Schlagworten gestattet der... Imrei... ihre auf Weltrevolution abzielenden Absichten durch Massensuggestion ins Volk zu bringen“* (Mecklenburgisches Logenblatt 48, 1919, Nr. 5/6, zit. in: F. Hasselbacher, II, 1938, S. 165).

Die Feindpropaganda und die psychologische Kriegsführung der Entente arbeiteten mit frei erfundenen Greuelmärchen, welche auf seiten der Mittelmächte niemand geglaubt hätte, wie zum Beispiel, deutsche Soldaten hätten belgischen Kindern die Hände abgehackt - es wird berichtet, daß nach Kriegsende in England dem ernsthaft nachgeforscht wurde (!) - oder, tote Soldaten seien zu Seife verarbeitet worden. Darüber wurde im britischen Unterhaus ernsthaft diskutiert (!). Aus gleicher Quelle tauchten im Zweiten Weltkrieg ähnliche Behauptungen auf und blieben jahrzehntelang unwidersprochen, weil sie sich auf Deutsche bezogen.

In den USA wurde schon Jahre vor Beginn des Zweiten Weltkrieges das Porträt des Führers auf Toilettenpapier gedruckt.

Aus der Feder von Northcliffe stammte ein am 4.11.1918 in der Times, dem Spitzenblatt Northcliffs, veröffentlichter Artikel, der in der ganzen Welt, auch von deutschen Blättern, nachgedruckt wurde und in Deutschland einen großen Ein-

fluß hatte: *„So ist klar, daß Deutschland... seine hilflose Lage erkennt. Die Bedingungen, unter denen die Feindseligkeiten aufhören können, müssen von den Armee- und Marineführern festgelegt werden und von den Zentralmächten in einer Form angenommen werden, daß keine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten möglich ist.* " Das war die Forderung der bedingungslosen Kapitulation (G. Franz-Willing 1991, S. 48). Der englische Premierminister Lloyd George bedankte sich am 12.11.1918 bei Northcliffe. Er sprach von der Wirkung, daß Northcliffes Arbeit *„zu dem dramatischen Zusammenbruch der feindlichen Stärke in Deutschland und Österreich geführt hat*" *(Süddeutsche Monatsh.,* H. 8, 1924).

Die einflußreichsten Medienbetriebe der USA waren Mitglieder des Council on Foreign Relations der Rockefell- ers und sind es noch heute: New York Times, New York Post, Washington Post, Los Angeles Times, Denver Post u. a. sowie die Rundfunkgesellschaften National Broadcasting Corporation, Columbia Broadcasting Company u. a. (G. Allen 1990, S. 121). Von diesen Medien wurde die Vorkriegs- pressekampagne gegen Deutschland wie die Kriegspropaganda gemacht. Bis heute hält jener Druck auf die Medien mit den gleichen Schlagworten bis hinein in die Bundesrepublik an, der sie seit 80 Jahren das Thema von den Deutschen variieren läßt, deren *„einziges Ziel Krieg und Eroberung"* sei (Louis Nizer, siehe Anhang A 19), und läßt sie an Geschichtsfälschungen, Verleumdungen und Unwahrheiten festhalten, deren sich die Vordenker der psychologischen Kriegsführung der Alliierten schuldig gemacht haben. Die Einschränkungen der Meinungs- und Forschungsfreiheit bezüglich der Zeit von 1933 bis 1945 in der Bundesrepublik gehören zu diesem Konzept.

Der Einfluß dieser Hintergrundmächte kann besonders gut am Beispiel von Samuel Untermeyer studiert werden, der als Präsident der *World Jewish Economic Federation* bereits 1933 zum Boykott deutscher Waren aufrief und in der New York Times vom 7.8.1933 erklärte, Amerika sei verpflichtet, gegen Deutschland den *„Heiligen Krieg"* im Interesse der Menschheit zu führen (O. Braun 1979). Nach dem Machtantritt Hitlers hatte er veranlaßt, daß die damals auflagenstärk-

ste Zeitung der Welt, der Daily Express, am 24.3.1933 eine jüdische Kriegserklärung an Deutschland veröffentlichte: *„Das israelische Volk der ganzen Welt erklärt Deutschland wirtschaftlich und finanziell den Krieg... 14 Millionen Juden stehen wie ein Mann zusammen... in einem heiligen Krieg... "* (G. Franz-Willing 1991, S. 32; Anhang A4). 1936 gründete er den „Anti-Nazi-Rat", der zum Focus mit 24 Ländervertretungen erweitert zu einem der wichtigsten Instrumente der psychologischen Kriegsführung gegen Deutschland wurde. Eines der wichtigsten Mitglieder war Baruch. Dem schlossen sich 1937 Churchill und Vansittart aus dem britischen Foreign Office an. Er wurde vom geheimen Jewish Defense Found finanziert und blieb in England durch ein Gesetz dem Blick der Öffentlichkeit entzogen. Untermeyer stand Roosevelt so nahe, daß ein Neffe Untermeyers, Davies, Botschafter der USA in Moskau wurde. Daraus entstand als Bündelung die zentral gesteuerte Propagandamaschine Focus, die vom Amerikanischen Jüdischen Komitee (AJC), von der Londoner Rothschildbank, von Frankfurter und als Hauptfinanzier von Sir Robert Waley- Cohen, dem Aufsichtsratsvorsitzenden von British Shell unterstützt wurde. Er stiftete als erste Einlage 50.000 Pfund, die dazu verwandt wurden, Leitartikelschreiber zum Beispiel der Times zu gewinnen. (D. Irving, 1990, S. 55). Focus gehörten u. a. englische Gewerkschafter, Politiker der Labour Party und Sir Walter Layton mit dem Massenblatt Daily News an. Focus wurde sogar vom Erzbischof von Canterbury unterstützt (D. Bavendamm 1983, S. 282) und zu einem der wichtigsten Gremien, das auf einen Krieg mit Deutschland sowie auf den Sturz von Chamberlain hinarbeitete. Focus gewann in Churchill einen seiner einflußreichsten Politiker, und so beglich denn auch 1938 der schwerreiche Goldminenbesitzer Sir Henry Strakosch Churchills immerwährende Schulden. Im gleichen Jahr begannen Baruch und Frankfurter, sich für Churchill einzusetzen, der mit 3 Mill. Dollar aus dem Propagandafonds des AJC finanziert wurde: „Er war selten ein Schöpfer, immer ein Zerstörer... letztlich auch des Empires seines eigenen Landes" (D. Irving 1990, S. 11, 89, 144).

Seit dem Regierungsantritt Hitlers hatte sich der Kreuzzug der Presse gegen Deutschland ständig ausgeweitet, und die Regierungen von England und Frankreich standen völlig unter ihrem Einfluß. Die Handlungsweise Chamberlains bis zur Kriegserklärung wie vielleicht auch die des Widerstandes in Deutschland waren die Folge. Dazu schrieb das Berliner Tageblatt am 28.3.1933: „ *Mit tiefer Erschütterung beobachtet unser ganzes Volk, daß seit ein paar Wochen draußen in der Welt eine neue Hetzkampagne wütet, die aus den mannigfachsten Motiven, nicht etwa nur humanitärer, sondern auch sehr egoistischer Art, Deutschland verächtlich zu machen sucht. Treffend hat der Reichsminister von Neurath in seinem Interview, das wir gestern veröffentlichten, darauf hingewiesen, daß wir es hier mit einer bewußten und plötzlichen Wiedergeburt der belgischen Greuelmärchen* (der von deutschen Soldaten abgehackten Kinderhände, d. Verfasser) *zu tun haben. Gegenüber all den unsinnigen Meldungen, die ein Teil der Weltpresse leider noch immer Tag für Tag verbreitet, stellen wir nachdrücklich fest, daß von Pogromen oder antisemitischen Exzessen in Deutschland nicht die Rede sein kann; wer von draußen her das Gegenteil sagt, lügt bewußt oder ist das unwissende Werkzeug dunkler Gewalten...* “ (Das Berliner Tageblatt war in jüdischem Besitz; H. Splittgerber, 1996, S. 19).

Diese „dunklen Gewalten“ kennzeichnete der Journalist John Swanton von der New York Times: *„Eine freie Presse gibt es nicht... Wir sind Werkzeuge und Hörige der Finanzgewaltigen hinter den Kulissen. Wir sind die Marionetten, die hüpfen und tanzen, wenn sie am Draht ziehen... Wir sind nichts anderes als intellektuelle Prostitutierte“* (Der Schlesier, 31.5.1996).

Im Zuge der Beseitigung unabhängiger und objektiv berichtender Presseorgane wurde ab 1934 der letzte von den Hintergrundmächten der Wallstreet-Hochfinanz unabhängige große Pressekonzern, der des Randolph Hearst, vernichtet. Hearst hatte zuletzt eine Unterredung mit Rosenberg abgedruckt und war kurz darauf von Hitler empfangen worden. Aufgeputscht von einem Haß, dem vom Deutschen Reich nichts entgegenzustellen war, erlagen diesem selbst die höchsten alliierten Spitzen, wie z. B. Roosevelt, der im Ge-

spräch mit Morgenthau N. Kaufman zitierte: *„Entweder müssen wir das deutsche Volk kastrieren oder aber wir müssen es* so *behandeln, daß es keine Nachkommen mehr zeugen kann“* (Tagebuch von Morgenthau v. 19.8.1944, D. Irving 1996, S. 13).

Der deutsche Botschafter in London schrieb an das Auswärtige Amt am 10.2.1939: *„Durch eine Reihe von verschiedenen Faktoren..., vor allem durch die Flut antideutscher Propaganda in Presse, Kino, Theater und Rundfunk ist die für emotionale Reaktion empfängliche Meinung Englands in einen Geisteszustand versetzt worden, der den Begriff „Krieg“ zum Mittelpunkt des Denkens und der Gespräche macht“* (H. Bernhardt 1988, S. 250). Der britische Botschafter Henderson schrieb am 1.8.1939 an seinen Außenminister: *„ Ich bin verzweifelt, mitanzusehen, wie die Opposition oder die Presse sowohl zu Hause als auch im Ausland jeden Versuch einer Entspannung... stigmatisiert.“* Und an den Leiter der Europaabteilung im Foreign Office, W. Strang, am 16.8.1939*: „Das Urteil der Geschichte wird dahin gehen, daß die Presse die Hauptursache des Krieges war. Wenn es einen Waffenstillstand geben soll - und das ist die letzte Hoffnung - muß die Mißhandlung der deutschen Minderheit* (in Polen) *aufhören. Von allen Deutschen - glaube es oder nicht - ist Hitler der Gemäßigte, soweit es Danzig und den Korridor betrifft“* (H. Bernhardt 1988, S. 252).

Demgegenüber übte die deutsche Presse noch in den letzten Friedenstagen vor Ausbruch des Krieges Zurückhaltung. Das machen die folgenden deutschen Presseweisungen deutlich: Am 3.7.1939 mit Bezug auf Reden der schon auf kriegerische Konfliktlösung eingestellten führenden Staatsmänner der Demokratien: „ *Es liegt also keinerlei Veranlassung vor, auf diese Reden einzugehen, sondern es genügt vollauf, wenn sie in einer kurzen Meldung... vermerkt werden. “* Am 14.7.1939: britische Flottenmanöver in der Nordsee sind „*nicht als sensationell zu werten“*, sondern *„höchstens am Rande“* zu vermerken. Am 21.7.1939 über die Schwierigkeiten der polnisch-englischen Anleiheverhandlungen: Es bestehe *„keine Veranlassung über diese Schwierigkeiten Schadenfreude zu empfinden.“* Am 28.7.1939: *„...in eigenen Stel-*

lungnahmen äußerst zurückhaltend.“ Am 1.8.1939: „... den Danzig-polnischen Zollstreit vorerst noch zurückhaltend zu behandeln.“ Am 5.8.1939: „... daß solche Meldungen... über Zwischenfälle in Polen, Enteignung deutschen Eigentums usw. ... nur auf der zweiten Seite, d. h. nur im Innenteil der Zeitungen gebracht, also nicht als Aufmachung verwendet werden dürfen. “ Am 14.8.1939: „..., daß wir von uns aus führende englische Staatsmänner nicht persönlich angreifen wollen. “ Am 24.8.1939: „ Über die in England und Frankreich zu beobachtenden Kriegsvorbereitungen ist nicht zu berichten. “ Am 28.8.1939 zur Veröffentlichung des Briefwechsels Dala- dier-Hitler: „Die Überschriften dürfen keinesfalls eine Polemik gegen Daladier enthalten.“ Und am 1.9.1939: „Der Begriff Krieg ist in den Berichten und Überschriften auf jeden Fall zu vermeiden“ (H. Sündermann 1973, S. 40).

Als nach dem Polenfeldzug in den erbeuteten polnischen Archiven die Gespräche von Bullitt mit dem polnischen Botschafter gefunden wurden, hieß es in den Presseanweisungen vom 29.3.1940: „ Eine Sensation stellt es dar, daß eine Gruppe dieser zunächst veröffentlichten Dokumente über die Tätigkeit der US-Politiker in Europa den Nachweis erbringen, daß die USA an der Anzettelung des gegenwärtigen Krieges Schuld tragen. Diese Tatsache darf jedoch keinesfalls bei der 'Veröffentlichung und Erörterung angesprochen werden,“ und am 1.4.1940: „nochmals (wird) darauf hingewiesen, dringend darauf zu achten, daß weder in den Kommentaren noch in der Überschrift Roosevelt oder die US-Politik an sich angegriffen oder apostrophiert werden“ (H. Sündermann 1973, S. 191).

Nach dem Beginn des Krieges der USA mit Deutschland organisierte Morgenthau die halbamtliche Schriftsteller- Union, welche die Haßpropaganda in alle medialen Kanäle trug. Dort wurde z. B. die Verbreitung des Buches von Nizer (s w.u.) und anderer ähnlicher gefördert (B. Colby 2002).

1943 setzte Roosevelt ein Joint Committee zur „Umerziehung“ des deutschen Volkes ein unter Kurt Lewin. Es verkündete: „ Wir werden die gesamte Tradition auslöschen, auf der die deutsche Nation errichtet ist. “ Der US-Anthropologe Prof. Hooton verbreitete 1943 und 1944, z. B. in der New

York Times, Artikel, in denen er forderte „ *Züchtet die kriegerischen Erbanlagen der Deutschen weg“,* und zwar durch Ansiedlung von Ausländern in Deutschland und Vermischung mit ihnen. Die deutsche Geburtenrate sollte drastisch gesenkt werden; die Verwirklichung findet heute statt.

Die unmittelbare Handlungsanleitung für Roosevelt, Morgenthau und Eisenhower bildete offenbar das Buch des Mitglieds des B’nai-B’rith-Ordens Louis Nizer *What to do with Germany* (siehe Anhang A 19). Es kennzeichnet den teilweise paranoiden Geisteszustand in führenden Kreisen der USA und deren Politik gegen Deutschland. Roosevelt verteilte das Buch an seine Kabinettsmitglieder, Eisenhower verteilte 100.000 Exemplare und ließ alle Offiziere seines Stabes Aufsätze darüber schreiben. Wie so manches, was die alliierte psychologische Kriegsführung hervorbrachte, spukt auch Nizer noch heute in vielen, vor allem linksgerichteten deutschen Köpfen.

Ein Höhepunkt dieser Entwicklung läßt sich in dem Buch von Theodore Nathan Kaufman *Germany must perish* (New York 1941) nachlesen: „ *Of course, after complete Sterilisation, there will cease to he a birth rate in Germany. At the normal death rate of 2 % per annum, German life will diminish at the rate of 1.500.000 yearly. Accordingly in the span of two generations that will cost millions of lifes and centuries of useless effort, namely, the elimination of Germa- nism and its carriers, will have been an accomplished fact. By virtue of its loss of self-perpetuation Germans will have atro- phied and German power reduces to negligible importance “* (G. Franz-Willing 1979, S. 292) in der wörtlichen Übersetzung: „ *Natürlich wird es nach vollständiger Sterilisation in Deutschland keine Geburtenrate mehr gehen... Bei normaler Sterberate von 2 % im Jahr wird sich das deutsche Leben jährlich um 1.500.000 vermindern. Entsprechend wird innerhalb zweier Generationen das, was zuvor Millionen von Menschenleben und Jahrhunderte unnützer Anstrengung gekostet hat, nämlich die Beseitigung des Deutschtums und seiner Träger, eine vollendete Tatsache sein. Mit der Wirksamkeit des Verlustes der Selbstfortpflanzung werden die Deutschen verschwunden sein und die deutsche Macht wird*

unbedeutend geworden sein“. Das Buch, wurde mit Wissen und Billigung Roosevelts von Theodore Nathan Kaufman geschrieben, der dem inneren Beraterkreis Roosevelts angehörte und Präsident der „Amerikanischen Friedensliga“ war. Bei seinem Erscheinen waren die USA noch nicht in den Krieg gegen Deutschland eingetreten. Es wurden rund 40.000 Exemplare des Buches an führende Persönlichkeiten versandt, viele Presseorgane besprachen es positiv.

Die von den Besatzungsmächten mit der Direktive ICS 1067 geforderte und dann durchgeführte „Umerziehung“[16] der Deutschen, wie sie vor allem im Rahmen des Morgen- thauplans praktiziert wurde, ist eine Ursache des „Wertewandels“. Sie konnte schon bald nach 1945 bereitwilligen deutschen Erfüllungsgehilfen überlassen werden, die das Werk besonders in letzter Zeit sich steigernd fortführen. Darüber ist von kompetenter Seite wiederholt geschrieben worden (K. Ziesel 1960, G. Franz-Willing 1991, Schrenck- Notzing 1994 u. a. m.), die Behandlung dieses Themas gehört ;jedoch nicht zur Aufgabe dieses Buches.

Wie von den gleichen Medien die gleiche Pressehetze gegen die BRD weitergeführt wird, soll nur an folgenden zwei Beispielen vorgeführt werden. „Deutschland ist einer der reichsten und größten Staaten Europas. Die Flüchtlinge sind weder der Grund für seine gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten noch für die in Deutschland herrschende Politik des Hasses. Ein starkes Deutschland, welches die Vorherrschaft in Europa und in der Welt sucht, kann es sich nicht erlauben, in

16 Im Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes (Deutscher Bundestag, Drucksache 12/3844, 1997) wird über den Begriff Umerziehung (reeducation) geschrieben: „Die Verwendung des Begriffs „ Umerziehung“ deutet auf ein Verhalten hin, das gegen die freiheitlichdemokratische Grundordnung der BRD gerichtet ist.“ Dieser Begriff wird jedoch im obigen Sinne verwendet von Nizer (Nizer 1943/44, S. 187) und in vielen Verlautbarungen und Anordnungen der Sieger, z. B. What to do with Germany, Distributed by Special Service Division, Army Service Forces, U. S. Army. Not for Sale: „Die Reeducation wird für jung und alt gleichermaßen erzwungen...“ (Nation und Europa 8, 1958). Dieser Text der

die gefährliche Fantasie völkischer Reinheit zurückzugleiten (New York Times, 12.11.1992). „*Die Schlüsselfrage ist jedoch, endlich zuzugehen, um was es wirklich geht: nicht um die Debatte über die Asylanten und nicht um die Sorge mit jugendlichen Übeltätern, sondern um den mörderischen Rassismus und den bösartigen Widerstand von Teilen der Bevölkerung eines seit jeher auf ein Volkstum gegründeten Staates gegen den multikulturellen Pluralismus, der überhaupt nicht mehr zu vermeiden ist*“ (Washington Post, 25.11.1992). Der imperialistische Ansatz blieb sich also gleich, unabhängig davon, ob der Kaiser, Hitler, Kohl oder Schröder regierten: es geht um die Zerstörung des deutschen Volkes.

In den ersten Jahren nach 1945 herrschten fast noch „normale“ Zustände, was Ethik, Nationalbewußtsein, Geschichtsbewußtsein anbetrifft, konnten doch noch am Sarge Adenauers 1967 sechs mit dem Ritterkreuz ausgezeichnete Offiziere der Bundeswehr mit ihren Auszeichnungen Ehrenwache stehen,[17] konnte sogar noch 1976 der Bundespräsident Carstens die deutsche Alleinschuld am Kriege gegen Polen abweisen (siehe Einleitung). In der Zwischenzeit hat sich das damalige Allgemeinbild fast in das Gegenteil gewandelt. Man erinnere sich noch der Büßerreden der auf Carstens folgenden Bundespräsidenten im Ausland mit Selbstbeschuldigungen ähnlich wie in sowjetischen Schauprozessen. Über die Reemtsma-Heersche Verleumdung deutschen Soldatentums sah Kohl als Bundeskanzler vornehm hinweg.

Die an der Abfassung des Grundgesetzes im Auftrag der Sieger beteiligten deutschen Politiker, auch die der Sozialdemokraten, hatten noch eine nationale Grundeinstellung. Heute würden sie alle als Rechtsaußen gelten.

Man wird an Prof. Dr. Friedrich Grimm erinnert, der als Gefangener im Mai 1945 ein Erlebnis mit einem Vertreter des Centre-Espionage-Büros hatte. Es gipfelte in den Satz: „*Nein, nun fangen wir erst richtig an. Wir werden diese Greuelpropaganda fortsetzen, wir werden sie steigern, bis*

17 103 Generale der Bundeswehr waren Ritterkreuzträger, 26 trugen das Eichenlaub dazu und 10 die Schwerter zum Eichenlaub.

niemand mehr ein gutes Wort von den Deutschen annehmen wird, bis alles zerstört sein wird, was sie in anderen Ländern an Sympathien gehabt haben...“ (F. Grimm, S. 146). W. Churchill sagte am 27.2.1945: *„Wir gedenken weit drastischere Maßnahmen als nach dem letzten Krieg zu ergreifen, weil wir jetzt mehr von diesem Geschäft verstehen, so daß ein offensives Vorgehen von seiten Deutschlands auf Generationen gänzlich unmöglich gemacht werden kann “* (V. Holland, 1947).

Inzwischen hat das zu Zuständen geführt, die in bestimmten Bereichen fast an Gestapo- und Stasizeiten erinnern: *„Neueste Nachricht aus den Katakomben der BRD: Letztes Jahr wurden hier sage und schreibe 7.949 Strafverfahren wegen „Volksverhetzung“ ab gewickelt... Tausende von Jahren Gefängnis wurden verhängt, Tausende bürgerlicher Existenzen vernichtet. Zur Zeit sitzen wegen sogenannter,, Propagandadelikte“ (Meinungsstraftaten) in Deutschland mehr Menschen hinter Gittern als jemals in den letzten Jahren der DDR. Erkundigt man sich, was denn die vielen verurteilten Menschen ausgefressen haben, so erfährt man, sie haben irgendwas „geleugnet“, irgendwas „verharmlost“, irgendwelche Zahlen veröffentlicht, „nicht geglaubt“, irgendwelche Vorgänge „ nicht als historische Hauptsache, sondern nur als historisches Detail“ bezeichnet... Und noch ist kein Ende abzusehen. Hunderte von Beobachtungsinstanzen sind installiert, um immer neue „ Volksverhetzer“ aufzuspüren und den Behörden zu melden“* (Pankraz, Junge Freiheit, 10.4.98)

18 F. D. Roosevelt

De Familie hieß, als sie 1649 aus Holland einwanderte, Rosevelt. Die Rosenveits waren von der spanischen Inquisition nach Holland vertriebene Juden. In den USA wurden sie eine der ersten Bankiersfamilien.

F. D. Roosevelt, geb. 1882, war im Ersten Weltkrieg stellvertretender Marineminister und Befürworter der bedin-

niemand mehr ein gutes Wort von den Deutschen annehmen wird, bis alles zerstört sein wird, was sie in anderen Ländern an Sympathien gehabt haben...“ (F. Grimm, S. 146). W. Churchill sagte am 27.2.1945; *„Wir gedenken weit drastischere Maßnahmen als nach dem letzten Krieg zu ergreifen, weil wir jetzt mehr von diesem Geschäft verstehen, so daß ein offensives Vorgehen von seiten Deutschlands auf Generationen gänzlich unmöglich gemacht werden kann “* (V. Gollanz, 1947).

Inzwischen hat das zu Zuständen geführt, die in bestimmten Bereichen fast an Gestapo- und Stasizeiten erinnern: *„Neueste Nachricht aus den Katakomben der BRD: Letztes Jahr wurden hier sage und schreibe 7.949 Strafverfahren wegen „ Volksverhetzung“ abgewickelt... Tausende von Jahren Gefängnis wurden verhängt, Tausende bürgerlicher Existenzen vernichtet. Zur Zeit sitzen wegen sogenannter „ Propagandadelikte “ (Meinungsstraftaten) in Deutschland mehr Menschen hinter Gittern als jemals in den letzten Jahren der DDR. Erkundigt man sich, was denn die vielen verurteilten Menschen ausgefressen haben, so erfährt man, sie haben irgendwas „geleugnet“, irgendwas „verharmlost“, irgendwelche Zahlen veröffentlicht, „nicht geglaubt“, irgendwelche Vorgänge „ nicht als historische Hauptsache, sondern nur als historisches Detail“ bezeichnet... Und noch ist kein Ende abzusehen. Hunderte von Beobachtungsinstanzen sind installiert, um immer neue „ Volksverhetzer“ aufzuspüren und den Behörden zu melden“* (Pankraz, Junge Freiheit, 10.4.98)

18 F. D. Roosevelt

Die Familie hieß, als sie 1649 aus Holland einwanderte, Rosenveit. Die Rosenveits waren von der spanischen Inquisition nach Holland vertriebene Juden. In den USA wurden sie eine der ersten Bankiersfamilien.

F. D. Roosevelt, geb. 1882, war im Ersten Weltkrieg stellvertretender Marineminister und Befürworter der bedin-

gungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches. Unter seiner Mitwisserschaft und wahrscheinlich in Zusammenarbeit mit dem damaligen Ersten Lord der englischen Admiralität, Winston Churchill, geschah etwas, das große Ähnlichkeit mit Pearl Harbor 1941 hatte: der Untergang der Lusitania am 7.5.1915. Beide Ereignisse, das erste Mal mittelbar, das zweite Mal unmittelbar, führten zum Kriegseintritt der USA 1917 bzw. 1941. Die Lusitania, ein Fahrgastschiff von 30.396 BRT, wurde absichtlich ohne jeden Schutz auf die Reise nach England geschickt, wobei es die deutschen Seesperren passieren mußte. Zuvor hatte die deutsche Botschaft in Washington gewarnt. Oben war das Schiff beladen mit Passagieren und unten voll mit Munition, doch die Passagiere oben wußten davon nichts. Der Frachtinhalt war sowohl dem englischen König wie Präsident Wilson und den Deutschen vor Reisebeginn bekannt. Ein deutsches U-Boot traf das Schiff mit einem Torpedoschuß, es explodierte der im Bauch des Schiffes vorsätzlich gelagerte Sprengstoff, das Schiff sank und 1.198 Menschen starben, darunter 139 Bürger der Vereinigten Staaten.

Ehe Roosevelt zur Marine ging, war er Anwalt von J. P. Morgan und wurde 1920 Vizepräsident einer Morganschen Zweigbank. Roosevelt nahm als persönlicher Berater Wilsons an der Konferenz von Versailles teil. Sein Onkel Theodore Roosevelt war von 1901 bis 1909 Präsident gewesen. F. D. Roosevelt gründete eine Gesellschaft zur finanziellen Ausbeutung der Inflation in Deutschland (UEI). Beteiligt waren H. Morgenthau, O. Young (Youngplan), J. P. Morgan und Paul Warburg (A. Sutton 1990, W. Hackert 1993 a). 1928 wurde Roosevelt Gouverneur des Staates New York. 1929 wurde er in Albany in der Freimaurerloge des „Alten und angenommenen Schottischen Ritus“ in den 32. Grad erhoben. Am 25.3.1930 wurde er Mitglied der Hochgradfreimaurer des Cyprus Shrine Temple in Albany. Der französische Freimaurer-orden Grand Orient de France sandte ihm seit 1933 wiederholt Botschaften und bat um seine politische Aktivität im Sinne der Freimaurer (A. Sutton 1990, S. 41 f.). Bei Amtsantritt von Roosevelt gab es in den USA 15 Millionen Arbeitslose und trotz des New Deal 1939 noch 10 Millionen.

Die erste außenpolitische Handlung größerer Bedeutung nach seinem Amtsantritt als Präsident im Jahre 1933 war die diplomatische Anerkennung der Sowjetunion am 16.11.1933. Die Verhandlungen dazu hatte Morgenthau mit dem russischen Außenminister Litwinow (alias Meier-Wallach) geführt. Als ersten Botschafter sandte er Bullitt nach Moskau. Am 20.12.1933 gab Stalin Bullitt gegenüber seiner Freude Ausdruck, daß die UdSSR und die USA de facto Verbündete geworden seien (D. Hoggan, 1976, S. 528). Bereits bei diesen Gesprächen, also 1933, wurde Deutschland aufgeteilt. Nach dem nächsten Krieg sollte die eine Hälfte an die UdSSR fallen und die andere Hälfte sollte unter dauernder Besetzung und Kontrolle der USA bleiben (desgl. S. 531). Hier trat zum ersten Mal die sowjetfreundliche Politik Roosevelts offen zutage, die die Folge einer völligen Fehleinschätzung der marxistisch-bolschewistischen Ideologie war, erklärbar durch die Beeinflussung seitens der Hochfinanz, die schon 1917 mit Trotzky die Revolution im Rheinland finanziert hatte. Roosevelts Schwiegersohn C. Dali beschrieb, wie das vor sich ging (C. Dali 1975). *„Bereits 1935 war Roosevelt fest davon überzeugt, daß der nächste Weltkrieg zuerst in Europa, nicht in Ostasien, ausbrechen würde. 1937 hielt er den Krieg gegen Deutschland für unvermeidlich... Die „Germany first"-Strategie, die die USA im 2. Weltkrieg militärisch anwandten, zeichnete sich also bereits lange vor dem Kriege ab"* (D. Bavendamm 1983, S. 109). Daraus entwickelte sich die Politik, die Jalta zur Folge hatte.

Die den Hintergrundmächten in den USA gehörenden Medien, Rundfunk und Zeitungen, allen voran die New York Times, deren Herausgeber Sulzberger mit Morgenthau befreundet war, das Gallup-Institut zur Meinungsforschung u. a. unterstützten Roosevelt weit über die USA hinaus und beeinflußten in erheblichem Umfang die Weltmeinung gegen die „totalitären und aggressiven" Staaten, aus denen bis zum Tode Roosevelts die Sowjetunion sorgfältig ausgespart wurde (D. Bavendamm 1983, S. 59).

Den Medienkrieg vor Annahme des Pacht- und Leihgesetzes, das am 11.3.1941 in Kraft trat, kommentierte Senator Lodge: „ *Unser Land ist einem Propagandafeldzug ausgesetzt*

gewesen, der seinesgleichen in der Geschichte nicht hat und dazu bestimmt ist, es in den Krieg zu verwickeln" (S. Hedin 1942, 1991, S. 103). *„Man sollte sich in Europa davor hüten, den Gesinnungswechsel von Männern wie Hearst, Wheeler und anderen Abgeordneten und Senatoren, die für die Kriegserklärung stimmten, nachdem sie sich früher gegen den Kriegseintritt ausgesprochen hatten, zu verdammen. Man muß wissen, unter welch unfaßbarem Druck sie in der „freiesten Demokratie der Welt standen. Roosevelt, unterstützt durch die interventionistische Presse, bestimmte Hetzorganisationen, das Federal Bureau of Investigation (FBI) und das Dies-Committee des Kongresses taten alles, um diejenigen, die anderer Meinung sind, ... als Verräter abzustempeln. In undemokratischer Art und Weise werden alle, die ein gutes Wort für Deutschland... finden, verleumdet, verfolgt, aus ihren Stellungen entlassen, vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen, dem Elend preisgegeben"* (S. Hedin 1942,1991, S. 113). Wissenschaftler wie D. Hoggan, die ihren Protest äußerten, wurden während des Krieges in Konzentrationslagern interniert.

Die Einflußnahme der USA in Europa begann mit der u. a. durch Frankfurter und Morgenthau 1934 erfolgreich hintertriebenen Verlängerung des deutsch-amerikanischen Handelsvertrages und der Verbindungen des Abschlusses eines Handelsvertrages mit England am 23.10.1936, der die Zusammenarbeit bei der Aufrüstung Englands einleitete. Damit geriet England in zunehmende Abhängigkeit gegenüber den USA, die nach Erpressungen schließlich zum Kriege 1939 in Europa führten. Im Februar 1937 folgte der von Morgenthau stammende Plan einer Abrüstungskonferenz in Washington, den Chamberlain jedoch ablehnte. Im gleichen Jahr begann Roosevelt mit der Aufrüstung. Er hatte dafür die Begründung zur Hand, *„die Sicherheit der USA sei bedroht"* (D. Kunert 1984, S. 192).

Trotz des New Deal sank die Industrieproduktion in den USA von August bis Dezember 1937 um 27 %, und die Ef- fektenkurse sanken um 37 %. Im November und Dezember 1937 wurden 850.000 Industriearbeiter arbeitslos.

In der sog. Quarantäne-Rede vom 5.10.1937 in Chicago enthüllte Roosevelt sein Programm, das bis Kriegsende in

gleicher Richtung und immer radikaler vom Medienpool der Hintergrundmächte propagandistisch unterstützt wurde. Besonders bezeichnend ist, daß Roosevelts Ausführungen vor allen Gebietsrevisionen Deutschlands - die Rückkehr des Saargebietes ausgenommen - gemacht wurden. Er stellte die „faschistischen" Staaten Deutschland, Italien und Japan als gefräßige Länder hin, die, wenn man ihnen nicht entgegenträte, eines Tages die ganze Welt unter sich aufteilen würden. „ *Unschuldige Völker und Staaten werden grausam in der Gier nach Macht und Herrschaft geopfert... Die friedliebenden Nationen müssen sich gemeinsam gegen jene Vertragsverletzungen und gegen jene Mißachtung menschlicher Instinkte zur Wehr setzen, die heute einen Zustand internationaler Anarchie und Unbeständigkeit schaffen... Friede, Freiheit und Sicherheit von 90 % der Menschheit werden von den übrigen 10 % gefährdet... Wenn eine Krankheit sich epidemisch ausbreitet, beschließt die Gemeinschaft... die Patienten unter Quarantäne zu legen. Der Krieg ist eine* Seuche, ob er nun erklärt ist oder nicht" (D. Hoggan 1990, S. 337). Unter die Friedliebenden wurde aber auch die UdSSR gerechnet, obwohl der Holocaust gegen die Bauern und die Ukrainer im Gang war und im spanischen Bürgerkrieg von Stalins Anhängern spanische Nonnen gekreuzigt und zahlreiche andere Untaten begangen wurden (D. Hoggan 1990, S. 187).

Damals war vor allem Deutschland gemeint und 2001 mit fast gleichen Worten die Regierung und „Terroristen" in Afghanistan und anderswo. Es besteht der Verdacht, daß die Präsidenten von den gleichen Hintergrundmächten dazu veranlaßt wurden.

Zum Jahresende 1937 wurde erstmalig eine Kriegsplanung für einen Mehrfrontenkrieg im Pazifik und Atlantik erstellt. Seit dieser Zeit galt für die strategische Kriegsplanung „Germany first". Zur gleichen Zeit begann die Zusammenarbeit der amerikanischen und britischen Kriegsflotten als ungeschriebenes Militärbündnis. Ebenfalls zur gleichen Zeit begannen amerikanisch-englische Stabsgespräche (D. Bavendamm 1993, S. 307 f.).

1938 begann Roosevelt, Kongreßmitglieder und Senatoren, von denen er Widerstand gegen seine Kriegspläne er-

wartete, auszuschalten. Damals kursierte eine „sudden death list“, die vermutlich sogar von C. Dali stammte, mit Namen von acht Ermordeten und auf rätselhafte Weise Umgekommenen. Die Liste ist stark erweiterungsfähig, z. B. mit dem bei einem mysteriösen Autounfall 1945 umgekommenen US-General Patton - er hatte am 31.8.1945 erklärt: „ *In Wirklichkeit sind die Deutschen das einzige anständige in Europa lebende Volk“* mit Präsident Kennedy, der die Federal Reserve Bank entmachten wollte, mit dem Chef der Deutschen Bank, Herrhausen, der nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums den Oststaaten unter Ausschluß des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank helfen wollte, und mit dem ersten Chef der *Treuhand,* Rohwedder, der die Hochfinanz bei der Verschleuderung der Betriebe der ehemaligen DDR nicht beteiligen wollte (SZ, 25.11.1992).

Am 12.1.1938 wurde Chamberlain mit einem Weltfriedensplan überfallen, den er bis zum 17.1. beantworten sollte. Außenminister Hull kommentierte am 16.1. zurückhaltend, daß *„sich die Regierung seiner Majestät und die Regierung der Vereinigten Staaten, die alle Finanzen, Devisen und Rohstoffe kontrollieren, eng zusammenschließen...“* (D. Bavendamm 1983, S. 286). Chamberlain lehnte ab und handelte sich in der Weltpresse den Vorwurf „appeasement“ (Beruhigung), mit der Bedeutung des Nachgebens gegenüber faschistischen Diktaturen, ein.

Verschiedene Friedensappelle Roosevelts an die Mächte während der Sudetenkrise bis zum Münchener Abkommen lassen sich nach H. Barnes nur so erklären, daß er annahm, ein Angriff auf das Deutsche Reich im September 1938 würde infolge der militärischen Übermacht der europäischen Mächte dazu führen, „ *daß ihm keine Zeit bliebe, sein Land in diesen großen Konflikt hineinzuziehen“* (H. Barnes 1961, S. 128).

Der nächste Versuch der massiven Einmischung seitens der USA erreichte England während der Sudetenkrise am 19.9.1938: der Vorschlag einer Weltkonferenz. Nach deren Ablehnung setzte in den USA eine Pressekampagne gegen Chamberlain wegen „ *Verrats an der Tschechoslowakei“* ein. Aber auch diesmal gelang trotz Teilmobilisierung der engli-

schen Flotte und der tschechischen Generalmobilmachung noch die europäische Vereinbarung der Münchener Konferenz, und Chamberlain wurde in Deutschland und England als Friedensfürst gefeiert.

Am 14.12.1938 ließ Roosevelt Chamberlain wissen: *„England werde im Falle eines großen Krieges gegen die Diktatoren die industriellen Ressourcen der amerikanischen Nation hinter sich haben“* (D. Bavendamm 1993, S. 393).

Vor dem Verteidigungsausschuß des Senats erklärte Roosevelt am 31.1.1939: *„Die Grenzen der USA liegen am Rhein.“* Mit Frankreich wurde wegen der Lieferung von 1.000 Militärflugzeugen verhandelt, und mit einer Botschaft an den Kongreß am 4.1.1939 wurde die Entschlossenheit zur Parteinahme am Krieg in Europa öffentlich verkündet.

Der wichtigste Arm Roosevelts in Europa war Bullitt, der amerikanische Botschafter in Frankreich. Bereits bevor Bullitt die neuen Richtlinien empfing, griff er aktiv in die Politik ein. Zum 2.12.1938 notierte der Völkerbundkommissar Burckhardt in Danzig: *„Er* (Bullitt) *erklärte mir mit merkwürdiger Genugtuung, die Polen seien bereit, wegen Danzig Krieg zu führen... Im April wird der neue Krieg ausbrechen... Niemals seit der Torpedierung der Lusitania bestand in Amerika ein solch religiöser Haß gegen Deutschland wie heute. Chamberlain und Daladier werden durch die öffentliche Meinung weggeblasen werden. Es handelt sich um einen heiligen Krieg*“ (C. J. Burckhardt 1960, S. 225). Der polnische Botschafter in Washington, Graf Potocki, berichtete am 12.1.1939 aus den USA an seine Regierung (siehe Kap. 10) über die Kriegshysterie in den USA und deren Hintermänner (siehe Anhang A8). Zwei Tage zuvor, am 10.1.1939 sagten die US-Botschafter in London und Paris, Kennedy und Bullitt, im Verteidigungsausschuß, der Krieg in Europa sei im Frühjahr 1939 wahrscheinlich. Bullitt wurde Anfang 1939 mit neuen Weisungen nach Europa zurückgesandt:

1. Scharfe, unzweideutige Verurteilung der totalitären Staaten,
2. Bekanntgabe der Beschleunigung der Rüstungen der USA,

3. Ende der Kompromisse gegen die totalitären Staaten, Ende der Gebietsveränderungen,
4. Zusicherung an England und Frankreich, im Falle eines Krieges aktiv auf ihre Seite zu treten.

Dem polnischen Botschafter in Paris, Lukasiewicz, sagte Bullitt nach seiner Rückkehr nach Paris: *„Sollte ein Krieg* (in Europa) *ausbrechen, so werden wir sicher nicht am Anfang an ihm teilnehmen, aber wir werden ihn beenden“* (D. Bavendamm 1983, S. 499). Und am 19.3.1939 sagte er zu ihm: *„Er rechne mit der polnischen Bereitschaft, die Danzigfrage zum Kriegsanlaß zu machen“* (D. Hoggan 1976, S. 412) und *„Die Vereinigten Staaten verfügen England gegenüber über verschiedene und ungeheuer bedeutsame Zwangsmittel. Allein die Drohung ihrer Anwendung dürfte genügen, England von einer Kompromißpolitik auf Kosten Frankreichs zurückzuhalten“* (U. Walendy 1993, S. 349).

Im Februar 1939 gelang es den USA, die Verhandlungen zu einem deutsch-englischen Handelsvertrag zu torpedieren. Der Hitler-Hacha-Vertrag wurde von der USA-Regierung *„als die zeitweise Auslöschung der Freiheiten eines freien und unabhängigen Volkes“* kommentiert (D. Bavendamm 1983, S. 513). Der gleiche Wortlaut wird von der Weltpresse und den deutschen Medien noch heute verwendet, obwohl die Tschechei dann ein Protektorat, also ein selbständiges Völkerrechtssubjekt war, das nur zwei seiner Hoheitsrechte an das Deutsche Reich abgetreten hatte, die Außen- und die Verteidigungspolitik.

Die Nötigung der Briten zur englischen Garantieerklärung für Polen vom 31.3.1939 wurde durch Bullitts Mitteilung an Lukasiewicz angebahnt, er habe seinen Londoner Kollegen Kennedy angewiesen, Chamberlain mitzuteilen, daß die USA für die polnischen Allianzwünsche Verständnis haben. Am 26.3.1939 bedeutete er Kennedy, Chamberlain davon zu unterrichten, die USA wünschten, daß Großbritannien gegen Deutschland Krieg führe, wenn der Streit um Danzig sich zu einer Explosion zwischen Deutschland und Polen entwickele (D. Hoggan 1976, S. 448). Diese Garantie an Polen vom 31.3.1939 war der Beginn der Einbahnstraße zum Krieg. Chamberlain wurde mit der Drohung unter Druck gesetzt, al-

]e bereits gewährten Zusagen für die Rüstung, für die Flottenkooperation und für die Revision des Neutralitätsgesetzes zurückzuziehen (siehe Kap. 10).

In einer Rede vor der Panamerikanischen Union am 14.4.1939 wiederholte Roosevelt seinen Friedensappell. Er forderte von Hitler eine Erklärung über seine künftige Politik und die Versicherung, 31 namentlich genannte Staaten in den nächsten 25 Jahren weder anzugreifen noch nach Art der Tschechoslowakei zu besetzen.

Hitler antwortete am 28.4.1939 vor dem Reichstag: *„Ich habe keinen Schritt unternommen, der fremde Rechte verletzte, sondern habe vor 20 Jahren verletztes Recht wieder hergestellt. Im Rahmen des heutigen Großdeutschen Reiches befindet sich kein Gebiet, das nicht seit ältesten Zeiten zu ihm gehört hätte oder seiner Souveränität unterstand. Längst ehe ein amerikanischer Kontinent von Weißen entdeckt wurde, hat dieses Recht bestanden... Herr Präsident Roosevelt glaubt, es liege in der Hand der Führer großer Nationen, ihre Völker vor dem drohenden Unheil des Krieges zu retten. Wenn dies zutrifft, dann ist es strafbarer Leichtsinn, wenn Führer von Völkern, die über eine solche Macht verfügen, es nicht fertig bringen, ihrer zum Kriege hetzenden Presse die Zügel anzulegen... Herr Präsident Roosevelt, ich verstehe, daß es die Größe Ihres Reiches und der ungemessene Reichtum erlauben, sich für die Geschicke der ganzen Welt verantwortlich zu fühlen. Ich, Herr Präsident, bin in einen viel bescheideneren Rahmen gestellt. Ich übernahm diesen Staat, in dem nicht 15, sondern 140 Menschen auf dem Quadratkilometer leben. Die Milliarden deutscher Ersparnisse in Gold und Devisen wurden uns weggenommen. Unsere Kolonien haben wir verloren. 1933 hatten wir sieben Millionen Erwerbslose, einige Millio- nen Kurzarbeiter und standen vor dem Ruin. Ich habe daher in diesen sechseinhalb Jahren Tag und Nacht stets nur dem einem Gedanken gelebt, die eigenen Kräfte meines Volkes angesichts der Verlassenheit von der ganzen Welt zu wecken, und ich habe weiter versucht, jenen Vertrag Blatt um Blatt zu beseitigen, der in seinen 148 Artikeln die ärgste Vergewaltigung enthält, die jemals Völkern und Menschen zugemutet worden ist“* (M. Domarus 1988, S. 1148). Hitler kündigte am gleichen

Tag das deutsch-englische Flottenabkommen und den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt.

Am 11.5.1939 wurde von Roosevelt eine globale Kriegsplanung mit Einschluß der Entsendung einer Expeditionsarmee nach Afrika und Europa (Rainbow 1 bis 5) angeordnet (D. Bavendamm 1993, S. 311).

Als schließlich in der Nacht des 23.8.1939, unmittelbar nach Abschluß des deutsch-russischen Vertrages, Roosevelt durch den Verrat Herwarths von Bittenfeld vom geheimen Zusatzabkommen Kenntnis erlangt hatte, unterrichtete er weder England noch Frankreich noch Polen davon. Das wäre die letzte Möglichkeit gewesen, Polen von der Generalmobilmachung abzuhalten. Am 31.8. versicherte Bullitt Lukasiewicz wahrheitswidrig, ein möglicherweise existierendes geheimes Zusatzabkommen betreffe nur die baltischen Staaten.

Am 21.10.1939 überreichte A. Sachs Roosevelt den Brief von Einstein, in welchem dieser auf die Möglichkeit der Entwicklung von Atombomben aufmerksam machte. Roosevelt veranlaßte daraufhin diese Entwicklung, für die schließlich mehr als 100.000 Menschen eingesetzt wurden (D. Hoggan 1977, S. 551).

Nach Ausbruch des Krieges veröffentlichte Roosevelt Neutralitäts-Proklamationen und hielt vom Kamin aus Reden an die amerikanische Nation, in denen er behauptete, die USA aus dem Kriege heraushalten zu wollen, was in krassem Gegensatz zu seinem politischen Handeln stand. Als sich schließlich selbst der Befehl, auf deutsche Schiffe, besonders U-Boote, aus USA-geschützten Geleitzügen mit englischen Schiffen zu schießen, nicht als wirksames Mittel zur Provokation erwies, „ *konzentrierte er sich als letzten kriegsauslösenden Ausweg auf Japan*“ (H. Fish 1982, S. 173).

Bis Ende 1940 hatte der Kongreß beschlossen: Vermehrung des Heeres auf 1 Million Mann mit dem Ziel von 4 Millionen, Beschaffung von 50.000 Flugzeugen für die Heeresluftwaffe, Erhöhung der Mannschaftstärke der Marine auf 170.000 Mann, 15.000 Flugzeuge für die Marine, den Bau von 17 Schlachtschiffen, 14 schweren Kreuzern, 40 leichten Kreuzern und 197 Zerstörern. Der Haushaltsentwurf für 1941 sah für die Streitkräfte 14 Milliarden Dollar vor (A. Theobald 1963).

Am 9. bis 13.8.1941 trafen sich Roosevelt und Churchill auf Neufundland und erstellten dort die Atlantik-Charta mit

folgenden Hauptpunkten:

1. *„Ihre Länder erstreben keinerlei Gebiets- oder sonstige Vergrößerungen.*
2. *Sie wünschen keine Gebietsveränderungen, die nicht mit den frei zum Ausdruck gekommenen Wünschen der betreffenden Völker übereinstimmen.*
3. *Sie anerkennen das Recht aller Völker, die Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen.*
4. *Sie hoffen, daß nach endgültiger Zerstörung der Nazityrannei ein Friede geschaffen wird, der allen Nationen die Möglichkeiten gibt, in Sicherheit innerhalb ihrer eigenen Grenzen zu leben...* (E. Kern 1988, S. 240).

Die Punkte 1 bis 3 sind die Wiederverkündung des Selbstbestimmungsrechtes. Doch das galt für das deutsche Volk nicht, das mußte ja von der Nazityrannei befreit werden, und so wurden bei den Luftangriffen auf deutsche Städte etwa 1 Million Nichtkombattanten von ihrem Leben *„befreit“.* Etwa 16 Millionen wurden von ihrer Heimat und all ihrer Habe *„befreit“* und dabei wieder 3,5 Millionen von ihrem Leben. Doch die gesetzlichen Unterlagen der Vertreiberstaaten dazu wie die Beneschdekrete sollen nach Aufnahme dieser Staaten in die EU bestehen bleiben!

Reportern gegenüber gab Roosevelt zu, weder er noch Churchill hätten persönlich einen genauen Text der Atlantik-Charta entworfen, Adjutanten und Publicity-Fachleute hätten dies besorgt. (P. Nicoll 1963, S. 223).

Roosevelts weitere Politik während des Krieges mit der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation Deutschlands, Italiens und Japans auf der Konferenz von Casablanca 1943, der vertraglichen Festlegung des Morgenthauplanes in der Konferenz von Quebec 1944, der Festlegung der Besatzungspolitik und der nochmaligen Festlegung auf den Morgenthauplan innerhalb der Regierung im März 1945, die zur Direktive ICS 1067 mit der Folgt des Todes von unzählige deutschen Kriegsgefangenen führte Q. Bacque 1989), siehe Kapitel 20.

Nachdem Präsident Roosevelt als bereits Todkranker auf

der Konferenz von Jalta vom 4. bis 11.2.1945 Stalin halb Europa überantwortet hatte, starb er am 12.4.1945.

Sven Hedin, der große schwedische Erforscher Zentralasiens, der selber mehrere Jahre in den USA lebte, urteilte über Roosevelt: „ *Nun ergriff in Deutschland ein Führer das Staatsruder, der sein Land von diesen Folgen* (des Versailler Diktats) *befreien wollte. Was wäre natürlicher gewesen, als daß Amerika, ... vor allem der Präsident... dem Mann Vertrauen entgegengebracht hätte, der sein Volk retten wollte. Die Aufgaben beider Staatsmänner waren in vielem ähnlich. Zusammen konnten diese beiden Länder, jedes in seinem Weltteil, viel Fruchtbares und Segensreiches schaffen... Der Führer Deutschlands hat seine Bereitschaft dazu erklärt. Roosevelt entfesselte den Krieg. Roosevelt redete von Demokratie und verriet sie ohne Unterlaß... Er sprach von Redefreiheit und verbot denen, die nicht seiner Meinung waren, den Mund. Er sprach von Glaubensfreiheit und schloß ein Bündnis mit dem Bolschewismus... Er sprach von der Freiheit vom leiblichen Mangel und konnte mehr als 10 Millionen keine Arbeit schaffen, kein Brot und kein Obdach. Er sprach von der Freiheit von Furcht vor künftigen Kriegen und bereitete den Krieg nicht nur für sein eigenes Volk vor, sondern für die Welt, indem er... so Millionen in den Tod trieb. Dieser Krieg wird in die Geschichte eingehen als der Krieg des Präsidenten Roosevelt“* (S. Hedin 1942, 1992, S. 201).

F. D. Roosevelt setzte die Ziele der Hintergrundmächte, und zwar sowohl die ideologischen der Freimaurer wie die macht- und wirtschaftspolitischen der Wallstreet-Hochfinanz als Werkzeug und Medium weitgehend durch. *„Präsident Roosevelt ist für den liberal-demokratischen Internationalismus das gewesen, was Stalin für den marxistisch-leninistischen Internationalismus gewesen ist: sein Vollstrecker und nicht sein Erfinder“* (D. Bavendamm 1993, S. 460).

Es besteht der begründete Verdacht, daß die geheim gehaltene Krankheit Roosevelts bereits bei seinem Amtsantritt seine geistigen Fähigkeiten befallen hatte, und daß *„das Schicksal der Welt in den Händen zweier* (Roosevelt und Churchill) *dem körperlichen Verfall ausgelieferter Geisteskranker gele-*

gen hätte“ (P. Rassinier 1989, S. 78). Daß sein Weltherrschaftsanspruch unter der Idee der One World zunächst mit militärischen Mitteln durchgesetzt werden sollte, wird an der seit seinem Dienstantritt im Jahre 1933 betriebenen gigantischen Aufrüstung sichtbar, die lange vor der deutschen einsetzte (D. Bavendamm 1983). Er vermochte es bis in den Beginn des zweiten Weltkrieges hinein, seine Kriegsabsichten vor allem vor der eigenen Bevölkerung zu tarnen und bediente sich einer raffinierten Propaganda, die die des Ersten Weltkrieges mit modernen massenpsychologischen Mitteln fortführte und in das Programm der Umerziehung mündete. Der wirtschaftliche Weltherrschaftsanspruch reichte von der Elbe bis China und Australien und fand seinen Ausdruck in den Forderungen nach Freihandel, Marktwirtschaft, Freiheit der Meere und Liberalisierung der Weitfinanzen sowie der Einrichtung der unter US-Kontrolle stehenden Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (D. Bavendamm 1993).

Am 1.4.1944 sagte Roosevelt zu seinen Stabschefs: „Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß ich nicht gewillt bin, zu diesem Zeitpunkt zu sagen, wir beabsichtigen nicht, die deutsche Nation zu zerstören. Solange es in Deutschland das Wort „Reich“ gibt als Inbegriff der Nationalität, wird es immer mit dem gegenwärtigen Begriff des Nationalgefühls in Verbindung gebracht werden. Wenn wir das einsehen, müssen wir danach streben, eben dieses Wort „Reich“ und alles, wofür es steht, auszumerzen“ (D. Bavendamm 1993, S. 221). Man vergleiche diese Worte heute, 50 Jahre später, mit Verlautbarungen der etablierten, zu Anfang der Besatzungszeit entstandenen Medien und Parteien, z. B. die Äußerungen von Bundeskanzler Kohl: „Einen deutschen Nationalstaat darf es nie wieder geben “, und „Nationalstaat, das ist Krieg“ Münch. Merkur, 7.7.1997) oder von Bundespräsident Herzog: „ Da gibt es ein paar Träumer, die Deutschland auf Bismarckkurs bringen wollen... Ich bin davon überzeugt, daß der nationale Gedanke an sich keine Kraft mehr ist... Nation konstituiert sich durch das Bekenntnis eines Volkes zu Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ (Focus 19/1994), den Parolen der französischen Revolution von 1789 mit 40.000 Ermordeten in Paris und 500.000 in den Provinzen.

Die Einflüsse der Hintergrundmächte, die nicht nur die Zerstörung des Deutschen Reiches, sondern mit dem Kaufmanplan (siehe Kap. 17.3) auch die Vernichtung des deutschen Volkes beabsichtigten, gehen aus dem Gespräch Roosevelts mit Morgenthau am 19.8.1944 hervor: „ *Wir müssen mit Deutschland hart umspringen, und ich meine damit das deutsche Volk, nicht nur die Nazis. Entweder müssen wir das deutsche Volk kastrieren, oder aber wir müssen es so behandeln, daß es keine Nachkommen mehr zeugen kann*“ (D. Irving 1996).

„Wir wissen heute dank der erschöpfenden Durchforschung der deutschen Geheimarchive während des Nürnberger Prozesses, daß es niemals einen Angriffsplan auf die Vereinigten Staaten gegeben hat. Im Gegenteil: Die ungeheure Menge der durchforschten Dokumente bewies, daß Hitler ständig bestrebt war, den Krieg mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden“ (Wedemeyer 1958, S. 17).

19 Die Vorgeschichte des Kriegseintritts der USA 1941

Die treibende Kraft, die zum Ausbruch des Krieges am 1.9.1939 und zu seiner Ausweitung zum Zweiten Weltkrieg führte, war, wie aus den bisherigen Ausführungen ersichtlich ist, F. D. Roosevelt, der von Hintergrundmächten gemanagt und gesteuert wurde. Der Plan dazu wurde spätestens 1929 (siehe Kap. 17), vermutlich aber früher, ersonnen. Der letzte Schritt war die Kriegserklärung Deutschlands, die fälschlich als deutsche Schuld dargestellt wird.

Der deutsche Geschäftsträger in Washington, H. Thomsen, meldete am 27.3.1939 nach Berlin: *„Die Kundgebungen und Maßnahmen der amerikanischen Regierung in den letzten Wochen lassen immer deutlicher erkennen, daß der Führungsanspruch des Präsidenten Roosevelt in weltpolitischen Angelegenheiten in das Ziel einmündet, das nationalsozialistische Deutschland mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu vernichten... Roosevelt ist in seinem Inneren davon überzeugt, daß Deutschland der Feind ist, der vernichtet*

Die Einflüsse der Hintergrundmächte, die nicht nur die Zerstörung des Deutschen Reiches, sondern mit dem Kaufmanplan (siehe Kap. 17.3) auch die Vernichtung des deutschen Volkes beabsichtigten, gehen aus dem Gespräch Roosevelts mit Morgenthau am 19.8.1944 hervor: *„Wir müssen mit Deutschland hart umspringen, und ich meine damit das deutsche Volk, nicht nur die Nazis. Entweder müssen wir das deutsche Volk kastrieren, oder aber wir müssen es so behandeln, daß es keine Nachkommen mehr zeugen kann "* (D. Irving 1996).

„Wir wissen heute dank der erschöpfenden Durchforschung der deutschen Geheimarchive während des Nürnberger Prozesses, daß es niemals einen Angriffsplan auf die Vereinigten Staaten gegeben hat. Im Gegenteil: Die ungeheure Menge der durchforschten Dokumente bewies, daß Hitler ständig bestrebt war, den Krieg mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden" (Wedemeyer 1958, S. 17).

19 Die Vorgeschichte des Kriegseintritts der USA 1941

Die treibende Kraft, die zum Ausbruch des Krieges am 1.9.1939 und zu seiner Ausweitung zum Zweiten Weltkrieg führte, war, wie aus den bisherigen Ausführungen ersichtlich ist, F. D. Roosevelt, der von Hintergrundmächten gemanagt und gesteuert wurde. Der Plan dazu wurde spätestens 1929 (siehe Kap. 17), vermutlich aber früher, ersonnen. Der letzte Schritt war die Kriegserklärung Deutschlands, die fälschlich als deutsche Schuld dargestellt wird.

Der deutsche Geschäftsträger in Washington, H. Thomsen, meldete am 27.3.1939 nach Berlin: *„Die Kundgebungen und Maßnahmen der amerikanischen Regierung in den letzten Wochen lassen immer deutlicher erkennen, daß der Führungsanspruch des Präsidenten Roosevelt in weltpolitischen Angelegenheiten in das Ziel einmündet, das nationalsozialistische Deutschland mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu vernichten... Roosevelt ist in seinem Inneren davon überzeugt, daß Deutschland der Feind ist, der vernichtet*

werden muß...“ (A. v. Ribbentrop 1963, S. 292, siehe Anhang 9).

Obwohl Roosevelt den Wahlkampf für seine Wiederwahl Ende 1940 mit dem heiligen Versprechen führte, die USA aus dem Krieg herauszuhalten, *„Eure Boys werden nicht in ausländische Kriege geschickt werden* hatte er bereits drei Wochen vor der Wahl am 8.10.1940 dem Befehlshaber der Pazifikflotte Richardson gesagt: *„Früher oder später können wir in den Krieg eintreten“* (U. Walendy 1966, S. 95). Zwei Monate nach der Wahl berichtete der Sondergesandte Hopkins gegenüber Churchill: *„Der Präsident ist entschlossen, den Krieg gemeinsam zu gewinnen* “ (H. Fish 1982, S. 51).

Der Senator Nye, der Leiter der Senatskommission von 1936 zur Untersuchung des Kriegseintritts der USA im Jahre 1917, urteilte am 27.4.1941: *„Wir werden von denselben Mächten zum Narren gehalten, die uns im Weltkrieg* (1914/ 18) *zum Narren gehalten haben.* ***Wenn wir je in diesen Krieg verwickelt werden, so wird er von den zukünftigen Geschichtsschreibern nur mit einem Namen bezeichnet werden: „der Krieg des Präsidenten*** *“, weil jeder seiner Schritte seit seiner Rede von Chicago auf den Krieg hinlenkte“* (G. Franz-Willing 1979, S. 246).

Da in den USA die Mehrheit isolationistisch eingestellt war, wußte Roosevelt, daß der Kongreß nur dann einen Kriegseintritt der USA beschließen würde, wenn eine große äußere Provokation oder ein Angriff vorläge. In der ersten Zeit nach Kriegsbeginn 1939 versuchte Roosevelt vergeblich, Deutschland zu dieser Provokation zu veranlassen. In britisch-amerikanischen Generalstabsbesprechungen Ende Januar 1941 wurde die Strategie *„Germany first“* beschlossen.

Die Stationen dieser Strategie mit der Steigerung deutschfeindlicher Provokationen bis zum Schießbefehl kurz vor Kriegseintritt der USA am 11.12.1941 sind:

16.9.1939: Einführung der Wehrdienstpflicht.

1.11.1939: Mit Änderung der Neutralitätsgesetze durch Einführung der Cash-and-Carry-Klausel wurden Waffenlieferungen an Selbstabholer und Sofortbezahler möglich.

Juli 1940: Anwerbung von USA-Staatsangehörigen für die britische Luftwaffe und Ausbildung britischen Flugpersonals in den USA.

September 1940: Übergabe von 50 Zerstörern an England gegen Überlassung von Stützpunkten auf Neufundland und in der Karibik. Der Gesetzesvorschlag dazu stammte von Armand Hammer, Angehöriger der Wallstreet-Hochfinanz und finanzieller Unterstützer des Bolschewismus vor, während und nach der Revolution von 1917.

November 1940: US-Schiffe übernahmen den britischen Patrouillendienst in der Karibik.

29.12.1940: Rundfunkbotschaft von Roosevelt mit der Warnung an die Achsenmächte, daß kein Diktator die USA in ihrem Entschluß wankend machen könne, Großbritannien beizustehen.

Januar 1941: Beginn von britisch-amerikanischen Generalstabsbesprechungen für eine gemeinsame Kriegsführung. Diese führten zu einem geheimen Beistandabkommen zwischen den USA, Großbritannien und Niederländisch-Indien. Dieses Abkommen sollte z. B. dann in Kraft treten (Fall Rainbow), wenn ein japanischer Flottenverband sich Niederländisch-Indien näherte. Dies war am 3.12.1941 der Fall, und bereits an diesem Tag befanden sich die USA im Krieg mit Japan, ohne daß der Senat, der Kongreß und die Öffentlichkeit dies wußten (W. Post 1991).

Am 10.1.1941 sagte H. Hopkins zu Churchill: *„Der Präsident ist entschlossen, daß wir gemeinsam den Krieg gewinnen. Zweifeln Sie nicht daran. Er hat mich hier her gesandt, um Ihnen zu sagen, daß er Sie um jeden Preis und mit allen Mitteln durchbringen wird, gleichgültig, was mit ihm geschieht - es gibt nichts, was er nicht tun wird, soweit es in seiner Macht steht*“ (A. Wedemeyer 1958, S. 20).

11.3.1941: Das Pacht- und Leihgesetz trat nach der englischen Zahlungsunfähigkeit in Kraft und ermächtigte den Präsidenten zu Kriegslieferungen auch ohne Bezahlung.

30.3.1941: Die USA beschlagnahmten 28 italienische und zwei deutsche, in US-amerikanischen Häfen liegende Handelsschiffe und internierten die 873 Besatzungsangehörigen.

9.4.1941: Die USA schlossen mit dem dänischen Gesandten in Washington entgegen den Weisungen der dänischen Regierung ein Abkommen zur Errichtung von US-Stützpunkten auf Grönland.

18.4.1941: Die panamerikanische Sicherheitszone wurde bis auf 30 Grad West ausgedehnt. Hitler erkannt diese am 20.4. an und gab Weisung, Zwischenfälle mit US-Schiffen zu vermeiden. Am 22.5. erklärte Hitler nochmals, er wünsche unter keinen Umständen Zwischenfälle.

27.5.1941: Roosevelt erklärte den unbegrenzten nationalen Notstand. Damit erhielt Roosevelt, diktatorische Vollmachten bis zur Einrichtung von Konzentrationslagern.

14.6.1941: Alle deutschen Guthaben in den USA wurden eingefroren.

18.6.1941: Ausreiseverbot für deutsche Staatsangehörige.

21.6.1941: Hitler verbot den deutschen U-Booten jeden Angriff auf größere Kriegsschiffe, die nicht einwandfrei als feindliche erkannt waren. Angriffe auf US-Schiffe waren auch innerhalb des Operationsgebietes zu unterlassen.

7.7.1941: Landung von US-Truppen auf Island, nachdem zuvor die britischen Truppen dort gelandet waren und eine Ablösung auf britischen Wunsch vereinbart worden war.

17.7.1941: Bekanntgabe einer schwarzen Liste von 800 Firmen und Personen in den lateinamerikanischen Ländern, an die aus den USA nicht mehr geliefert werden durfte.

19.7.1941: Operationsbefehl an die US-Kriegsmarine: Kriegsschiffe der Achsenmächte waren innerhalb von 100 Seemeilen um einen US-gesicherten Konvoi, Achsen-U- Boote waren in Sichtweite davon anzugreifen.

Die Flugüberwachung meldete die Standorte deutscher Einheiten an die britische Flotte. Mit beiden Maßnahmen traten die USA als aktive Kriegsteilnehmer auf.

28.7.1941: Von da ab wurden von US-Zerstörern Wasserbomben geworfen, ohne einen deutschen Angriff abzuwarten.

Im August 1941 trafen sich Roosevelt und Churchill vor Neufundland und verlautbarten am 14.8. die Atlantik-Charta, die kein rechtsgültiges Abkommen war, sondern ein handschriftlicher Entwurf, auf dem posthum von Roosevelts Sekretär die Unterschriften beider angebracht worden waren, *„dieses erbärmlichen Betruges“* (B. v. Richthofen 1975, S. 189). Dort vereinbarten sie Kriegsziele, obwohl die USA offiziell noch nicht am Kriege teilnahmen. *„Nach der endgültigen Vernichtung der Nazityrranei hoffen wir einen Frie-*

den herzustellen... " Die Atlantik-Charta, welche die Garantie des Selbstbestimmungsrechtes vorsah, solle gemäß geheimer Absprache nicht auf die Gegner angewandt werden. Sie wurden zur Grundlage der Satzungen der UNO mit den Feindstaatenklauseln Art. 53 und 107, die außerhalb des Völkerrechts jederzeit Interventionen ermöglichen.

12.9.1941: Roosevelt erteilte an die Marine und die Luftwaffe Schießbefehl. Damit war der Krieg zwischen den USA und Deutschland faktisch in Gang gekommen.

11.12.1941: in der deutschen Kriegserklärung wurde festgestellt, daß die USA seit dem 11.9.1941 zu offenen militärischen Angriffen übergegangen waren (H. Fish 1982; H. Wellems 1989).

Ehe der japanische Flottenverband am 25.11. gegen Hawaii in Marsch gesetzt wurde, baten die Japaner um Erweiterung des rein defensiven Dreierbündnisses Deutschland-Italien-Japan. Am 28.11. versprach Ribbentrop dem japanischen Botschafter Oshima, im Falle eines japanisch-amerikanischen Krieges sofort einzugreifen. Am 4.12. wurde in Berlin die Erweiterung des Dreierpaktes beschlossen (J. Hoffmann 1991).

Die Vorgeschichte des japanischen Angriffes auf Pearl Harbor auf Hawaii, welcher der offizielle Anlaß zum Kriegseintritt der USA war, war folgende: Nach Ausbruch des japanisch-chinesischen Krieges rief Roosevelt in einer Rede in Chicago am 5.10.1937 dazu auf, *„die Aggressornationen Deutschland, Italien und Japan unter Quarantäne zu stellen "* (siehe Kapitel 18). Im Januar 1941 machte die japanische Regierung neue Verhandlungsvorschläge. Sie erklärte sich bereit, aus dem Dreibund auszutreten und ihre Streitkräfte aus China, außer der Mandschurei, zurückzuziehen. Zu Verhandlungen kam es jedoch nicht. Nachdem japanische Truppen im Einvernehmen mit der französischen Regierung in Vichy im Januar 1941 Indonesien besetzt hatten, verboten die USA die Ölausfuhr nach Japan. Um überhaupt Erdöl erhalten zu können, war Japan gezwungen, Niederländisch-Indien zu besetzen. Vorher schlug Japan ein persönliches Treffen des japanischen Premierministers Konoe mit Roosevelt vor, das abgelehnt wurde. Im Mai machte die japa-

nische Regierung einen Vorschlag zur Wiederherstellung guter Beziehungen mit den USA, aber im Juli verhängte die USA-Regierung ein Ausfuhrverbot für militärische Erzeugnisse nach Japan. Im Sommer verlegte Roosevelt die Pazifikflotte von Kalifornien nach Hawaii. Der US-Kriegsminister Stimson notierte nach einer Besprechung mit Roosevelt am 25.11.: „The question was, how we should manoeuvre them into the position of firing the first shot...“ (Die Frage war, wie wir sie in die Lage bringen sollten, den ersten Schuß zu tun...) (H. Fish 1982, S. 159). Nachdem der japanische Marinecode geknackt und der Zeitpunkt des japanischen Angriffs auf Hawaii bekannt war, unterrichtete Roosevelt jedoch den Kommandanten der Flotte dort nicht davon. Aber Roosevelt ließ die beiden Kommandanten von Pearl Harbor für die Verluste wegen Pflichtverletzung militärgerichtlich verurteilen.

Mit der teilweisen Vernichtung der Pazifikflotte hatte Roosevelt sein Ziel, den Kriegseintritt der USA, erreicht (H. Fish 1989; W. Post 1991). *„Man ahnte damals nicht, daß der Kriegseintritt vom Präsidenten gegen die überwiegende Mehrheit der öffentlichen Meinung trickreich geplant war“* (F. Fish 1989, S. 167).

Den Nachweis, die Tragödie von Pearl Harbor beabsichtigt, planmäßig herbeigeführt, zielbewußt verschleiert und als raffinierte Initialzündung für den Kriegseintritt der USA gegen Deutschland benutzt zu haben, führte 1954 auch der US-Admiral Theobald (B. v. Richthofen 1975, S. 188).

20. Die Konferenzen und Abkommen der Sieger unter sich und zu Lasten Deutschlands (B. Colby 2002)

Als Ergebnis der Konferenz von Casablanca vom 14. - 26.1.1943 zwischen Roosevelt und Churchill, von der Stalin aus Verärgerung über das Ausbleiben der Invasion ferngeblieben war, wurde mit einer Presseerklärung bekannt gemacht: „... *daß das Ziel dieses Krieges in der bedingungslosen*

nische Regierung einen Vorschlag zur Wiederherstellung gu_ ter Beziehungen mit den USA, aber im Juli verhängte die USA-Regierung ein Ausfuhrverbot für militärische Erzeugnisse nach Japan. Im Sommer verlegte Roosevelt die Pazifik- flotte von Kalifornien nach Hawaii. Der US-Kriegsminister Stimson notierte nach einer Besprechung mit Roosevelt am 25.1 f.: „The question was, how we should manoeuvre them into the position of firing the first shot...“ (Die Frage war, wie wir sie in die Lage bringen sollten, den ersten Schuß zu tun...) (H. Fish 1982, S. 159). Nachdem der japanische Marinecode geknackt und der Zeitpunkt des japanischen Angriffs auf Hawaii bekannt war, unterrichtete Roosevelt jedoch den Kommandanten der Flotte dort nicht davon. Aber Roosevelt ließ die beiden Kommandanten von Pearl Harbor für die Verluste wegen Pflichtverletzung militärgerichtlich verurteilen.

Mit der teilweisen Vernichtung der Pazifikflotte hatte Roosevelt sein Ziel, den Kriegseintritt der USA, erreicht (H. Fish 1989; W. Post 1991). *„Man ahnte damals nicht, daß der Kriegseintritt vom Präsidenten gegen die überwiegende Mehrheit der öffentlichen Meinung trickreich geplant war“* (F. Fish 1989, S. 167).

Den Nachweis, die Tragödie von Pearl Harbor beabsichtigt, planmäßig herbeigeführt, zielbewußt verschleiert und als raffinierte Initialzündung für den Kriegseintritt der USA gegen Deutschland benutzt zu haben, führte 1954 auch der US-Admiral Theobald (B. v. Richthofen 1975, S. 188).

20. Die Konferenzen und Abkommen der Sieger unter sich und zu Lasten Deutschlands (B. Colby 2002)

Als Ergebnis der Konferenz von Casablanca vom 14. - 26.1.1943 zwischen Roosevelt und Churchill, von der Stalin aus Verärgerung über das Ausbleiben der Invasion ferngeblieben war, wurde mit einer Presseerklärung bekannt gemacht: „... *daß das Ziel dieses Krieges in der bedingungslosen*

Kapitulation Deutschlands, Italiens und Japans auszudrük- ken ist... Bedingungslose Kapitulation bedeutet... die Vernichtung einer Weltanschauung in Deutschland, Italien und Japan, die auf Eroberung und Unterjochung anderer Völker beruht"- Damit wurde eine politische Lösung des 2. Weltkrieges unmöglich gemacht und dem Widerstand jede Er- folgsaussicht genommen. Dieser Forderung gingen eingehende Beratungen Roosevelts voraus.

Auf einer Konferenz Roosevelts mit dem englischen Außenminister Eden am 14.3.1943 in Washington wurde formlos vereinbart, daß die Inbesitznahme von Bessarabien und des Gebietes Polens östlich der Curzon-Linie, sowie der Besetzung der baltischen Staaten durch Rußland zuzustimmen ist. Polen sollte Ostpreußen erhalten. Die Deutschen sollten von dort vertrieben werden.

Am 18.10.1943 trafen sich die Außenminister der USA, Englands und Rußlands in Moskau. Gebietsplanungen wurden mit dem Einspruch Stalins ausgeschlossen. Die Invasion der Westmächte wurde zugesagt. Rußland verweigerte seine Zustimmung zum gemeinsamen Vorgehen nach einem Siege. Es betrachtete die polnische Frage als ausschließlich sich selbst angehend, unter Ausschluß der polnischen Exilregierung in England, und verweigerte Volksabstimmungen zur Anwendung der Atlantik-Charta in seinem Interessengebiet.

Auf der Konferenz der großen Drei in Teheran vom 28.11. - 1.12.1943 erklärte Stalin, die baltischen Staaten hätten für einen Anschluß an Rußland gestimmt. Rußland sollte einen Teil von Ostpreußen und die Gebiete östlich der Curzon-Linie mit russisch-ukrainischer ethnischer Mehrheit erhalten, die ihnen nach dem russisch-polnischen Krieg 1921 von Polen weggenommen worden waren. Polen sollte zum Ausgleich deutsches Gebiet erhalten. Die Vorherrschaft Rußlands auf dem Balkan wurde anerkannt. Von Stalin wurde die Forderung nach Liquidierung von 50.000 deutschen Offizieren erhoben, Roosevelt stimmte zu.

Kurz darauf schloß Rußland, ohne den Westen zu unterrichten, einen Bündnisvertrag mit der tschechoslowakischen Exilregierung unter Benesch, der die Bolschewisierung der Tschechei und die Entmachtung Beneschs zur Folge hatte.

Im Juli 1944 wurde in Dublin als Gegengewicht zur polnischen Exilregierung in England ein kommunistischer Ausschuß der nationalen Befreiung gebildet, aus welchem dann die bolschewistische Regierung in Warschau hervorging.

Am 1.9.1944 wurde von Morgenthau, der führend im B'nai B'rith tätig war, der Entwurf eines Deutschlandprogrammes fertiggestellt, der sog. Morgenthauplan, den er Roosevelt für die Konferenz von Quebec vom 11. - 16.9 1944 überreichte. Roosevelt nahm zu dieser Konferenz nicht den dafür zuständigen Außenminister Hull, sondern den Finanzminister Morgenthau mit. Dieser Plan (Anh. A20) sah u. a. die völlige Entindustrialisierung des Ruhrgebietes vor. Daraufhin angesprochen, antwortete Morgenthau: *„Es ist mir egal, was mit der Bevölkerung geschieht"* (H. Schild 2003, S. 122) und:*,, Warum, zum Teufel, sollte ich mir Sorgen machen, was mit ihrer Bevölkerung geschieht?** (S. 126).

Am Schluß des von Roosevelt und Churchill abgezeichneten Morgenthauplanes steht: *„Dieses Programm für die Beseitigung der kriegerischen Industrien an der Ruhr und an der Saar hat das Ziel, aus Deutschland ein Land von im wesentlichen landwirtschaftlichem und Weidecharakter zu machen"* (H. Schild 2003, S. 218).

In Jalta auf der Krim trafen sich Roosevelt, Churchill und Stalin vom 4. - 11.2.1945. Dort wurden weitgehende Beschlüsse über Deutschland gefaßt. Deutschland soll nach dem Siege in 4 Besatzungszonen, eine auch für Frankreich, aufgeteilt werden mit dem Kontrollrat aus den 4 Mächten. Eine Reparationskommission wird errichtet. Die Reparationen sollen 20 Billionen Dollar betragen. Als Ostgrenze Polens wird die Curzon- Linie festgelegt. Polen erhält für die im Osten abgetrennten Gebiete solche im Westen von Deutschland, so *„ daß die endgültige Festlegung der westlichen Grenze Polens danach bis zur Friedenskonferenz zuwarten soll".* Über die Hauptkriegsverbrecher soll noch beraten werden. Churchill bemerkte, „ *daß seiner Meinung nach keine Notwendigkeit besteht, die Deutschen über unsere zukünftige Politik zu informieren. Wir haben bisher 6 bis 7 Millionen Deutsche umgebracht, und wahrscheinlich werden noch 1 oder 2 Millionen bis zum Kriegsende getötet werden können"* (H. Franzis 2002, S. 127).

Mit der Berliner Erklärung vom 5.6.1945 erfolgte die Errichtung des Kontrollrates. Die Oberbefehlshaber der vier Mächte üben die oberste Gewalt in ihren Besatzungszonen aus und bilden den Kontrollrat, dessen Entscheidungen einstimmig getroffen werden müssen. „ *Deutschland wird innerhalb seiner Grenzen wie sie am 31.12.1937 bestanden, für die Besatzungszwecke in vier Zonen auf geteilt".* Dagegen protestierte das Reichsoberhaupt Dönitz aus der Gefangenschaft in der Mondorfer Erklärung (Anl. A25).

Letztmalig trafen sich von den Siegern vom 17.7. - 2.8.1945 in Potsdam der Nachfolger des inzwischen gestorbenen Roosevelt, Truman, Churchill und Stalin. Es wurde der Rat der Außenminister der USA, Englands, Rußlands, Frankreichs und Chinas eingerichtet. Es wurde beschlossen: die Entmilitarisierung Deutschlands, die Beseitigung der Rüstungsindustrie, die Verhaftung der Kriegsverbrecher und ihre Überantwortung an das zu schaffende Gericht, die Verhaftung und Internierung aller „ *nazistischen Politiker, Parteiführer, einflußreicher Nazianhänger und die Leiter der nazistischen Ämter und Organisationen "* sowie die Entfernung der nazistischen Lehrer aus den Schulen. Es wurde die Ausweisung der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zur Kenntnis genommen. Die Überführung sollte *in „ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen*". Ein Vertrag kam aber nicht zustande. Das Schlußprotokoll hielt die getroffenen Vereinbarungen fest, ohne völkerrechtliche Gültigkeit beanspruchen zu können. Es wurde erklärt, daß Deutschland nicht annektiert werde, sondern es sollte in seinen Grenzen vom 31.12.1937 als Einheit bestehen bleiben. Endgültige Regelungen sollten einem Friedensvertrag Vorbehalten bleiben.

Da die Vertreibungen der Deutschen und ihre Enteignung noch vor Ende des Krieges, den Kriegsbeendigungserklärungen von 1951 im Westen und 1955 im Osten, zustandekamen, sind sie nach der Haager Landkriegsordnung von 1907 verboten, und Enteignungen von Privatbesitz ist rechtsunwirksam, d. h. die Vertriebenen und ihre Erben sind noch heute die rechtmäßigen Eigentümer ihres Besitzes.

Da an diesen Verträgen das Deutsche Reich nicht beteiligt war, sind sie alle als Verträge zu Lasten Dritter ex tunc ungültig. Dann folgten daraus alle ebenso völkerrechtswidrigen

Akte der Besatzungsmächte, die bis zu den Kriegsbeendigungserklärungen nicht verjährende Kriegsverbrechen sind.

Doch schon bald wurde offenbar, daß Rußland keine der Vereinbarungen hielt und alles besetzte Land in Europa als Teil der Weltrevolution ansah. Schon 1945 sprach Churchill vom Eisernen Vorhang durch Europa. Die richtige Erkenntnis kam aber sehr spät mit seinem Ausspruch im Unterhaus am 30.7.1952 „ *Wir haben das falsche Schwein geschlachtet*

21 Die deutschen Kriegsziele im Gegensatz zu denen der Alliierten

Den Kriegszielen der Alliierten gegenüber bestanden vom Deutschen Reich aus keine auch nur annähernd vergleichbaren Absichten.

Nach dem Sieg über Polen bestand die Absicht der Wiederherstellung eines polnischen Staates. In seiner Reichstagsrede führte Hitler am 6.10.1939 aus: *„Die Ziele und Aufgaben, die sich aus dem Zerfall des polnischen Staates ergeben, sind dabei, soweit es sich um die deutsche Interessensphäre handelt, etwa folgende: Die Herstellung einer Reichsgrenze, die den historischen, ethnographischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten gerecht wird..., die Neuordnung, der Neuaufbau des wirtschaftlichen Lebens, des Verkehrs und damit auch der kulturellen und zivilisatorischen Entwicklung. Als wichtigste Aufgabe aber: eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse, das heißt, eine Umsiedlung der Nationalitäten, so, daß sich am Abschluß der Entwicklung bessere Trennungslinien ergeben, als es heute der Fall ist... Denn der ganze Osten und Südosten Europas ist zum Teil mit nicht haltbaren Splittern des deutschen Volkstums erfüllt. Gerade in ihnen liegt ein Grund und eine Ursache fortgesetzter zwischenstaatlicher Störungen... Es gehört zu den Aufgaben einer weitschauenden Ordnung des europäischen Lebens, hier Umsiedlungen vorzunehmen, um auf diese Weise wenigstens einen Teil der europäischen Konfliktstoffe zu beseitigen... Die deutsche Reichsregie-*

rung wird es niemals zugeben, daß der entstehende polnische Reststaat irgendein störendes Element für das Reich selbst oder gar eine Quelle von Störungen zwischen dem Deutschen Reich und Sowjetrußland werden könnte" (M. Domarus 1988, S. 1383).

Die Friedensregelungen mit den einzelnen besiegten Staaten unterblieben zugunsten einer gesamteuropäischen am Ende des Krieges. Doch wurden dazu von verschiedenen Seiten Planungen erstellt.

Auf die Vorwürfe der Kriegspropaganda der Alliierten des deutschen Strebens nach Weltherrschaft, des slawenfeindlichen Rassismus wird an entsprechender Stelle eingegangen. Dagegen wenden sich besonders Goebbels und Himmler (Anhang A18).

„Mit einer großen Denkschrift im Winter 1941/42 habe ich versucht, Hitler für eine europäische Konferenz zu gewinnen, in der die Selbständigkeit und Integrität der europäischen Staaten festgelegt und garantiert werden sollte. Im endgültigen Abschluß eines Friedens mit Frankreich, Belgien, Holland, Norwegen, den Balkanstaaten und einem wiederhergestellten Polen sah ich erste Voraussetzungen für eine später vielleicht doch noch mögliche Verständigung mit England" (J. v. Ribbentrop 1953, S. 257).

Den deutschen Soldaten wurden in der Schrift des OKW *Wofür kämpfen wir*? vom Januar 1944 als Friedensziele vorgestellt: *„Das Leben auf der Erde drängt zu großräumiger Einigung. Dies aber ist von Anbeginn deutsche Reichskunst gewesen. Völker zu einigen, ohne sie zu vernichten, Völkerschaften so zu sammeln und zu führen, daß ihre Eigenkraft nicht untergeht, sondern sich im Dienst des Ganzen erhebt. Dies Ganze ist Europa... Deutsche Führung ist etwas anderes als englischer, französischer oder russischer Imperialismus. Die europäische Neuordnung soll nach dem Baugesetz des alten völkischen Reiches erfolgen, nach dem Grundsatz: leben und leben lassen... Was erstehen wird, ist eine echte Gemeinschaftsordnung der Völker, innerhalb der jedes Volk nach Leistung und Einsatz für das Ganze und auf Grund der Besonderheit und Eigenart des einzelnen Volkes deinen Platz und seinen Rang einnimmt*" (S. 117 f.).

Nach außen wurden diese Absichten vertreten durch Reichsminister Goebbels in einem Interview mit der dänischen Zeitung Berlinske Tidende am 13.3.1943: *„Die europäische Neuordnung wird im wesentlichen auf freiwillige Handeln beruhen und nicht auf Diktatur. Deutschland wünscht, das individuelle Gepräge der europäischen Nationen aufrechtzuerhalten... Der Nationalsozialismus ist keine Exportware. Jeder Staat kann seine eigene Verfassung aufrechterhalten. "* (H. W. Neulen, S. 105).

Diese Gedanken wurden in den Leitsätzen des Europa-Ausschusses des Auswärtigen Amtes am 9.9.1943 niedergelegt mit:

3. Deutschland strebt die Einigung Europas auf föderativer Grundlage an: freiwilliger Zusammenschluß aller europäischen Völker, die sich historisch bewährt haben, zu einer Gemeinschaft souveräner Staaten.

4. Die Gliedstaaten des europäischen Bundes behalten ihre Selbständigkeit und Freiheit, Einmischung in die inneren Verhältnisse der Staaten ist nicht beabsichtigt.

9. Es wird gemeinsames Anliegen der europäischen Völker sein, Europa gegen äußere Angriffe zu sichern und zu verteidigen.

10. Die Europäische Zusammenarbeit wird die Aufgabe haben, raumfremde Einflüsse abzuwehren.

14. ...Bestehende Zollschranken und andere Schranken sollen fortschreitend beseitigt werden, wobei auf die Schonung und Sicherung der lebensnotwendigen Wirtschaftszweige, insbesondere der kleineren Wirtschaftsgebiete Rücksicht genommen wird (H. W. Neulen, S. 125 f.).

Im Schlußprotokoll der Tagung der europäischen Sozialwissenschaftler und Sozialpolitiker vom 14.-19.3.1944 in Bad Salzbrunn wurde im von Reichsminister Dr. Lammers Unterzeichneten Schlußprotokoll festgelegt: „... *Der Liberalismus hatte zwar dem wirtschafltichen Fortschritt Bahn geebnet, zugleich aber der sozialen Zerrüttung der Völker Vorschub geleistet... Der soziale Friede kann daher selbst durch großzügigste materielle Verbesserungen allein nicht erzwungen werden, so-*

lange sich nicht alle Schichten des Volkes zu einer geistigen und seelischen Gemeinschaft bekennen... Der Dreiklang von Ge-Gemeinschaft, Persönlichkeit und Leistung als Grundakkord der den europäischen Völkern ersehnten Sozialordnung setzt eine Reihe von Ordnungsprinzipien voraus...:

1. Ausgangspunkt jeder sozialistischen Ordnung ist die Volksgemeinschaft.

8. Jeder persönliche Aufstieg wäre nutzlos, wenn nicht die Familie als Keimzelle des Volkes eine besondere Förderung erführe.

9. Jede Persönlichkeit soll ihr Schicksal aus eigener Verantwortung gestalten. Der Volksgemeinschaft aber obliegt die Sorge, daß keines ihrer Glieder unverschuldet in Not gerät.

16. Die Volksgemeinschaft schließt jede Art von Standes- und Gruppenegoismen aus. Sie überwindet damit auch alle Ansätze zur Ausbeutung und Proletarisierung der Menschen" (H. W. Neulen, S. 150 f.).

Diese politische Friedensordnung unterscheidet sich grundlegend von der z. Z. in Europa herrschenden Ordnung ohne Friedensverträge mit den Besiegten von 1945, für die immer noch die Feindstaatenklauseln der UNO gelten, in der mit Maastricht eine Diktatur errichtet wurde, welche die nationalen Parlamente und Regierungen weitgehend ausschaltet, in der es nicht mehr möglich ist, gegen die in Kap. 5 und 17 genannten Zersetzungserscheinungen und ihre Verursacher vorzugehen, in der die Völker durch Fremdeinwanderung und erzwungenen Genozid zugrunde gehen.

22. Das Tribunal der Sieger von Nürnberg und Verbrechen der Siegermächte

Der vorher unbekannte und von L. Oppenheim (Prof. in Cambridge) 1906 in die völkerrechtliche Literatur eingeführte Begriff „Kriegsverbrechen" wurde im Ersten Weltkrieg von Northcliffe in der alliierten Propaganda aufgegriffen. Im Ver-

sailler Diktat war neben der Alleinschuld am Krieg nach Art. 231 auch die Forderung enthalten, und zwar in Art. 227 - 230, daß zu Kriegsverbrechern erklärte Offiziere und Mannschaften mit Kaiser Wilhelm II. an der Spitze auszuliefern und zu bestrafen seien. Die deutsche Revolutionsregierung (!) und die holländische Regierung verweigerten Auslieferungen. Nach dem Zweiten Weltkrieg fanden Kriegsverbrecherprozesse einseitig gegen Angehörige des Deutschen Reiches statt, die sich noch heute, 60 Jahre nach Kriegsende, in der Bundesrepublik fortsetzen. Gericht über Kriegsverbrechen der Alliierten wurde nicht gehalten.

Im Zweiten Weltkrieg kam der Begriff der „Kollektivschuld" hinzu, die dem deutschen Volk zugewiesen wurde. Beides, die Allein- und die Kollektivschuld, wurde von der Evangelischen Kirche als Stuttgarter Schuldbekenntnis „vor Gottes Angesicht" am 1.9.1945 übernommen.

„ *Der Kongreß* (der Jüdische Weltkongreß) *schuf damals ein Institut für jüdische Fragen, um auch auf diese Weise durch entsprechende Vorarbeiten dafür Sorge zu tragen, daß die Nazi-Verbrecher nicht ungestraft davonkamen und ein Maximum an Wiedergutmachung seitens des besiegten Deutschlands sichergestellt wurde* (bis jetzt wurden von der Bundesrepublik weit über 100 Milliarden DM allein an Israel gezahlt, d. Verf.). *In diesem Kreis tauchte zuerst der Gedanke an eine Bestrafung der nationalsozialistischen Kriegsverbrecher auf, der dann später von großen amerikanischen Juristen, vor allem vom Mitglied des Obersten Gerichtshofes, Robert H. Jackson, aufgegriffen und in den Nürnberger Prozessen verwirklicht wurde. Die Idee, Politiker und Militärs für Verbrechen gegen die Menschlichkeit gerichtlich zu belangen und zu verurteilen, war etwas völlig Neues im Gesichtskreis der internationalen Justiz. Viele Juristen, befangen in den Begriffen der alltäglichen Jurisprudenz, hatten ihre Zweifel oder waren gar ausgesprochen dagegen. Die Prinzipien, daß man für ein Vergehen nicht bestraft werden kann, das zur Zeit der Tat nicht gesetzlich verboten ist, und daß man Untergebene nicht für die Ausführung der Befehle ihrer Vorgesetzten zur Verantwortung ziehen kann, schienen auch dagegenzusprechen. Aber diese Argumente verloren an Ge-*

wicht angesichts der Notwendigkeit, die ungeheuerlichen Verbrechen des Nazi-Regimes gegen Juden und Nichtjuden zu sühnen und für die Zukunft ein Exempel zu statuieren, daß die Souveränität eines Staates nicht als Entschuldigung für Verstöße gegen die elementarsten Grundsätze der Menschlichkeit und der Gehorsam einem Vorgesetzten gegenüber nicht als Deckmantel für regelrechte Massenverbrechen gelten dürfe. Von diesem Gesichtspunkt aus bedeuten die Nürnberger Prozesse eine der größten Taten der Geschichte der internationalen Gerechtigkeit und Moral und haben sich nicht nur in der Bestrafung der führenden Nazi- Verbrecher bewährt, sondern werden sich auch in Zukunft zur Warnung und Abschreckung als sinnvoll erweisen. Der jüdische Weltkongreß unter der Leitung der beiden Brüder Robinson hat große Energien auf die gedankliche und moralische Vorbereitung dieser Prozesse gewandt, und es gehört zu den Ruhmestaten der Roosevelt-Administration, daß sie unbeirrt diese Prinzipien akzeptiert und gegen manche Zweifel unter den Alliierten, vor allem in England, durchgesetzt hat" (N. Goldmann 1970, S. 272).

Dieses *„Neue Recht"* setzte elementare Rechtsgrundsätze, die in allen zivilisierten Staaten gelten, außer Kraft, wie z. B. *„nulla poena sine lege",* keine Strafe ohne (vorher bestehendes) Gesetz, Taten unter militärischem Befehl oder Zwang sind straffrei, niemand darf in eigener Sache richten, niemand darf für Taten anderer zur Rechenschaft gezogen werden. „ *Wir hatten große Mühe, die Alliierten zu überzeugen... Wir hatten endlich Erfolg, weil es Robinson* (Leiter des Instituts für jüdische Fragen) *gelang, den Richter am Obersten amerikanischen Gerichtshof, Robert Jackson, zu überzeugen"* (N. Goldmann 1978, zit. in: G. Franz-Willing 1991, S. 95). Jackson war Berater von Morgenthau und wandte dieses neue Recht dann als oberster Ankläger und Chef des Internationalen Militätribunals von Nürnberg an.

Die UNO-Vollversammlung im Dezember 1948 lehnte es aber ausdrücklich ab, dieses *„Neue Recht*" als geltendes Völkerrecht anzuerkennen.

Die Bestrafung der deutschen „*Kriegsverbrecher*" war in der Viermächtekonferenz in Moskau am 1.11.1943 und in

der Konferenz von Potsdam am 2.8.1945 vertraglich festgelegt worden. Mit dem Londoner Statut vom 8.8.1945 wurde die Errichtung eines Tribunals gegen die „Hauptkriegsverbrecher“ beschlossen. Im Londoner Statut hieß es in Art. 19: „ *Der Gerichtshof ist an Beweisregeln nicht gebunden* “ und in Art. 21: „ *Der Gerichtshof soll nicht Beweise für allgemein bekannte Tatsachen fordern, sondern von Amts wegen zur Kenntnis nehmen.* “ Nicht nur damit wurde international anerkanntes Recht verlassen und die Grundlage für nachfolgende politische Schauprozesse gelegt. Als *„allgemein bekannte Tatsachen*“ galten insbesondere die Alleinschuld Deutschlands am Ersten und am Zweiten Weltkrieg. Aus der Sicht unvoreingenommener historischer Forschung handelt es sich, wo derartige Tatsachen nicht der Wahrheit entsprechen, nicht um Justizirrtümer, sondern um einseitige Rachejustiz der Alliierten vor den Kriegsbeendigungserklärungen der westlichen Sieger von 1951 und der UdSSR von 1955, also um Kriegsverbrechen, die nach der UNO-Konvention vom 27.11.1968 nicht verjähren. Das Tribunal (IMT) war nicht international, die Sieger waren unter sich und waren alles in einem: die Vertreter von Regierungen und Staaten, die zum Krieg getrieben hatten, sodann die Schöpfer der Gerichtsverfassung, die Schöpfer rückwirkender Strafbestimmungen, die Ankläger, Richter und Henker. Die Urteile sind bereits hinsichtlich ihrer Rechtsgrundlage nicht mit dem Völkerrecht vereinbar. Sie sind deshalb nichtig. Mit dem Überleitungsvertrag vom 26.5.1952 und 23.10.1954 (siehe Anhang A30), dessen Fortbestand nach dem 3.10.1990 am 27.9.1990 unterschrieben wurde, ist aber die Rechtsgültigkeit aller Setzungen des IMT und seiner Folgerechtsprechung von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, in vollem Umfang anerkannt worden.

Der Hauptzweck des Militärtribunals geht eindeutig aus der Erklärung des Hauptanklägers Jackson vom 26.7.1946 hervor: *„Als Militärgerichtshof stellt dieser Gerichtshof eine Fortsetzung der Kriegsanstrengungen der Alliierten Nationen dar“* (IMT Bd. 19, S. 440).

Das Hauptanliegen dieser Prozesse war, die deutsche Kriegsschuld zu *„beweisen“,* die *„Schuldigen“* zu bestrafen,

nach Vernichtung des Deutschen Reiches die Voraussetzungen zu schaffen für die Zerstörung der geistigen Identität des deutschen Volkes und mittels der Betonung und Erfindung deutscher Kriegsverbrechen von den eigenen Verbrechen, wie dem Luftkriegsmord an mehr als einer Million Deutscher, der Vertreibung von 18 Millionen Deutschen - von denen dabei etwa drei Millionen den Tod fanden -, dem Hungermord an deutschen Kriegsgefangenen und an der deutschen Zivilbevölkerung (über 6 Millionen) u. a. m. abzulenken (Anhang A 16).

Zu Beginn des Nürnberger Prozesses stellte die deutsche Gesamtverteidigung in einer Erklärung vom 19.11.1945 fest: *„Der jetzige Prozeß kann sich... nicht auf geltendes Völkerrecht stützen, sondern ist ein Verfahren aufgrund eines neuen Strafgesetzes..., das erst nach der Tat geschaffen wurde... Bestraft werden darf nur, wer gegen ein zur Zeit der Tat bereits bestehendes Gesetz verstoßen hat... Die Verteidiger aller anwesenden Angeklagten würden ihre Pflicht verletzen, wenn sie das Verlassen des geltenden Völkerrechts... schweigend hinnähmen... Die Verteidigung ist weiter der Ansicht, daß auch andere Normen strafrechtlichen Inhalts in dem Statut den Rechtsgrundsatz „ nulla poena sine lege " gegen sich haben... Die Richter sind nur von Staaten bestellt, die in diesem Kriege die eine Partei gewesen sind. Diese eine Streitpartei ist alles in einem: Schöpfer der Gerichtsverfassung und der Strafrechtsnormen, Ankläger und Richter..."* (P. Dehoust 1984, S. 265) und der Henker.

Der Verteidiger Dr. A. Seidl in seinem Plädoyer vor dem Amerikanischen Militärgerichtshof IV in Fall 11, im November 1948: *„Mit diesen Prozessen sollte dem deutschen Volk das Rückgrat gebrochen werden... Das Verfahren vor dem IMT war in erster Linie dazu bestimmt, die allgemeine Kriegsschuld Deutschlands durch ein gerichtliches Urteil festzustellen"* (B. v. Richthofen 1987, S. 141).

Der Richter am IMT Nürnberg, Wennerstorm, urteilte: *»Die Mitglieder der Gruppe der öffentlichen Ankläger... waren nur von ihrem persönlichen Vorteil und ihren Rachegelüsten geleitet. Die Anklage tat ihr Äußerstes, um es in jeder Weise der Verteidigung unmöglich zu machen, ihren Fall vor-*

zubereiten und Beweise herbeizuschaffen... 90% des Perso- | *nals des Nürnberger Gerichtshofes bestand aus voreinge-* | *nommenen Leuten, die entweder aus politischen oder rassistischen Gründen die Sache der Anklage unterstützten... Alle Verwaltungsposten* (waren)... *mit „Amerikanern" besetzt, deren Einwanderungsbescheinigungen tatsächlich sehr neu waren... Hätte ich 7 Monate früher gewußt, was in Nürnberg passierte, dann wäre ich niemals dorthin gegangen*" (E. Kern 1988, S. 401). Zu diesen amerikanischen Neubürgern gehörte auch der Ankläger R. Kempner, der bis 1933 im preußischen Innenministerium Leiter des Referats für rechtsradikale Umtriebe gewesen war und sich im Rahmen des Prozesses an Dokumentenfälschungen beteiligte (R. Bohlinger/J. P. Ney 1995). Der Richter am Obersten Gerichtshof der USA, Harlan Fisk Stone: *„Ich möchte auch nicht den Hauch des Eindrucks erwecken, daß der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten das Geringste mit den Nürnberger Verfahren zu tun habe. Was dort geschah, ist ein scheinheiliger Schwindel (sanctimonious fraud). US-Prosecutor Jackson hat dort einen Lynchmob dirigiert*" (Hackert 1995). Die dort vorgenommenen Fälschungen sind bisher nur fallweise ans Licht gekommen und sind noch nicht systematisch untersucht, ebenso auch Fälschungen in erbeuteten Aktenbeständen einschließlich der Einsatzgruppenberichte.

Der Chefankläger der berüchtigten sowjetischen Schauprozesse von 1936, A. Wyschinski, toastete bei einem Besuch des IMT Nürnberg: *„Lassen Sie uns auf die Angeklagten trinken. Möge ihr Weg direkt vom Gericht ins Grab führen"* (D. Irving 1996, S. 252).

Die Behandlung von Angeklagten näherte sich Methoden, wie sie in der Praxis der GPU während der schlimmsten Zeiten stalinistischen Terrors mit Folterungen bis zum dritten Grade in Gebrauch waren, einschließlich des psychischen Terrors, wo dann jede verlangte Selbstanklage unterschrieben wurde. Beispiele dazu in: D. Irving 1996. Den Angeklagten wurde der nach Kriegsende von US-Soldaten in deutschen Uniformen gespielte KZ-Film „Todesmühlen" vorgeführt mit Leichenbergen, deren Aufnahmen aus dem Dokumentarfilm der Reichsregierung über die Terrorangrif-

fe am 12./13.2.1945 auf Dresden herausgeschnitten worden waren (G. Franz-Willing 1991, S. 63).

Die Verteidigung wurde in jeder Weise behindert. Verteidiger, die gegen Rechtsbrüche des IMT protestierten, wurden verhaftet. Verlangte Dokumente wurden nicht vorgelegt oder verschwanden. Die vorgelegten Dokumente hatten Doku- mentensammelstellen durchlaufen, in denen Dokumentenfälschungen großen Ausmaßes wahrscheinlich waren. Die dort vorgenommenen Fälschungen sind bisher nur fallweise ans Licht gekommen und sind noch nicht systematisch untersucht, ebenso auch Fälschungen in erbeuteten Aktenbeständen einschließlich der Einsatzgruppenberichte. In den von der Anklage vorgelegten Dokumenten, nicht nur den sog. *„Schlüsseldokumenten“* (siehe im folgenden), waren Fälschungen enthalten (B. v. Richthofen 1987, S. 29). Das erfüllt den Vorwurf des Betruges für die Prozessveranstalter. Am 26.3.1946 beschloß das Gericht, daß *„der Beweis über die Ungerechtigkeit des Versailler Vertrages oder ob er unter Zwang abgeschlossen wurde, nicht zulässig ist*“ (P. Dehoust 1984, S. 281). Die deutschen Weißbücher, in denen in Paris, Prag und Warschau gefundene Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges dokumentiert sind, wurden vom Gericht als Beweismittel abgelehnt. Das Gericht ließ die Behandlung von Kriegsursachen und von Verbrechen der eigenen Seite, die den angeblichen Verbrechen der deutschen Seite entsprachen, nicht zu. Um Beweisanträge der Verteidigung abschlägig bescheiden zu können, führte das Gericht den Begriff der *„Offenkundigkeit“* ein. Der Begriff besagt, daß offenkundige Fakten nicht bewiesen zu werden brauchen und nicht bezweifelt werden dürfen. Später wurde dieser Begriff aus der Rechtspraxis der Sieger in jene der BRD übernommen, er beherrscht nach dem 3.10.1990, an dem einseitige Verfügungen der Sieger eigentlich hätten obsolet werden müssen, weiterhin die Rechtsprechung in der Bundesrepublik, *„dem freiesten Rechtsstaat, den es je in Deutschland gab“,* bis zum BVerfG. Nach Wiederherstellung der Souveränität und Rechtsstaatlichkeit des deutschen Staates muß daraus die Wiederaufnahme einschlägiger Verfahren und die Rehabilitation zu Unrecht Verurteilter folgen.

Zeugen der Verteidigung wurden bis hin zu Erpressung Drohung mit Verhaftung und Auslieferung an die Sowjets unter Druck gesetzt. Offensichtlich unglaubwürdige Aussagen und Meineide von Zeugen der Anklage wurden nicht nachgeprüft: „ Von Belastungszeugen wurden Meineide geleistet, daß sich die Balken bogen“ (Verteidiger Engelhardt in: P. Dehoust 1984). Ganz nach diesem Modell fanden noch in der Bundesrepublik Prozesse gegen „Naziverbrecher“ statt. Beeidete Zeugenaussagen der Anklage, deren Fälsch- lichkeit bereits mit gesundem Menschenverstand erkennbar war, wurden nicht nachgeprüft, widersprüchliche Zeugenaussagen wurden nicht geprüft, bei Zeugen aus dem Ostblock wurden die Aussagen vom sowjetischen Geheimdienst vorher eingeübt und im Prozeß selbst überwacht, Zeugenaussagen zweiter und dritter Hand wurden vom IMT angenommen, aber von der Verteidigung benannte Zeugen und Sachbeweisanträge wurden nicht zugelassen.

Als Beispiel sei hier die Behandlung von Generalfeldmarschall Milch angeführt. Nachdem er bei seiner Gefangennahme am 4.5.1945 von Engländern mit Stöcken und Flaschen geschlagen worden war und mit Erschießen bedroht worden war, setzte ihn im November 1945 ein englischer Vernehmer unter Druck und verlangte die Änderung seiner Aussage in den Verfahren gegen Göring, Speer und anderen, im Weigerungsfälle müsse er mit einem Verfahren gegen sich rechnen, der Vernehmer: „Das ist eine Kleinigkeit. Wenn wir wollen, können wir gegen jeden Deutschen einen solchen Prozeß auf die Beine bringen, ganz egal, ob er ein Verbrechen begangen hat oder nicht“. Milch wurde zu lebenslänglicher Haft verurteilt mit einem meineidigen, bereits als Verbrecher gesuchten Kronzeugen (B. v. Richthofen 1997, S. 63/64).

Im Londoner Statut vom 8.8.1945 wurden als strafwürdig aufgeführt:

1. Verbrechen gegen den Frieden: Planung, Vorbereitung, Einleitung und Durchführung von Angriffskriegen oder von Kriegen unter Verletzung internationaler Verträge. Eine Definition von Angriffskriegen wurde jedoch damals nicht gegeben und konnte auch bis heute nicht gegeben werden. In den Urteilen wurde der Bruch des Kel-

logg-Paktes von 1928 aufgeführt, der jedoch keine Strafbestimmungen enthielt. Tatsächlich wurde der Kellogg- Pakt 1939 durch Frankreich und England mit ihren Kriegserklärungen gebrochen, denn sie verhinderten die im Pakt geforderten friedlichen Lösungen.

1. Kriegsverbrecher!, Verletzungen der Kriegsgesetze oder Kriegsbräuche. Weltgeschichtlich maximale (singuläre, das Wort wurde im sog. Historikerstreit verwendet für deutsche „Verbrechen“, (siehe R. Kosiek 1987) Kriegsverbrechen wurden von den Alliierten noch zwischen Ende des Krieges und den Kriegsbeendigungserklärungen 1951 der Westmächte und 1955 der UdSSR begangen. Die in dieser Zeit entstandenen deutschen Verluste werden heute mit 12,5 Millionen angegeben (siehe Anhang A25a), einschließlich der von Bacque (J. Bacque 1989) ermittelten, unter dem Befehl von Eisenhower umgekommenen ca. 800.000 deutschen Kriegsgefangenen, denen auf Grund des Morgenthauplanes mit dem Befehl ICS 1067 vom Mai 1945 der kriegsvölkerrechtliche Status von *„prisoners of war“* aberkannt worden war und die als *„desarmed enemy forces“* in amerikanischen Lagern starben. Kriegsverbrechen verjähren nicht (4. Genfer Konvention, 1949, Art.8). Das Gericht über Verbrechen der Alliierten steht noch aus.
3. Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Viele Handlungen der Alliierten fallen auch hierunter, erinnert sei nur an die Folgen des Abwurfs der beiden Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki sowie die Verwendung von Urankernmunition und die Folterungen. Auch diese Verbrechen verjähren nicht.
4. Da in den erbeuteten deutschen Archiven keinerlei Hinweise auf deutsche Kriegsabsichten gefunden werden konnten, wurde *die „ Verschwörung gegen den Frieden “* erfunden. In den Urteilsbegründungen wurden zu ihrem Beweis folgende in kleinsten Kreisen gehaltene und nicht amtlich protokollierte Ansprachen Hitlers genannt: am 5.11.1937 vor den Oberbefehlshabern der Wehrmacht, am 10.11.1938 vor deutschen Pressevertretern, am 23.5.1939 vor höheren Offizieren, am 22.8. und 23.11.1939 vor den Oberbefehlshabern.

Als Beweis wurden dazu die sog. Schlüsseldokumente vorgelegt, die alle keine von den Teilnehmern unterschriebenen Protokolle, sondern posthume Niederschriften sind und schon deshalb nicht authentisch sein können. *„Bei allen Schlüsseldokumenten des IMT über Hitlers interne Ansprachen sind Herkunft, Echtheit, Inhalt, Datum derart umstritten, daß jeder objektive Gutachter diese „ Dokumente“ von vorne herein - sofort nach „ Auffinden “ im Jahre 1945 - als Fälschung oder Verfälschung hätte zurückweisen müssen"* (U. Walendy 1965, S. 113; B. v. Richthofen 1975, S. 201). Vorgelegt wurden Kopien von Vergrößerungen aus Mikrofilmen von Abschriften der Originale. Bei den vom IMT vorgelegten Beweisstücken fehlten alle oder viele zum urkundlichen Nachweis erforderlichen Daten, zudem sind diese vorgelegten *„Dokumente“* und die Originale heute *„verschollen“.*

Vom Hoßbach-Protokoll (auch einer posthumen Niederschrift) der Ansprache Hitlers am 5.11.1937 urteilte der Historiker: *„Die Hoßbach-Niederschrift liegt weder im Original noch in Abschrift vor. Der von der Abschrift gefertigte Mikrofilm ist nicht auffindbar. Vorhanden ist lediglich eine Fotokopie des Mikrofilms. Von dieser „ Urkunde“ sind verschiedene Fassungen veröffentlicht, die mitunter nicht unwesentlich voneinander abweichen. Das im Nürnberger Prozeß vorgelegte Dokument 386-PS ist gefälscht“* (D. Kluge 1980, S. 113).

Zum Inhalt des Hoßbach-Protokolls, das angeblich Hitlers Kriegsabsichten erstmalig (Haffner) offenbart, sagte vor dem IMT Nürnberg Großadmiral Raeder aus: „... *Diese drei Tatsachen scheinen dafür zu sprechen, und zwar mit Sicherheit dafür, daß Hitler eine kriegerische Lösung dieser Fragen Österreich und CSSR - es handelte sich damals nur um das Sudetenland - unter gar keinen Umständen erstreben würde, sondern daß er die friedliche Lösung erstreben würde...* “ Die Besprechung vom 23.5.1939 wurde von Oberstleutnant Schmundt nachträglich am 11./12.11.1939 aufgezeichnet (M. Klüver 1984, S. 141). Der Schmundtbericht ist in IMT Bd. 37, Dok. 079-L abgedruckt und auch in ADAP Bd. D VI, Nr. 433 (W. Post 2003, Anm. 574). Damit ist offensichtlich, daß der gefälschte Schmundtbericht vor der Rückgabe deutscher Akten in diese hineingefälscht worden war. Die

Wiedergabe der Ansprache vom 22.8.1939 in der englischen Ausgabe der Akten des Auswärtigen Amtes enthielt u. a. die hineingefälschten Sätze: *„Die Rede wurde mit Begeisterung aufgenommen. Göring stieg auf den Tisch. Blutrünstiger Dank und blutrünstiges Versprechen. Er tanzte wie ein Wilder herum. Die wenigen Nachdenklichen schwiegen. "* Sie stammten aus einem Bericht des britischen Geschäftsträgers in Berlin an das Foreign Office vom 25.8.1939 (M. Klüver 1984, S. 386).

Nächst den oben angeführten Schlüsseldokumenten spielte ein ähnliches *„Dokument"* eine wichtige Rolle, das Dokument L-221, IMT Bd. 38, S. 86-94 zu einer angeblichen Besprechung in Gegenwart von Göring, Keitel, Dr. Lammers und Rosenberg, die am 16.7.1941 im Führerhauptquartier stattgefunden haben soll. Wenn von Domarus in Bd. 3, S. 1718 für den 15.7. und 17.7. demgegenüber viel unwichtigere Ereignisse aufgezeichnet wurden, für den 16.7. aber nichts, so ist zu vermuten, daß diese Besprechung überhaupt nicht stattfand. Dort soll Hitler vor den Teilnehmern in einer nicht protokollierten Rede gefordert haben, das „*Baltenland*", die *„Wolgakolonie"*, die Krim und das Gebiet um Baku sollen Reichsgebiet werden, Gebiete, die damals überhaupt noch nicht erobert worden waren. Dem Dokument (Historische Tatsachen 82, S. 25), das nur im IMT abgedruckt wurde, fehlen zum Nachweis als Dokument alle notwendigen Daten wie Briefkopf, Verteiler, Unterschrift u. a. m. In den Zeugenvernehmungen gibt es Widersprüche, so daß zu vermuten ist, auch diese sind vom IMT gefälscht.

Wie weit die Dokumentenfälschungen an deutschen Aktenbeständen reichten, wo sie vorgenommen wurden (die Orte), von wem sie veranlaßt wurden, ist noch nicht in Ansätzen untersucht worden. Die Dokumentensammelstellen waren Fälschungszentralen. Dazu schrieb J. G. Burg (in Bohlinger- Ney 1994); "*Das jüdische DP-Lager Föhrenwald-Wolfrats- hausen, 20 km von München entfernt gelegen, beherbergte die größten Dokumentenfälscher- und Fotomontage-Ateliers im besetzten Deutschland. Gegründet 1945 und aufgelöst 1948, ging ein Teil an die CIA in Deutschland, ein Teil wurde nach Washington geschickt und der größte Teil ging nach Tel Aviv.*

In Tel Aviv wurde die Kunst der Dokumentenherstellung noch eifriger und perfektionierter betrieben". In der UdSSR wurden Fälschungen für das IMT hergestellt in der *„Außerordentlichen Kommission zur Feststellung und Untersuchung der Schandtaten der faschistischen deutschen Eindringlinge und ihrer Helfershelfer",* die dem NKWD nahestand und die Massenmorde von Katyn den Deutschen zuschob. Die in den Schauprozessen 1943 zum Tode verurteilten deutschen Soldaten wurden inzwischen russischerseits rehabilitiert. Von den am meisten mit Verbrechen von den Siegern belasteten deutschen Einheiten, den Einsatzgruppen, sollen hier zwei Beispiele angeführt werden aus: Paget, 1952: *„In einem Fall konnten wir die Zahlen nachprüfen. Der SD behauptete, im November in Sinferopol 10.000 Juden getötet zu haben und meldete die Stadt im Dezember 1942 judenfrei. Durch eine Reihe von Gegenproben konnten wir beweisen..., daß die jüdische Gemeinde Sinferopol in aller Öffentlichkeit weiterbestanden hatte... und sich keiner besonderen Gefahr bewußt war"* (Anlage A27).

In der Ereignismeldung des Reichssicherheitshauptamtes UdSSR Nr. 106 vom 7.10.1941 heißt es: *„Nach der Einnahme von Kiew... hat das Sonderkommando 4a am 29. und 30.9. 33.771 Juden exekutiert..."* und in der Schlucht Babi Jar bei Kiew verschüttet. Nach den Sprengungen in der Altstadt von Kiew aus den Katakomben darunter am 24.9. und dem anschließenden Flächenbrand waren ausländische Korrespondenten nach Kiew eingeladen worden, die nichts von einer solchen Aktion berichteten. Diese Ereignismeldung ist gefälscht. Die Einsatzgruppe C wie ihr Sonderkommando 4A waren den Befehlen des AOK 6 unter Generalfeldmarschall von Reichenau unterstellt (U. Walendy, 1992), das derartige Befehle nicht erteilte. Die Fälschungen in den Ereignismeldungen im RSHA zu Lasten der Einsatzgruppen - hier als Spitze eines Eisberges ans Licht gekommen - sind noch nicht systematisch untersucht, wie auch die Benutzung gefälschter Dokumente in den Kriegsverbrecherprozessen noch nicht systematisch untersucht wurde. Die Kopie des Befehls des GFM von Reichenau vom 10.10.1941 ist gefälscht (Schmick 2002, S. 186). Das Original ist nicht auffindbar. Er wird immer noch benutzt, um die Verstrickung der Wehrmacht mit

nationalsozialistischen Verbrechen“ zu beweisen. Weitere dort als Belastungszeugnisse benutzte Dokumente sind in K. Schmick (2002) als Fälschungen erkannt (S. 162, 163, 183, 184, 200, 201, 202, 209).

Gefälschte Dokumente wurden von den Historikern des Münchener Instituts für Zeitgeschichte und von vielen weiteren Historikern verwendet. Die weiteren Auswirkungen sind überhaupt nicht abzuschätzen. Die gesamte Umerziehung beruht darauf, die Meinungen aller Politiker, aller Medien und aller einschlägigen Schulbücher.

In Kriegsverbrecherprozessen (Fall 9, Rep. 501, 20, E6, S. 30, Staatsarchiv Nürnberg) kam heraus, daß an den Tagen nach der Einnahme von Kiew nur ein Vorkommando von 18 Mann in Kiew war und der Befehlshaber sich im Lazarett befand, die Gruppe also nicht einsatzfähig war. Durch Luftbildauswertungen konnte festgestellt werden, daß im gesamten Kriege die Schlucht von Babi Jar von keiner Erdbewegung betroffen worden war (J. Ball in: E. Gauss, 1994, S. 239).

Der Fall Babi Jar spielt aber in der deutschen Öffentlichkeit eine große Rolle, mit Pilgerfahrten deutscher Politiker zum Denkmal in Kiew.

Zum Todesurteil für v. Ribbentrop wurden sieben Zeilen seines Abschlußberichtes vom 2.1.1938 über seine Tätigkeit als Botschafter in London benutzt. (A. v. Ribbentrop 1967, S. 103).

In der Urteilsverkündung am 1.10.1946 sagte der Lord- Richter Lawrence: „ *Der Krieg gegen Polen kam nicht plötzlich aus heiterem Himmel; das Beweismaterial hat klar ergeben, daß dieser Angriffskrieg wie auch die Besetzung Österreichs und der Tschechoslowakei wohl überlegt und eingehend vorbereitet war, und er wurde erst begonnen, nachdem der geeignete Zeitpunkt gekommen schien, in dem er als bestimmter Teil eines im voraus festgelegten Planes ausgeführt werden konnte*“ (H. Bernhardt 1988, S. 342). Dieser Wortlaut findet sich in dem Kreis der siegerkonformen Historiker Broszat, Eschenburg, Hillgruber, Hofer u. a. m. ebenso und ist mit den hier angeführten Dokumenten, die damals auch schon zur Verfügung waren, widerlegt.

Der Tag der Hinrichtung, der 16.10.1946, wurde auf einen hohen jüdischen Feiertag gelegt, Hoshanna Rabba, den Tag der Urteilsverkündung des jüngsten Gerichtes durch Jahwe. Für den 19.10. hatte der britische „Freimaurerorden des Inneren Tempels" seine Mitglieder, die dem Gericht als Ankläger und Richter angehörten, zu einem Festessen eingeladen.

Göring entzog sich der Urteilsvollstreckung durch Selbstmord.

Nach dem IMT Nürnberg folgten weitere Prozesse vor französischen und britischen Tribunalen, vor einem solchen fand noch im Jahre 1949 der Prozeß gegen GFM von Manstein statt. Zu noch heute (z. B. die zwei Reemtsma-Ausstellungen) gemachten Vorwürfen, die Wehrmacht sei als ganzes *„eine Verbrecherbande"* gewesen, stellte de Zayas fest: *„...daß die Wehrmachtsgerichtsbarkeit vielleicht den höchsten Stand aller kriegführenden Nationen im 2. Weltkrieg hatte"* (de Zayas 1998, S. 485).

Im Gegensatz zu der Achtung der 11 zum Tode verurteilten Deutschen werden die 7 hingerichteten japanischen *„Hauptkriegsverbrecher"* in den Seelentafeln des Yasukunischreines in Tokio als Märtyrer geehrt, und noch kein japanischer Ministerpräsident hat es versäumt, sie dort zu ehren.

1960 wurde für sie auf dem Gipfel des Berges Mitsune, Präf. Aichi, ein Denkmal errichtet mit folgender Inschrift: *„Diese Märtyrer wurden auf Grund eines Ex-post-fact-Ge- setztes hingerichtet, nachdem die Nation zur Kapitulation gezwungen war, als die Vereinigten Staaten die Atombomben einsetzten und die Sowjetunion den Nichtangriffspakt brach. Laßt unsere Augen weit auf den Pazifik richten und prüfen, wer die Schuld an diesem Krieg trägt*" (P. Nicoll 1999, S. 494).

Ähnlich wurde in den mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 10 veranstalteten Folgeprozessen verfahren.

Wie viele Todesurteile insgesamt vollstreckt wurden, ist unbekannt. Der Militärbefehlshaber der US-Besatzungszo- ne, General Clay, ließ nach seinem Amtsantritt am 26.1.1947 299 Todesurteile vollstrecken. Der britische Henker rühmte sich, 200 Kriegsverbrecher eigenhändig hingerichtet zu haben. *„Wie viele... sind als Opfer der damaligen Verhältnisse*

und durch Meineid von Berufszeugen an den Galgen gekom- rnen?“ (RA Aschenauer in: G. Franz-Willing 1991, S. 143).

Während draußen ein ganzes Volk dem Hunger preisgegeben wurde, sprach man im Nürnberger Justizpalast Todesurteile wegen Vergehens gegen die Menschlichkeit. - Während draußen eine Willkürherrschaft Hunderttausende in die Kerker warf, sprach man Urteile gegen Willkürherrschaft. - Während draußen in den Wäldern die Schüsse der Mörder an wehrlosen Gefangenen knallten, wurden hier deutsche Offiziere wegen Geiselerschießungen gerichtet. - Während draußen deutsches Privateigentum in riesigem Ausmaß geraubt und demontiert wurde, richtete man Deutsche, weil sie in Frankreich Maschinen nicht nur investiert, sondern auch zu Kriegszwecken entnommen hatten. -Während Millionen von deutschen Gefangenen zur Arbeit von Land zu Land verschachert wurden, richtete man das Verbrechen der Zwangsarbeit. - Während in Ostdeutschland und Sudetenland Hunderttausende Deutscher auf offener Straße ermordet wurden, brach man hier den Stab über das deutsche Volk, dem der Mord an Juden sorgfältig verborgen gehalten worden war. - Während draußen die Straßen noch vom Pesthauch verschütteter Opfer des Bombenkrieges durchweht waren, richtete man deutsche Polizeimaßnahmen gegen die Zivilbevölkerung besetzter Gebiete. - Während die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Frankreich, Holland und Belgien sich deutsche Gebiete einverleibten, richtete man das Vergehen des Angriffskrieges. - Während man eigene Soldaten wegen Desertion und Befehlsverweigerung erschoß, richtete man deutsche Soldaten, weil sie gehorcht hatten“ (P. Kleist, zit. in: U. Walendy 1965).

Der ev. Bischof von Berlin und Brandenburg, Dr. Dibeli- us, schrieb in einem Brief, der am 16.5.1946 in Der Bund, Bern, veröffentlicht wurde: „Als Christen weigern wir uns rundum, die Nürnberger Urteile als gerecht anzuerkennen. Diese Urteile sind nichts anderes als eine Vergeltungsmaßnahme, die ein besiegtes Volk gegen seinen Willen über sich ergehen lassen muß, und das Völkerrecht wird... mit Füßen getreten. Ein neues barbarisches Zeitalter hat begonnen. “

Über die Militärjustiz der US-Besatzungsmacht urteilte Monsgn. Morgenschweis, der Anstaltsgeistliche des Zuchthauses Landsberg, in das die Verurteilten nach Nürnberg eingewiesen wurden: „Das Militärgericht in Dachau hatte zum Vorsitzenden einen Offizier, welcher keine juristischen Kenntnisse gehabt hat. Unter den Beisitzern war einer, der ein wenig juristische Kenntnisse gehabt hat. Und alle anderen, die Ankläger, deren es viele gab,... hat man damals 39er genannt, weil sie 1939 ausgewandert sind ... Man hat nach Hörensagen geurteilt, es hat genügt, wenn ein Zeuge gesagt hat, er hat das gehört. “ Doch der US-Hochkommissar General L. Clay entschied auf den Brief des Kardinals Faulhaber mit der Eingabe der deutschen Bischöfe: „ Es ist alles in Ordnung... Die Urteile bestehen zu Recht“ (G. Franz-Willing 1992 b, S. 170 f.). Der Kommandant des Kriegsverbrechergefängnisses Landsberg lud zum Zuschauen bei Hinrichtungen Personen aus bestimmten Kreisen ein (Nation und Europa 46, 1996, H. 2, S. 71).

Den Hinrichtungen am 16.10.1946 in Nürnberg wohnte auf eigenen Wunsch der damalige bayerische Ministerpräsident Hoegner (SPD) bei, der an der Absicht, dabei zu rauchen, gehindert werden mußte.

Für die Führungskräfte des Deutschen Reiches aus Staat, Wehrmacht und NSDAP wurde der automatic ar- rest, die Einlieferung in Konzentrationslager, verhängt. In der US-Besatzungszone betraf das allein 300.000 Deutsche. Zur Verhaftung genügte schon ein Titel mit der Schlußsilbe „-rat“. Verhaftete, die überlebten, berichteten aus diesen KZs, z. B. aus Dachau, von Zuständen, die sich mit bolschewistischen Greueln dieser Art vergleichen ließen und diese z. T. noch übertrafen. In diesen Lagern in den drei westlichen Besatzungszonen starben sehr viele durch Verhungern. Aber die westlichen Besatzungssoldaten, besonders die Amerikaner, vernichteten den nicht konsumierten Anteil ihrer eigenen Verpflegung. Vor US- Militärgerichten wurden 385.000 Verfahren (nicht Entna- zifizierungsverfahren) durchgeführt, einige tausend Todesurteile wurden gefällt, die genaue Zahl ist unbekannt, und 299 wurden vollstreckt (G. Franz-Willing 1991).

Zu den Verbrechen der Sieger gehört auch der Morgenthauplan. (Anhang A20). Er wurde auf der Konferenz von Quebec angenommen (siehe Kap. 20). Kriegsminister Stimson notierte nach der Konferenz von Quebec am 16.9.1944 in sein Tagebuch: *„Das ist vor Rache wild gewordener Semi- tismus."* Etwa zum Zeitpunkt von Roosevelts Tod, am 12.4.1945, wurde der Morgenthauplan teilweise ad acta gelegt. Am 23.6.1945 ergriff Baruch noch einmal zu seiner Unterstützung in der *New York Times* Partei. Aus dem Geist dieses Planes stammte die am 14.5.1945 von Truman erlassene Direktive ICS 1067 an den Oberbefehlshaber Eisenhower, die bis 1947 galt, der ganz in ihrem Sinne zu Marschall Schukow bei ihrem ersten Treffen 1945 vor Torgau sagte: „ *Wenn ich an irgendeinen unter der Folter langsam sterbenden Deutschen denke, sei es Mann, Frau oder Kind, macht mich das froh"* (D. Hoggan 1984, S. 301).

Mit dieser Direktive wurde den deutschen Kriegsgefangenen der völkerrechtliche Status als Kriegsgefangene aberkannt. Sie wurden *zu „disarmed enemy forces"* degradiert, die den völkerrechtlichen Schutz von Kriegsgefangenen nicht mehr besaßen. In der Folge davon starben unter der Verantwortung von Eisenhower in den ersten 8 Monaten nach der Kapitulation auf dem Gebiet der BRD fast 1 Million deutscher Kriegsgefangener. Sie wurden in Lager eingepfercht ohne Zelte, in denen sie sich nicht einmal alle gleichzeitig hinlegen konnten, ohne Wasser und sanitäre Einrichtungen. Das waren reine Vernichtungslager. Das Rote Kreuz, das alles Nötige zur Rettung bereitgestellt hatte, durfte die Lager nicht betreten (J. Bacque 1989). Die Amerikaner führten sich damit brutaler auf als gleichzeitig die Russen.

Durch willkürliches Hineinschießen in die Gefangenen, durch willkürliches Verprügeln von Gefangenen mit schwersten Verletzungen, durch Überrollen von schlafenden Gefangenen mit Planierraupen (J. Bacque 1989) offenbarte sich ein Gangstertum der US-Armee, das aber lange Traditionen hat über 1945, den 1. Golfkrieg, die Kriege gegen Serbien (unter Beteiligung der NATO!), Afghanistan, den Irak und den Gulag von Guantanamo.

Die weitergehenden Absichten der Sieger bis zum 2+4-Vertrag 1990, dem Maastrichtvertrag 1992[18] und den *„Befreiungsfeiern“* 1995 und 2005wurden in der Direktive ICS 1067 vom 23.3.1945 bereits angekündigt: *„Deutschland wird nicht besetzt werden zum Zwecke der Befreiung, sondern als besetzte Feindnation. Der Zweck ist... die Besetzung Deutschlands zum Zwecke der Durchsetzung gewisser alliierter Ziele.“* Mit der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in der UNO-Generalversammlung (217 **III**) vom 10.12.1948: *„Niemand kann wegen einer Handlung... verurteilt werden, die zum Zeitpunkt, da sie erfolgte, auf Grund des nationalen oder internationalen Rechts nicht strafbar war“* sind auch die Rechtssetzungen auf Grund des Londoner Status vom 8.8.1945 ungültig. Es bestehen also Völkerrechtsansprüche auf Revision und Wiedergutmachung dieser Verbrechen.

Der Bundesjustizminister erklärte zu den Kriegsverbrecherprozessen am 14.11.1950: *„Die Bundesrepublik vermag die von den alliierten Kriegsverbrechertribunalen verhängten Urteile nicht anzuerkennen! Das Grundgesetz schließt rückwirkendes Gesetz aus und das Kontrollratsgesetz Nr. 10 ist daher unvereinbar mit dem anerkannten Grundsatz nulla poena sine lege. “* Entgegen dem Überleitungsvertrag erklärte der Bundesjustizminister am 2.1.1961 nochmals: *„Ich darf Sie weiter darauf hinweisen, daß die BRD... eine ausdrückliche, vertragliche Anerkennung der von den alliierten Militärgerichten in Deutschland gefällten „Kriegsverbrecherurteile“... vermieden hat... Nach internationalem Recht,*

18 Dieser Vertrag mußte unter Zwang geschlossen werden, wie Kohl am 13.6.1990 vor Politikern der CDU/CSU ausführte. Die englische Premierministerin Thatcher schrieb in ihren Erinnerungen (Downing Street 10, 1993): *„ Meine Politik... zwang die Regierung der BRD, die Grenzfrage mit ihren östlichen Nachbarn zu klären* im Sinne des völkerrechtlichen Verzichts auf die deutschen Ostgebiete. Nach der Konvention über das Recht der Verträge von Wien 1969 sind Verträge, die unter Zwang abgeschlossen wurden, ex tune nichtig. Das betrifft auch die damit erzwungenen Änderungen des Grundgesetzes.

d.h. nach Völkerrecht, ist die Rechtslage nicht anders. " (Anlage-A27) Solche Erklärungen sind gegenwärtig nicht vorstellbar- Zum 50.sten Jahrestag der Urteilsverkündung heißt es in den Informationen für die Truppe des Bundesverteidigungsministeriums: „... *daß es vor allem amerikanischen und britischen Juristen gelang, den Grundsatz rechtmäßiger Verfahren zu verwirklichen.* " (!)

Nach den einmaligen (singulären) noch zu den Kriegsverbrechen zählenden Verbrechen der Sowjets, der Vertreibung von 18 Millionen Deutschen mit der unmittelbaren Folge von etwa drei Millionen Toten aus den Ostgebieten, dem Sudetenland, aus SO-Europa und der Vertreibung der Rußlanddeutschen, der größten *„ethnischen Säuberung"* der Weltgeschichte (der Bundespräsident Herzog bezeichnete diese Kriegsverbrechen in einer Rede am 1.8.1994 in Warschau als *„Selbstzerstörung"),* hatten die Verbrechen beim Einzug der Russen: der Vergewaltigung von Millionen von Frauen, der Ermordung von Frauen, Kindern und Alten, der Verschleppung von 900.000 Deutschen mit der Folge von 235.000 Toten und der Entfernung von 520.000 deutschen Führungskräften aus ihren Positionen in Staat und Industrie fließende Übergänge in die Rachejustiz innerhalb der sowjetischen Besatzungszone und dann in der DDR. Die Enteignungen vor der Gründung der DDR, die völkerrechtswidrige Maßnahmen der Besatzungsmacht darstellen, wurden mit der deshalb Völkerrechts- und verfassungswidrigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 23.3.1991 posthum als Recht anerkannt. Die damit letzte erfolgte Entmachtung und anschließende Ausrottung der *„Junkerklasse"* als der ehemaligen staatstragenden Schicht Preußens war aber nicht nur marxistisch-kommunistisches Ziel, sondern auch Ziel der Hintergrundmächte in den USA und der Freimaurer und war deshalb schon von Wilson proklamiert worden. In die Konzentrationslager innerhalb der sowjetischen Besatzungszone wurden insgesamt etwa 300.000 Deutsche ohne Verfahren eingeliefert, davon starben etwa 96.000 (G. Franz-Willing 1991, S. 6). Die KZs aus dem Dritten Reich wurden weiterbenutzt. Willy Brandt schrieb dazu: *»Die Sowjets haben von den KZs einen vernünftigen Ge-*

brauch gemacht“ (W. Brandt, 1946).[19] Dazu kamen noch die ungezählten Verbrechen in den sowjetischen Satellitenstaat- en nach dem Waffenstillstand, vor allem in der Tschechoslowakei, in Jugoslawien und in Polen.

Alle diese Gewaltmaßnahmen vor den Kriegsbeendigungserklärungen sind nichtverjährbare Kriegsverbrechen maximaler (singulärer) Dimension. Hinzu kommt, daß zwischen Oktober 1946 und September 1950 etwa 5,7 Millionen Deutsche in den 4 Besatzungszonen den Hungertod starben (J. Bacque 1995). Zwischen dem 8.5.1945 und den Daten der Kriegsbeendigungserklärungen starben 12,5 Millionen Deutsche an den Folgen der Gewalt der Sieger (siehe Anhang A26a).

Aber alle diese weltgeschichtlich einmaligen Verbrechen der Besatzungsmächte wurden 1995, 2000 und 2005 in „Befreiungsfeiern“ von Vertretern der deutschen Führungsschicht, die sich unter der Herrschaft der Sieger gebildet hatte, in ihr Gegenteil verkehrt. Der estnische Staatspräsident charakterisierte die BRD am 3.10.1995 in Berlin als „Canos- sarepublik“.

Am 9.12.1948 beschloß die UNO in einer Resolution, daß Vertreibungen den Tatbestand des Völkermordes erfüllen. Doch von diesem neuen Recht wurde Deutschland als Feindstaat, mit dem der Kriegszustand de jure noch bestand, nicht betroffen. Die Vertreibungen waren noch in vollem Gange. „*Die Vertreibungsverbrechen* (schon vor 1939 geplant) *stellen nicht eine Häufung von Ausschreitungen dar, sondern eine neuartige Form staatlich gelenkter Liquidati- onspolitik“* (H. Nawratil 1982, S. 116).

Hier kann auf ähnliche Verbrechen in den Nachbarländern nur hingewiesen werden. In Italien ermordeten die Partisanen und Kommunisten etwa 100.000 Menschen. Die brutale Ermordung der von den Engländern an Tito übergebe-

1) Anm.: Ein naher Verwandter des Verfassers, der als 16jähriger 1945 in das KZ Mühlberg kam, war zuletzt im KZ Buchenwald. Dort gab es Gruppen, die nach dem 8.5.1945 gleich weiterbleiben durften. Aus diesen wurde ihm berichtet, *„daß das KZ Buchenwald vor 1945 eine Sommerfrische war gegen jetzt unter den Russen“.*

nen Angehörigen der Wlassowarmee und der Russen, die in der deutschen Wehrmacht dienten, der deutschen Kriegsgefangenen und Volksdeutschen sei hier nur genannt. In Frankreich ermordete die „Résistance“ etwa 100.000. In Japan sei nur an die Spätfolgen der beiden Atombombenabwürfe mit Millionen Toten erinnert.

Roosevelt und Churchill wurden nicht müde, die bolschewistische Diktatur als den westlichen Demokratien ebenbürtig schönzureden. Nachdem in Jalta im Februar 1945 ganz Osteuropa von der Elbe bis zur Adria dem Bolschewismus geopfert worden war, sagte nach seiner Rückkehr Churchill in einer Rede: *„Der Eindruck, den ich von der Krim mitgebracht habe..., ist der, daß Marschall Stalin und die anderen sowjetischen Führer in redlicher Freundschaft als Demokratie mit den westlichen Demokratien zu leben wünschen. Ich weiß, daß keine Regierung fester zu ihren Verpflichtungen steht als die russische Sowjetregierung“.* Eine Äußerung aus dem September 1947, nachdem bereits viele der bolschewistischen Verbrechen bekannt geworden waren, beleuchtet die menschlichen Qualifikationen Churchills: *„Dieser große Kriegsherr... Er ist ein Mann von gediegenem überragenden Charakter, ganz und gar geeignet für die dunklen und stürmischen Zeiten, in die ihn das Leben geworfen hat; ein Mann von unerschöpflicher Tapferkeit und Willenskraft und ein Mann der geraden und auch derben Sprache, gegen die ich gar nichts einzuwenden habe, wenn sie hier im Unterhaus verwendet würde, besonders dann, wenn ich selbst etwas vorzubringen hätte (!!). Vor allem ist er ein Mann mit jenem befreienden Humor, der für alle Menschen und Staaten von hoher Bedeutung ist, besonders aber für große Männer und große Nationen. Stalin hinterließ bei mir den Eindruck einer tiefen und kühlen Weisheit und einer vollendeten Illusionslosigkeit“* (R H. Nicoll 1999, S. 385/6). Diese Zitate verdeutlichen einmal mehr die weltgeschichtlich einmalig katastrophalen Folgen der Politik dieser zwei, für welche letztlich die Hintergrundmächte, die sie in die Sättel gehoben hatten, verantwortlich sind.

23 Schlußworte von Hermann Göring und Rudolf Heß vor dem IMT Nürnberg 1946

Auszug aus dem Schlußwort des Angeklagten Hermann Göring vor den Urteilssprüchen des Internationalen Militärtribunals in Nürnberg 1946:

„Ich habe niemals, an keinem Menschen und zu keinem Zeitpunkt einen Mord befohlen und ebensowenig sonstige Grausamkeiten angeordnet oder geduldet, wo ich die Macht und das Wissen gehabt hatte, solche zu verhindern. Für die von Herrn Dodd in seinem Schlußplädoyer neu aufgestellte Behauptung, ich hätte Heydrich befohlen, die Juden zu töten, fehlt es an jedem Beweis; sie ist auch nicht wahr. Es gibt nicht einen einzigen von mir oder in meinem Auftrag Unterzeichneten Befehl, daß feindliche Flieger erschossen oder dem SD übergeben werden sollten. Es ist auch kein einziger Fall festgestellt, wo Einheiten der Luftwaffe derartiges ausgeführt hätten...

Ich habe keinen Krieg gewollt oder herbeigeführt, ich habe alles getan, ihn durch Verhandlungen zu vermeiden. Als er ausgebrochen war.; tat ich alles, um den Sieg zu sichern. Da die drei größten Weltmächte mit vielen anderen Nationen gegen uns kämpften, erlagen wir schließlich der gewaltigen Übermacht. Ich stehe zu dem, was ich getan habe. Ich weise aber auf das Entschiedenste zurück, daß meine Handlungen diktiert waren von dem Willen, fremde Völker durch Kriege zu unterjochen, zu morden, zu rauben oder zu versklaven, Grausamkeiten oder Verbrechen zu begehen! Das einzige Motiv, was mich leitete, war heiße Liebe zu meinem Volk, sein Glück, seine Freiheit und sein Leben. Dafür rufe ich den Allmächtigen und mein deutsches Volk zum Zeugen an“ (P. Dehoust 1984).

Schlußworte von Rudolf Heß: *„Ich verteidige mich nicht gegen Ankläger, denen ich das Recht abspreche, gegen mich und meine Volksgenossen Anklage zu erheben. Ich setze mich nicht mit Vorwürfen auseinander, die sich mit Dingen befassen, die innerdeutsche Angelegenheiten sind und daher Ausländer nichts angehen. Ich erhebe keinen Einspruch gegen Äußerungen, die darauf abzielen, mich oder das ganze deut-*

sche Volk in der Ehre zu treffen. Ich betrachte solche Anwürfe von Gegnern als Ehrenerweisungen. Es war mir vergönnt, viele Jahre meines Lehens unter dem größten Sohne zu wirken, den mein Volk in seiner tausendjährigen Geschichte her- vorgebracht hat. Seihst wenn ich es könnte, wollte ich diese Zeit nicht auslöschen aus meinem Dasein. Ich hin glücklich zu wissen, daß ich meine Pflicht getan habe, meinem Volk gegenüber - meine Pflicht als Deutscher; als Nationalsozialist, als treuer Gefolgsmann des Führers. Ich bereue nicht! Stünde ich wieder am Anfang, würde ich wieder handeln, wie ich handelte, auch wenn ich wüßte, daß am Ende ein Scheiterhaufen für meinen Flammentod brennt. Gleichgültig was Menschen tun, dereinst stehe ich vor dem Richterstuhl des Ewigen: Ihm werde ich mich verantworten, und ich weiß, Er spricht mich frei!" (W. Heß 1989).

Am Abend vor seiner Hinrichtung schrieb der Generaloberst Jodl an seine Frau: *„Bleib Du nur hier in Nürnberg! Grüß die Lieben, die um Dich sind, sie sollen stolz sein wie Du, mich nicht bedauern, sondern sich mit mir freuen. Und wenn am Tage nach meinem Tode sie um Dich sind, dann wird das wie eine Trauerparade sein. - Auf einer Lafette steht mein Sarg, und alle deutschen Soldaten marschieren mit, voraus die Toten, dahinter die Lebenden"* (D. Irving 1979).

23 Einige der heutigen Stimmen

Zu Beginn der Wiedergabe deutscher Stimmen soll eine völlig aus dem Nachkriegsrahmen fallende stehen, die mit Eberts Begrüßungsworten der deutschen Soldaten nach dem Rückmarsch 1918 vergleichbar ist, das Hirtenwort Kardinal Faulhabers vom 10.5.1945: *„Geliebte Diözesanen! Wir werden unsere Soldaten, soweit sie jetzt aus dem Feld heimkehren, mit einem dankbaren Willkommensgruß empfangen. Diese braven Männer haben für die Heimat jahrelang Unsagbares durchgemacht"* (F. Seidler 1997, S. 24).

Beschluß der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland vom November 1996: Der zweite Weltkrieg sei

ausschließlich ein *»vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen" {Die Welt*, 24.4.1997).

Der *Spiegel* ließ seinen Redakteur W. Malankowski *(SPIEGel* Nr. 10, 1989) das Buch von Suworow (1989) wahrheits widrig kommentieren: *»Alle Dokumente bestätigen, Hitler den imperialistischen Lebensraum wie den rassisch ideologisch fixierten » Vernichtungskrieg" gegen die SU und das ,,jüdisch-bolschewistische " System vorbereitete und auslöste, den er schon in Mein Kampf angekündigt hatte. "* Augstein am 26.1.1976 im *Spiegel*: *„Noch einmal und ein letztes Mal soll daran erinnert werden, daß Polen nicht die geringste Handlung begangen hat, die Hitler hätte zum Kriege herausfordern können. "* Augstein nahm an dem ersten Umerziehungslehrgang teil, den die britische Besatzungsmacht 1945 abhielt, ehe er eine Lizenz erhielt.

Der Redakteur Gillessen von der FAZ (27.4.89) zu Suworows Buch von 1989: *»Der Krieg zweier Aggressoren* Die ausführliche Besprechung beginnt: *„Als die deutsche Wehrmacht am Morgen des 22.6.1941 unter Bruch des Nichtangriffsvertrages vom 18.8.1939* (muß heißen 23.8.) *in die SU einfiel... "* und weiter „... *Alles, was er vorbringt... ist lediglich Material für einen Indizienbeweis..."*; und Gillessen zu Hoffmanns Buch von 1995 *(FAZ,* 10.10.1995): *der*
2. Weltkrieg als eines von 2 Diktatoren gemeinsam entfesselten Krieges. "

Prof. *Eschenburg* ("1961, S. 164): *»Die Erkenntnis von der unbestrittenen und alleinigen Schuld Hitlers ist vielmehr eine Grundlage der Politik der BRD. "*

Die *Süddeutsche Zeitung* v. 4./5.10.1997: *»Was ist deutsch ? Deutsch war etwas, das die Deutschen noch erfinden mußten, und am konsequentesten ging dabei Adolf Hitler vor, der alles aussortierte, was auf keinen Fall dazugehören durfte: die Juden und Zigeuner. Womit ihm immerhin eine Definition gelang, die bis dahin die genaueste war: Deutsch ist, wer zum Volk der Mörder gehört".*

Prof. Mommsen - der auch der deutsch-tschechischen Historikerkonferenz angehört - behauptete: *daß die Revisionspolitik nur Fassade gewesen ist, um die deutsche Bevölkerung für die Politik zu gewinnen, die spätestens seit*

1934 zielbewußt auf Auslösung eines europäischen, ja eines Weltkrieges hingearbeitet hat... * (Die Welt, 21.11.88).

Prof. Hillgruber sprach in *Hitlers Strategie 1940 - 1941, Fran*kfurt 1965, vom *„Stufenplan zur Weltherrschaft“* und vom "rass*enideologischen Vernichtungskrieg“ .In Hillgruber* heißt es: *„Eine... Diskussion um die Kriegsschuldfrage von 1939 hat es nicht gegeben, konnte es auch nicht ge- ben, da an der Entfesselung des Krieges von 1939 durch Hitler--Deutschland von Anfang an kein ernstzunehmender Zweifel bestand. “*

U. Schlie *{Kein Friede mit Deutschland*, 1994): Hitlers *hemmungslose Eroberungssucht... Griff nach Weltherrschaft... der von Hitler ausgelöste Krieg... die monomanische Fixiertheit auf jenen rassenideologischen Vernichtungskrieg...“* Prof. Hornung (CDU; *Mut*, Nr. 265,1989): *„In einer Mischung aus va-banque und Hybris tappte Hitler in die Falle... “* und *daß der Stalin-Hitler Pakt diesem die entscheidende Rückendeckung für die Entfesselung des Angriffs auf Polen bot... “*

Prof. K. Hildebrand *(FAZ,* 27.2.1991): Der *„Diktator Adolf Hitler, der den Krieg aus Überzeugung wollte... “* Graml, Institut für Zeitgeschichte München: *„Für Hitler war Krieg die fast normale Form zwischenstaatlicher Beziehungen. Der Friede war ihm offensichtlich zunächst lediglich in der Theorie ein unbehaglicher Zustand, der sobald wie möglich mit dem Krieg zu vertauschen sei*“ (M. Klüver 1984, S. 317).

Michael Leh, Pressereferent der Sudetendeutschen Landsmannschaft (Leserbrief *FAZ,* 29.1.89): *„Richtig ist vielmehr, daß die verbrecherische Politik Hitlers ganz andere Dimensionen hatte und Hitler für seine Kriegspolitik nicht des sudetendeutschen Problems bedurft hätte. “*

Georg (*.FAZ-Journal*, 9.7.1993, Fragebogen: Welche militärischen Leistungen bewundern Sie am meisten?): *„Den Sieg der Alliierten im 2. Weltkrieg, die Voraussetzung für unser Leben und unsere Demokratie“,* ein Beispiel aus vielen ähnlichen.

J. *Fest (*1994, 31): *„Der Kniefall Englands und Frankreichs auf der Münchener Konferenz, wo sie vor den Forderungen*

der Nationalsozialisten kapitulierten und die sudetendeutschen Gebiete an das Großdeutsche Reich auslieferten... Erst mit dem Überfall auf die SU änderte sich alles...“ Fest war Chefredakteur der *FAZ*. Er soll angeblich stolz darauf sein, zu seiner Hitlerbiographie keine einzige Primärquelle gelesen zu haben.

F. J. Strauß (im Bundestag am 39.11.1965): „... *von der moralischen Alleinschuld* (am Zweiten Weltkrieg) *der deutschen Politik, über die es keine Diskussion gibt... “*

Am 8.5.1949 führte Prof. Heuß vor dem Parlamentarischen Rat aus: *„Im Grunde genommen bleibt dieser 8.5.1945 die tragischste und fragwürdigste Paradoxie der Geschichte für jeden von uns. Warum denn? Weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind“* (H. Bernhardt 1988, S. 346).

Bundeskanzler K. Adenauer am 28.3.1953 auf dem Parteitag der CDU: *„Das deutsche Volk hat diesen Krieg in Szene gesetzt und der Nationalsozialismus hat die Brandfackel geschwungen und alles in Brand gesetzt “* (H. Bernhardt, 1988, S. 350).

Bundespräsident R. v. Weizsäcker (Ansprache zum 8.5.1945 am *S.5A9S5): „Auf dem Wege ins Unheil war Hitler die treibende Kraft, er wollte die Herrschaft über Europa, und zwar durch Krieg. “*

Bundeskanzler Kohl (Regierungserklärung 1.9.1989): *„Anders als nach dem 1. Weltkrieg gab es nach 1945 keine Diskussion über die Kriegsschuld. Hitler hat den Krieg gewollt, geplant und entfesselt. Daran gab und gibt es nichts zu deuteln “*

Bundespräsident R. Herzog (Rede am 13.2.1995 in Dres- *]* den): „ *Wir wollen auch nicht vergessen, daß es* (Dresden) *im Rahmen eines Krieges zerstört wurde, den eine deutsche Regierung vom Zaun gebrochen hatte... Die Deutschen haben den Krieg begonnen, und es hat sie dafür die gerechte Strafe ereilt. “* Die zweite Verurteilung des Historikers U. Walendy zu seinem Buch *Wahrheit für Deutschland* wurde begründet mit: „ *Verurteilt wird Walendy nicht für das Geschriebene, das ist vom Gericht nicht nachzuprüfen, sondern für das Nichtgeschriebene“* (Westfalenblatt, 8.5.1997).

Der bisherige Gipfel skandalösen Verhaltens stammt von dem ehemaligen DKB-Mitglied Trittin, jetzt Bundesmini

ster: „ *Meyer* (der CDU-Generalsekretär L. Meyer) *hat die Mentalität eines Skinhead und nicht nur das Aussehen. Laurenz Meyer hat selbst bekundet, daß er stolz darauf sei, daß er Deutscher ist. Das ist die Flachheit, der geistige Tiefflug, der jeden rassistischen Schläger in dieser Republik auszeichnet“* (*Euro-Kurier*, Tübingen, Heft 2, 2001). Demgegenüber soll der ehemalige Chef der KPD, Ernst Thälmann, mit einer Äußerung, als er schon im KZ saß, zitiert werden: „ *Mein Volk, dem ich angehöre und das ich liebe, ist das deutsche Volk, und meine Nation, die ich mit Stolz verehre, ist die deutsche Nation, eine ritterliche, stolze und harte Nation“ {Nation und Europa*, 51, 2002, H. 5, S. 68).

Schon 1950 schrieb der Dichter Hans Grimm: „ *Wir Deutschen leben immer noch ohne Freiheit der Rede... Tritt eine solche Freiheit einmal ein, wird manches Urteil über den Nationalsozialismus und selbst über Hitler berichtigt werden müssen... Und verschwinden wird vor allem der groteske Vorwurf einer geplant gewesenen deutschen staatspolitischen Welteroberung“* (H. Grimm 1950, S. 101).

Der englische Historiker David Irving urteilte über die Zeitgeschichtsschreibung der deutschen Historiker kurz und bündig: *„Die deutschen Historiker sind Lügner und Feiglinge"* (U. Walendy 1990). Wie diese meist sehr frei und ohne Fühlung mit den Quellen ihre vorgefaßten Meinungen ausbreiten, wurde u. a. von Klüver nachgewiesen (M. Klüver 1984), einige Zitate dazu siehe oben.

Über die Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik urteilte K. Ziesel: *„Die öffentliche Meinungsmache und der öffentliche Kunst- und Literaturbetrieb unserer Zeit sind eine Art von Logenbetrieb, nur Eingeweihten zugänglich und begreifbar; und jeder Versuch, ihn in breiteren Volksschichten in seiner Gefährlichkeit, Perfidie und seiner ungeheuren Wirkungsmacht deutlich zu machen, gilt als Sakrileg“* (K. Ziesel 1960 a) und: *„In diesem Klima, gemischt aus Erpressung, Heuchelei und Demagogie auf der einen Seite, Feigheit, Opportunismus und Verrat aller politischen Einsichten und Grundsätze auf der anderen Seite, kann natürlich keine wahre und gesunde öffentliche Meinungsbildung geschehen“* (K. Ziesel 1960 b, S. 60).

Aus der Untersuchung der Steuerung der deutschen Rüstung schloß Schustereit (H. Schustereit 1988): *„Da es* (das Deutsche Reich) *keinen Kriegsplan besaß, verfügte es auch über keinen Rüstungsplan... Überhaupt läßt sich seit Kriegs- beginn keine in sich geschlossene, durchdachte und durchführbare Gesamtkonzeption auf dem Gebiet der Rüstung erkennen - eine klare Auswirkung dessen, daß Hitler weder ein umfassendes politisches noch militärisches Konzept dafür besaß, wie er den Krieg... zu seinen Gunsten entscheiden konnte.*“ Es ist bezeichnend, daß, obwohl Schustereit Mitglied des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Freiburg ist, dieses Buch nicht in dessen Bänderreihe über den Zweiten Weltkrieg aufgenommen wurde.

Prof. Dr. de Zayas, Völkerrechtler bei der UNO, über die angeblichen Verbrechen der Wehrmacht: „..., *daß die Wehrmachts-Gerichtsbarkeit vielleicht den höchsten Stand aller kriegführende Nationen im Zweiten Weltkrieg hatte..., daß bekanntgewordene Verstöße gegen die Haager Landkriegsordnung und die Genfer Konvention durch die Wehrmachtsgerichtsbarkeit systematisch untersucht und in vielen Fällen scharf bestraft wurden.“* (De Zayas 1987) Aus vielen Aussagen deutscher Generäle nur zwei. Generalmajor v. Gersdorf Heeresgruppe Mitte: *„...daß die an der Ostfront eingesetzten Kommandobehörden aus keinem Befehl und keiner Besprechung vor Beginn des Feldzuges gegen Rußland entnehmen konnten, daß umfangreiche Vernichtungsaktionen gegen die Bevölkerung oder das Judentum von irgendeiner Stelle beabsichtigt waren, noch daß während meiner Zugehörigkeit zur Heeresgruppe Mitte derartige Befehle erteilt worden sind. “* General Wohler, 11. Armee: *„Keiner der Oberbefehlshaber der Armee hatte mir oder der Armee etwas bekannt gegeben... über einen möglichen oder schriftlichen Befehl Hitlers oder Himmlers betreffend Liquidierung der Juden“* (A. de Zayas 1998).

Über die angebliche „brutale Ausbeutung" der besetzten Gebiete der SU stellte W. Post (in Poeppel 1999, S. 500) fest: *„Im Rahmen des Ostackerprogrammes wurden aus dem Reich u. a. mehr als 70.000 Traktoren, 16.000 Holzgasgeneratoren, 306.000 Gespannpflüge... und 3 Millionen Sensen ge*

liefert... die deutsche Wirtschaftshilfe für die besetzten Gebiete der SU betrug 3 Milliarden RM" (mehr als 20 Milliarden Euro). Es wurde mehr investiert als entnommen.

Ch. Weizmann auf dem jüdischen Weltkongreß 1942: Wir leugnen es nicht und haben keine Furcht, die Wahrheit zu bekennen, daß dieser Krieg unser Krieg ist" (H. Bernhardt 1988, S. 308).

Sogar der z. T. wenig objektive C. Tansill (C. Tansill 1957, S. 550) stellte als unmittelbaren Kriegsgrund die Entscheidung Becks heraus: *„Am entscheidenden Kreuzweg der Weltgeschichte wies er es zurück, in der deutschen Kriegsmaschine eine Fahrt mitzumachen, die Polen als Satellitenstaat Macht und Beute versprach. Statt dessen folgten er und das polnische Kabinett dem Rat Chamberlains und wählten die Straße, die zum Kriege mit Deutschland führte und in der Folge zur Vernichtung des polnischen Staates führte. "*

P. H. Nicoll: *„Betrachtet man das nationalsozialistische Regime von 1933 bis 1939 sachlich, so werden alle ehrlichen Forscher einräumen, daß es zwar die bürgerlichen Freiheiten sehr beträchtlich einschränkte und die parlamentarische Demokratie nahezu aufhob... Aber kein Deutscher vorher; nicht einmal Bismarck hat in so kurzer Zeit so viel für Deutsche getan, wie Hitler und Göring 1933 bis 1939 erreichten... Was nun die Schuld an dem Krieg von 1939 angeht, so liegt, wie wir bereits nachgewiesen haben, reichliches und unbestreitbares Beweismaterial dafür vor, daß Hitler alles tat, was in seiner Macht lag, um diesen Krieg abzuwenden und, als das nicht mehr möglich war, ihn wenigstens auf die beiden Partner zu beschränken"* (P. H. Nicoll 1999, S. 460).

Bereits einer der älteren revisionistischen Historiker, A. J. P. Taylor (Taylor 1961, zit. in: U. Walendy 1965, S. 234) urteilte: *„Der Stand der deutschen Bewaffnung im Jahre 1939 liefert den Beweis dafür, daß Hitler nicht an einen allgemeinen Krieg dachte und wahrscheinlich überhaupt keinen Krieg wollte. "*

»Die Befreiung,, die den zweiten Weltkrieg begleitete und ihm folgte, war wohl der blutigste und brutalste „Friedens- zeit"-Vorgang in der Geschichte der Menschheit... Daß keine Anwendung von Gewalt, Brutalität, Dezimierung, die je zu

vor in der Geschichte der zivilisierten Menschheit in Friedenszeiten von einem Staat... begangen wurde, auch nur annähernd dem Blutvergießen und dem Elend gleichkommt, das die Befreiung Japans und Europas begleitet, nachdem der militärische Sieg praktisch gewonnen war. Selbst die vorsätzliche Aushungerung von 4 Millionen oder mehr russischen Bauern durch Stalin... und die blutigen Reinigungsprozesse in Rußland nach 1935 werden von dem Sterben und dem Leiden des Befreiungsvorgangs absolut in den Schatten gestellt" (Prof. L. Villari, *The Liberation of Italy* 1959, in P. H. Nicoll 1999, S. 346).

Prof. H. E. Barnes faßte seine Forschungen zusammen: *„Obwohl unabweisbar dokumentarisch erwiesen wurde, daß Hitler für den Krieg von 1939, wenn überhaupt, nicht verantwortlicher ist als der Kaiser für das Jahr 1914, unterstützt die Bonner Regierung dennoch ein Verdikt der deutschen Alleinschuld, das von der historischen Wahrheit genausoweit entfernt ist wie einst die Kriegsschuldklausel des Versailler Vertrages... Das Kriegsschuldbewußtsein* (nach 1945)... *stellt... einen Fall von geradezu unbegreiflicher Selbstbezichtigungssucht ohnegleichen in der Geschichte der Menschheit dar. Ich kenne jedenfalls kein anderes Beispiel in der Geschichte dafür, daß ein Volk diese nahezu wahnsinnige Sucht zeigt, die dunklen Schatten einer Schuld auf sich zu nehmen, an einem politischen Verbrechen, das es nicht beging - es sei denn jenes Verbrechen, sich selbst die Schuld am 2. Weltkrieg aufzubürden...*

Man hat das deutsche Volk politisch gekreuzigt aufgrund der Legenden, die von der Bonner Regierung auch heute noch aufrecht erhalten werden, wobei sie diejenigen, die über 1939 die Wahrheit veröffentlichen, mit Gefängnisstrafen bedroht... "

„...wieviel Mut und Charakter zu jedem Versuch gehört, Hitlers einmalige Schuld anzuzweifeln. Wenn sich nämlich dieses Grunddogma nicht aufrechterhalten läßt, wird der zweite Weltkrieg zum größten Verbrechen der Geschichte, vergleichbar einem ... Verbrechen, das zur Hauptsache auf England, Frankreich und den Vereinigten Staaten lastet. Je deutlicher die Schrecken und bösen Folgen des Zweiten

Weltkrieges hervortreten, desto notwendiger braucht man Hitler als Sündenbock" (H. Barnes 1968, S. 17, 61,124; siehe auch H. Barnes in Kap. 10).

Liddell Hart, der große englische Kriegshistoriker: *Nach Kriegsende sind die wesentlichen deutschen Archive in unsere Hand geraten und wir können uns ein präzises Bild machen von dem außerordentlichen Grad der Kriegsfurcht in den führenden deutschen Kreisen... Die plötzliche Kehrtwendung Englands im März 1939 machte den Krieg unvermeidlich... Die deutsche Armee war im Jahr 1939 nicht bereit für den Krieg - einen Krieg, den die Generäle nicht erwarteten..."* (Liddell Hart, *Picture Post*, 3.9.1939).

F. Sanborn (in: H. Barnes 1961, S. 120): *„Tonnen über Tonnen - im wahrsten Sinne des Wortes - an deutschen Archiven mit ihren geheimsten Plänen, Memoranden und Korrespondenzen fielen den Siegern bei Kriegsende in die Hände. Diese Dokumente wurden sorgfältig... monatelang gesichtet und studiert in peinlich genauer Suche nach jeder Spur eines Beweises, den man dem Nürnberger Tribunal vorlegen könnte. Nach langem und minutiösem Durchstö- bem wurde es ruchbar, daß nirgends in diesen Papieren ein Beweis für irgendwelche deutschen Pläne, die Vereinigten Staaten anzugreifen, zu finden war. Ganz im Gegenteil ergab sich die peinliche Tatsache aus diesen Geheimpapieren, daß Hitler alles getan hatte, um einen Konflikt mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden. "*

Der britische Generalankläger des IMT Nürnberg, Sir Hartley Shawcross, schrieb in einem Brief am 16.3.1948: *„Schritt für Schritt bin ich immer mehr zu der Überzeugung gekommen, daß die Ziele des Kommunismus in Europa finster sind. Ich klagte die Nationalsozialisten in Nürnberg an. Zusammen mit meinem russischen Kollegen verdammte ich die Nazi-Aggression und den Nazi-Terror. Hitler und das deutsche Volk haben den Krieg nicht gewollt! Nach den Prinzipien unserer Politik der Balance of Power haben wir, angespornt durch die „Amerikaner" um Roosevelt, Deutschland den Krieg erklärt um es zu vernichten. Wir haben aut die verschiedenen Beschwörungen Hitlers um Frieden nicht geant-wortet. Nun müssen wir feststellen, daß Hitler recht hatte. An-*

stelle eines kooperativen Deutschlands, das er uns angeboten hatte, steht die riesige imperialistische Macht der Sowjets. Ich fühle mich beschämt und gedemütigt, jetzt sehen zu müssen, wie dieselben Ziele, die wir Hitler unterstellt haben, unter einem anderen Namen verfolgt werden und dieselbe Taktik hemmungslose Anwendung findet" (F. Becker 1991, S. 264).

Beim Vergleich des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges 1999 der USA und der NATO gegen Serbien und der USA gegen den Irak 2003 mit der deutschen *„Notwehr in eigener Sache"* gegen Polen 1939 schreibt W. Pfitzner (S. 129): *„Die polnischen Massenmorde in den ersten Tagen* (mit vermutlich 58.0 Toten!) *zeigen deutlich..., was in Polen passiert wäre, wenn sich Hitler in einem Anflug von westlicher „höherer Moral" entschieden hätte, keine Bodentruppen nach Polen zu senden... Die Polen hätten über kurz oder lang alle verbliebenen Deutschen - mehr als 1 Million! - auf grausamste Weise massakriert... Die neue Moral der NATO ist allerdings weit entfernt, sich mit der alten Moral Adolf Hitlers messen zu können, denn Hitlers Feldzüge, die sich allesamt mit gleichen Argumenten rechtfertigen lassen, mit denen die NATO nun ihren „ Balkanfeldzug" rechtfertigt, waren immer darauf angelegt, größere Verluste unter der Zivilbevölkerung und unter den Militärs zu verhindern. Hitlers Taktik der Blitzkriege und sein Verzicht auf Massenvernichtungswaffen - seien es strategische Bomber; A-, B- oder C-Waffen - lassen ihn in Sachen Kriegführung als oberste moralische Instanz der Menschheitsgeschichte erscheinen..., wenn man bedenkt, daß es die von der Siegerpropaganda nachträglich als Rechtfertigung vorgeschobenen Opferzahlen von..., Polen u. a. Minderheiten auch nicht annähernd gegeben hat. "*

Die hier zitierte moralische Beurteilung von Hitlers Kriegsführung ist eine Konterkarierung der moralischen Beurteilung der Kriegsführung der Alliierten im Zweiten Weltkrieg und im Serbienkrieg, die ebenfalls in höchsten Tönen gepriesen wurde (Befreiung, Beseitigung von Unrecht und Gewalt, Kampf für die Demokratie und die Rechte von Minderheiten und Unterdrückten usw.).

Angefügt werden sollen einige Schlaglichter, welche die engen Parallelen des Zweiten Weltkrieges mit dem Ersten

zeigen. Damit wird die Rolle der Hintergrundmächte als große Konstante bei der Verursachung des 31jährigen Krieges 1914-1945 gegen Deutschland sichtbar.

Es war alles aufs Feinste und Genaueste ausgeklügelt. Jeder hatte seine Rolle, die ihm zudiktiert war... Die deutschfeindliche Propaganda... ist großartig organisiert und finanziert und die Rollen sind geschickt verteilt... In Hunderte von Zeitungen fließt der Strom der Bestechungsgelder... Morgan und Rockefeller gaben die Gelder" (H. Herda 1995, S. 52, 56, 57).

Die Kriegspräsidenten der USA hatten ihre gleichartig auf den Krieg zusteuernden grauen Eminenzen, Wilson mit House - Roosevelt mit Baruch, Frankfurter und Morgenthau.

Die englische Regierung im Kabel von US-Botschafter Page aus London an Wilson am 3.9.1916: „*Hier hofft man..., daß keine US-Regierung den Frieden geschlossen haben will, ehe nicht Deutschland völlig vernichtet ist"* (H. Herda 1995, S. 49). - Churchill im November 1939: „*Dieser Krieg ist ein englischer Krieg und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands"* (U. Walendy 1967, S. 91).

Grey über den US-Botschafter Page in London: „*Für mich sind Pages Ratschläge immer von größtem Wert"* (H. Herda 1995, S. 51). - Ähnlich der US-Botschafter Bullitt u. a. zu Lukasiewicz 1939 (siehe Kap. 10).

Der englische Premierminister Grey am 23.12.1920: *„Für die Alliierten ist die deutsche Verantwortung für den Krieg von grundlegender Bedeutung. Sie ist die Grundlage, auf der das Gebäude des Versailler Vertrages errichtet worden ist, und wenn dieses Anerkenntnis widerrufen oder preisgegeben wird, wird der Vertrag zunichte gemacht"* (H. Herda 1995, S. 131).

Zur Äußerung der britischen Zeitung *Sunday Korrespondent* am 16.9.1989 siehe Kap. 25.1.

Der Kriegsschuldlüge des Art. 231 des Versailler Vertrages entspricht die Grundaussage des Überleitungsvertrages von 1955 (siehe Anhang A30).

Den abgewiesenen deutschen Friedensangeboten vom Mai und vom 12.12.1916 stehen 20 abgewiesene deutsche Friedensangebote von 1939 bis 1941 zur Seite, siehe Kap. 14.

Senator Owen 1926: „ *Wilhelm II. war der einzige nationale Führer; der; als er entdeckte, daß ein europäischer Krieg*

drohte, die größten Anstrengungen machte, den Krieg zu unterdrücken" (H. Herda 1995, S. 27). Ähnlich Prof. H. Barnes 1968 über Hitler (siehe oben).

Der Revolution der Linksradikalen 1918 gegen die Monarchie in Deutschland entspricht im umgekehrten Sinne die Revolte des im wesentlichen aus konservativen Kreisen stammenden Widerstandes im Juli 1944 und dessen Steuerung des folgenden militärischen Zusammenbruchs.

Der USA-Botschafter in England, J. Kennedy, in einem Bericht an Roosevelt am 30.9.1939; *„Ich nahm die Ausgabe der Times vom 5.8.1914 vor und verglich sie mit jener vom 4.9.1939, und sie sind praktisch identisch, abgesehen von dem Ersatz des Wortes „Nazi" für „Junker".*

Obwohl dem folgenden Zitat von Stalin vom 9.2.1946 von einer Wahlrede kein russisches Gegenstück von vor dem 1. Weltkrieg gegenübergestellt werden kann, soll hier Stalins Beurteilung der letzten Kriegsschuld angefügt werden: *„Es wäre falsch, daß der 2. Weltkrieg zufällig oder infolge von Fehlern dieser oder jener Staatsmänner entstanden sei, obgleich es unbestreitbar Fehler gegeben hat. In Wirklichkeit war der Krieg ein unvermeidliches Ergebnis der Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Weltkräfte auf der Basis des modernen Monopolkapitalismus".* (W. Post, 2004, S. 209).

24 Zusammenfassung

25. *1. Blick in die weitere Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges*

Der Krieg von 1939 bis 1945 wurde im Rückblick auf den ersten Dreißigjährigen Krieg von 1618 bis 1648 ebenso als dritter Dreißigjähriger Krieg bezeichnet (Major, F. J. Strauß) und die Kriege zwischen 1789 und 1815 als der zweite. Alle drei spielten sich hauptsächlich in Europas Mitte, in Deutschland, ab, mit jeweils Verheerungen größten Ausmaßes, an denen sich jeweils umliegende Großmächte, stets aber Frank-

reich, beteiligten. Der französische Botschafter Henri Fro- ment-Meuricein Bonn konnte 1983 sagen: *»Die ganze französische Geschichte könnte seit Ende des Reiches Karls des Großen sehr gut beschrieben werden als der Kampf die deutsche Einheit zu verhindern“* (E. Schlee 1998). Daß von Deutschland aus Analoges gegen Frankreich stattfand oder auch nur gedacht wurde, konnte bisher noch nicht ernsthaft behauptet werden.

Mit dem Zerfall des Reiches Karls des Großen in seine zwei ethnischen Bestandteile, das galloromanische Westreich und das germanische Ostreich, begann der französische Chauvinismus und Imperialismus, dem im Westen seit damals der gesamte geschlossen germanisch besiedelt gewesene Teil des Lotharingischen Mittelreiches außer den Niederlanden und Flandern mit dem Elsaß und Lothringen zum Opfer fielen.

Der erste Dreißigjährige Krieg schloß mit der Zerstückelung Deutschlands, mit einem Friedensvertrag und der Folge der Niederhaltung des Reiches. Nach dem zweiten Dreißigjährigen Krieg gelang es 1815 nicht, die deutsche Reichseinheit wieder herzustellen. Doch auch hier gab es einen Friedensvertrag.

Nachdem Bismarck 1871 nur einen Teil des ersten Reiches wieder herstellte - in dem die Rechtsinstitutionen des Deutschen Königreiches nur germanische Stämme umfaßte - verbanden sich mit dem französischen Revanchismus weitere und ganz anders geartete Kräfte, wie der panslawistisch- russische Imperialismus und die Hintergrundmächte der miteinander verflochtenen Freimaurer und der Hochfinanz und des Vatikan dagegen, welche den ersten Teil des dritten Dreißigjährigen Krieges vorbereiteten, mit den Schüssen von Sarajewo auslösten und mit den Völkerrechtsverbrechen der Pariser Vorortverträge 1919 abschlossen.

Im zweiten Teil dieses dritten Dreißigjährigen Krieges traten die genannten Hintergrundmächte als Auslöser noch stärker hervor, getrieben vor allem von alttestamentarischem Haß gegen alles Deutsche, und verbündet mit dem weltrevolutionären Bolschewismus. Dieser Zweifrontenkrieg wurde trotz allen deutschen Heldentums mit dem Untergang des

endlich wieder geeinten Deutschen Reiches beendet, ohne Friedensvertrag, ohne vollständige Wiedererlangung der Souveränität bis heute, 60 Jahre nach Kriegsende, und mit den Folgen endloser Reparationserpressungen, Anerkennung der Kriegsschuldzuweisung, Anerkennung der Völkerrechtsverbrechen der Sieger, Weitergeltung der Feindstaatenklauseln der UNO, ständiger militärischer Besetzung durch die *„Befreier“*, Anerkennung der Geschichtsfälschungen der Sieger und deren juristischer Schutz durch Sondergesetze und Sondergerichtsbarkeit, Zwangsimport ethischer Verkommenheiten, Zerstörung des deutschen Volkes durch Einwanderung aus aller Welt, wie von Hooton 1943 u. a. vorgeschlagen.

Die von der Weltmacht der Hochfinanz gesteuerten USA, die inzwischen ihren erst mit ihrem Gelde großgezogenen scheinbaren ideologischen Kontrahenten, die UdSSR, am 18.1.1989 mit einem einmaligen Coup zum Zerfall brachten, indem die persönlich nach Moskau geflogenen Spitzen der Wallstreet-Hochfinanz Gorbatschow zu den „Reformen“ überredeten *(L' Humanité*, 19.1.1989, ein russischer General: *„Wir haben einen großen Krieg verloren ohne einen einzigen Schuß“*), ließen einen englischen Journalisten 1989 ganz in ihrem Sinne schreiben: „ *Wir müssen jetzt ehrlich über die deutsche Frage sein, so unbequem sie auch für die Deutschen ... sein mag... Die Frage bleibt in der Essenz die Gleiche. Nicht wie wir verhindern, daß deutsche Panzer über die Oder oder Marne rollen, sondern wie Europa mit einem Volk fertig wird, dessen Zahl, Talent und Effizienz es zu einer regionalen Supermacht werden läßt. Wir sind 1939 nicht in den Krieg getreten, um Deutschland vor Hitler und die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sino wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren können*“ (E. Schlee, 1998). Ähnliche Äußerungen sind auch von Exponenten der Hintergrundmächte, z. B. von Kissinger, bekannt.

Daß eine der Ursachengruppen des Krieges von 1939 - 1945 in den Verbrechen der Sieger von 1918 liegt, in den Pariser Vorortverträgen von 1919, in der Schaffung des polnischen Korridors und der Freien Stadt Danzig, in dem Einfall der Sieger in das Ruhrgebiet, in der Nichtausführung der von den Siegern in jenen Verträgen übernommenen Verpflichtungen zur Abrüstung und schließlich in der Ausplünderung und Verelendung des Deutschen Volkes, das alles ist schon oft gezeigt worden. Daß die Verbrechen der völkerrechtswidrigen Friedensdiktate von 1919, die unter Zwang abgeschlossen wurden, und als Verträge zu Lasten Dritter von Anfang an nichtig sind, zu einem guten Teil nicht kühlen Köpfen entsprangen, sondern daß viele der verantwortlichen Politiker die Gefangenen einer deutschfeindlich aufgeputschten Atmosphäre waren, ist schon viel seltener gezeigt worden. Die Hintergrundmächte in den Befehlszentralen der Medien wurden nach 1945 kaum und nicht öffentlichkeitswirksam beleuchtet. Sie erfanden im Ersten Weltkrieg u. a. die abgehackten Kinderhändchen, und im Zweiten Weltkrieg mußte es dann erheblich mehr sein, mit schwerwiegenden Folgen bis heute. Unter ihrem Einfluß wiederholen sich nach 1945 auf allen Gebieten die gleichen Verkommenheiten, Verfalls- und Zersetzungserscheinungen, wie sie nach 1918 schließlich zum Zusammenbruch der Weimarer Republik führten.

Selbst heute noch wird die deutschfeindliche Hetzpropaganda aufrecht erhalten, die in England in dem Artikel mit *»Macht Euch fertig zum Kampf mit Deutschland"*, denn *»Germania esse delendam“ {Saturday Review* 1.2.1896), begonnen wurde. Dies wurde gerade wieder im Golfkrieg, im Jahr 1991 - 50 Jahre nach dem „ *Überfall auf die nichtsahnende und friedliebende Sowjetunion"* - und im Mai 1995 deutlich. Unter dem Diktat dieser Medien stehen die nach 1945 aufgrund von Siegerlizenzen gegründeten Parteien sowie die Grünen und die Nachfolgerin der SED, die PDS. Seit damals planen die hinter den meisten Massenmedien Stehenden die

Errichtung einer One-World-Herrschaft durch Kreuzzüge *„to make the world safe for democracy“.*

Und selbst nach der bei den 2+4-Verhandlungen dem Rumpfdeutschland angeblich zugestandenen Souveränität ist nichts, aber auch gar nichts zu bemerken von Bemühungen um Revision von Geschichtsfälschungen der Sieger, Wiederherstellung des Rechts, Rehabilitation jener *„Kriegsverbrecher"*, die durch Rechtsbrüche und vermittels gefälschter Dokumente ermordet wurden sowie der Rehabilitation des deutschen Parlamentärs Rudolf Heß, dessen Ermordung im Gefängnis nach 42jähriger rechtswidriger Gefangenhaltung von Bundespräsident von Weizsäcker und der Premierministerin Thatcher zu verantworten ist. Im Gegenteil: Nach der am 27.9.1990 ergangenen Erklärung zur weiteren Gültigkeit wesentlicher Bestimmungen des Überleitungsvertrages vom 26.5.1952 verfolgt heute der deutsche Staatsanwalt auf der Grundlage der Festsetzungen der Sieger diejenigen, welche die deutsche Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg und viele von den Siegern behauptete Verbrechen verneinen. Dafür ist die verfassungsmäßig garantierte Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit beschnitten worden. Zugleich sind noch immer die Feindstaatenklauseln der UNO in Kraft, und immer noch sind erbeutete deutsche Archive nicht zurückgegeben. Daher kann von deutscher Souveränität nach wie vor keine Rede sein.

Die historischen Vorgänge vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg haben z. T. erstaunliche Ähnlichkeiten mit denen des Zweiten Weltkriegs, erklärbar daraus, daß in dieser Zeit fast die gleichen Gegner und Hintergrundmächte und fast die gleiche geopolitische Gesamtlage bestanden. Die beiden langfristig auf einen neuen Krieg hinarbeitenden Mächte waren Sowjetrußland und die vor allem von der Hochfinanz gesteuerten USA, daneben Polen, Tschechoslowakei und Frankreich, in denen teilweise die gleichen Hintergrundmächte tätig waren wie in den USA. Von der Erklärung Stalins in der Geheimsitzung der Kominternfunktionäre im Jahre 1925 über die Ingangsetzung der Mobilmachung am *„Tag M*“, dem 19.8.1939 (V. Suworow 1994), über seinen Geheimbefehl 1943 bis zu den Vorgängern Gorbatschows

war das Ziel die kommunistische Weltrevolution. Die militärischen Zusammenbrüche des Deutschen Reiches und Japans von 1945 waren die Vorbedingungen zur Ausbreitung der Weltrevolution in Europa und Asien.

In den USA beschloß die Hochfinanz, die mit lang vorgeplanten Manipulationen am 24.10.1929, dem Schwarzen Freitag, an der New Yorker Börse in einer Großaktion spekulierte und damit die Weltwirtschaftskrise auslöste, im gleichen Jahr, daß die USA eine andere Außenpolitik zu betreiben hätten (C. Dali). Sie wählte ihren passenden Präsidentschaftskandidaten aus, managte ihn, propagierte ihn in ihrer Presse, finanzierte den Wahlkampf und besetzte dann die Regierungsposten mit ihren Leuten. Damals wurde beschlossen, was am 8.5.1945 vollendet wurde: die Vernichtung des Deutschen Reiches, der sich heute, ganz nach dem Muster der multirassischen, multiethnischen und multikulturellen USA, die Auflösung der europäischen Völker und des deutschen Volkes in der Euro-Union anschließen soll. Damals, 1929, war Hitler aber noch eine politische Randerscheinung - die NSDAP hatte ganze 12 Sitze im Reichstag - und der Kreuzzug für *„Demokratie, Freiheit, Fortschritt und Humanität“* gegen die *„totalitären“* Staaten und deutschen *„Welteroberer“* war nur das Vehikel für den Krieg, an dem die Hochfinanz dann großartig verdiente.

Roosevelt erfüllte die in ihn gesetzten Erwartungen glänzend, indem er die Neutralitätsgesetze der USA mit einem Ultimatum an Japan überspielte, dem dann erwartungsgemäß Pearl Harbor folgte, gleich wie er der Kriegspartei in England den Rücken stärkte und Chamberlain zur Garantie Polens trieb. Fast zur gleichen Zeit, am 12.1.1939, nannte der polnische Botschafter in Washington in seinem berühmt gewordenen Bericht an seine Regierung als Kriegstreiber die gleichen Namen, die bereits 1929 der Schwiegersohn Roosevelts, Curtis Dali, im Zusammenhang mit dem Beschluß zur Wahl Roosevelts zum Präsidenten auch schon nannte: Baruch, Frankfurter und Morgenthau, die schon Berater Wilsons waren.

Die Hintergrundmächte, die diese drei Männer repräsentierten, und die mit ihnen verbündeten Hochfinanzkreise be-

trieben schon vor 1917 den Kriegseintritt der USA und Le- nins Revolution. Die Entstehung von rund 25.000 neuen Millionären in der Zeit des Ersten Weltkrieges deutet an, wie sehr bereits der Erste Weltkrieg ein glänzendes Geschäft ge- wesen ist. Diese Mächte beherrschen weitgehend die Massenmedien und damit die Meinungsbildung der Massen. Sie standen zeitlich an erster Stelle der Kausalkette, die zum Zweiten Weltkrieg führte, und an bedeutendster Stelle der Kriegsschuldigen neben ihren ideologischen Zwillingen in der Sowjetunion.

Demgegenüber ist es in höchstem Maße erstaunlich, wie objektiv die deutsche Öffentlichkeit informiert war (siehe Kap. 15, Prof. Berber).

Der Reichspräsident von Hindenburg kündigte am 18.9.1927 bei der feierlichen Einweihung des Tannenbergdenkmals die Kriegsschuldlüge des Art. 231 des Versailler Diktats. Die Kriegsschuldlüge für den Zweiten Weltkrieg wurde u. a. im Überleitungsvertrag vom 26.5.1952 unterschrieben und bisher nicht gekündigt, der Bundespräsident R. v. Weizsäcker vertrat sie im In- und Ausland öffentlich, während er die singulären Kriegs- und Nachkriegsverbrechen der Vertreibung *„eine erzwungene Wanderung*“ und den Tag der Kapitulation eine „*Befreiung*“ nannte, zugleich aber den durch die US-Besatzungsmacht verschuldeten Tod von einer Million deutscher Kriegsgefangener nach dem 8.5.1945, den Mord an weiteren Millionen in Frankreich, Polen, Tschechoslowakei und Rußland, den Hungermord an etwa 5 Millionen Zivilisten u. a. m. totschwieg.

Die NSDAP entstand aus kleinsten Grüppchen. Von Beginn ab war ihr die Revision der Verbrechen der Sieger das Hauptanliegen. Und Hitler beseitigte, was Scheidemann anklagte: „ *Wir wenden uns schaudernd von jenem Mord: Wir wissen, wehe denen, die den Krieg heraufbeschworen haben* “ (siehe Anhang A1).

Nach der Regierungsübernahme am 30.1.1933 betrieb Hitler eine Gratwanderung zwischen östlicher Zwangswirtschaft und dem Kapitalismus der US-Hochfinanz und schuf sein Wirtschaftswunder *vor* Beginn der Aufrüstung gegen die ganze Welt, während der US-Präsident trotz des New

Deal und einer gigantischen Aufrüstung auf 12 Millionen Arbeitslosen sitzen blieb. Hitler schaltete dabei die US-Hochfinanz aus, die vom Ersten und Zweiten Weltkrieg bis heute Kriege als gutgehendes Geschäft veranstaltet, Profitmaximierung durch Spekulation und einen brutalen Sozialdarwinismus betreibt. Mit einem vorbildlichen, damals einmaligen Sozialprogramm, das sogar von Churchill gelobt wurde, gelang es, ab 1933 die Not und die Verkommenheit im Land zu überwinden und die seit dem Kaiserreich bis heute niedrigsten Kriminalitätsraten zu erreichen.

Sämtliche Abstimmungen zur Billigung von Hitlers Politik, die Saarabstimmung, die Abstimmung über die Vereinigung der Ämter des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten, die Abstimmung über die Rheinlandbesetzung, die Abstimmungen nach den Anschlüssen von Österreich, des Sudetenlandes und von Danzig - eine Art Basisdemokratie - ergaben höchste Zustimmung von meist weit über 90 %. Sämtliche Einschränkungen der parlamentarischen Demokratie wurden 1933 von der Mehrheit des deutschen Volkes gebilligt. Das deutsche Volk sah damals das Dritte Reich für sich als die den Zeitumständen entsprechend beste Staatsform an. Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Erfolge ab 1933 wären nach den Rezepten der Weimarer westlichen Demokratie nicht möglich gewesen. Bei andauernder Weltwirtschaftskrise waren die 6,5 Millionen Arbeitslosen *vor* Einsetzen der Aufrüstung fast alle wieder in Arbeit und Brot gebracht worden.

Das außenpolitische Programm der NSDAP mit Revision der Verbrechen von Versailles fand als Regierungsprogramm anfangs englische Zustimmung, und der deutsch-englische Flottenvertrag von 1935 war ein Teilstück der Revision.

Alle folgenden politischen Veränderungen hatten ihre Ursachen nicht in deutschen Maßnahmen. Die Rheinlandbesetzung 1936 wurde durch die neue Einkreisung durch das französisch-russische Bündnis verursacht, der Anschluß Österreichs durch Schuschniggs geplante Volksabstimmung, der Anschluß des Sudetenlandes durch Beneschs Maßnahmen zur Unterdrückung der Sudetendeutschen. Alle diese Veränderungen erreichten unter dem Zwang der Gegenkräf

te Eigendynamik mit Versuchen, Lösungen zu vereiteln. In der Sudetenkrise griff erstmalig der deutsche Widerstand verschärfend ein und in der Polenkrise zusätzlich Roosevelt. Bei der Vereinigung Österreichs mit dem Reich spielte bereits die Einkreisung durch die Militärabkommen Frankreichs mit der Tschechoslowakei und der Sowjetunion eine Rolle, indem die deutschen Truppen den Auftrag erhielten, die österreichische Grenze gegen die hochaufgerüstete Tschechei zu sichern und beim Einmarsch in die Tschechei nach dem Hitler-Hacha-Vertrag die Bedrohung des Deutschen Reiches durch die gleichen Militärabkommen und besonders durch die dortigen Luftwaffenbasen der UdSSR auszuschalten.

Das Deutsche Reich hatte bis zum Kriegsausbruch keine britischen Interessengebiete in Westeuropa oder darüberhin- aus verletzt - ausgenommen der Verstoß gegen die Crove- sche Doktrin der balance of power, da es durch Volkszahl und Wahrnehmung des Selbstbestimmungsrechts zu mächtig geworden war. Es stellte Frankreich, Italien, Belgien oder Dänemark keine Forderungen. Auch der Hitler-Hacha-Vertrag wurde noch am Tage der Unterzeichnung von der englischen Regierung toleriert, selbst gegenüber Polen bestand bis zum Kriegsausbruch der Wunsch zur freundschaftlichen Verständigung.

Soviel Hitler vom germanischen britischen Brudervolk sprach, unterschätzte er völlig den Einfluß der internationaler Hochfinanz in der englischen Aristokratie auf die englische Regierung. In der Person von König Eduard VII. war eine Fülle von Aktivitäten der Freimaurer gebündelt.

Für Hitler war die bolschewistische Bedrohung, die er, wie sich dann zeigte, richtig einschätzte, und ihre Abwehr das wichtigste Faktum seiner Politik. Daraus folgte seine stete Bemühung um Ausgleich und Freundschaft mit England. Die bolschewistische, ideologisch vorgeprägte Weltgefahr war der englischen Regierung wenig bewußt, und Roosevelt paktierte mit ihr. Die US-Hochfinanz hatte mit ca. 30 Millionen Dollar Lenins Revolution 1917 erst ermöglicht (G. Allen 19, S. 97) und ihren Fortgang später weiter finanziert. Hitler hatte keinen ihm angedichteten Langzeit-Stufenplan zur

Weltherrschaft mit dem Ziel eines „ *rassenideologischen Vernichtungskrieges gegen den Todfeind im Osten“* (Hillgruber, Mommsen, Schlie). Er benutzte aber zur Revision jede sich ihm bietende Gelegenheit. Er hatte auch keinen Kriegsplan (Schustereit), selbst nachdem der Krieg durch Roosevelt mit- tels England und Polen ausgelöst worden war.

Daß es unmittelbar nach Rückkehr vom Abschluß des Moskauer Vertrages Ribbentrop gelang, Hitler zum Wider- ruf des Einmarschbefehls nach Polen für den 26.8. zu bewegen (A. von Ribbentrop 1963), beweist, daß der Moskauer Vertrag samt geheimen Zusatzabkommen deutscherseits nicht als Rückendeckung für einen Krieg gegen Polen beabsichtigt war und benutzt wurde, sondern als Beginn einer auf lange Sicht angelegten Zusammenarbeit mit Rußland. Stalin dagegen hatte am 19.8.1939 sämtliche Anordnungen für eine auf etwa 2 Jahre berechnete Mobilmachung (Suworow 1994) für die große „Befreiung“ Europas gegeben und hatte am Abend des 23.8. in seiner Datscha gesagt: „ *Ich habe ihn* (Hitler) *überlistet“* (S. Talbott 1971, S. 128).

Für Chamberlain gab es nach den beiden Möglichkeiten eines friedlichen Ausgleichs mit dem Deutschen Reich oder seiner Bekämpfung gemäß der Croveschen Doktrin noch die dritte Möglichkeit, Deutschland mit der vom Widerstand versprochenen Revolution zu schwächen. Aus diesem Grunde billigte Chamberlain in der Sudetenkrise die tschechische Generalmobilmachung. Nach Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren wurde er von Roosevelt durch Bullitt am 31.3.1939 zur Polengarantie gedrängt. Im Schutze dieser Garantie wurde die deutsche Volksgruppe in Polen, nachdem seit 1918 schon rund 1,5 Millionen Deutsche vertrieben worden waren, noch schärfer als bisher verfolgt, es kam zu Zigtausenden von Morden, sogar zu Mordaufrufen durch katholische Geistliche, und Zehntausende flohen: es war ein Genozid im Gange, im Sinne der späteren Konvention gegen Völkermord von 1948. Im August 1939 schlug Hitler vor, die Lösung der Danzigfrage um Jahre zu verschieben, nachdem die polnische Regierung erklärt hatte, auch jede friedliche Veränderung des status quo von Danzig sei der casus belli. Am 31.8.1939 erklärte der polnische Botschafter Lipski, man

warte auf den Kriegsausbruch, um auf Grund der dann vom Widerstand versprochenen Revolution den Marsch nach Berlin anzutreten. Die polnische Generalmobilmachung, mit welcher der Krieg begann, war von Chamberlain gebilligt, weil ihm der Widerstand bei einem Kriegsausbruch die sofortige Beseitigung Hitlers zugesagt hatte. Aber die Revolution blieb aus. So nahm diese Tragödie trotz vielfältiger deutscher Bemühungen der letzten Tage, den Frieden zu retten, die mit den deutschen Angeboten der Mission des Dr. F. Hesse am Abend des 1.9.1939 fast die Annahme des folgenden englischen Ultimatums waren, ihren Lauf.

Dem Widerstand standen durch Canaris an der Spitze der Abwehr alle militärischen Informationen und durch von Weizsäcker im Auswärtigen Amt alle politischen Informationen zur Verfügung, die erkennen lassen mußten, daß es sich um einen lang geplanten Vernichtungskrieg gegen das Deutsche Reich und das deutsche Volk handelte. Trotzdem übte der Widerstand nach dem damaligen Recht Landes- und Hochverrat, beeinflußte die englische Regierung in ihrer Kriegsentscheidung, arbeitete auf den Zusammenbruch der Ostfront (Stalingrad) sowie der Westfront im Sommer 1944 hin und war damit mitverantwortlich für den Kriegsausbruch, für das Vordringen der Sowjets bis über die Elbe, den Genozid der Vertreibung an den Ostdeutschen, für die Errichtung des Sowjetsystems in der DDR und die dortigen Vernichtungsaktionen und sonstigen Verbrechen sowie des Systems im Westen mit teilweise ähnlichen oder anderen Verbrechen.

Durch die kriegsähnlichen, von Polen provozierten Zustände an der Grenze mit Einfällen in das Reich (Anhang A10), durch den Genozid an der deutschen Volksgruppe in Polen mit über 1,5 Millionen Vertriebenen zwischen 1919 und 1939, mit rund 3.500 Ermordeten vor dem 1.9. und insgesamt 58.000 Toten - über beides wurde die englische Regierung von der deutschen auf dem laufenden gehalten durch die polnische Generalmobilmachung, durch den mit Fälschungen und Lügen hintergangenen deutschen Verhandlungspartner mit den konstruktiven Vorschlägen und durch die abgelehnten deutschen Friedensbemühungen der letzten

Tage wurde die deutsche Notwehr am 1.9.1939 erzwungen, von der Halifax sagte; *„Jetzt haben wir Hitler zum Kriege gezwungen..."* Daß die polnische Bitte um militärische Hilfe unbeantwortet blieb, zeigt, daß der polnische Chauvinismus mit seinen völlig irrealen Großmachtträumen nur das planmäßig ausgesuchte Mittel zum Kriege war.

Am 3.9.1939 erklärten England und Frankreich Deutschland mittels Ultimaten den Krieg. Sie weiteten damit ohne Notwendigkeit den Konflikt aus, zugleich unterließen sie aber eine Kriegserklärung gegen die Sowjetunion, die ja gleichfalls in Polen einmarschiert war. Nach Kriegsbeginn 1939 fanden bis zum Kriegsbeginn gegen Rußland noch fast 20 Friedensbemühungen von deutscher Regierungsseite an England und die USA statt, sie scheiterten alle. Angeboten wurden u. a. Abrüstungs- und Weltwirtschaftskonferenzen, die staatliche Wiederherstellung von Polen und der Tschechei, Lösung der Bündnisse mit UdSSR und Japan bis zu innenpolitischen Veränderungen in der Reichsregierung (Hak- kert) - insgesamt kaum mehr zu überbietende Selbstverleugnungen. Von der Gegenseite kam kein einziger Friedensvorschlag, wohl aber die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation.

Während Roosevelt seinen Krieg gegen Deutschland seit 1933 mit langer Planung konsequent vorbereitete (D. Bavendamm 1993), dienten alle großen deutschen militärischen Unternehmungen der präventiven Abwehr äußerer Bedrohungen: der Polenfeldzug, nach den vorausgegangenen Genozidmaßnahmen, dann den zahlreichen militärischen Grenzverletzungen der Polen und ihren klar zum Ausdruck gebrachten Kriegs- und Eroberungsabsichten, der Generalmobilmachung, er diente vor allem der Abwehr des Genozids an der deutschen Volksgruppe, der bereits bei staatlich organisierten Massenmorden an Deutschen angelangt war. Der Frankreichfeldzug kam nach den Kriegserklärungen von England und Frankreich einer französischen Offensive durch Belgien und Holland kurz zuvor. Der Feldzug in Norwegen kam der englischen Invasion z. T. nur um Stunden zuvor. Der Balkanfeldzug wehrte nach dem Scheitern italienischer Eroberungen die englische Invasion nach dem Putsch

in Jugoslawien ab und kam dem russischen Festsetzen auf dem Balkan zuvor. Der Präventivkrieg in Rußland schließlich kam nach dem größten Aufmarsch, den die Weltgeschichte je sah, der mit mehr als 250.000 Mann bereitgestellten NKWD-Truppen geplanten „*Befreiung*“ Europas (d. h. Ausmordung der Eliten und anderer Gruppen) nur um 14 Tage zuvor.

Deutsche Bemühungen um staatliche Wiederherstellung Polens nach dem Ende des Polenfeldzuges im September 1939 scheiterten an der russischen Ablehnung, deren Ursache die russische strategische Forderung war, daß für einen Überraschungsangriff eine gemeinsame Grenze zum Gegner bestehen müßte (Suworow).

Die Kriegsausweitung im Osten am 22.6.1941 wurde am 19.8.1939 mit dem Beschluß des Politbüros unter Vorsitz Stalins eingeleitet, die große „*Befreiung*“ Europas ins Werk zu setzen, nachdem sich der von Roosevelt und Chamberlain angestiftete deutsch-polnische Krieg abzuzeichnen begann. Bereits vier Tage später konnte der deutsch-russische Vertrag geschlossen werden, der infolge vorsätzlicher Täuschung Deutschlands von Anfang an nichtig war, aber den Erfolg des Präventivkrieges gegen Frankreich erst ermöglichte.

Infolge der mit Roosevelts Hilfszusagen vollzogenen Einkreisung, die flankiert wurde von einer von den Hintergrundmächten in den USA gesteuerten Medienhetze ohne Beispiel, war der deutsch-russische Vertrag die einzige verbliebene Möglichkeit, diese Einkreisung aufzuhalten und den drohenden Zweifrontenkrieg zu vermeiden. Doch Stalin plante, in den sich abzeichnenden Krieg als letzter einzugreifen.

Während im Frühjahr 1940 hinter der Grenze im Osten bereits 150 russische Divisionen nur 6 deutschen gegenüberstanden, wurden noch *nach* Ende des Frankreichfeldzuges 35 deutsche Divisionen demobilisiert. Bereits damit sind die Ansichten der beamteten Lehrmeinung und der Lizenzmedien, der Rußlandkrieg sei ein rassenideologischer und langgeplanter Vernichtungskrieg gewesen, der aus Hitlers Buch *Mein Kampf* folge, widerlegt. Wenn diesem Buch jedoch die Proklamationen, Programme, Bücher und Reden der deutsch-

ichen Seiten in der gleichen Zeit gegenübergestellt werden - was geflissentlich unterbleibt -, werden Hitlers damalige Gedanken als Gefangener in Landsberg während der Ruhrinvasion Frankreichs, die sich bei damaligen konservativen Autoren ebenso finden, um Größenordnungen übertroffen.

Das Geheimprotokoll zum Vertrag vom 23.8.1939 wurde russischerseits gewünscht und diktiert und enthielt die bereits von England und Frankreich zugestandene Auslieferung der drei baltischen Staaten an das Interessengebiet der Sowjetunion. Die Grenze der in dem Geheimprotokoll festgelegten Interessengebiete war die Curzon-Linie, welche die Gebiete mit polnischer von russischer ethnischer Mehrheit trennte. Rußland hatte also einen Rechtsanspruch auf die ihm nach 1918 von den Polen geraubten Gebiete, ebenso wie ein deutscher auf die ehemals deutsch besiedelten Gebiete, die 1918 und 1945 annektiert wurden, besteht.

Während in der Sitzung des Politbüros unter Vorsitz Stalins am 19.8.1939 der Mobilmachungsplan mit sämtlichen Richtlinien für den Aufbau der Angriffsarmeen und deren Aufmarsch in die Bereitstellungsräume in Kraft gesetzt wurde (Suworow 1989,1994), wurde die Weisung 21 für den Fall Barbarossa von Hitler erst erteilt, nachdem der russische Aufmarsch erkannt war und Molotow im November 1940 in Berlin die für ganz Europa unannehmbaren Forderungen gestellt hatte. Mit dieser Weisung 21 war noch kein Angriffstermin festgelegt. Bei der Planung der Abwehr dieser Bedrohung sind inkriminierte Stichworte wie „*Gewinnung von Lebensraum im Osten*“ und „*Judenvernichtung*“ nicht gefallen. Erst nachdem die Revolution in Serbien als Mittel des russischen Zugriffs auf den Balkan erkannt und der Balkanfeldzug entschieden war, legte Hitler den 22.6.1941 als Angriffstermin fest, der „*schwerste Entschluß seines Lebens*“.

Der deutsche Angriff stieß in die letzte Phase des russischen Aufmarsches hinein, nachdem Stalin am 13.6.1941 das feldmarschmäßige Vorgehen aus den Bereitstellungsräumen und die Grenzüberschreitung zum 6.7.1941 befohlen hatte. Mit weit unterlegenen deutschen Kräften - es standen 3.700 deutsche gegen 21.000 russische Panzer - gelang es, den Auf-

marsch zu zerschlagen und Europa zur Hälfte vor der größten Gefahr, die je in seiner Geschichte aus dem Osten drohte, der Bolschewisierung, zu retten. Dieser Einsatz hatte welthistorisch richtungsweisende Bedeutung und steht neben dem Sieg Armins 9 n. d. Ztr., Schlacht an der Nedao 453, Poitiers 732, Riade 933, Lechfeld 955, Liegnitz 1241, Wien 1683, Leipzig 1813 und Tannenberg 1914. Er hatte den Erfolg, daß Stalin trotz der folgenden Niederlage der Deutschen *„nur das halbe Europa erhielt“* (Suworow). Er ermöglichte die weltpolitische Entwicklung bis heute und schließlich den Zusammenbruch des Bolschewismus unter Gorbatschow und die kleinstdeut- sche Wiedervereinigung. Da Stalin das bereits nach dem 22.6.1941 erkannt hatte, verzichtete er am 23.6.1945 darauf, die Siegesparade in Moskau abzunehmen (Suworow 2000).

Daß etwa 1 Mill. Soldaten der UdSSR nach ihrer Gefangennahme auf deutscher Seite im Einsatz waren, in Stalingrad allein 20.000, widerlegt die Behauptung der Medien und der Heer-Reemtsma-Ausstellung, die deutsche Besatzungspolitik habe nur aus Verbrechen bestanden (siehe Anhang 18).

Da sich Hitler auch durch die Steigerung der Provokationen bis zum Schießbefehl auf deutsche Kriegsschiffe nicht von Roosevelt beeinflussen ließ, konnte dieser sein Ziel, den Kriegseintritt, nur mit einem für Japan unerfüllbaren Ultimatum mit den Folgen der Vernichtung von Teilen seiner Pazifikflotte in Pearl Habor erreichen (H. Fish).

Mit einem Heldentum ohnegleichen gelang es der deutschen Wehrmacht bis 1944 der russischen Übermacht standzuhalten, ein beispielloser deutscher Opfergang für Europa. Im Opfergang der 6. Armee in Stalingrad, der den geordneten Rückzug der südöstlich davon stehenden deutschen Kräfte ermöglichte, fand dieses Heldentum seine höchste Ausprägung. Er kostete die Russen 1,1 Millionen Soldaten. Er veranlaßte nach dem Kriege den französischen Staatspräsidenten de Gaulle beim Besuch des ehemaligen Schlachtfeldes zu dem Ausruf: *„Welch ein Volk!“*. 1943/44 betrug die Überlegenheit der Roten Armee bei der Infanterie 11:1, bei den Panzern 7:1, bei den Geschützen und Granatwerfern 20:1. Noch beim letzten Angriff auf Berlin hatten die einge-

setzten 1,6 Millionen Russen 300.000 Mann Verluste. Der Widerstand hingegen, der bereits den Untergang der 6. Armee in Stalingrad verursacht hatte, arbeitete im Sommer 1944 auf den Einsturz der Ostfront wie der Westfront hin und half damit, dieses größte Nibelungendrama der deutschen Geschichte zu vollenden.

Die Gesamtbeurteilung nach den heute offen liegenden Quellen ergibt, daß unter den leitenden Staatsmännern Chamberlain, Churchill, Daladier, Roosevelt und Stalin keiner war, der den Krieg vermeiden wollte. Die unmittelbare Verantwortung für den deutsch-polnischen Krieg tragen Halifax und Beck, für den europäischen Krieg Halifax und für die Ausweitung zum Weltkrieg Roosevelt und Stalin. Die Letztverantwortlichen für die Entwicklungen zum Zweiten Weltkrieg sind die Träger der zwei aus der westlichen Aufklärung herausgewachsenen - und auf wissenschaftlich als falsch erkannten Grundlagen beruhenden - Ideologien des Marxismus-Leninismus und des liberalistisch-materialistischen Kapitalismus und der dahinterstehenden „überstaatlichen Mächte“ mit ihren umfassenden bis totalitären Weltherrschaftsansprüchen. Diese Entwicklungen wurden eingeleitet mit dem 1927 von Stalin verkündeten ersten Fünfjahresplan zur Aufrüstung und Vorbereitung der Weltrevolution, sowie 1929 mit dem Beschluß der Exponenten der kapitalistischen Hochfinanz der Wallstreet, Roosevelt zum Präsident zu machen, zu einer Zeit, als in den beiden deutschen Staaten der Nationalsozialismus noch eine völlig untergeordnete Rolle spielte. Roosevelts erste Amtshandlung war die Anerkennung der UdSSR. Damit wurde die Entwicklung zu dem Deutschland aufgezwungenen Zweifrontenkrieg eingeleitet.

Weil aber ohne das Geld der Hochfinanz die bolschewistische Revolution von 1917 nicht gelungen wäre, waren die Hochfinanz und die von ihr gesteuerten Mächte die letzten Verursacher und Hauptschuldigen.

Das Ergebnis der Forschungen führender Historiker aus den USA und England ist, daß Hitler im Gegensatz zu seinen Gegnern keine Weltherrschaftspläne hegte und das deutsche Reich keine unmittelbare Kriegsschuld trifft.

Diese Meinung herrscht jedoch unter den führenden Historikern aus der Bundesrepublik nicht vor.

Es sind zahlreiche Äußerungen von Politikern und Staatsmännern aus der „westlichen Wertegemeinschaft“ aktenkundig, aus denen eine Art alttestamentarischer Haß auf alles Deutsche spricht, dem die Regierungsform und politische Richtung in Deutschland völlig gleichgültig ist. Es ging diesen Männern um das nach 1918 nicht erreichte Kriegsziel der Vernichtung des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes.

Zwischen der Beendigung der Kampfhandlungen am 8.5.1945 und den Kriegsbeendigungserklärungen der Westmächte 1951 und der Sowjetunion 1955 starben noch ungefähr 12,5 Millionen Deutsche durch völkerrechtlich unverjährbare Kriegsverbrechen der Sieger. Das Gericht darüber steht noch aus.

Da hier die Aufgabe dieses Buches endet, sei der folgende Nachtrag gestattet.

Es ist oft nach den Gründen für die Fortsetzung eines Kampfes in aussichtslosen Lagen nachgedacht worden, so auch für die Lage nach der sich abzeichnenden Niederlage ab 1943/44. Doch auch hier hat das Aushalten den nachträglichen Sinn erhalten, daß die treibenden Kräfte in den USA endlich die Gefährlichkeit der mit ihren Dollars 1917 und später großgezogenen Weltrevolutionäre erkannten. Da sie am Brennpunkt des Geschehens deutsche Hilfe brauchten, setzten sie den Morgenthauplan aus, den - ersten - Glücksfall für das weitere Überleben Deutschlands und des deutschen Volkes. Nach Clausewitz liegt in einem ehrenvollen Untergang die Verheißung der Zukunft beschlossen.

Auch die Ausräubung einer der im Weltmaßstab größten Uranlagerstätten im Erzgebirge durch die Russen, die in ihrem Riesenreich nichts Vergleichbares haben, hat den nachträglichen Sinn, daß aufgrund der Existenz der russischen Atommacht durch russischen Einspruch der erste Golfkrieg vorzeitig beendet werden konnte, mit erneutem Einspruch 1998 der zweite verhindert werden konnte und der Krieg gegen Serbien 1999 auch vorzeitig abgebrochen werden mußte.

So steht nun dem Imperialismus der kapitalistischen Hochfinanz mit ihrem Griff nach der absoluten Weltherr-

schaft die Großmacht Rußland gegenüber, die jetzt - nach Erkenntnis und langsamer Eingliederung ihrer germanischen Frühgeschichte in ihr Weltbild - keine Weltherrschaftsgefahr mehr ist. Die einzige Gefahr ist jetzt diese kapitalistische Hochfinanz, die gemäß alttestamentarischem Gebot die Vernichtung der Völker und ihrer Kulturen betreibt.

25 Der Weg zum Frieden

Die westliche Welt und die westlichen Demokratien werden aus dem Hintergrund in erheblichem Maße von der Hochfinanz regiert. Einige ihrer hier genannten bekannten Namen sind Rothschild, Rockefeller, Baruch, M. Schiff, Warburg. Die Roosevelts sind darunter nur kleine Leute. Vom Diktat der von ihr gesteuerten Weltpresse wird die westliche Demokratie als unverzichtbare Endlösung hingestellt, mit der jede weitere Entwicklung aufhört, ob sie zu den Völkern paßt oder nicht. Die Stichworte dazu und zur Weltherrschaft der Hochfinanz sind vor allem Globalisierung der Wirtschaft und Globalisierung aller mit dem Liberalismus geborenen Verkommenheiten. In den USA gibt es jährlich bereits 30.000 Morde und
70.0 Aidstote. Für uns galt bisher das Wort aus der Proklamation des Südtiroler Bauernkriegsführers Michael Gaismair: *Gemeinnutz geht vor Eigennutz.* Im Liberalismus gilt mit Adam Smith die Umkehrung.[20]

Wie die Wirklichkeit aussieht, hat H. J. von Lohausen sehr deutlich beschrieben: „*Die Verweigerung des Selbsthe-*

20 Anm.: Nicht zu verwechseln mit dem Spruch: „Du bist nichts, Dein Volk ist alles“ oder mit verwandten totalitaristischen Sprüchen von kommunistischer Seite. Die Betonung liegt auf „Nutz“ = „Nutzen“. Praktisch vorgelebt und in seinen politischen Testamenten und seinem Antimachiavell thematisiert wurde das von Friedrich dem Großen. Davon unberührt bleiben vor allem die Rechte des Einzelnen, der Gruppe, des Volkes auf Schutz des Lebens, der körperlichen, seelischen und genetischen Unversehrtheit, der Menschenwürde und der Geistesfreiheit.

stimmungsrechtes an die jeweiligen Minderheiten ist die Eintrittskarte in die Mafia der weltgebietenden Mächte. Sie ver- bietet ihren Mitgliedern jede eigenmächtige Freilassung oder gar Befreiung unterdrückter Völkerschaften oder auch nur deren Aufwiegeln zugunsten ihrer Selbstbestimmung" (Lohausen, 2001, S. 38).

„Der europäische Westen (vor allem aber die USA!) *verweigert das Recht auf Selbstbestimmung und Bestimmung über den angestammten Boden sogar den völkischen Minderheiten im eigenen Staat, auch dann, wenn sie in geschlossener Siedlung an offener Küste wohnen oder an der Grenze zu ihrem Mutterland. Das gilt allein in Europa gegenüber den Basken, Bretonen, Walisern, Elsässern, Katalanen, Südtirolern, in Frankreich auch den Flamen"* (und den Deutschen) (Lohausen 2001 S. 191).

Jedes Volk hat seinen eigenen, vor allem genetisch, religiös, kulturell, sprachlich und durch Schicksal bestimmten und weitergegebenen Charakter. Es besitzt damit eine eigene Wertordnung und hat einen naturrechtlichen Anspruch auf eine eigene Weltanschauung und Kultur, eine eigene Rechtsordnung, eine eigene Staatsordnung, eine eigene Wirtschaftsordnung und somit auf eine eigene Identität bzw. ein eigenes Volksbewußtsein und einen eigenen Volkswillen. Mit dem völkerrechtlich anerkannten Selbstbestimmungsrecht verfügt es über das übergeordnete Recht auf eigene Gestaltung in allen diesen Bereichen, d. h. auf Selbstverwirklichung im Rahmen einer allgemeinen Rechts-, Freiheits- und Friedensordnung innerhalb des eigenen Staates und in bezug auf andere Staaten. Der Begriff Nation dagegen wird meist völlig falsch verwendet. Im Vielvölkerstaat der UdSSR gab es den sowjetischen Einheitsmenschen, die sowjetische Nation und der US-Präsident bezeichnet sein Rassen- und Völkergemisch als amerikanische Nation. Nation kommt aber von nasci, lat. geboren werden, und bedeutet im humanbiologisch richtigen Sinne Volk als Abstammungsgemeinschaft. Mit dem wissenschaftlich, insbesondere humanwissen- schaftlich begründeten Weltbild, das die Verschiedenheiten der Völker als Produkte der Evolution anerkennt, sind One World, Weltregierungen und Eurodiktatur unverträglich.

Die ethnischen Konflikte sind das Resultat multikultu- eller Völkergefängnisse. Dort, wo sich Völker kulturell auto- nom entwickeln können, herrscht ein hohes Maß an innerem frieden. Der Nationalstaat (im Sinne von Volksstaat, d. Verf.) ist *kein Rückfall in die Vergangenheit. Ganz im Gegenteil: ein Rückfall in die Vergangenheit ist die Utopie eines Europas, bestehend aus Europäern ohne Nationalitäten"* (O. Oesterle, Junge Freiheit, 11.10.1996). Die multiethnische Eurodiktatur wird daher genauso untergehen wie die von den Siegern nach 1918 und 1945 zusammengeflickten multiethnischen Staaten und wie die UdSSR.

Das Grundgesetz trägt dem Rechnung, indem der Begriff Deutsches Volk auch mit qualifizierter Mehrheit aus dem GG nicht entfernbar ist oder durch modische liberalistische Worthülsen wie Bevölkerung u. a. ersetzt werden kann. Das Bundesverfassungsgericht bestimmte am 21.10.1987 im sog. Teso-Urteil: *„Es besteht die verfassungsrechtliche Pflicht zur Erhaltung der Identität des Deutschen Staatsvolkes. "* Zur Identität gehören die demographische und ethnische Erhaltung und Entfaltung unseres Volkes, seiner Sprache, seiner Kultur, seines Rechtslebens und seines Staates, aber auch die eigene Verfügung über die Lenkung der Staatsgeschäfte, seine Rohstoffgrundlagen, seine Wirtschaft, seine Finanzen und sein Geld. Damit sind bereits die Freizügigkeit und Nieder- lassungsfreiheit in der EU ebenso verfassungswidrig wie die Abtretung von Souveränitätsrechten an die Eurodiktatur, die Abschaffung der eigenen Währung, der Zwang zur Aufhebung von Schutzmaßnahmen zugunsten einer eigenständigen Wirtschaft und gesunden Nahrungsversorgung (siehe z. B. den Zwang zur Einfuhr von britischem Rindfleisch und die Aufweichung der deutschen Lebensmittelbestimmungen), sowie alle zur kapitalistischen Profitmaximierung gesteuerten Einwanderungen, die massenhafte Einbürgerung von nichtdeutschen Ausländern und die von der Eurodiktatur betriebene neomarxistische Egalisierung aller Lebensbereiche in allen europäischen Staaten.

Der westliche Liberalismus und der Marxismus haben gemeinsame geistige Großväter in der westlichen Aufklärung. Beide beruhen auf falschen Weltbildern und sind gemein

schaftsfeindlich und inhuman, also gemeingefährlich. Alle heutigen Absichten zur Errichtung von Weltregierungen sowie die Eurodiktatur, die bei den Bilderbergern erfunden worden sein soll, sind Produkte des westlichen Liberalismus. Alle unsere Parteien außer den geistesverwandten Grünen und der neomarxistischen PDS sind selbstbestimmungswidrig von den Siegern lizenziert und Produkte dieses Liberalismus und haben wissenschaftlich falsche Weltbilder zur Grundlage.

Nur das Selbstbestimmungsrecht führt aus der Sackgasse heraus. Es heißt nicht Selbstbestimmungsrecht der Nationen, der Bevölkerungen, beliebiger Ansammlungen oder Individuen, sondern der Völker. Es wurde bereits im Ersten Weltkrieg vom westlichen Liberalismus - man könnte fast sagen in selbstmörderischer Absicht - erfunden und von Wilson 1917 verkündet, um das österreichische Kaiserreich nach den Forderungen der Freimaurer zu zerstören, und im Zweiten Weltkrieg benutzt, um gegen die frei erfundenen deutschen Weltherrschaftspläne vorzugehen. Zur Globalisierung ist es nur hinderlich und es gibt Bestrebungen, es abzuschaffen. Der US-Imperialismus setzt sich immer wieder darüber hinweg. Bundespräsident Herzog träumte wohl schon von der Abschaffung des Selbstbestimmungsrechtes, als er kundtat, daß er die Nationen beseitigt sehen will.

Ein deutscher Nationalstaat als Vorform der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes wurde am 27.10.1848 von der vom Deutschen Bund einberufenen Nationalversammlung beschlossen im Hinblick auf die Besitzungen ausländischer Fürsten in Deutschland und deutscher Fürsten im Ausland:

Art. 2: Ein Teil des deutschen Reiches darf nicht mit einem außerdeutschen Staat vereinigt sein.

Art. 3: Zwischen einem deutschen und einem nichtdeutschen Staat darf keine Realunion bestehen.

Das Selbstbestimmungsrecht ist mit dem Unterfall des Heimatrechtes seit *der Konvention über das Recht der Verträge* von Wien 1969 ius cogens, zwingendes Völkerrecht. Es ist den innerstaatlichen Rechten übergeordnet, ebenso wie dem Existenzrecht bestehender Staaten. Es gilt auch für Vertriebene bezüglich ihrer Herkunftsgebiete.

Verträge unter Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes, auch wenn das stillschweigend geschieht, und unter Anerkennung von Völkerrechtsverbrechen sind mindestens seitdem ungültig. Darunter fallen nicht nur die Pariser Vorortverträge von 1919, mit denen entgegen dem Selbstbestim- mungsrecht die neuen polyethnischen Staaten Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien unter den neuen Herrenschichten der Polen, Tschechen, Serben und Rumänen errichtet bzw. vergrößert wurden und nach 1945 wieder errichtet wurden, sondern auch die Verträge der BRD mit Polen und Tschechien sowie der 2+4-Vertrag, der unter Druck abgeschlossen wurde und mit dem ein Friedensvertrag mit dem Deutschen Reich verhindert werden sollte. Nur an Durchsetzungsmöglichkeiten für das Selbstbestimmungsrecht mangelt es.

Das Selbstbestimmungsrecht ist auch in den Satzungen der UNO enthalten, aber angewendet wurde es von der UNO bisher nur zur Verselbständigung der Kolonien von England und Frankreich.

Diese neuen polyethnischen Staaten sollten nach 1919 die beiden deutschen Staaten wieder einkreisen, z. T. waren sie bereits für neue Konflikte vorgesehen, wie das Politiker der Alliierten bereits für Polen 1919 aussprachen und wie es sich dann 1939 auch bestätigte.

Die Vertreibungen und die folgenden Genozide an Deutschen begannen bereits nach 1919 in Polen. Dort wurden bis 1939 1,5 Millionen Deutsche zur Auswanderung gezwungen,
58.0 (de Zayas 1987 S. 37) wurden umgebracht. Ab 1945 wurden wieder unter Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, dem Sudetenland und dem Balkan 18 Millionen Deutsche - angeblich auf „legale“ Weise - vertrieben, wobei etwa 3 Millionen zu Tode kamen. Der Hinweis, daß diese Vertreibungen legalisiert worden seien, diente den Serben zur Rechtfertigung der Vertreibungen der Kosovo-Albaner und schon vorher im Balkankrieg nach 1990 für die damaligen Vertreibungen, und er dient den Tschechen als Vorwand zur Aufrechterhaltung der Beneschdekrete. Nur Kroatien und Slowenien konnten mit deutscher Hilfe, sowie die Slowakei aus eigenen Mitteln, unter Be

rufung auf die Selbstbestimmungsrechte ihre eigenen Staaten errichten. Mit allen Mitteln versuchte der US-Imperialismus Großserbien zu retten und mit dem Geheimvertrag von Rambollet das gesamte Serbien zu besetzen. In Bosnien wurde die versuchte ethnische Entflechtung von den USA verhindert. Da Verträge auf der Grundlage eindeutiger und schwerer Rechtsbrüche aus sich selbst heraus nichtig sind, fehlt allen derartigen Verträgen die Bindungswirkung aber auch schon vor dem Abschluß der Konvention über das Recht der Verträge.

Bisher gelang es nur ein einziges Mal, das 1969 zum ius cogens gewordene Selbstbestimmungsrecht zur Überwindung Jahrhunderte alter Staatsgrenzen und deren Verlagerung an die Sprachgrenze anzuwenden, ohne Umsiedlungen oder Vertreibungen, im Münchener Abkommen 1938. Doch 1945 wurde die alte Staatsgrenze wiederhergestellt, und es wurden die Sudetendeutschen fast vollständig vertrieben. Viele andere Minderheiten, allen voran die auf die Türkei, den Iran, Syrien und den Irak aufgeteilten Kurden warten auf die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes.

Eine große Völkerbefreiung erfolgte am Ende der UdSSR mit der Verselbständigung ihrer mittelasiatischen Völker und 1990 beim Zerfall von Jugoslawien mit der Verselbständigung von Kroatien und Slowenien sowie beim Wiederzerfall der Tschechoslowakei mit der Verselbständigung der Slowakei.

Vor der Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes müssen die supranationalen, völkerzerstörenden Beeinflussungen rückgängig gemacht werden. Rückgängig gemacht werden müssen die Identitätszerstörungen durch die Meinungssteuerungen, die Zerstörung der Wert-, Rechts- und Wirtschaftsordnungen, vor allem aber die Unterwanderungen, die auch Verbrechen im Sinne der Konvention gegen Völkermord von 1947 sind.

Es müssen undemokratisch-autoritäre Gesellschaften mit Weltherrschaftsansprüchen überwunden werden, vor allem solche, die geheimbündlerisch gesteuert sind.

Für ethnisch nicht entmischbare Räume müssen Konventionen für Volksgruppenrechte erstellt und in Kraft gesetzt werden, so wie solche bereits ab 1939 für die deutschen Volksgruppen auf dem Balkan durch Verträge mit dem

Deutschen Reich geschaffen wurden. Es muß Sorge getragen werden, daß ethnische Säuberungen, wie sie im größten Maßstab am Ende des Zweiten Weltkrieges und bis heute stattfanden, sich nicht wiederholen können. Durch offene oder stillschweigende Anerkennung oder Tolerierung von Kriegsverbrechen, Vertreibungen und Annexionen kann kein neues Recht entstehen und einem neuen Europa zugrunde gelegt werden (H. Übelacker 1992). Es müssen die völkerrechtlich unverzichtbaren und unverjährbaren Rechtsansprüche der durch ethnische Säuberungen Vertriebenen anerkannt werden, und ihren Rechtsansprüchen muß zum Durchbruch verholfen werden. Schließlich müssen alle Weltherrschaftsansprüche, gleich aus welchen Motiven auch immer, seien sie nun religiöser, ideologischer, politischer oder wirtschaftlicher Art, überwunden werden.

Veränderungen positiver Art, d. h. solche, die sich auf den freien nicht manipulierten Willen der Völker gründen, können nur stattfinden, wenn anstatt falscher Ideologien aufgrund von wissenschaftlich falschen Weltbildern künftig ein wissenschaftlich einwandfrei begründetes, ethisches und darauf fußend ein politisches Umdenken weite Bevölkerungskreise ergreift.

26 Die Rechtslage der Bundesrepublik Deutschland

Der Begriff Deutschland ist nicht staatsrechtlicher Art, sondern bezieht sich auf das Wohngebiet des deutschen Volkes, das nach Kriegsende die Gebiete der dann folgenden Staaten Bundesrepublik Deutschland, Republik Österreich und Deutsche Demokratische Republik sowie die Deutschschweiz, Liechtenstein und Luxemburg umfaßte, von den vom Reich getrennten Ausländsdeutschen abgesehen. Infolgedessen ist die Behauptung, mit der kleinstdeutschen Wiederverei- nigung, der Unterzeichnung des 2+4-Vertrages am 12.9.1990, sei die Wiedervereinigung vollendet, weil sich das gesamte deutsche Volk in der erweiterten BRD befinde, falsch.

Ähnlich wie die Erhebung Preußens zum Königreich in Preußen 1701 müßte es richtig heißen: Bundesrepublik in Deutschland.

Die Entstehung und die Geschichte der BRD kann nicht Gegenstand dieses Buches sein. Aber die Neufassung von Art. 146 GG nach der kleinstdeutschen Wiedervereinigung von 1990 bestätigt, daß die BRD immer noch ein Provisorium ist ohne Zustimmung seines Staatsvolkes zu einer Verfassung: *„Dieses Grundgesetz, ...verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist“.*

1. Allen Diskussionen um die Rechtslage der BRD ist übergeordnet, daß mit GG Art. 25 das Völkerrecht dem deutschen und anderem Recht vorgeht. Schon aus diesem Grunde sind sämtliche Entscheidungen, Rechtssetzungen und Verträge über Deutschland, welche die Besatzungs- mächte trafen und die Befugnisse von Besatzungsmächten überschritten, was insbesondere die Art. 34, 45 bis 47 und 53 der geltenden Haager Landkriegsordnung von 1907 betrifft, rechtswidrig und seit der Konvention über das Recht der Verträge von Wien 1969 ungültig.

   Die Feststellung der Völkerrechts Widrigkeit und Ungültigkeit der betreffenden Entscheidungen, Rechtssetzungen und Verträge der Sieger unter sich für die BRD und ihre Kündigung bedarf daher nur eines einfachen Beschlusses des Bundestages. Das Gleiche gilt für die Völkerrechtswidrigkeiten von Verträgen oder Teilen davon der Sieger mit der DDR.
2. Das Deutsche Reich besteht seit 1945 fort, seit 1949 als Teilnachfolger unter dem Namen *„Bundesrepublik Deutschland"* (Bundesverfassungsgericht 1973, 1975, 1987). Kein Teilnachfolger ist berechtigt, für das Deutsche Reich zu handeln. Infolgedessen kann die BRD nicht über Gebiete befinden, die zum Deutschen Reich gehörten und gehören und die niemals Teile der BRD waren. Ein Friedensvertrag kann nur mit dem Deutschen Reich geschlossen werden, nicht aber mit der erst seit 1949 bestehenden BRD.
3. Das Selbstbestimmungsrecht ist seit 1945 zwingendes

Völkerrecht (ius cogens) geworden und ist Teil der Wiener Vertragsrechtskonvention vom 23.5.1969. Infolgedessen kann keine deutsche Regierung auf annektierte Reichsgebiete einschließlich des Sudetenlandes ohne Zustimmung der von dort vertriebenen oder noch dort wohnenden deutschen Bevölkerung verzichten.

Jeder Vertrag und jede Erklärung von deutschen oder anderen Regierungen und Parlamenten, die das Selbstbestimmungsrecht der Vertriebenen nicht berücksichtigen, das den Rechtsanspruch auf ihre Länder als Teil des Deutschen Reiches bzw. seines Rechtsnachfolgers enthält, sind nach der Wiener Vertragskonvention vom 23.5.1969 nichtig. Dieser Rechtsanspruch der Vertriebenen ist unverjährbar (UNO-Konvention vom 27.11.1968) und unverzichtbar (4. Konvention von Genf, 1949, Art. 8).

4. Die völkerrechtlich gültigen Grenzen des Deutschen Reiches sind die vom 1.8.1914 plus denen vom 1.9.1939 (die tschechische Republik war als Protektorat nicht Mitglied des Deutschen Reiches),
5. Das deutsche Staatsbürgerrecht besteht fort. Es wurde durch Reichsgesetz 1913 festgesetzt. Damit ist die Masseneinbürgerung nichtdeutscher Ausländer auch durch Doppelstaatsbürgerschaften grundgesetzwidrig. Dieses Staatsbürgerrecht entspricht als ius sanguinis der wissenschaftlich richtigen Definition von Völkern als Abstammungsgemeinschaften. Das BVerfG entschied am 21.10.1987: „*Es besteht die verfassungsrechtliche Pflicht zur Erhaltung des deutschen Staatsvolkes*

   Das Deutsche Staatsvolk ist nach Art. 79 GG jeder Disposition entzogen.

   Auch mit der Erklärung der UNO vom 14.12.1967 hat die Erhaltung der Identität des Deutschen Volkes Vorrang vor Masseneinwanderungen. Es heißt in der Declaration of territorial asylum Nr. 2312 (XXII) vom 14.12.1967 Art. 3.2 » *Exception may be to the foregoing principle onlyfor over- riding reasons of national security or in order to safeguard the population, as in the cases of a mass influx of persons.* “ Da der Versailler Vertrag ohne Mitwirkung des Deutschen Reiches formuliert wurde und da die Unterschrift

durch verbotenen Zwang zustande kam (Konvention über das Vertragsrecht Wien 1969, Art. 52 und 34), ist er von Anfang an nichtig.

7. Die angebliche Grenzfestsetzung für das Deutsche Reich zum 31.12.1937 im Potsdamer Protokoll vom 2.8.1945 - sofern als Vertrag zu verstehen - und in anderen Verträgen ist als Vertrag zu Lasten Dritter richtig (Konvention über das Vertragsrecht Wien 1969, Art. 34).
8. Die oberste Gewalt, die die Besatzungsmächte 1945 übernommen haben wollen, durfte nichts anderes sein als die Befugnisse einer Besatzungsmacht nach den Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung von 1907. Infolgedessen sind völkerrechtswidrig:

   Die Verhaftung der Reichsregierung am 23.5.1945. Militärtribunale unter Mißachtung primitivster Rechtsgrundsätze, die Todesurteile aufgrund von ihnen gefälschter Dokumente fällten. Das Londoner Abkommen vom 8.8.1945 ist nichtig, weil bis dahin nicht bestehende Rechtsprinzipien zur Grundlage der Rechtsprechung des IMT-Nürnberg gemacht wurden.

   Eingriffe in innere Reichsangelegenheiten sind nichtig, wie z. B. die Auflösung des Staates Preußen. Völkerrechtswidrig ist die Annexion von Reichsgebieten. Völkerrechtswidrig ist die Vertreibung der Deutschen aus den besetzten und annektierten Gebieten und die Beschlagnahme ihres Eigentums (4. Genfer Konvention von 1949).

   Die Ansiedlung von Ausländern in besetzten und annektierten Gebieten ist völkerrechtswidrig. Diese haben dort keine völkerrechtlich vertretbaren Heimatrechte (UNO- Beschluß zu den von England in Gibraltar abgehaltenen Wahlen, 4. Genfer Konvention von 1949, Art. 49). Völkerrechtswidrig ist die Beschlagnahme von privatem und wirtschaftlichem Eigentum sowie dessen Enteignung.
9. Die Ostverträge sind nur gültig, soweit sie Gewaltverzichtserklärungen, nicht aber, wenn sie Gebietsabtretungen sind (BVerfG vom 17.7.1975). Die von der BRD mit Polen, der damaligen UdSSR, der damaligen Tschecho-

slowakei und mit Tschechien geschlossenen Verträge mit Abtretungserklärungen für die Ostgebiete und das Sudetenland sind ungültig, da dazu die erst ab 1949 bestehende BRD als Teil-Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches nicht befugt war.

10. Die Zustimmung der Sieger von 1945 zur kleinstdeutschen Wiedervereinigung von BRD und DDR nur bei Verzicht auf die Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße und auf das Sudetenland ist Erpressung. Die Verzichtserklärungen der Regierungen von BRD und DDR, des Bundestages und der Volkskammer sind nach der Konvention über das Recht der Verträge vom 23.5.1969 Art. 52 nichtig (zusätzlich zu 2.).
11. Die tatsächliche Souveränität der BRD hat sich seit dem absoluten Nullpunkt des 8.5.1945 entwickelt bis zum 2+4-Vertrag 1990 mit dem Art. 7, Abs. 2: „*Das vereinigte Deutschland hat demgemäß seine volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten*". Aber diese Souveränität wurde durch das am 27./28.9.1990 vereinbarte Fortbestehen von Teilen des Überleitungsvertrages wieder eingeschränkt. Die Regierung der BRD erklärte: *„daß sie sämtliche Maßnahmen ergreifen wird, um sicherzustellen, daß die weiterhin gültigen Bestimmungen des Überleitungsvertrages auf dem Gebiet der gegenwärtigen DDR und in Berlin nicht umgangen werden"*. Insbesondere gelten weiter Art. 1, Abs. 1 bis einschließlich: » *Rechtsvorschriften dürfen weder aufgehoben noch geändert werden"*, weiter Art. 2, Abs. 1 (siehe Anlage A30) (BGBl. 1990, II, S. 25, 8.10.1990). Damit gelten die wichtigsten und meist völkerrechtswidrigen Erlasse der Besatzungsmächte weiter.
12. Der Rechtszustand der Streitkräfte der Sieger in der BRD entspricht immer noch dem von Besatzungen. Der einzige freie Teil der BRD ist das Gebiet der ehemaligen DDR. Zu dem 2+4-Vertrag und der Räumung der DDR durch ihre Truppen gab die UdSSR ihre Zustimmung nur, wenn im Gebiet der DDR nur deutsche Truppen und nur unter deutschem Befehl stehen.
13. Im Völkerrecht ist verankert, daß bei Friedensschlüssen

das Prinzip „Tabula rasa“ anzuwenden ist, zuletzt angewandt im Frieden von Frankfurt 1871 nach dem deutsch-französischen Krieg. Mit diesem Prinzip sind alle kriegsbedingten Ereignisse abgeschlossen und rechtlich nicht mehr anzusprechen. Da bisher kein Friedensschluß mit dem Deutschen Reich stattfand, bleibt die BRD als Teilrechtsnachfolger erpreßbar. Kriegsverbrecherprozesse gibt es immer noch und angebliche Kriegsverbrecher werden immer noch gefangen gehalten. Auch eine innerstaatliche Generalamnestie wurde vom Bundestag verhindert.

14. Die Feindstaatenklauseln Art. 53 und 107 der UNO-Satzung richten sich gegen Feindstaaten im 2. Weltkrieg und können nicht auf die BRD bezogen werden, da die BRD kein Kriegsteilnehmer war und erst 1949 auf Anordnung der westlichen Sieger entstand. Zudem verabschiedete die Generalversammlung der UNO im Jahre 1995 eine Resolution, in der die Feindstaatenklauseln als obsolet bezeichnet wurden.

27 Literaturverzeichnis

Abetz, O., Das offene Problem, Köln 1951

Adler, V., Der Sozialdemokrat, Wien 14,1932, Nr. 6, S. 6

Allen G., Die Insider, Preußisch Oldendorf, 2. Aufl. 1992

Allen, G., Die Insider, I. 1971, Wiesbaden 1990

Allen, M., Churchills Friedensfalle, Stegen am Ammersee 2003

Asenbach, W. von, Adolf Hitler, Buenos Aires o. J.

Auswärtiges Amt, Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918. Berlin 1924

Auswärtiges Amt, Urkunden zur letzten Phase der deutsch-polnischen Krise 1939 Nr. 4, Dok.Nr. 16

Auswärtiges Amt, Weißbücher Nr. 1 bis 8, Berlin 1939 - 1941, Viöl 1995

Bachmaier, P., Sutton, A., Deutschland in Geschichte und Gegenwart 41, H4, 1993

Bachmaier, P., Deutschland in Geschichte und Gegenwart 41, 1993 H4

Bacque, J., Der geplante Tod, Ullstein, 4. Aufl. 1989

Bacque, J., Verschwiegene Schuld, Hamburg 1995

Barnes, H. E., Entlarvte Heuchelei, Wiesbaden 1961

Barnes, H., Die deutsche Kriegsschuldfrage, eine Rechtfertigung

Barnes, H.,Die Entstehung des Weltkrieges, Leipzig 1928

Bauer, O., Protokolle der internationalen Sozialistenkonferenz, Wien 1921, In: Gerlach A. 1939, S. 24, 25

Bavendamm, D., Roosevelts Weg zum Krieg, München 1983

Bavendamm, D., Roosevelts Krieg 1937-45, München 1993

Becker, F., Feldmarschall Mannerheims Aufklärungsergebnisse. In: Uhle-Wettler, Wagnis Wahrheit. Kiel 1989, S. 125

Becker, F., Kampf um Europa, Stalins Schachzüge gegen Deutschland und den Westen, Graz 1991

Becker, F., Stalins Blutspur durch Europa, Kiel 1995

Becker, F., Huttenbriefe 15, 1997, Nr. 3

Becker, F., Huttenbriefe 21, 2003 H 3,

Becker, F., West-östliche Verschwörung gegen das Reich, Huttenbriefe 2, 1997,8

Becker, F., Zur Rechts- und Friedensordnung des Deutschen Reiches im Barbarossagebiet UdSSR, Huttenbriefe 16, 1998, Heft Juni-Juli

Becker, F., Stalingrad - der verratene Sieg, Huttenbriefe H4/5, 2001,19, 5

Becker, F., Das Komplott Churchill-Stalin, Huttenbriefe 22,2004

Below, N. v., Als Hitlers Adjutant 1937-1945, Mainz 1980

28 Literaturverzeichnis

Abetz, O., Das offene Problem, Köln 1951

Adler, V., Der Sozialdemokrat, Wien 14, 1932, Nr. 6, S. 6

Allen, G., Die Insider, Preußisch Oldendorf, 2. Aufl. 1992

Allen, G., Die Insider, I. 1971, Wiesbaden 1990

Allen, M., Churchills Friedensfalle, Stegen am Ammersee 2003

Asenbach, W. von, Adolf Hitler, Buenos Aires o. J.

Auswärtiges Amt, Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918. Berlin 1924

Auswärtiges Amt, Urkunden zur letzten Phase der deutsch-polnischen Krise 1939 Nr. 4, Dok.Nr. 16

Auswärtiges Amt, Weißbücher Nr. 1 bis 8, Berlin 1939 – 1941, Viöl 1995

Bachmaier, P., Sutton, A., Deutschland in Geschichte und Gegenwart 41, H4, 1993

Bachmaier, P., Deutschland in Geschichte und Gegenwart 41, 1993 H4

Bacque, J., Der geplante Tod, Ullstein, 4. Aufl. 1989

Bacque, J., Verschwiegene Schuld, Hamburg 1995

Barnes, H. E., Entlarvte Heuchelei, Wiesbaden 1961

Barnes, H., Die deutsche Kriegsschuldfrage, eine Rechtfertigung

Barnes, H.,Die Entstehung des Weltkrieges, Leipzig 1928

Bauer, O., Protokolle der internationalen Sozialistenkonferenz, Wien 1921, In: Gerlach A. 1939, S. 24, 25

Bavendamm, D., Roosevelts Weg zum Krieg, München 1983

Bavendamm, D., Roosevelts Krieg 1937 – 45, München 1993

Becker, F., Feldmarschall Mannerheims Aufklärungsergebnisse. In: Uhle-Wettler, Wagnis Wahrheit. Kiel 1989, S. 125

Becker, F., Kampf um Europa, Stalins Schachzüge gegen Deutschland und den Westen, Graz 1991

Becker, F., Stalins Blutspur durch Europa, Kiel 1995

Becker, F., Huttenbriefe 15, 1997, Nr. 3

Becker, F., Huttenbriefe 21, 2003 H 3,

Becker, F., West-östliche Verschwörung gegen das Reich, Huttenbriefe 2, 1997, 8

Becker, F., Zur Rechts- und Friedensordnung des Deutschen Reiches im Barbarossagebiet UdSSR, Huttenbriefe 16, 1998, Heft Juni-Juli

Becker, F., Stalingrad-der verratene Sieg, Huttenbriefe H4/5, 2001, 19, 5

Becker, F., Das Komplott Churchill-Stalin, Huttenbriefe 22, 2004 H4

Below, N. v., Als Hitlers Adjutant 1937-1945, Mainz 1980